6385
77

Rr

J. germ. 58

REGIA

Jd. 984[2]

D. Friedr. Chriſtoph Jonathan Fiſcher,

Profeſſor des Staats- und Lehnrechts und Aſſeſſor der Juriſten-Fakultät zu Halle

Lehrbegrif

sämtlicher

Kameral- und Polizeyrechte.

Sowol

von Teutſchland überhaupt

als insbeſondere

von den Preußiſchen Staaten.

Erſter Band.

Frankfurt an der Oder,

verlegt von Carl Gottlieb Strauß

1785.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Vorrede.

Man hat längſt gewünſcht, daß über die einzelen Theile der Rechtsgelehrſamkeit, über das Polizey- Kameral- Haushaltungs- Adels- Stadt- und Bürger- Juden- Gaſt- oder Fremdlingsrecht, Handwerks- Handlungs- Wechſel- See- Bauern- Jagd- und Forſt- Berg- Waſſer- Poſt- und Straſſen- Münz- und Domainenrecht, möchten eigene Vorleſungen gehalten werden a). Frick machte einen Verſuch, und verfertigte nebſt an-

a) Joh. Heinr. Frick, von der Nothwendigkeit die beſondern teutſchen Privatrechte auf Akademien zu lehren, Gött. 1768. Nettelbladt Vorrede zu Gabkens Bauernrecht, S. 15. f. Von der Becke von der allgemeinen Brauchbarkeit mehrerer Theile der poſitiven Jurisprudenz, Göttingen 1777. Schott Encyclop. und Methodol. §. 421.

andern nicht nur über dieſe Theile einzelne Kompendien, ſondern las auch im halben Jahre über mehrere derſelben. Allein er konnte kaum mit VII. fertig werden, als mit dem Kriegs-See-Wechſel-Handwerks-Jagd-Forſt-und Bergrechte. Diß hatte nun die Unbequemlichkeit, daß mehrere halbe Jahre darüber gehört werden mußte, welches nicht nur viel Zeitverluſt und eine längere akademiſche Laufbahn, ſondern auch mehr Aufwand erforderte, weil man ſich mehrere Kompendien anzuſchaffen, und mehrere Kollegia zu bezahlen hatte, ſo daß die Sache nach Frickens Tod liegen blieb, und die Ausführung des Entwurfs auf den meiſten Univerſitäten unter die pia deſideria gezählt wurde.

Vorzüglich aber erkannte man die Nothwendigkeit, daß über Policey-Kameral-und Oekonomierechte gehört werden müßte, weil dieſe Geſchäfte am meiſten vorkämen, und die andern Rechtstheile damit in Verbindung ſtünden. Ueberdem verlangt man heut zu Tage,

be-

beſonders im Reiche, und jezo auf gewiſſe Art auch im Preußiſchen b), von jedem Juriſten, daß er zugleich Kameraliſte ſeye. Das geſchieht nicht nur wegen der genauen Verbindung beider Wiſſenſchaften, ſondern auch, weil die Kameralſtellen überall einträglicher, als die Juſtizbedienungen ſind, und der Kandidat hernach annehmen kann, was ſich ihm zuerſt anbietet, oder unter mehrern Stellen die Auswahl hat. Es lehrte auch die meiſten Kameraliſten die Erfahrung, daß ein Oekonom ohne Kentnis gewiſſer Rechte und Geſetze in ſeinem Fache nicht fortkommen kann, und daher machten ſie es jedem Anfänger zur Pflicht, ſich die Kameral- und Polizeyſachen betreffende Geſetze oder damit verwandte Rechtsmaterien bekannt zu machen c). Ich verfiel daher auf den Gedanken, ein eigenes Oekonomie-Kameral-und Polizey-

 rechts-

b) Corp. Iur. Frid. L. I. P. II. tit. 17. §. 32. p. 162;

c) *Henr. Zinck* de vtilit. et neceſſitate Iur. German. in Cameralibus. Brunſw. 1746. *Ern. Tenzel* de Legum cognitione Oeconomo vtili et neceſſaria, Erf. 1677.

rechtsſyſtem zu entwerfen, und darüber beſondere Vorleſungen anzuſtellen. In dieſem Vorſatze beſtärkte mich noch mehr die erſte flüchtige Durchblickung der Kompendien jener beſondern Rechtstheile, indem ich beobachtete, daß bey ihrer einzelnen Bearbeitung eine Menge Wiederholungen untergelaufen ſind, die alle vermieden werden können, wenn dieſe Rechte in ihr eigenes Syſtem, deſſen Grundlage das vereinigte Polizey- und Kameralrecht iſt, gebracht würden. Man gewinnt dabei noch den Vortheil, daß man nunmehr alle dieſe einzelen Theile der Rechtsgelehrſamkeit ohne nachtheilige Abkürzung in einer halbjährigen Vorleſung endigen kann; und das um ſo mehr, da einerlei Rechtsmaterie zuweilen ſowol beim Polizeyweſen als bei der Kameralwiſſenſchaft vorkömmt, und auch in die Oekonomie einſchlägt. Da ich nun aus dieſen drey Wiſſenſchaften mein Grundſyſtem formirte, ſo konnte ich alle obigen Theile füglich einſchieben, und kam nicht in den Fall, einen Rechtsſatz mehrmals zu be-

rühren,

rühren, welches zeither in den kleinern Kompendien ſo oft geſchehen iſt, und ſie daher unnöthiger Weiſe etwas weitläuftig gemacht hat. Durch dieſe wiſſenſchaftliche Zuſammenſtellung wurden ſie nun zu einem Hauptth eile der Rechtsgelehrſamkeit empor gehoben, da man ſie indeß nur als unbedeutende Nebentheile derſelben betrachtet hat. Denn jetzo machen ſie ſämtlich mit einander das eigentliche teutſche Privatrecht (Ius Germ. Speciale), welches ſich aus der perſönlichen Beſchaffenheit der Staatsbürger nach ihren Beſchäftigungen und bürgerlichen Eintheilungen, und aus den beſondern Eigenthumsarten der Sachen erzeugt; dahingegen das teutſche Hauptprivatrecht (Ius Germ. Generale) diejenigen Rechte und Verbindlichkeiten in ſich ſchließt, wobey weder Rückſicht auf den bürgerlichen Stand der Perſonen, als Soldaten, Lehrer, Geiſtliche, Staatsbediente, Edelleute, Handwerker, Bauern, Kaufleute ꝛc. noch auf die beſondere Eigenſchaften der Sachen genommen iſt, und alſo das Erbrecht, die väterliche

Gewalt, Vormundſchaft, Eherechte, Verjährung, Kontrakte, Pfänder, Dienſtbarkeiten ꝛc. begreift d). Beide Rechtstheile differiren vom Staatsrecht darin, daß ſie keine unmittelbare Beziehung auf die Regierungsform haben, indeß aber ihm auf eben die Art untergeordnet ſind, wie die Kameral- und Polizeywiſſenſchaften einen Theil der ganzen Staatswiſſenſchaft ausmachen e). Die Benennung eines Haupttheils des teutſchen Privatrechts kömmt ihm um ſo mehr zu, weil die heutige Kameral- und Polizeyverfaſſung gröſtentheils von den alten Teutſchen, und aus dem Mittelalter herrührt, f) und daher nur wenige Römiſche Rechts-

d) Meine Literatur des german. Rechts §. 12. der Einleit.

e) Vergl. Meinen Lehrbegrif und Umfang der ganzen teutſchen Staatswiſſenſchaft. Halle bey Trampe 1783. §. 18. 19. 22. 25.

f) H. A. Fiſchers Verſuch einer Beſchreibung der alten teutſchen Oekonomie und des in der Folge daraus erwachſenen Kammerweſens, Leipzig 1755. F. U. Stiſſers Einleitung zur Landwirthſchaft und Polizey der Teutſchen, Jena und Leipzig 1746. Ebend. Forſt- und

Rechtsmaterien hierbey ihre Anwendung finden, die ich jedoch an gehörigem Orte anzuführen nicht ermangle.

Seither hatte ich das ganze teutſche Privatrecht nach dem Selchow gelehrt. Allein ich fand mich immer wegen dem allzugroßen Umfange der Wiſſenſchaft in allzuenge Grenzen eingeſchränkt, daß oft von den brauchbarſten Materien kaum die erſten Grundlinien gegeben werden konnten, und faſt keine Zeit übrig war, um diejenigen Rechtsmaterien, als die Succeſſion, Vormundſchaft, und das Pfandweſen, die der Autor ganz unrecht und falſch abgehandelt hatte, durch beſſere Lehrſätze in gehöriges Licht zu ſtellen. Kurz, ich war kaum im Stande, die Hälfte der nothwendigſten Grundſätze zu geben. Daher verfiel ich ſchon längſt auf den Gedanken, das Hauptprivatrecht von dem Eigen-

 thüm-

und Jagdhiſtorie der Teutſchen, Leipzig 1754. Joh. Heumann Geiſt der Geſetze der Teutſchen. Nürnberg 779

thümlichen Privatrechte gewiſſer Perſonen, oder vom Polizey- und Kameralrechte abzuſondern, und jeden Rechtstheil in einer beſondern Vorleſung abzuhandeln. Auf dieſe Art allein bin ich im Stande, von dem ganzen Privatrechte alle Grundſätze zu liefern, und die Materien zu erſchöpfen. Es war dieſe Abſonderung deſto nothwendiger, als ich zugleich die Preußiſche Statutariſche Geſezgebung mit der allgemeinen teutſchen Rechtslehre verknüpfen wolte, und nun jene bekanntlich ſo weitläuftig iſt, daß es ganz unmöglich geweſen wäre, in einer Vorleſung beide Rechtstheile vereinigt zu liefern.

Durch meine Aufführung dieſes neuen Rechtsſyſtems habe ich einem gewiſſen Widerwillen vorgebeugt, der jeden angehenden Juriſten bey der Durchblätterung der Schottiſchen Encyclopädie anwandelt, wenn er darin eine ſo ungeheure Anzahl Rechtstheile auseinandergeſezt erblickt, daß ihm zu deren Erlernung kaum ein Menſchenalter hinreichend zu ſeyn

dünkt.

dünkt. Denn vermöge meiner wiſſenſchaftlichen Einkleidung ſind ſie jezo nicht mehr eigene, obſchon kleinere, Rechtsſyſteme, ſondern bloß einzele Rechtsmaterien, die Unterabtheilungen eines Haupttheils des ganzen Rechtlichen Lehrgebäudes ausmachen, (dem ich hierdurch gleichfalls erſt ſeine Exiſtenz gebe) und doch iſt dabey nicht das Mindeſte von ihren weſentlichen Lehrſätzen übergangen, ſondern bloß die geſchicktere Stellung und Unterordnung hat mich in den Stand geſezt, eine Menge Wiederholungen zu erſparen, die ſeither ihre einzele Bearbeitung vergrößerten.

Man hüte ſich jedoch, mein Syſtem nach den Grundſätzen der Kameral- Polizey- und Oekonomiſchen Wiſſenſchaften ſelbſt zu beurtheilen. Denn etwas anders ſind die Kameral- und Polizeyſachen, und etwas anders die damit verknüpfte und bey ihnen einſchlagende Rechtsmaterien. Jene müßen daher vermöge ihrer Beſchaffenheit nach einem ganz andern

Ge-

Geſichtspunkte wiſſenſchaftlich geordnet werden, als dieſe; und dort geſchieht es zuweilen, daß eine und dieſelbe Sache auf eine beſondere Art Kameraliſch, Oekonomiſch und Polizeymäßig behandelt wird, dahingegen es hier eine und dieſelbe Rechtsmaterie bleibt, und auf gleiche Art bey allen drey Wiſſenſchaften zugleich angewandt wird. Obſchon ich alſo mit Kameral- und Polizeyſachen ſelbſt nicht unmittelbar zu thun habe, ſo werde ich doch nicht ermangeln, ſowohl bey gewiſſen Rechtsſachen ihre Nebenbeziehung auf die Staatswirthſchaft, das Polizeyweſen und die Landwirthſchaft zu zeigen, als auch, wie manchmal gewiſſe Rechtswahrheiten aus Kameralgrundſätzen heutzutage eine andere Beſtimmung erhalten haben.

Man kann ſich leicht vorſtellen, daß über gegenwärtige Rechtswiſſenſchaft kein eigenes Leſebuch exiſtirt, ſondern nur etwas davon theils bey andern Rechtstheilen vorkommt,

theils

theils in beſondern Kompendien enthalten iſt. Selbſt vom Polizeyrechte hat man jezo noch weder ein großes Lehrbuch, noch ein kleineres Leſebuch. Denn Heumanns Initia Iuris Politiae Germanorum, Norimbergae 1757. enthält gröſtentheils nichts anders, als Polizeywiſſenſchaft, und nichts weniger, als Polizeyrecht. Ich fand mich alſo ganz ohne Leitfaden, und ſah mich zur Entwerfung dieſes Syſtems um ſo mehr genöthiget.

Einige ſind auf die Vermuthung gerathen, als wenn in dieſem Syſteme lauter ſolche Materien zuſammengetragen würden, die ſchon bey andern Vorleſungen zerſtreut vorkämen. Sie haben in ſo fern recht, daß hier würklich verſchiedene Rechtswahrheiten auseinander geſezt werden, davon man auch in andern Kollegien zu handeln pflegt; denn meine Abſicht geht zugleich dahin, dem bloßen praktiſchen Oekonomen alle andere Rechtliche Vorleſungen entbehr=

behrlich zu machen. Deſſen aber ohngeachtet wird auch der Juriſte hier Materien zu hören bekommen, die entweder an andern Orten nur flüchtig berührt, oder ohne Anwendung auf das Polizey = und Kameralfach vorgetragen werden. Ich habe überhaupt einen gedoppelten Endzweck: Einmal, den Kameraliſten alle Rechts= materien beyzubringen, die ſie dereinſt bey ih= ren Geſchäften und Verrichtungen brauchen, und ohne deren Kenntnis ſie ſchlechterdings nicht fortkommen können; dann, den Juriſten ſolche Rechtswahrheiten durch einen ſyſtemati= ſchen Vortrag ins Licht zu ſetzen, die ſehr häu= fig in praxi vorkommen, und die theils bey an= dern Vorleſungen gar nicht abgehandelt, theils nicht in dem gehörigen wiſſenſchaftlichen Zuſam= menhange vorgetragen, theils zu kurz und nur abgebrochen oder gar nur Anhangsweiſe ange= führt werden. Die Juriſten erhalten nunmehr eine vollſtändigere Kenntnis aller Haupttheile der ganzen Rechtsgelehrſamkeit, und die Ka= meraliſten können jezo andere rechtliche Vorle=

ſungen

ſungen entbehren, und beſitzen dennoch alle die Rechtsmaterien, die in ihr Fach einſchlagen, und für ſie von Nutzen ſind.

Da in unſern Staaten ein großer Theil des Polizeywesens den Kammern übertragen iſt, ſo fand ich um ſo mehr für nöthig, auch alle die Rechtsmaterien zuſammenzutragen, die theils ein vorzüglicher Gegenſtand der Policeyaufſicht ſind, theils alle Augenblicke in Polizeygeſchäfte einſchlagen und gelegenheitlich dabey vorkommen. Ueberhaupt nöthigte mich der Umfang des Polizeyrechts in verſchiedene herkommliche Fächer des bürgerlichen Rechts auszuſchweifen. Es geſchah aber doch mit möglichſter Einſchränkung und Sparſamkeit, weil ich nicht die Abſicht habe, dadurch vollkommene Rechtsgelehrten zu bilden, ſondern nur den angehenden Kameraliſten ſo viel vom Rechtsſyſteme mitzutheilen, als ſie dereinſt brauchen. Wollen ſie ausführlicher unterrichtet ſeyn, ſo mögen ſie die übrigen rechtlichen Vorleſungen beſuchen.

Um

Um ein zuſammenhängendes Syſtem zu formiren, und zugleich alle Wiederhohlungen zu vermeiden, mußte ich das Kameral- und Polizeyſyſtem ſo in einander verweben, daß ich zuweilen einen Theil von einer Kameralrechtsmaterie bey einem Hauptſtücke vom Polizeyrechte anbrachte, und wiederum andere Polizeyrechtsmaterien von ihren verwandten Materien abſonderte, und ſie unter denen Kameralrechtsmaterien abhandelte. Selbſt die ſyſtematiſche Ordnung jedes Rechtstheils einzeln betrachtet, mußte ich verändern und verrücken. Denn nach der zeitherigen Ordnung wurde das Kameralrecht in drey Hauptheile eingetheilt: Landwirthſchaftsrecht, Stadtwirthſchaftsrecht und Staatswirthſchaftsrecht. Allein die Materien des Landwirthſchaftsrechts mußten nun von mir zur Erſparung des Raums und der Zeit voneinander abgeſondert werden. Gewiſſe Rechtstheile der Landwirthſchaft, als Jagd, Fiſcherey, Bergbau, Forſtweſen, wurden von mir ganz ans Ende unter das Staats-

wirth-

wirthſchaftsrecht, wo die Materien als nuzbare Regalien ohnehin wieder vorkommen mußten, verſezt, und auf dieſe Art ſowol die doppelte Behandlung einerlei Gegenſtands, als die Abſonderung verwandter Rechtsmaterien verhůtet. Freylich kam dadurch das Stadtwirthſchaftsrecht vor die Landwirthſchaft zu ſtehen, weil es nicht wol vom Syſteme des ganzen Stadt- und Bůrgerrechts abzuſondern war, und dieſes nach der bůrgerlichen Klaſſifikation dem Bauernrechte vorgehen mußte.

Allein da die zeitherige Ordnung auf keinem nothwendigen Grund beruht, und auſſerdem ſchlechterdings einerlei Sache zweimal abgehandelt worden wåre, ſo fand ich bey dieſer Verſeżung keine Bedenklichkeit. Nur das Staatswirthſchaftsrecht behielt ſeine alte Stelle nach den beiden andern Haupttheilen, wurde aber mit verſchiedenen Landwirthſchaftsrechtsmaterien vermiſcht, und begrif nicht allein die Staatswirthſchaft im engern Verſtande, ſon-

dern zugleich auch die allgemeine Staatswirth-
ſchaft ſamt denen darauf ſich beziehenden Rechts-
materien.

Meine Abſicht war alſo bey der Entwer-
fung dieſes Syſtems nicht allein, ein vollſtän-
diges Kameral- und Polizeyrecht zu liefern, ſon-
dern auch das ganze Privatrecht, das in ſeiner
zeitherigen ſyſtematiſchen Form zu ungeheuer,
und doch ſehr unvollſtändig geweſen iſt, in
zwey Haupttheile abzuſondern, und mit der ge-
genwärtigen Hälfte alle ſogenannten kleinern
Rechtstheile zu vereinigen, zugleich aber auch,
nach meiner zeitherigen Gewohnheit, in meinen
Privatrechtsvorleſungen das Preußiſche Recht
vorzutragen, mit den allgemeinen Rechtsſätzen
die beſondere Preußiſche Geſezgebung zu ver-
binden, welches den auswärtigen Gelehrten
deſtoweniger unangenehm ſeyn wird, als in
Kameral- und Polizeyſachen die Preußiſche
Verfaſſung allen übrigen Reichsländern zum
Muſter gedient hat, und vieles davon nachzu-

ah-

ahmen noch übrig iſt. Die einländiſchen Kameraliſten und Rechtsgelehrten erhalten dasjenige, was in einer Reihe großer und weitläufiger Werke zerſtreut enthalten iſt, die über 300 Thaler zu ſtehen kommen, hier in zween mäßige Bände zuſammengezogen. Sie werden mir aber leicht verzeihen, wenn ſie zuweilen noch kleine Mängel und Unvollſtändigkeiten entdecken, indem ich dabei ohne Vorgänger und Gehülfen, aus einer ſo ungeheuren Anzahl Bände das noch Brauchbare und Nüzliche zuſammenzuleſen, eine faſt herkuliſche Arbeit unternommen habe. Sehr angenehm würde es mir übrigens ſeyn, wenn mich die in dieſem Fache bewanderten und erfahrnen Männer in der Folge mit Beyträgen zur Vervollkommnung dieſes Buchs unterſtüzen würden, die ich ſogleich zu nützen, und den Verfaſſer anzurühmen, nie ermangeln werde.

Ich habe alle Lehrſätze mit zureichenden Allegationen unterſtüzt, und ſo viel Litteratur angeführt, als einem Anfänger zu wiſſen nöthig

iſt. Nur was die Verfaſſung Oberteutſchlands betrift, da ſchrieb ich ohne Auktorität, bloß aus eigener Erfahrung, die ich mir bey verſchiedenen Beamtungen, wo ich ehemals als Kameraliſt arbeitete, erworben habe. Die hin und wieder angeführte Akten der hieſigen Fakultät ſind alle von mir ſelbſt ausgearbeitet worden, und werden dereinſt in Druck kommen. Halle im Herbſtmonat 1784.

Polizey-

Polizeyrecht.

Erſtes Buch.

Allgemeines Polizeyrecht der Teutſchen.

I.

Unrichtigkeit der zeitherigen Erklärung der Polizey.

Diejenigen Gelehrten, als Juſti 1), Sonnenfels 2), Beckmann 3), Rüdiger 4), Lamprecht 5), Moſer 6), Hohenthal 7), die noch die brauchbarſten Erklärungen und Beſtimmungen von der Polizey gegeben haben, waren nicht aufmerkſam genug, ſie von dem Kameralweſen und der Staatskunſt zu unterſcheiden. Andere, wie Pütter 8) und Röſsig 9), haben ſie in allzuenge Grenzen eingeſchränkt. Daher bey der ſo großen Verſchiedenheit der Meinungen verſchiedene, wie von Leyſer 10), de la Mare 11), Becher 12), Schreiber 13) ꝛc. es nicht einmal wagten, ihren Begrif zu beſtimmen, ſondern ſich mit der Auseinanderſetzung ihres Gegenſtandes begnügten. Dithmar 14) ſcheint mir noch dem wahren Begriffe am nächſten gekommen zu ſeyn, wenn er ſie für die Wiſſenſchaft erklärt,

klärt, auf welche Art der innere und äußere Zuſtand des Staats ſo erhalten werde, daß ſich jeder Staatsbürger in billigmäßigen Glücksumſtänden befinde.

1) Grundveſte zur Macht und Glückſeligkeit der Staaten §. 3.

2) Grundſätze der Polizey- Handl. und Finanzwiſſenſchaft §. 22.

3) in den Anmerk. zu Juſtis Einleit. zur Polizeywiſſenſchaft S. 6.

4) Ueber die ſyſtemat. Theorie der Kameralwiſſenſchaften S. 32.

5) Ueber das Studium der Kameralwiſſenſchaften S. 19.

6) Von der Landeshoheit in Polizeyſachen. Leipzig 1773.

7) de politia etc. §. 11.

8) Kurzer Begrif des teutſchen Staatsrechts. Gött. 1768. B. VI. H. III. §. 185.

9) Verſuche über die ökonom. Polizey ꝛc. S. 10.

10) Medit. ad Digeſt. Spec. 687. med. 35.

11) traité de la Police etc. Tome I. p. 4. L. I. tit. 1. c. 1.

12) Polit. Diskurs von den eigentl. Urſachen des Auf- und Abnehmens der Städte und Länder. Th. I. C. 3. S. 45.

13) de cauſſis polit. et ear. quae juſtit. dicuntur, conflictu et differ. Goett. 1739.

14) Einleitung in die ökonom. Policey- und Kameralwiſſenſchaften. C. IV. §. 4.

2.

2.

Unſichere Beſtimmung des Begrifs vom Polizeyrecht.

Da man ſich ſo wenig über den Begrif des Polizeyweſens vereinigen konnte, ſo iſt ſich nicht zu befremden, daß man noch weniger Klarheit bey der Beſchreibung des Polizeyrechts antrift. Johann Heumann nannte Polizeyrecht die Vergleichung der Polizeyanſtalten, wie ſie in den heutigen Staaten angetroffen werden, und die daraus geſchehene Abziehung gewiſſer Regeln, nach welcher die Polizeygeſchäfte behandelt werden müſſen. Beßer beſtimmten es andere als ein Polizeyſachen betreffendes Recht. Allein dabey ermangelte noch eine befriedigende Erklärung der Polizeyſache ſelbſt.

3.

Verſchiedenheit der Polizeywiſſenſchaft, des Polizeyrechts und der Polizeyklugheit.

Nach meinem Syſteme iſt die Polizeywiſſenſchaft ein Theil der teutſchen Staatswiſſenſchaft 1), und in ſo weit ſie aus dem Staatsoberaufſichtsrechte entſpringt 2), ein Regal, und folglich ein weſentlicher Theil des Staatsrechts. Dahingegen gehört das Polizeyrecht zum Syſteme des Privatrechts. Ein anderes iſt die Polizeyklugheit, die aus dem Zwecke des Staats, aus der Sittenlehre und aus der Geſchichte der Menſchheit und bürgerlichen Geſellſchaft gewiſſe Grundſätze abziehet, nach welchen gute Polizeyanſtalten im Staate eingeführt werden.

1) Mein Lehrbegrif und Umfang der teutſchen Staatswiſſenſchaft §. 22.

2) Pütters kurzer Begrif des Staatsrechts S. 154.

4.

Beſchreibung der Polizeywiſſenſchaft.

Ich wage es ebenfalls nicht, von der Polizeywiſſenſchaft eine vollkommen richtige Beſtimmung zu geben, ſondern begnüge mich vor der Hand mit dieſer Beſchreibung. Sie beſteht in der Aufſicht über die bürgerlichen Anſtalten und niedern Staatseinrichtungen, daß ſie der urſprünglichen Staatsverfaßung gemäß erhalten werden, und beſchäftigt ſich mit der Hinwegräumung und Vorbeugung aller Ereigniſſe, die den Nazionalreichthum ſchwächen, und die Unterthanen in Dürftigkeit bringen, ihre Gewerbe ſtöhren, und ihre Geſundheit, oder überhaupt die innere Sicherheit in Gefahr ſetzen könnten 1).

1) Literatur:

F. Joſ. Bob vom Syſteme der Polizeywiſſenſchaft. Freib. 1779.

J. H. G. von Juſti Grundſätze der Polizeywiſſenſchaft. III. Ausgabe von Beckmann. Göttingen 1782.

Ebend. Grundfeſte zur Macht und Glückſeligkeit der Staaten, oder ausführliche Vorſtellung von der geſamten Polizeywiſſenſchaft. Königsberg 1760. 1761.

Pfeifers Natürliche aus dem Zwecke der Geſellſchaft entſtehende allgemeine Polizeywiſſenſchaft. Frankfurt 1779. 2 Theile.

Sonnenfels Grundſätze der Polizey: Handlungs und Finanzwiſſenſchaft. Wien 1770. bis 1776. 3 Theile.

5.

Beſtimmung des Polizeyrechts.

Das Polizeyrecht iſt der Inbegrif von Rechten und Verbindlichkeiten, die aus dem Polizeywesen entſpringen.

6.

Vielfache Eintheilung des Polizeyrechts.

Die Polizey hat mit der Staatswirthſchaft einerlei Subjekt, und weicht nur von dieſer in der Behandlungsart und in Anſehung des vorgeſteckten Endzwecks ab. Gleichwie nun die Gegenſtände des Kameralweſens mannigfaltig und unendlich ſind, eben ſo häufig ſind die Theile des Polizeyrechts. Es gibt eine beſondere Abtheilung deßelben nach den Gattungen der Gegenſtände, und eine andere nach den Grenzen, worein ihre Wirkungskraft eingeſchränkt iſt. Zu dieſer gehört die Reichspolizey, Kreispolizey, Landſtaatspolizey, ferner die Hofpolizey, Stadtpolizey, Landpolizey und Dorfpolizey, und zu jener, die Kirchen- und Schulpolizey, Kriminalpolizey, Lehenspolizey, Handelspolizey, Seepolizey, Feldpolizey, Bergpolizey, Forſtpolizey ꝛc.

7.

Einleitung.

Wir machen nun mit der Auseinanderſetzung der drey erſten Hauptgattungen der erſten Klaſſe den Anfang, und ſchieben die übrigen Gattungen ſowol dieſer als der folgenden Abtheilung an gehörigem Orte ein.

I. Ab-

I. Abſchnitt.
Reichspolizeyrecht.

8.
Erklärung.

Die Hoheitsrechte über den teutſchen Reichsſtaat ſind ein Gemeineigenthum des Kaiſers und des Reichs 1). Hierunter iſt nun die Polizeyhoheit und Gewalt begriffen. Sie wird alſo vom Kaiſer und Reiche als ein gemeinſchaftliches Regal zugleich ausgeübt, und die Reichspolizey genennt. Der Umfang der hieraus entſpringenden Rechte und Verbindlichkeiten heiſt das Reichspolizeyrecht.

1) *Ad. Rechenberg* Diſſ. de mutatione formae ſtatusque S. R. I. Germ. Lipſ. 1688.

Gabr. Schweder Introduct. in Ius Publ. P. Gen. C. IV. §. 49. 50.

Adr. Steger de Iur. Nat. Iur. Publ. R. G. principio, Lipſ. 1747.

I. *El. Heinrich* Diſſ. de forma Imp. Rom. Germ. Iena 1782.

Bielfelds Staatskunſt B. III. S. 458.

9.
Geſezliche Quellen.

Die geſezlichen Quellen davon ſind die Reichspolizeyordnungen von 1440. 1441. 1497. 1498. 1500. 1530. 1548. und 1577. Einzelne Reichsſchlüße und Edikte von Duellen, vom Handel, von der Büchercenſur, Abſchaffung der Handwerksmisbräuche und

Auf=

Aufhebung des blauen Montags von 1571. 1670. 1715. 1731. 1746. 1772. Eine Menge Münzordnungen u. ſ. w. 1)

1) Alles in der Neueſten Samml. der Reichsabſchiede, wovon ein genaues Verzeichnis bey *Heumann* Initia Iuris Polit. C. III. §. 17. ſeqq.

10.

Verhältnis zum Landſtaatspolizeyrechte.

Allein nur dann äußert ſich ihre Wirkungskraft, wenn ein dergleichen Polizeygeſchäft zum Behuf aller, oder mehrerer teutſchen Reichsländer eintritt, weil ihre Vorkehrungen den Wohlſtand aller oder wenigſtens mehrerer Reichsunterthanen zur Abſicht haben, und mitnichten wenn dieſe das Wohl gewiſſer einzeler Länder, oder einen Theil ihrer Unterthanen betreffen; denn in dieſem Falle darf ſich das Reich nicht einmiſchen, ſondern das bleibt der landesherrlichen Polizey vorbehalten 1).

1) Majers weſtl. Staatsrecht. B. II. S. 386. ff.

11.

Verweiſung der einzelen Gegenſtände aufs Landſtaatspolizeyrecht.

Man ſieht daraus, wie ſelten die Reichspolizeygewalt wirkſam werden kann, und daß daher die meiſten Polizeyſachen nur Gegenſtände der Landſtaatspolizey ſeyn können, welcher ſelbſt der Kaiſer durch Ausübung ſeiner Reſervatrechte nicht derogiren darf 1),

und

und die Reichsgerichte hierinn keine Gerichtsbarkeit beſitzen 2).

1) Wahlkapitul. Art. 7. §. 5.

2) Reichsabſch. von 1654. §. 106.

12.

Eintheilung in kaiſerliches und eigentliches Reichspolizeyrecht.

Ueber einige Gegenſtände übt der Kaiſer vermög ſeiner Reſervaten die Polizeygewalt allein aus, und über andere Sachen hat ihm das Reich eine beſondere Polizeyaufſicht aufgetragen 1). Das veranlaßt eine Abtheilung des allgemeinen Reichspolizeyrechts in kaiſerliches Polizeyrecht und beſonderes Reichspolizeyrecht.

1) Neueſte Wahlkapit. Art. 7. §. 1. 2. Art. 8. §. 5. 6. 7. Reichsabſch. von 1530. §. 98. Kaiſerl. Commiſſionsdekr. v. 1667. in den Samml. der Reichsabſch. B. IV. S. 54.

13.

Allgemeine Gegenſtände.

Indeß bleiben die meiſten Polizeyſachen, als Münzweſen, Handel, Gewerbe, Handwerker, Kleiderpracht, Manufakturen, Bücherweſen, Geleite, Stapel- Kran- und Niederlagsgerechtigkeiten, Poſtweſen, Waarenverboth, eingeſchränkte Ausfuhre ꝛc. Gegenſtände der beſondern Reichspolizeygeſezgebung, wie das die in großer Anzahl auf den Reichstägen gemachten Reichsgeſetze lehren 1).

1) vid. *Heumann* cit. l. p. 15. ſqq.

II. Ab-

II. Abſchnitt.

Kreispolizeyrecht.

14.
Entſtehung des Kreispolizeyrechts.

Den teutſchen Reichskreiſen iſt die Aufſicht über die Beobachtung des Landfriedens und zu dem Behuf ein Theil der vollſtreckenden Gewalt übertragen. Nach andern Reichsgeſetzen bekamen ſie auch die Obſorge über die Reichszölle, das Münzweſen, und die Reichsmatrikel. Hieraus iſt in der neuern Zeit das Kreispolizeyrecht erwachſen.

15.
Rechtsquellen.

Die geſezlichen Quellen liegen theils in den Kreisabſchieden und Kreisſchlüſſen 1), theils in den Münzpatenten und Edikten verborgen.

1) Joh. Jak. Moſers Sammlung des h. R. R. ſämtlicher Kreisabſchiede und anderer Schlüſſe, III Theile, Leipzig 1747. 1748.

16.
Eigenthümlicher Grund der Verbindlichkeit.

Die Kreisabſchiede und Kreisſchlüſſe haben für die Reichsſtände ſelbſt keine geſezliche Verbindungskraft, ſondern werden von ihnen nur als errichtete Verträge beobachtet. Daher auch nur die Unterthanen, deren Landesherren ſie angenommen und promulgirt haben, ſie als Geſetze verehren müſſen.

17.

Gegenſtände.

Das Kreispolizeyrecht erſtreckt ſich über das Münzweſen, als zu welchem Ende ſowol die Baieriſchen, Fränkiſchen und Schwäbiſchen, als die Oberrheiniſchen, Niederrheiniſchen und Weſtfäliſchen Kreiſe miteinander beſondere Münzprobationstage halten 1), über die Gewerbe, Handwerker, Bettler und Vagabonden, und die öffentliche Sicherheit und Beobachtung der reichsgerichtlichen Entſcheidungen.

1) *Io. de Scheidlein* Diſſ. de conventib. monet. trium Circul. Francon. Bavar. et Suevici. Aug. 1719.

III. Abſchnitt.

Landſtaatspolizeyrecht.

18.

Begrif.

Das Landſtaatspolizeyrecht umfaßt alle die Geſetze, Verordnungen und Anſtalten, die auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, bürgerlichen Verfaſſung und aller niedern Staatseinrichtungen abzwecken, und allen Ereigniſſen vorzubeugen ſuchen, die den Nazionalreichthum ſchwächen, die Unterthanen in Dürftigkeit bringen, ihre Gewerbe ſtöhren, und ihre Geſundheit in Gefahr ſtürzen könnten.

19.

Rechtsquellen.

Bey der großen Anzahl der teutſchen Reichsländer und einzelen Staaten wird man leicht einſehen, daß ihre Menge unzählig iſt. Ich bin daher außer Stand, ſie hier einzurücken, ſondern beziehe mich deswegen auf Heumann 1) u. andere, und begnüge mich indeß mit dem Verzeichniſſe der Königlichen Preußiſchen Polizeygeſetzgebung, die ebenfalls, wie jene, theils in den alten Landesordnungen 2), theils in den Landtagsabſchieden 3), und theils in einzelen Feuer- Dorf- Bauer- Geſinde- Acker- Schäfer- Hirten- Wechſel- Forſt- Jagd- Weid- Weg- Poſt- und andern Ordnungen 4) beſtehen. Einige Polizeyordnungen ſtehen hierunter verzeichnet 5).

1) Initia Iur. Polit. C. IV. §. 23. pag. 23. ſqq. Chr. Gottl. Riccius Entwurf von Stadtgeſetzen ꝛc. Frankf. u. Leipzig 1740. Joh. Steph. Pütter Verſuch eines chronol. Verzeichniſſes teutſcher Land- und Stadtgeſetze von Selchow vermehrt im Anh. zur juriſt. Encyclop. Gött. 1767. S. 112. J. R. H. Dreyer Zuſätze und Verbeſſerungen der Statutenhiſtorie des Prof. Riccius, ſo viel das XIV. XV. XVI. XVII. Hauptſtück betrift, in D. Schotts Samml zum teutſchen Stadt- und Landrecht Th. I. S. 1. Verzeichnis der Landes- Prozeß- Polizeyordnungen und Statuten, welche in Cam. Imper. übergeben worden, in der Samml. der Viſitationsſchlüſſe n. 4. S. 288.

2) Dergl. Landesordn. im Croſſen- und Züllichow. Kreiſe von 1561. im Sternberg. Kreiſe von 1662. C. C. March. T. V. Abth. I. p. 37 45.

3) *Scheplitz* Conſuet. March. Brand. Berol. 1745. Mind. Landesverträge, Minden 1748. Dähnerts Samml. Pommeriſcher Landesurk. Geſetze, Privil. Verträge und Ordn. III. Th. Stralſ. 1765. 1767. 1769.

4) C. C. March. T. V. Abth. I. C. I. p. 1. ſqq. In den Contin. und im C. Nov. hin und wieder zerſtreut.

5) Magdeburgiſche Polizeyordnung in C. C. Magdeb. P. III. p. 1. enthält aber zugleich alles Privatrecht. Kurfürſt Joachims II. Polizeyordn. für die Märkiſchen Städte von 1515. C. C. March. T. VI. Abth. I. Nachl. S. 1. Polizeyordn. für die Städte in der Neumark von 1540. ibid. Tom. V. Abth. I. p. 1. in der Kurmark von 1550. ibid. p. 20. Polizeyordn. für die Stadt Berlin von 1580. p. 59. von 1640. p. 71. Inſtruct. für den Berliniſchen Polizeymeiſter v. 23. Merz 1735. p. 121. Desgl. für den Polizeydirektor vom 12. Mart. 1742. Cont. II. p. 58. Polizeyreglem. für Cüſtrin vom 19. Jan. 1740. Cont. I. p. 309. Inſtruct. für die Polizeyausreuter in den Marken vom 23. Febr. 1754. C. C. March. Nov. T. I. p. 626. vom 25. Merz 1754. ibid. p. 651. für die zu Minden ꝛc. vom 12. April 1756. T. II. p. 70. Inſtruction für den Polizeydirektor zu Königsberg vom 16ten Merz 1752.

20.

Literatur.

Joh. Andr. Hoffmann Entwurf von dem Umfange, den Gegenſtänden, Einrichtungen, Eintheilungen und Verordnungen ꝛc. des Polizeyweſens, wie überhaupt im teutſchen Reiche, alſo auch beſonders in den Caſſel. Landen. Marb. 1765.

Joh. Heumanns Geiſt der Geſetze der Teutſchen. Nürnberg 1779.

Ej.

Ej. Initia Iur. Politiae German. Norimb. 1757.

J. H. L. Bergius Kameraliſtenbibliothek ꝛc. mit Vorrede von Chriſt. Ernſt von Windheim. Nürnb. 1762.

Ebend. Polizey-und Kameralmagazin, Frankf. 1767. bis 1774. IX. B.

Ebend. neues Polizey-und Kameralmagazin. Leipzig 1775. bis 1780. VI. B.

Ebend. Samml. der Landesgeſetze, welche das Polizey-und Kameralweſen zum Gegenſtande haben, Frankf. 1781.

Oeconomia forenſis, oder kurzer Begrif derjenigen Landwirthſchaftswahrheiten, welche allen, ſowol hohen als niedern Gerichtsperſonen zu wiſſen nöthig, Berlin 1775. bis 1784. VIII. B.

J. B. Hoffers Beyträge zum Polizeyrecht der Teutſchen, Nürnb. 1764.

Juſt. Chriſt. Dithmars Einleitung in die ökonomiſche, Polizey-und Kameralwiſſenſchaften. Frankf. 1740.

21.

Hauptgegenſtände.

Auf zwey Dinge hat die Polizey ihr vorzügliches Augenmerk zu richten. Auf den Gang der öffentlichen bürgerlichen Geſchäfte vor den Gerichten und allen Aemtern und Kollegien, dann auf die Bewahrung der

Staatsbürger bey ihren beſondern Gerechtſamen und Verfaſſungen.

22.

Von der bürgerlichen Statiſtik.

Um das Leztere zu bewerkſtelligen, muß man eine genaue Kenntnis der bürgerlichen Statiſtick beſitzen. Sie iſt die Beſchreibung der Bürgerklaſſen nach ihrer Ordnung, Gemüthseigenſchaften, Fähigkeiten, Beſchäftigungen, Handthierungen, Gewerben, und nach ihrer Leibesbeſchaffenheit.

23.

Einleitung.

Da die Polizey hauptſächlich über die bürgerliche Verfaſſung ein wachſames Auge zu tragen, und dafür zu ſorgen hat, daß die Glieder des Staats an der Ausübung ihrer Rechte, Gewerbe und Beſchäftigungen nicht gehindert werden, ſo iſt nöthig, daß wir zuerſt die verſchiedenen Abtheilungen der Staatsbürger auseinanderſetzen, und die Rechte und Verbindlichkeiten bemerken, die ſich daraus ableiten.

Zweites Buch.
Perſönliches Polizeyrecht.

24.

Einleitung.

Da eigentlich nur der Menſch, nicht aber lebloſe Dinge, eines Rechts und einer Verbindlichkeit fähig iſt; ſo kann auch nur er allein der eigenliche Gegenſtand der Rechte ſeyn. Weil aber ein jedes Recht, das ein Menſch haben kann, ihm entweder in Anſehung ſeiner Perſon und Eigenſchaften, oder in Anſehung der Dinge, welche er gebraucht, oder in Anſehung der Handlungen, welche von ihm oder von andern geſchehen, zukommen muß, und ihm alſo eins von dieſen drey Stücken gleichſam anhängt, ſo entſteht daraus ein dreyfacher Gegenſtand des Rechts oder der Geſetze, nemlich: **der Menſch, die Dinge, und die Handlungen.**

25.

Beſtimmung des Begriffs.

Man heißt den Inbegriff der Rechte und Verbindlichkeiten, die dem Menſchen in Rückſicht auf ſeine Perſon und Eigenſchaften zukommen, das **Recht der Perſonen.** Das **perſönliche Recht** aber ſchließt die Rechte in ſich, deren Ausübung nur gegen gewiſſe Perſonen Statt hat 1). In dem Perſonenrecht müſſen alſo die verſchiedenen Eigenſchaften der Perſonen betrachtet und erklärt werden.

1) Entwurf eines allgemeinen Geſezbuchs für die Preuß. Staaten, Berlin und L. 1784. §. 130. S. 34.

26.

Erklärung des Zuſtandes.

Eine ſolche Eigenſchaft, worauf ſich ein ganzer Inbegriff von Rechten gründet, heißt des **Menſchen Zuſtand** (ſtatus perſonarum). Es iſt dieſer Begriff aus dem römiſchen Recht genommen; aber in derjenigen Einſchränkung, in welcher er in demſelben gebraucht wird, iſt er nicht für das ganze Perſonenrecht brauchbar; denn nach dem römiſchen Rechte giebt es nur einen dreyfachen Zuſtand, nemlich ſtatum libertatis, civitatis et familiae, als nach welchem ſie alle Menſchen eintheilten; da es aber mehrere Eigenſchaften der Perſonen giebt, aus welchen gewiſſe Rechte herfließen; ſo muß man entweder ſo viel *Status* formiren, als Eigenheiten vorhanden ſind; (welches jedoch nicht gewöhnlich iſt,) oder von dieſem römiſchen Begriffe abgehn.

27.

Beſtimmung der perſönlichen Rechtseigenſchaften.

Wir verlaſſen daher dieſe künſtlichen Begriffe vom Statu, und folgen dem Begriff der Eigenſchaften, oder der Eintheilung der Perſonen nach ihren phyſiſchen und moraliſchen Eigenheiten, nach ihrem Stande, ihren perſönlichen Verhältniſſen, nach ihrer bürgerlichen Klaſſifikation u. ſ. w. worauf ſich ihre Rechte gründen 1).

1)

1) *Georg Beyer* Disquiſitio de uſu Iur. Rom. in cauſis Ius perſon. in Germania concernentibus in del. I. german. n. 2.

Ge. *Dav. Aland* Diſſ. II. de ſtatu hominum apud veteres Germanos. Lipſ. 1745. 1747.

28.

Richten ſich nach den Statuten des Wohnorts.

Die perſönlichen Eigenſchaften und Befugniſſe eines Menſchen werden nach den Geſetzen und Statuten ſeines Wohnorts beurtheilt, wenn er ſich ſchon eine Zeitlang abweſend befindet, oder auswärts Geſchäfte treibt 1). Sonſt kommen demjenigen, der einen gewiſſen Stand im Staate beſizt, auch alle Rechte dieſes Standes zu 2).

1) Entwurf des Preuß. Geſezb. Einl. Th. I. §. 28. S. 21.

2) Ebendaſ. §. 89. S. 29.

Erſtes Hauptſtück.

Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrer körperlichen Beſchaffenheit und ihren Gemüthseigenſchaften.

I. Abtheilung.

Ungebohrne, Gebohrne und Nachgebohrne.

29.

Erklärung.

Sobald der Menſch exiſtirt und lebt, ſo hat er ſchon Rechte. Die Menſchen werden in Anſehung ihrer Exiſtenz eingetheilt in Gebohrne, Ungebohrne, die ſich noch in Mutterleib befinden, und Nachgebohrne, die erſt nach des Vaters Tod auf die Welt gekommen ſind. Eigentlich fangen die Rechte des Menſchen an, wenn er gebohren iſt. Es werden aber auch diejenigen, die noch in Mutterleib ſind, für gebohren geachtet, wenn es zu ihrem Vortheile gereicht, doch unter der Bedingung, daß ſie dereinſt lebendig das Licht erblicken werden.

I. Abſchnitt.

Rechte der Menſchwerdung.

30.

Literatur.

Chriſt. Wildvogel Diſſ. de partu legitimo. Ien. 1700.

Id. D. de Iure Embryonum.

Id. D. de Iuribus Poſthumorum. Ien. 1710.

Ferd. Chriſt. Harpprecht Diſqu. de probat. filiat. ex concubitu Sponſorum. Tub. 1696.

Burck. Gotth. Struve De partu ſuppoſito et cuſtodia corporis femin illuſtr. Ien. 1732.

Chr. Gottl. Schwarz de jur. homin. naſcit.

Chr. Ludov. Crell. Diſſ. Obſerv. de jure infantium. Viteb. 1744.

Gottfried Heinrich Mauchart über die Rechte des Menſchen vor ſeiner Geburt. Frft. u. L. 1782.

31.

Erklärung des Embryonenrechts.

Die Geſetze legen dem aufkeimenden Gewächſe eines Menſchen in den innern Theilen des Mutterleibes während dem Zuſtande zwiſchen der Erzeugung und der Geburt, ſo oft von deſſen Vortheilen die Rede iſt, ſchon eben die Rechte bey, welche den gebohrnen Menſchen

zukommen. 1) Der Innbegrif aller in Anſehung einer ſolchen Frucht in Mutterleibe entſtehenden Rechte und Verbindlichkeiten heiß das Embryonenrecht.

1) Manchart über die Rechte des Menſchen vor ſeiner Geburt, S. 2. 3 4.

32.

Erforderniße des Embryonenrechts.

Derſelben ſind drey, das Leben des Kindes, die Vollendung der Geburt und die Uebereinſtimmung der Geburt mit dem Zeitpunkte des Rechtsanfalls.

33.

Leben des Kindes.

Die Ungebohrnen genießen nur ſo weit die Rechte der Gebohrnen, als der Erfolg der Hofnung eines durch die Geburt lebend ans Licht tretenden Menſchen entſpricht. Daher die Befugniſſe der Kinder in Mutterleibe ſich ganz auf dieſe Bedingung einſchränken. Sie müßen lebendig zur Welt gebohren worden ſeyn, 1) wovon der Beweis zwar nicht mehr nach teutſchem Rechte 2) durch die Beſchreyung der vier Wände des Zimmers, worinnen die Mutter gebohren hat, ſondern durch den Athemzug, die Bewegung der Hände und Füße und durch andere Kennzeichen angeſtellt wird, und im Zweifelsfalle, wenn die Geburt reif und zur rechten Zeit erfolgt iſt, vermuthet wird. 3)

1) L 3 §. 3. D. de injuſt. rupt. et vir. teſt.

2) Sächſ. Landr. art. 33. Lehenrecht art. 20. Lex. Alam. tit. 93.

3) *Harpprecht* in Conſil. Nov. 45. n. 89.

34.

Vollendung der Geburt.

Es iſt aber an dem Leben eines nicht ganz zur Geburt gekommenen Kindes ſo wenig, als bloß an dem Leben im Mutterleibe genug, ſondern erforderlich, daß das Kind ganz gebohren, und lebend, völlig vom Leibe der Mutter abgeſondert worden ſeye, wenn es das einſtweilen ihm vorbehaltene Recht eines gebohrnen Menſchen erlangen ſolle.

1) L. 3. Cod. de. poſth.

35.

Uebereinſtimmung der Geburt mit dem Zeitpunkte des Rechtsanfalles.

Bey der Unterſuchung der rechtlichen Verhältniße des ungebohrnen Menſchen muß jedesmal entſchieden ſeyn, ob zur Zeit des Rechtsanfalles die Frucht in Mutterleibe vorhanden geweſen iſt, weil ein Unding, dergleichen der Menſch vor ſeiner Empfängnis iſt, kein Gegenſtand der Geſetze wird. 1) Die Geſetze haben den Zeitraum der Schwangerſchaft nach der engſten Grenze auf 6. 2) und nach der weiteſten Gränze auf 10 volle Monathe 3) beſtimmt, wiewohl neuere Aerzte die Rechtmäßigkeit der ſiebenmonathlichen Kinder auf eine unvollkommene Geburt einſchränken, und ein eilfmonathliches Kind nach Hippokatiſcher Sprache, für neunmonathlich nach dem heutigen Sprachgebrauche erklären. 4) Wenn alſo von der Geburt eines Kindes bis zu dem Zeitpuukt, wo bey demſelben ein Recht hätte in Anwendung kommen können, oder in welchem eines

nes erloſchen iſt, nicht mehr dann 10 Monathe verfloſſen ſind, oder höchſtens der Eilfte eingetreten iſt, oder im Gegentheil, ſo von dem Anfang eines gewißen rechtlichen Verhältnißes die Frage iſt, nicht weniger dann 6 volle Monathe, oder in Rückſicht des erforderlichen Eintritts des 7. Monaths 182 Tage von der Geburt auf jenen Zeitpunkt gezehlet werden können; 5) ſo giebt die Vermuthung der Geſetze die Möglichkeit zu, daß die Mutter in jenem Fall noch vor der Entwicklung eines gewißen Rechts, in dieſem aber erſt nach derſelben befruchtet worden, folglich in beiden Fällen ein Embryon, der des noch nicht erloſchenen oder erſt eingetretenen Rechts fähig wird, vorhanden geweſen iſt.

1) L. 41. D. ſi certum pet.

2) L. 12. D. de ſtat. homin.

3) L. 3. §. 11. D. de ſuis et legit. her.

4) Ploucquet von den Phyſiſchen Erforderniſsen der Erbfähigkeit § 35. 25.

5) *Scheinemann* de ocul. inſpect. th. 36.

36.

Rechtliche Vermuthungen in Anſehung der frühen Geburt.

Obſchon die Römiſchen Geſetze 1) und die Praxis in der Regel hier Sonnenmonathe zu 30 und 31 Tagen annimmt, ſo gelten doch auch zu Gunſten des Kinds im Nothfalle Mondsmonathe zu 28. Tagen. 2) Im Zweifel dringt immer die Vermuthung für die ehliche Er=

Erzeugung eines Kinds vor, als wodurch das Verbrechen der Unzucht und des frühen Beyſchlafs ausgeſchloßen wird 3). Das geht ſoweit, daß ein im 8 Monathe gebohrnes Kind für ehlich angenommen wird, obſchon nach dem Zeugniße der Aerzte dieſes ſehr unwahrſcheinlich iſt 4).

1) L. fin. §. 1. Cod. de jur. delib.

2) *Lauterbach* in Coll. theor. pract. tit. de his que ſui §. 13.

3) *Stryk* de Succeſſ. ab int. c. II. art. 1. §. 12.

4) Id. de jure ſenſ. Diſſ. I. c. 1. §. 42.

37.
Beſondere Preußiſche Geſetzgebung.

Im Preußiſchen muß der Ehemann nach erlangter Wiſſenſchaft von der Geburt eines Kinds ſich binnen Jahresfriſt zum Beweis ſeiner Nichtvaterſchaft, die ſich beym Tode und bey der Zeugungsunvermögenheit auf den 302ten Tag, und bey der Abweſenheit auf den Zeitraum vom 302ten Tage bis zum 310ten Tage vor der Geburt beſtimmt, erbieten, oder er wird eben ſo wenig gehört, als überhaupt das Zeugnis der Mutter gilt 1). Er hat während dem Prozeſſe das Kind zu verpflegen 2). Bey unehlichen Schwängerungen muß die Niederkunft binnen dem 225ſten bis zum 285ſten Tage erfolgen 3).

1) Preuß. Geſetzbuch, Th. I. tit. II. Abſchnitt I. §. 3. 4. 5. 6. 11.

2) Ebend. 8.

3) a. a. O. tit. I. Abſchn. X. §. 799. S. 158.

38.

Rechtliche Vermuthung in Anſehung der ſpäten Geburt.

Wenn eine rechtmäßige Ehefrau ein Kind gebiert, ſo wird immer ihr Mann als Vater des Kindes vermuthet, und er muß im Zweifelsfalle das Gegentheil beweiſen 1). Es gehet dieſe Vermuthung ſo weit, daß, wenn auch erwieſen wäre, daß zur Zeit der Empfängnis dieſelbe mit einem andern die Ehe gebrochen hat, dennoch beym gleichmäßigen Beyſchlafe des Mannes dieſer die Vatersſtelle übernehmen muß 2). Eben ſo wird ein Kind, das im Anfange des 11ten Monaths oder im Preußiſchen bis zum 302ten Tage 3) nach der Eheſcheidung oder nach deſſen Tode gebohren worden, für ehlich gehalten 4).

1) L. 5. D. de in jus voc. L. 6. D. de his, qui ſui vel al jur. Entwurf des Preuß. Geſetzbuchs, Th. I. tit. 2. Abſchnitt I. §. 2.

2) L. 11. §. 9. ad L. Iul. de adult.

3) Preuß. Geſetzb. a. a. O. §. 11. 22

4) *Struv.* Exercit. III. th. 4

39.

Rechte der Spähtlinge.

Kinder, die bey ihres Vaters Tode noch nicht gebohren waren, heißen Spähtlinge (Poſthumi), und haben die beſonderen Rechte, daß ſie den bereits gebohrnen Kindern gleich gehalten 1), und gar nicht enterbt werden können 2). Sobald ſie lebendig zur

Welt

Welt gekommen, wenn ſie ſchon gleich darauf noch in den Händen der Wehmutter geſtorben ſind 3), vernichten ſie ein jedes Teſtament 4), darinn man ſie übergangen hat, und treten die ganze Inteſtaterbfolge an 5), und haben ſich nicht mit dem Pflichttheile zu begnügen 6).

1) in Cod. Iuſtin. L. VI. t. 28 l 4.

2) cit. l. L. III. t. 28. l. 33. §. 1.

3) ibid. L. VI. t. 23. l. 3.

4) tit. 12. l. 2.

5) tit. 21. l. 20.

6) L. III. tit. 28. l. 30. §. 1. ibique *Gothofr.*

40.

Beſonderes Theilungsrecht der Späthlinge.

Wenn eine Nachgebohrenſchaft zu erwarten iſt, ſo müſſen drey Portionen von der ganzen Erbſchaft ihr aufbewahrt werden, weil es möglich ſeyn kann, daß Drillinge auf die Welt kommen 1).

1) Theſaur. Mollenbecian. L. I. tit. 5. n. 24. p. 5*.

41.

Vorſicht bey einer ſchwangern Witwe nach Preußiſchem Rechte.

Im Preußiſchen können die Erben des Mannes 5 Monathe nach ſeinem Tode von der Wittwe die Anzeige fodern, ob ſie ſich ſchwanger befindet 1). Wenn dieſe eine Schwangerſchaft behauptet, ſo muß ſie ſich der Unterſuchung einer Hebamme unterwerfen, und auf den

den Fall hiebey die Behauptung nicht bekräftigt wird, eine weibliche Geſellſchafterin annehmen, und bey ihrer Entbindung eine vom Gericht beſtellte ehrbare Matrone als Zeugin zulaſſen 2). Die unterlaſſene Beobachtung dieſer Vorſchriften zieht bloß für die Wittwe den Verluſt des Nachlaſſes ihres verſtorbenen Mannes nach ſich, denn für das Kind bleibt die Vermuthung der ehlichen Erzeugung 3).

1) Die Verordnungen des gemeinen Rechts ſ. bey Mauchart über die Rechte des Menſchen vor ſeiner Geburt, S. 102. ff.

2) Preuß. Geſetzb. Th. I. tit. 2. Abſchn. 1. §. 13. 14. 15. 17.

3) Ebendaſ. §. 20. 21.

42.

Perſönliche Rechte der Ungebohrnen in Anſehung der Herrengewalt.

Wenn die Mutter zur Zeit der Empfängniß, Schwangerſchaft oder Entbindung frey geweſen, ſo iſt es auch ihr neugebohrnes Kind 1). Auſſerdem gedenken die römiſchen Geſetze noch mehrere Fälle, wo der Embryon für frey geachtet wird, die aber heutzutage keine Anwendung finden.

1) *Franzkius* ad tit. D. de ſtatu hom. §. 29. 30.

43.

Dergleichen in Anſehung der väterlichen Gewalt.

Ein Embryon befindet ſich ebenfalls unter der väterlichen Gewalt, und erwirbt das Familienrecht.

Von

Von dem Augenblicke ſeiner Erzeugung an erlangt er die erbliche Würde des Vaters, desgleichen deſſen Schild, Helm und Wappen, und andere Geſchlechsrechte 1), wenn auch gleich jener vor ſeiner Geburt ſtirbt oder den Adel verloren hat 2). Sogar in dem Falle, wenn der Vater gewiſſe Familienvorzüge erſt während der Schwangerſchaft deſſen Mutter erhalten, und ſie noch vor der Entbindung wieder verloren hat, behält er dieſelbe 3). Durch die Rechtmäßigſprechung vermittelſt nachgefolgter Ehe kommen die natürlichen Kinder ſchon vor ihrer Geburt in die väterliche Gewalt, und in den Genuß der davon abhangenden Rechte 4).

1) L. 19. D. de ſtat. hom.
2) arg. L. L. 7. de Senat.
3) L. 2. §. 6. de Decurion.
4) L. 11. Cod. de nat. lib.

44.

Dergleichen in Anſehung der bürgerlichen Verfaſſung.

Wenn von dem Vortheile des Embryons die Rede iſt, ſo gebührt ihm ein jedes Recht, welches ſein Vater von der Zeit deſſen Erzeugung bis zur Geburt beſeſſen, und nachmals wieder verloren hat. Er genießt das Bürgerrecht, wo der Vater damals Bürger geweſen, oder noch iſt.

45.

Criminalrecht der Embryonen.

Auf das Abtreiben der Leibesfrucht wird nach eingehohltem Rathe der Rechtsgelehrten, wenn ſie

noch nicht lebend geweſen, die Strafe des Staubbeſens und der Landesverweiſung erkannt 1); wenn ſie aber bereits gelebt hat, welches einige Geſetze auf den 5ten Monath, die Praktiker aber auf den vierzigſten Tag der Schwangerſchaft beſtimmen 2), die Todesſtrafe 3). Wenn einer ſchwangern Frau, um ſie zu erſchrecken, allerlei gebrechliche, krüppelhafte und misgeſtaltete Perſonen, oder Dinge, ſind unter den Weg geſtellt worden, und ſie gebiert darauf eine Misgeburt, oder ein ungeſtaltetes Kind, ſo kann dieſes in der Folge die Klage des Aquiliſchen Geſetzes gegen den Thäter in Anwendung bringen, und einen Erſaz des Schadens von ihm ſodern. An ſchwangern Weibern darf deswegen auch keine Marter vorgenommen, noch eine Leibsſtrafe, und noch weniger die Todesſtrafe vollzogen werden 4).

1) C. 20. X. de homicid. Conſt. Crim. Car. art. 133. Mauchard am a. O.-S. 75.

2) Conſt. Saxon. P. IV. Conſt. 4. *Froelich* in Comm. ad Carol. P. II. p. 192. Conſil. Tub. Vol. IV. Conſil. 300. n. 27. *Meiſter* princ. Iur. Crim. S. II. P. 2. c. 7. §. 7.

3) *Berlich* P. IV. Concl. 8. *Car. Frid. Kalkſchmidt* Diſſ. de diſtinct. int. foetum animat. et non animatum etc. Ien. 1747.

4) Capit. R. Franc. L. VI. c. 196.

46.

Dingliche Rechte der Embryonen.

Embryonen können das Eigenthum und den Beſitz einer Sache, desgleichen Rechte auf fremdem Eigenthume,

thume, Dienſtbarkeiten, Unterpfänder und Erbſchaften erwerben 1). Sie können noch im Mutterleibe belehnt werden 2).

1) Estors bürgerl. Rechtsgel. B. III. S. 71.

2) *Gundling* in prot. Dig. p. 59. *Schilter* ad Cod. Iuris feud. Alem. p. 521.

47.
Erbſchaftsrechte derſelben.

Sie können, wenn ſie gleich Sklaven, oder freye Notherben, oder in Abſicht des Teſtirers Fremde ſind, zu Erben eingeſezt werden 1). Ihre Enterbung muß mit Anführung der Enterbungsurſache ganz ausdrücklich geſchehen, wenn das Teſtament gegen die Vernichtung geſichert ſeyn ſoll 2). Nicht allein dürfen ſie einem andern Erben ſubſtituirt, ſondern es kann ihnen auch kraft der väterlichen Gewalt als Pupillen ein anderer Nacherbe zur Seite geſezt werden 3). Während dem Daſeyn eines Embryons müſſen alle andere Erben bey der Inteſtaterbſchaft zurückſtehen 4), und die Wittwe wird ihres ſchwangern Leibes wegen einſtweilen in den Beſiz der Erbſchaft geſezt 5). Sowol kraft der väterlichen Gewalt, als wegen der Blutsverwandtſchaft wird eine, obſchon noch nicht angetretene, Erbſchaft auf ein ungebohrnes Kind verſendet. Eben das geſchieht bey der Klage gegen ein pflichtwidriges Teſtament, obgleich der Vater ſich nicht darüber beſchwert, oder ſie anhängig gemacht hat, desgleichen bey Vermächtniſſen, Fideicommiſſen und bey der nicht angetretenen Erbſchaft, deren Anfall er nicht gewußt hat.

1) §. 4. Inſt. de hered. qual. et diff.

2) §. 5. I. de exher. liber. Nov. 115. c. 3.

3) L. 17. D. de vulg. et pupill. ſubſt. §. 4. Inſt. de pup. ſubſt.

4) L. 3. D. ſi pars hered. pet.

5) L. 1. §. 1. de Carbon. Ed.

48.

Ihre Rechtsanſprüche.

Embryonen mögen durch ihre Vormünder, wie gebohrne Menſchen, Verträge und Contrakte eingehen, ſich andern, und andere ſich auf allerlei Art ſchriftlich oder mündlich verbinden. Sie können kaufen, verkaufen, miethen, vermiethen, ſich in ein geſellſchaftliches Gewerbe einlaßen, andere bevollmächtigen, und von ſolchen unter gewiſſer Einſchränkung Vollmachten übernehmen. Sie ſind befugt zu leihen, zu borgen, etwas in Verwahrung zu geben, oder ſich geben zu laßen, Unterpfänder einzuſetzen oder anzunehmen, Sachen zu vertauſchen. Es kann dem Embryonen durch den Vater oder Vormund die feyerliche Zuſage eines dritten angenommen, und dadurch ein Recht erworben werden. Eben ſo kann dem Kinde in Mutterleibe eine Schenkung gemacht werden. Es hat das Loſungs- und Näherrecht, und es können von einem dritten ohne Vollmacht für daſſelbe Geſchäfte übernommen werden 1).

1) Mauchard am a. O. §. 43. 44.

49.

Zuſtändige Rechtsmittel.

Da die Ungebohrnen in allen Vortheilbringenden Fällen von den Geſetzen als ſchon Gebohrne betrachtet werden, ſo folgt daraus, daß ihnen eben dieſelbe Rechtsmittel, wie dieſen zukommen, welches nur wenige Ausnahmen leidet. Sodann haben ſie noch eigene Rechtsmittel, wohin das Prätoriſche Edikt von der Einſetzung einer ſchwangern Frau in den Beſiz der Erbſchaft und die Wiedereinſetzung in den vorigen Stand zu zählen iſt 1).

1) L. 45. D. de minor.

50.

Rechtloſigkeit eines Ungeheuers.

Ein Ungeheuer, welches gar keinen menſchlichen Kopf hat 1), wird getödtet, und iſt rechtlos unter den Menſchen 2). Anders verhält es ſich mit einer Misgeburt, die nur ungeſtalte oder überflüßige Gliedmaſſen an ſich hat 3).

1) *Stryk* ad *Lauterbach*. de ſtat. hom. n. 28. Theſ. Mollenb. p. 52.

2) *Imm. Weber* diſſ. de jure monſtrorum. *Ott. Phil. Zaunſchliffer* de jure monſtrorum.

3) L. 14. D. de ſtat. hom. L. 12. §. 1. de lib. et poſth. *Mollenbec.* in Theſaur. Iur. Civ. p. 53.

II. Abtheilung.

Wohlgeſtalte, ungeſtalte, alte und kranke Perſonen.

51.

Vollkommene Geburt.

Eine vollkommene Menſchliche Geburt iſt an Zehen und Fingern völlig abgetheilt und hat Nägel und Haupthahre 1).

1) *Io. Frid. Schamberg* Diſſert. de jure digituor. Lipſ. 1715.

52.

Grund der teutſchen Geſezgebung wegen der Vollkommenheit des Körpers.

Da die teutſche Staatsverbindung urſprünglich bloß kriegeriſch geweſen iſt, und der Kriegsdienſt beſonders große, wohlgebildete und ſtarke Körper erfoderte, ſo mußte es folgen, daß die Teutſchen vorzüglich aufmerkſam auf die Erzeugung ſchöner, geſunder und wohlgeſtalter Perſonen wurden 1), und zu dem Ende beſondere Rechte und viele Rechtsvortheile einführten 2).

1) *Herm. Conring* de German. corporum habitus ant. et novi cauſſis. Helmſt. 1666. et cum not. *Io. Phil. Burggravii.* Francof. 1727.

2) *Chriſt. Lud. Crell* Diſſ. de corporis integri, robuſti et proceri privilegio, Viteb. 1730.

Joh. Friedr. Eiſenhart von denen im teutſchen Rechte gegründeten Vorrechten der Geſunden vor den Kran-

Kranken. Kleine Schriften, Erfurt 1753. Theil III. S. 139. ff.

Dreyer de Vſu Iur. Angloſax. in terr. Cimbr. pag. 103.

53.

Ebenbürtigkeit.

Die Teutſchen machten frühzeitig die phyſiſche Beobachtung, daß, wenn ſich beſtändig nur gleichartige Geſchlechter von Geſchöpfen miteinander begatten, die ſchönſten Körper gebildet würden 1). Daher ſie nicht nur alle Ehen mit Fremden und Ausländern verbothen, ſondern auch nicht außer dem Stande zu heirathen erlaubten. Anfangs war die Todesſtrafe und der Verluſt der Freyheit auf die Uebertretung geſezt 2), und nachher blieben bloß die nachtheiligen Rechte der Unebenbürtigkeit damit verknüpft 3), nach dem Sprüchwort: das Kind folgt der ärgern Hand 4).

1) *Meginhart. de miracul. S. Alexandri* c. 1. *ap. Langebek Script. rer. Dan. Tom. II. p. 39.* Erant enim — generis — ac nobilitatis ſuae prouidiſſimam curam habentes. Nec facile vllis aliarum gentium vel ſibi inferiorum connubiis infecti propriam et ſinceram, et tantum ſui ſimilem gentem facere conati ſunt. Vnde habitus quoque ac magnitudo corporum, comarumque color, quamquam in tanto hominum numero, idem pene omnibus.

2) *Meginhart. cit. l.* Et id legibus firmatum, vt nulla pars in copulandis coniugiis propriae ſortis terminos transferat, ſed nobilis nobilem ducat vxorem, et liber liberam, libertus coniungatur libertae, et ſeruus ancillae. Si vero quispiam horum ſibi non congruentem, et

genere praeſtantiorem duxerit vxorem, cum vitae ſuae damno componat.

Adam. Bremenſ. Hiſt. Eccl. L. I. c. 5. Leges Langob. tit. 88. Lex Salica tit. 22. Wiſigoth. 3. 4. Capitular. Regum Francor. ap. *Baluz.* T. I. p. 829. *Cleſſel* Ant. Germ. pot. Septentr. c. I.

3) *Ius Prov. Saxon. L. III. a.* 72. Legitima proles et ingenua clypeum patris eius ac matris hereditatem obtinebit, ſi melioris ſit generationis vel aequalis. Das Ehelich und frey geboren Kind behelt ſeines Vatters Heerſchild, und nimet auch ſein Erbe, vnd der Mutter alſo wol, ob es ihr ebenbürtig iſt, oder baß geboren. Vergl. L. I. a. 5. L. III. art. 12. Gloſſa ad L. I. art. 17. Sächſ. Lehnr. c. 2. Alemann. Landr. c. 321. 392. Kaiſerrecht B. III. c. 7. C. 1. X. de Sponſal. Conſtit. Henr. VI. Imp. ap. *Goldaſt.* T. III. p. 363.

4) Alem. Lehenr. c. 102. §. 2.

54.

Widerlegung gegenſeitiger Meinungen.

Es haben zwar einige Gelehrte, wie Böhmer und Selchow, ſowol dieſes Sprüchwort, als die übrigen geſezlichen Stellen, bloß auf die Ehe zwiſchen einem Freyen und einer Sklavin einſchränken wollen. Man darf aber nur die Stellen ſelbſt anſehen, um ſich vollkommen zu überzeugen, daß ihre Erklärung erzwungen iſt, und dem klaren Buchſtaben widerſpricht. Zumal nicht nur die einzelen Hausverfaſſungen, ſondern auch das Zeugnis eines bewährten Schriftſtellers 1) des XIV. Jahrhunderts die allgemeine Obſervanz 2) beſtätigen, daß eine Ehe zwiſchen einer Perſon aus dem alten

ten Herrenſtande und einer Perſon aus dem Miniſterialadel, desgleichen zwiſchen einem Geſchlechtsedelmanne und eines Bauern und gemeinen Handwerkers Tochter unebenbürtig iſt, und nicht die Rechtswirkungen des alten ächten Geſchlechtsadels hervorbringen kann.

1) *Petr.* de *Andlo de Imp. Rom. L. II. c. 12.* Eſt Alemannis inueteratus vſus et longe retro obſeruata conſuetudo, non magna quantum coniicere poſſum ratione ſuffulta, vt Baro copulando ſibi militaris et inferioris generis coniugem prolem ſuam inde creatam degeneret atque debaronizet, filiique de caetero Barones minime vocitentur. Comites vero per connubium cum ſimplicis militaris generis feminis natos filios non decomitant: ſed ſi eorum filii itidem in militarium genus nubant, ex tunc illorum proles demum decomitatur, militariumque generis ordini deinceps connumeratur. Quae profecto obſeruantia haud ſatis honeſta eſſe videtur.

2) Man ſehe die Menge Schriften verzeichnet bey Selchow Elem. J. Germ. §. 429.

55.
Vom Jungfernrechte.

Die Jungfern können nicht Gerichtsſtellen und andere öffentliche Ehrenämter bekleiden 1), und haben hierin die teutſchen Rechte des Mittelalters einen Abfall gelitten, und ſind nur noch bey Aebtiſſinnen und Prinzeſſinnen üblich. Ein unvermähltes Frauenzimmer, das keine Eltern und Vormünder hat, kann ſich bey ihren Streithändeln gleich an die höchſten Landesjuſtiz-

ſtellen wenden 2). Sie können nach dem gemeinen Rechte weder in Kriminal= noch Schuldſachen, noch um anderer bürgerlicher Geſchäfte wegen in die öffentlichen Gefängniſſe gebracht werden 3). Jedoch dieſes, ſo wie das Privilegium SC. Vellej. und die weibliche Vormundſchaft, haben ſie mit allen Weibern gemein 4). Nach den Rechsgeſetzen 5) mögen ſie ſich etwas prächtiger kleiden, als der Stand ihrer Eltern mit ſich bringt. Da ſie früher mündig werden, und die Jahrgebung erhalten, ſo gelangen ſie auch früher zur Teſtaments=fähigkeit 6). Nach Sächſiſchem Rechte aber gehen ihre gemachten Teſtamente durch die Prieſterliche Trauung und die Beſteigung des Ehebettes wieder zu Grunde 7). Sie dürfen nur bey Codicillen Zeugen abgeben 8). Wenn ſie geſchwängert worden, ſo wird im Zweifelsfalle vermuthet, daß ſie von der Mannsperſon zum Beyſchlafe verführt worden ſind 9). Eine genothzüchtigte oder geraubte Jungfer kann die Strafe ihres Räubers oder gewaltthätigen Schwängerers durch ihr Anerbieten, ihn zu heirathen, mildern 10). Gegen die Töchter eines Majeſtätsverbrechers findet nicht die ganze geſezliche Strafe Statt, weil bey ihnen nicht eine ſo ſtarke Präſumtion der Theilnehmung an der väterlichen Miſſethat vorwaltet 11). Eine verlobte Jungfer, die von einem andern beſchlafen worden iſt, kann von ihrem Bräutigam wieder aufgegeben werden 12). Nach der Regel empfangen bloß die Jungfern bey ihrer Verheirathung die Morgengabe, und nicht die Witwen 13). Die bey einem Vermächtniſſe

oder

oder bey der Erbeinſetzung gemachte Bedingung, daß ein Frauenzimmer auf ewig ihre Jungferſchaft bewahren ſolle, gilt nicht, und wird als nicht geſchehen betrachtet 14). Eine Jungfer genießt übrigens alle Rechte der Mannsperſonen, und bedarf oft ſelbſt in den Orten, wo ſonſt Geſchlechtsvormundſchaft im Gebrauche, keines Kriegsvogts 15), nach dem Sprüchworte: eine Jungfer ſtehet für einen Mann. Die Rechtslehrer 16) behaupten, daß die Verbindung eines Fräuleins bey ihren adelichen Jungfräulichen Ehren bey einem Contrakte ſo viel als ein Eid bewirke. Eine geſchwächte Dirne darf den Brautkranz nicht tragen 17).

1) *Io. Frid. Rhetius* Diatr. de Virginibus. Francof. et Lipſ. c. III. §. 1. et 3.

2) L. vn. Cod. quando Imp.

3) Nov. 134. c. 9.

4) *Rhetius* cit. l. c. 4.

5) Reichspolizeyordnung von 1530. §. Deſſelben gleichen.

6) *Balemann* de femina, Sect. I. c. I. §. 2. p. 2.

7) *Rhet.* c. 7. §. 1.

8) Id. §. 2. *Balemann* cit. loc. p. 6.

9) *Rhet.* cit. l. §. 5.

10) *Carpzov.* Prax. Crim. qu. 75. n. 65. *Rittershuſ.* ad Nov. p. 12. c. 11.

11) Aur. Bulla c. 24.

12) *Schoepffer* de juven. Virgin. privil. c. 2. n. 76.

13) Id. C. III. n. 9. 11.

14) Id. n. 31. Knorrens Rechtl. Anmerk. S. 237. ff. *Io. Sam. Brunnquell* Diſſ. de conditione ſi non nupſerit, vltimis voluntatibus adjecta. Ien. 1728.

15) Sächſ. Landr. B. I. art. 45. Corp. Iur. Frid. L. I. P. IV. tit. 1. §. 10. *Richter* Deciſ. 27. *Stryk* in Vſu mod. Dig. tit. de curat. fur. §. 6.

16) *Mund.* Vol. II. Conſ. 23. 10. n. 62.

17) *Steph Wieſand* Diſſert. de nonnull. Coron. nupt. jurib. §. 6. Repert. I. Priv. T. III. p. 1979.

56.

Vom Junggeſellenrechte.

Ein lediger Bräutigam, der ſich mit einem andern Frauenzimmer vermiſcht, kann deswegen von der Braut nicht aufgegeben werden 1). Jede unverheirathete Mannsperſon unter 60 Jahren, im Preußiſchen unter 50 Jahren 2), darf nicht adoptiren 3). Sie iſt nicht ſchuldig, die ihr bey einem Vermächtniſſe angehängte Bedingung, ſich niemals zu verheirathen, zu beobachten 4). Eben ſo wenig gilt ein dergleichen Vertrag, und der Jüngling iſt die dabey angehängte Strafe zu bezahlen nicht ſchuldig 5), wovon bloß bey erlauchten und adelichen Perſonen Ausnahmen gemacht werden 6) Einer Weibsperſon, die einen Jüngling der Schwängerung wegen anklagt, wird nicht geglaubt, wenn ſie ihre Angabe nicht durch Kennzeichen und Umſtände wahrſcheinlich machen kann 7). Auf die Entmannung iſt zuweilen die Lebensſtrafe geſezt.

1) *Io. Ioach. Schoepffer* Diſſert. de juvenum virginum privilegiis. Vom Junggeſellenrecht. Francof. ad Viadr 1689. c. II. n. 76.

2)

2) Preuß. Geſezb. §. 483. S. 238.

3) *Schoepffer* cit. l. n. 81.

4) C. III. n. 32.

5) n. 67.

6) *Myler* Gamol C. IV. § 37. *Io. Aug. Bach* Diſſ. de Lege Iulia Miſcella ejusdemque vſu hodierno, Lipſ. 1730.

7) *Schoepffer* cit. l. c. IV. n. 25. 26. Entwurf des Preuß. Geſezb. Th. I. §. 800. ff. S. 158. ff.

57.

Eigene Rechte des Alters.

Das Recht des Alters begreift alles das unter ſich, was in den Geſetzen und Gewohnheiten deshalb verordnet iſt 1). Denn andere Rechte hat die Kindheit, andere das Knaben- und Mädchenalter, andere die Jünglingſchaft, andere die Jungfrauſchaft, andere das Mannsalter, und andere das hohe Alter 2). Zu Aemtern und Bedienungen 3) wird oft ein gewiſſes Alter erfordert.

1) *Chriſt. Lud. Crell* de jure aetatis, Lipſ. 1724. §. 9. *I. C. Peterſen* de potioribus aetatum privilegiis. Roſtoch. 1721.

2) *Rob. Balth. Clemens* de aetate et inſignioribus eius in ciuili et eccl. jure effectibus. Erf. 1736.

3) als z. B. zur Senatorwürde 25 Jahr. Mühlhäuſ. Willkühr B. I. Art. 4. § 4. Zum Anwalde in Baiern 20 Jahr. Baier. Ger. Ordn. tit. IV. §. 2. Zum Advokaten in Sachſen 21 Jahr. Kurſächſ. Erl. Prozeßordn. Beylage n. 8. pag. 71.

58.

Nothwendigkeit der Geſundheit und Leibesſtärke bey den Teutſchen zur Errichtung eines Teſtaments.

Zu jeder Veräußerung des Grundeigenthums erforderten die Teutſchen nicht allein vollkommene Geſundheit, ſondern auch die völlige Leibesſtärke, weil nach ihren kriegeriſchen Grundſätzen und vermöge des Fauſtrechts nur derjenige über das Eigenthum gebahren konnte, der im Stande war, daſſelbe mit dem Schwerdte in der Hand gegen jeden Angrif zu vertheidigen 1). Durch Teſtamente kam nun die Erbſchaft von den natürlichen Erben auf Fremde. Es mußte daher der Teſtirer dieſelbe unter freyem Himmel und nach dem urkundlichen Ausdrucke ungehabt und ungeſtabt verfertigen 2), und die Errichtung auf dem Krankenlager war ungültig 3).

1) *Dreyer* de vſu Iur. Angloſax. pag. 103.

2) *Io. Ad. Kopp* Spec. II. Iur. Germ. de teſtamentis Germ. judicialibus ſub dio conditis, vulgo *ungebabt* et *ungeſtabt*, Francof. 1736. §. 10. p. 151.

3) *Io. Gottl. Heineccius* Diſſ. de teſtamentifact. J. Germ. arctis limit. paſſim circumſcripta. Halae 1734. §. 15. 16. pag. 25.

59.

Ueberbleibſel in den heutigen Statuten.

Noch jetzo gilt in Oſtfriesland kein Teſtament eines Kranken, ausgenommen die Erben hätten eingewilliget, und es wäre etwas darin zu milden Stiftungen vermacht worden, welches ſich jedoch nicht höher

als

als auf eine Engliſche Mark belaufen darf 1). In Köln ſind ähnliche Geſetze vorhanden 2).

1) Oſtfrieſ. Landrecht I. 129. p. 272. II. 173. p. 474. II. 197. p. 514. II. 190. p. 608. wobey Wichts Anmerk. zu vergleichen. Vom Gerichtsbrauche zeugt *Engelb. Kettler deciſ. Oſtfriſ. Cent. I. D 24. n. 32.*

2) Stat. et Concord. Colon. Art. 2. p. 14. Buris Erläut. des Schilter. Lehnrechts p. 396. *Kopp* cit. l. p. 155.

60.

Nothwendigkeit der Geſundheit in Veräußerungsfällen.

Wir ſehen im Mittelalter die Veräußerungen des Grundeigenthums unter freyem Himmel und mit voller Rüſtung verrichten 1). Bewegliche Güter aber mußten wenigſtens bey guter Geſundheit weggegeben werden. Noch heutzutage heiſt es in vielen Statuten, beſonders in den Oſtfrieſiſchen 2), Lübiſchen 3), Kulmiſchen 4), Hadeliſchen 5), Naßauiſchen 6), Mühlhauſiſchen 7) und Sächſiſchen 8), daß die Veräußerung nur von ſolchen vorgenommen werden möge, die zu Wege und Stege gehen können und ihrer Sinnen und Gliedmaſſen mächtig ſind. Eben das müſſen die Bauern im Kleviſchen, Kölniſchen, und in der Gröningiſchen Provinz Oemland beobachten, die Kooßgüter beſitzen 9), desgleichen die Leibeigenen in Baden, Eberſtein und an andern Orten, wenn ſie vom Hauptrecht befreyt ſeyn wollen 10).

1) Dreyer am a. O. p 103. Seine Widerlegung des Sachſen- und Schwabenſpiegels ſoll berichtigt werden. Man vergl.

vergl. die Magdeb. Schöppenurthel bey Schilter Exercit. 14. §. 44. p. 18. und meine Geſchichte der teutſchen Erbfolge B. I. S. 273. 274.

2) a. a. O.

3) Stat. Lubec. l. I. tit. 9. §. 3. tit. 10. §. 5. Steins Einleitung §. 131.

4) Kulm. Recht, S. 111.

5) Hadel. Landrecht, P. III. tit. 11.

6) Naß. Landr. p. 85.

7) Mühlhäuſ. Stadtr. 3. 90.

8) Sächſ. Landesordn. P. II. tit. I. c. 12.

9) *Heineccius* cit. diſſ. §. 15.

10) *Beſold* in Theſ. pract. voce Hauptrecht, p. 368.

61.

Nothwendigkeit der Leibesſtärke bey der Lehnsvererbung auf Töchter.

Vermög Privilegiums Kaiſer Ferdinands I. von 1544. muß man in der Lauſiz, wenn ein Vaſall ſeine Rittergüter veräußern oder auf die Tochter vererbfolgen will, den Vorritt leiſten. Das iſt, er muß vor dem Kurſächſiſchen Beamten zu Pferde erſcheinen, verſchiedenemal im Kreiſe herumrennen, den Degen ziehen, und damit verſchiedene Kreuzhiebe gegen die Sonne thun, und ſich mit Behendigkeit vom Pferde ſchwingen 1).

1) *Iac. Born.* Diſſert. de transmutat. feudi in allod. Lipſ. 1696. §. 25. 26. p. 28. ſq.

62.

62.

Altvaterrecht.

Weil die Teutſchen nur die perſönliche Leibesſtärke ſchäzten, ſo war natürlich, daß ein abgelebter Greis bey ihnen ein unnützes Glied des Staats wurde. Daher ſie dieſelben gleich vielen andern wilden Völkern todt ſchlugen. Nachdem aber die angenommene Chriſtliche Religion dergleichen Todtſchlag nicht mehr erlaubte, ſo führten ſie das Altvaterrecht ein 1). Es heißt auch der Auszug, das Großvaterrecht, der Anſchlag, die Leibzucht, ſich auf den alten Theil ſetzen 2). Ehemals war es ſelbſt bey dem hohen und niedern Adel üblich 3), heutzutage aber wird es nur noch unter den Bauern, jedoch ſowol in den Preußiſchen Staaten 4), als in ganz Ober- und Niederteutſchland 5) angetroffen.

1) *Andr. Flor. Rivinus* Diſſ. de ſenectute non honorata.

2) *Io. Goth. Krauſe* de juribus et moribus reſeruatorum Ruſticor. Vit. 1729. *Reinh. Abr. Moeller* de aſſignat. parentali cuidam liberor. facta, vulgo vom Anſchlage der Güther, itemque de Reſervato, vom Auszuge der Eltern. Marb. 1764.

3) Meine Erbfolgsgeſchichte des Herzogthums Baiern unter dem Wittelsbach. Stamme. (Stuttgart bey Mezler) 1778. S. 14. 15.

4) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 180. beſ. Reſcr. auf Vorſtell. der Clev. und Mark. Landſtände vom 28ſten Jul. 1773. C. C. March. nov. T. Vc. p. 490. n. 38. Mind. Landesverträge p. 240.

5) Weſtfäl. Pol. O. t. 35. §. 4. Gandersheim. L. G. §. 24. Erf. Frenz. O. tit. 7. p. 182. Schaumb. Sächſ. Recht P. III. p. 161. 162. Hildesh. P. O. §. 84. Conſt. Guelpherb. d. 23. Sept. 1737. El. J. Brunsw. §. 357. *Kreſs* diff. J. C. et Brunſwig. p. 77. *Kopp* de teſt. German. pag. 155.

63.

Beſondere Beſchaffenheit.

Es beſteht darinnen, daß, wenn der Sohn oder die Tochter volljährig geworden ſind, oder ſich geheirathet haben, oder wenn die Eltern überhaupt ſehr alt und betagt werden, dieſe jenen das Bauergut abtreten, und ſich mit einem Leibgedinge, daß in einer Wohnung und etlichen Gütern, oder nur in einer gewiſſen jährlichen Abgabe an Geld und Früchten, oder bloß in Gelde beſteht, begnügen, und ſich damit gleichſam abfinden laßen müſſen. In einigen Gegenden iſt es eine bloße Gewohnheit, und die Väter übergeben in jenem Falle freywillig ihr Vermögen oder wenigſtens das Grundeigenthum an die Kinder. An andern Orten iſt es eine Art von Abſonderung der Kinder oder von Abtheilung, wo es ſich dann auf das ganze Vermögen erſtreckt. Die Wohnung beſteht bald in einem beſondern Hauſe, und bald nur in einer Stube oder Kammer, bald aber nur in einem gewiſſen Platze in der Wohnſtube, und eben ſo verſchieden wird es mit dem übrigen Auszuge gehalten, der ſehr oft in der bloßen Beköſtigung beſteht 1).

1) Klingners Samml. des Dorf- und Bauernrechts B. I. S. 529. und n. 217. 218. 219.

64.
Beſondere Rechte dabey.

Es heißen dergleichen Eltern Auszugsleute, Leibzüchter. Sie haben wegen ihrer Leibzucht ein dingliches Recht am Gute, und genießen deshalb beym Koncurs die Priorität 1). Daher im Preußiſchen und auch an andern Orten die Güter damit nicht zu ſehr beſchweret werden 2), noch die Söhne dieſelben vor dem XXV. Jahre 3) antreten dürfen, und iſt zu dem Ende, beſonders bey den Pachtbauern, die Einwilligung der Gutsherrſchaft erforderlich 4). Wenn die Leibgedingsgebäude in Verfall gerathen, ſo muß ſie der Gutsinnhaber wieder aufbauen 5). Vermög Polizeyrechts wird bey dem Verkauf eines Bauerguts die Losſagung von der Leibzucht nicht geſtattet, damit hernach dergleichen Leute der Gemeinde nicht zur Laſt fallen 6). Der Auszug iſt eine nothwendige dingliche Laſt des Guts, die auf jeden Beſitzer übergeht; und daher ſie auch der Käufer übernehmen muß, wenn ſie ihm ſchon bey dem öffentlichen gerichtlichen Anſchlag und Feilbietung nicht angezeigt worden iſt.

1) Klingner S. 541.

2) C. C. March. Nov. T. Vc. p. 490. *Krauſſe* in cit Diſſ C. IV. §. 6.

3) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 180.

4) Gabke Bauernrecht, Abſchn. VI. §. 111.

5) Klingner C. 20. §. 197.

6) *Io. Gottfr. Bauer* Diſſ. de Conſignat. et taxa rer. ſub haſta venalium.

65.

Vorrechte des blühenden Alters.

So ſtrenge Grundſätze die Teutſchen in Anſehung der betagten Greiſe hatten, eben ſo ſehr wußten ſie das noch brauchbare Alter zu ehren 1). Dergleichen Leute hießen Seniores, welches in der Folge ein Ehrentitel wurde 2), und erſchienen allein auf den Reichstägen und bey den feyerlichen Rathsverſammlungen 3). Sie hatten Vorzüge bey den öffentlichen Staatswürden, Aemtern, Bedienungen, Gerichten und bey der Zeugſchaft 4), genoſſen überall den Vorrang 5). Sonſt gibt auch das Alter Vorrechte bey den Primogenituren, Sekundogenituren, Majoraten, Senioraten, und Minoraten. Manchmal hat das Alter ohne alle Rückſicht auf die Primogenitur bey den fürſtlichen Häuſern Vorzüge 6).

1) Sprüchw. Das Alter muß man ehren, beym *Piſtor.* Cent. II. Paroem. 18. p. 155. *Hert.* not. vet. German. popul. P. I. c. 4. §. 7.

2) *Haltaus* in Gloſſ. col. 19. *Hert.* opuſc. Vol. *II.* p. 310.

3) Sprüchw. Mit den Alten muß man rathſchlagen und mit den jungen fechten. *Piſtor.* cit. l. par. 16. p. 153.

4) *G. Ad. Struve* Diſſ. de jur. et privileg. Seneſt. Von den Freyheiten alter Leute, Ien. 1737. Cap. IV. n. 35. pag. 17

5) Sprüchw. Das Alter geht vor, ap. *Piſtor.* p. 156.

6) Eſtors bürgerl. Rechtsgel. B. I. §. 81.

66.

Rechtsprivilegien.

Wenn das Zeugnis eines alten Mannes begehrt wird, ſo muß er in ſeinem Hauſe vernommen werden 1). Das Preußiſche Recht aber ſtellt es dem Ermeſſen des Richters heim, ob er dergleichen Leute durch einen Commiſſarium zu Hauſe vernehmen laſſen will 2).

1) *Struve* cit. l.

2) Corp. Iur. Frid. L. 1. T. 1. §. 84.

67.

Polizeyrechtsvortheile.

Alte Leute dürfen beym Durchmarſche von den Soldaten nicht beſchädiget werden, und ſind in den Katholiſchen Staaten an die Beobachtung der Faſten nicht gebunden. Das betagte Alter entſchuldigt von d r Uebernahme der Vormundſchaft und öffentlichen Aemter 1).

1) *Io. Henr. Felz* de iurib. et priuil. Senectut. Arg. 1708. *Th. Schoepffer* Gerontologia ſeu tract. de iure Senum, Qu dlinb. 1705.

68.

Befreyungen.

Wenn ein Bauer den in den Geſetzen beſtimmten Zeitpunkt des Alters (meiſt im 60ſten Jahre) erreicht hat, ſo iſt er von allen Wachen und Frohndienſten befreyet 1). Nach eben der Zeit iſt man berechtiget, die angetragenen Vormundſchaften abzulehnen.

1) Würtemb. Erbvergleich Cl V. §. 12. Communordn. S. 53.

69.
Rechtliche Beſtimmung des Anfangs des betagten Alters.

Die Teutſchen beſtimmten ſeinen Anfang aufs 60ſte Jahr 1), und ſo wird es auch in den meiſten Gegenden Teutſchlands, beſonders bey den Bauern, gehalten. Allein die Kammergerichtspraxis 2) und verſchiedene Rechtslehrer 3) nehmen das 50ſte Jahr an, und einige Statuten 4) ſogar das 70ſte Jahr.

1) Sprüchw. 60 Jahre gehet das Alter an, ap. *Piſtor.* Cent. II. par. 20. p. 157.
Sächſ. Landrecht B. 1. Art. 43. Alem. Landr. c. 380
Lew. Eidgenoß. Stadtrecht Th. 1. S. 68.

2) *Gail* L. 1. Obſ. 92. n. 7.

3) *Struve* cit. Diſſ. c. 2. p. 4.

4) *Gieſebert* pericul. Stat. 21. n. 49.

70.
Beweismittel.

Das Alter muß in gewiſſen Fällen erwieſen werden, welche Beweisführung aber ſehr begünſtiget iſt 1). Man bedient ſich dazu des Zeugniſſes der Eltern und Anverwandten, dann gelten auch Privataufzeichnungen, Urkunden, Zeugen, der Augenſchein, die Kirchenbücher und Taufſcheine ꝛc. Am Ende kann die eidliche Beſtärkung zur Hülfe genommen werden 2).

1) indem die Zeugniſſe der Anverwandten ſolche Vermuthung für ſich haben, daß die Laſt des Beweiſes auf den Gegentheil gewälzet wird. *Fritſch* Singul. Obſerv. Cent. 1, obſ. 23.

2)

2) *Maſcard* de probat. Vol. II. col. 1063. *Struv.* in Exercit. III. th. 43.

71.

Statiſtiſche Urſache der nachtheiligen Rechte gegen die ungeſtalten Perſonen.

Die alte teutſche Waffenrüſtung, die faſt ganz aus Eiſen beſtand, erforderte einen großen ſtarken Mann. Wer nun dieſe nicht tragen konnte, der durfte auch nicht im Grundeigenthum ſuccediren; weil nach dem Geiſte ihrer kriegeriſchen Staatsverbindung nur derjenige daßelbe beſitzen konnte, der im Stande war, es mit dem Schwerdte zu vertheidigen, und im Heerbanne zu dienen. Diß iſt nun der Grund, warum man Misgeburten, Zwerge, Krippel, Stumme, Lahme, Blinde, Taube und ungeſtalte Perſonen von der Erbfolge 1), Lehenfolge und Landesfolge 2) ausgeſchloſſen hat.

1) Sächſ. Landr. B. 1. Art. 4. *Heinecc.* Elem. J. German. L. II. §. 163. *Pottgieſer* de Statu Servor. L. 1. c. 1. §. 12.

2) *Io. Andr. Hoffmann* Diſſ. de illis, qui a Succeſſ. perſon. ill. excludi poſſunt, in *Struvii* Iurisprud. Her. T. VII. p. 454. 516. *Io. Gottl. Siegel* Diſſ. de jure pedum, vom Recht der Füße, Lipſ. 1726. §. 5. 6.

72.

Eingeſchränktes Privatrecht derſelben.

Alle gebrechlichen Perſonen, die nach teutſchem Rechte eine Unkraft ihres Leibes hatten, waren von allen Aemtern 1) und geiſtlichen Präbenden 2) ausgeſchloßen

ſchloßen 3), und konnten ihr Erbgut nicht veräuſſern 4). Sie befinden ſich noch an verſchiedenen Orten unter einer gewiſſen Vormundſchaft 5).

1) *Crell* de corp. rob. priv. p. 53.

2) Moſers Staatsrecht des Hochſtifts Coſtanz C. 10. §. 9. p. 122. 127.

3) Sprüchw. Wen Gott und die Natur zeichnet, für den hat ſich Roß und Mann zu hüten, ap. *Piſtor.* Cent. I. par. 66. p. 86.

4) Sächſiſch Landr. B. 1. Art. 52. Alem. Landr. cap. 22. Weichbild Art. 65.

5) *Io. Lutrringhauſen* Diſſ. de adminiſtratoribus a juvenibus ſanae quidem mentis, ſed vitio corporis laborantibus, electis, atque a judice confirmatis, jure curatorum minorum non aeſtimandis, Marp. 1765.

73.

Heutige Rechtsprinzipien.

Ueberhaupt macht die Unvollkommenheit oder die Vollkommenheit des Leibes und der Seele einen großen Unterſchied unter den Menſchen. Denn, wenn die Natur der Sache oder die Geſetze zu den Geſchäften eine gewiſſe Leibesbeſchaffenheit, oder gewiſſe Seelenkräfte erfordern, ſo kann die Handlung von denen nicht vorgenommen werden, welchen dieſe Eigenſchaften abgehen. Nach dieſen Prinzipien werden heutzutage dergleichen Perſonen beurtheilt, und obige nachtheilige Rechte ſind größtentheils abgeſchaft 1).

1) Magdeb. Willkühr p. 38. 39. Solmſ. Landsordn. P. II. tit. 52 Roſt. Stadtr. P. 1. t. 9. §. 2. t. 10. §. 2. Hamb. Stadtr. III. 1. 4.

74.

Rechte der preßhaften und elenden Perſonen.

Daher Raſende und Wahnſinnige unter der Vormundſchaft ſtehen 1). Die Blinden, Tauben und Stummen werden nach ihrer Beſchaffenheit bald zu den Geſchäften zugelaßen und bald davon ausgeſchloßen. Blinde, ſo ſtumm ſind, Taube, ſo weder reden noch ſchreiben und leſen, Stumme, ſo nicht hören, noch ſchreiben und leſen können, dürfen keine Teſtamente machen 2). Es hat auch bey ihnen ein eigenes Kriminalrecht ſtatt 3).

1) Würtemb. Landesordn. §. 46. Würtemb. Landr. P. 2. tit. 30.

2) Corp. Jur. Frid. B. I. Th. IV. §. 76. Würtemb. Landr. tit. 3. §. 7.

3) Joh. Paul Kreß Betrachtung von dem Recht der Taub- und Stummgebohrnen, abſonderlich was es mit ſelbigen in der Kriminaljurisprudenz und peinlichen Beſtrafung für eine Beſchaffenheit habe, Wolfenb. 1729.

75.

Preußiſche Privilegien derſelben.

Dahingegen genießen Blinde, Taube, Stumme, Ausſätzige, Raſende und Blödſinnige in den Preußiſchen Staaten das Privilegium, daß ihre Rechtsangelegenheiten, wenn ſie es verlangen, mit Vorbeygehung des ordentlichen Gerichtshofs ſogleich bey den vorgeſezten Landesjuſtizkollegien angenommen, inſtruirt und entſchieden werden müſſen 1), und deswegen nur einige Ausnahmen Statt haben 2). Dergleichen

Perſonen können aber nicht ſelbſt vor Gerichte erſcheinen 3).

1) Reſcripte vom 7ten Sept. 1748. 12ten Dec. 1752. 3. April 1751. im ausführl. Anhang zum Cod. Frid. p. 281. Corp. J. Frid. cit. l. tit. 2. §. 58. p. 23.

2) ibid. pag. 24.

3) cit. l. tit. 1. §. 2. p. 4.

76.

Nachtheilige Rechte der Raſenden und Blödſinnigen.

Ein Wahnſinniger, ſeiner Geiſteskräfte nicht Meiſter, iſt unvermögend, ſowol ſeine Handlungen den Geſetzen gemäß einzurichten, als ſein Vermögen zu verwalten. Gleichwie ſich die Polizey entweder ſelbſt ſeiner Perſon verſichert, oder wenigſtens Sorge trägt, daß deſſen Verwandten ſolche Veranſtaltung treffen, daß er andern durch ſeine Handlungen keinen Schaden zufügt, eben ſo ſorgt das Polizeyrecht dafür, daß dieſe auch ihme nicht nachtheilig werden, und ſich niemand ſeiner Geiſtesabweſenheit zu ſeinem Nachtheile bediene. Daher erklärt es alle ſeine Geſchäfte und Kontrakte für unverbindlich, entzieht ihm die Verwaltung ſeines eigenthümlichen Guts, und untergiebt ihn der Aufſicht eines Vormünders 1). Wenn einer einmal von der Obrigkeit förmlich für wahnſinnig oder blödſinnig iſt erklärt worden, ſo wird dieſer Gemüthszuſtand beſtändig bey ihm vermuthet, und die glücklichen Augenblicke, wo er ſeiner Geiſteskräfte mächtig geweſen

geweſen iſt, müſſen jedesmal erwieſen werden 2). Daher iſt es eine Vorſichtsregel, ihn auf dieſen Fall ſeine Geſchäfte gerichtlich in Gegenwart der Anverwandten oder anderer Zeugen vornehmen zu laſſen 3).

1) *Io. Andr. Frommann* Diſſ. de jure furioſorum ſingulari, Tub. 1655. *Io. Dan. Tauber* de jure circa furioſos obtinente, Alt. 1703.

2) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de praeſumtione furoris atque dementiae, Hal. 1719.

3) *Leyſer* Vol. V. Specim. 347.

77.

Nachtheilige Rechte der Verſchwender.

Ein Geuder oder Verſchwender wird für moraliſch raſend gehalten, und der Staat kömmt durch ſeine muthwillige Verſchwendung des Vermögens in Gefahr, daß die ganze Maſſe des Staatsvermögens verringert, und er mit unnützen Bettlern beläſtiget wird. Daher erklärt die Polizeyobrigkeit einen ſolchen Menſchen, wenn er auf vorherige Verwarnung in der Ueppigkeit fortfährt, förmlich für mundtodt, das iſt, ſie entzieht ihm die Verwaltung ſeines Vermögens, und macht ihn unfähig, Kontrakte zu ſchließen und Verbindlichkeiten einzugehen 1). Dergleichen Leute können ſich ſogar nicht zum Wechſelrecht verbinden, und ihr Wechſelgläubiger wird geſtraft 2). Sie dürfen nicht allein vor Gerichte erſcheinen 3), verlieren zuweilen auch das Erziehungsrecht ihrer Kinder; ſind aber für ihre Perſon keiner weitern Vormundſchaft unterworfen.

ſen 4). Ob ſie teſtiren können, iſt unter den Rechtsgelehrten unausgemacht. Es laßen ſich verſchiedene Gründe dafür 5) und dawider 6) vorbringen. Weil die Prodigalitätserklärung eine Polizeyſache iſt, ſo wird dabey der nachgelaſſenen Appellation kein effectus ſuſpenſiuus beygelegt 7).

1) *Io. Thomae* Diſſ. de prodigo, Ien. 1648. *Fr. Ern. Hertel* de iure circa prodigos, Erf. 1737.

2) Ern. Preuß. Wechſelordn. Art. 3. Vangerow Preuß. Wechſelr. §. 80.

3) Corp. Jur. Frid. L. 1. P. IV. tit. 1. §. 3. Cod. Frid. P. I. L. 3. t. 13. §. 2.

4) Kulm. Recht, S. 120. Lüb. R. L. 1. tit. 7. art. 6. Hamb. Stat. P. 3. t. 1. art. 15. Würtemb. Landrecht. P. 2. §. 30. Würt. L. O. t 46. Baden. Landrecht P. 2. tit. 1. §. 6. Ref. Nor. t. 39. c. 2. Solmſ. Ldr. P. 2 t. 21. Mainz. Unterger. O. t. von Curat. f. 14. Pfälz. Ldr. P. 3. t. 2. art. 7. Hohenloh. Ldr. P. 2. tit 1. §. 6. Wormſ. Ref. L. 4. P. 1. tit. 15. Ulm. Stat. P. 2. t. 5. §. 4. Naß. L. O. S. 84. Mehrere hierunten § 304.

5) *Chr. Hanaccius* Diſſert. jus teſtandi prodigo adſertum, Vit. 1724.

6) *Car. Frid. Walch* Diſſert. de teſtamento prodigi jure Germ. inualido, Ien. 1754.

7) Preuß. Reſcript vom 25. Nov. 1766. im C. C. March. Nov. T. IV. p. 611. und im ausführl. Anh. S. 205.

III. Ab=

III. Abtheilung.
Geſchlechter.

78.
Nothwendigkeit des Geſchlechts zur teutſchen Rechtsfähigkeit.

Die Teutſchen erforderten zum Genuſſe des Familienrechts die Gewißheit des Geſchlechts. Daher ſie diejenigen, deren Geſchlecht ungewiß oder gedoppelt war, wie bey den vermeinten Zwittern, von der Erbſchaft ausſchloſſen 1), und Unvermögende und Verſchnittene durften keine Ehe eingehen.

1) *Pottgieſer* de ſtatu ſervor. in German. L. I. cap. 1. §. 12. *Piſtorii* Amoen. Iur. Polit. T. I. p. 42. *Cramer* opuſc. T. IV. p. 255. *Carpentier* in Gloſſ. T. II. p. 744.

Zweites Hauptſtück.
Weiberrecht.

79.
Erklärung und Gegenſtände.

Das Weiberrecht enthält den Innbegriff aller der beſondern Rechtsbeſtimmungen, welche die Geſetze und Gewohnheiten in Anſehung des weiblichen Geſchlechts gemacht haben. Sie betreffen hauptſächlich die öffentlichen Aemter, bürgerlichen Geſchäfte, Interzeſſionen, Zeugſchaften, die Rechtsunwiſſenheit und die Vormundſchaft.

80.
Literatur.

M. Theod. Schellhafer Diſſ. de origine ac fontibus juris circa mulieres diverſi, Lipſ. 1738.

Theod. Ge. Wilh. Emminghaus Diſſ. de praecipuis feminar. in Germania juribus, Ien. 1751.

Ben. Carpzov de juribus feminar. ſingularibus, Lipſ. 1615. 1651.

Henr. Balemann Diſſert. de femina ex antiquit. Legibusue Rom. German. et praeſertim Lubecenſibus, Alt. 1756.

Ge. Melch. de Ludolff de jure femin. illuſtr. Ien. 1734.

Jo. Paul. Kreſs Diſſ. de juribus femin. illuſtr, in Germ. Helmſt. 1730.

Chr.

Chr. Vlr. Grupen Vxor Romana. Hann. 1740.

Ej. Vxor Theotiſca, von der teutſchen Frau, Goetting. 1748.

Ioach Wibel de contractibus mulierum, Stuttg. 1656.

R. L. C. Rößlin Abhandl. von den beſondern weiblichen Rechten, II. Bände, Mannh. 1774. 1780.

Ge. Chriſt. Grube Diſſ. de vxore nobili Prutenica, eiusque jur. perſonalibus, Franeck. 1713.

81.
Grund der weiblichen Vorrechte.

Die Teutſchen glaubten in der heidniſchen Zeit, daß dem Frauenzimmer eine gewiſſe göttliche Kraft beywohne, und daß es in geheimen Verbindungen mit den Gottheiten ſtehe. Sie verehrten ſie gleichſam als Heilige, fragten ſie in allen wichtigen und Staatsangelegenheiten um Rath, und ließen ſich von ihnen die zukünftigen Schickſale vorherſagen 1). Dieſe große Verehrung litt nun nach Annahme der chriſtlichen Religion eine große Verminderung, weil ſich der Klerus viel Mühe gab, das weibliche Geſchlecht herabzuwürdigen 2). Indeß blieb doch das Sprüchwort: Prieſter und Frauen muß man ehren 3), und wir finden noch verſchiedene Jahrhunderte die fränkiſchen Königinnen, die Kaiſerinnen, und die teutſchen Prinzeſſinnen in dem Beſitze der Theilnehmung an allen Regierungs- und Staatsgeſchäften und der Verwaltung der Finanzen 4). Sie erſcheinen, gleich den heutigen Aebtiſſinnen, auf Reichs-

Reichstagen, üben die Gerichtsbarkeit aus, und legen viele Streitigkeiten als Schiedsrichterinnen bey. Die Damen urtheilten bey den Turnieren über die Tapferkeit und Geſchicklichkeit der Ritter, theilten die Dänke aus, führten ihre eigene Siege, hatten beſondere Hofbeamten unter ihrem Befehle 5).

1) Gottfried Schüze Lobſchrift auf die Weiber der alten Teutſchen und Nordiſchen Völker, Hamb. 1776.

Joh Chriſt. Macher von der Verehrung des weiblichen Geſchlechts bey den alten Teutſchen, Schleiz 1750.

Memoires de l'Acad. des Inſcr. et bell. lettr. T. 3. p. 498. ſuiv.

Dreyer in der Samml. vermiſchter Abhandl. Th. 2 S. 642.

2) Meine Abhandl. über die Geſchichte des Deſpotiſmus in Teutſchland, S. 32 ff.

3) ap. *Piſtor.* Cent. V. par. 36. p. 939.

4) *Io. Heumann* Comm. de re dipl. Imp. Aug. et reginarum Germ. Norimb. 1749.

Eſtors neue kleine Schriften, B. 1. S. 614 - 626.

5) *Leyſ.* in Specim. 576. med. 8. Spec. 666. med. 24. 25.

Io. Gottl. König Diſſert. de Archimareſchallo Aug. Imperatricis, Marb. 1748. p. 12.

Schilter in Praxi Iur. Rom. Exerc. XXVIII. §. 6.

82.

Vom Kunkeladel.

Im Mittelalter vererbte ſich der Geburtsſtand und der Adel der Mutter mit ihrem Vermögen auf die natürlichen Kinder fort, nach dem Sprüchworte:

Kein

Kein Weib trägt einen Baſtard 1); welches man den Kunkeladel nannte 2). Daher noch jetzo die Fürſtinnen, die ſich an Grafen, und Gräfinnen, die ſich an Edelleute verheirathen, ihren fürſtlichen und gräflichen Titel dem Titel und dem Namen ihres Gemahls vorſetzen 3).

1) ap. *Hertium* in paroem. J. Germ. Par. IV. p. 262. *Piſtor.* Cent. III. par. 11. p. 259. et *Matthaei* de paroem. Belg. p. 3. *Selchow* in El. J. Germ. §. 495. p. 619. hat dieſes Sprüchwort nicht verſtanden.

2) *Nicol. Hier. Gundling* Diſſ. an nobilitet venter, Hal. 1718.

Io. Pet. de Ludewig Diſſ. diff. jur. Rom. et German. de dignitate vxoris, ſeu vom Kunkeladel, Hal. 1718.

Selchowii El. J. Germ. §. 239. Grundſätze ſind unrichtig.

3) Fellers Zuſätze zu Spaatens Sekretariatkunſt, Th. 1. S. 272.

83.

Analoge Preußiſche Geſezgebung.

Im Preußiſchen muß den adelichen Frauenzimmern, die in dem Soldaten- und Civilſtand, desgleichen in Raths- Gerichts- und dergleichen Ehrenämtern und Bedienungen ſtehende oder graduirte Perſonen oder vornehme Prediger in Städten heirathen, ihre Ausſteuer aus dem Lehen gereicht werden 1). Wenn aber ihre Ehemänner mittelmäßigen Standes, Prediger in kleinen Städten oder auf Dörfern, oder in gleicher Condition ſtehende Bediente ſind; ſo bekommen ſie nur die Hälfte davon 2). Dafern ſie ſich aber gar an geringe Perſonen

ſonen aus dem Handwerks= und Bauernſtande und dergleichen Leute vermählten, ſo empfangen ſie nur ein Drittel 3). Dahingegen verordnet das neueſte Preuſſiſche Geſezbuch, daß, wenn ſchon einige Ehefrauen durch ihre Geburt zur Exemtion vom Gerichtsſtande ihres Ehemannes berechtigt wären, ſie nichtsdeſtoweniger, wenn ſie ſich an eine Perſon geringern Standes verheirathet hätten, hierauf keinen Anſpruch machen könnten 4).

1) Reſcr. vom 25. Aug. 1718. §. 21. und 1. Jul. 1723. n. 21, C. C. M. T. 1. Abth. 2. p. 104. 132.

2) cit. l. §. 22.

3) ibid. §. 23.

4) C. J. Frid. T. I. P. IV. tit. 2. §. 53.

84.

Grund ihrer nachtheiligen Rechte.

Der Grund der nachtheiligen teutſchen Rechte gegen das weibliche Geſchlecht war weder eine Geringſchätzung deſſelben, noch ſeine Schwäche 1), noch die kriegeriſche Verfaſſung des Staats 2), noch der Vorzug des Mannsſtammes 3), ſondern die Vorſicht, das Grundeigenthum in einem gewiſſen Ebenmaaſſe bey den Geſchlechtern zu erhalten 4), indem die Weiber zwar die Urquelle, aber auch das Grab jeder Familie ſind 5).

1) *Selchow* El. J. Germ. §. 193. 195.

2) *Boehmer* de juribus ex ſtatu milit. German. pendent. C. 3. §. 1.

3)

3) *Pütter* in Diſſ. de jure femin. adſpirandi ad fideicommiſſa fam. C. 1. §. 7.

4) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge, Manheim 1778. bey Schwan, B. 1. Hauptſt. 2. S. und S. 96.

Anton. Theſauri Deciſion. Deciſ. 37. n. 5. p. 91.

5) *L.* 195. §. 7. *de V. S.* Mulier autem familiae ſuae et caput et finis eſt.

85.

Römiſche Rechtsprinzipien.

Nicht nur deswegen, weil die Geſchlechter durch die Weiber ausſterben, ſondern wegen der Leibs- und Geiſtesſchwachheit, welche die Römer an dem weiblichen Geſchlechte ſupponirten, und um deſſen Sittſamkeit und Schamhaftigkeit zu ſchonen, hat das Römiſche Recht meiſt nachtheilige, aber auch einige wenige vortheilhafte Rechte ihm mitgetheilt 1).

1) L. 45. D. de Legat. L. vlt. Cod. de recept. arbitr.

86.

Römiſche Rechtsprivilegien.

Es ſind dieſe lezteren der Vellejaniſche Senatsſchluß und die Wiederherſtellung in den vorigen Zuſtand. Denn die übrigen ſind heutzutage nicht mehr im Gebrauche.

87.

Beym Gerichtsſtande, ſowol überhaupt, als in den Preußiſchen Staaten.

Nach dem neuen Preußiſchen Geſezbuche können verheirathete Frauen ohne den Beytritt ihrer Männer

 nicht

nicht für Gerichte erſcheinen 1), und die Witwen behalten den Gerichtsſtand ihrer Männer, auch dann wenn ſie den Ort ihres Aufenthalts verändert haben 2). Dieſes Privilegiums ſind aber die geſchiedenen Ehefrauen nicht theilhaftig, ausgenommen ſie wären für den unſchuldigen Theil erkannt worden 3). Sonſt kann eine begüterte Frau ihren Mann nöthigen, ſich bey ihr niederzulaßen, und iſt ſie ihm zu folgen nicht ſchuldig 4).

1) C. J. Frid. P. IV. tit. 1. §. 8. p. 5. wovon aber verſchiedene Ausnahmen ſtatt finden. An den Orten, wo cura ſexus üblich, müſſen auch die unverheiratheten Frauenzimmer einen Geſchlechtsvormund bey ſich haben, ibid. §. 10. p. 6.

2) C. J. Frid. P. IV. §. 53. p. 21.

3) ibid. tit. II. §. 54.

4) *Leyſer* Specim. 666.

88.
Beym Wechſelgeſchäfte.

Nach dem alten gemeinen und Preußiſchen Wechſelrechte kann eine Frau, die einen Wechſel ausgeſtellt, nicht in Verhaft genommen werden 1), heutzutage aber kann es nach Beobachtung der obigen Förmlichkeiten geſchehen 2).

1) C. C. March. T. I. Abth. 2. p. 328.

2) Cod. Frid. P. III. p. 42. §. 6.

89.

Bey Interzeßionen.

Kein Frauenzimmer kann ſich für eine andere Perſon verbindlich machen, oder für dieſelbe interzediren. Sie ſind in dieſem Falle nie zu bezahlen verpflichtet. Es heißt dieſes Recht beneficium Scti Vellejani, und iſt im Römiſchen Rechte gegründet 1). Es hat aber nicht Statt, wenn ein Weib nach Verfluß von 2 Jahren die Interzeßion wiederholt, denn alsdenn iſt ſie zu bezahlen verbunden. Hingegen kann eine Ehefrau für ihren Mann auf keinerley Weiſe gültig interzediren, wenn ſie die Interzeßion auch noch ſo oft wiederholt hätte. Dieſem Beneficio können die Frauenzimmer renunziren, welches in einem Inſtrumente nach vorgängiger Belehrung und Verſtändigung, und wenn ſich eine Ehefrau für ihren Mann verbindlich machen will, **vermittelſt eines Eides** geſchehen muß 2).

1) Dig. L. XVI. tit. 1. Cod. L. IV. tit. XXIX. Auth. ſi qua mulier. ad SCtum Vellej.

2) *Balemann* Sect. I. c. I §. 3. p. 4. Königl. Preuß. Hypothekenordnung von 1723. §. 47.

90.

Gegenſeitige Prinzipien des teutſchen Rechts.

Nicht alſo war es nach teutſchem Rechte, und die Weiber konnten hier allerdings interzediren, und ſich für die Männer verbindlich machen 1), wovon an einigen Orten ſich noch bis dieſe Stunde Ueberbleibſel er-

erhalten haben 2). Nach Preußiſchem Rechte gilt die Exceptio SC. Vellej. nicht gegen die ausgeſtellten Wechſelbriefe 3).

1) *Schilter* in Praxi J. Rom. in foro Germ. Ex. 28. §. 5.

2) *Chr. Thomaſius* Diſſert. de vſu exiguo SC. Vellej. in foris Germ. Hal. 1707, 1748.

Io. Pet. de Ludewig diff. J. Rom. et Germ. in fideiuſſione vxoris, Hal. 1720. 1737.

3) Reſcr. vom 27. Dec. 1703. Ob und wie ferne die Except. SC. Vellej. ſtatt habe. C. C. March. T. 2. Abtheil. 2. S. 35.

Erläuterungsreſcript darüber vom 30. Jun. 1764. ibidem pag. 37.

91.

Allgemeinheit des römiſchen Rechts und Ausnahme.

Indes iſt das Römiſche Recht in dieſem Punkte allgemein in Teutſchland angenommen, nur daß zur Bewahrung des alten teutſchen Rechts die ältern Praktiker ſehr leicht eine Renunciation zuließen 1), und dieſer Rechte eine Handelsfrau gar nicht theilhaftig machten 2), welches im Preußiſchen 3) ſo weit geht, daß dergleichen Witwen nicht einmal die Privilegien perſon. miſerab. genießen können.

1) *Averan*, Interpr. Iur. L. II. c. 5.

2) Stat. Lub. III. 6. 21. Steins Einl. §. 143. 259. Hamb. II. 81. Norib. 28. 6. Francof. II. 16. 12. 13. III. 7. 15. Sächſ. Pol. O. tit. 8. §. 3.

3) C. C. March. Nov. T. III. p. 11.

92.

Kennzeichen einer Kauf= und Handelsfrau.

Die Kennzeichen derſelben ſind, daß ſie 1) offene Fenſter und Laden hält, 2) öfters einkauft und verkauft, 3) mit Gewicht, Maaß, und mit der Elle abmißt und auswiegt, 4) Alles für ſich und in eigenem Namen thut 1).

1) *Io. Rebhan* de quaeſtione, quae ſit vxor mercatrix, Lipſ. 1748.

E. I. I. Manzel Diſſ. de femina mercatrice, Roſt. 1742.

Ge. H. Ayrer de ſocietate mariti et vxoris mercatoria, Goett. 1773.

Ge. Frid. Deinlein Diſſ. de vera indole. SC. Vellej. ad vxor. mercatricem pro marito mercatore intercedentem adplicata, Alt. 1751.

93.

Kennzeichen einer Handelsfrau in den Preußiſchen Staaten.

Es ſind ſolche Perſonen weiblichen Geſchlechts, die das 20ſte Jahr zurückgelegt haben, und entweder ſelbſt, oder in Gemeinſchaft mit ihren Männern, oder einem Fremden, öffentliches Gewerbe und Handlung führen, oder dieſelbe in ihrem Wittwenſtande fortſetzen, und in der Abſicht Wechſel ausſtellen, oder öffentliche Wechſelbänke halten, oder ſich mit Beſorgung von auswärtigen Aufträgen beſchäftigen 1).

1) Erneuerte Wechſelordn. Art. 9. Reſcr. vom 30. Jun. 1704. und 27. Dec. 1703. C. C. March. T. II. Abth. II. S. 38. 35.

94.
Preußiſche Wechſelordnung in Anſehung der Handelsfrauen.

Derlei Weiber unterziehen ſich ſchlechterdings dem Wechſelrechte, ohne dabey an gewiſſe Feyerlichkeiten und Entſagung der ihnen zuſtändigen Rechtswolthaten gebunden zu ſeyn 1).

1) Siehe die angef. Geſ.

95.
Uebereinſtimmung des gemeinen Rechts.

Eben daſſelbe hat auch nach dem gemeinen teutſchen Rechte Statt, und beſtehet ihre eingegangene Wechſelverbindlichkeit auch noch nach abgetretener Handlung 1).

1) *Io. Frid. Ludovici* Diſſ. de muliere cambiante, Halae 1710. § 30.

96.
Fälle, wo die Interzeſſion einer Handelsfrau unverbindlich bleibt.

Nach der Praxis ſollen in den Geſchäften, die nicht die Handlung betreffen, den Handelsfrauen ihre weibliche Freyheiten verbleiben 1).

1) *Berger* in Oecon. Iur. L. III. tit. 3. §. 8.

97.
Weibliche Interzeſſion in Kriminalfällen.

Eine geraubte und genothzüchtigte Frauensperſon mildert die Strafe des Verbrechers, wenn ſie ſich ihn zu heirathen anbietet 1). Ehmals konnten die unverhei=

heiratheten Frauenzimmer auf dieſe Art alle, beſonders aber die des Diebſtahls wegen Verurtheilten, vom Tode erretten, wovon der Grund in der Beförderung der Bevölkerung und in der Verminderung der Huren zu ſuchen 2).

1) *Carpzov* Prax. Crim. qu. 75. n. 65.

2) *Iac. Carmon* Diſſ. de interceſſ. foeminarum pro capite damnatis, Roſt. 1734. C. II. n. 17. 27. 24.

98.

Gleiche Verbindlichkeit des Privatrechts für beiderlei Geſchlechter.

Außer den angegebenen Ausnahmen bedienen ſich beide Geſchlechter eines gleichen Privatrechts, und die Frauenzimmer ſind gleich den Mannsperſonen zur Beobachtung der Geſetze verpflichtet.

99.

Allgemeine und Preußiſche Polizeygeſetze über das weibliche Geſchlecht.

Müßige Weibsperſonen müſſen zum Spinnen angehalten werden 1). Kaufmannsweiber, die an dem Bankerute ihrer Männer Schuld geweſen ſind, verlieren ihre Rechtswolthaten in Anſehung des eingebrachten Vermögens 2).

1) C. C. March. Nov. T. III. p. 203.

2) ibid. T. II. p. 247.

100.

Ueberbleibſel aus dem teutſchen Rechte.

Noch müſſen die Weiber in einigen Städten die Landeshuldigung ebenfalls ableiſten, das Bürger-

recht gewinnen, oder ſich als Beyſaßen einſchreiben, dahingegen in den Preußiſchen Staaten die Frauenzimmer, denen adeliche Güter anfallen, den Unterthänigkeitseid durch Mannsperſonen ablegen laßen 1). Nach der Meinung der Rechtslehrer ſoll die Verbindung einer Dame bey ihren adelichen jungfräulichen Ehren ſo viel als ein geſchwohrner Eid beym Kontrakte wirken 2). Eine Edeldame kann die Erbgerichtsbarkeit in eigener Perſon ausüben 3).

1) C. C March. T. II. Abth V. p. 168. T. VI. Abth. II. pag. 384.

2) *Mund.* Vol. II. Conſ. XXIII. et X. n. 62.

3) *I. H. Grams* Diſſ. de femina jurisdictionem patrimonialem exercente, Argent. 1706. Vergl. jedoch Preuß. Kriminalordn. C. I. §. 6.

101.

Nachtheilige Rechte der Weiber bey Aemtern, Ehrenſtellen, und Handwerkern.

Wir haben heutzutage hierinn das Römiſche Recht 1) angenommen, nach welchem das weibliche Geſchlecht bürgerlichen Standes von allen öffentlichen Aemtern und Bedienungen ausgeſchloſſen iſt, kein Richteramt und keine Advokatenſtelle verſehen, noch förmlich ein Handwerk erlernen kann.

1) L. 12. §. 2. in fin. D. de judiciis. L. vlt. Cod. de recept. arbitr. L. 1. §. 5. 11. D. de poſt. L. 18. Cod. de procurat.

102.
Ausnahmen.

Hievon ſind ausgenommen die Prinzeſſinnen und die Frauenzimmer von der Reichsritterſchaft; als welche das alte teutſche Recht hierinn behalten haben. Bey bürgerlichen findet man die öffentlichen Wehemütter, Vorſteherinnen der Mädchenſchulen; an den fürſtlichen Höfen, die Kammerfrauen, Leinwandverwalterinnen, Hofwäſcherinnen und dergl. ferner die Oberhofmeiſterinnen und Hofdamen, in Wien auch kaiſerliche Kammerdienerinnen. Alle Weiber können Handlung treiben und das Gewerbe ihres Mannes fortſetzen.

103.
Nachtheilige Rechte bey der Erbfolge.

Das Frauenzimmer muß dem Mannsſtamme bey der Erbfolge im Stammgut, Erbgute und Lehen bald ganz nachſtehen, und bald empfängt es eine geringere Portion, oder genießt ſonſt nachtheilige Rechte 1).

1) Sächſ. Landrecht B. I. Art. 9. 34. Alem. Landr. c. 67. Kaiſerrecht B. 1. c. 11. Heß. L. O. P. 3. t. 23. 25. Brem. Ritterr. t. 1. Sächſ. L. O. P. II. c. 12. 31. Oeſterreich. Succeß. O. tit. 12. p. 38. Jülich. R. O. c. 94. Mecklenburg. Erbl. Vergl. Beyl. p. 38. Fränk. Ritterordn. p. 48. Stat. Nobil. de 1653. ap. *Schilter* de renunc. adp. p. 20. Lennep Cod. dipl. p. 344. Stat. Lubec. L. 1. t. 10. art. 6. Hamb. P. III. t. 1. art. 4. 7. Luneb. P. VI. tit. fin. Schweder über die Hinterpommerſchen Lehensconſtit. p. 57. ſqq. C. C. Holſat. T. I. p. 143.

104.
Bey bürgerlichen Geſchäften.

Die Frauenzimmer ſind in den meiſten Ländern Teutſchlands für ſich allein nicht fähig und berechtiget, gültige Kontrakte zu ſchließen, und andere öffentliche Handlungen vorzunehmen, oder vor Gerichte zu erſcheinen, ohne Beyſeyn und Gutheiſſen eines Vormunds 1), wovon aber die Prinzeſſinnen Ausnahme machen 2), und die Sache ſelbſt hat einen ehrenvollen Urſprung 3).

1) Siehe hienach das vormundſchaftliche Polizeyrecht.

2) *Wibel* de contract. mulier. C. II. n. 50.
Linck in Conſil. et Reſponſ. Reſp. XII. n. 20. 21

3) Meine Schrift über die Probenächte der teutſchen Bauermädchen, Berlin bey Decker 1779. S. 109.

105.
Bey Zeugſchaften.

So oft die Zeugſchaft als eine Solennität erfordert wird, ſo kann kein Weib Zeugin ſeyn; ſo oft aber ein Zeugniß zur Erforſchung der Wahrheit abgelegt wird, dann kann es auch von einem Weibe geſchehen 1), iſt in dieſem Falle aber nicht ſo vollgültig, wie das Zeugnis eines Mannes 2)

1) *Balemann* de foemina C. 1. §. 4. p. 6.

2) *Matthaei* de Crimin. pag. 668. ſeqq.

106.
Bey Teſtamenten.

Durch einige Statuten iſt die weibliche Teſtamentsfähigkeit ſehr eingeſchränkt 1). Allein dieſes iſt

theils

theils eine Folge der ehelichen Vogtheygerechtigkeit und theils der ehlichen Gütergemeinſchaft des Mannes.

1) Stat. Lubec. II. 14. 11 Hamb. III. 1. §. 13. 14. 17. Roſtoch. L. I. t. 10. §. 1.

107.

Beym Wechſelrechte.

Nach den meiſten Wechſelordnungen können ſich die Weiber nicht zu Wechſelrecht verbinden, weil durch den auf die Nichtbezahlung geſezten Perſonalareſt leicht ihrer Sittſamkeit und Keuſchheit zu nahe getreten werden könnte 1), und er alſo nicht geſchehen darf 2).

1) *Heineccii* Elem. Iur. Camb. c. 5. §. 5.

de Gaertner de femina debitrice ex pacto ad carceres obligata. Lipſ. 1728.

2) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 328.

108.

Preußiſche Geſezgebung.

Nach Preußiſchem Wechſelrechte iſt die weibliche Ausſtellung der Wechſelbriefe nur unter gewiſſen unzertrennlich damit verknüpften Einſchränkungen erlaubt. Es muß in Gegenwart eines Aſſiſtenten oder kriegeriſchen Vormunds geſchehen, der ſie ſowol von der daraus entſpringenden Verbindlichkeit, und von ihren geſezlichen Rechtswolthaten, als von der Schärfe des Wechſelrechts zu belehren, und dieſes ſamt der geſchehenen Renunciation unter dem Wechſelbriefe zu bemerken hat 1).

1)

1) Alte Preuß. W. O. §. 5. Brandenb. W. O. Art. 8. Erneuerte Preuß. W. O. von 1751. Art. 9. C. C. M. Nov. T. I. p. 23. Reſcr. vom 27. Dec. 1703. C. C. March. T. II. Abth. II. p. 35. Reſcr. vom 30. Jun. 1704. ibid. p. 37. Reſcr. vom 15. Febr. 1744. Contin. II. pag. 175. Reſcr. über den 1. 5. 7. 9. Art. der W. O vom 30. Jan. 1767. C. C. March. Nov. T. IV. p. 681. Cod. Frid. P. III. §. 6. p. 42.

109.

Rechtsvortheile des weiblichen Geſchlechts bey der Rechtsunwiſſenheit.

Die Rechtsunwiſſenheit ſchadet dem weiblichen Geſchlecht nicht, wenn es das Seinige begehrt, oder einen Nachtheil von ſich abzuwenden ſucht, und es genießt in dieſen Fällen eine Wiederherſtellung in den vorigen Zuſtand 1). Wenn ſie ſich aber etwas neuerdings erwerben wollen, ſo wiederfährt ihnen nicht gleiche Begünſtigung 2), wie überhaupt einige Rechtsgelehrten 3) wegen dem Geſchlechte keine Wiederherſtellung zugeſtehen wollen.

1) L. 7. 8. D. de jur. et facti ignor.

2) ibid. et L. 9. pr. et §. 3. eod.

3) *Schoepff* in proceſſu Appellat. Wirtemb. C. XXIV. §. 1. pag. 179.
Ludewig de exiguo vſu SC. Vellej. §. 6. 69.

110.

Im Kanzleyſtyle.

Beym Kanzleyſtyle werden die Frauenzimmer immer etwas höflicher behandelt. Wenn der Landesherr

herr Einen duzet, ſo gibt er ſeiner Frau Ihr, wenn aber der Mann Ihr bekömmt, ſo kriegt die Frau Sie, u. ſ. w.

III.

Im Kriminalrechte und bey Polizeyſtrafen.

Das Frauenzimmer wird für ſeine Verbrechen gelinder und glimpflicher beſtraft, als die Mannsperſonen 1), und eben ſo muß das Polizeyrecht bey ihrer Beſtrafung weniger ſtreng ſeyn, und einen gewiſſen Wolſtand beobachten 2). Der Grund iſt nicht die Schwachheit des Geſchlechts, weil bey den Geiſtlichen das Nemliche verordnet iſt. Nach Preußiſchem Rechte müſſen ſie auch zuerſt torquirt werden 3).

1) Daher auch nur für ſie ein halb Wehrgeld entrichtet wurde. Sächſ. Landr. B. III. Art. 45.

2) *Leyſer* Spec. 13. Med. 3. p. 137.

3) C. C. March. T. II. Abth. III. p. 100.

IV. Abtheilung.

Unmündige, minderjährige und großjährige Perſonen.

112.

Literatur.

Mart. Gottl. Pauli Diſſ. vtrum ii, qui ſub tutela viuunt, hodie ſui ſint vel alieni juris homines, Gedan. 1757.

Frid.

Frid. Ern. Comes de Schoenburg Diſſ. de epiſcopo minorenni, Ien. 1769.

113.

Einleitung.

Die Verſchiedenheit des Alters macht einen weitern Unterſcheid unter den Menſchen in Anſehung der Fähigkeiten des Körpers und der Seele bald zu allen, und bald zu gewiſſen Geſchäften. Es haben die Geſetze gewiſſe beſondere und einen allgemeinen Termin des Alters beſtimmt, nach deſſen Verfluß man bald gewiſſer, bald aller der Rechte und Verbindlichkeiten fähig wird, welche die Vollkommenheit des Leibes und der Seelenkräfte erfordern.

114.

Geſchichte der teutſchen Volljährigkeit.

Die Teutſchen hatten urſprünglich gar keinen Zeitpunkt der Volljährigkeit beſtimmt. Nach ihrer Art, nur die körperliche Vollkommenheiten zu ſchätzen, beurtheilten ſie die erhaltene Leibesſtärke und das vollkommene Wachsthum des Körpers aus den Haaren, die an gewiſſen Theilen des Körpers in dieſem Falle hervorzukommen pflegen, und zeigten dem Volke durch die feyerliche Wehrhaftmachung die erlangte Volljährigkeit des Jünglings an. Weil nun dieſe Gewohnheit die Schamhaftigkeit des Frauenzimmers allzuſehr beleidigte, ſo kam ſie allgemach ab, und man beſtimmte nun einen gewiſſen Zeitpunkt.

115.
Unterſcheidung der Volljährigkeit von der Großjährigkeit.

Nach dem teutſchen Rechte war man in den erſten 7 Jahren ein Kind, in 14 Jahren ein Jüngling oder eine Jungfrau, im 18. 20. oder 21 Jahre mündig 1). Die Teutſchen nahmen alſo mit den Römern einen zweifachen Termin der Mündigkeit, nemlich die Großjährigkeit und die Volljährigkeit an 2). Jener bezieht ſich nach dem Römiſchen Rechte mehr auf den Körper, und nimmt beym männlichen Geſchlechte mit dem zurückgelegten 14ten Jahre, und bey dem weiblichen mit dem 12ten Jahre ſeinen Anfang. Man kann ihn hier die Mannbarkeit, und dort die Mündigkeit, beide aber die Großjährigkeit nennen. Hievon unterſcheidet ſich die volle Mündigkeit, und die volle Mannbarkeit, oder die volle Großjährigkeit von 18 und 14 Jahren, worüber man in Teutſchland nichts beſtimmt hatte, weil man dieſes aus der phyſiſchen Beſchaffenheit eines jeden Körpers erſt zu beurtheilen pflegte 3). Endlich ward das XIII. Jahr der Zeitpunkt der Großjährigkeit, und das XVIII. oder XXI. Jahr der Zeitpunkt der Volljährigkeit 4). Daher noch jetzo in einigen Landrechten 5) das mündige Alter unbeſtimmt geblieben, und dem Gutachten der Obrigkeit überlaſſen worden iſt.

1) von Senckenbergs Anfangsgründe der teutſchen Rechtsgelehrſamkeit B. I. C. 17. S. 53.

2) *Pufendorff* in Obſervat. Iur. Vniv. Tom. I. obſ. 48. *Hellfeld* Repert. jur. Priv. Tom. I. p. 181. ſeqq.

L. *Fachſ.* Differ. Iur. Civ. et Saxon. L. I. diff. 16.
Daher rührt es auch, daß in einigen Statuten ein anderer Zeitpunkt zur Mündigkeit, und ein anderer und etwas späterer Termin zur Absonderung der Kinder bestimmt iſt. Repert. Iur. priv. T. I. p. 183 §. 14.

3) Capit. de 798. c. 26. §. 8. 9. ap. *Baluz.* T. I. col. 297. c. 3. 4. 5. 6. X. de deſponſat. Impub.
Sächſ. Landr. B. I. Art. 97. Alem. Landr. c. 51.

4) Alem. Lehenr. c. 50. §. 4. 5. C. 52. §. 2. Sächſ. Lehenr. Art. 28. *Haltaus* col. 792.

5) Fränkiſche Landgerichtsordn. Part. III. tit. 3. Wirtemberg. Landesordn. tit. 44.

116.

Wenige Beobachtung dieſes Unterſcheids.

Jedoch es gibt heutzutage nur eine Anzahl Statuten 1), in welchen ein Unterſcheid zwiſchen der Großjährigkeit und der Volljährigkeit beobachtet wird, größtentheils aber wird darauf nicht mehr geachtet 2), und es heißen Unmündige 3) alle, die noch nicht volljährig ſind, und die Leztern Mündige, oder Perſonen, die zu ihren Jahren gekommen ſind, obſchon nach Sächſiſchem Rechte 4) hierunter bloß Pupillen verſtanden werden, und die Volljährigen dort ſolche Perſonen heißen, die zu ihren Tagen gekommen ſind.

1) Oſtfrieſ. Landr. B. II. c. 232. Trier. Landr. tit. 11. 12. §. 2. C. J. Frid. abr. P. I. L. 1. tit. 10. §. 5. Märkiſche Vormundſchaftsordn. von 1718. C. C. March. II. 11. 74. Jülich u. Berg. Rechtsordn. S. 41. Würtemberg. L. R. II. 26. Hohenl. L. R. p. 16. Die Schweizer. Statuten im

Repert.

Repert. J. Priv. T. I. p. 181. §. 6. Baier. Lr. tit. V. a. 5. Hamb. Str. P. III. tit. 5. a. 21. Mühlhäuſ. Stat. L. IV. a. 35. §. 2. Ref. Nor. t. 39. Geſ. 1. *Kreitmayer* ad Cod. Max. Bavar. Civ. p. 262. Cod. Max. Bav. p. 81 Pfälz. Vorm. O. t. 26. Hofger. O. t. 18. Naßauiſch. L. O. P. V. tit. 5. Solm. Lr. P. II. t. 21. §. 27. Wormſer Str. P. IV. Sect. I. §. 67.

2) *Ge. Bayer* Diſſ. de hodierna tutor. et curat. differentia, Vit. 1703. in Vol. Diſſ. p. 103. ſqq.

C. *W. Gaertner* Diſſ. jure Germ. inter tutores et curatores, pupillos ac minores non diſtingui. Lipſ. 1732.

Pufendorff Obſ. J. Vn. T. I. obſ. 47. §. 46. 47. Tom. II obſ. 12.

3) Etymologie des Worts, *Haltaus* in Gloſſ. col. 1371.

Eiſenharts Sprüchw. S. 26.

4) Gloſſa ad Ius Prov. Saxon. L. I. art. 23.

117.

Gegenſtände des beſondern Rechts der Minderjährigen.

Die beſondern Rechte der Minderjährigen betreffen die Kontrakte, Zeugſchaften, Eide, den Gerichtsſtand, die Verjährung, und die Wiederherſtellung in den vorigen Zuſtand.

118.

Rechtloſigkeit der Kinder und Unmündigen.

Minderjährige, die ſich noch in den Jahren der Kindheit befinden, können ſich gar nicht verbindlich machen, und alſo weder Kontrakte und Eheverlöbniſſe

eingehen, noch Zeugen abgeben, noch Verbrechen begehen, noch ſich einer Religion wiedmen.

119.

Unverbindlichkeit der von Kindern und Unmündigen eingegangenen Verpflichtungen.

Bis zur Mündigkeit wird Kindern und Minderjährigen weder die freye Verwaltung ihres Vermögens geſtattet 1), noch haben ihre Handlungen, ſobald ſie zu ihrem Nachtheile gereichen, und ohne Einwilligung ihrer Eltern oder Vormünder vorgenommen worden ſind, Gültigkeit 2). Selbſt ein von ihnen ausgeſtellter Wechſel, wäre er auch mit einem Eide bekräftiget, und allen Rechtswolthaten feyerlichſt entſagt, bleibt in Abſicht ihrer unverbindlich 3).

1) *Mart. Gottl. Pauli* Diſſ. vtrum ii, qui ſub tutela viuunt, hodie ſui ſunt vel alieni juris homines. Gedan. 1757.

2) L. 101. *D.* de V. O. L. 43. D. de O. et A. L. 3. Cod. de min. in int. reſtit. Project des C. J. Frid. P. I. L. 3. t. 7. §. 4. Preuß. Ordnung von Vormündern und Vormundſchaften vom 23. Sept. 1718. ʃ. 48. C. C. March. T. II. Abtheil. II. S. 73. Preuß. erneuerte W. O. Art. 3. 5 Edikte wider das Geldleihen und Borgen an Minderjährige, die noch unter ihrer Eltern Gewalt ſtehen, vom 22. Jan. 1730. C. C. March. T. II. Abth. I. S. 801. vom 7. Oct. 1740. Cont. IV. p. 191.

3) Reſcr. vom 29. Oct. 1725. C. C. March. T. II. Abth. II S. 23. vom 18. Maji 1719. p. 99.

Iac. Fr. Ludovici Diſſ. de gen. int. brocard. omne jur. ſerv. eſſe quod ſalua ſal. aet. ſeruari poteſt, §. 7.

Ern. Frid. Knorre de filiofam. cambiante Hal. 1754.

120.

120.

Ausnahme nach gemeinem Rechte.

Es gelten jedoch ihre Verträge und eingegangene Verbindlichkeiten, wenn ſie zu ihrem Vortheile dienen, oder ſie ſich dabey einer Argliſt ſchuldig gemacht haben 1). Auf den Fall ſie in einem Schuldkontrakt wirklich lädirt worden ſind, der Gläubiger aber nachweiſen kann, daß das Geld zu ihrem Nutzen angewandt worden, ſo genießen ſie keine Wiederherſtellung 2).

1) §. 9. Inſtit. de inutil. ſtipul. L. 111. D. de R. I.

2) L. 27. §. 1. de minor. 25. ann.

121.

Ausnahme in den Preußiſchen Staaten.

Wenn ein Minderjähriger nach zurückgelegtem 18ten Jahre bey Ausſtellung des Wechſels ſein eigentliches Alter mit Vorſaz verſchwiegen hat, ſo iſt der Wechſelbrief dennoch verbindlich 1). Ueberhaupt gelten die Wechſelbriefe der Kinder, wenn ſie eine eigene Wirthſchaft oder Handlung führen, verehligt ſind, eigenes Vermögen beſitzen, und zugleich 20 Jahr alt ſind 2).

1) Königl. Preuß. ern. W. O. Art. 3. Reſcript vom 29ſten Oct. 1725. C. C. March. T. II. Abth. II. p. 231.

2) Vangerow Preuß. Wechſelrecht §. 69.

122.
Preußiſches Strafgeſez gegen das Borgen an Minderjährige und Kinder.

Da dem Staate ſo ſehr daran gelegen iſt, die Vervortheilung unerfahrner Perſonen zu verhüten, und für die Sicherheit und Erhaltung ihres Vermögens zu ſorgen, ſo hat das Preußiſche Polizeyrecht ſich nicht damit begnügt, die von derlei Perſonen zu ihrem Nachtheil eingegangenen Verbindlichkeiten für unkräftig zu erklären, ſondern noch den von andern geſchehenen Mißbrauch ihrer Unerfahrenheit mit Strafen belegt. Wer einem, der unter väterlicher, Vormünder oder Kuratoren Gewalt ſtehet, ohne des Vaters, Vormünders, oder des Curators Einwilligung und Vorwiſſen Geld oder Geldeswerth leihet, borgt oder vorſchießt, es ſey heimlich oder öffentlich, auf Handſchriften oder Wechſelbriefe, Unterpfand oder auch Bürgſchaften ꝛc. der ſolle nicht allein ſeines Kapitals verluſtig erklärt werden, ſondern auch das gedoppelte Quantum erlegen, wovon drey Theile dem Poßdamiſchen Waiſenhauſe, und ein Theil dem Denuncianten zufließen ſoll 1). Jedoch geht dieſe Strafe nur auf diejenigen, die aus wucherlichen Abſichten mit Verſchreibung eines übermäßigen Zinſes, Ueberſetzung im Preiſe ꝛc. argliſtig geborgt, und mitnichten auf diejenigen, die nur unvorſichtiger Weiſe, und folglich culpoſe kreditirt haben 2).

1) Edikte wider das Geldanleihen und Borgen an Minderjährige, die noch unter ihrer Eltern Gewalt ſtehen, vom

22.

22. Jan. 1730. C. C. March. T. II. Abtheil. I. p. 801. vom 7. Oct. 1740. Cont. IV. p. 191. Edikt vom 7. Okt. 1749. ibid.

2) Reſcr. die Erklärung vorſtehenden Edikts betreffend vom 10. Mart. 1771. C. C. March. Nov. T. V. p. 45.

123.

Vorrechte der Unmündigen in Anſehung der in ihrem Namen von der Vormundſchaft geſchloſſenen Kontrakte.

Aller Minderjährigen Gelder dürfen nicht auf Wechſel ausgethan werden, und geſchiehet es doch, ſo beruhet der Kontrakt auf ihrer Gefahr 1). Wenn von Vormündern für Minderjährige zu ihrem Nutzen Geld auf Wechſel aufgenommen wird, ſo bleiben dieſe zwar die eigentlichen Schuldner; es kann aber gegen ſie nicht, ſondern nur gegen die Vormünder nach Wechſelrecht verfahren werden, die hernach den Regreß an ihre Unmündigen haben 2). Dieſe haben auch auf eben die Art, wie ſie es am ganzen Vermögen beſitzen, eine ſtillſchweigende Hypothek an allen vom Vormunde mit ihrem Gelde erkauften Sachen 3).

1) *Iac. Frid. Ludovici* Diſſ. de facto tutoris a pupillo non praeſtando. Hal. 1720. Staat eines Würtemb. Pflegers C. III. §. 16. Preuß. Vormundſchaftsordnung von 1718. in C. C. March. T. II. Abth. II. p. 71. Reſcr. vom 31. Jul. 1756. in C. C. M. Nov. T. II. p. 149. Reſcr. vom 16. April 1762. T. III. p. 137.

2) Ern. Preuß. W. O. Art. 4.

3) L. 20. Cod. de adm. tut. L. 19. D. de reb. auct. jud. poſt. L. 17. C. de pign. L. 7. C. qui pot. in pign.

124.

Befreyung der armen Unmündigen von allen Gerichts-ſporteln und Stempelabgaben.

In allen Fällen, da das Vermögen der Unmündigen zu ihrem Unterhalte nicht zureicht, genießen dieſe das Armenrecht, und ſind von allen Stempel- Gerichts- und Expeditionsgebühren befreyt 1). In wie fern dieſe Preußiſche Verordnung auch auf Kinder gehe, zeigt das unten bemerkte Reſcript 2). Wenn nur geringer Ueberſchuß des Einkommens vorhanden, ſo werden bloß Stempel- Poſt- und Schreibgebühren, und keine Taxen bezahlt.

1) Reſcr. vom 4. Oct. 1765.

Inſtrukt. vom 28. Dec. 1779. in Tom. VI. C. C. M. Nov. p. 1805.

2) Reſcr. vom 20. Jul. 1766. T. IV. Novi p. 506. und im ausführl. Anhang zum Cod. Frid. p. 302. 303.

125.

Beſondere Rechte beym Gerichtsſtande.

Wenn zwiſchen den Minderjährigen und ihrer Vormundſchaft Prozeſſe entſtehen, ſo geſchieht das Verfahren vor den Preußiſchen Landesregierungen, und es wird erſtern ein beſonderer Kriegsvogt (Curator litis) zugeordnet 1). Dieſen privilegirten Gerichtsſtand haben nach dem neueſten Geſezbuche 2) die unmündigen Waiſen überhaupt in allen und jeden Rechtshändeln, ſo oft ſie ſich deſſen bedienen wollen.

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 715.

2)

2) C. Iur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 58.

126.

Vorrechte der Minderjährigen bey der Verjährung.

Während dem Zeitraume der Unmündigkeit kann weder eine Verjährung ihren Anfang nehmen, noch fortlaufen 1), und möchte deshalb nur bey der längſten Gattung eine Ausnahme gemacht werden 2), wobey aber auf den zwiſchen Pupillen und Minorennen aufgehobenen Unterſcheid Achtung gegeben werden müßte.

1) L. 48. pr. D. de acquir. rer. domin. L. 3. C. quibus non obiicitur longi temp.

2) *Berger* Oecon. Jur. p. 268. *Boehmer* Diſſert. de curſu praeſcript. contra min. ſuſpenſo.

127.

Rechtliche Wiederherſtellung in den vorigen Zuſtand.

Das Römiſche Recht ſchenkt dem Minderjährigen die Rechtswolthat, daß eine nach dem ſtrengen Rechte von dem Minderjährigen übernommene Verbindlichkeit, oder ein verabſäumtes Recht von dem Richter wieder aufgehoben, oder hergeſtellet, und derſelbe wieder in den vorigen Zuſtand verſezt wird 1). Dieſe ſogenannte Reſtitutio in integrum geſchieht überhaupt, wenn dasjenige, was nach dem ſtrengen Rechte auf eine gültige Art erlangt worden, abgeſchnitten, und das nach den Geſetzen rechtmäßig erworbene Recht, als ein nicht erlangtes Recht angeſehen wird, um alles wiederum in den vorigen Stand zu bringen, und die verlorne Gelegenheit wieder zu verſchaffen. Es

kommt dieſes Rechtsmittel den Minderjährigen in dem Falle, da ſie aus Urſache ihres Alters zu Schaden gekommen ſind, oder Schaden leiden möchten, ſowol während ihrer Minderjährigkeit, als noch 4 Jahre nachher ſelbſt gegen ihre Eltern 2) zu ſtatten.

1) *Io. Chr. Ge. ab Hedemann* Diſſ. de auxilio, quod aetati impertitur, ſiue reſtitutione minorum. Goett. 1751.

2) *Hildebrand* de obligat. inter patrem et filium p. 24. 29

128.

Aehnlichkeit des teutſchen Schreyjahrs.

Die Teutſchen gaben den Mündeln nach bereits erlangter Volljährigkeit noch ein Jahr Zeit, worinn ſie alle Handlungen ihrer Vormundſchaft unterſuchen, und die zu ihrem Nachtheile geſchloſſene Kontrakte umſtoßen, wie auch jene wegen ſchlechter Verwaltung ihrer Güter in Anſpruch nehmen konnten 1). Dieſen Zeitraum nannte man in Sachſen und Bayern das Schreyjahr 2).

1) *Cod. LL. Normann. c. 45.* Omnes enim minores, quos infra aetatem dicimus (ſcil. XX. ann.) terminum habebunt de omnibus quaerelis, quousque ad aetatem peruenerint XXI. annorum.

2) *Chr. Gottl. Hoffmann* Diſſ. de maioris aetatis termino, Legib. et mor. inprimis noviſſ. Sanct. Hamb. definito. Francof. 1734.

129.

Verſchiedene Gattungen der Mündigkeit.

Die Teutſchen nahmen nach den beſondern Beſtimmungen der Geſchäfte und Verrichtungen verſchie-

dene Zeitpunkte der Mündigkeit bey einer und derſelben Perſon an. Ein anderer Zeitpunkt war zur Ablegung des Eides beſtimmt; ein anderer zur Annehmung der Religion; ein anderer, um Verbrechen begangen zu haben; ein anderer, Lehen in Beſiz zu kriegen; ein anderer zur Zeugung und zur Eheverbindung; ein anderer, um Zeugniſſe abzulegen 1).

1) Eſtor Th. III. §. 977.

130.
Eidesmündigkeit.

Im 18ten Jahre kann man nicht nur nach dem gemeinen Rechte jeden außergerichtlichen Eid leiſten, ſondern nach der allgemeinen Obſervanz 2), nach den Statuten 3) und nach dem Preußiſchen Rechte 4) muß man auch den Gerichtseid ablegen. Wenn dieſer aber Ehe- und Schwängerungsſachen betrift, ſchon nach zurückgelegtem 16ten Jahre 5). Einige Statuten beſtimmen überhaupt das 14te Jahr zur Eidesmündigkeit 6).

1) Auth. Sacram. pub. Cod. ſi aduerſ. Vendit. II. feud. 53. auch vor dem 18ten Jahr, nur aber nicht aus Schuldigkeit, ſondern freywillig. *Berger* Oec. Jur. p. 1112. 1124.

2) *Berger* cit. l. p. 1111.

3) Gothaiſche P. O. B. I. c. 9. §. 7. Eiſen. t. 10. §. 23. Hadeler L. R. p. 9. Lüb. R. I. 7. 3.
C. F. *Walch* Diſſ. de legitima jurantis aetate. Ien. 1755.
G. H. *Ayrer* de impuberibus etiam pubertati proximis ad nullum iusiurandum admittendis, et de puberibus a ſacramento feud. haud excluſis. Goett. 1765.

4) Königl. Reſcr. in C. C. March. Nov. T. III. p. 142.

5) *Berger* pag. 1113.

6) Trier. Unterger. O. tit. Ausz. wieder d. Geſ. Solm. Ldr. P. I. t. 28. Wirt. Lr. P. I. tit. 36. Heß. G. O. tit. 10 Naß. G. O. t. 10. Schwarzb. P. O. t. 10. §. 8. Hamburg. Str. P. I. t. 28. § 3. Frankfurter P. I. t. 33. Wormſ. L. I. t. 15. Ref. Nor. t. 7. §. 1.

131.

Religionsmündigkeit.

Bey den Proteſtanten erfordert man insgemein zur Religionsveränderung das 14te Jahr, als Unterſcheidungsjahr 1). Die Preußiſche Geſezgebung aber hatte in der Folge hierüber das XXI. Jahr als den Zeitpunkt angenommen, weil die Kinder vor dieſer Zeit ſelten zureichende Einſichten erlangt hatten 2), welches nachher wiederum auf das XIV. Jahr feſtgeſezt worden iſt 3).

1) Steck von denen zur Religionsänderung erforderlichen Unterſcheidungsjahren, in den Abh. aus dem Staats- und Lehenrechte St. I. S. 3. ff.

2) Reſcr. vom 6ten Febr. 1775. C. C. March. Nov. T. V. pag. 45.

3) C. C. March. Nov. T. VI. p. 1351. Entwurf des Preuß. Geſezbuchs §. 46. S. 167.

132

Strafmündigkeit.

Im Peinlichen Rechte hat ohne Unterſchied des Geſchlechts die ordentliche Strafe des Verbrechens

Statt, und zwar nach der Halsgerichtsordnung Kaiſer Karls V. im 14ten Jahre, in Bayern, Schwaben, Lübeck, Bremen, Hamburg, Strasburg, Mühlhauſen und Augſpurg vom 12ten bis zum 15ten Jahre. Im Preußiſchen im 14ten Jahre 1).

1) Vormundſchaftsordn. von 1718.

133.

Lehensmündigkeit.

Beym Lehenweſen war ehemals das XIII. und XIV. Jahr zur Uebernehmung und Verwaltung beſtimmt 1), aber erſt im XVIII. oder XXI. Jahre war der Vaſall ganz volljährig 2), und nicht mehr bloß lehenbar. Im Altenburgiſchen iſt das XVI. Jahr angenommen 3).

1) Alem. Lehenr. c. 50. §. 4. c. 52. §. 2. Sächſ. Lehenrecht Art. 28.

2) Alem. Lehenr. c. 50. §. 5. Sächſ. Lehenr. Art. 28. *Haltaus* in Gloſſ. col. 992.

3) Sachſ. Altenb. L. O. P. II. tit. 1. p. 136.

134.

Zeugungs- und Eheſtandsmündigkeit.

Vor dem 14. Jahre, und beſonders bey Mannsperſonen vor dem 18ten Jahre, iſt es nicht erlaubt, eine Ehe einzugehen 1), ausgenommen man könnte eine frühere Zeugungsfähigkeit beweiſen 2). Bey der Eidgenoſſenſchaft wird die Ehe dem weiblichen Geſchlecht im 14., 15, 16 und 18. Jahre verwilligt 3). Nach Preußiſchem

ſchem Rechte wird dem Minderjährigen ohne allen Beweis der Läſion die Reſtitution gegen jedes gültige Eheverſprechen eingeſtanden 4).

1) c. 9. X. de deſponſ. impub. *Conr. Phil. Hoffmann* Diſſ. de aetate juuenili contrahendis ſponſalibus et matrimoniis idonea, vt et de annis quibus quis ſub poena matrimonium inire tenetur. Regiom. 1743.

2) *Carpzov.* P. II. defin. 12. n. 18. ſq.

3) Appenzell. Uſterrod. Eheger. O. Ord. Eccl. de Geneve t. 3. c. 3. a. 99. Loix du pais de Vaud P. II. t. 17. a. 1. Berner Chorger. Saz. P. I. a. 5. Bieler Eheger. O. Glarner Eheger. Saz. in Landb. pag. 390. Zürch. Eheger. Saz. p. 57. Mühlhäuſ. Eheger. O.

4) Reſcr. vom 20ſten Maji 1765. C. C. March. Nov. T. III. p. 767. *Boehmeri* J. Eccl. Prot. T. III. L. 4. tit. 1.

Basler Stat. P. III. t. 2. Schafhäuſ. Teſtamentsordn.

135.
Teſtamentsmündigkeit.

Gröſtentheils iſt man im 18ten Jahre zur Verfertigung eines Teſtaments berechtiget 1). An einigen Orten aber iſt zu dem Ende das 16te 2) und 20ſte Jahr 3) angenommen. Nach etlichen Schweizergeſetzen 4) das 14te Jahr, und beym weiblichen Geſchlechte manchmal das 13 oder 16te Jahr. Nach dem Zürcher Erbrecht 5) überhaupt im 17ten Jahre.

1) Als in Preußen, Oeſterreich, Böhmen, Oberpfalz, Baden, Pfalz am Rhein, Celle, Hadeln, Bremen, Otterndorf, Lüneburg, Ditmarſen, Heinrichsſtadt. *Io: Heumann* de pubertate teſtamentaria Germ. §. 6. Exerc. T. 1. p. 34

2) Wirtemb. Lr. III. 2. Hohenl. Lr. p. 126. Basler Stat. P. III. tit. 2.

3) Trier. t. 1. §. 3. Art. 18. Form. Regim. Curland. II. 178.

4) Berner Stadtger. Saz. P. II. t. 4. l. 1. Loix du pais de Vaud, P. II. t. 17. a. 1.

5) P. I. §. 14.

136.

Zeugſchaftsmündigkeit.

Perſonen unter 20 Jahren können nach dem Römiſchen Recht freywillig Zeugniſſe ablegen, werden aber heutzutage, beſonders in Kriminalſachen, nicht ganz für gültig angenommen. Dahingegen genießen ſie in Civilſachen vollkommenen Glauben 1). Nach Schweizeriſchen Geſetzen kann dieſes im 16ten 2) oder 15ten Jahre 3) geſchehen.

1) *Berger* in Oecon. Jur. L. IV. tit. 24. §. 3. p. 1061. 1062.

2) Berner Stadtger. Saz. P. II. tit. 4. L. 1. Loix du pais de Vaud P. II. t. 17. a. 1. Basler Statuten P. I. tit. 34. Zürch. Eheger. Saz. p. 27. Biel. Eheger. Ordn. tit. 43. §. 14.

3) Berner Stadtger. Saz. P. III. t. 19. L. 1. Heß. Ger. O. von 1497. c. 20. im XIV. Jahr.

137.

Zeitpunkt der teutſchen Volljährigkeit.

Da Leichtſinn und Unerfahrenheit noch die Eigenſchaft der auf die Großjährigkeit zunächſt folgenden Jahre ſind, ſo iſt zum Beſten der Minderjährigen die Volljährigkeit eingeführt, nach deren Erfolg ihnen

nen die vollſtändige Verwaltung ihres Vermögens und die freye Willkühr ihrer Handlungen eingeräumt iſt. Der Zeitpunkt 1) iſt größtentheils das XVIII. 2) oder XXI. Jahr 3), jedoch auch manchmal das XVI. 4), XX. 5) und XXII. 6) Jahr, und wird zuweilen zwiſchen beiden Geſchlechtern ein Unterſcheid gemacht, und dem weiblichen Geſchlechte ein geringeres Alter angewieſen. In Sachſen XXI Jahre, 6 Wochen und 3 Tage 7).

1) *Io. Per. de Ludewig* de aetate legit. puberum et majorum Caeſaris, Regum, principum, clientum, ſubditorum, idque Europae vniuerſae, praeſertim Germ. Hal. 1725. *C. G. Hoffmann* de maioris aetatis termino legibus et moribus inpr. nov. Sanct. Hamb. definito. Frcf. 1734.

2) Brem. Stadtr. 17. §. 77. 74. §. 78. *Koch* collat. p. 197. Jülich. L. B. I. 36. Danske Lov. III. 17. 34. Hadeler. L. R. P. III. §. 1. pag. 35. 38. Eiderſt. P. II. a. 1. Ditmarſ. a. 19. §. 3. Huſum. Weichb. P. III. t. 10. Ref. Nor. t. 29. l. 11. Luitprand. L. Longob. Stat. Vltraj. ap. *Voet.* ad pr. Inſt. de Curat. Hamb. Ger. O. und Stat. P. 3. t. 5. a. 21.

3) Sächſ. Landr. B. I. a. 42. Schwäb. Landr. C. 1. §. 2. Dipl. *Io. R. Hieroſol.* ap. *du Fresne* in Gloſſ. Eiſen. Stat. p. 209. Gothaiſche Beyſ. p. 217. fern. Beyſ. pag. 154. 263. Danziger Willkühr C. 6. art. 2. n. 1. Preuß. Lr. L. II. a. 8. Kulm. Landr. IV. 14. c. 5. 13. Magdeb. Willk. p. 31. 32. Cod Max. Bavar. pag. 81. Köln. Rechtsordn. t. 11. §. 11. p. 20. Stad. und Budjad. Lr. §. 8. Läneb. Stat. P. VII. t. 1. Erfurt. O. p. 375. Jever. Prätur. O. §. 31. Conſt. Slesw. d. 27. Apr.

Apr. 1767. *Io. Cowell.* Inſt. Iur. Angl. L. I. t. 22.
Baier. Lr. tit. 5. a. 5.

4) Tyrol. Lr. B. III. a. 52.

5) LL. Wiſigoth. L. 4. tit. 3. §. 3. *Stiernhöök* Jur. Sueon. et Goth. c. 1. Cod. LL. Normann. c. 45. Stat. Geldr. ap. *Sande* de feud. Geldr. Tr. 2. tit. 1. c. 2. Cout. de Neufchat. p. 204. Basler Stat. P. III. tit. 17. Böhm. L. O. n. I. 13. pag. 348. 354. Böhm. Str. D. 26. Mühlh. Stat. L. 4. a. 35. §. 2. Münſter. L. O. t. 5. p. 89. Form. regim. Curland. P. II. §. 68.

6) Oeſterr. Landr. in Rep. J. priv. p. 182. §. 8. Stat. Hamb. d. 4. Sept. 1732.

7) *Chr. Hanaccius* de pubertate Saxonica. Vit. 1738.

138.

Volljährigkeit bey erlauchten und adelichen Perſonen.

Der Kaiſer, die Kurfürſten, die Häuſer Brandenburg, Baiern, Braunſchweig, Heſſen, Anhalt nehmen das 18te Jahr, Oeſterreich und Sachſen das 16te Jahr und andere Häuſer ein noch früheres Alter der Volljährigkeit an 1). Bey der Reichsritterſchaft iſt es das 16te Jahr 2).

1) *Diet. Herm. Kemmerich* Diſſ. de maiori principum aetate. Lipſ. 1734.
C. Fr. Gerſtlacher Diſſ. de maiori ſtat. Imp. aetate ant. et hod. Frcf. et L. 1755.
Io. Mich. Dahm Diſſ. de maiori perſon. ill. aetate. Mogunt. 1757.

 Repert.

Repert. Jur. priv. p. 183. §. 16. Eſtors bürgerliche Rechtsgel. B. III. §. 66. p. 89. §. 977. S. 589. ff.

2) Fränk. Ritterordn. p. 80.

139.

Volljährigkeit nach Preußiſchem Rechte.

Die Preußiſche Geſezgebung macht bey der Beſtimmung der Volljährigkeit einen Unterſcheid zwiſchen den Staaten, wo das Sachſenrecht beybehalten iſt, und ſolchen, worinn gemeines Recht gilt; dann ſondert ſie die Adelichen von den Unadelichen ab, hernach nimmt ſie verſchiedene Grade der Volljährigkeit an, oder vielmehr ſie hat bey dem Adel den altteutſchen Unterſcheid zwiſchen Großjährigkeit und eigentlicher Volljährigkeit geſezlich beſtättiget, wie dieſes nachſtehende Auseinanderſetzung lehrt. Auch der Zeitpunkt, welcher in den Preußiſchen Staaten die Großjährigkeit beſtimmt, iſt verſchieden. Adliche erhalten die Adminiſtration ihres Vermögens und Diſpoſition über ihre Einkünfte, Aktionen und Mobilien, auch die ihnen durch Erbſchaft zufallenden Koſtbarkeiten und Baarſchaften, wenn ſolche nicht mehr als einjährige Einkünfte ihres Vermögens betragen, nach zurückgelegtem 20ſten Jahre ohne Unterſcheid der Provinzen, ob das gemeine oder Sächſiſche Recht in denſelben aufgenommen; aber die freye Verwaltung über ihre Kapitalien, über die ihnen durch Erbſchaft zufallenden Koſtbarkeiten und Baarſchaften,

wenn

wenn ſie einjährige Einkünfte überſteigen, ferner über unbewegliche Güter und die damit verbundenen Befugniſſe, oder die eigentliche Volljährigkeit, bekommen ſie in den Ländern der Preußiſchen Staaten, wo das Sachſenrecht gilt, erſt nach geendigtem 21ſten Jahre, und wo das gemeine Recht eingeführt, nach verfloſſenem 24ſten Jahre 1). Die bürgerlichen und die natürlichen Kinder adelicher Perſonen 2) haben ihre Volljährigkeit erreicht, wenn ſie in den Gegenden, welche das Sachſenrecht aufgenommen haben, als in Oſtpreußen 3), in Weſtpreußen 4), im Herzogthum Magdeburg, in Pommern, Schleſien, das 21ſte Jahr 5), und in den übrigen Provinzen, wo die gemeinen Rechte gelten, (Oſtfriesland 6) eingeſchloſſen) das 25ſte Jahr zurückgelegt haben 7). Eben dieſes gilt auch an allen den Orten, wo Lübiſches Recht beobachtet wird.

1) Königl. Edikt vom 14. May 1749. Contin. IV. C C. March. p. 151. Deklarat. der wegen der Majorennität der Adelichen bisher ergangenen Verordnungen und Edikt v. 23. Oct. 1762. im Nov. C. C. March. T. 3. p. 163. Deklarat. des Edikts vom 18. Jan. 1746. vermöge deſſen die Perſonen adelichen Standes nach zurückgelegtem 20ſten Jahre majorenn ſeyn ſollen, vom 29ſten Aug. 1747. Cont. 3. p. 181. Kabinetsordre wegen dem Clev. und Märk. Adel vom 16. Jul. 1746. Reſcript vom 17. Febr. 1761. im Nov. Corp. C. March. T. 4. p. 189. Natürliche Kinder adelicher Perſonen haben ſich dieſer Vorrechte nicht zu erfreuen, Reſcr. vom 27. Dec. 1763. T. 3. pag. 351. Vergl. ausführl. Anh. zum Cod. Frid. p. 276. ſqq.

2) Reſcr. vom 27. Dec. 1763. Nov. C. C. March. T. III. p. 351.

3) Verbeſſertes Preuß. Landr. B. 2. Art. 8.

4) Inſtruktion für die Weſtpreuß. Regierung vom 21. Sept. 1773. p. 13. n. 5. 18. 22. 23. et 27. Kulm. Landr. P. IV. t. 14. c. 5. 13.

5) *Chr. Hanaccius* Diſſ. de pubertate Saxonica. 1738.

6) Oſtfrieſ. Lr. B. II. c. 217.

7) Cirkulare die Majorennitatsjahre betreffend, vom 10ten Aug. 1752. Nov. C. C. March. T. I. p. 351.
Reſcr. vom 18ten Mart. 1766. T. IV. p. 189.
Vorm. O. von 1718. §. 54. cit. l. p. 74.
Hoffmann de maj. aet. term. c. 3.
Ludewig de aet. legit. cap. 3.

140.
Urſache des ungleichen Zeitpunkts der Volljährigkeit.

Der Grund des ungleichen Zeitpunkts bey Beſtimmung der teutſchen Volljährigkeit iſt theils die phyſiſche Beſchaffenheit der Körper, nach deren Beſchaffenheit man ſich ehemals richtete, theils die Hinzufügung des ſogenannten Schreyjahrs.

141.
Römiſche Volljährigkeit.

Das Römiſche Recht beſtimmt das XXV. Jahr als den Zeitpunkt der Volljährigkeit, welche Zeitbeſtimmung auch mehrere Stadt- und Landrechte angenommen haben 1), und er gilt jedesmal außer Sachſen, wenn die Statutariſche Geſezgebung, oder bey

Er-

Erlauchten Perſonen die eigene Hausverfaſſung 2) nichts beſonderes verordnet hat.

1) Deren Verzeichnis bey *Selchow* El. Jur. Germ. §. 200. n. 8.

2) nicht aber iſt überhaupt vermög Dipl. Car. IV. Imp. de 1376. ap. *Goldaſt.* T. I. Conſt. Imp. p. 372. das XXV. Jahr angenommen, denn die dort bemerkte Sanktion kann auch von teutſchen Rechtsbüchern verſtanden werden. Vergl. *Ludewig* de aet. pub. et maj. c. 4.

142.

Nach welchen Statuten die Volljährigkeit zu beſtimmen.

Bey der Kolliſion der Statuten in Anſehung des Termins der Volljährigkeit wird in unbeweglichen Sachen das Lokalſtatut, in dem übrigen aber das Statut des Wohnorts beobachtet 1). Sonſt wird es auch bey Perſonen, die noch Eltern haben, nach dem Statut des Wohnorts des Vaters, bey andern aber nach dem Statut des Orts, wo die Vormundſchaft angeordnet worden, beurtheilt 2). Wer einmal an dem Orte des Aufenthalts mündig geworden iſt, bleibt es, wenn er ſich ſchon nachher anders wohin begibt 3).

1) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 943.

2) C. J. Frid. P. IV. t. 1. §. 5. p. 5.

3) gegen *Lauterbach* de Domicilio §. 70. *Hert.* de Colliſ. Leg. Sect. IV. §. 8.

143.

Erwerbung der Volljährigkeit.

Die Volljährigkeit kann auſſer Antretung des geſezlichen Alters auch durch die kaiſerliche und landesherrliche Erklärung, durch altteutſche Gebräuche, durch kanoniſche Ceremonien, durch eigene Wirthſchaft, Aemter, Handlung und Gewerbe erworben werden.

144.

Kaiſerliche und landesherrliche Jahrgebung.

Dieſe Jahrgebung hat man in Teutſchland erſt aus dem Römiſchen Rechte angenommen 1). Sie wird ſowol von dem Kaiſer, entweder ſelbſt 2), oder durch die kaiſerlichen Hofpfalzgrafen, als von den Reichsſtänden 3), mitnichten aber ohne Privilegium von den Magiſtråten ertheilt 4). Sonſt geſchah ſie auch bey erlauchten Perſonen durch die Landſtände, Obervormünder, oder war in den Hausverträgen und Teſtamenten beſtimmt 5).

1) *Io. Conſt. Gellius* Diſſ. de venia aetatis ſecundum Jus Rom. et Leges Germ. hod. Erf. 1729.

Io. Car. Koenig Differentiae Jur Rom. et Germ. in concedenda venia aetatis. Marp. 1753.

2) *Gottfr. Dan. Hoffmann* Diſſ. de Jure Imperat. concedendi veniam aetatis principum. Tub. 1744.

Id. de venia aetatis feminarum illuſtr. Tub. 1773.

Du Puys traité de la Majorité des Rois et des Regences du Royaume. a Paris 1655.

3) *Io.*

3) *Io. Vlr. de Cramer* Diſſ. de jure principis conced. veniam aetatis. Marp. 1734. opuſc. T. II. p. 572.

4) Fränk. L. G. O. P. II. t. 25. §. 1. pag. 153. Würt. L. R. P. II. t. 27. Würt. Gen. Reſcr. vom 5. Jul. 1732. ap. *Gerſtlacher* L. I. §. 106. p. 196. *Mevius* ad J. Lub. I. 2. 7. n. 29. *Cramer* p. 572. *Koenig* p. 12. *Neumann* §. 555. § 354.

5) *Struve* Jurisprud. Her. T. VI. p. 210. §. 9. *Neumann* pag. 355.

145.

Beſchaffenheit der kaiſerlichen Jahrgebung.

Ehemals hieng die Jahrgebung bey fürſtlichen Perſonen theils von den Landſtänden, und theils von der Vormundſchaft und den Agnaten ab. Noch heutzutage muß bey der Venia aetatis für einen Kurfürſten die Einwilligung des ganzen Kurkollegiums vorhanden seyn. Wenn dieſelbe einem Fürſten ertheilt wird, ſo ergeht ein kaiſerliches Reſcript an die Vormundſchaft, ein anderes an das Geheimerathskollegium, und eines an die Regierung, welche es hierauf durch Patente dem Lande bekannt zu machen hat 1). Wenn aber ein Hofpfalzgraf eine Jahrgebung ertheilt hat, ſo muß ſie von dem Landesherrn beſtättiget werden.

1) *God. Dan. Hoffmann* Diſſ. de jure Imperat. circa veniam aetatis principum. Tub. 1744.

Fellers teutſche Sekretariatkunſt B. II. Vorſt. I. C. VI. und Anh. zur Vorſt. I. C. 8.

Koenig Select. Jur. Publ. noviſſ. T. VII. p. 3. ſqq.

146.
Erforderniſſe bey der landesherrlichen Jahrgebung.

Wer um die Jahrgebung anſucht, muß der Bittſchrift einen Auszug des Kirchenbuchs zur Beſcheinigung ſeines Alters und ein Zeugnis wegen ſeiner Aufführung beylegen. Die Landesherrſchaft erfordert hierauf Bericht vom Beamten oder vom Magiſtrate, der ſich bey den nächſten Anverwandten oder beym Curator zu erkundigen hat, ob nichts dagegen einzuwenden iſt, worauf dann die gebetene Venia durch ein Reſcript ertheilt, oder abgeſchlagen wird 1).

1) Preuß. Reſcr. vom 10. Aug. 1752. C. C. March. Nov. T. I. p. 351.

Zeller am a. O. B. I. Vorſt. III. C. X. S. 653. 654.

147.
Rechtswirkungen.

Eine auf dieſe Art für mündig erklärte Perſon kann über ſein Vermögen allerlei Kontrakte ſchließen, daſſelbe unter ſeine eigene Verwaltung nehmen 1) und über ſeine übrigen Geſchwiſter ſelbſt Vormund werden, nur muß dieſes Recht bey der Reichshofräthlichen Jahrgebung beſonders ausgedrückt ſeyn 2).

1) Riccius von Stadtgeſ. S. 622. *Struve* Jurisprud. Her. P. VI. p. 107. 206.

2) *Neumann* in princip. proceſſ. Jud. Imper. Aul. §. 60. pag. 128.

God. Dan. Hoffmann. Diſſ. de Venia aetat. femin. illuſtr. Tub. 1773. §. 23. p. 23. 24.

148.

148.

Preußiſche Geſezgebung hierüber.

In den Preußiſchen Staaten kann die Jahrgebung von keiner Landesregierung ertheilt werden 1), und iſt davon bloß Oſtpreußen ausgenommen 2). Eben ſo muß man, bevor man darum anſuchen darf, bereits ein gewiſſes Alter erreicht haben, als Adeliche nach zurückgelegtem 20. Jahre, die bürgerlichen männlichen Geſchlechts im nemlichen Zeitpunkte, und dergleichen Frauenzimmer nach verſtrichenem 18. Jahre 3). Die ſie nun erhalten haben, können über ihre ausſtehenden Kapitalien diſponiren, und ſie erheben 4), bedürfen auch bey der Anſuchung um ein Dekret, Grundſtücke zu veräußern, keines Curators mehr 5). Sie müſſen aber bey ihrer Legitimation vor Gerichte das erhaltene Patent vorlegen, und werden darauf nach deſſen Innhalte behandelt 6), weil hier mit der Jahrgebung nicht gleich alle Rechte der Volljährigkeit ertheilt werden.

1) C. C March. Nov. Tom. I. p. 609.

2) Inſtrukt. an die Oſtpreuß. Regierung vom 30. Jul. 1774. Sect. I. §. 6. n. 7. pag. 350. 495. Corp. Nov. Tom. V. Jahrg. IV.

3) Reſcr. die Major. Jahre und Ertheil. der Ven. aet. betr. vom 10ten Aug. 1752. T. I. p. 351. Ern. W. O. Art. 3.

4) ibid. Tom. III. p. 460. 491.

5) Reſcr. vom 30. Jul. 1760. T. II. p. 458.

6) Corp. J. Frid. P. IV. tit. 1. §. 6.

149.

Jahrgebung durch altteutſche Gebräuche.

Da die Teutſchen urſprünglich die Männlichkeit oder Volljährigkeit aus der phyſiſchen Beſchaffenheit des Körpers beurtheilten, ſo waren ſie gewohnt, die jungen Leute, welche die gehörige Leibesſtärke erlangt hatten, dem Volke auf der Verſammlung öffentlich vorzuſtellen, und ſie hierauf durch Ertheilung des Wehrgehänges und Umgürtung des Degens förmlich für volljährig und für ein Glied des Staats zu erklären 1). Es iſt dieſer Gebrauch in der Folge ſowol bey der Antretung des Schildknappenamts 2), als bey dem Ritterſchlage, oder der ritterlichen Wehrhaftmachung, die nicht vor dem XVIII. oder XX. Jahre geſchehen konnte 3), beybehalten worden 4).

1) *Tacit.* de mor. Germ. c. 13. 20. *Gebauer* de patr. pot. Vet. Germ. p. 19. *Leyſer* Specim. 327. *Dreyer* de vſu Jur. Angloſax. p. 100. 101. 103.

2) *Barth.* in Comment. ad *Guil. Brit.* Philippid. L. VI. v. 261. p. 402. 403. 404.

3) *Senckenberg* Jur. Egreſſ. e patr. pot. §. 12. not. e. pag. 21.

4) Gothaiſche L. O. p. 153. Moſers Hofrecht B. II. S. 197. ff. *Aug. Henr. Foerſter* de emancipatione equeſtri, vom Wehrhaftmachen. Altenb. 1727.

150.

150.

Jahrgebung durch kanoniſche Ceremonien.

Ein etwas ähnlicher Gebrauch herrſchte in der ältern Kirchenverfaſſung, als die jüngern Domherren zu dem Domſcholaſter in die Schule gehen mußten, und, wenn ſie ſie abſolvirt hatten, von dem Domkapitel emancipirt wurden. Dieſe Emancipatio Canonica iſt nun größtentheils abgekommen, und es gilt dafür das Triennium academicum, oder die Würde eines Magiſtri, Baccalaurei, Licentiati, wobey jedoch manchmal vom Decano facultatis ein Documentum emancipationis ertheilt wird 1).

1) *Chr. Gottl. Buder* de emancipatione canonica in Capit. Germ. Symm. obſ. et opuſc. L. I. p. 1.

151.

Jahrgebung durch eigene Wirthſchaft.

Die Anſtellung einer eigenen Wirthſchaft, es mag nun ſolches durch die Verheirathung, oder anders geſchehen, befreyt, nach teutſchem, und nach dem allgemeinen Europäiſchen Privatrechte 1) ſowol die Kinder, als die Minderjährigen von der Vormundſchaft 2); nur müſſen ſie nach Preußiſchem Rechte bereits das XX. Jahr überſchritten haben 3). Dieſe Rechtsprinzipien gelten auch bey den erlauchten Geſchlechtern, wovon einige ſehr unrecht eine Ausnahme machen 4).

1) *Chr. Vlr. Grupen* in Diſceptat. forenſ. Goett. 1740. p. 91. ſeqq.

Chr. Ad. Beckher Reſp. de jure quaeſt. an filiafam. — in omnibus Germ prouinciis indiſtincte patria pot. liberetur. Erf. 1680.

Melch. Dietr. Grollmann de ſeparatione liberorum per elocationem et diuiſionem. Gieſſ. 1711.

F. Chr. Harpprecht diſſ. de ſeparat. liber. ab oeconomia paterna. Tub. 1699. Vol. I. Diſſ. 3.

I. H. Boehmer Diſſ de ſtatu liberor. ſui juris factorum per ſeparat. et nuptias. Hal. 1721. Exerc. ad Pandect. T I. p. 913.

2) Oeſter. Gerhab. Ordn. t. 16. §. 4. Nördl. Stat. P. IV. t. 9. Preuß. Geſezb. §. 154. 161. S. 183. *Klock* Vol. II. Conſ. 83. *Mean* in obſ. ad Conſ. Leod. obſ. 688.

Sonſt ſehe man die Statuten von Trier, Frankfurt, Naßau, Baden, Wirtemberg und Pfalz bey *G. W. Dinckler* Diſſ. de cura aetatis nuptiis minorennis exſtincta.

3) *Chr. Thomaſ.* de vſu Jur. paterni Rom. ſecundum mores Germ. et Jus Boruſſ. reniſ. Hal. 1694.

Vangerows Preuß. Wechſelrecht §. 69. S. 49.

4) *Hoffmann* de venia aet. femin. ill. §. 7. 8. p. 9. 10.

152.

Jahrgebung durch Uebernehmung eines Amts, der Handlung und Gewerbe.

Wenn der Landesherr jemand ein öffentliches Amt ertheilt, ſo hat er ihn dadurch ſtillſchweigend für volljährig erklärt 1). Auf gleiche Art iſt einer, der für ſich allein Handlung oder Gewerbe treibt, nicht mehr für minderjährig zu achten 2), welche allgemeine

Rechts-

Rechtsſätze das Preußiſche Recht noch näher und genauer beſtimmt hat 3).

1) *Neumann* de tut. princ. §. 560. pag. 357. *Io. Wolffg. Trier* Diſſ. de dignitatibus, quae liberant a patria poteſtate. Francof. 1737. nicht aber durch akademiſche Würden. *Abr. Kaeſtner* Progr. an doctoralis dignitas filium a patria poteſtate liberet. Lipſ. 1723.

2) *Hert.* de Colliſ. Legum, Sect. IV. §. 5.

3) Preuß. Geſezb. Abſchn. IV. §. 154. 155. 156. 157. Seite 183. 184.

153.
Widerlegung falſcher Rechtsſätze in dieſer Materie.

Verſchiedene Rechtsgelehrten 1) leugnen, daß die Unmündigen, beſonders das weibliche Geſchlecht, auf dieſe Art aus der väterlichen und vormundſchaftlichen Gewalt befreyt würden, oder behaupten wenigſtens, daß dieſe nur ſuſpendirt, und nach Aufhörung der Urſache wieder lebhaft würde. Ich muß zwar bekennen, daß dieſes aus ſcheinbaren Römiſchen Rechtsgründen wahrſcheinlich gemacht wird, bin aber überzeugt, daß es ganz dem teutſchen Rechtsſyſteme widerſpricht, als welches hierinn das Römiſche Recht ausſchließt. (§. 221. 231.)

1) *Ern. Io. Fr. Manzel* Diſſ. de eo qui maior et minor ſimul eſt. Roſt. 1747. §. 10. p. 15. *Hoffmann* de ven. aet. fem. ill. §. 7. p. 5.

V. Abthei=

V. Abtheilung.

Eltern und Kinder.

154.
Familienrechte der Kinder.

Die Kinder aus einer vollgültigen Ehe führen den Namen des Vaters, und erlangen die Rechte ſeiner Familie und ſeines erblichen Standes 1), genießen auch deſſelben befreyten Gerichtsſtand 2).

1) Preuß. Geſezbuch Th. II. t. 2. Abſchn. 2. §. 28. 29. S. 164.

2) *Mevius* P. III. Deciſ. 71. *Pufendorff* de jurisd. Germ. P. III. Sect. II. c. 1. §. 26. 46. *Cothmann* Reſp. Jur. Acad. XXV. n. 19. 53.

155.
Elterliche Verpflichtung zur Unterhaltung der Kinder.

Da die Sicherheit des Staats nicht ohne eine Anzahl Menſchen erhalten werden kann 1), ſo ſind die Eltern als Glieder deſſelben verpflichtet, nicht nur Kinder zu zeugen, ſondern auch dieſelbe ſowol während als nach geendigter väterlicher Gewalt zu ernähren, und ſtandesmäßig zu unterhalten 2).

1) Preuß. Geſezb. §. 190. S. 188.

2) *Schoepff* in Conſil. et Reſp. Tub. Conſ. 38. 61. 71. 108. Moſers Groß. Staatsrecht Th. XXII. S. 169. ff. *Struve* in Jurisprud. Heroica P. V. c. 1. p. 35.

156.

Verſchiedene Obliegenheiten beider Eltern.

Hauptſächlich aber hat der Vater die Koſten der Verpflegung herbey zu ſchaffen, und die Mutter für die körperliche Pflege und Wartung der Kinder Sorge zu tragen 1), welche ihr im Preußiſchen vor dem 4ten Jahre ſelbſt von dem Vater nicht entzogen werden darf 2).

1) Preuß. Geſezb. a. a. O. §. 32. 33. 34. 187. *Car. Gottl. Knorre* de alimentis a matre liberis praeſtandis. Halae 1756. *Io. Gottfr. Bauer* de patre ad Liberos, qui bona habent, alendos obligato. Lipſ. 1727.

2) ebendaſ. §. 37. S. 165.

157.

Schuldigkeit der Mutter, ihr Kind ſelbſt zu ſtillen.

Aus gleichem Grunde fließt die Verpflichtung der Mutter, ihre Kinder ſelbſt zu ſäugen, wovon ſie nach Befinden der Umſtände nur ihr Mann befreyen kann 1). Denn die Teutſchen glaubten nach dem Sprüchworte, was von den Huren ſauget, iſt zum Huren geneigt 2), daß das Sittenverderbnis einer Amme ſich auf den Säugling fortpflanze.

1) Preuß. Geſezb. §. 35. 36. S. 165.

Tacit. de mor. Germ. c. 20. §. 2. *Hert.* Vol. II. opuſc. T. I. p. 18. *Io. Fr. Colling* Diſſ. de obligatione matrum propria lacte alendi liberos.

Ern.

Frn. Frid. Schroeter Diſſ. de jure matris circa liberos ſanguinolentos.

2) ap. *Piſtor.* Cent. V. par. 69.

158.

Erwerbungsrecht der Kinder.

Kinder können auch ohne Beytritt der Eltern Gerechtſame und Vermögen erwerben; wenn aber zugleich Laſten und Verbindlichkeiten damit verknüpft ſind, ſo muß die Einwilligung des Vaters hinzukommen 1).

1) Preuß. Geſezb. Th. 1. §. 87. 88. S. 172. *Hellfeld* de diuerſo pign. jure lib. in patr. pot. compet. §. 14.

159.

Kindlicher Gehorſam und Ehrerbietung gegen ihre Eltern.

Kinder ſind beiden Eltern Gehorſam und Ehrerbietung ſchuldig 1), und dieſes noch dann, wenn die väterliche Gewalt aufgehoben iſt 2). Jede grobe Vergehung gegen dieſelben wird ſehr ſtrenge gebüßt 3), und die Kinder dürfen an einigen Orten ihre Eltern ohne richterliche Erlaubnis bey Gerichte nicht belangen 4).

1) Preuß. Geſezb. §. 30. S. 165.

2) Preuß. Geſezb. Th. I. tit. 2. Abſchn. IV. §. 181.

3) *Piſtorii* Amoenit. Jurid. Polit. Vol. I. p. 157.

4) Würtemb. Landr. P. I. tit. 11. pag. 63. *Chriſt. Frid. Harpprecht* Specim. vind. Jur. Civ. mod. Wirtemberg. in Cod. Ioh. Frid. Tubingae 1727. art. 6. p. 21 ſqq.

160.

160.

Eingeſchränkte Verehligungswillkühr der Kinder.

Sie dürfen ſich ohne Einwilligung der Eltern (im Preußiſchen insbeſondere des Vaters, und wenn derſelbe nicht mehr am Leben iſt, der Mutter 1), nicht verheirathen, und werden im Verabſäumungsfalle an einigen Orten enterbt 2).

1) Preuß. Geſezb. Th. I. tit. 1. §. 45. ff. tit. 2. Abſchn. II. §. 81. 82. 83. S. 172.

2) *Selchow* in Elem. Jur. Germ. §. 416.
C. C. March. T. I. Abth. II. p. 122.
Chr. Wildvogel Diſſ. de ſingulari cauſſa exheredandi liberos in ducatu Magdeburgico. Ienae 1711.

162.

Preußiſches Verboth des Borgens.

Schon nach dem gemeinen Rechte 1) ſind ihre Schuldverſchreibungen unverbindlich. Niemand darf ihnen in den Preußiſchen Staaten Geld oder Geldeswerth borgen, bey Strafe des Verluſts und doppelten Erſatzes, wovon drey Viertel dem Potzdammer Waiſenhauſe und ein Viertel dem Angeber zugehören 2). Wenn den Kindern Gelder oder Sachen zur Ueppigkeit, Schwelgerey und Verſchwendung geliehen und geborgt worden ſind, ſo iſt die Schuld auch in Anſehung ihres freyen Vermögens ungültig 3), und die Gläubiger werden deshalb mit empfindlicher Geld- oder Leibesſtrafe angeſehen 4).

1) tit. D. de SCto Macedon.

2) C. C. March. T. V. Abth. II. p. 39.
Reſcr. vom 7ten Oct. 1749. Cont. IV. C. C. March. p. 191.
Edikt vom 22. Jan. 1730. C. C. March. T. II. Abth. 1. Seite 801.

3) Preuß. Geſezbuch Th. 1. Tit. 2. Abſchn. 3. §. 123.

4) Preuß. Geſezbuch §. 124. S. 178.

162.

Verſchiedenheit der teutſchen von der römiſchen väterlichen Gewalt.

Nicht, wie ehemals bey den Römern, beſitzen die Eltern in Teutſchland ein Recht über Leben und Tod ihrer Kinder, noch können ſie dieſelben ausſetzen und im Nothfall verkaufen 1). Nicht einmal eine oberherrliche und richterliche Gewalt dürfen ſie ſich über dieſelbe anmaßen, noch finden die actiones de peculio und tributorial Statt 2).

1) *Thomaſius* de vſu pract. tit. Inſt. de patr. pot. cap. 2. §. 8.

2) Weſtphal teutſches und Reichsſtänd. Privatrecht Th. 1. S. 96.

163.

Verſchiedene Rechtswirkungen.

Auch fällt die römiſche Fiktion von der Einheit der Perſon bey Vater und Kindern, wo ſie nicht in den Statuten 1) beſonders angenommen iſt, weg, denn dieſe ſind weder mit dem Vater einerlei Perſon 2) noch in ſeinem Eigenthume. Daher in Teutſchland der Vater durch die Handlungen der Kinder nicht

verbindlich wird 3), die Eltern und die Kinder miteinander Kontrakte ſchließen 4), und jene dieſen Schenkungen machen können 5), welche leztere überhaupt für ſich kein peculium profectitium, ſondern ein freyes eigenthümliches Vermögen erwerben 6), und auf den Fall ſie bey Verträgen mit ihren Eltern oder Fremden vernachtheilt worden ſind, das Wiederherſtellungsrecht genießen 7).

1) Würtemb. Landr. Th. 2. tit. 28. §. Wir verbieten auch. *Harpprecht* de ſeparat. lib. ab oecon. pat. th. 38.

2) *And. Flor.* *Rivinus* Diſſ. de figmento fictionis vnitatis inter patrem et filium. Viteb. 1760.

3) Preuß. Geſezb. Th. 2. S. 172. §. 89. ff.

4) *G. G. Titius* Diſſ. de contractibus patris et liberorum in eius poteſt. exiſtentium. Lipſ. 1713. §. 59.

5) *Helifeld* de diuerſo pignor. jure liber. in patr. pot. compet. §. 14.

6) *Io. Tob. Carrach* Differ. Jur. R. et Germ. in peculio inprimis filior. familias. Hal. 1745. *Renz* mixt. Jur. th. 18. Preuß. Geſezb. Th. 1. Abſchn. 3. §. 117. S. 177.

7) *Henr. Hildebrand* Diſſ. de obligat. inter patrrm et filium. Alt. 1703. p. 24. 29. Preuß. Geſezb. Abſchn. X. §. 522. S. 243. Abſch. XI. §. 551. S. 248.

164.

Eingeſchränktes Preußiſches Wechſelrecht der Kinder.

So lange die Kinder unter der väterlichen Gewalt ſtehen, ſo lange können ſie ſich nicht ohne Einwilligung der Eltern wechſelmäßig verbinden, ausgenom-

nommen ſie beſäßen ein eigenthümliches Vermögen, und hätten das 20ſte Jahr erreicht 1).

1) Ern. Preuß. W. O. Art. 5. *Ern. Frid. Knorre* Diſſert. de filio-familias cambiante. Hal. 1754.

165.

Fortdauer der wechſelſeitigen Verbindlichkeit zwiſchen Eltern und Kindern.

Eltern und Kinder bleiben nach geendigter väterlicher Gewalt einander wechſelſeitig beyzuſtehen verpflichtet, und deswegen müſſen ſowol die natürlichen als angenommenen und Pflegekinder ihre Hülfsbedürftigen Eltern nach Stand und Vermögen unterhalten 1).

1) Preuß. Geſezb. §. 183. 184. S. 188. §. 562. S. 249.

166.

Erwerbungsrecht der Eltern durch ihre Kinder.

Was Kinder, die ſich noch unter der Eltern Brod befinden, durch Arbeit, Gewerbe, und Kunſtfleis erwerben, das gehöret den Eltern 1), jedoch gebühret nach geendigter väterlicher Gewalt ihnen dafür ein Lohn oder Voraus. Dahingegen es nach dem Preußiſchen Rechte ein freyes Vermögen der Kinder ausmacht 2), und es nur auf den Fall, wenn ſie noch nach geendigter väterlicher Gewalt den Unterhalt genießen, den Eltern überlaſſen müſſen 3). Die Kinder ſind überhaupt ſchuldig, dieſen in ihrer Wirthſchaft und Gewerbe hülfreiche Hand zu leiſten, nur daß ihnen dabey noch einige Zeit zum Unterricht und zu ihrer Ausbildung gelaßen werden muß 4).

1)

1) *Renz* mixtura Jur. R. et Germ. in materia patriae pot. conſpicua. Stuttg. 1735. th. 18.

2) Preuß. Geſezb. Abſchn. 3. §. 139. S. 176.

3) ebendaſ. §. 187. 188. S. 188.

4) a. a. O. §. 84 85. 86. S. 172. *Barth.* in Diſſenſu 743. §. 2. Cent. 8. p. 366. Eſtor Th. 3. §. 860. p. 516.

167.

Römiſche Rechtslehre von den Pekulien.

Die Römer nannten das Vermögen, das ein Sohn für ſich abgeſondert vom väterlichen Gute beſaß, ein Pekulium. Sie theilten es in peculium militare et paganum. Erſteres, wenn es wirklich ein ſolches Vermögen, das im Kriege erworben war, Caſtrenſe 1); wenn man es aber durch Aemter, Dienſte, Gewerbe, Verrichtungen u. landesherrliche Vergabung empfangen hatte, quaſi Caſtrenſe 2). Das Paganum erlangte der Sohn auf andere Weiſe: Entweder kam es aus dem väterlichen Vermögen her, Profectitium, oder nicht, Aduentitium. Hievon hat der Vater den Nießbrauch u. die Verwaltung, dann iſts regulare; oder es wird ihm beides entzogen, dann heiſt es irregulare. 3). Zu dieſem gehört alles, was der Sohn wider Willen des Vaters erworben hat, eine ihm mit dem Vater zugleich angefallene Erbſchaft, die ihm unter der Bedingung, daß der Vater keinen Nießbrauch davon habe, überlaſſene Güter, das Pathengeld 4), die landesherrliche Geſchenke 2c. das wegen unrechtmäßiger Eheſcheidung den Kindern

zugefallene Vermögen, und wenn der Vater ſich ſeines Nießbrauchs begeben hat 5).

1) L. 11, D. de pecul.

2) L. 37. C. de inoff. teſtam. L. 7. C. de bon. quae liber.

3) *Wolffgang Ad. Lauterbach* Diſſ. de peculio aduentitio irregulari.

4) Ausnahme im Preußiſchen. Preuß. Geſezb. §. 116. S. 177.

5) *Hellfeld* in Jurisprud. forenſ. §. 910.

168.

Rechte der römiſchen Pekulien.

Das Profectitium blieb beſtändig im Eigenthum des Vaters, und konnte von ihm dem Sohne willkührlich entzogen werden 1), nicht aber gieng es bey einer Konfiſcation verloren 2). Das Militare war im Gegentheil des Sohns vollſtändiges Eigenthum, worüber er allein nach Willkühr ſchalten konnte 3). Beym Aduentitio hatte der Vater lebenslänglich (ausgenommen er emancipirte den Sohn, wo er dann noch den halben Nießbrauch behielt) die Verwaltung und den Nießbrauch, ohne alle Cautionsbeſtellung 4). Beym Irregulari hat der Vater keinen Nießbrauch, ſondern nur die Verwaltung 5). Sonſt gebührte im Zweifelsfalle dem Vater von jedem Peculio der Nießbrauch 6).

1) §. 1. Inſtit. per quas perſon. cuique adquir.

2) L. 3. §. 4. D. de minor.

3) L. 1. §. 9. D. de Separat.

4) L. 4. Cod. de bonis, quae liberis.

5) *Frid. Heuſinger* de jure peculii aduentitii extraordinarii tam Rom. quam German. Legibus atque moribus conſtituto. Iſenac. 1751.

6) L. 6. Cod. de bon. quae liber.

169.

Weniger Gerichtsgebrauch dieſer Lehrſätze.

In Teutſchland macht das ganz verſchiedene Erbrecht, daß von der Lehre von dem Pekulio nur ſelten eine Anwendung gemacht werden kann. Denn entweder iſt die eheliche Gütergemeinſchaft üblich, oder die Kinder ſind noch unmündig. Iſt jenes, ſo wird dasjenige Vermögen, das die Römer als Pekulien betrachteten, mit in die Gemeinſchaft gezogen, und vom Vater, oder der überlebenden Mutter, als Haupt der Familie bis zur Trennung allein genoſſen. Iſt aber dieſes der Fall, ſo behalten es die Eltern wiederum wegen der nuznießlichen Eigenſchaft ihres elterlichen Vormundſchaftsrechts im Genuſſe, und ſind es nur bey der Volljährigkeit der Kinder herauszugeben ſchuldig 1). Haben ſie zu der Zeit des erhaltenen Pekuliums eine eigene Wirthſchaft, ſo haben die Eltern vollends gar keinen Anſpruch daran zu machen. Die ganze Lehre von den Pekulien, die auf der beſondern Beſchaffenheit der römiſchen väterlichen Gewalt beruht, die in Teutſchland nicht angenommen iſt, bleibt alſo mit dem teutſchen Rechtsſyſteme ganz unvereinbarlich 2). Indeſſen findet man doch Statuten, worinn dieſe römiſche

miſche Rechtsmaterie ganz oder zum Theil doch angenommen iſt 3), noch mehrere aber, wo unter römiſchen Namen bloß teutſche Rechtsmaterien enthalten ſind 4), welches unter anderm daraus ſichtbar wird, daß die Geſetze auf Kinder von beiderlei Geſchlecht gehen, theils die Gattungen der Pekulien nicht nach ihrer verſchiedenen Art abgeſondert, ſondern nach gleichem Rechte behandelt werden.

1) *Aem. Lud. Hombergk zu Vach* Diſſ. de bonis aduentitiis liberis ſui juris factis a patre reſtituendis, et de praemio emancipationis ceſſante. Marp. 1756.

2) *Io. Tob. Carrach* Differentia Jur. Rom. et Germ. in peculio inprimis filiorumfamilias. Hal. 1743.

3) *Io. Wieger* Diſſert. de jure pignoris quoad filiosfam. ſpeciatim horum peculium caſtrenſe, et de jure quoad filiorumfam. peculium quaſi caſtrenſe. Arg. 1740.

4) *Renz* in mixt. jur. de patr. pot. th. 18.

170.

Preußiſche Geſezgebung von den Pekulien.

Im neueſten Preußiſchen Geſezbuche iſt die Lehre von den Peculiis ſo weit angenommen worden 1), daß ſie ſämtlich unter das freye Vermögen der Kinder gerechnet werden, das keiner väterlichen Verwaltung und Nutzung unterworfen iſt 2). Sie ſtehen während der Minderjährigkeit bloß unter des Vaters vormundſchaft-

licher

cher Aufſicht 3), und nach erlangter Volljährigkeit, ſind ſie der Kinder freyer Diſpoſition überlaſſen 4), als woraus auch der Erſaz ihres durch unerlaubte Handlungen zugefügten Schadens geſchehen muß 5). Man kann zweifeln, ob dieſe Rechtslehre an den Orten, wo ehliche Gütergemeinſchaft im Gebrauche, anwendbar iſt 6).

1) Neues Geſezbuch Th. 1. tit. 2. Abſchn. 3. §. 109 = 114.

2) Ebend. §. 108. 117.

3) a. a. O. §. 118. 119.

4) §. 121. S. 177. §. 122. S. 178.

5) §. 115.

6) tit. I. Abſchn. VI. §. 464. S. 106.

Drittes Hauptſtück.
Erziehungsrecht.

171.
Staatsrechtlicher Grund der elterlichen Verpflichtung ihre Kinder zu erziehen.

Dem Staate iſt nicht allein daran gelegen, viele Glieder zu haben, ſondern auch gute und nüzliche Bürger zu beſitzen. Dieſe erhält er aber allein durch die gute Erziehung der Kinder und Unmündigen, worüber er deswegen eine vorzügliche Aufſicht trägt 1). Wenn nun Eltern als Glieder des Staats alles beyzutragen haben, wodurch das Wohl des Staats erhalten und befördert wird; ſo folgt von ſelbſt, daß ſie zur Erziehung ihrer Kinder verpflichtet ſind 2).

1) Preuß. Reſcripte vom 23. Oct. 1717. 24. Oct. 1718. und 30. Sept. 1718. Magdeburg. Polizeyordn. c. 42. Heumanns Geiſt der Geſ. C. 17. §. 6. 9.

2) Heineccius verm. Anmerk. und rechtl. Gutachten. S. 335. Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. 3. §. 864.
J. H. Kirchhoff Juriſt. Abhandl. von dem, was die Rechte bey Erziehung der Kinder erfordern, auf Veranlaſſen des tit. II. L. 27. D. vbi pupill. educari. Hamb. 1745.

172.
Größere Verbindlichkeit des Vaters, eErziehungskoſten aufzubringen.

Beide Eltern haben mit vereinigten Kräften für die Erziehung ihrer Kinder Sorge zu tragen 1), jedoch

doch hängt die Anordnung vorzüglich von dem Willen des Vaters ab 2), der aber auch im Nothfalle allein die Koſten aufzubringen hat 3). Nur bey geſchiedenen Eheleuten gebührt die Erziehung dem unſchuldigen Theile auf Koſten des Schuldigen 4). Uneheliche Kinder muß der Vater erziehen, oder die Koſten dazu hergeben 5).

1) Preuß. Geſezb. §. 32. S. 165. *Struve* Jurisprud. Her. P. V. c. I. §. 3-7. p. 7. ſqq.

2) Preuß. Geſezb. §. 40. S. 166.

3) a. a. O. §. 60. S. 169.

4) ebendaſ. §. 53. S. 168.

5) §. 449 ; 454. S. 232. 233.

173.

Elterliche Verpflichtung, die Kinder Künſte, Handwerke und Wiſſenſchaften erlernen zu laſſen.

Die Eltern ſind ſchuldig, ihre Kinder zu nüzlichen Gliedern des Staats durch irgend eine nüzliche Kunſt, Wiſſenſchaft oder durch Gewerbe vorzubereiten, und beruht hierinn wiederum die Auswahl auf dem Willen des Vaters 1). In Ermanglung der Eltern haben die Vormünder dieſe Pflicht zu erfüllen 2).

1) angef. Geſezb. §. 70. 71. S. 170.

2) Staat und Unterricht für einen Würtemb. Vormünder C. III. von der Auferziehung der Pfleglinge S. 221. ff.

174.

Religionsunterricht der Kinder.

Alle Kinder müſſen bis zum XIV. Jahre in der Religion ihrer Eltern unterrichtet werden 1) Iſt ſie unter dieſen verſchieden, ſo werden die Söhne in der Religion des Vaters, und die Töchter in der Religion der Mutter unterrichtet 2). An einigen Orten aber auch beide in der Religion des Vaters 3). Nach dem XIV. Jahre, oder bey Katholiken nach empfangenem heil Abendmahle, ſteht es in der Wahl der Kinder, welche Religion ſie annehmen wollen 4). Sonſt wird dieſer Punkt in den Eheſtiftungen ausgemacht, wobey es ſodann, ausgenommen in den Preußiſchen Staaten 5), ſein Verbleiben hat 6).

1) Preuß. Geſezb. Th. I. Tit. I. Abſchn. II. §. 42. Inſtrukt. an die Weſtpreuß. Regierung vom 21ſten Sept. 1773. in T. V. C. C. March Novi p. 2134.

2) Eſtors neue kleine Schriften St. IV. S. 114. ff. bürgerl Rechtsgelahrtheit Th. 1. S. 374. 375. §. 867. 868. Th. III. § 867. 868.

Preuß. Geſezb. §. 43. S. 166.

3) Schauroth Concl. C. Ev. T. I. p. 22. 318. 319.

4) Concl. Corp. Evang. d. 22. Aug. 1752. ap. *Schauroth* T. III. p. 997.

Sel. Jur. Publ. Noviſſ. T. XXXIX. p. 1. ſqq.

von Steck von den zur Religionsänderung erforderlichen Entſcheidungsjahren, in den Abh. aus dem Staats- und Lehenr S. 1. ff. Eſtor a. a. O. S. 119. Preuß. Geſezb. §. 46. S. 167.

5) Nach

5) Nach dem Geſezb. §. 44. S. 166. Inſtruct. cit. loc. p. 1134.

6) *Frid. Lud. Hunefeld* Diſſ. de juribus et poteſt. parentum eorumque auctoritate et officio circa relig. liberorum. Ien. 1701. *Frid. Vlr. Peſtel* Diſſert. num pacta dotalia, quibus cautum, vt maſculi patris, feminae matris religione imbuantur, ſint ſeruanda. Rint. 1752. *Io. Willh. Schellhas* Diſſ. vtrum conditio, qua certa religio in ſubjecto requiritur, pro turpi vel honeſta ſit habenda. Erf. 1753. Eſtors N. kl. Schriften, S. 122.

175.

Nothwendigkeit der öffentlichen Erziehung und Schulanſtalten.

Der Staat iſt verpflichtet, ganz armer Leute Kinder, und dürftige Waiſen ſelbſt zu erziehen, und zu dem Ende 1) entweder öffentliche Erziehungshäuſer oder ſogenannte Findel- und Waiſenhäuſer ſelbſt zu errichten 2), oder für deren Errichtung Sorge zu tragen, damit dergleichen hülfloſe Unmündige darinn aufgenommen, verpflegt, und zu nüzlichen Gliedern des Staats gebildet werden 3). Im Preußiſchen müſſen dergleichen Kinder von den Eltern der Obrigkeit angezeigt werden 4), und die Schulkollegen und Schulmeiſter haben armer Leute Kinder umſonſt zu unterrichten 5), oder ſie müſſen bloß für das Schulgeld und den Unterhalt gemiethet werden 6). Sonſt ſind eine Anzahl Verordnungen vorhanden, die auf die Errichtung neuer Schulen abzwecken 7).

1) C. F. Meiſner über die Frage: ſind die Findelhäuſer dem Staate vortheilhaft oder ſchädlich? Gött. 1779

2)

2) Juſtis Grundſätze der Polizeywiſſenſchaft §. 102. S. 90.

3) Bielfelds Staatskunſt Th. I. Hauptſt. V. §. 20. S. 112. Dithmars ökon. Kam. u. Poliz. Wiſſenſch. Abth. IV. §. 2. Estors bürgerl. Rechtsgel. B. III. § 1798. S. 773.

4) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 239. 240

5) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 176.

6) C. C. March. Nov. T. IV. p. 803. ſ. 9.

7) wegen Schleſien C. C. March. Nov. T. III. pag. 203. Weſtpreußen, Reſcript vom 4. Jan. 1778 und Inſtrukt. an die Weſtpreuß. Regier. T. V. Jahrg. III. p. 2135.

176.

Privilegien der Erziehungskoſten.

Wegen dem Vortheile, der durch die gute Erziehung der Kinder dem Staate zuwächſt, genießen die Erziehungskoſten, oder das ſogenannte Ziehegeld ein Vorzugsrecht beym Gant oder Konkurs 1). Es wird dergleichen bey Erbtheilungen denen jüngern unerzogenen Kindern als ein Voraus ausgemacht 2). Im Magdeburgiſchen ſind die Studirungskoſten Lehenſchuld 3).

1) *Wernher* obſerv. forenſ. P. X obſ. 486.

2) *Berger* in Oecon. Juris L. II. tit. 4. §. 41. not. 8. *Chriſt. Frid. Harpprecht* Comment. de fontibus Jur. Civ. mod. Wurtembergici in Cod. Ioh. Frid. Tubingae 1724. art. 3. n. 2. p. 82. et conſect. 18. p. 111.

3) Magdeb. Pol. O. c. 8. §. 28. n. 6.

177.

Elterliches und vormundſchaftliches Strafrecht.

Die Eltern und Vormünder ſind berechtiget, zum Behuf der moraliſchen und politiſchen Bildung der Kinder alle unſchädliche Zwangsmittel anzuwenden 1), und ſie zu züchtigen.

1) *Chriſt. Wildvogel* Diſſ. de increpatione paterna. Viteb. *Iac. Frid. Ludovici* Diſſ. de jure et jurisprud. domeſt. Hal. 1703. *Mevius* P. IV. Deciſ. 184. n. 6. *Cocceji* de judicib. morum §. 12. Eſtor Th. I. §. 864.

Preuß. Geſezbuch §. 47. S. 167.

178.

Einſchränkung.

Dieſes Züchtigungsrecht darf aber in keine grauſame Behandlung ausarten, oder auf eine der Geſundheit und der Bildung ihrer Körper nachtheilige Art ausgeübt werden 1). Sonſt iſt die Obrigkeit befugt, ſich der Kinder anzunehmen 2), und allenfalls ſie ihnen gar hinwegzunehmen.

1) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 62. Preußiſches Geſezb. §. 51. 52. S. 167. *Heumann* Init. Jur. Polit. §. 78.

2) *Herm. Langenbeck* diſſ. de caſtigatione moderata ad Stat. Hamb. P. IV. art. 48. *Io. Chriſt. Falckner* Diſſ. de iniuriis parentum erga liberos.

179.

Obrigkeitliche Unterſtützung dieſes Zuchtrechts.

Die Obrigkeit iſt verbunden, den Eltern und Vormündern auf ihr Anſuchen, oder im Preußiſchen auf

auf Anzeige der Nachbarn 1), hierinn beyzuſtehen, und nach vorheriger ohne alle prozeßualiſche Weitläuftigkeit geſchehener Unterſuchung die unbändigen Kinder und Mündlinge in die öffentlichen Zucht- und Arbeitshäuſer bringen zu laßen 2).

1) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 318.

2) Preuß. Geſezb. §. 48. 49. 50. S. 167. C. C. March. T. I. Abth. II. p. 144. Cont. I. p. 83. 123. ſq. Zelliſche Zuchthausordn. von 1732. c. 2. §. 11. C. C. Calenb. c. 2. p. 737. Soeſter neue Schraa n. 64. *Mevius* ad Jus Lubec. l. 3. n. 11. et P. IV. deciſ. 184. n. 6. *Gundling* in prot. Dig. p. 79.

180.

Verbothener Müſſiggang der Kinder.

Nach den meiſten Polizeygeſetzen 1) hat man die Kinder nicht müßig und lärmend auf den Straßen zu dulden, ſondern ſie ſollen fleißig zu Hauſe gehalten, und bey Strafe in die Schule geſchickt 2), oder in den Städten und auf dem platten Lande noch jung in Dienſte 3) und aufs Handwerk gethan werden 4).

1) ap. *Heumann* Init. Jur. Polit. §. 78.

2) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 339. 267. T. V. Abth. I. pag. 276.

3) C. C. March. Cont. III. p. 58.

4) C. C. March. Nov. T. IV. pag. 797. n. 23. c. I. §. 1. 2.

181.

Von Pflegekindern.

Unter Einwilligung der Eltern oder Vormünder kann jedermann ein fremdes Kind in die Pflege und Er-

Erziehung nehmen. Das Kind behält ſeinen väterlichen Namen und ſeine Familienrechte, und kann bloß vom Pflegevater eine ſtandesmäßige Erziehung verlangen. Dieſer bekömmt über daſſelbe alle Gerechtſame, die mit der väterlichen Gewalt verbunden ſind. Das auf dieſe Art erzogene Kind iſt dereinſt zur Unterſtützung der nothleidenden Pflegeeltern verpflichtet, jedoch hat zwiſchen beiden Theilen kein wechſelſeitiges Erbrecht Statt. Ein von ſeinen Eltern verlaſſenes Kind aus niedrigem Stande, das von jemand verpflegt worden iſt, muß hernach eben ſo viele Jahre umſonſt dienen, als es Pflegejahre genoſſen hat 1).

1) Entwurf des allgem. Preuß. Geſezbuchs Th. I. tit. 2. Abſchnitt XII. S. 248. ff.

Viertes Hauptſtück.

Schulpolizeyrecht.

183.

Landesherrliche Verpflichtung zu Schulanſtalten.

Der Staat hat ſichs vorzüglich angelegen ſeyn zu laſſen, gute Schulanſtalten, hauptſächlich auf dem Lande, zu machen, um die Bildung brauchbarer Bürger zu befördern 1). Er kann die Eltern nöthigen, ihre Kinder in die Schule zu thun 2), und beſondere Schulordnungen vorſchreiben 3).

1) Lau Entwurf einer wohleingerichteten Polizey C. 4. S. 22. Juſti Grundſ. der Polizeywiſſenſchaft §. 303. 304. S. 260. 261. Seckendorf Chriſtenſtaat B. II. cap. 9. S. 261. u. Zugabe zum B. III. S. 916.

2) Kön. Preuß. Patent vom 19. Dec. 1736. C. C March. T. I. Abth. II. p 268. *Io. Gottl. Heineccius* Diſſ. de jure principis circa ciuium ſtudia. Hal. 1738. *Heumanni* Init. §. 72.

3) Verzeichnis derſelben bey Eſtor B. I. S. 151. B. III. S. 297. *Heumann* Init. §. 89.

Reformirte Preuß. Schulordn. von 1713. C. C. March. T. I. Abtheil. I. pag. 459. C. C. Magdeburg. Cont. pag. 231. Schulordn. für die Städte und Dörfer im Herzogthum Magdeburg. Generalſchulreglement vom 12. Aug. 1763. in C. Nov. T. III. p. 265.

184.

Wer zu Anlegung der Schulen berechtiget.

In Teutſchland richtet ſich das Recht öffentlicher Schulen nach dem Kirchen- und Pfarrrechte, und muß dabey auf das Entſcheidejahr und den Weſtfäliſchen Friedensſchluß 1) Rückſicht genommen werden 2). Daher nur da, wo die Kirche das Pfarrecht hat, eine öffentliche Schule, und, wo ſie das Nebenpfarrecht beſizt, eine Privatſchule ſeyn darf 3). Landſtädte ſind zur Anlegung niederer Schulen berechtiget 4).

1) Art. V. §. 35. Art. XIII. §. 4. 25. Art. VII. §. 1.

2) *Boehmer* Conſult. et Deciſ. T. III. P. I. Reſponſ. I. n. 3. 22. 28.

3) Estors bürgerl. Rechtsgel. B. 1. §. 345. 348.

4) *Zahn* in politia muncipali. L. II. c. 30.

185.

Landesherrliche Polizeyaufſicht darüber.

Der Landesherr beſizt die Polizeyaufſicht über alle Schulen und Erziehungsanſtalten, und ſie genießen ſeinen Schutz 1). Die Eltern dürfen ſich über die Schulzucht keine Rechte anmaßen, noch die Schulbedienten deshalb zur Rede ſtellen, und werden im Uebertretungsfalle auf geſchehene Klagen beſtraft 2). Man kann auch von Seiten der Landesherrſchaft das allzuhäufige Studiren der Unterthanen einſchränken, und nur Einigen, die dazu gewiſſe Erforderniſſe beſitzen, erlauben, ſich dem gelehrten Stande zu wiedmen 3).

1) *Boehmer* T. I. P. I. Conſ. 116. n. 12. 4. 18. G. *H. Ayrer* Diſſ. S. R. I. Princeps politiam circa ſtudia et commercia ciuium rite adornans. Goett. 1747. *I. G. Heinecc.* Diſſ. de jure principis circa ciuium ſtudia. Hal. 1738.

2) *Sam.* *Stryk* Diſſ. de jure praeceptorum C. II. n. 17. p. 507.

3) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 174. C. C. Br. Lun. T. I. p. 875. C. C. Culmbac. T. I. p. 527. 550.

Io: Frid. Iugler Diſſ. de interdictione ſtudiorum. Luneb. 1757.

186.

Unterhaltung der Schulgebäude.

Die vorhandenen Schulhäuſer müſſen entweder auf Koſten des Kirchenguts oder der Bürgerſchaft und Pfarrgemeinden erhalten und wiederhergeſtellt werden 1). Die Kirchenviſitatoren haben darauf gehörig Aufſicht zu tragen 2).

1) *Zahn* in politia muncipali L. II. c. 30. C. C. March. T. I. Abth. I. p. 256. 349.

2) ib. p. 349.

187.

Beſoldung der Schullehrer.

Die Beſoldungen der Schulbedienten und Lehrer müſſen unverweilt ausbezahlt werden 1), und wird der Kaſſierer mit allen Einwendungen, die einer weitern Unterſuchung bedürfen, nicht gehört 2), ſondern muß im Verabſäumungsfalle Verzugszinſe und Koſtenerſetzung aus ſeinem eigenen Beutel entrichten 3). Im Preußiſchen müſſen die Gemeindewieſen zur Beſoldung

der

der Dorfſchulmeiſter verpachtet 4), und ihnen von den Kirchenpatronen noch etwas gewiſſes gereicht werden 5), Außerdem dürfen ſie Becken an den Kirchthüren aufſtellen 6).

1) *Stryk* cit. Diſſ. C. IV. n. 6. p. 515.

2) *Wernher* P. VIII. obſ. 399.

3) Reichsdep. Abſch. von 1600. §. 139. *Mencken* Syſt. Jur. Civ. L. XIII. tit. 4. §. 5.

4) C. C. March. Cont. I. p. 121.

5) ibid. p. 122.

6) cit. l.

188.

Zuchtrecht.

Zum Behufe des auszuübenden Zuchtrechts können bey den Schulen eigene Gefängniſſe gehalten, und andere Strafen mit Ruthenſtreichen vorgenommen werden 1).

1) *Stryk* C. III. n. 36. 38. p. 513.

189.

Strafe der Unehrerbietigkeit gegen die Schullehrer.

Die Schüler müſſen ihren Lehrern mit der größten Ehrerbietung begegnen, und bey geſchehener Widerſetzlichkeit oder eines unehrerbietigen Betragens ihnen öffentliche Abbitte thun 1).

1) Id. C. I. n. 19. c. V. n. 22. 24.

190.

Geſetze wegen dem misbrauchten Zuchtrechte und wegen den Vergehungen der Schullehrer.

Die Schullehrer und Schulmeiſter müſſen ihren Lehrlingen mit gutem Beyſpiele vorleuchten 1), als zu welchem Ende jährlich Conduitenliſten eingeſchickt werden müſſen 2). Wenn ein Schulbedienter Ausſchweifungen begeht 3), oder ſich ſeines Zuchtrechts misbraucht, ſo haben es die Superintendenten, Inſpektoren und Pröbſte an das nächſte Provinzialkonſiſtorium zu berichten 4), welches deshalb ſogleich Verfügung zu treffen, und davon hernach beym Oberkonſiſtorium Anzeige zu machen hat 5).

1) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 310.

2) ibid. p. 570. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. IV. p. 498. 499.

3) C. C. Magdeb. P. VI. p. 28.

4) Magdeb. Kirchenordn. c. 17. §. 13. Cod. Auguſt. T. I. p. 556. C. C. Br. Luneb. T. I. p. 907.

5) Inſtrukt. für das lutheriſche Oberkonſiſtorium vom 4ten Oct. 1750. C. C. March. Cont. IV. col. 292. §. 6. 7. col. 294. §. 14. Inſtruktion für das Oſtpreuß. Konſiſtorium vom 30. Jul. 1774. Sect. V. §. 2. n. 2. 3. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. IV. p. 499. Reſcript vom 12. Jenner 1771. ebendaſ. Jahrg. I. p. 1.

191.

In wie fern bürgerliches Gewerbe zu treiben erlaubt.

Den Schulbedienten iſts nicht erlaubt, Bier- Wein- und Brandteweinſchank zu treiben, oder Advokaten-

katenſtellen zu verſehen 1). Dahingegen dürfen ſie in den Städten zugleich Notarien, und auf dem Lande Gerichtsſchreiber, Schmiede, Schneider, Weber, Wagner, Drechsler ꝛc. ſeyn 2). Nur dürfen die Küſter und Landſchulmeiſter ihr Handwerk nicht zum Nachtheile anderer Handwerker, ſowol im Dorfe ſelbſt, als in den benachbarten Städten, treiben 3), und einen Handwerkskram halten 4). Die im Preußiſchen das Schneiderhandwerk treiben, und ganz allein auf den Dörfern als ſolche geduldet werden 5), haben nur zwey Geſellen zu halten, und keine andere als Bauernkleider zu machen 6).

1) C. C. Magd. P. III. p. 347. Cod. Aug. T. I. p. 565.

2) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 112. T. V. Abth. II. p. 672. et adp. p. 610. Cont. I. p. 183.

3) *Carpzov.* Jurisprud. Conſiſt. L. I. defin. 87. Gabke vom Bauernrechte §. 52. und 63.

4) Klingners Samml. zum Dorf- und Bauernrechte C. X. §. 69.

5) C. C. March. Cont. I. p. 183.

6) C. C. March. T. V. Abth. II. pag. 789. 792. Anhang p. 609. 610.

192.

Befreyungen.

Die Schulbedienten genießen gleich den Geiſtlichen mit ihren Wittwen und Kindern verſchiedene Freyheiten und Gerechtigkeiten 1).

1) cit. l. T. II. Abth. II. p. 76. IV. III. 487. IV p. 72. 169. 169. 121. 124. 123. VI. 11. 109. Cont. I. p. 331. Cont. III. p. 69. T. III. Abth. II. p 351.

Fünftes Hauptſtück.

Lehrpolizeyrecht.

193.

Polizeyaufſicht über Stipendien und Stipendiaten.

Es iſt eine genaue Aufſicht zu tragen, daß die vorhandene Stipendien würdigen Subjekten, ohne Unterſchied der Religion 1) angewieſen 2), einzele Studenten nicht mit zu großen Summen überhäuft, oder alle den theologiſchen Studenten zugewendet werden 3). Herumlaufende Studenten oder ſogenannte Stürmer darf man gar nicht dulden 4). Im Magdeburgiſchen iſt das zu Studirungskoſten aufgenommene Geld eine ſubſidiariſche Lehenſchuld 5). Die Kollatoren müſſen alle Jahre die Stipendiaten den Profeſſoren der Univerſität anzeigen, wohin ſie ſich begeben wollen 6).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I p. 428.

2) Preuß Reſcript vom 25. Aug. 1708.

3) Magdeb. Stipendiatenordn. von 1654. Conſt. Culmb. T. I. p. 541.

4) C. C. March. T. I. Abth. 2. p. 230.

5) Magdeb. Pol. Ordn. C. 8. §. 28. n. 6. Vergl. Oecon. for. T. IV. §. 474. 475. 476. S. 337. ff.

6) Preuß. Edikt vom 13. Dec. 1749. in LL. Acad. Hal. n. 4. p. 24. et in C. C. March. Cont. IV. p. 198.

194.

Studentenfreyheiten.

Die Studentenfreyheiten beſtehen in dem beſondern kaiſerlichen und landesherrlichen Schutze 1), Werbungsfreyheit, befreytem Gerichtsſtande 2), Genuſſe der geiſtlichen Privilegien 3), Befreyung von der Folter und von den Zollabgaben 4), wiewol vieles heutzutage eben ſo wenig beobachtet wird, als die übrigen Studentengewohnheiten zugelaßen ſind 5).

1) Preuß. Patent vom 24. Aug. 1737. n. 8. cit. l. p. 30.

2) Avth. Habita, ne filius pro patre.

3) *Itter* de honor. ſiue grad. acad. C. V. §. 5. p. 80.

4) Studentengut iſt zollfrey, Sprüchw. bey *Piſtor.* Cent. X. par. 47. p. 1009.

5) Preuß. Regl. wie die Studenten ſich auf Univerſitäten zu betragen und zu verhalten haben, vom 9. May 1750. C. C. March. Cont. IV. p. 230. ſqq. Reſcript vom 3ten Febr. 1783.

195.

Univerſitätsdiſciplin.

Die Polizeyaufſicht über die Sitten, den Fleiß und das Betragen der Studirenden mit dem damit verknüpften Straf- und Zwangsrechte wird die Univerſitätsdiſciplin genennt 1), die alſo von der den Univerſitäten manchmal zugleich zuſtehenden Kriminalgerichtsbarkeit ſehr verſchieden iſt, und in ihrem Verfahren aus dem Polizeyrechte eine gewiſſe Schnelligkeit und die Vermeidung aller Prozeßförmlichkeiten annimmt 2).

 1)

1) Juſtis Grundſ. der Polizeywiſſenſch. §. 302. S. 259. *Chr. Thomaſ.* Diſſ. de judicio et cenſura morum. Halae 1702.

2) C. C. March. Cont. II. p. 60. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 806. Heumanns Geiſt der Geſ. der Teutſchen C. 24. §. 9. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. 3. C. 5. S. 642. 643.

196.
Diſciplinarſtrafen.

Die niedrigſten Diſciplinarſtrafen beſtehen bey den Stipendiaten, die in einem Conviktorio wohnen, in der Entziehung des Tiſchtrunks; aber andere in Stadt- oder Stubenarreſte, Karzer, Geldabgaben, Abnehmung der Matrikel, Erinnerung ſich zu entfernen, Verweiſung von der Univerſität. Jedoch die Anhängung der Infamie wird heutzutage ſelten mehr geſtattet, und die Geldſtrafen ſollen ſo wenig, als möglich, Statt haben 1).

1) Preuß. Reſcr. vom 1. Jan. 1731. n. 8. bey Dreyhaupt Th. 2. S. 116.

197.
Verboth des Studiums auf ausländiſchen Univerſitäten.

In den Preußiſchen Staaten dürfen die Unterthanen nicht auf ausländiſchen Univerſitäten ſtudiren 1). Die Profeſſoren ſollen darauf ein wachſames Auge haben, und nicht zugeben, daß ſie bloß die Matrikel auslöſen, ſondern ſie zur Fortſetzung und Vollendung ihrer Studien ernſtlich anhalten. Daher ſie zu dem Ende gehörige Zeugniſſe aufweiſen müſſen, widrigenfalls

falls ſie in den Königlichen Staaten keine Verſorgung erhalten ſollen 2). Nachher iſt auf die Beſuchung ausländiſcher Univerſitäten eine größere Strafe geſetzt worden 3).

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 736. T. VI. Abth. 1. p. 266. Cont. IV. p. 191. 193. 194. 229. 230.

2) Reſcr. vom 14ten Octob. 1749. in C. C. March. T. VI. p. 667. des Anh.

3) Reſcr. vom 29. Apr. 1766. C. C. M. Nov. T. IV. p. 318. Reſcr. vom Dec. 1783.

198.
Lehrpolizeyverordnungen.

Die Profeſſoren ſollen ſich auf öffentlichem Katheder oder in Schriften nicht verkleinern, einander hämiſcher Weiſe durchziehen, oder ihre Arbeiten verachten 1). Wol aber dürfen ſie, wenn ſie anderer Meinung ſind, den andern in Schriften widerlegen 2). Weder die Prediger noch die Profeſſoren dürfen auf Kanzeln oder Kathedern andere für Ketzer und Irrgläubige ausdrücklich oder ſtillſchweigend erklären, noch ſich anmaßen, über die Königlichen Verordnungen und gemachten Verfügungen und Anſtalten zu vernünfteln, und Anmerkungen zu machen, oder auf die dazu beſtellten Perſonen Ausfälle zu wagen 3).

1) Preuß. Reſcript vom 1. Jan. 1731. §. 4. in Dreyhaupts Beſchreib. des Saalkreiſes Th. 2. S. 116.

2) Stat. Facult. Jurid. Hal. c. I. §. 9. bey Dreyhaupt am a. O. S. 96.

3) Edikt vom 23. Sept. 1737. in C. C. March. Cont. I. pag. 78.

199.

Büchercenſur.

Nicht um eine anſtändige Unterſuchung der Wahrheit zu hindern, ſondern um zu verhüthen, daß nichts gegen die allgemeinen Religionsgrundſätze, gegen das Wohl und die Rechte des Staats, gegen die moraliſche und bürgerliche Ordnung bekannt gemacht werde, iſt im Preußiſchen, ſo wie in andern Staaten 1), die Büchercenſur eingeführt, wovon bloß, Staatsſchriften ausgenommen, die Mitglieder der Berliniſchen Akademie der Wiſſenſchaften, und die ordentlichen Profeſſoren auf Univerſitäten 2) befreyt ſind. Sonſt müſſen alle Bücher, Schriften, und rechtliche Bedenken, die den Zuſtand des teutſchen Reichs, die Gerechtſame des Königlichen Hauſes, der auswärtigen Mächte und der Reichsſtände, desgleichen der Preußiſchen Länder betreffen, an das Departement der auswärtigen Staatsangelegenheiten zur Cenſur eingeſendet werden. Werke, Schriften, Gedichte, Zeitungen und Blätter, die andere Theile der Gelehrſamkeit, oder allerlei Gegenſtände betreffen, müſſen entweder von der hiezu beſtellten Büchercenſurkommiſſion, und von dem Oberkollegio Mediko zu Berlin, oder von den Preußiſchen Univerſitäten, und zwar nach Ordnung der Fakultäten, durchſehen werden, und ſind allein die Zeitungen und Intelligenzblätter in den Provinzen den Regierungen und Juſtizkollegien zur Cenſur überlaſſen; für Pommern und Schleſien aber eigene Anſtalten getroffen 3).

1) *Heumann* Init. Jur. Polit. C. XV. §. 108. *Andr. Deod. Steger* Diſſ. de publica rei librariae tutela. Lipſ. 1740. *Iuſt. Henn. Boehmer* de eo quod juſtum eſt circa libros improbatae lectionis. Hal. 1726.

2) Stat. Facult. Jurid. Hal. C. I. §. 3. cit. l.

3) C. C. March. T. I. Abth. 1. p. 427. 364. T. VI. Abth. 2. p. 237. T. I. Abth. 2. p. 37. Cont. II. p. 7. 105. Cont. III. p. 295. 297. Cont. IV. p. 150. 152. C. C. March. Nov. T. I. p. 157. T. II. p. 311. T. III. p. 192. T. V. Jahrg. 2. p. 175.

200.

Cenſurabgaben und Strafen.

Die Belohnung für dieſe Bemühung iſt von jedem gedruckten Bogen 2 Groſchen ſamt einem Exemplare 1). Die Verleger müſſen von ihren Büchern noch einige Exemplare an die Königlichen Schloßbibliotheken zu Berlin und Königsberg 2), eines an die Akademie der Wiſſenſchaften, und eines an die Univerſitätsbibliothek abgeben. Auf die Uebertretung der Cenſurvorſchrift ſind Strafen zu 50 Thaler und 100 Dukaten geſezt 3). Alle von Preußiſchen Buchhändlern verlegte, aber außer Landes gedruckte Bücher ſind dieſer Cenſur nicht unterworfen 4). Jedoch ſollen die Bücher der Irrgläubigen weggenommen 5), und die Atheiſtiſchen Schriften nicht verkauft werden 6).

1) Reſcr. vom 1. Jun. 1772. §. 9. cit. l. p. 180.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 157. T. III. p. 295. 611. 613. 665.

3) T. III. p. 192. T. V. Jahrg. 2. p. 180.

4) C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. V. p. 365.

5) C. C. March. T. I. Abth. 1. p. 553. 561.

6) ibid. p. 553.

Sechſtes

Sechſtes Hauptſtück.
Vormundſchaftliches Polizeyrecht.

201.
Literatur.

Frid. Alb Maul. de tutelis, tutoribus et curatoribus, Mogunt. 1667.

Paul. Montan. de jure tutelarum et curationnm, cura Balth. Montani, Lugd. Bat. 1595.

Thom Schroer Inſtitutiones tutorum et Curatorum, von dem Amt der Vormünder und Pflegeväter, Francof. 1666.

Chr. Specht Diſſ. de his, quae vſu fori et ſecundum quarundam prouinciarum et ciuitatum ſtatuta tutoribus et curatoribus et circa eos obſeruanda ſunt, Viteb. 1738.

Io. Chriſt. Sieckel Compendium oeconomiae curatorum et tutorum theoretico-practicum, Quedl. 1749.

Io. Volkm. Bechmann Diſſ. de priuatorum, principum ac nobilium tutelis, Ien. 1685.

Phil. L. B. de Touſſainct Diſquiſitio de analogia Iuris Germanici cum jure provinciali Auſtriaco, Hungarico, Bohemico, Moravico et Tirolienſi quoad tutelam. Vindob. 1761.

Paul. Magn. Volckamer Collatio Iur. communis et Norici in materia de tutela et cura, Altorfii 1754.

202.

202.

Allgemeine Rechtsquellen.

Auſſer denen Titeln im römiſchen 1) und kanoniſchen Rechte 2) handeln hauptſächlich folgende ſtatutariſche Geſetze von der Vormundſchaft, die ich nach den Reichskreiſen anführen will. Im Schwäbiſchen Kreiſe: Wirtemberg 3), Baden 4), Hohenzollern 5), Nördlingen 6), Hohenlohe 7). Baieriſchen Kreiſe: Baiern 8), Regenſpurg 9). Oeſterreichiſchen Kreiſe: Oeſterreich 10), Tyrol 11). Oberſächſiſchen Kreiſe: Altenburg 12), Gotha 13), Mühlhauſen 14), Anhalt 15), Vorpommern 16), Eiſenach 17), Erfurt 18). Niederſächſiſchen Kreiſe: Mecklenburg 19), Lüneburg 20), Hildesheim 21), Holſtein 22), Jevern 23), Lübeck 24), Hamburg 25). Weſtphäliſchen Kreis: Oldenburg 26), Schaumburg 27), Münſter 28). Oberrheiniſchen Kreiſe: Heſſenkaſſel 29), Jülich und Bergen 30), Solms 31), Worms 32), Naßau 33), Zweybrücken 34), Frankfurt am Mayn 35). Kurrheiniſchen Kreiſe: Mainz 36), Köln 37), Trier 38), Kurpfalz 39). Fränkiſchen Kreiſe: Baireuth 40), Anſpach, Wirzburg 41), Nürnberg 42), Henneberg 43).

1) Inſtit. L. I. t. 13. 20. 21. 23. 24. 25. L. III. t. 28. §. 2. L. IV. t. 6. §. 28.

Dig. L. XXVI. et XXVII.

Cod. L. V. per tot. L. II. t. 45. L. X. tit. 49. ſqq. L. IV. tit. 46. 51.

Nov. 72. 94. 118. c. 5.

2) Diſtinct. 87. c. 2. Diſt. 88.

3) L. O. tit. 31.

4) L. R. P. III. tit. 6.

5) L. O. tit. 19.

6) Str. P. IV. tit. 1. ſqq.

7) L. S. P. II. p. 45.

8) Cod. Bav. p. 60. ſqq. *Kreitmayr* T. I. p. 193.

9) Regenſp. Dekret T. 1. p. 18.

10) K. Leopolds Gerhabſchaftsordn. des H. Oeſt. unter der Ens.

11) L. R. L. III. tit. 46.

12) L. O. Beyſ. S. 623.

13) L. O. P. III. p. 206. Beyſ. p. 190. fernere Beyſ. S. 136.

14) Stat. L. IV. a. 32. ff. 68. S. 486.

15) L. O. tit. 33.

16) Pommer. Grundgeſetze S. 134.

17) Stat. S. 206.

18) Ordnung S. 123.

19) P. O. S. 257.

20) Stadtr. P. VII. tit. 1.

21) G. O. S. 44.

22) Schleswig-Holſt. V. O. vom 13. Sept. 1743. in C. C. Holſat. T. I. pag. 160. Jütiſch Lowb. L. I. cap. 28. Danske Lov L. III. c. 17.

23) Präturordn. vom 4. Febr. 1726.

24)

24) Jus Lub. L. I. t. 7. Steins Abh. Th. 1. S. 255. Einl. S. 110. Liefl. L. O. S. 205.

25) L. III. t. 6.

26) C. C. Oldenb. P. III. p. 24.

27) P. O. c. 10. p. 91. Schaumb. Sächſ. R. P. I. p. 49.

28) L. O. tit. 5.

29) Grebenordn. tit. 9.

30) R. O. c. 46. Ordn. p. 39.

31) L. R. P. II. t. 21. §. 27.

32) Reform. L. IV. P. I. t. 1.

33) L. O. P. V. c. 1. p. 155.

34) Untergerichtsordn. Art. 100. S. 154.

35) Ref. P. VII. t. 13.

36) L. R. t. 5. 18.

37) Kurköln. R. O. t. 11. §. 20.

38) L. R. tit. 11. 12. p. 87.

39) L. O. S. 1. ff. Hofgerichtsordn. tit. 18.

40) Bayreuth. P. O. t. 15. C. C. Culmb. T. II. P. I. p. 599.

41) L. G. O. P. III. p. 24.

42) Ref. Nor. t. 29. Woelker Th. III. S. 316.

43) L. O. L. III. t. 6.

203.

Preußiſche Rechtsquellen.

Dahin gehören für die Kur- und Neumark und Pommern die Vormundſchaftsordnung vom 23. Sept. 1718. 1), für alle Provinzen das Projekt des Kur-

märkiſchen Pupillenkollegiums 2), nebſt einer Reihe Reſcripten im ausführlichen Anhange zu dem Codice Fridericiano 3), wozu noch die Inſtruktion für die ſämtlichen Pupillarkollegien vom 28. Dec. 1779. 4) hinzukömmt. In Preußen und in andern Provinzen, als in Schleſien, Oſtfriesland, Altmark und in den Weſtphäliſchen Ländern gilt insbeſondere das Corpus Juris Fridericianum de a. 1748. P. I. L. III. 5). Außerdem ſind noch folgende einzelne Geſetze vorhanden: die Pupillen-Konſtitution für das Pupillenkollegium zu Königsberg vom 21. Merz 1725., Inſtruktion, wornach ſich die Vormundſchaftsgerichte in Oſtpreußen in Anſehung der Vormundſchaften und Curatelen zu verhalten haben, vom 1. September 1751. ferner Beylage A. zum Weſtpreußiſchen Notifikationspatent vom 28. Sept. 1772. 6). Inſtruktion für die Weſtpreußiſche Regierung vom 21. Sept 1773. 7). Dergleichen für die Oſtpreußiſche Regierung, Tribunal, Hofgericht, Pupillenkollegium ꝛc. vom 30. Julius 1774. 8), das Kulmiſche Recht 9) u. das Jus terreſtre Nobilitatis Pruſſiae. Die Magdeburgiſche Polizeyordnung C. 43. enthält für dieſes Herzogthum beſondere Verordnungen.

1) C. C. March. T. II. Abth. 2. p. 55.

2) p. 573. ſeqq. Adp. Cod. Frid.

3) de a. 1769. p. 272. ſqq. Die weitere Fortſetzungen finden ſich im Anhange des C. C. March. Novi vom T. III. an, in allen folgenden Bänden am Ende.

4) C. C. March. Nov. T. VI. p.

5) Ausführl. Anhang zum Cod. Frid. p. 284. Reſcr. vom 20. Merz 1756.

6) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 477. ſqq.

7) Jahrg. 3. p. 2183. ſeqq.

8) ebendaſ. Jahrg. 4. p. 477. Sect. IV. per tot.

9) S. 188. ff. Lieſl. L. O. S. 205.

I. Abſchnitt.

Obervormundſchaftsrecht.

204.

Polizeygrund der landesherrlichen Obervormundſchaft.

Einem Staate iſt äußerſt daran gelegen, daß ſeine Einwohner nicht allein in der Religion, Sittenlehre, und von den Rechten und Pflichten gegen ihr Vaterland wohl unterrichtet ſind, ſondern auch, daß ſie ihr Vermögen auf eine dem Staate vortheilhafte Weiſe benutzen, gebrauchen und erhalten. Weil es nun durch verſchiedene Ereigniſſe geſchehen kann, daß einige unmündige Glieder von Perſonen verlaſſen ſind, die ſich ihres Erziehungsgeſchäfts unterziehen müſſen, oder andern noch die nöthigen Kräfte abgehen, ihr Vermögen ſelbſt zu verwalten, ſo hat der Staat dieſe Vorſorge ſelbſt zu übernehmen, und Perſonen zu beſtellen, die ſowol die Erziehung, als die Vermögensadmini-

ſtration von derlei Perſonen gehörig beſorgen 1). Es heißen dieſelbe Vormünder, und ſie ſtehen unter der unmittelbaren Oberaufſicht des Staats, als welchem das Obervormundſchaftsrecht zukömmt 2). Daher im Preußiſchen alle Jahre an die Provinzialobervormundſchaftskollegien von den Vormundſchaftsämtern und Waiſengerichten Vormundſchaftstabellen eingeſendet werden müſſen 3).

1) Bielfelds Staatskunſt Th. 1. S. 112. *Neumann* de patr. poteſt. et tut. principum §. 593. p. 378.

2) *Sam. Frid. Willemberg* Diſſ. de ſupremo orphanorum tutore. Gedan. 1722. *Io. Gottl. Heineccius* Diſſ. de ſuprema principum magiſtratuumque tutela. Hal. 1730.

3) Reſcript vom 20. Jul. 1766. im ausführl. Anhang zum Cod. Frid. p. 304.

205.

Erläuterung der Urſache des ehemaligen großen Umfangs der teutſchen Vormundſchaft.

Die teutſche Staatsverfaſſung iſt aus einem bloßen Kriegsbunde entſtanden. Viele Jahrhunderte war der Endzweck dieſer geſellſchaftlichen Verbindung nichts anders, als eine bewafnete Vertheidigung gegen jeden äußern feindlichen Angrif. Innerlich blieben die Glieder bey ihrer natürlichen Unabhängigkeit, und waren beſonders wegen ihrer Privatangelegenheiten keiner geſezgebenden Macht unterworfen, ſondern konnten jede Unbilde und die Beleidigungen mit eigener Gewalt abtreiben und rächen, woraus das ſogenannte Fehdeſyſtem entſprang, das Teutſchland mit unzehligen Ge-

Gewaltthätigkeiten und mit Unterdrückungen von jeder Art anfüllte. Die Mindermächtigen, um nicht ganz ein Raub der Großen zu werden, ſahen ſich daher genöthiget, ſich häufig in ihre Arme zu werfen, und ihren Schuz zu erflehen, den ſie bey dem edlen Geiſte der Ritterſchaft ſehr leicht erhielten. Daraus entſtand endlich die Vogteygerechtigkeit, die Mundmannſchaft, die aufgetragenen Lehen, das Salmannseigen, die Pfahlbürger, die geiſtliche Miniſterialität, das Gaſtrecht, die unzehligen Gattungen von Vormundſchaften, und eine Menge anderer Rechtsgeſchäfte, als Lehenwaare und dergl. Denn das Mundium ſchloß die Vertheidigung aller Mindermächtigen in ſich.

206.

Begrif des Worts Münde.

Die Teutſchen hießen im Mittelalter den Schuz die Münde oder Mundium, einen Vormünder Mundwald, Mundwart, Mundbar, die Vormundſchaft die Mundbürde, Mundiburdium, die Perſonen, die des andern Schuz genoßen, Mundmannen, Mundleute, und die in keiner ſolchen Verbindung ſtanden, Selbſtmunde, Jammundlinge. Mund bedeutete urſprünglich ſo viel, als Macht und Gewalt 1). Daher noch der Ausdruck übrig, Einen für Mundtodt erklären.

1) *Io. Iac. Frey* Comment. de Muntmannis et Mundiburdio. Alt. 1749.

Haltaus Gloſſ. med. aeui col. 1371. Eiſenharts Sprüchwörter S. 26. Eſtor Th. I. §. 952.

207.

Mancherlei Benennungen der Vormundſchaft.

Außer den angeführten Wörtern kriegten die Vormünder noch die Namen Pfleger, Gerhaber, Schirmer, Vögte, Verweſer, Vertreter, Treuhänder, Treusträger, Vollmächtiger, Gewaltiger, Mombarn 1).

1) Eſtor Th. 1. §. 956.

208.

Obervormundſchaftsrecht des Kaiſers und Reichs über die unmittelbaren Reichsglieder.

Kaiſer und Reich beſitzen zuſammen in unzertrennlicher Gemeinſchaft die höchſte Gewalt in Teutſchland, und insbeſondere über die unmittelbaren Reichsglieder. Unter der Staatshoheit iſt das Staatsoberaufſichtsrecht als ein weſentlicher Beſtandtheil begriffen, wovon ſich die Obervormundſchaft ableitet. Kaiſer und Reich beſitzen alſo zuſammen das Obervormundſchaftsrecht über alle unmittelbare Glieder.

209.

Ausübung durch die Reichsgerichte und die ritterſchaftlichen Direktorien.

Wir ſehen zwar das ganze Vormundſchaftsweſen über die Reichsſtände und unmittelbaren Reichsglieder durch die Reichsgerichte verſehen. Es ſcheint dieſes aber ein Eingrif in die Rechte der ganzen Reichsverſammlung, und aus der Vermiſchung der vormundſchaftlichen Angelegenheiten, in ſo fern ſie Juſtizſachen ſind,

ſind, mit deren Anordnung als Polizeyſache entſtanden zu ſeyn. Jenes gehört unſtreitig für die Reichsgerichte, allein dieſes an den Reichstag, der die Reichspolizey im ganzen Umfange beſizt. Eben ſo einſeitig iſt den Ritterſchaftlichen Direktorien durch kaiſerliche Privilegien das Obervormundſchaftsrecht über ihre Mitglieder übertragen worden 1).

1) *Reinharth* ad Chriſtin. P. V. c. 24. p. 35. *Senckenberg* flor. ſparſi ad Jus Auſtreg. §. 18.

210.

Landesherrliches Obervormundſchaftsrecht.

Vermög der Landeshoheit beſizt jeder Reichsſtand das Obervormundſchaftsrecht in ſeinen Staaten, das ihm noch durch beſondere Reichsgeſetze 1) beſtättiget worden iſt.

1) Polizeyreformation von 1548. tit. 31. Reichspolizeyordn. von 1577. tit. 32.

211.

Rechtswirkungen.

Vermög deſſelben kann der Landesherr allerlei Vormundſchaftskollegien anordnen, Pupillenordnungen vorſchreiben, entweder ſelbſt bevormunden, oder über alle Vormünder das Beſtätigungsrecht ausüben 1), und ihnen Rechnung abfordern. Es dürfen die Vormünder ohne Vorwiſſen und Genehmigung der vorgeſezten Vormundſchaftsämter und Waiſengerichte nichts wichtiges vornehmen, kein Gut veräußern, oder Kapitalien aufnehmen. Die Vormünder können ſich nicht durch Teſtamente oder durch die erwieſene Anverwandt-

ſchaft, ſondern bloß durch das obrigkeitliche Beſtätigungsdiplom legitimiren 2).

1) R. P. O. von 1548. t. 31. §. 2. von 1577. tit. 32. §. 2. C. O. C. P. I. t. 34. §. 10. *Pufendorf* T. I. obſ. 50. p. 150. Eſtor Th. I. §. 958. 959. *Felix Spiz* Diſſert. de tutela confirmata. Jen. 1697. *Io. Ioach. Barthels* de confirmatione tutorum. Alt. 1697. *G. H. Ayrer* Diff. Jur. Rom. et Germ. cumprimis Lub. in confirmandis tutoribus. Goett. 1748.

2) *Berger* in Oecon. Juris L. I. tit. 4. §. 2.

212.

Ausnahme im Preußiſchen.

Väter und andere Erblaſſer ſind jedoch im Preußiſchen berechtiget, die Vormünder, die ſie ihren unmündigen Erben durch Teſtamente und Verträge geſezt haben, von aller obervormundſchaftlichen Abhängigkeit, und von aller obrigkeitlichen und richterlichen Einmiſchung, folglich auch von der Sicherheitsbeſtellung zu befreyen. Nur darf die gerichtliche Beſtätigung dabey nicht übergangen werden. Es muß aber das gerichtliche Tutorium und Curatorium mit allen Klauſeln und Bedingungen ausgefertigt werden, unter welchen der Vormund vom Erblaſſer beſtellt worden iſt 1).

1) C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. III. pag. 2184. Jahrg. IV. p. 485.

213.

Form der obrigkeitlichen Beſtätigung.

Die obrigkeitliche Beſtätigung geſchieht mittelſt Ausfertigung eines Tutoriums oder Curatoriums von

jeder

jeder Orts-Obrigkeit 1). Bey unmittelbaren Reichsgliedern vom Kaiſer im Namen des Reichs. Jedoch bey verſchiedenen Reichsſtänden fällt ſie weg, und es geſchieht eine bloße Anzeige der angetretenen Vormundſchaft 2). Bey mittelbaren Unterthanen wird dieſes Recht von der Obrigkeit ausgeübt, wo der Unmündige ſeinen Wohnort hat, die Güter mögen liegen, wo ſie wollen, ausgenommen ſie wären allzuweit abgelegen 3). Ein Vormund, der einer fremden Gerichtsbarkeit unterworfen iſt 4), muß ihr ſo weit entſagen, als dieſe Verbindung es erfordert 5), oder er kann abgewieſen werden.

1) Vangerow Dekretirkunſt §. 574.

2) Moſers Staatsrecht Th. XVIII. S. 296. ff. *Struv* Jurisprud. Her. P. VI. p. 69. ſqq.

3) *Boehmer* Tom. III. P. II. Conſil. 175. n. 1.

4) *Io. Frid. Hertel.* Diſſ. de tutore alienae jurisdictionis. Ien. 1739.

5) *Cothmann* Vol. VI. Reſp. 13. n. 2.

214.

Subſidiariſche Verpflichtung der Obrigkeit in Vormundſchaftsſachen.

Jeder Vormunder iſt bloß Stellvertreter der Obrigkeit, als welcher eigentlich das Vormundſchaftsrecht zukömmt 1), und daher, wenn ſie ihr Amt nicht gehörig verwaltet, und dem Unmündigen eine ſolche Perſon zum Tutor geſezt hat, wodurch er zu Schaden gekommen iſt, und ſich deswegen an ihm nicht erhohlen kann,

findet gegen die Obrigkeit ſelbſt die actio tutelae ſubſidiaria ſtatt 2).

1) *Hellfeld* in Jurisprud. for. §. 1312.

2) *Boehmer* de action. pag. 464.

G. Chr. Gebauer Diſſ. de actione tutelae aduerſus magiſtratum. Lipſ. 1726. C. 2. p. 23.

215.

Polizeyvorſicht in Anſehung der Vormundsbeſtellung.

Weil dem Staate ſo viel daran gelegen iſt, daß die Unmündigen gehörig mit Vormündern verſehen ſind, ſo haben die Polizeygeſetze weislich verordnet, daß nach dem Abſterben eines Vaters die Mutter oder die nächſten Anverwandten bey Verluſt ihres Erbrechts 1) ſogleich die Nothwendigkeit der Vormundſchaftsbeſtellung der Obrigkeit anzeigen ſollen 2). Im Preußiſchen und an andern Orten haben dieſes insbeſondere die Prediger zu beobachten 3). Wenn eine Mutter nur aus Nachläßigkeit dieſe Anzeige unterläßt, ſo hat die Enterbung nicht ſtatt 4). Damit es deſto weniger Anſtand mit der Vormundſchaftsbeſtellung haben möchte, ſo beſtimmen die Geſetze genau den vormundſchaftlichen Gerichtsſtand. Die Kinder ſtehen unter denen Gerichten und Vormundſchaftskollegien, worunter ihre Eltern gehört haben 5), und die Officierskinder unter den höhern Landesjuſtizkollegien 6).

1) Preuß. Vorm. Ordn. von 1718. §. 26. f. Magdeb. Pol. Ordn. C. 43. §. 5.

Jül.

Jül.R.O. S. 39. Oeſterreich.Gerh. O. t. 4. §. 4. Mecklenb. P. O. S. 257. Münſter. L. O. tit. 5. Erfurt. P. O. t. 15. c. 4. §. 2. Hamb. Stat. P. III. tit. 6. §. 10. Frankf. Ref. L. VII. tit. 2. §. 6. Worms. Ref. P. I. L. IV. tit. 6. Lüneb. Str. P. VII. tit. 1. §. Lieſze auch. Zell. tit. 20. Schaumb. P. O. c. 10.

2) *Io. Rud. Engau* Diſſ. de poenis in tutore petendo negligentium. Ien. 1748.

3) Preuß. Reſcr. vom 1. Jun. 1748. 12. Dec. 175?. und 3. Apr. 1751. im ausführl. Anhang zum Cod. Frid. pag. 280. 281. 282.

4) *Io. Chr. Francke* Diſſ. de ſucceſſione liberorum matri in tutore ipſis petendo negligenti hodierno jure non adimenda. Hal. 1718.

5) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 581. Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 55.

6) C. J. Frid. cit. l. §. 50.

216.

Weitere Polizeyverordnungen wegen der Vormundsbeſtellung.

Der Ehegatte, oder der nächſte Anverwandte, dem die Umſtände des Verſtorbenen am beſten bekannt ſind, iſt verbunden, denen Vormundſchaftsgerichten ſogleich die Belehrung und Auskunft zu ertheilen, ob dieſer eine beſondere Verordnung über ſein Vermögen gemacht, oder ob Erbverträge und andere Verabredungen vorhanden ſind, ob der Verſtorbene einen Vormund ſelbſt erwählt, wer deſſen nächſter Anverwandter, wie groß ſeine Verlaſſenſchaft ſich betrage, und ob die Unmündigen ſchon ſelbſt ein eigen Vermögen beſitzen. Es wird ihnen hierauf be-

befohlen, einen Vormund in Vorſchlag zu bringen 1), den Taufſchein über das Alter des Minderjährigen vorzulegen, ein richtiges Vermögensverzeichnis zu überreichen, und anzuzeigen, ob und wo noch mehreres Vermögen vorhanden, und welchergeſtalt es verſichert iſt 2).

1) Reſcr. vom 15ſten Merz 1773. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. III. S. 63.

2) Vangerow Theorie der gerichtl. Dekretirkunſt §. 567.

217.
Verhältnis des Reichsobervormundſchaftsrechts zum Landesherrlichen.

Nur in ſo fern, als die Landeshoheit überhaupt der Reichshoheit ſubordinirt iſt, vermögen Kaiſer und Reich eine Aufſicht über die landesherrliche Obervormundſchaft zu haben. Da aber zugleich das ganze Vormundſchaftsweſen ein Theil des landesherrlichen Polizeyrechts iſt, worüber dem Kaiſer nach den Reichsgeſetzen keine Rechte zuſtehen, ſo begreift man, wie ſelten hiebey Reichshoheitsrechte in Ausübung gebracht werden können. Indeß wenn das Obervormundſchaftsrecht zwiſchen zweyen Reichsländern ſtreitig wird, ſetzen einſtweilen die Reichsgerichte die Vormünder 1).

1) R. Deput. Abſch. von 1600. §. 26.

218.
Landesherrliche Vormundſchaftskollegien.

Die Landesherren laßen ihr Obervormundſchaftsrecht bald durch beſondere Kollegien verwalten, die Pupillen=

pillenkollegien, Oberpflegſchaften, Obervormundſchaftsämter, Waiſengerichte 1) u. ſ. w. genennet werden, und ſich oft untergeordnet ſind, und bald durch die Regierungen, Magiſträte, und ordentliche Gerichtshöfe 2).

1) Würtemb. L. O. tit. 42. C. C. March. Nov. T. IV. pag. 635. T. V. Jahrg. III.

Ad. Birkner Diſſ. de judicio tutelari perill. Reipublic. Norimberg. Alt. 1745.

2) *Io. Wieger* Diſſ. de his, qui tutores dare poſſunt. Arg. 1740.

219.
Ausübung des Obervormundſchaftsrechts in den Städten durch den Stadtmagiſtrat.

Faſt in allen Städten übt der Magiſtrat, wenn er auch ſchon nicht die Gerichtsbarkeit beſizt, das Obervormundſchaftsrecht aus, wozu entweder gewiſſe Rathsglieder, oder beſondere Kollegien beſtellt ſind 1). Die Urſache davon iſt das obrigkeitliche Polizeyrecht, das jeder Magiſtrat beſizt, und wovon das Vormundſchaftsweſen ein Theil iſt.

1) *Pufendorff* T. I. Obſ. 50.

220.
Vormundſchaftsämter auf dem Lande.

Auf dem platten Lande wird das Obervormundſchaftsrecht durch die Amtleute, Schulzen, und in Oberteutſchland durch die bey jedem Dorfgerichte angeordneten Waiſenrichter beſorgt. Nach der Praxis wird immer

immer das Obervormundſchaftsrecht als mit der Niedergerichtsbarkeit verknüpft angenommen 1).

1) *Ertel* in aurea praxi Jurisdict. Infer. c. 20. obſ. 1.

221.

Mehrere Quellen des Obervormundſchaftsrechts.

Nicht allein entſpringt das Obervormundſchaftsrecht aus dem landesherrlichen höchſten Polizeyrechte, ſondern auch nach teutſchen Rechtsprinzipien aus der Lehensverfaſſung und aus dem Eigenthumsrechte 1).

1) Eſtor B. III. §. 959.

222.

Oberlehensvormundſchaft.

Durch die Lehensverfaſſung war ein ſehr enges Band der Vereinigung zwiſchen Oberlehenherrn und Vaſallen geknüpft, und erſterer war verbunden, lezteren unter ſeiner Obhuth zu haben. Wenn nun das Lehen durch den Succeſſionsfall an einen unmündigen Vaſallen fiel, ſo mußte der Lehenherr um ſo mehr für die Erziehung deſſelben Sorge tragen, als ihm daran gelegen war, mit der Zeit ſolche Vaſallen zu bekommen, die im Stande waren, die Lehensdienſte ihm gehörig zu leiſten. Der Unmündige mußte ſich wegen der geleiſteten Lehenstreue dieſer Vorſorge des Lehenherrn unterwerfen, und ſo entſtand das Lehensobervormundſchaftsrecht.

223.
Gutsherrliches und Leibherrliches Obervormundſchaftsrecht.

Beynahe auf eine ähnliche Art erzeugte ſich bey den Leibeigenen und unfreyen Gutsbauern das Obervormundſchaftsrecht der Leibherren und Gutsherren 1). Denn vermög der Hörigkeit und der teutſchen Eigenthumsrechte konnte bey dergleichen unmündigen Perſonen die Vormundſchaft nur von der Gutsherrſchaft und Leibherrſchaft beſorgt werden, und dieſe giengen hiebey der Landesherrſchaft vor, weil deren Vormundſchaftsrechte nur ſuppletoriſch und devolutiv ſind.

1) L. 3. §. 1. D. de tut. legit. §. vn. Inſtit. de legit. patron. tutela.

224.
Eintheilung in gebohrne und gekohrne Vormünder.

Ein Vormund iſt eine Perſon, der die Aufſicht über diejenigen, die ſich und ihren Sachen ſelbſt nicht vorſtehen können, von Obrigkeitswegen anvertrauet iſt. Die Teutſchen theilten ſie in gebohrne und gekohrne ab. Gebohrne Vormünder waren die elterlichen, ehelichen, weiblichen und Stammsvormünder. Gekohrne die obrigkeitlichen, teſtamentariſchen und Vertragsvormünder.

II. Abſchnitt.

II. Abſchnitt.

Gebohrne Vormünder.

225.

Beſchaffenheit der altteutſchen Geſchlechtsmünde.

Bey unſern Vorfahren war ein ſo enges Famillienbündnis, daß bey jedem Geſchlechte alle für Einen, und Einer für alle ſtehen mußte. Daher mußten ſich die Stärkern der Schwächern aus ihrem Geſchlechte annehmen, und ſie vertheidigen. Es entſprang daraus die ſogenannte Geſchlechtsvormundſchaft, als die älteſte und gewöhnlichſte Gattung 1), die ſich in eheliche, elterliche, weibliche und Stammsvormundſchaft abtheilt, nachdem dieſen Schuz die Ehefrau, die Kinder, die Verwandtinnen, oder die Brüder und Vettern genoßen.

1) *Sigm. Chr. Ieſter* Diſſ. II. de tutelis naturalibus, Regiomonti 1734.

226.

Verſchiedenheit von der römiſchen Vormundſchaft.

Es zeigt ſich in dieſer Materie eine große Verſchiedenheit zwiſchen dem römiſchen und teutſchen Rechte. Die Römer hielten die Vormundſchaft für eine öffentliche Staatsbürde, deren ſich jedes Glied des Staats nothwendig unterziehen mußte. Bey den Teutſchen war es bloß Familienpflicht, wozu immer der nächſte Anverwandte vermög des ſamteigenthümlichen Erbrechts verbunden war 1).

1) *Boehmer* Tom. I. P. I. Conſil. 1. n. 67. p. 11.

I. Abſaz.

Elterliche Vormundſchaft.

227.

Literatur.

Io. Henr. Felz Diſſ. II. de patria poteſtate. Arg. 1706, 1716.

Chr. Thomaſ. Diſſ. de vſu pract. tit. Inſtitut. de patria poteſtate. Hal. 1712.

Id., de vſu Juris paterni Rom. ſecundum mores Germ. et jus Boruſſ. reuiſum. Hal. 1694.

I. H. Mollenbeck Diſſ. de patria poteſtate. Gieſſ. 1712.

Aug. a Leyſer de patria poteſtate. Helmſt. 1713.

Polyc. Leyſer Obſerv. dipl. hiſt. de patria poteſtate in Germ. ignorata. Helmſt. 1727.

Io. Fr. Polack Progr. de jure patr. pot. quo vtimur, cum principiis Legum Germ. male cohaerente. Francof. 1730.

Ferd. Aug. Hommel Diſſ. de vſu hod. patriae poteſtatis Rom. in foris Germ. ſpeciatim. Hamb. Lipſ. 1732.

Gunth. Albr. Renz mixtura jur. Rom. et Germ. in materia patriae poteſtatis conſpicua. Stuttg. 1735.

I. F. Fried. Diſſ. de patria poteſtate. Arg. 1750.

Ge. Chr. Gebauer Progr. de patria poteſtate vet. Germ. Goett. 1755.

Io. Henr. Boecler Diſſ. de patria poteſtate principum Imp. Arg 1709.

Nic. Chr. Lyncker Diſſ. de poteſtate matris in liberos. Ien. 1688.

Caſp. Ach. Beck Diſſert. de vſu et auctoritate Jur. Rom. in Hungaria circa doctrinam de patria poteſtate. Ien. 1717.

228.

Teutſcher Rechtsbegrif.

Die elterliche Gewalt bey den Teutſchen beſtand in dem Rechte, die Handlungen der Kinder zu ihrem Wohle zu leiten und ihr Vermögen zu verwalten und zu genießen 1).

1) *Hub. Giphan.* in Inſt. tit. de patr. pot. Siehe jedoch Eſtors bürg. Rechtsgel. B. III. §. 955. B. I. §. 859.

229.

Verſchiedenheit von der römiſchen väterlichen Gewalt.

Obſchon die alte väterliche Gewalt der Römer, die in einem Eigenthumsrechte und in einer häuslichen Gerichtsbarkeit beſtand, im neuern römiſchen Rechte ziemlich eingeſchränkt, und den Naturrechtsprinzipien etwas näher gebracht worden iſt 1), ſo iſt ſie doch noch von der teutſchen elterlichen Gewalt, die nach dem älteſten Alemanniſchen Geſetze 2) und dem alten Sachſenrechte 3) eine wahre Vormundſchaft genennt wird, und beiden Eltern auf gleiche Art zukömmt, ſehr verſchieden, und eine Menge Texte des römiſchen Rechts finden hiebey keine Anwendung 4). Daher man im Zweifelsfalle immer auf den Nichtgebrauch der römiſchen väterlichen Gewalt ſchließen darf, obſchon zuweilen

len einige Folgerungsſätze ihrer Prinzipien angenommen ſind 5).

1) Orth über die Frankf. Reform. Th. 1. S. 68. ff. *Hellfeld* tit. D. de patr. pot. §. 135. Karl And. Chriſtiani Gedanken von dem Unterſchied des natürlichen und Römiſchen bürgerlichen Rechts in Anſehung der väterlichen Gewalt. Königsberg 1740.

2) Lex Alamann. tit. 54. §. 1.

3) Sächſ. Landr. B. 1. Art. 48.

4) Weſtphals teutſch. und Reichsſtänd. Privatrecht Th. 2. Abth. 49. S. 95. ff.

5) Vergl. Würtemberg. Landr. Th. 2. tit. 28. §. Wir verbieten auch.

230.
Scheinbare Ausnahme bey erlauchten Perſonen.

Nur bey erlauchten Perſonen ſcheint von dieſer Regel eine Ausnahme zu machen zu ſeyn, und man trift hier eben die ſtrenge väterliche Gewalt wie bey den Römern an 1).

1) Moſers groß. Staatsrecht Th. 22. S. 153. ff. *Neumann* Inſtit. Jur. princ. priv. §. 87. 98.

231.
Grund davon.

Allein, wenn man die Sache näher unterſucht, ſo zeigt ſich, daß nicht die Annahme der römiſchen Rechtslehre die Urſache dieſes beſondern Rechts iſt, ſondern daß gewiſſe erlauchte Perſonen als Oberherren des Staats über ihre Kinder eine gewiſſe Oberboth-

mäßigkeit erhalten 1), welche die Praktiker mit dem teutſchen Vormundſchaftsrecht vermiſcht, und für eine römiſche väterliche Gewalt angeſehen haben.

1) C. *A. Beck* Diſſ. de poteſtate et jurisdictione principum, ſpeciatimque S. R. I. in liberos. Ien. 1729.

232.

Gleiche Rechte der Mütter mit den Vätern bey der elterlichen Gewalt.

Da ſich die väterliche Gewalt in Teutſchland nach den Vorſchriften des Naturrechts richtet, und die Mutter nach dieſem Rechtsſyſteme mit dem Vater an die Erziehung der Kinder gleiche Anſprüche zu machen hat, ſo folgt daraus, daß ihr eben die väterliche Gewalt wie dem Vater gebühre 1).

1) *Nic. Chr. Lynker* Diſſ. de poteſtate matris in liberos. Ien. 1688. §. 13. p. 14. *Io. Heinr. Felz* Diſſ. de patr. pot. §. 12. *Riccius* p. 431. *Heinecc.* L. I. §. 138. 144. Eſtor Th. 1. § 860. Th. 3. § 965. 966. gegen Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. 40. S. 88. und *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 492. n. 5. § 494. n. 2.

233.

Geſezliche Beweiſe aus dem alten, mittlern und neuern Rechte der Teutſchen.

Alle Geſetze der Teutſchen, ſowol die älteſten, als die Rechtsbücher des Mittelalters und die meiſten neuern Statuten legen der Mutter eine väterliche Gewalt bey 1), aber freylich nicht die Rechtswirkungen der römiſchen väterlichen Gewalt, die Selchow 2) verlangt,

langt, denn die iſt in teutſchen Geſetzen auch dem Vater nicht zugeſtanden.

1) Die Stellen aus den alten Geſetzen, dem Sachſen- und Schwabenſpiegel, und aus den Statuten (wozu noch Ulmer Statut. I. 3. 1. II. 12.) haben geſammelt: *Henr. Gieſebert* in Iuſtin. harmon. ad titul. queſt. mod. patr. pot. ſolv. §. 6. n. 235. §. 10. *Gyphan.* in Inſtit. tit. de patr. pot. *Thomaſ.* de quaſi emancipat. German. *G. Barth.* de emancipat. Saxon. *Boehmer* de ſtatu liber. ſui jur. fact. per ſeparat. vel nupt. *Heinecc.* de vſufr. ſtat. mat. Jur. Germ. et in Elem. J. Germ. L. 1. §. 138. 144. *Harpprecht* de vſufr. ſtat. mat. Staatsſekretar Th. 138. *Richter* P. I. Dec. 18. n. 11. *Dreyer* de Vſu Jur. Angloſax. p. 99. n. 24. *Weſtphalen* Monum. T. I. p. 660. 2007. 2016. T. IV. p. 214. 984. 1903.

2) Elem. Jur. Germ. §. 494.

234.
Uebereinſtimmung des allgemeinen Europäiſchen Privatrechts.

Gleichwie überhaupt die teutſchen Rechtsſäze allgemein bey allen Europäiſchen Völkern heutzutage angetroffen werden, ſo geſchieht es auch in dieſer Materie, und das gemeine Europäiſche Privatrecht 1) legt den Müttern eine elterliche Gewalt bey, wovon beſonders das franzöſiſche Recht 2) ſchöne Beweiſe liefert.

1) Die Geſetze der Niederländer, Burgunder, Franzoſen, Spanier, Britten, Lombarden, Dänen, Schweden und anderer, hat wiederum geſammelt *Gieſebert* in Iuſtin. Harmon. cit. l. und mehrere.

2) *Eguin. Baro* Comment. in Inſtit. tit. de patr. pot. pag. 30. 31. *Mornac.* ad L. 8. D. de his, qui ſui, et ad L. 3. §. 3. D. de donat. int. vir. *Bacquet* des Droits de Juſtice ch. 21. n. 57. ſuiv. *Louet* dans ſes Arrets Lettr. M. Tom. XVIII. n. 6. ſuiv. *Bouhier* Cout. Gener. de Bourgogne Tome II pag. 575. *Taiſand* ſur les Cout. nouv. de Bourg. tit. VI. art. 3. *Arreſtum de a.* 1599. Nullam eſſe hodie patriam poteſtatem in hoc regno, ne quidem in patria juris ſcripti; Ita vt plane inutilis ſit emancipationum vſus.

235.

Vorzugsrecht des Vaters.

Da vermög der ehlichen Gemeinſchaft der Güter und der ehlichen Vormundſchaft der Vater als Haupt dieſer Geſellſchaft gewiſſe Vorzugsrechte hat, ſo iſt daraus eine vorzüglichere, und an einigen Orten dem Römiſchen Rechte ſehr ähnliche väterliche Gewalt erwachſen, die aber niemals ſo zu verſtehen iſt, daß dadurch alle mütterliche Gewalt verdrungen wird, ſondern nur dem Vater bey der Ausübung der elterlichen Gewalt mehrere Rechte zulegt 1).

1) Eſtor Th. 1. §. 860.

236.

Elterliche Gewalt in den Preußiſchen Staaten.

Auch hier, wo übrigens beiden Eltern die elterliche Gewalt auf gleiche Art zukömmt 1), genießt der Vater im vorzüglichen Verſtande die väterliche Gewalt 2), von dem ſowol die Wahl der künftigen Lebensart der Söhne 3), als die Verheirathung der Kinder

der abhängt 4). In adelichen Gütern hat die Vormundſchaft der Mutter, Großmutter und des Großvaters mütterlicher Seits ſtatt 5), ſo wie ſie auch im Teſtamente, worinn ſie den Kindern außer dem Pflichttheil etwas vermacht hat, ihnen einen Vormund ſetzen kann 6).

1) Entwurf des Preuß. Geſezbuchs Th. 1. §. 30. S. 165.

2) Ebendaſ. §. 31.

3) a. a. O. §. 71. S. 170.

4) daſ. §. 81. S. 172.

5) C. C. March. Tom. II. Abth. 2. S. 64.

6) Inſtrukt. für die Weſtpreuß. Reg. C. C. March. Nov. T. Vc. p. 2186. für die Oſtpreuß. Regier. T. Vd. p. 486. Sect. IV. §. 8.

237.

Vormundſchaftsfälle bey vorhandener väterlicher Gewalt.

Die Eltern, ſelbſt der Vater, müſſen bey Eingehung der zweiten Ehe ihren Kindern einen Vormund ſetzen laſſen 1). Indeß behalten ſie doch ihre elterliche Gewalt mit allen Rechtswirkungen, wo ſogar der Fall äußerſt ſelten iſt, daß ihnen der Nießbrauch an der Kinder Vermögen entzogen wird. Dieſer Vormund iſt daher bloß ein Mitvormund von ſehr eingeſchränkter Beſchaffenheit. An einigen Orten muß der Vater gleich nach getrennter Ehe, wenn er ſich ſchon nicht wieder verheirathen will, ſeinen Kindern einen ſolchen Vormund ſezen laßen 2). Meiſt geſchieht es aber nur bey der Mutter.

1) Mühlhäuſ. Stat. B. III. Art. 20. §. 7.

2) Zweibrück. Untergerichtsordn. Art. 100. S. 154.

238.

Rechtswirkungen der elterlichen Gewalt.

Vermög dieſer Gewalt kann der Vater ſeine Kinder vor Gerichte vertreten 2); beide Eltern dürfen die ihnen entlaufenen oder entwendeten Kinder wieder zurückfordern, nicht aber, wie im römiſchen Rechte, ſie vindiciren, noch weniger ſie ausſetzen, oder auch im höchſten Nothfalle verkaufen. Sie dürfen ſie gleich den Vormündern mit Maaße züchtigen, allein keinesweges über ſie das Recht über Tod und Leben ausüben 2). Können für ſie und mit ihnen, wenn ſie volljährig, Kontrakte ſchließen, wobey dieſe jedoch im Verlezungsfalle die Wiederherſtellung genießen 3). Ohne elterliche Bewilligung dürfen die Kinder nicht heirathen, noch Schulden machen 4).

1) L. vlt. Cod. de bon. quae lib. Würtemb. Landr. P. III. t. 2. § Und wiewohl. Tom. IV. C. C. March. Noui p. 975. C. Jur. Frid. L. I. P. IV. t. 1. §. 7. tit. 3. §. 13. ausgenommen in peculio caſtrenſi et quaſi, und wenn ihnen die Adminiſtration der Güter genommen worden.

2) *Mevius* P. IV. deciſ. 184. n. 6. *Thomaſ.* de patr. pot. C. II. § 8.

3) *Hellfeld* de div. pign. jure lib. in patr. pot. comp. §. 14.

Hildebrand de obl. int. patr. et fil. p. 24. 29. gegen *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 491.

4) Pr. Inſt. de nupt. L. 25. D. de ritu nupt. *Selchow*, Elem. Jur. Germ. §. 416.

239.

Elterlicher Nießbrauch der Kindergüter.

Da die väterliche Gewalt in Teutſchland eine bloße Vormundſchaft iſt, und dieſe nach teutſchem Rechte ehemals ein Miteigenthumsrecht an des Mündlings Vermögen bewirkte, ſo folgt hieraus, daß die Eltern, und zwar die Mutter 1), mit gleichem Rechte wie der Vater, den teutſchen Nießbrauch an ihrer Kinder Vermögen beſitzen 2), ſo lange dieſelbe unter ihrer Gewalt ſtehen 3). Dieſe Nuznießung iſt in Anſehung der Grundſtücke bey dem Vater aus dem Samteigenthume, und bey der Mutter aus dem Mitbeſitze, und zuweilen bey beiden aus der vollſtändigen ehlichen Gütergemeinheit entſprungen, und zeigt ſich heutzutage in den meiſten ſtatutariſchen Geſezen 4).

1) Eſtor Th. III. §. 869.

2) *Wolffg. Ad. Lauterbach* Diſſert. de vſufructu paterno, Tub. 1652. *Mich. Henr. Griebner* D. de vſufructu legitimae patri non adimendo. Lipſ. 1706. *Aug. de Balthaſar* Diſſ. de vſufructu paterno in feudis fil. familias. Gryph. 1741. *Car. Ad. Braun* Diſſ. de vſusfructus parentum in bonis liberorum tam de J. Rom. quam Germanico genuino fundamento. Ien. 1743 *Henr. Brockes* Diſſert. de vſufructu patris in bonis liberorum maxime feudalibus Ien. 1747. *Car. Hoffmann* Diſſert. de vſufructu parentum ſtatutario inpr. Norico. Alt. 1749. *Aem. Lud. Hombergk zu Vach* eine Reihe Diſſ. de vſufructu parentum paterno et materno praeſertim in Haſſia,

Haſſia, Marb. 1770. 1779. *Ferd. Chr. Harpprecht* Diſſ. IV. de vſufructu ſtatutario materno. Tub. 1704. *Io. Gottl. Heineccius* Diſſ. de vſufructu materno Juris Germ. Francof. 1730. *Frid. Lud. Penzenzuffer* D. de vſu matri competente. Erl. 1760. *F. C. Harpprecht* Diſſ. de impedimentis vſusfr. ſtat. materni, modisque eumdem conſtitutum ſoluendi. Tub.

3) *Aem. Lud. Hombergk* Diſſ. de bonis aduentitiis liberis ſui juris factis a patre reſtituendis. Marb. 1758.

Id. Diſſ. de diuerſo jure patris in peculio liberorum aduentitio pro diuerſa liberorum aetate. Marb. 1753.

4) Lüb. R. P. II. t. 2. Hamb. Str. P. III. t. 3. a. 7. Hamb. Ger. Ordn. P. III. t. 3. Art. 3. Lüneb. Str. P. IV. tit. 1. Zell. Str. tit. 16. Mühlhäuſ. Str. B. IV. a. 20. §. 2. Ulm. Str. P. I. t. 3. Reform. Noric. t. 33. l. 1. 2. et tit. 39. Francof. P. V. t. 4. P. VI. tit. 2. §. 8. Orth. T. IV. p. 269. ſq. Tyrol. L. O. L. III. t. 20. Baier. Lr. c. 5. c. 5. *Chlingenſperg* diff. Jur. Civil. et Bav. pag. 4. ſqq. Kreitmayr T. 1. p. 80. ſq. Würtemb. Lr. P. IV. t. 6. Baden. Lr. P. VI. t. 6. 7. 8. Naßau. L. O. P. IV. c. 7. p. 144. et c. 12. Solmſ. Lr. P. II. t. 28. Pfälz. Landr. P. IV. tit. 13. 15. Kurköln. Rechtsordn. tit. 8. §. 6. Trier. Lr. t. 8. §. 6. pag. 47. Henneb. L. O. P. III. t. 4. c. 12. 15. Hohenl. Lr. P. IV. t. 1. Wirzburg. L. G. O. t. 39. §. 9. t. 90. §. 3. Gothaiſch. L. O. P. III. p. 259. Altenb. L. O. P. III. p. 623. Erfurt. O. p. 167. Schaumb. Pol. O. c. 14. *Veracii* Conſuet. Bamb. P. II. qu. 1. 2. Bayreuth. Landesconſtit. tit. 7. §. 16. Oberlauſ. L. O. in Cod. Aug. T. III. p. 81. Holſtein. Vorm. Ordn. von 1743. §. 3. in C. C. Holſat. T. I. p. 164.

240.

Einige Ausnahmen bey der Mutter.

In den Preußiſchen Staaten, wie an mehrern Orten 1), genießt die Mutter nicht alle mit der väterlichen Gewalt verknüpfte vortheilhafte Rechte. Der Vater beſizt allein die Verwaltung und Nutzung des nicht freyen eigenthümlichen Vermögens der Kinder 2), über ihr freyes Eigenthum 3) aber hat er nur eine vormundſchaftliche Aufſicht 4). Jenes beſteht in Schenkungen, Erbſchaften, Vermächtniſſen, Glücksfällen 5). Während der Minderjährigkeit bedarf er zur Veräußerung derlei Grundſtücke und Rechte die Einwilligung der Obervormundſchaft, nachher aber ihre eigene Genehmigung 6). Es machen aber von dieſem ſubſidiariſchen Rechte viele Preußiſche Landrechte und Statuten einen Abfall 7).

1) als in Kurſachſen. C. Aug. P. II. conſt. 10. Reſcr. vom 20. May 1756. und 15. Jan. 1765. C. C. March. Nov. T. III. p. 563. Ausführl. Anh. S. 283 284.

2) Preuß. Geſezb. Th. I. §. 126. S. 178. §. 144. S. 181. Vormundſchaftsordn. von 1718. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 250.

3) Deſſen Beſchreibung im Preuß. Geſezb. Abſchn. III. §. 109. ff. S. 176.

4) ebendaſ. S. 177. §. 118. 119.

5) §. 115. S. 177.

6) §. 127. 128. S. 178.

7) C. J. Frid. Proj. P. I. L. I. t. 9. a. 4. p. 27. Magdeb. P. O. c. 42. §. 2. Mind. Stat. B. II. t. 2.

241.

Unächte Rechtswirkungen.

Durch die unächte Anwendung der römiſchen Prinzipien geſchah es, daß man bey erlauchten und adelichen, und zuweilen auch bey den übrigen Perſonen, die in Witwenſtand verſezte Mütter nicht geradezu die elterliche Gewalt über ihre Kinder fortſezen läßt, ſondern ſie erſt gerichtlich zu Vormünderinnen beſtellt und beſtätiget 1), ihr den Vormundſchaftseid abfordert, und ſie zur Errichtung eines Inventariums anhält 2).

1) *Amad. Eckbolt* Diſſ. II. de tutela materna Lipſ. 1653. 1662.

Huld. ab Eyben de tutela foeminea. Gieſſ. 1655.

Henr. Hahn de tutela matris. Helmſt. 1661.

Io. Volck. Bechmanni de legitima matris et auiae tutela. Ien. 1676.

Petr. Maſcov. de tutela materna. Gryphisw. 1682.

Sam. Stryk de tutela materna principum Imperii. Hal. 1696.

Mich. Graſs. de tutela materna nobilium Imperii immediat. Tub. 1701.

Caſp. Henr. Horn de praerogatiua matris et auiae in ſuſcipienda tutela. Vit. 1721.

Io. Pet. de Ludewig Different. Jur. Rom. et Germ. de tutelis maternis. Hal. 1712.

Io. Henr. Felz de tutela materna et auita. Argent. 1715.

Io. Goth. Krauſe de eo quod juſtum eſt circa tutelam maternam. Vit. 1714.

Rud.

Rud. Chr. Henne de tutela legitima irregulari matri et auiae competente. Erf. 1736.

Lud. Dan. Ge. Voſſius de legitima matris et auiae tutela. Duisb. 1747.

Io. Ge. Fleiſcher de tutela materna. Arg. 1754.

Ge. Henr. Ayrer de Gynaecocratia tutelari Viduarum illuſtrium. Goett. 1746.

2) Eſtor Th. III. §. 965. 966.

242.
Aechte Rechtswirkungen.

Dahingegen ſtimmt der heutige Gebrauch, ihnen bloß die Erziehung der unmündigen Kinder und die Aufſicht über ihre Perſonen zu überlaſſen, und ſie an der Verwaltung und Regierung der Länder und Herrſchaften wenigen Antheil nehmen zu laſſen, und dieſes von einem beſondern Agnatiſchen Vormunde, oder wenn jene doch gegen die urſprüngliche Verfaſſung die Adminiſtration allein in Händen hat, ihr einen ſogenannten Ehrenvormünder oder Vormundſchaftsbeyſtänder zuzugeben 1), vollkommen mit der teutſchen Rechtstheorie überein, und eben ſo richtig bleibt es, daß ſie bey Antretung dieſer Vormundſchaft nicht nöthig haben, ein Inventarium zu errichten, oder Rechnung abzulegen 2), und ihren weiblichen Rechtswolthaten zu entſagen 3). In Preußen ſoll ebenfalls jeder Mutter und Großmutter ein Vormundſchaftsbeyſtänder beygegeben werden 4), und jene die Vormundſchaft erſt nach zurückgelegtem XXI. Jahre erhalten können 5).

1) Ulm. Stat. P. I. t. 3. §. 1. P. II. t. 12. *Weſtphalen* monum. T. I. p. 660. 2007. 2016. T. IV. pag. 214. 984. 1903. Staatsſekretar Th. 138.

2) *Kemmerich* an tut. illuſtr. ad invent. confic. et rat. redd. obſtr. ſit, p. 5.

3) *Caſp. Henr. Horn* Progr. de non neceſſaria SC. Vellej. renunciatione matris et auiae, quae tutelam ſuſcepit. Vit. 1711. gegen *Selchow* Elem. Jur. Publ. P. II. §. 584.

4) Inſtrukt. für die Weſtpreuß. Regierung v. 21. Sept. 1773. §. 13. n. II. §. 5. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. III. col. 2188. Dergl. für die Oſtpreuß. Regierung vom 30. Jul. 1774. Sect. IV. §. 8. n. 5. cit. l. Jahrg. IV. col. 489.

5) cit. l.

243.

Dauer des elterlichen Nießbrauchs.

Nach der Regel ſollte der Nießbrauch nicht länger fortdauren, als die elterliche Vormundſchaft beſtehet. Allein da ſich theils die Rechtswirkungen der ehelichen Gemeinſchaft der Güter mit ihm vereiniget haben, theils er zu der ſtatutariſchen Erbportion geſchlagen worden iſt, ſo geſchieht es an einigen Orten, daß er ohngeachtet der Kinder erlangter Volljährigkeit doch lebenslänglich 1), wenigſtens in denen von dem verſtorbenen Gemahl herrührenden Gütern, verbleibt, oder allenfalls eine Erbtheilung geſchieht, oder nach der Proportion des Vermögens dem Kinde bey ſeiner Niederlaſſung eine elterliche Berathung, Ausſtattung und Hülfe angedeihet 2).

1) Preuß. Geſezb. §. 164. S. 185.

2) *Henr. Linck* Diſſ. de ſubſidio paterno Alt. 1673. *A. F. Rivinus* Progr. de ſubſidio paterno. Lipſ. 1730. *Engau* Elem.

Elem. Jur. Germ. L. I. §. 314. Eſtor Th. I. §. 946. ff. Preuß. Geſezb. S. 185. §. 165. ff.

244.

Beſondere Beſchaffenheit bey der Kautionsbeſtellung im Preußiſchen.

Wenn eine Frau mit ihrem Vermögen für ihren Mann, der eine Königliche Kaſſe verwaltet, Sicherheit beſtellt hat, und ſtirbt, ſo dauert dieſelbe nach ihrem Tode ſo lange fort, bis die Zeit abgelaufen iſt; nachher kömmt es darauf an, ob der Vater für die Verpflegung und Erziehung ſeiner Kinder gehörige Sorge trägt, ihr Vermögen, als welches er ohngeachtet ſeiner verrechneten Bedienung in Verwaltung behalten darf, nicht verſchwendet, und für ſich eine andere Kaution zu beſtellen unvermögend iſt. In dieſen Fällen wird die Fortwährung der mütterlichen Sicherheitsbeſtellung eingeräumt, auſſerdem aber nicht 1).

1) Königl. Preuß. Reſcript vom 7. Dec. 1752. Ausführl. Anh. S. 283.

245.

Beſchaffenheit des elterlichen Nießbrauchs.

Da die Eltern nach gemeinem Rechte die natürlichen Adminiſtratoren ihrer Kinder Vermögen ſind, deſſen Früchte ſie ſich zueignen dürfen, ſo bedürfen ſie zu dem Ende keiner gerichtlichen Beſtätigung, noch müſſen ſie ein Inventarium oder eidliche Spezifikation errichten, noch Kaution beſtellen, wovon nur dann, und zwar ſogar, wenn ſie der Erblaſſer der Sicherheitsbeſtellung entlaßen hat 1), eine Ausnahme ſtatt

findet,

findet, wenn ſie das Vermögen zu verringern anfangen, oder in die andere Ehe übertreten, oder ein königliches Amt oder Pacht, oder eine Kaſſenberechnung angenommen haben. Die Kinder haben wegen ihrem Vermögen ein ſtillſchweigendes Unterpfandsrecht in des Ueberlebenden Gut 2), als weswegen daſſelbe nach der Preußiſchen Hypothekenordnung auf deſſen Grundſtücke eingetragen wird 3). Eben ſo muß ſelbſt der Vater im Preußiſchen ein richtiges Vermögensverzeichnis auf alle Fälle in Bereitſchaft halten, und es dem Gerichte verſiegelt übergeben 4).

1) Inſtrukt. an die Weſtpreuß. Regierung T. Vc. pag. 2187. Dergl. an die Oſtpreuß. Regierung T. Vd. p. 488.

2) *Leyſer* Specim. 226. med. 4. 5. 6.

3) Reſcr. an das Preuß. Pupillenkollegium vom 20. Merz 1756. und 15. Junii 1765. im ausführl. Anhang S. 284.

4) Inſtruktionen für die Weſt= und Oſtpreuß. Regierungen T. Vc. p. 2188. et T. Vd. p. 489.

II. Abſaz.

Ehliche Vormundſchaft.

246.

Vom altteutſchen Ehekaufe.

Gleichwie nach teutſchem Rechte das ganze weibliche Geſchlecht der Vormundſchaft unterworfen war, ſo geſchah dieſes insbeſondere auch bey den Eheweibern, die unter die Curatel ihrer Männer kamen. Das Erwer=

werbungsmittel war der altteutſche Ehekauf, nemlich durch das Geſchenke, das der Bräutigam der Braut Eltern beym Eheverlöbniſſe machen mußte 1). Dadurch erhielt er das Vertheidigungsrecht ſeiner Ehefrau, oder die ſogenannte Ehevogtey 2), welche aber in nichts weniger, als in einer väterlichen Gewalt, oder in einem Rechte über Leben und Tod ꝛc. beſtanden hat 3), wie Lobethan 4) aus dem falſchen Vorderſatze, daß die Weiber ehmals durch den Ehekauf in die Sklaverey gerathen wären, gefolgert hat.

1) *Nic. Hier. Gundling* Diſſ. de emtione vxorum, dote et Morgengaba. Hal. 1729.

2) Meine Schrift über die Probenächte der teutſchen Bauermädchen S. 108 ff. *Ayrer* de jure connub. ap. German. Sect. I. §. 13. p. 50. ſqq.

3) Jütiſch Lowbok B. 1. c. 7. §. 2. B. III. c. 44. Oſtfrieſ. Lr. c. 189. Preuß. Geſezb. § 131. S. 36. Sächſ. Lr. B. I. Art. 23. 48. Schwäb. Lr. c. 107. 309.

4) Einleit. zur Eherechtsgelehrſamkeit. S. 100. 101.

247.

Rechtlicher Begrif der Ehevogtey.

Die Ehevogtey beſteht in einem Vertheidigungs- und Vertretungsrecht der Ehefrau bey allen öffentlichen und bürgerlichen Geſchäften, desgleichen in der Verwaltung ihres Vermögens 1), keinesweges aber in einer Aufſicht, Gewalt und Oberherrſchaft über ihre Perſon und Handlungen, wie bey den Römern 2). Denn eine ſolche Gewalt hat ſelbſt nach dem Naturrechte 3)

 nicht

nicht ſtatt, und kann nur durch beſondere Verträge erhalten werden.

1) *Ern. Tenzel* Diſſ. de cura maritali. Erf. 1720.
Io. Gottl. Heineccius Diſſ. de marito tutore et curatore vxoris legitimo. Hal. 1734.

2) Eſtors bürgerl. Rechtsgel. Th. III. §. 699. 702. 713.

3) Höpfners Naturrecht §. 158.

248.

Zeitpunkt des Anfangs.

Gleich allen ehelichen Rechtswirkungen fängt auch die Ehevogtey mit der Beſchreitung des Ehebettes an 1), nach dem Sprüchworte: iſt das Bett beſchritten, ſo iſt das Recht erſtritten 2). Ein unmündiges Frauenzimmer wird dadurch von der väterlichen Gewalt befreyt 3).

1) Eſtor B. I. §. 712. ff. B. III. §. 713.

2) ap. *Piſtor.* Cent. II. par. 79. p. 225.

3) Preußiſches Geſezbuch §. 161. Seite 184. *Chr. Ad. Beckher* Reſponſ. de jure quaeſtionis, an filiafamilias contra placita J. Juſt. in omnibus Germ. prouinciis indiſtincte per nuptias patria poteſtate liberetur, et in ſolius mariti poteſtatem tranſeat. Erf. 1680.

249.

Rechtswirkungen.

Ein Ehemann kann ohne beſondere Vollmacht in Angelegenheiten ſeiner Frau vor Gerichte erſcheinen 1), welches ehmals deſto nothwendiger war, da beym alten teutſchen

teutſchen Prozeſſe in Anſehung der Beweisführung viele Zweikämpfe vorfielen, die der Mann übernehmen mußte 2). Die Frau darf ohne ſeine oder eines andern Vormunds Gegenwart und Einwilligung keine Kontrakte ſchließen, noch kann ſie ſich verbindlich machen 3). Der Mann beſizt die nuznießliche Verwaltung ihres Vermögens 4), wovon bloß einige Rechte Ausnahme machen 5), als im Preußiſchen Geſezbuche 6) in Anſehung des vorbehaltenen Vermögens.

1) Preuß. C. J. Frid. B. I. Th. IV. tit. 3. §. 13. Mainziſche H. G. O. tit. 7. §. 11. *Pufendorff* I. 12. III. 180. wovon die Ausnahme in Sachſen *Hahn* in Select. Quaeſt. VII. Mühlh. Prozeßordn. tit. 4. §. 3. S. 13. Magdeburgiſche Prozeßordn. C. 13. §. 5.

2) Estor Th. I. §. 714. Th. III. §. 713.

3) *Heinecc.* cit. l. c. 2. §. 24.

4) Sächſ. Landr. B. I. Art. 31. Sächſ. L. O. P. II. c. 15. Würtemb. Lr. P. I. tit. 16. Hamburg. Stat. III. 6. 9. Preuß. Geſezb. §. 171. S. 62.

5) Lüb. R. II. 1. 14. Hamb. Str. II. 8. 1, III. 11. 14.

6) a. a. O. §. 164. 165. 167. S. 61.

250.

Beymiſchung unächter römiſcher Prinzipien.

Weil die ehliche Vormundſchaft einige Verwandtſchaft mit der väterlichen Gewalt des Ehemannes hatte, worein eine römiſche Frau durch die Heirath gerieth, ſo nahmen einige Statuten 1) durch falſche Anwendung noch verſchiedene Rechtsſätze aus dem römi-

ſchen Rechte an, als z. B. daß die Ehefrauen bey Veräußerungen noch einen Kriegsvogt bey ſich haben müſten, daß der Mann einige Obergewalt über die Frau hätte u. ſ. w. Eben ſo unrecht verlangt man bey der ehlichen Adminiſtration der Frauen Vermögen den Beweis des bewahrten vaterländiſchen Rechts 2), desgleichen, daß ſie in Sachſen in auſſergerichtlichen Geſchäften Vögte haben müſſen, und ihre Männer nicht eher für gültige Vormünder erkannt werden, als bis ſie gerichtlich beſtellt ſind, ihr Kuratorium gehörig vorgezeigt, und den Vorſtand wegen der Genehmhaltung geleiſtet haben 3).

1) Lübeck und Hamburg. *Io. Sam. Stryck* Diſſ. de jure ſingul. femin. Hamburg. Hal. 1702.

2) wie *Stryk* in Vſu Mod. Dig. III. 1. 5. *Mevius* P. IV. dec. 99. *Heineccius* c. 2. §. 19.

3) Mühlhäuſ. Prozeßordn. tit. 4. §. 3. p. 13. Erl. Kurſächſ. Pr. O. von 1724. *Hahn* in ſelect. Quaeſt. VII. Weſtphal a. a. O. §. 9. S. 108. 109.

251.

Verknüpfung mit der ehlichen Gütergemeinſchaft.

Die ehliche Gemeinſchaft der Güter ertheilt dem Ehemanne, als Haupt der Familie, gewiſſe Rechte über der Frau ihr Vermögen, und beſchränkt ihr Gebahrungsrecht darüber, welches die Verfaſſer der ſpätern ſtatutariſchen Geſezbücher aus Unwiſſenheit für Folgen der Ehevogtey angeſehen haben. Es kann z. B. die Frau für ſich allein nichts von ihren Gütern veräu-

ßern,

ßern, dahingegen dieſes vom Manne oft ohne ihre Bewilligung geſchehen kann, der zugleich den Nießbrauch derſelben hat.

252.

Unſichere Rechtsſätze.

An andern Orten hingegen iſt die Rechtsfrage entſtanden: ob zur Veräußerung der Grundſtücke des Mannes Einwilligung hinreichend iſt, und nicht dazu der Beytritt eines Kriegsvogts erfordert wird 1). Man läßt zuweilen bey einer verheiratheten unmündigen Frau noch einige Rechtswirkungen der väterlichen Gewalt fortwähren 2).

1) *Io. Chr. Koch* Diſſert. de vxore immobilia ſua ſolo conſentiente marito alienante. Lipſ. 1766.

2) *Hier. Andreae*, i. e. G. *W. Sacer*, Diſſ. de poteſtate patris in filiam maritatam in Ducatu Brunſw. Luneb. Welph. partis. Helmſt. 1689.

253.

Ehliche Vormundſchaft bey erlauchten Perſonen.

Auch bey erlauchten Perſonen hat ſich dieſe Ehevogtey erhalten. Wenn aber zwiſchen dem Gemahl und der Gemahlin Geſchäfte vorfallen, ſo wird dieſer aus den landesherrlichen Räthen ein Kurator zugeordnet 1). Sonſt entſpringt aus der Landeshoheit die perſönliche Gewalt, die ein regierender Herr über ſeine Gemahlin ausübt 2).

1) *Dietr. Herm. Kemmerich* Diſſ. de conſiliario principis curatore vxoris eiusdem principis. Viteb. 1725.

1) gegen Chr. Schönens Bedenken, ob eines regierenden Fürſten Gemahlin ihres Gemahls Unterthanin ſeye, Leipz. 1733. und *Selchow* in Elem. Jur. Publ. T. II. §. 557.

254.

Ehevogtey im Preußiſchen.

Im Preußiſchen ſcheint jezo die Ehevogtey allgemein angenommen zu ſeyn, weil die Eheweiber hier ohne ihre Männer nicht vor Gerichte erſcheinen, dieſe aber ohne beſondere Bevollmächtigung die Angelegenheiten jener gerichtlich beſorgen dürfen 1), ausgenommen ſie beträfen deren freyeigenthümliches Vermögen, (bona receptitia). An den Orten, wo die Geſchlechtsvormundſchaft im Gebrauche, erhält ſie der Ehemann, und es wird ihr nur in gewiſſen beſtimmten Fällen ein beſonderer kriegeriſcher Vormund zugegeben 2). In Kurſachſen müſſen die Eheweiber auch in auſſergerichtlichen Dingen Kriegsvögte haben 3), die unverheiratheten Frauenzimmer aber nicht 4).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 1. §. 8.

2) ibid. §. 9. p. 6.

3) *Berger* El. diſcept. for. tit. 8.

4) *Stryk* in Vſu mod. Dig. tit. de curat. fur. §. 6.

III. Abſaz.

III. Abſaz.

Weibliche Vormundſchaft.

255.

Erklärung der weiblichen Vormundſchaft.

Die weibliche Vormundſchaft iſt eine Befugnis, das mündige Frauenzimmer in wichtigen Angelegenheiten mit ſeinem Rathe zu unterſtüzen, und ihren bürgerlichen Geſchäften durch den Beytritt das geſezmäßige Anſehen und Gewicht zu geben. Sie heiſt im Reiche die Kriegsvogtey und in hieſigen Gegenden die Litiskuratel 1).

1) *Ev. Otto* Diſſ. de perpetua feminarum tutela. Duisb. 1719.

Luc. Lyſer Diſſ. de curatore Saxonico mulierum. Arg. 1659.

Chr. Benj. Iacobi Diſſ. de curatore mulieris Saxonico. Lipſ. 1688.

Reinh. Frid. Sahme Diſſ. de curatore mulieris Prutenico. Regiom. 1731.

Dietr. Herm. Kemmerich Diſſ. de conſiliario principis curatore eiusdem principis. Viteb. 1725.

256.

Ehrenvoller Urſprung.

Nicht Herabwürdigung und Geringſchäzung war die Urſache dieſer weiblichen Vogtey, die aus der älteſten Verfaſſung herrührt, ſondern vielmehr die Verehrung, welche die Teutſchen fürs Frauenzimmer hatten, indem nach dem Rittergebrauche der Mannsſtamm ver-

pflichtet war, ſie überall zu beſchützen und zu vertheidigen, hauptſächlich ſie bey Gerichte, wo der Beweis durch den Zweykampf geführt wurde, zu vertreten 1).

1) L. Saxon. tit. VII. §. 1. Friſion. tit. X. §. 8. Langob. L. II. c. 6. §. 1. Sächſ. Landr. B. I. c. 46. B. III. Art. 45. Schwäb. Landr. c. 307. 309. *Weſtphalen* monum. ined. rer. Cimbr. et Megapol. T. IV. pag 1926. 2023. 2033. 2092. *Dreyer* de Vſu gen. Jur. Angloſax. pag. 100. n. 28. *Schilter* in Praxi Jur. Rom. Ex. 37.

257.

Ehemalige Grenzen und Einſchränkung.

Sie beſtand alſo urſprünglich bloß in einem Vertheidigungs- und Schuzrecht ihrer Perſon und ihrer Güter, und keineswegs in einer Aufſicht über ihre Perſon. Daher ehmals, wenn ein Frauenzimmer geraubt, geſchwächt, oder getödtet wurde, die Kriegsvögte das Wehrgeld empfiengen 1).

1) L. Saxon. t. 7. §. 3. Friſ. t. 9. §. 9. 11. Langob. L. II. c. 2. §. 2.

258.

Ihre Erweiterung durch Beymiſchung des römiſchen Rechts.

Allein nachdem man angefangen hatte, die Kriegsvögte für Vormünder nach römiſchem Rechte anzuſehen, und auf ſie derlei Rechtsmaterien anzuwenden, ſo geſchah es, daß die weibliche Vormundſchaft eine größere Ausdehnung bekam, und mehrere Rechte in ſich ſchloß.

259.

Heutige Beſchaffenheit.

Jedoch bis dieſe Stunde bleibt der Kriegsvogt noch bloßer Rathgeber 1), und hat nichts mit der Verwaltung des Vermögens zu thun 2); daher auch ſeine Güter mit keiner ſtillſchweigenden Hypothek verhaftet ſind 3), und er für ſich ohne ihr Vorwiſſen und Bewilligung nichts thun darf 4). Sie kann andere zu ihrem Vortheile für ſich allein ſich verbindlich machen. Nur aber ſich ſelbſt vermag ſie ohne ſeine Bewilligung gegen andere nicht zu verbinden 5), oder allein für Gerichte zu erſcheinen, und irgend eine Gerichtshandlung vorzunehmen. An einigen Orten bedarf ſie bloß in dieſem leztern Falle und bey der Veräußerung oder Gebahrung übers Grundeigenthum ſeines Beyſtands 6), und an andern Orten hängt es von ihrer Willkühr ab, ob ſie einen haben 7), oder ſich ſeiner bedienen will; gleichwie ſie ihn willkührlich annehmen und abſchaffen kann 8). An einigen Orten muß er gerichtlich beſtättigt ſeyn, und an andern nicht 9).

1) *Otto* de perpet. fem. tut. c. 2. §. 7. *Leyſer* Spec. 301. med. 1.

2) *Tob. Iac. Reinharth* Diſſ. genuinae curae ſexus et aetatis differentiae. Erf. 1728.

3) Cod. Frid. L. IV. tit. 9. Sect. 2. Cl. 5. §. 104.

4) Corp. Jur. Frid. L. I. P. 4. t. 1. §. 11. Mühlhäuſiſche Prozeßordn. v. 1688. tit. IV. §. 1.

5) Preuß. Hypothekenordn. von 1723. §. 45. 50. C. Jur. Frid. cit. l. §. 10. *Carpzov.* P. II. c. 23. def. 31. *Mev.*

ad Jus Lub. L. 1. t. 7. §. 4. n. 8. *Io. Henr. Berger* Diſſ. de curatoris neceſſitate in actis mulierum. Viteb. 1689.

6) wie in Sachſen, und nach dem Schwäb. Landr. c. 309.

7) Fränk. L. Ger. Ordn. Th. III. t. 7. §. 7. tit. 16. §. 1. 2. Pommer. Rechte ap. *Mev.* P. V. deciſ. 99

8) Weſtphals teutſches und Reichsſtänd. Privatrecht Th. 2. Abh. 50. S. 107.

9) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 1. §. 11.

260.
Einſchränkung.

Selbſt an den Orten 1), wo die Weiber auch zu allen auſſergerichtlichen Verbindungen Kriegsvögte nöthig haben, gelten ihre einſeitig eingegangenen Verträge, wenn ſie zu ihrem Vortheile gereichen, wenn ſie Handlung und Kaufmannſchaft treiben, wenn ſie mit Rath und Hülfe ihrer Agnaten 2) dieſelbe geſchloſſen haben, oder ſie Wirthſchaftsſachen betreffen 3), oder ſie ſich dabey eines Vergehens ſchuldig gemacht haben 4). Sie können auch allein Teſtamente machen, Zeugnis ablegen, appelliren, ſich zum Eide erbieten u. ſ. w. 5).

1) wie in Oſt- und Weſtpreußen. Inſtr. an die Weſtpreuß. Regierung T. V. Jahrg. III. Corp. Novi col. 2195. n. 28. Beyl. zum Weſtpreuß. Notif. Patent ibid. Jahrg. 2. col. 481. Abſch. 2. not. e. Oſtpreuß. Landrecht B. 2. Inſtr. für die Oſtpreuß. Juſtizkoll. v. 1751. §. 150 Inſtr. für die Oſtpreuß. Regierung cit. T. V. Jahrg. IV. col. 496. n. 28.

2) *Ludolff* de jur. fem. ill.

3) *Wibel* de contract. mul. c. IV. n. 292.

4) *Mev.* P. IX. deciſ. 16.

5) *Henr. Bodin.* Diſſ. de his, quae mulier Saxonica valide ſine curatore agit. Hal. 1713. *Gebh. Chr. Baſtineller* Diſſ. de negotiis, quae a muliere ſine curatore in Saxonia expediri poſſunt. Viteb. 1727. *Tob. Iac. Reinharth* de feminae Saxonicae negotiis absque curatore validis. Erf. 1728.

261.

Grund der Eintheilung in beſtändige und einſtweilige Kriegsvögte.

Die Nothwendigkeit, einen Kriegsvogt bey Eingehung der Verbindlichkeit zu haben, gehört zu den Feyerlichkeiten des Orts; wenn alſo ein Frauenzimmer, an deren Wohnorte die Kriegsvogtey üblich iſt, ihren Kontrakt an einem andern Orte, wo dieſelbe keinen Gerichtsgebrauch hat, ohne kriegeriſchen Vormund abſchlieſt, ſo iſt er doch gültig 1), und eben ſo verhält es ſich mit der gerichtlichen Erſcheinung 2). Daher die Eintheilung in beſtändige und einſtweilige Kriegsvögte 3).

1) Riccius von Stadtgeſetzen B. II. Hauptſt. XV. §. 11. S. 537.

2) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 1. §. 13.

3) *Wernher* Obſervat. forenſ. P. X. obſ. 477. Weſtphal a. a. O. §. 3.

262.

Entledigungsfall.

Eine Frau, die ihren Kindern oder Enkeln gerichtlich zur Vormünderin beſtellt worden iſt, bedarf in

Ge-

Gerichtshandlungen, die ihre Pflegebefohlnen betreffen, keines Kriegsvogts im Preußiſchen und an einigen andern Orten 1).

1) C. J. Frid. cit. l. §. 12.

263.

Verzeichnis der Länder und Oerter, wo die weibliche Vormundſchaft in Uebung iſt.

Die weibliche Vormundſchaft iſt in dem größern Theile von Teutſchland hergebracht, und in Uebung, insbeſondere in Sachſen 1), Leipzig 2), Gotha 3), Henneberg 4), Schwarzburg 5), Mühlhauſen 6), Hildesheim 7), Mecklenburg 8), Sachſen-Lauenburg 9), Schleswig, Holſtein 10), Lübeck 11), Hamburg 12), Wirtemberg 13), Baden 14), Ulm 15), Nürnberg 16), Hohenlohe 17), Jülich und Bergen 18), Franken 19), Baiern 20).

1) Sächſ. L. O. P. II. c. 15.

2) Leipz. Stat. S. 41. 259.

3) Goth. Proz. O. P. I. c. 3. §. 12. 13.

4) Henneb. L. O. S. 50.

5) Ger. und Proz. O. tit. 4. S. 21.

6) Mühlh. Stat. L. 1. a. 69. p. 139. Mühlhäuſ. Proz. O. t. 4. §. 1.

7) Stadt Hildesh. Ger. O. S. 31.

8) *Manzel* Jus Meckl. L. II. c. 72.

9) Hofger. Ordn. tit. 15.

10)

10) Schleſw. Holſt. Hofger. O. P. IV. t. 16. §. 4. p. 134. Danzke Lov. III. 17. 41.

11) Lüb. Stat. III. 6. a. fin. Steins Einl. §. 122.

12) Hamb. Stat. I. 9. 5. II. 8. 1.

13) Würtemberg. L. R. L. 2. tit. 29.

14) Bad. L. R. S. 17.

15) Ulm. Stadtr. P. 2. t. 5. §. 16. 18.

16) Reform. Nor. tit. 28. §. 6.

17) Hohenloh. L. R. S. 48.

18) Jül. und Berg. Rechtsordn. S. 87.

19) Fränk. L. G. O. P. III. t. 7. §. 7. t. 16. §. 1. 2.

20) *Kreitmayr* ad Cod. Max. Bav. Civ. p. 121.

264.

Verzeichnis von den Preußiſchen Staaten.

In den Preußiſchen Staaten finden ſich kriegeriſche Vormünder (Curatores litis) in Oſt- und Weſtpreußen 1), Pommern 2), Schleſien 3), im Magdeburgiſchen 4), vorzüglich zu Halle 5), in Oſtfriesland 6) und in andern Provinzen u. Städten, desgleichen überall, wo Lübiſches und Sächſiſches Recht angenommen iſt. Durch das Königliche Juſtizreglement von 1739. §. 149. ſollten ſie zwar bey allen Ober- und Untergerichten aufgehoben ſeyn; allein das Geſez kam nicht zur Vollſtreckung, ſondern ſie blieben größtentheils 7), wie vorher. Es gilt demnach auch noch eine gewiſſe Stelle 8) der Erklärung und Verbeſſerung der Magdeburgiſchen Prozeßordnung vom 16. May 1696.

1)

1) Preuß. verb. Landr. B. 2. Inſtrukt. für die Preuß. Juſtizkoll. vom 16ten Sept. 1751. §. 150. Beylage A. zum Weſtpreuß. Notifikationspatent vom 28. Sept. 1772. Abſchn. 2. n. 2. E. Inſtr. für die Weſtpreuß. Reg. vom 21ſten Sept. 1773. T. Vc. p. 2194. 2195. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 496.

2) *Mev.* P. V. deciſ. 99. Steins Einleit. ins Lüb. Recht §. 143. 259.

3) *de Friedeberg* de gen. et part. quibusdam Sileſ. jur. L. 1. c. 6. §. 3. *Behmer* nov. jus controverſ. obſerv. 43. *Schuberth* de LL. Sileſ. §. 4.

4) Magdeb. Proz. O. von 1686. c. 13. §. 2. von 1696. c. 13. §. 1. C. C. Magdeb. P. II. p. 30. 122. 81.

5) D. Hempels Preuß. Prozeß Lexikon S. 611.

6) Oſtfrieſ. Landr. B. 2. c. 134. 181. *Eyben* de tut. fem. P. I. m. 1. §. 8. int. opp. p. 325. Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 1. §. 9. 10.

7) Vangerows Preuß. Wechſelr. §. 75.

8) C. 13. §. 1. 2. 3. C. C. Magdeb. P. II. n. 122.

IV. Abſaz.

Pupillariſche Vormundſchaft.

265.

Erklärung.

Die Vormundſchaft über Unmündige iſt eine öffentliche Verpflichtung zur Aufſicht und Beſchützung der Unmündigen und Verwaltung ihres Vermögens 1).

1)

1) *Lauterbach* in Colleg. theor. pract. tit. de tutel. §. 3.

266.

Verſchiedenheit von der Kuratel.

Im Römiſchen Rechte wird davon die Kuratel abgeſondert, welches eine von der Obrigkeit und dem Geſetze verliehene Gewalt iſt, das Vermögen derjenigen zu beſorgen, die ihren Angelegenheiten ſelbſt nicht vorſtehen können oder dürfen 1).

1) *Hellfeld* in Jurisprud. forenſ. L. I. tit. 4. §. 131.

267.

Nichtbeobachtung in Teutſchland.

Obſchon ehemals bey den Teutſchen dieſer Unterſchied ebenfalls beobachtet worden iſt 1), ſo wird er doch heutzutage nicht mehr geachtet 2), und es ſind nur wenige Statuten 3), wo noch einige Spuren davon vorkommen, (§ 116.). Z. B. nach Preußiſchem Rechte 4) darf beym 14. oder 12jährigen Alter der Pupillen der Vormünder nicht genöthiget werden, die Kuratel fortzuführen, ſondern ſie muß ihm auf ſeine in den erſten 6 Wochen geſchehene Anzeige abgenommen werden. Eben ſo wenig darf den etwas erwachſenen Minderjährigen ein Vormünder aufgedrungen werden, und ſie können die Perſon deſſelben ſelbſt auswählen, und müſſen von ihm manchmal zu Rath gezogen werden 5).

1) *Pufendorff* Obſervat. Jur. Vn. T. I. p. 148.

2) C. W. *Gaertner* Diſſ. jure Germ. inter tutores et curatores, pupillos et minores non diſtingui. Lipſ. 1732.

3)

3) *Ge. Beyer* Diſſ. de hod. tutorum et curatorum differentia. Vit. 1703.

4) C. C. March. T. II. Abth. II. pag. 74.

5) Hohenloh. L. R. S. 54. Proj. Corp. Jur. Frid. P. I. L. III. tit. 7. 8. welches aber durch die Inſtr. an die Oſtpreuß. Regier. pag. 492. aufgehoben, allein in Corp. Jur. Frid. Noviſſ. L. I. P. IV. tit. 3. §. 30. p. 48. wieder eingeführt worden.

268.

Gedoppelter Grund der Obliegenheiten eines Vormunds.

Was nun die Rechte und Obliegenheiten eines Vormünders 1) betrift, ſo ſind ſie gedoppelt. Denn theils entſpringen ſie aus der Aufſicht über die Perſon des Minderjährigen, theils aus der Verwaltung ſeines Vermögens.

1) *Thom. Schroer* Inſtitut. tutorum et curatorum, von dem Amt der Vormunder und Pflegeväter. Francof. 1666. Bresl. 1672.

Iac. Gottl. Martini Diſſ. de officio tutorum et curatorum. Lipſ. 1743.

Staat und Unterricht für einen Vormünder und Pfleger im Herzogthum Wirtemberg. 1776. in Carl Friedr. Elſäßers Beyträgen vorzüglich zum Kanzleyweſen. Erl. 1783. S. 219. ff.

Claproth Unterricht für Vormünder. Gött. 1773.

Lange Anleitung zu einer vernünftigen Vormundſchaftsführung. Frankf und Leipzig 1774.

Chriſt. Blumblachers Vormundſchaftsbüchel. Salzburg 1668.

269.

269.

Befugniſſe deſſelben.

Der Vormund vertrit nicht nur die Stelle der Obrigkeit, ſondern auch der Eltern. Die Minderjährigen können daher ohne ihn ſich nicht verbindlich machen, noch ein Eheverlöbniß halten, noch eine gewiſſe Lebensart ergreifen 1). Er hingegen kann ohne ſie und ihr Vorwiſſen und Gutachten für ſie allerlei Verbindlichkeiten eingehen 2), ſie züchtigen 3), und in die Gefängniſſe, Zuchthäuſer und Feſtungen bringen laſſen, ſie vor Gerichte ohne Bevollmächtigung vertreten 4), ihre Sachen veräußern, und die Vormundſchaft, ohngeachtet ihrer Gefangenſchaft, fortführen 5).

1) Eſtor Th. 3. §. 971. *Gundling* in Gundling. de auct. tut. *Pufendorff* T. 1. obſ. 11. p. 17. T. II. obſ. 93. p. 390. T. III. obſ. 43.

Daher in den Preuß. Hypothekenbüchern ihre Unmündigkeit bemerkt wird. Reſcr. vom 24. Sept. 1778. Tom. VI. Corp. Novi p. 1336.

2) *Leyſer* Specim. 224. med. 2. *Kreitmayr* Tom. I. pag. 231.

3) *Mevius* P. IV. deciſ. 184. n. 6.

4) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 3. §. 30. et tit. 1. §. 4.

5) *Neumann* de patr. pot. et tut. princ. §. 481. p. 309.

270.

Einſchränkungen.

Jedoch muß er in wichtigen Sachen die Einwilligung der Waiſengerichte und Pupillenkollegien 1) ein-

hohlen, und ſeine geringſte Nachläßigkeit, worüber noch ſeine Erben verantwortlich ſind 2), wird hart beſtraft 3). Die volljährigen Kinder genießen in Anſehung des dabey erlittenen Schadens das Wiederherſtellungsrecht 4), und ſein Ungehorſam iſt ihnen nicht nachtheilig. Denn die Exekution wird gegen ſein Vermögen angeſtellt 5).

1) Preuß. Reſcr. vom 19. Apr. 1773. über die Beſtimmung der Grenzen des Pupillenkoll. T. V. c. p. 553.

2) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de culpa ab haeredibus tutoris praeſtanda. Hal. 1709.

3) Reichspol. Ordn. von 1577. tit. 32. §. 3. Mainz. Lr. t. 5. §. 12. 15. S. 12.

4) *Neumann* cit. l. §. 509. p. 327.

5) Reichsdeputationsabſchied von 1600. §. 5. 6.

271.

Verfertigung eines Vermögensverzeichniſſes.

Wegen der Vermögensverwaltung, die manchmal unter mehrern getheilt iſt 1), muß jeder Vormünder gleich bey Antretung der Vormundſchaft über den vorhandenen Nachlaß ein Inventarium verfertigen laſſen 2), oder, in Sachſen wenigſtens 3), ein eidlich beſtärktes Vermögensverzeichnis 4) begreifen, und den Gerichten übergeben. Die Unterlaſſung macht ihn der Unredlichkeit und einer groſsen Fahrläßigkeit verdächtig, und im Preußiſchen darf er vor Berichtigung dieſer Sache die Verwaltung gar nicht führen 5). Es hat hernach gegen ihn das Iuramentum in litem ſtatt, und er verliert

ſiert im Preußiſchen das Beneficium Ceſſionis 6). In den meiſten Ländern geſchieht gleich nach dem Todesfalle eine obervormundſchaftliche Verſiegelung 7) und Sperrung, worauf ſogleich die Inventur vorgenommen wird.

1) C. C. March. T. II. Abth. 2. p. 61. Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. t. 3. §. 30. p. 45. Moſers Staatsrecht Th. 18. S. 330.

2) Reichspolizeyordnung von 1577. tit. 32. §. 3. Die Form ihrer Verfertigung im Preuß. Reſcr. vom 18. Jan. 1760. Ausführl. Anh. S. 289. und das Formular S. 156. Eſtor Th. III. §. 960. S. 561.

3) *Boehmer* Tom. III. P. II. Conſil. 479. n. 7. Siehe jedoch *Reinharth* ad *Chriſtin.* P. IV. c. 30. 31. p. 29.

4) F. *Mevius* de jurata ſpecificatione heredis et aliorum. Francof. 1665. *C. F. Schroeter* Diſſ. de jurata ſpecificatione. Ien. 1715. *C. W. Strecker* Diſſ. de ſpecificatione jurata. Erf. 1737.

5) Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. t. 22. §. 2.

6) C. C. March. T. II. Abth. 2. p. 140.

7) Preuß. Edikt wegen der Erberklärung, Wolthat des Inventariums ꝛc. vom 30. April 1765. Abth. I. §. 18. im ausführl. Anhang zum Cod. Frid. S. 148. ff.

272.

Ausnahmen.

Von dieſer Obliegenheit iſt nicht einmal ohne gerichtliche Unterſuchung derjenige Vormund befreyt, dem der Vater im Teſtamente die Errichtung eines Inventariums verboten hat 1), als welches ihm dennoch

 nach

nach Befinden der Umſtände von dem Obervormundſchaftsamte aufgelegt werden kann 2). Bey der Unterlaſſung hat aber gegen ihn die Vermuthung der Unredlichkeit eben ſo wenig ſtatt, als überhaupt bey der Mutter. Im Preußiſchen kann der Vater die Mutter und jeder fremder Erblaſſer ihren beſtellten Vormund nicht nur von dem Inventarium, ſondern auch von jeder Obervormundſchaftlichen Abhänglichkeit befreyen. Aber er muß hierüber (beſonders beym Handlungsweſen) deutliche und beſtimmte Verfügungen hinterlaſſen haben 3). Denn außerdem muß der Vormünder jedesmal ein offenes oder verſiegeltes Verzeichnis ſogleich, oder wenigſtens bey denen in den Geſetzen vorgeſchriebenen Fällen einreichen.

1) *Boehmer* Reſp. 593.

2) L. 10. D. de confirm. tut. L. 3. §. 7. D. de adminiſtr. et pericul. tut.

Ausführl. Anh. zum Cod. Frid. Berl. 1769. p. 289. 290.

3) Königl. Reſcripte vom 10. Febr. und 18. Dec. 1758. in C. C. March. Nov. T. II. p. 285. vom 13. Dec. 1761. Tom. III. cit. loc. pag. 93. und 14 Sept. 1763. pag. 285. Beyl. A. zum Weſtpreuß. Notifikationspatent von 1772. ibid. T. V. Jahrg. 2. p. 480. Inſtrukt. für die Weſtpreuß. Regierung von 1773. Jahrg. 3. p. 2184. ſqq. Inſtrukt. für die Oſtpreuß. Regierung von 1774. Jahrgang 4. pag. 486. ſqq.

273.

Nuzbare Vormundſchaft.

Mit der Verwaltung des Vermögens der Unmündigen hatte es ehemals eine ganz andere Beſchaffenheit.

heit. Der Vormünder erhielt den Mitbeſiz und das Samteigenthumsrecht an allen Grundſtücken ſeines Mündlings, wovon er ſich die Einkünfte ausſchlieſſungsweiſe zueignete, und dieſem davon bloß den ſtandesmäßigen Unterhalt und die Erziehungskoſten abzugeben hatte. Nebendem behielt er auch das ganze Mobiliarvermögen in ſeinem Eigenthume 1). So war das Vormundſchaftsrecht in dem Mittelalter beſchaffen, und wird manchmal noch ſo bey den Eltern und Eheleuten angetroffen. Beym Lehenweſen, bey erlauchten und adelichen Perſonen 2), desgleichen bey den Bauern 3) zeigen ſich noch viele Spuren davon, und werden die nuzbare Vormundſchaft, Tutela fructuaria, genennt.

1) *S. F. Rappold* Diſſ. de anecgloſtico. Alt. 1685. *Pet. Schulze* de aneegloſticis. Francof. 1685. *Ier. Eb. Link* de tutoribus anecgloſticis. Arg. 1733. *Chr. Lud. Crell* de tutore anecgloſtico, et quando rationes tutelae repoſci nequeant. Vit. 1741. *Io. Pet. de Ludewig* differentiae Jur. Rom. et Germ. in fructuum attributione inprimis tutelae fructuariae. Hal. 1712. *Pufendorff* de tutela fructuaria ad Jus Lun. hod. adcommodata. Tom. I. obſ. 47. *Struve* in Jurisprud. Her. P. V. p. 587. ſeqq. et 653. P. VI. pag. 71. *Weſtphalen* Monum. ined. rer. Cimbr. et Megapol. T. II. p. 339. T. III. pag. 78. T. IV. p. 315. 1718. 1978. 2038. 2098.

2) *Brunnemann* Conſil. 160. Eſtor Th. 3. §. 965. 964. Moſers Staatsrecht Th. 18. S. 363. ff. *Conr. Frid. Hoſer* Diſſ. ſiſtens obſervat. quasdam de tutela fructuaria perſonarum S. R. I. German. illuſtrium. Tubingae 1770.

 3)

3) *Pufendorff* cit. l. §. 49.

274.

Rechnungsablegung.

Heutzutage müſſen die Vormünder alle Jahre bey geringem Vermögen nur alle 2 und 3 Jahre Rechnung ablegen 1), bey deren Abhörung nach der Praxis vieler Orten ein Anverwandter zugezogen wird 2). Nach geendigter Vormundſchaft muß er dem Vormundſchaftsamte die Schlußrechnung überreichen 3), welches hierauf dieſelbe aufs genaueſte unterſucht, und der großjährige Mündel iſt indeß berechtiget, ſie anzufechten 4), und Erinnerungen dabey zu machen 5). Zulezt wird jenem eine Urkunde 6) der richtig befundenen Rechnungen zugeſtellt, wodurch er von allen weitern Anſprüchen frey bleibt 7).

1) Reichspolizeyordn. von 1577. tit. 32. §. 3. Naß. Kazenelnb. L. O. t V c. 6. p. 164. Solmſ. Lr. P. II t. 21. §. 34. Staat eines Wirtemb. Vorm. C. 4. §. 3.

2) *Bruckner* de rationar. adminiſtrat. c. 2. §. 14.

3) Eſtor Th. 3 §. 980.

4) C C. March. T. II. Abth. II. p. 73.

5) Vangerow Theorie der gerichtl. Dekretirkunſt §. 605.

6) Formel bey Spaten Sekretariatkunſt Th. II. Vorſt. I. S. 117. n. 5.

7) *Kreitmayr* T. I. p. 240. *Struve* in Jurisprud. her. P. VI. c. 4. §. 13. p. 140.

275.

Landesherrliche Aufſicht über das vormundſchaftliche Rechnungsweſen.

Alle Rechnungen 1) müſſen dreyfach verfertiget ſeyn. Eine für das vormundſchaftliche Kollegium, eine für den Pupillen, und eine für ſich ſelbſt 2). Nach jedem Rechnungsſchluß hat er den baaren Geldvorrath vorzuzeigen, und obervormundſchaftliche Verfügung über deſſen Anlegung abzuwarten 3). Im Preußiſchen müſſen die Gelder in die Bank gethan 4), oder auf ſichere Hypotheken ausgethan werden 5). Unterläßt er überhaupt die Anzeige und Vorweiſung des baaren Geldes, und legt zugleich keine Rechnung ab, ſo muß er die Intereſſen bezahlen 6). Im Preuſſiſchen dürfen davon keine Gelder an ihn bezahlt, und es müſſen ſie ſamt den Schuldverſchreibungen bey Gerichte deponirt werden, wenn er mit Grundſtücken die Verſicherung zu machen nicht im Stande geweſen, oder von dieſer Obliegenheit im Teſtamente befreyt worden iſt, und es wird dieſer Umſtand jedesmal in ſeinem Tutorium angemerkt 7). Manchmal iſt der Tutor von der Rechnungsablegung im Teſtamente, oder durch Geding befreyt, aber deſſen ohngeachtet muß er ſie verfertigen, nur darf er ſie denen Vormundſchaftsgerichten nicht überreichen 8).

1) Deren Formulare bey *Polac* in Matheſi forenſ. Eſtors Unterricht von Abfaß. der Urtheln. c. 20. p. 373. Kaſſel. Grebenordn. p. 138.

 2)

2) Eſtor Th. III. §. 970. Staat eines Würtemb. Vorm. C. IV. §. 1. ff.

Claproth von Verfertigung und Abnahme der Rechnungen. Gött. 1769.

3) Preuß. Reſcript vom 12. Dec. 1754. im ausführlichen Anh. p. 291. Vorm. Ordn. von 1718. §. 36. 47. 75. Proj. C. Jur. Frid. P. I. L. 3. tit. 6. art. 3. §. 51. Preuß. Lr. L. III. t. 6. a. 12.

4) C. C. March. Nov. T. IV. p. 4047. 4065. T. V. a. p. 29. 43. T. V. c. p. 2191. T. V. d. p. 492. T. VI. p. 1191.

5) Staat eines Würtemberg. Vormünders Cap. III. §. 16. *Behmer* Jus nov. controv. obſ. 151. *Caſp. Ach. Beck* Diſſ. de periculo nominis pupillaris. Ien. 1729.

6) *Lud. Mencken* Diſſ. de tutore et curatore ad vſuras ex debito ſuo vſurario obligato. Lipſ. 1703.

7) Reſcr. vom 24. Jan. 1758. im ausführl. Anh. S. 285. Reſcr. vom 22. Febr. 1760. ebendaſſelbe Reſcr. vom 23. Febr. ej. a. C. C. March. Nov. T. II. p. 414. Cirkulare vom 16. Sept. 1770. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 7391.

8) C. C. March. Nov. T. V. c. p. 2192. T. V. d. p. 493.

276.

Ausnahme bey erlauchten Perſonen.

Der Reichshofrath verlangt ebenfalls von den erlauchten Vormündern die Rechnungsablegung, welches ihm aber bey Landesadminiſtrationen nicht eingeräumt wird, ſondern die Rechnungen werden bloß dem Prinzen nach angetretener Regierung vorgelegt, von ihme genehmiget, und jenem dafür eine Quittung ertheilt 1).

1) *Struve* in Jurisprud. Her. P. VI. p. 135. Moſers Staatsrecht Th. XVIII. S. 363. Ringler de tut. ill. c. 7. p. 238. Spatens Sekretariatkunſt, Abth. II. S. 115. ff. S. 471.

277.

Belohnung des Vormünders.

Aus dem alten nuzbaren Vormundſchaftsrecht iſt noch übrig, daß den Vormündern heutzutage, gleichwie bey den Römern 1), eine Belohnung ausgeſezt wird 2), und jezo die Vormundſchaft nicht mehr unentgeltlich iſt 3), ſondern von dem Gerichte bey Privatperſonen jedesmal nach der Größe des Vermögens beſtimmt wird 4). Bey erlauchten und adelichen Perſonen aber ſind gewiſſe Summen theils in den Hausverträgen, theils durchs Herkommen feſtgeſezt 5). Nach der Regel ſoll bey Privatperſonen keine Beſoldung ſtatt haben, und wird auch bey dürftigen Pupillen ſchlechterdings nicht zugegeben. Die Fälle, wo ſie gereicht werden muß, ſind ein Vermögen, das ſehr weitläuftig und beſchwerlich zu verwalten iſt, oder wobey viele Reiſen zu thun und Prozeſſe zu führen ſind, daher viel Zeitverſäumnis geſchieht, oder der Vormünder in dürftigen Umſtänden ſich befindet. Im Preußiſchen und Würtembergiſchen wird bey jeder Rechnungsabnahme die Verehrung beſtimmt; wenn aber der Beſtand zum Unterhalt der Unmündigen kaum zureicht, ſo wird nichts angewieſen 6). Es müſſen aber auch in dieſem Falle alle mäßige und nothwendige Koſten vergütet werden 7).

1) *Iac. Gothofred.* de Salario C. V. §. 16.

2) Bad. Lr. P. III. t. 6. Baier. Lr. t. 5. a. 14 Tyrol. Lr. L. III. t. 5. Würtemb. Lr. t. 40. Fränk. L. G. O. P. III. t. 22. §. 2. Frankf. Ref. P. VII. t. 13. §. 2. Magdeb. Pol. O. c. 43. §. 22. Oſtfrieſ. L. R P. II. t. 224. ſ. 230.

3) *I. D. Imlen* Diſſ. de Salario tutorum. Arg. 1672. *M. B. Hering* de munere tutelari haud gratuito. Roſt. 1738. *Lud. Mencken* Diſſ. de Salario tutorum et curatorum. Lipſ. 1694. *Bernh. Lud. Mollenbeck* de Salario tutorum et curatorum. Gieſſ. 1740.

4) *Schilter* in Praxi Jur. Rom. in for. Germ. Exerc. III. §. 11. p. 57. Exercit. XXXVII. §. 9. p. 177. *Mev.* P. VIII. deciſ. 433. *Boehmer* T. III. P. II. Conſ. 356. n. 6.

5) *Struv.* in Jurisprud. heroic. T. VI. pag. 138. Moſers Staatsrecht Th. XVIII. Seite 373. Eſtor Th. III. §. 963.

6) C. C. March. Tom. II. Abth. II. p. 83. Reſcript an den Magiſtrat zu Halle vom 2ten April 1756. in C. C. March. Nov. T. II. p. 58. und ausführl. Anh. p. 285. Staat für einen Würtemberg. Vormünder C. V. §. 2.

7) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 82. Staat für einen Würtemb. Vorm. C. V. §. 1.

278.

Preußiſche Einſchränkung der Sporteln und Gerichtsgebühren in Pupillenſachen.

Bey ganz armen Vormundſchaften, deren jährliche Einnahme nicht zum Unterhalte und zur Erziehung der Unmündigen hinreicht, dürfen von den Gerichten

richten und Pupillenkollegien keinerlei Sporteln, Stempel- Schreib- und Inſinuationsgebühren, und wo des Jahrs nur ein geringer Ueberſchuß vorhanden, nur Stempel- Poſt- und Schreibegebühren genommen werden 1). Bey größerm Vermögen werden allenfalls nur mäßige Abgaben entrichtet 2).

1) Reſcripte vom 4. Octob. 1765 und 20. Jul. 1766. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 506. und im ausführlichen Anh. S. 302. ff.

Inſtrukt. für ſämtliche Pupillenkoll. vom 28. Dec. 1772. §. 1. 2. in Tom. VI. Corp. Novi p. 1805.

2) cit. l. §. 3. p. 1806.

279.

Kautionsbeſtellung.

Die Vormünder, die nicht im Teſtamente dazu ernennt ſind, und die Adminiſtration des Vermögens in Händen haben, müſſen Kaution beſtellen, die ihnen im Preußiſchen auch in jenem Falle auf ihre Grundſtücke im Hypothekenbuch eingetragen wird. Da nach gemeinem Rechte 1) ein jeder mit Grundſtücken verſehener Tutor von der Kaution befreyt iſt 2). Allein es iſt von denen Preußiſchen Vormundſchaftsämtern darauf zu ſehen, daß ſie dabey nicht allzuſehr beläſtiget werden. Zu dem Ende müſſen jene für die ſichere Unterbringung der Kapitalien ſelbſt mit Sorge tragen 3), und die Obligationen bey ſich aufbewahren, die vorräthigen Gelder ad depoſitum nehmen 4), und die Kaution bloß nach dem Betrage der jährlichen Einkünfte

auf

auf ein gewiſſes Quantum beſtimmen 5). Nicht ſo weiſe und vorſichtig ſind die Geſetze anderer Staaten 6).

1) *Ge. Henr. Ayrer* Diſſ. de cautione a bonorum immobilium poſſeſſore non exigenda. Goett. 1748.

2) Preuß. Reſcript wegen Eintragung der Vormundſchaften auf des Vormunds liegende Gründe, vom 9ten Sept. 1760. im ausführl. Anh. S. 286.

3) Königl. Preuß. Verordnungen von Ausleihung der Pupillengelder, vom 13. Jul. 1756. und 12. Jun. 1767. im ausführl. Anh. S 299.

4) Hierüber ausführliche Verordnung vom 2. Jun. 1763. im ausführl. Anh. p. 291. ſqq.

5) Reſcripte vom 2. April 1756. 22. Febr. und 9. Sept 1760. im ausführl. Anhange zum Cod. Frid. p. 285. 286. C. C. March. Nov. T. II. pag. 463. Cirkulare vom 16ten Sept. 1770. C. C. March. Nov. T. IV. p. 7391.

6) Siehe Staat für einen Würtemberg. Vormünder C. III. §. 16.

280.

Veräußerung der Unmündigen Güter.

Jeder Vormünder muß zur Veräußerung eines unbeweglichen Guts und der Geradeſtücke 1) die obrigkeitliche Einwilligung haben, die ihm durch ein Dekret ertheilt wird 2). Es muß zwar nach der Regel darum in foro rei ſitae angeſucht werden. Im Preußiſchen dürfen aber derlei Gerichte daſſelbe ohne vorherige Anfrage beym Pupillenkollegio nicht ertheilen 3). An einigen Orten 4) haben die Vormünder über die Güter

große

groſse Gewalt auszuüben. Im Preußiſchen muß bey der Schuldeintragung ins Hypothekenbuch der Konſens des Kurators und die Beſtätigung des Vormundſchaftsamts vorhanden ſeyn 5).

1) *Ge. H. Ayrer* Diſſ. de reb. pupillae geradicis a tutore non alienandis. Goett. 1754. Staat für einen Würtenberg. Vorm. §. 6. Vangerow gerichtl. Dekretirkunſt §. 584.

2) Vergl. C. C. March. T. II. Abth. II. pag. 72. T. V. Abth. I. p. 15. 34. Staat eines Würtemberg. Vorm. C. III. §. 9. 10. 11. Corp. Jur. Frid. P. II. t. 26. §. 47. *Vlr. ab Eyben* Diſſ. de decreto in alienandis minorum ceterarumque his ſimilium perſonarum rebus neceſſario. Gieſſ. 1668.

3) Reſcr. vom 2. April 1760. im ausf. Anh. S. 287.

4) Wirzburg. L. G. O. tit. 120. §. 5. *Demerath* Differ. Jur. Commun. et Francor. c. IV. diff. 2.

5) Preuß. allgem. Hypothekenordnung. Berlin 1784. §. 129 S. 53.

281.

Vormundſchaftseid.

Jeder Vormünder, ausgenommen ein Ehrenvormünder, muß gleich bey Antretung der Vormundſchaft den Vormundſchaftseid der Obrigkeit ablegen 1). Es war dieſer ehemals weder in ganz Teutſchland, noch iſt er jezo in Sachſen üblich. Allein in der Folge wurde er durch allgemeine Reichspolizeygeſeze 2) eingeführt, und bis dieſe Stunde auch von den beiden höchſten Reichsgerichten beobachtet, nur daß er hier durch Bevollmächtigte abgelegt werden darf 3).

1) Zweibrück. Hofger. O. tit. 13. Ulm. Stat. P. I. tit. 3. P. II. tit. 8. Heß. Samthofger. Ordn. Naßau Kazenelnbog. L. O. t. 5. c. 1. Solmſ. Lr. P. II. tit. 21. §. 12. Kurpfälz. Hofger. O. t. 18. ſ. 18.

2) R. P. O. von 1548. tit. 31. §. 3. von 1577. tit. 32. §. 3. Reichskammergerichtsordn. von 1555 P. I. tit. 75. 76.

3) *Struve* in Jurisprud. Her. T. VI. p. 89.

282.

Unerlaubte Heirath eines Vormünders mit ſeiner Pupillin.

Aus weiſen Polizeygründen wird die Ehe eines Vormünders mit ſeiner Pupillin bald vor abgelegter Vormundſchaftsſchlußrechnung, und bald gar nicht geſtattet 1), weil ein ſolcher viele Gelegenheit hat, dieſelbe zur Heirath zu verführen, und dadurch eine geſchehene Verſchwendung ihres Vermögens vor den Augen der Obrigkeit verbergen kann. In dem Neueſten Preußiſchen Geſezbuche iſt demſelben verboten, während ſeiner Vormundſchaft, ohne vorhergegangene obrigkeitliche Unterſuchung und Genehmigung, ſich oder ſeine Kinder mit den Pflegbefohlnen zu verheirathen 2). Iſt aber dieſes dennoch geſchehen, ſo hat das Gericht von Amtswegen deshalb Unterſuchung anzuſtellen, und die Ehe, auf den Fall die Pflegbefohlene ſie nicht fortſezen will, für nichtig zu erklären 3), und den Vormund mit der Eheſcheidungsſtrafe zu belegen. Wenn die Pflegbefohlene jezo die Ehe fortſezen will, ſo kann ſie hierinn ihre Geſinnung bis zur erlangten Volljährigkeit ändern, und der Vormund wird deſſen ohngeachtet

ſeiner

ſeiner Vormundſchaft entſezt, in die Strafen des übertretenen Ehegeſezes verdammt, und erlangt erſt nach dieſem Zeitpunkte die Rechte eines Ehegemahls auf das Vermögen der Frau 4)

1) L. 59. D. de ritu nupt. L. 1. 6. Cod. de interd. matr. Magdeb. Pol. Ordn. C. XXXVII. §. 40.
Berger in Oecon. Jur. L. I. tit. 3. th. 5. n. 2.

2) Entwurf eines allgem. Geſezbuchs für die Preuß. Staaten, Th. I. Abth. I. t. 1. Abſch. I. §. 8.

3) Diß iſt ſchon verordnet geweſen in Project. Corp. Jur. Frid. P. I. L. 2. tit. 3. art. 1. n. 1.

4) Preuß. Geſezbuch Abſchn. X. §. 707. bis 713. Seite 143. 144.

283.

Polizeyanmerkung.

Hiebey iſt mit vieler geſezgeberiſcher Klugheit für das Vermögen der Pflegbefohlenen gewacht. Aber werden dieſe Geſeze noch dann ihren Zweck erreichen, wenn ein unmündiges Frauenzimmer von Stande nichts als ihre Schönheit im Vermögen beſizt, und der Vormünder auch nach dieſer lüſtern geworden iſt? Kann ſie das, was ſie in der Hochzeitnacht verloren hat, wiederum durch irgend einen richterlichen Ausſpruch erlangen? Wäre es alſo nicht ein kürzerer Weg, jedem Prieſter die Trauung eines Vormünders mit ſeiner Pflgebefohlenen geradezu bey Strafe der Abſezung zu verbieten? Ich gebe indeß zu, daß dergleichen Ehen nach älterm teutſchen Rechte zuläßig geweſen ſind 1). Allein heutzutage finden die dabey zum Grunde gelegenen

nen Prinzipien nicht mehr ſtatt. Daher davon keine Anwendung gemacht werden kann.

1) Beyträge zur juriſt. Litteratur in den Preuß. Staaten. Samml. I. S. 93. 94.

V. Abſaz.

Gattungen der Pupillariſchen Vormundſchaft.

284.

Verzeichnis.

Es ſind dieſelben die Stammsvormundſchaft, die Lehensvormundſchaft, die Staatsvormundſchaft, die zugeſagte, teſtamentliche, obrigkeitliche, und die Ehrenvormundſchaft. Die leztern gehören zu den gekohrnen Vormündern, wovon im folgenden Abſchn. III. gehandelt wird.

285.

Stammsvormundſchaft.

Dieſe iſt eine Gattung der Geſchlechtsvormundſchaft, wovon wir bereits die übrigen ihr an der Seite laufenden, als die Ehelichen und Elterlichen Vormundſchaften, betrachtet haben. Sie heiſt lateiniſch Tutela legitima, weil ſie die Praktiker in den ſtatutariſchen Geſezen wahrnahmen. Sie iſt aber älter, als unſere teutſche Geſezgebung, und ein Ueberbleibſel der altteutſchen Geſchlechtsmünde 1). Daher ſie beſonders bey adelichen und erlauchten Perſonen den Vorrang vor den andern behauptet, und auf Seiten der Anverwandten ein wolerworbenes Recht iſt, das ihnen ſelbſt von

von dem Vater der Unmündigen nicht entzogen werden kann.

1) Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. III. §. 952. 953.

286.
Grund ihres Eintritts.

Weil ſie zugleich ihren Urſprung aus dem Samteigenthum genommen hat, ſo gebührt ſie allen denen, die auf den Todesfall der Unmündigen ein Erbrecht haben 1). Daher bey erlauchten und adelichen Perſonen zuerſt den Schwerdtmagen 2), und dann den Spielmagen 3). Bey den übrigen Klaſſen überhaupt dem nächſten Anverwandten nach der Erbordnung 4).

1) *Io. Bernh. Frieſe* Diſſ. de tutelae et ſucceſſionis legitimae nexu. Ienae 1719.

2) Kaiſerrecht c. 32. ap. *Senckenberg* in C. J. Germ. T. I. P. I. p. 35.

3) *Luder Mencken* Diſſ. de praerogatiua agnatorum prae cognatis in ſuſcipienda tutela curaue, quoad allodium et feudum. Lipſ. 1697.

4) *Arn. Io. Schott* Diſſ. de tutela legitima. Traject. 1723. *Gottl. Reiſe* de fundamento tutelarum legitimarum jure Saxonico antiquo, medio et recentiori. Ien. 1745.

287.
Anmerkung.

Nach der goldenen Bulle werden von der Stammsvormundſchaft eines Kurprinzen die geiſtlichen Agnaten ausgeſchloſſen 1). Wenn im Mittelalter der Erſtgebohrne großjährig wurde, ſo übernahm er vom agnati-

ſchen Vormünder die Vormundſchaft über ſeine jüngern Geſchwiſter 2).

1) *Io. Ge. Eſtor* Comment. num Elector ſaecularis impuber ſit in tutela electoris clerici agnati? Marp. 1745.

2) Ebenderſ. bürg. Rechtsgel. Th. III. §. 953. 968.

288.

Ausdehnung.

Weil die Stammsvormundſchaft aus dem Samteigenthume und Erbrechte ſich ableitet, ſo folgt daraus, daß auch diejenigen, die mit den Unmündigen in keiner Geblütsverbindung ſtehen, aber vermög Verträge ein Erbfolgerecht an dem Gute haben, zur Uebernahme der Vormundſchaft ſowol verpflichtet, als berechtiget ſind. Dieſe Befugnis und Obliegenheit haben daher die Geſamthänder, Anwartſchaftserben, die Lehenherren, Ganerben, und die Erbverbrüderten Geſchlechter 1).

1) *Car. Frid. Walch* Diſſ. de tutela extraneorum legitima. Ien. 1753.

289.

Beſondere Gattungen.

Durch die häufigen Erbvereinigungen, Erbverbrüderungen, Ganerbſchaften, Burgmannſchaften unter den Teutſchen, worinn meiſt wechſelſeitiger Schuz und wechſelſeitiges Erbrecht bedungen wurde, entſtand die Zugeſagte Vormundſchaft, die erſt dann zur Vormundſchaftsverwaltung berechtigte, wenn keine Geſchlechts- und Stammsvormünder vorhanden waren. Sonſt gehört dieſe Vormundſchaft nach ihrer heutigen Beſchaffenheit zur folgenden Gattung.

290.

Lehensvormundſchaft.

Weil die Lehen urſprünglich der Sold für die Lehendienſte waren, ſo behielt der Lehenherr die Lehen ſeiner unmündigen Vaſallen ſo lange in ſeinem Genuſſe, bis ſie im Stande waren, ihm dafür Dienſte zu thun 1), und gab ihnen indeß davon den nöthigen Unterhalt. Das hieß der Anfall, das Angefälle. In der Folgezeit übergab den Beſiz des Lehens ſamt der Vormundſchaft über den Unmündigen als feudum Guardiae, Cuſtodiae, Vormundſchaftslehen, der Lehenherr Einem andern ſeiner Vaſallen 2); endlich überließ er dieſe nuzbare Vormundſchaft der Mutter, oder den Agnaten 3), unter der Bedingung, ihm dafür durch einen tüchtigen Lehenträger das Lehen gehörig zu vermannen. Diß war alſo der Urſprung der Lehensvormundſchaft 4), die mit der Allodialpflegſchaft eine gleiche Ordnung beobachtet 5), und nur beym Lezten des Stamms auf den Lehenherrn kömmt 6).

1) Sächſ. Lehenr. Art. 28. Alem. Lehenr. c. 55.

2) Alem. Lehenr. c. 106. *Buder* Amoenit. Jur. feud. c. 11. p. 141.

3) Alem. Lehenr. c. 55. *Pufendorff* Obſ. Jur. Vn. T. I. obſ. 201.

4) Eſtors bürgerl. Rechtsgel. Th. III. §. 958. S. 556. 557. §. 953. S. 548.

5) *Hier. Frid. Schorch* Diſſert. de tutela feudali ejusque differentiis ab allodiali. Erfurti 1745. §. 5.

 6)

6) *Iac. Car. Spener* Diſſ. de datiua tutela Subuaſallorum S. R. I. Hal. 1720.

291.

Ihre heutige Beſchaffenheit.

Sie beſteht hauptſächlich in der Verwaltung des Lehens und der Verrichtung der Lehendienſte und Uebernehmung der übrigen Lehenspflichten. Der Vormünder muß daher auch die Lehenserneuerung ſuchen 1), und genoß ehmals die Lehensfrüchte, wovon aber heutzutage nur noch wenige Ueberbleibſel 2). Dieſe Lehenserneurung mußte bey der Mündigkeit vom jungen Vaſallen wiederhohlt werden 3), welches man aber aus longobardiſchen Prinzipien dahin abgeändert hat, daß der Vormünder im Namen des Mündels die Lehen empfängt, und die Ablegung der Lehenspflicht bis zur Großjährigkeit deſſelben verſchiebt 4). Die Lehensherrſchaft übt das Obervormundſchaftsrecht aus. Deſſen aber ohngeachtet bleibt der Staatslehenshoheit oder dem landesherrlichen Lehenspolizeyrechte noch eine Aufſicht darüber vorbehalten 5).

1) Alem. Lehenr. c. 52. Sächſ. Lehenr. Art. 28. Kopps Lehenproben, P. I. p. 135.

2) Eſtor Th. III. §. 964.

3) *Vultej.* de feud. C. VII. n. 64. *Schilter* ad Jus feud. Alem. c. 52. §. 3.

4) Kaiſ. Wahlkapit. Art. 11. §. 5. 6.

5) Reichsabſchied und Polizeyreform. von 1548. tit. 35. §. 2. Reichspolizeyordn. von 1577. tit. 32. §. 2. *Heinecc.* de ſupr. princ. et magiſtr. tut. §. 25. 31.

292.
Staatsvormundſchaft.

Dieſe beſizen die teutſchen Reichsſtände 1) über die unmündigen Regenten, und heiſt die Landesverwaltung, Landesadminiſtration 2). Sie iſt manchmal mit der Vormundſchaft über die Perſon des Pupillen verknüpft, und manchmal davon abgeſondert 3). Der Staatsvormund übt alle Regalien aus 4), führt die Reichstagsſtimme, und bey Kurfürſtenthümern nimmt er auch Antheil an dem Wahlgeſchäfte eines Kaiſers. Die innern Regierungsgeſchäfte und die Finanzverwaltung läßt er durch die ordentliche Kollegien verſehen, und trägt nur als Obervormund darüber die Aufſicht, und zieht dabey in einigen Ländern die Landſtände zu Rathe 5). Weil dabey die ganze Staatseinrichtung ihren ordentlichen Gang behält, und er keine willkührliche Diſpoſition übers Staatsvermögen beſizt, ſo hat er in den gröſſern Reichsländern weder ein Inventarium zu errichten, noch Rechnung abzulegen 6), oder thut dieſes wenigſtens nur dem großjährigen Pupillen, der ſich aber während ſeiner Minderjährigkeit der Regierung nicht anmaßen darf, oder die Vernichtung ſeiner Handlungen vom Obervormunde ſich gewärtigen muß 7). Dagegen kann dieſer für ihn Verbindlichkeiten eingehen, die er hernach beobachten muß 8), und genießt in Staatsſachen keine Wiederherſtellung in den vorigen Stand 9).

1) Eſtor Th. III. §. 954.

2) die *Selchow* Elem. Jur. Publ. T. II. §. 586. vergeblich beſtreitet. Siehe *Struv.* in Jurisprud. Her. T. V. pag. 635. ſqq. Eſtor §. 954. S.

3) *Conr. Frid. Richter* Diſſ. de tutelis Electorum, Principum, aliorumque S. R. I. Statuum. Ien. 1669. *P. F. Romanus* de tutelis perſonarum ill. Lipſ. 1674. *Diet. W. Matthaei* Generalia tutelae ad principes et ill. perſonas adcommodatae. Erf. 1679. *Henr. Cocceji* de tutelis illuſtrium. Frf. 1685. *I. P. Ringler* de tutelis illuſtr. Erf. 1694. *Rud. Chr. Henne* de tutela S. R. I. principum. Erf. 1756. *Io. Ioſ. Sundermahler* de tutela Epiſcopi Impuberis.

4) *Struv.* T. VI. p. 125.

5) *C. G. Buder* de concurſu Statuum prouincialium Germ. in tutela et cura principum. Obſerv. J. Publ. et feud. p. 156.

6) *D. H. Kemmerich* Diſſ. an tutor ill. ad inuentarium conficiendum et rationes reddendas obſtrictus ſit. Ien. 1739.

7) Moſers Staatsrecht, Th. XVIII. S. 349.

8) *Io. Laur. Fleiſcher* Diſſ. an Princeps ex factis ſui tutoris poſſit obligari. Hal. 1716.

9) Eſtor Th. III. §. 972. S. 586.

III. Abſchnitt.

III. Abſchnitt.
Gekohrne Vormünder.

293.
Heutige Beſchaffenheit der zugeſagten Vormundſchaft.

Sie iſt eine Uebereinkunft über die Uebernahme der Vormundſchaft 1). Denn vermög Vertrags kann man heutzutage ein Recht erhalten, und es wird einem die Verbindlichkeit aufgelegt, die Vormundſchaft zu übernehmen 2). Hiedurch iſt man berechtiget, die obrigkeitlichen und Teſtamentsvormünder auszuſchließen 3).

1) *Aug. a Leyſer* Diſſ. de tutela pactitia. Helmſt. 1726. *I. H. Hoepner* Diſſ. de tutela pactitia et naturali, Lipſ. 1733. *D. H. Kemmerich* Diſſ. de tutela pactitia tam in jure Rom. quam Germ. fundata, ejusque in foris noſtris vſu Ien. 1739. *Io. Gottl. Heineccius* Diſſ. de tutela pactitia ſeu conuentionali. Lipſ. 1765.

2) *de Cramer* Tom. I. obſ. 806. *Leyſer* Specim. 328.

3) *Hellfeld* in Jurisprud. for. §. 1303.

294.
Obervormundſchaftliches Beſtätigungsrecht.

Vermög des Obervormundſchaftsrechts behält die Obrigkeit die Befugnis, hierüber gerichtliche Unterſuchung anzuſtellen, und bey der Ermanglung der erforderlichen Eigenſchaften einen ſolchen Vormünder abzuweiſen. Eben ſo kann durch einen Vertrag den Geſchlechtsvormündern ihr erworbenes Recht nicht entzo-

gen werden, ſondern daſſelbe wird ſehr oft in Hausverträgen regulirt 1).

1) *Lud. Conr. Schroeder* Diſſ. de principe Imp. citra teſtamentum de tutela filii diſponente. Marp. 1748.

295.

Rechtszweifel über die zugeſagte Vormundſchaft bey den Römern.

Der Rechtsſtreit 1), ob den Römern dieſe Vormundſchaftsgattung bekannt geweſen ſey, iſt ohne Nuzen, da es einmal ausgemacht bleibt, daß die Materie im teutſchen Rechtsſyſteme längſt gegründet, und das Römiſche Recht nur zur Ausfüllung dieſes angenommen worden iſt.

1) C. *H. Hiller* Diſſ. de figmento tutelae pactitiae et conuentionalis. Tub. 1716. *Ad. Frid. Glaffey* Epiſtol. de tutela pactitia. Tubing. 1716. C. G. *Knorre* Progr. de tutela pactitia Rom. incognita. Hal. 1736. C. G. *Reinhard* Epiſt. de tutela pactitia Rom. non incognita. Lipſ. 1739. *Opii Xantropii* Medit. de fictitio tutelae pactitiae fundamento in iure Rom. Gremhuſing. 1740. *L. H. Schmid* de tutela pactitia jure Rom. incognita. Alton. 1743. Abhandlung vom Schickſale der Lehre von der zugeſagten Vormundſchaft, in Nettelblatts Hall. Beyträgen zur jur. Hiſt. Th. 1. S. 121.

I. Abſaz.

Teſtamentsvormundſchaft.

296.

Beſondere Beſchaffenheit.

Dieſe kan erſt im teutſchen Rechte nach Abgang der Geſchlechts- und zugeſagten Vormundſchaft eintreten,

ten, und mußte daher vor Annahme des römiſchen Rechts etwas ſelten ſeyn 1). Sie richtet ſich nun faſt ganz nach den Prinzipien dieſes Rechtsſyſtems 2), nur daß ſie nicht vom Vater allein abhängt, und die Mutter, ja nach vielen Statuten 3) jeder Fremder, der den Unmündigen Vermächtniſſe hinterläßt, ebendaſſelbe Recht haben. Ueberdem zeſſiren dabey zuweilen die Römiſchen Rechtsprivilegien, beſonders wegen der Konfirmation 4), indem ihn die Obrigkeit ſogar verwerfen kann.

1) gegen *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 506. ſehe man *Heineccii* Elem. Jur. Germ. L. I. §. 349.

2) *Pufendorff* T. I. obſ. 49. *Leyſer* Specim. 330. *Kreitmayr* T. I. p. 200.

3) *Io. Pet. de Ludewig* Differ. Jur. Rom. et Germ. in tutelis teſtamentaria et legitima. Hal. 1712.

4) *Dan. Frid. Hoheiſel* Diſſ. de tutore in locum teſtamentarii defuncti a magiſtratu dandi. Hal. 1736.

297.
Einſchränkung.

Nach der goldenen Bulle 1) darf kein Kurfürſt ſeinem Kurprinzen einen teſtamentlichen Vormünder ſezen 2), und eben ſo ſind hierinn die meiſten fürſtlichen und adelichen Geſchlechter durch Hausverträge eingeſchränkt 3).

1) Aur. Bulla c. VII. §. 4.

2) *Marqu. Freheri* et *Chr. Gewoldi* Scripta eriſt. ap. *Oelhafen* in Repraeſ. Reipubl. German. pag. 383. Moſers

Staatsrecht, Th. XVIII. S. 157. von Ludewig Erläuterung der goldnen Bulle, Th. I. S. 713.

3) Moſer a. a. O. S. 186.

II. Abſaz.

Obrigkeitliche Vormundſchaft.

298.

Erklärung.

Wer die Vormundſchaft gleich urſprünglich von der Obrigkeit übertragen bekommen hat, heiſt ein obrigkeitlicher Vormünder, lat. Tutor datiuus 1).

1) *Ioach. Berger* Diſſ. de tutela datiua. Vit. 1654. *Chriſt. Wildvogel* de tutela datiua. Ien. 1691. *Marc. Rhodius* de tutoris datione. Francof. 1706. *Io. H. Mejer* de tutela datiua. Erf. 1711. *Io. Pet. de Ludewig* diſſ. Jur. Rom. et Germ. in tutela Atiliana. Hal. 1713. *Io. Frid. Fleiſchmann* de tutela datiua perſonarum illuſtrium. Arg. 1713.

299.

Eintrittsfälle.

Dieſe obrigkeitliche Ertheilung findet erſt ſtatt, wenn keine Stamms- Geſchlechts- Vertrags- und Teſtamentsvormünder vorhanden, oder dieſelben als untauglich verworfen worden ſind 1).

1) R. Pol. O. von 1577. tit. 32. §. 1. 2.

300.

Ausübungsrecht.

Es gebührt dieſes Recht den Vormundſchaftsämtern, Waiſengerichten, und denen Juſtizkollegien, welchen

welchen das Vormundſchaftsweſen übertragen iſt. Bey den unmittelbaren Reichsgliedern den Reichsgerichten.

301.

Auswahl der Perſonen.

Im Preußiſchen ſollen angeſeſſene Leute zu Vormündern beſtellt, und nur in deren Ermanglung können auch andere ehrliche Perſonen dazu genommen werden. In dieſem Falle aber dürfen keine Pupillengelder an ſie bezahlt, noch die Schuldverſchreibungen von ihnen in Händen behalten, ſondern alles muß bey den Pupillenkollegien ſelbſt empfangen und aufbewahrt werden, als weswegen dieſes zu jedermanns Nachricht und Wiſſenſchaft jedesmal in den Tutorien und Kuratorien bemerkt wird 1).

1) Preuß. Reſcript vom 24. Jan. 1759. C. C. March. Nov. T. II. p. 384.

III. Abſaz.

Ehrenvormundſchaft.

302.

Erklärung.

Wer nicht unmittelbar mit der Aufſicht über die Perſon des Unmündigen, noch mit der Verwaltung ſeines Vermögens beſchäftiget iſt 1), heiſt ein Ehrenvormund, Vormundſchaftsbeyſtänder.

1) *Frid. Schrag* Diſſertatio de tutela non adminiſtratoria Arg. 1689.

303.

303.

Verſchiedene Gattungen.

Die Ehrenvormünder, Tutores honorarii, 1) ſind wirklich von der Obrigkeit beſtellt, dem Minderjährigen oder dem Hauptvormunde an Stande gleich, legen aber keine Rechnung, noch den Vormundſchaftseid ab, ſondern tragen bloß über dieſen gehörige Aufſicht, daß er ſeine Pflichten gehörig erfüllt 2), daher ſie ſubſidiariſch den Schaden erſezen müſſen 3). Die Vormundſchaftsbeyſtänder, an einigen Orten kriegriſche Vormünder, lat. Tutores notitiae cauſa dati, genannt, werden vom Hauptvormunde ſelbſt als ſeine Räthe und untergebene Bedienten angenommen, und unterſtüzen ihn mit ihren Rathſchlägen 4). Bey erlauchten und adelichen Perſonen führen ſie ſogar die Rechnung, und beſorgen die vorkommenden Rechtlichen Geſchäfte. Sie müſſen jede Gefährde und geringe Nachläßigkeit verantworten. Es gibt auch einſtweilige Vormünder, Tutores interimiſtici 5), welche die Vormundſchaft ſo lange führen, als der Hauptvormund verhindert iſt, oder zu gewiſſen Angelegenheiten, manchmal zu Führung der Vormundſchaftsprozeſſe beſtellt ſind 6). Dieſe haben ebenfalls den Vormundſchaftseid zu leiſten 7).

1) *Wolfg. Ad. Lauterbach* Diſſ. de tutore honorario. Tub. 1675. *Io. H. Felz* de tutela honoraria. Arg. 1720. *Leyſer* Specim. 329.

2) *Conr. Frid. Munz* Diſſ. de auctoritate tutoris honorarii. Altorfii 1752.

3)

3) *Boehmer* Tom. III. P. I. Conſil. 187. n. 5. P. III. Conſil. 494. n. 4.

4) *Sam. Frid. Willemberg* Diſſert. de honorario et notitiae cauſa dato tutore. Gedan. 1721.

5) *I. C. Grumbrecht* Diſſ. de tutore interimiſtico. Alt. 1682. *Ern. Io. Frid. Manzel* de tutore interimiſtico. Roſt 1747.

6) Solmſ. Ger. O. und L. R. P. II. tit. 22. Heß. Samthofger. O. tit. 6. §. 7. Kaßel. Unterger. O. Art. 3. §. 6. Bad. Lr. S. 79.

7) R. K. G. O. P. I. t. 75.

IV. Abſaz.

Außerordentliche Vormundſchaftsgattungen.

304.

Vormundſchaft der Wahnſinnigen.

Wahnſinnigen, Raſenden und Blödſinnigen wird ein Vormünder geſezt, der mehrere Gewalt hat, als ſelbſt der Pupillariſche Vormünder beſizt. Nicht allein hat er die vollkommene Verwaltung über ihr Vermögen, ſondern auch eine uneingeſchränkte Aufſicht über ihre Perſon und Handlungen, und ein Recht, ihnen den Unterhalt zu beſtimmen. Er vertrit ſie vor Gerichte, ſchließt ohne ihr Vorwiſſen allerlei Verträge, wodurch er ſie, jedoch nicht zu ihrem Nachtheile 1), verbindlich macht u. ſ. w. Dieſe Vormundſchaft wird insgemein dem nächſten Anverwandten, und ſelbſt dem Sohne über den Vater gegeben 2).

1)

1) *Boehmer* Tom. III. P. I. Conſil. 27. n. 6. p. 149.

2) *Aug. a Leyſer* Diſſ. de filio patris aut matris curatore.

305.

Vormundſchaft über Verſchwender.

Etwas Aehnlichkeit mit jener Vormundſchaft hat dieſe über die Verſchwender, Curatela Prodigi 1). Sie iſt aber weniger ſtrenge, indem ſie kein Aufſichts=recht über die Perſon gibt, und hier noch einige Mit=wirkung des Mündlings ſtatt findet. Jedoch vor Ge=richte vertrit ihn der Kurator allein. Dieſe Kuratel kömmt ebenfalls den nächſten Anverwandten zu, und nur der Sohn bleibt davon ausgeſchloſſen 2). Bey erlauchten Perſonen, die zugleich regierende Herren ſind, findet ſie gar nicht ſtatt, weil kein Reichsſtand auf irgend eine Weiſe ſeiner Landesregierung entſezt werden kann 3).

1) Dipll. ap. Lünig im Reichsarch. P. Sp. Cont. IV. pag. 446. in Hiſt. dipl. Norimb. p. 703. Fränk. L. G. O. P. III. t. 7. §. 5. Mainz. Inſtrukt. an den Stadtrath zu Erfurt von 1707. §. 10. Mainz. U. G. O. tit. von Ku=ratelen de 1534. ap. *Saur*, faſc. div. Jur. P. I. fol. 14. Kurköln. G. O. ibid. fol. 44. Kurtrier. Unt. Ger. O. fol. 83. Pfälz. L. O. P. III. t. 2. Art. 7. *Kreitmayr* ad Cod. Max. Bav. Civ. T. I. p. 269. Würtemb. L. O. t. 46. L. R. P. III. t. 20. 21. Bad. L. R. P. IV. tit. 2. §. 6. Naßau. L. O. P. III. c. 1. n. 3. S. 84. Hohenloh. L. R. P. II. t. 1. §. 6. Frankf. Reform. P. VII. tit. 10. §. 5. Schaumb. Pol. O. P. I. c. 10. Cod. Frid. P. I. L. III. tit. 13. §. 2. C. J. Frid. L. I. P. IV. t. 1. §. 3. Kulm. Recht, S. 120. C. C. March. T. V. Abth. V. p. 63. Lüb.

Lüb. Stadtr. P. I. tit. 7. Art. 6. Hamburg. Statut. P. III. tit. 1. Art. 15. Ref. Nor. tit. 39. L. 2. Solmſ. L. R. P. II. t. 21. Wormſ. Ref. L. IV. P. I. t. 15. Ulm. Stat. P. II. t. 5. §. 4.

2) Riccius von Stadtgeſ. B. II. Hauptſt. 5. §. 10. S. 399. *Struv.* Jurisprud. Her. P. VI. p. 626.

3) Kaiſ. Wahlkapit. Art. 1. §. 4.

306.

Vormundſchaft über Verſchollene.

Einer, der lange Zeit abweſend iſt, ohne daß man die mindeſte Nachricht von ihm und von dem Orte ſeines Aufenthalts erlangen kann, heiſt ein Verſchollener, und genießt allerlei Rechtsvortheile 1). Wenn er vor ſeiner Abreiſe niemand Vollmacht ertheilt hat, während ſeiner Abweſenheit ſein Vermögen zu verwalten, als auf welchen Fall der Bevollmächtigte ohne Sicherheitsbeſtellung, wenn er anders nicht ein übler Wirth iſt 2), die Adminiſtration ſo lange behalten würde 3), bis die Erben den Todesfall des Verſchollenen zu erweiſen im Stande ſind, ſo wird von der Obrigkeit, beſonders auf Anrufen der Erben 4), ihm ein Kurator beſtellt 5), der aus dieſen genommen wird 6). Es geht vorher eine Ediktalzitation 7), die aber im Preuſſiſchen, wenn das Vermögen die Summe von hundert Thalern nicht überſteigt, nicht nothwendig in auswärtige Zeitungen geſezt werden muß 8). Der Kurator muß darauf Kaution leiſten, indem der Abweſende keine ſtillſchweigende Hypothek 9) auf ſeinem Vermögen hat, ausgenommen in der Mark 10). Sie muß baar

oder

oder mit Grundſtücken gemacht werden 11), und gilt die Juratoriſche allein bey erlauchten und adelichen Perſonen 12). Nur auf den Fall der Abweſende zurückkömmt, wird Rechnung abgelegt 13).

1) *Q. Sept. Flor. Rivinus* Diſſ. de fauore juris circa bona diu abſentium. Lipſ. 1679. *Ge. Engelbrecht* de jure abſentiae. Helmſt. 1687. *Ioa. Gunther* de priuilegiis abſentium. Erf. 1706. *Io. Rud. Engau* de jure abſentium. Ien. 1753 *Lud. Conr. Schmalcalder* de eo, quod juſtum eſt, circa eos, qui diſparuerunt, von dem Recht der Verſchollenen. Tub. 1758.

2) Preuß. Reſcript vom 27. Oct. 1763. in C. C. March. Nov. T. III. p. 316. §. 6. und im ausführl. Anhange pag. 305. ſqq.

3) *C. Lud. Crell* quando Curator abſentis heredes atque propinquos a ſucceſſione excludat. Vit. 1737.

4) *E. D. Liebhaber* de jure cognatorum in bonis abſentium. Lipſ. 1716.

5) *I. C. Lauber* Diſſ. de curatoribus bonis abſentum dandis. Alt. 1664.

6) Preuß. Reſcr. v. 27. Oct. 1763. a. a. O. §. 8. p. 318. *Israel Roſenfeld* Diſſ. de adminiſtratione bonorum abſentis proximis ſucceſſoribus competente. Erf. 1712.

7) *Hert.* Reſp. 534. n. 4. 5. p. 871.

8) C. C. March. Nov. T. V. p. 14.

9) *Stryk* in Vſu mod. D. L. 20. tit. 2. §. 18. Corp. Jur. Frid. project. P. III. c. 9. §. 102. C. C. Brand. Culmb. T. II. tit. 1. p. 217.

10) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 159.

11) *Io. Ge. Simon* de curatore abſentis &c. c. III. §. 17. C. IV. §. 9.

12) Eſtor Th. III. §. 982. 983. 984.

13) *Carpzov.* P. III. conſt. 15. defin. 55. n. 1. 2.

307.

Todeserklärung des Verſchollenen.

Weil dem Staate in Abſicht der Erhaltung und Vermehrung des ganzen Staatsvermögens ſehr viel daran liegt, daß das Eigenthum des Privatvermögens, das bey Verſchollenen ſehr ungewiß und zweifelhaft wird 1), ſicher beſtimmt ſey, indem es ſodann beſſer verwaltet wird, ſo hat man ein gewiſſes Alter angenommen, welches nach dem gewöhnlichen Laufe der Natur die ordentliche Stufe des menſchlichen Alters iſt, wo man den Verſchollenen als abgeſtorben vermuthen kann 2). Es iſt daſſelbe das LXX Jahr 3). Allein man hat auch Beyſpiele, daß ſiebenzigjährige Greiſe erſt nach dieſer Zeit verſchollen ſind 4). Daher das Preußiſche Recht überhaupt eine Verſchollenheit von 30 Jahren annimmt 5), nach deren Ablaufe der Abweſende für todt gehalten wird 6).

1) *Ier. Eb. Link* Diſſert. de abſentis deperditi hereditate, Arg. 1734.

2) *Io. Bunz* Diſſ. de abſente pro mortuo declarando ejusque adquirenda haereditate. Baſ. 1686. *Henr. Melch. Schutte* de eo, quod juſtum eſt circa probat. mortis abſentis.

3) C. C. March. Tom. II. Abth. I. p. 791. n. 250. Dresd. Stat. c. 7. §. 5. *G. H. Link* Diſſ. quando abſens habeatur pro mortuo. Alt. 1727.

4) *Ferd. Aug. Hommel* Diſſ. ſeptuagenarius abſens factus quando mortuus habeatur. Lipſ. 1751. Eſtor Th. III. §. 985.

5) C. C. March. Nov. Tom. III. pag. 271. 299. 449. Ebendas in Böhmen, *Richter* P. I. deciſ. 66. n. 1, 6. In Lüttich, Stat. c. 11. §. 10. vierzig Jahre.

6) Vergl. Weſtphals teutſch. und Reichsſtänd. Privatrecht, Th. II. Abth. 51. §. 2. S. 133. 134.

308.

Ausantwortung des Vermögens an die Erben.

Nach dieſem Zeitpunkte haben ſich die Kuratoren 1) oder Erben des Verſchollenen bey der Obrigkeit zu melden, und um die eigenthümliche Ueberlaſſung des Vermögens zu bitten. Ja bey der Exiſtenz eines Bevollmächtigten können ſie bey eintretender Wahrſcheinlichkeit des Todesfalls ſich im Preußiſchen wol noch früher melden, und dieſem deshalb den Eid deferiren 2). Die Gerichte verfügen nun, wenn anders der Fall nicht währendem Kriege eingetreten iſt 3), wiederum eine Ediktalzitation, und darauf ſchlagen ſie das ganze Vermögen den Erben eigenthümlich zu 4), die dann auf den Fall der Wiederkunft doch die genoſſene Früchte behalten. In der Neumark kann er die verkauften Güter binnen Jahr und Tag wieder einlöſen 5). Wenn aber die Veräußerung vor der Todeserklärung geſchehen, ſo iſt ſie ganz ungültig 6). Im Preußiſchen ſoll ſogar noch nachher den ausländiſchen Erben das Vermögen nur gegen Kaution, die ſie in den dißeitigen Staaten beſtellen müſſen, verabfolgt werden,

werden, damit dem Verſchollenen nach ſeiner Rückkunft deſto eher zu ſeinem Rechte verholfen werden könnte 7).

1) *Io. Ge. Simon* Diſſ. de curatore diu abſentis, de cuius vita dubitatur. Ien. 1672.

2) Preuß. Reſcript vom 27. Oct. 1763. a. a. O. §. 7.

3) Dergl. vom 14. Nov. 1778. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 1351.

4) *Leyſer* Specim. 95. 97. *Reinharth ad Chriſtin.* P. III. c. 35. p. 55.

5) C. C. March. T. II. Abth. V. p. 141.

6) *C. W. Strecker* Diſſert. de nullitate alienationis heredit. abſentis ante tempus legitimum a curatore factae. Erf. 1735.

7) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5787.

309.
Von der Gantverweſerey.

Nach ausgebrochenem Konkurſe muß der Schuldner ſein Vermögen den ſämtlichen Gläubigern überlaſſen, die daher zu deſſen Verwaltung, zu Beſorgung ihres gemeinſchaftlichen Intereſſes und zu Betreibung ihrer Sache einen Gantverweſer, Curator bonorum ſ. maſſae, anzunehmen 1) berechtiget ſind. Er iſt eigentlich vom Kontradiktor, der anſtatt des Schuldners ſich mit den Gläubigern über die Erörterung ihrer Forderungen einläßt, und dieſelbe beantwortet 2), verſchieden. Es wird aber meiſt beides von einer Perſon verſehen, welches beſonders im Preußiſchen geſchehen

 muß

muß 3), wo auch ein beym Gerichte angenommener Juſtizkommiſſär dazu beſtellt werden ſoll 4), dahingegen nach gemeinem Rechte die Wahl der Perſon, die ſelbſt der Schuldner oder deſſen Ehefrau ſeyn kann, ganz von der Willkühr der Gläubiger abhängt 5). Es gibt beſtändige und einſtweilige Gantverweſer, desgleichen allgemeine und beſondere.

1) *Hellfeld* in Jurisprud. for. L. 42. t. 7. §. 1828. Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 26. Sect. 1. §. 45. 47. 48. 49.

2) L. 14. pr. D. de reb. auct. jud. poſſ. *Leyſer* Spec. 491. med. 5.

3) Corp. Jur. Frid. cit. l. §. 58.

4) ibid. §. 46. 54.

5) *Ludovici* proceſſ. Concurſ. L. IV. §. 4. *Leyſer* cit. l. med. 3.

310.

Seine Obliegenheiten.

Er muß einen gedoppelten Eid ſchwören, nemlich dem Gerichte und denen Gläubigern; hat ein Inventarium zu errichten; Kaution zu leiſten; und bald jährlich oder wenigſtens am Ende Rechnung abzulegen 1). Es wird ihm ein ſchriftliches Kuratorium ertheilt, und eine gewiſſe Belohnung gereicht, als weswegen ſich die Gläubiger unter richterlicher Vermittlung mit ihm vergleichen müſſen 2). Außer ſeinen Pflichten als Kontradiktor und Adminiſtrator des Vermögens liegt ihm hauptſächlich ob, die Ausmittlung und Herbeyſchaffung der Aktivforderungen nebſt Zinſen,

ſen, und die Veräußerung der vorhandenen bewegli=chen und unbeweglichen Güter zu beſorgen 3).

1) *Hellfeld* cit. l. §. 1829.

2) Corp. Jur. Frid. §. 51. 52. p. 293.

3) cit. l. §. 50. 58.

311.

Polizeyrechtsbeobachtung.

Man hat die Beobachtung gemacht, daß dieſes Amt dem gemeinen Weſen höchſt nachtheilig iſt, weil die Gantverweſer, das insgemein Advokaten und Juſtizkommiſſare ſind, denen alle Arbeiten bezahlt werden müſſen, ihres Vortheils wegen nie ermangeln, die Konkursprozeſſe durch alle rechtliche Schleichwege in die Länge zu ziehen, das ſie auch deſto ſicherer thun können, indem ſie alle Prozeſſe auf Koſten der gemeinen Gantmaſſe führen. Es ſind daher Verſuche geſchehen, die Liquidation mit den Gläubigern durch einen Gerichtsdeputirten unmittelbar anzuſtellen, und indeß das Vermögen durch eine andere Gerichtsperſon verwalten zu laſſen, wodurch die Verewigung derlei Prozeſſe wirklich verhütet worden iſt 1).

1) *Leyſer* Meditat. ad Pandect. Volum. VII. Specim. 491. med. 2.

III. Abſchnitt.

Vormundſchaftsfähige Perſonen.

312.

Vormundſchaftsordnung bey den Anverwandten.

Die Vormundſchaft wird insgemein dem nächſten Anverwandten, und zwar zuerſt dem Agnaten, und

 dann

den Kognaten übertragen. Darunter iſt aber kein Stiefvater begriffen 1), hingegen der eigene Sohn, der ſeit dem Mittelalter nicht nur die Vormundſchaft über ſeine minderjährigen Geſchwiſter führte, ſondern auch über die Mutter ſelbſt. Noch heutzutage bekömmt er ſie bey erlauchten und adelichen Perſonen über jene, und ſelbſt über ſeinen raſenden oder blödſinnigen Vater, mitnichten aber über den väterlichen Verſchwender.

1) Heß. Kaßel. Verordnung vom 20. Jul. 1750. bey Estor Th. I. §. 967.

313.

Fälle, da man ſich der Entſchuldigungsurſachen nicht bedienen darf.

Jede übertragene Vormundſchaft muß man als eine öffentliche Bürde übernehmen, und man kann im Weigerungsfalle dazu gezwungen werden 1). Die Geſetze haben jedoch gewiſſe Umſtände beſtimmt, bey deren Exiſtenz ſich der ernannte Vormünder von der wirklichen Uebernahme entſchuldigen kann. Hat er aber einen Vormundſchaftsvertrag mit dem Verſtorbenen geſchloſſen gehabt, oder von ihm ein Legat erhalten 2), ſo nimmt man an, daß er auf die ihm geſezlich nachgelaſſene Entſchuldigungsgründe Verzicht geleiſtet hätte, wovon bloß Ausnahme, wenn die Vormundſchaftsbeſtellung erſt im Codicill geſchehen iſt 3).

1) L. 214. D. de Verb. Signif. C. Jur. Frid. L. I. P. II. t. 14. §. 1. Preuß. Reſcript vom 2. April 1756. in C. C. March. Nov. T. II. p. 58.

2)

2) Lex 5. §. 2. D. de his, quae vt indign. auf. L. 28. pr. de conf. tut.

3) *Lauterbach* in Coll. theor. pract. tit. de excluf. tut. §. 15.

314.

Freywillige Entſchuldigungsgründe.

Dergleichen 1) ſind ein großer Kinderhaufen, nach dem römiſchen Rechte in Rom ſelbſt drey, in Italien vier, und in den Provinzen fünf Kinder. Die leztere Anzahl wird nach der heutigen Praxis angenommen 2), iſt aber in einigen Statuten wegen der gröſſern Fruchtbarkeit Teutſchlands auf 6, 8, oder 10 Kinder 3) erhöht worden 4). Ferner verrechnete Bedienungen und Aemter, landesherrliche Rathsſtellen, im Preußiſchen insbeſondere die Stellen der Landräthe, ſodann die Magiſtratsämter 5), Stellen der Juſtizbedienten und Aktuarien 6), Profeſſoren, Künſtler, Geiſtliche, Seelſorger und Schulbedienten, ausgenommen es beträfe Predigerskinder 7), Abweſenheit in Staatsangelegenheiten, Feindſchaft 8), wenn er zugleich Teſtamentserbe iſt 9), äußerſte Armuth 10), Kränklichkeit, Unwiſſenheit im Schreiben und Leſen, ſechzig = oder ſiebenzigjähriges Alter 11), die Laſt dreyer Vormundſchaften, wenn ſie ſehr weitläuftig, oder manchmal Eine allein, wenn ſie von der Beſchaffenheit iſt 12).

1) *G. A. Jenichen* Diſſert. obſervationes ſelectae ex Jure Germ. et S. R. I. Publ. de excuſationibus tutorum et curatorum. Gieſſ. 1755. *Io. Aug. Hellfeld* Diſſ. de excuſa-

cuſationibus tutorum et curatorum in Jurisprud. Her. T. VI. c. 3.

2) *Stryk* in Vſu mod. D. tit. de excuſ. §. 2. *Leyſer* Spec. 337. med. 4.

3) Naß. Kazenelnb. L. O. S. 158. P. V. c. 2. §. 3. Zell. Str. tit. 20.

4) *Io. Mart. Silberad* Diſſert. numerus liberorum a tutela hodie non excuſans. Arg. 1746.

5) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 7403.

6) ibid. pag. 557. *Schilter* in Praxi Jur. Roman. in foro Germ. Ex. 37. §. 161. *Stryk* cit. l. §. 2.

7) C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. III. p. 413.

8) Nov. 123. cap. 5. Avth. presbyteros. C. de epiſcop. et cleric.

9) Project. Corp. Jur. Frid. P. I. L. III. §. 4. pag. 145. Reſcript vom 30. Jul. 1751. im ausführlichen Anhang S. 283.

10) *Neumann* de patr. pot. et tut. princ. §. 465. p. 299.

11) *Leyſer* Spec. 337. med. 2.

12) L. 31. §. fin. D. de excuſat.

315.

Nothwendige Entſchuldigungsgründe.

Dieſe ſind von der Beſchaffenheit, daß ſie das Subjekt der Vormundſchaftsführung ganz unfähig machen, und daher vom Richter von Amtswegen beobachtet werden müſſen 1). Es ſind dieſelbe nach dem Römiſchen Rechte 2): das weibliche Geſchlecht, wovon bloß die Mutter und Großmutter in Anſehung ihrer Ab=

Abkömmlinge Ausnahme machen 3); Perſonen, die einen großen Mangel der Leibes- und Gemüthskräfte haben, unbekannte Leute, ſolche, die ſich durch Beſtechung zur Vormundſchaft aufdrängen, oder ſonſt von ſchlechter Lebensart und Aufführung, oder ſtark verſchuldet ſind; Zolleinnehmer und Acciſebedienten; große Verbrecher, nachläßige Vormünder, Stiefväter, Perſonen, die mit den Unmündigen in Prozeſſe verwickelt ſind; Biſchöffe und Mönche 4).

1) C. F. *Beſſer* Diſſ. de excuſatione tutorum et curatorum impropria. Lipſ. 1752.

2) *Jenichen* cit. diſſ. §. 16. p. 37.

3) Nov. 118. c. 5.

4) *Hellfeld* in Jurisprud. for. §. 1300. 1301.

316.

Art ihres Gebrauchs.

Die freywilligen Entſchuldigungsgründe muß man binnen einer gewiſſen Zeit den Vormundſchaftsgegerichten anzeigen, oder ſie verlieren ihre Wirkung. Dieſe haben ſie darauf zu unterſuchen, und durch ein Dekret für gültig zu erklären, oder zu verwerfen. Geſchieht das Leztere, ſo fällt alle Gefahr der zeither unterlaſſenen Vermögensverwaltung auf den Vormund, daher es eine Vorſichtsregel iſt, die angetragene Vormundſchaft mit Beziehung auf ſeine Entſchuldigungsurſachen ſogleich anzutreten 1).

1) ibid. §. 1357.

V. Abſchnitt.
Vormundſchaftliche Erwerbungsarten.

317.
Erwerbung der elterlichen Vormundſchaft.

Die elterliche Gewalt wird durch eheliche und uneheliche Zeugung, Adoption, Einkindſchaft, Legitimation, erworben 1).

1) *Io. Car. Naevius* de legitimatione liberorum, adoptione, vnione prolium et modernis patriae poteſtatis effectibus. Vit. 1705.

318.
Erwerbung durch Zeugung.

Ein Vater kann nur durch die eheliche Erzeugung die våterliche Gewalt über ſeine Kinder erhalten. Die Mutter hingegen bekömmt auch über ihr außer der Ehe gezeugtes Kind die elterliche Gewalt 1), wenn ſie es zugleich unter ihrer Zucht und in ihrer Verpflegung, das iſt, über ihrem Brodte hat.

1) Sprůchw. Kein Weib trågt einen Baſtard ap. *Matthaei* in paroem. Jur. Germ. p. 3. Preußiſches Geſezbuch, §. 473. S. 236.

319.
Erwerbung durch Legitimation.

Nur durch die vollſtåndige Ehelichſprechung, ſie mag nun urkundlich oder durch eine darauf gefolgte Ehe geſchehen, kann ein Vater die våterliche Gewalt über uneheliche Kinder erlangen. Im Preußiſchen hångt die Begehrung jener allein vom Vater ab 1).

1) Preuß. Geſezb. §. 439. S. 231.

320.

Erwerburg durch die Adoption.

Durch die Annehmung an Kindesſtatt 1) erhält man heutzutage nach Römiſchen Rechtsgrundſäzen ebenfalls die elterliche Gewalt.

1) *Io. Chr. Falkner* Diſſ. de antiquo et mod. adoptionum ſtatu. Ien. 1673. *G. N. Schleenſtein* de adoptionibus. Vit. 1676. *Io. Ge. Kulpis* de adoptionibus et emancipationibus principum. Arg. 1686. *Io. Chr. Schroeter* de adoptionibus jure ciuili et moribus Germ. vſitatis. Ien. 1703. *Chr. Thomaſius* de vſu pract. tit. Inſtit. de adoptionibus. Hal. 1724. *Phil. Reinh. Vitriarius* de adoptionibus. Lugd. 1714. *I. H. Felz* de adoptione. Arg. 1716.

321.

Ehemalige Beſchaffenheit der teutſchen Adoption.

Die teutſchen Adoptionen geſchahen ehemals durch Aufſchneidung der Ader und andere beſondere Gebräuche 1). Man ſuchte ſich dadurch einen Freund und Bruder zu verſchaffen. Sie geſchah meiſt Ehren und des Schuzes wegen, und das Erbfolgerecht entſtand ganz zufälliger Weiſe daraus. Sie verſchafte zwar ebenfalls die Vormundſchaft, und ward daher vor der Obrigkeit vorgenommen, die Abſicht war aber nicht dabey, ſein Vermögen wegen Mangel eigener Kinder zu erwerben, ſondern einen Freund, Bruder und Beſchüzer zu haben 2). Beyſpiele treffen ſich davon im Mittelalter ſehr viele 3), und die heutigen Ordensaufnahmen und Erbverbrüderungen ſind ihre Ueberbleibſel.

1)

1) *Otto* in Jurisprud. Germ. Symbol. Ex. III. c. 7. 8. 9. *Pol. Leyſer* de adoptione per andelangum. Helmſt. 1727.

2) *Chr. Lud. Crell* Diſſ. de adoptione in locum fratris non monſtroſa. Vit. 1748.

3) Rechtsbegründetes Eigenthum des Hauſes Brandenburg auf Jägerndorf ꝛc. C. II. §. 10. *Struve* Jurisprud. Her. T. VI. pag. 406. Moſers Staatsrecht, Th. XXII. S. 392.

322.

Heutige Form.

Heutzutage muß die Annehmung an Kindesſtatt durch einen ſchriftlichen Vertrag oder vor Gerichte geſchehen, oder vom Landesherrn beſtätigt ſeyn 1). Die Perſonen müſſen ein gewiſſes Alter erreicht haben, und ſich kinderlos befinden 2). Bey Minderjährigen müſſen die Eltern oder Vormünder einwilligen 3).

1) Preuß. Geſezb. Th. I. §. 481. 481. S. 238. Würtemb. Lr. P. IV. t. 22. Hamb. Str. P. III. tit. 1. a. 38.

2) Preuß. Geſezb. §. 483. 484.

3) §. 492. ff. S. 239.

323.

Rechtswirkungen.

Durch die Adoption entſtehen zwiſchen den Kontrahenten alle perſönliche Rechte und Verbindlichkeiten, die zwiſchen leiblichen Eltern und ihren ehlichen Kindern ſtatt haben 1). Nur bleibt ohne landesherrliche Begnadigung die Mittheilung des Adelſtandes davon ausgeſchloſſen 2), ſonſt aber gehen zuweilen auf den Adoptirten alle Familienrechte über 3). Er erlangt zugleich alle

alle Rechte eines ehelichen Kindes an der Eltern Vermögen, und wird bey einer ſpätern Exiſtenz wirklich ehelicher Kinder als aus erſter Ehe entſproſſen betrachtet 4). Ohne Stammsvetterliche und Lehenherrliche Bewilligung aber erſtreckt ſich ſein Erbrecht nicht auf Lehen 5) und Stammgüter 6).

1) Preuß. Geſezb. §. 495. ff.

2) ebendaſ. §. 498. 499. S. 240. *C. G. Knorre* diſſert. Jur. Rom. et German. de nobilitate adoptiua. Hal. 1721. *Ern. Tenzel* Progr. an adoptione adquiratur nobilitas. Erf. 1727. *Ier. Eb. Link* an adoptio conferat nobilitatem. Arg. 1730. Preuß. Geſezb. §. 516. ff. S. 243.

3) *Io. Schack* Diſſ. an adoptatus nomen et familiam patris adoptati conſequatur. Gryph. 1709.

4) Preuß. Geſezb. §. 503. 504. 505. S. 241.

5) *E. F. Knorre* Diſſ. de ſucceſſione adoptiuorum in feuda. Hal. 1753.

6) *Cramer* de jur. nobil. av. C. IV. §. 4. p. 217.

324.
Familienverhältniſſe.

Die adoptirenden Eltern erlangen gar keine Rechte an dem Vermögen des adoptirten Kindes, und können es nicht beerben 1). Dahingegen behält es ſeine natürlichen Familien- und Erbrechte 2). Von jenem können aber unter obrigkeitlicher Genehmigung Abänderungen gemacht werden 3). Adoptirte adelichen Standes vereinigen ihren Geſchlechtsnamen mit dem Namen des adoptirenden Vaters 4).

1) Preuß. Geſezb. §. 506. 507. ff.

2) a. a. O. §. 518. 519. 511. 512.

3) §. 513. ff.

4) §. 520. S. 243.

325.

Verſchiedenheit der Pflegekinder.

Von angenommenen Kindern ſind die Pflegekinder verſchieden, die bloß auf Erziehung und Unterhalt Anſprüche zu machen haben 1).

1) a. a. O. Abſchn. XII. §. 553. ff.

326.

Erwerbung durch Einkindſchaft.

Vermittelſt der errichteten Einkindſchaft 1), die eine Gattung von teutſcher Adoption iſt, erwirbt man ſich ebenfalls die elterliche Vormundſchaft 2). Sie heiſt auch die Einſezung zum rechten Vater oder zur rechten Mutter.

1) Siehe davon eine große Anzahl Schriftſteller bey *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 487. n. 2. deren ich nur zween anführen will. *Ferd. Aug. Hommel* Diſſ. de genuino vnionis prolium indole extra caſum Legis et obſervantiae ſpecialis. Lipſ. 1726. *Ge. Henr. Ayrer* de vnionis prolium indole genuina. Goett. 1756. *Ben. Schmidt* de vnione prolium. Ingolſt. 1765.

2) *Caſp. Ach. Beck* Diſſ. de vnione prolium patriae poteſtatis cauſa. Ien. 1720.

327.

Eintheilung.

Sie theilt ſich in die altteutſche und neue mit römiſchen Zuſäzen verſehene Einkindſchaft, in die allgemeine

meine und beſondere, und in die gerichtliche und auſſergerichtliche 1).

1) *Mich. Rhod.* Diſſ. de vnione prolis ſine praetore. Frf. 1701.

328.
Erklärung.

Sie iſt ein zwiſchen den Eltern und ihren aus zweierlei Ehen erzeugten Kindern errichteter Vertrag, um dieſe in dem Erbrechte einander gleich zu ſtellen, und zwiſchen beiden Theilen einige Familienverbindung zu machen.

329.
Verſchiedenheit der Adoption.

Man hat zwar verſchiedene Prinzipien der römiſchen Adoption hier angewandt. Allein ſie bleibt doch davon ſehr weſentlich verſchieden, weil ſie auf einem Erbvertrage beruht 1), nicht alle Familienrechte gibt 2), auch von Weibern geſchehen kann, und die Einwilligung mehrerer Perſonen, nemlich der Eheleute, Kinder, Anverwandten, und der beſtellten Vormünder erfordert 3).

1) Preuß. Geſezb. Th. I. §. 527. 528. S. 244.

2) §. 524. 525.

3) §. 529. 530.

330.
Länderverzeichnis ihrer Ueblichkeit.

Sie iſt in Schwaben 1), Baiern 2), Franken 3) und am Rheinſtrohme 4) allgemein, und erhielt durch

eine

eine Beſtätigung Kaiſer Friedrichs II. mehreres Anſehen. In Sachſen 5) und in Niederteutſchland 6) iſt ſie etwas ſeltener. Noch eher findet man ſie im Preuſſiſchen 7), und an andern Orten 8) iſt ſie ganz abgeſchaft.

1) Würtemb. Lr. P. III. t. 9. Hohenzoll. Lr. S. 168. Hohenloh. Lr. P. I. t. 6. S. 15. 171. Heilbr. Str. P. III. tit. 20.

2) Oberpfälz. Lr. P. I. tit. 26. S. 250.

3) Wirzb. L. G. O. P. III. t. 109. C C Culmbac. T. I. Vol. I. p. 208. Vol. II. p. 788. Henneb. L. O. S. 153.

4) Solmſ. Lr. P. II. tit. 20. Mainz. Lr. tit. 2. Heßiſche Gewohnh. bey *Senckenberg* Sel. T. III p. 294. Frankf. Ref. P. III t. 10. Zweybrück. U. G. O. von 1722. c. 105. Jül. und Berg. R. O. c. 75. 76. Pfälz. Lr. P. II. t. 25. Wormſ. Ref. L. IV. P. 4. tit. 4. Trier. Lr. tit. 9. Fuld. Verordn. bey *Ludolff* pag. 611. Kurköln. R. O. t. 10. Nиß. L. O. P. II. c. 4. §. 4. S. 79.

5) Mühlhäuſ. Stat. L. IV. t. 26.

6) Kehd. Lr. t. 19. §. 2. Oldenb. Stat. §. 7. Brem. R. ap. *Pufendorf* T. I. obſ. 204. p. 234.

7) Preuß. Geſezb. Th. I. tit. 2. Abſchn. XI. S. 244. ff. wodurch Project. Corp. Jur. Frid. P. I. L. I. t. 9. art. 1. §. 14. abrogirt wird. Minden Ger. Ordn. v. 13. Dec. 1752. und 23. Merz 1768. in C. C. March. Nov. T. IV col. 2082. Tecklenb. Inſtrukt. vom 18. Jan. 1768. ibid. col. 1027.

8) Baden. Lr. P. IV. tit. 27. Cod. Max. Bav. Civ. p. 29. Heß. L. O. P. III. t. 17. Naß. L. O. S. 79.

331.

Obrigkeitliche Konkurrenz bey der Errichtung.

Weil durch dergleichen Verträge die Kinder ſehr leicht an ihrem Vermögen verkürzt werden können, ſo dürfen ſie meiſtentheils nicht anders, als unter obrigkeitlicher und vormundſchaftlicher Aufſicht geſchloſſen werden, die dann hauptſächlich darauf zu ſehen haben, daß den Kindern dadurch nicht der Pflichttheil geſchmälert wird, und ſie gerade eine ſolche proportionirte Erbportion erhalten, als ſie ab inteſtato bekommen haben würden 1).

1) C. C. March. Nov. T. IV. col. 1027. 2083. Neues Preuß. Geſezb. §. 531. 532. 533. 537. *Paul. Leopold* de pacto vnionis prolium. Alt. 1665.

332.

Einſchränkung der Teſtamentsfähigkeit.

Weil hiedurch die Erbfolge vertragsweiſe beſtimmt iſt 1), ſo darf kein Theil durch einſeitige Teſtamentsverordnungen davon abweichen 2).

1) *Em. Frid. Schroeter* Diſſert. de pacto ſucceſſorio inter vnitos diuerſi matrimonii liberos. Ien. 1663.

2) Preuß. Geſezb. §. 545. 546. 547. *Io. Tob. Carrach* Diſſ. an alter conjux teſtamento renunciare poſſit vnioni prolium. Hal. 1750. *Io. Hartw. Reuter* de jure teſtandi vnientibus poſt initam vnionem prolium compe- tente, cauſſisque, quare non vbique vnio prolium frequens, ſublatis. Hal. 1750.

333.
Rechte der Eltern.

Vermög der Einkindſchaft müſſen die Stiefeltern ihre Stiefkinder ernähren, erziehen und ausſteuren. Sie beſizen deswegen die elterliche Gewalt über ſie, und können ſie beerben 1). Es werden dadurch hauptſächlich die Stiefgeſchwiſter einander im Erbrechte gleichgeſtellt 2), daher mehreres von dieſer Materie bey der Erbfolge zu ſagen.

1) Preuß. Geſezb. §. 539. 540. 543. 544. S. 246.

2) *Io. a Gobr* Diſſ. de pariatione ſeu vnione prolium, Baſil. 1664.

VI. Abſchnitt.

Verluſt des Vormundſchaftsrechts.

334.
Erlöſchung der willkührlichen Vormundſchaft.

Außer dem Sterbfalle kann die Vormundſchaft auf verſchiedene Art und aus mancherlei Urſachen aufhören. Von der willkührlichen kann ſich jedermann ſelbſt befreyen. Die Frauenzimmer können ihre Kriegsvögte willkührlich abſchaffen, und andere annehmen. Sie hören durch die Vermählung von ſelbſt auf, und müſſen der ehlichen Vormundſchaft weichen 1), ob ſie ſchon in gewiſſen Umſtänden doch darneben ſtatt finden. Die Ehevogtey erliſcht durch eine Eheſcheidung und bösliche Verlaſſung, Mundtodterklärung, Wahnſinn, Blödſinnigkeit.

1) *Otto* de perpet. fem. cura C. II. §. 11.

335.

Endigung der unwillkührlichen Vormundſchaft.

Unwillkührliche Vormundſchaften hören auf, wenn ihre Urſache verſchwindet. Die Pupillariſche durch die Volljährigkeit oder Jahrgebung; durch die Verheirathung, jedoch bey Mannsperſonen nicht überall. Die Vormundſchaft über Wahnſinnige, Blödſinnige, Verſchwender und Abweſende nur dann, wenn die Urſache ihrer Beſtellung nicht mehr vorhanden iſt, welches von der Obrigkeit unterſucht, und durch ein Dekret erklärt werden muß 1).

1) *Struve* Exerc. XXXI. §. 92. *Vinnius* de pact. Cap. IV. n. 11.

336.

Erledigung der elterlichen Gewalt.

Dieſe geſchieht durch die Emanzipation, Abſonderung von der elterlichen Wirthſchaft, Heirath, Vernichtung der Einkindſchaft, Aufhebung der Adoption, elterliche Begehung gewiſſer Hauptverbrechen, Erlangung einer landesherrlichen Bedienung 1).

1) *Aug. a Leyſer* Diſſ. de Diſſolutione patriae poteſtatis. Helmſt. 1740. *Chr. Thomaſius* de vſu pract. tit. Inſtit. quibus modis patria poteſtas ſolvatur. Hal. 1716. *Henr. Chr. L. B. de Senckenberg* Jura egreſſus e patria poteſtate Rom. et Germ. Gieſſ. 1748.

337.

Emanzipation.

Da bey den Römern die Kinder urſprünglich in dem väterlichen Eigenthume geweſen ſind 1), ſo konnten

 ſie

ſie daraus nur durch ein ſolches Gepränge entlaſſen werden, als man bey der Uebergabe und Veräußerung der wichtigſten Eigenthumsſachen (res mancipi) zu beobachten hatte. Daher hieß die väterliche Entlaſſung Emancipatio, und theilte ſich in die Anaſtaſiſche und Juſtinianiſche 2).

1) gleichwie der Kanzler von Selchow in teutſchen Rechtsmaterien viele eigenthümliche ſonderbare Meynungen hat, ſo iſt es auch bey dem Römiſchen Rechte der Fall, wo er troz allen Zeugniſſen und Urkunden der Alten dieſen Rechtsſaz ableugnet. Elem. Antiquit. Jur. Roman. §. 494. pag. 389.

2) *Schelting* Diſſert. II. de emancipationibus liberorum. 1730. 1732.

338.

Verbindung der römiſchen Emanzipation mit den teutſchen Entlaſſungsarten.

Obſchon der Grund der römiſchen Emanzipation bey uns in Teutſchland wegfällt, und wir ganz andere Entlaſſungsarten beſizen, ſo iſt es doch durch die übertriebene Anwendung des römiſchen Rechts geſchehen, daß man ſie zuweilen beobachtet 1), und ſehr oft mit jenen Gattungen vereiniget hat 2), welches man als eine überflüßige Vorſicht thun konnte 3). Daher die Benennungen der ſächſiſchen 4) oder teutſchen Emanzipation 5) und die Verſchiedenheit von der römiſchen 6), ſamt den unbeſtimmten Grundſäzen 7).

1) *Kulpis* de adopt. et emancipat. princip. Moſers Staatsrecht Th. XXII. S. 420. 431. *Struve* Jurisprud. Her. T. V. p. 191.

2)

2) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge B. I. S. 191. Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. III. §. 934.

3) *Ludolff* P. II. obſ. 165. p. 363. Strubens Rechtliche Bed. Th. II. S. 255.

4) *Gothfr. Barth* Diſſert. de emancipatione Saxonica. Lipſ. 1715.

5) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de quaſi Emancipatione Germanica. Hal. 1703. *Goth. Reinh. Koeſelis* de tacita eaque particulari emancipatione jure domeſtico fundata. Vit. 1724.

6) *G. F. Krauſe* Differentiae emancipationis Roman. et Germ. Viteb. 1755.

7) *I. C. Heimburg* Diſſert. difficillima emancipationis Rom. et German. capita. Ien. 1742.

339.

Teutſche Abſonderungsarten.

Sowol durch die elterliche Abſonderung 1) und Abtheilung 2), als durch die kindliche Anſtellung einer eigenen Wirthſchaft 3), hört alle väterliche Gewalt auf, und nur zuweilen bleiben in jenem Falle noch die wechſelſeitigen Erbrechte beſtehen 4), indem ſie nach der Praxis ſo weit ihre Rechtswirkung behalten, als ſie den Kindern zum Vortheile gereichen; wenn ihnen aber Schaden dadurch geſchieht, ſo werden ſie für unabgeſondert gehalten 5).

1) *Iac. Carmon* Diſſ. de abdicatione liberorum ſecundum principia Jur. Can. mores Germanorum et Jus Lubec. Roſt. 1733. Repertor. Jur. Priv. W. abgefund. Kinder.

2) *Ferd. Chr. Harpprecht* Diſſ. de diuiſione bon. inter liberos a parente adhuc in viuis facta. Tub. 1700.

Melch. Diet. Grollmann de ſeparatione liberorum per elocat. et diuiſionem. Gieſſ. 1711.

3) *F. Chr. Harpprecht* Diſſ. de ſeparatione liberorum ab oeconomia paterna. Tub. 1689. *Iuſt. Henn. Boehmer* de ſtatu liber ſui juris factorum per ſeparationem et nupt. Hal. 1721.

4) *C. G. Schepler* Diſſ. de jure liberorum viuis parentibus ſui juris factorum reſpectu ſucceſſionis in bona parentum. Hal. 1752.

5) *Sande* opp. L. II. tit. 7. def. 5. *Berger* Oecon. Juris L. I. tit. 3. §. 16. *Grupen* Diſcept. p. 204. *Pufendorf* T. I. obſ. 99. T. III. obſ. 1. *Renz* mixt. de patr. pot. pag. 37. 39. *Boehmer* in praef. ad *Boehm.* T. I. Exercit. pag. 34.

Brand. Eheordn. §. 10. 11. 12. Proj. C. J. Frid. P. I. L. I. t. 9. art. 2. §. 29 p. 26.

340.

Ihre rechtlichen Erforderniſſe.

Es müſſen in dieſem Falle die Kinder ſich den ſtandesmäßigen Unterhalt, obſchon noch mit einem kleinen väterlichen Zuſchuß unterſtüzt, ſelbſt erwerben können 1). Nicht genug, wenn ſie ſich als Handwerksgeſellen, Handlungsbediente, Privatſekretaires, Soldaten und Livreybedienten ihr Brod verdienen 2). Sie müſſen auch bey Anſtellung einer eigenen Wirthſchaft ſchon volljährig ſeyn, oder vom Landesherrn die Jahrgebung erhalten haben 3). Sie genießen nun die Rechtswolthat des Mazedonianiſchen Rathſchluſſes nicht

nicht mehr. Dahingegen haben ſie auch der Eltern Schulden nicht zu bezahlen. Ein volljähriges Kind können die Eltern nach Willkühr abſondern. Es muß aber meiſt gerichtlich geſchehen 4), und nur an einigen Orten 5) wird Notar und Zeugen für hinreichend gehalten.

1) Preuß. Geſezb. §. 154. Würtemb. Lr. P. II. t. 18. §. Es mögen. P. III. tit. 2. §. Und wiewol. tit. 23. §. Da auch ein Vater. Hohenloh. Lr. P. I. t. 2. §. 1. 2. Sächſ. L. O. P. II. c. 10. Frankf. Ref. P. II. t. 1. §. 9.

2) *Leyſer* Spec. 30. med. 4. *Berger* Oecon. Jur. L. I. tit. 3. §. 16. *Stryk* in vſu mod. tit. de adopt. emancipat. §. 19.

3) Preuß. Geſezb. §. 157. ff. S. 184. Ausnahme bey Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. V. S. 48. ff.

4) Preuß. Geſezb. §. 159. 170. 171. 173. 174.

5) als in Sachſen und in kathol. Staaten.

341.
Von der töchterlichen Ausheirathung.

Weil die Tochter durch ihre Ausheirathung theils ebenfalls eine eigene Wirthſchaft anſtellt, theils nach altteutſchem Rechte unter die Ehevogtey kömmt, ſo hört auch bey ihr die väterliche Gewalt auf 1). Es frägt ſich aber, ob eine minderjährige Tochter in denen Geſchäften, wo ſie überhaupt noch neben ihrem Manne einen Kriegsvogt braucht, nicht ſoweit noch unter der väterlichen Gewalt bleibt 2), und ob ſie, wenn ihr Mann während ihrer Minderjährigkeit verſtirbt, nicht

wieder unter die väterliche Gewalt zurückkömmt 3)? Beides iſt aber aus verſchiedenen theoretiſchen Rechtsgründen zu verneinen, ausgenommen ſie kämen im lezzern Falle wieder über des Vaters Brod 4).

1) Preuß. Geſezb. §. 161. S. 184.

2) *Chr. Ad. Beckher* Reſp. Jur. quaeſtionis, an filiafamilias contra placita Jur. Iuſt. in omnibus Germ. prouinciis indiſtincte per nuptias patria poteſtate liberetur, et in ſolius mariti poteſtatem tranſeat. Erf. 1680.

3) *Hier. Andreae*, id eſt, *D. Goth. Wilh. Sacer* de poteſtate patris, in filiam maritatam in Ducatu Br. Luneb. Welph. partis. cum praefat. *Chryſandri.* Helmſt. 1745.

4) *Ge. Ad. Schuberth* de redintegratione patriae poteſtatis. Lipſ. 1723.

342.

Uebrige Befreyungsarten.

Nur dann, wenn die Söhne ſolche Aemter, oder Officiersſtellen 1) erlangen, daß ſie von deren Einkünften eine eigene Wirthſchaft unterhalten können, werden ſie von der väterlichen Gewalt befreyt 2). Bloße Ehrentitel und akademiſche Würden machen dabey keine Aenderung 3); aber wol gewiſſe Staatswürden, als die Stellen eines Staatsminiſters, Generals, Geheimenraths, Oberamtmanns, Stadtpräſidentens, Biſchofs ꝛc. 4).

1) Müllers Preuß. Kriegsrecht S. 760. Preuß. Edikt vom 7. Oct. 1749.

2) Preuß. Geſezb. §. 151. S. 183. *Wernher* Tom. III. P. I. obſ. 169. P. II. obſ. 341.

3)

3) *Abr. Kueſtner* Progr. an doctoralis dignitas filium liberet a patria poteſtate. Lipſ. 1723.

4) *Io. Wolfg. Trier.* Diſſ. de dignitatibus, quae liberant a patria poteſtate. Francof. 1737.

343.

Aufhebung der våterlichen Gewalt bey Einkindſchaften.

Die mit Bewilligung ſåmtlicher Intereſſenten aufgehobene Einkindſchaft 1) befreyt von der elterlichen Gewalt der Stiefeltern.

1) Preuß. Geſezb. §. 550. S. 247.

344.

Erlöſchung bey der Adoption.

Nicht nur auf eben die Art hört die perſönliche Gewalt des adoptirten Vaters auf, ſondern auch wie beym natürlichen Vater 1). Die Adoption hat das Beſondere, daß die Undankbarkeit eine geſezmåßige Aufhebungsurſache wird. Allein ſowol dieſe, als die Einkindſchaft können nur mit obrigkeitlichem Vorwiſſen wieder vernichtet werden 2).

1) ebendaſ. §. 521. 523 S. 243. 244.

2) *Pufendorf* T. III. obſ. 46. pag. 154.

Siebentes Hauptſtück.
Rechte der Staatsbürger nach der bürgerlichen Achtung.

VI. Abtheilung.
Ehrliche, ehrloſe, ehrbare, rechtloſe und unehrbare Perſonen.

345.
Begrif der Ehrloſigkeit.

Die Ehrloſigkeit iſt ein Zuſtand, vermög deſſen Einer für ein unwürdiges Glied des Staats geachtet, ſeines ehrlichen Namens, aller Ehrenſtellen, Aemter, und Zünfte, verſchiedener anderer Gerechtſame und des Umgangs mit jedem rechtſchaffenen Manne beraubt iſt 1).

1) *Marqu. Freher* Diſſert. de fama et infamia. Francofurti 1558.

Chr. Thomaſii Diſſ. de exiſtimatione, fama et infamia extra rempublicam. Hal. 1709.

Abr. Kaeſtner Diſſ. de fama, huius amiſſione et reſtitutione. Lipſ. 1730.

Chr. H. a Selchow Diſſert. ſelecta capita doctrinae de infamia. Goett. 1770.

Phil. Lud. Huth Diſſ. Specimen Jur. Germ. de his, qui notantur infamia. Alt. 1723.

346.

Verſchiedenheit der Ehrloſigkeit von der Rechtloſigkeit.

Wer ehrlos iſt, wird nicht zugleich rechtlos, lat. exlex 1); denn es iſt ihm bloß die allgemeine bürgerliche Achtung entzogen, keineswegs aber der Genuß des Privatrechts und der Schuz der Geſeze genommen. Eine Hure iſt ehrlos, aber nicht rechtlos, und ein Geächteter darbet, als rechtlos, alles Rechtes, verliert aber nicht die bürgerliche Achtung 2).

1) Dipl. Walth. de Limburg de 1237. ap. Ludewig Erläuterung der güldenen Bulle Th. II. S. 794.

2) Hohenloh. Landr. Th. III. t. 5. S. 72. Eſtor Theil III. §. 1002.

347.

Teutſche Rechtseintheilung in größere und geringere Ehrloſigkeit.

Dem moraliſchen und politiſchen Werthe nach ſind ſich unter den Teutſchen, die auf die äußerliche Ehre und Achtung ſehr aufmerkſam waren 1), die Menſchen ſehr ungleich. Einige werden wegen ihrer ſchändlichen Handlungen als unehrbar behandelt, und andere wegen ihrer Handthierung, die etwas ſchmuziges und häßliches an ſich hat, für ſchlechte Leute gehalten 2). Die Geſeze ſelbſt führen darüber dieſes Urtheil, und überlaſſen es dem Richter, den Ausſpruch zu thun. Erſtere Gattung heiſt die größere, und leztere die geringere Ehrloſigkeit 3).

1) Dreyers Samml. verm. Abhandl. Th. III. S. 1294.

2) A. L. Seip Abhandl. vom Unterſchiede der ehrenrührigen Strafen nach römiſchem und teutſchem Rechte. Göttingen 1750.

3) *Selchow* in Elem. Jur. Germ. §. 206.

348.

Gattungen des römiſchen Rechts.

Die Römer nannten Infamia Juris, wenn das Geſez gewiſſe Handlungen mit der Ehrloſigkeit belegte; Infamia facti, wenn bloß die That wegen ihrer Schändlichkeit von ehrliebenden Männern mit der Unehrlichkeit bezeichnet wird. Die Infamie, oder wie ſie auch ſonſt heiſt, die Anrüchigkeit, rührt nicht allein von Verbrechen und Vergehungen, ſondern auch von der Gefährde in bürgerlichen Handlungen her. Wenn jemand ſich in einem Kontrakte, der eine beſondere Redlichkeit erfordert, der Untreue ſchuldig gemacht, und die Argliſt der Richter im Urthel ausdrücklich bemerkt hat, ſo wird er ehrlos, Infamia Juris mediata. Wenn aber der Richter derſelben nicht gedenkt, ſo fällt die Infamia Juris ganz weg, und nur die Infamia facti bleibt. Ueberhaupt heiſt man im römiſchen Rechte die Infamie, die gleich aus den Handlungen entſpringt, immediata, und die, welche erſt durch die Sentenz bewirkt wird, mediata.

349.

Ehrloſigkeit nach kanoniſchem Rechtsbegriffe.

Es kömmt die Infamia Canonica ſchon zur Exiſtenz, wenn noch kein öffentliches Verbrechen erwieſen

iſt;

iſt; und folglich die Infamia Juris noch gar nicht eintrit, ſondern wenn es bloß muthmaßlich wird, daß einer eine Todſünde begangen, und dieſelbe nicht abgebüßt hat. Er wird davon durch die Bezahlung der Buße wiederum befreyt 1).

1) *Boehmer* in Jure Eccl. Proteſt. Tom. I. L. II. tit. 20. §. 7.

350.

Praktiſcher Nichtgebrauch der römiſchen Infamie.

Weil durch die Entziehung der bürgerlichen Achtung Einer ein unnüzes Glied des Staats wird, indem er den bürgerlichen Geſchäften und Handthierungen nicht mehr gehörig vorſtehen kann, ſo pflegt man aus Polizeygründen 1) in Teutſchland ſehr ſelten auf die in den römiſchen Geſezen ſo häufig vorgeſchriebene Infamien zu achten 2), ſondern ſogar, wenn ein dort beſtimmter Fall eintrit, dem Verurtheilten durch die Klauſel: ſeiner Ehren unbeſchadet, zu Hülfe zu kommen 3).

1) *Chr. Thomaſii* Diſſ. an poenae viuentium eos infamantes ſint abſurdae et abrogandae. Hal. 1723.

2) *Chr. Benj. Wachter* Diſſ. de non ente ciuili infamia facti. Erf. 1736.

3) Preuß. Reſcript vom 10. Jul. 1756. C. C. March. Nov. T. II. p. 115.

Schilter in Praxi Jur. Rom. in foro Germ. Exerc. 28. §. 50.

Stryk in Vſu mod. tit. de his, qui not. infam. §. vlt.

Henr. Bodin. Diſſ. de jure circa infamiam eiusque inter Chriſtianos abuſu. Hal. 1709.

Ferd.

Ferd. Chr. Harpprecht Diſſ. de expreſſa honoris in ſententia judicis reſeruatione, Vol. Diſſert. T. I. p. 418.

351.

Kaiſerliche und Landesherrliche Auflegung der Anrüchigkeit.

Jedem Oberherrn des Staats gebührt die Beſtimmung der bürgerlichen Achtung der Glieder des Staats, und eben ſo kann nur er dieſelbe jemand wieder entziehen. Dem Kaiſer und Reiche und den einzelnen Landesherren kommt nun die Staatshoheit in Teutſchland zu. Sie allein vermögen alſo, jemand für ehrlos zu erklären, und mitnichten die Unterobrigkeiten und Gerichtsherrſchaften.

352.

Richterlicher Ausſpruch derſelben.

Da der Kaiſer und die Landesherren in der Geſezgebung bereits hierüber ihren Willen erklärt, und die Fälle beſtimmt haben, ſo kömmt es heutzutage bloß auf die Anwendung der Geſeze an, die bekannten Rechten nach von jedem Richter geſchehen kann. Sie geſchieht bald ausdrücklich, und bald ſtillſchweigend 1).

1) Estor Th. I. S. 426. §. 994.

353.

Preußiſche Verordnungen.

Nach dem Preußiſchen Rechte darf von dem Richter nicht leicht die Infamie aufgelegt, ſondern bey Verbrechen muß von den Kriminalgerichten auf mehrere

Jahre

Jahre Zuchthaus= und Feſtungsſtrafe erkannt, und im Falle der Nothwendigkeit vorher einberichtet werden 1).

1) Reſcr. vom 10. Jul. 1756. C. C. March. Nov. T. II. n. 64. p. 115. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III. C. V. S. 632. folg.

354.

Perſonenverzeichnis, bey welchen die größere Infamie überhaupt ſtatt hat.

Ueberläufer, Deſerteurs 1), Schuldner, die das Einlager gebrochen 2), bankerute Kaufleute 3), Perſonen, die unters Henkers Hand geweſen 4), oder eines entehrenden Verbrechens beſchuldigt worden 5), Hurenwirthe 6), Huren, Betrüger und ungetreue Vormünder 7), Leute, die den Staubbeſen empfangen oder am Pranger geſtanden haben 8). Einige Perſonen, die das römiſche Recht mit der Infamie belegt, als Witwen, die während der Trauerzeit heirathen, Vormünder, die ihre Unmündigen vor abgelegter Rechnung zu Frauen nehmen, und Soldaten, die Güter pachten, ſind nicht mehr unehrlich 9).

1) K. Max. II. Reuterbeſtallung von 1570. §. 62. Holſtein. L. G. O. P. IV. t. 14. 15. C. C. Holſat. T. I. p. 133.

2) *Weſtphalen* T. IV. Monum. Cimbr. p. 872.

3) Reichspolizeyordn. von 1548. tit. 22. von 1577. tit. 23. §. 6. Reichsſchluß von 1670. §. Da ſich aber. Mehrere Geſeze bey Eſtor Th. I. §. 1000. *Selchow* El. J. Germ. §. 208. n. 6. Repert. Jur. Priv. T. I. p. 442. ſqq.

4) *Bodin.* de jure circa infam. th. 12. p. 21.

5) P. H. G. O. Karls V. Art. 222.

6) Reichspol. O. von 1577. tit. 10. Dipl. Henr. Landgr. Haſſ. ap. *Kuchenbeck.* Anal. Haſſ. Coll. V. p. 186. Capit. R. Franc. L. VII. c. 143.

7) Sächſ. Landr. B. I. Art. 41. Schwäb. Landr. c. 321.

8) Eſtor Th. I. §. 995.

9) *Engau* Elem. Jur. Germ. L. I. tit. 30. §. 498.

355.

Verzeichnis der unehrlichen Perſonen in den Preußiſchen Staaten.

In den Ländern der Preußiſchen Monarchie ſind infam die Vormünder, die bey Antretung der Vormundſchaft ein Vermögensverzeichnis zu verfertigen unterlaſſen haben 1); diejenigen, die deponirte Gelder angegriffen haben 2); die Unterthanen, welche der Werbung ausgetreten ſind 3); die Richter, die ſich haben beſtechen laſſen 4); und Edelleute, die ſie deſſen fälſchlich beſchuldigen 5); verunglückte Schuldner, welche die Flucht ergriffen; Bankerutiers, Meineidige, und falſche Zeugen 6).

1) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 66.

2) ebendaſ. p. 95.

3) cit. l. T. III. Abth. I. p. 351. 363. 386.

4) Cod. Frid. L. I. t. I. §. 17. 27. L. IV. t 9. Sect. 3. §. 168.

5) Reſcr. vom 20. Jul. 1715. C. C. March. T. II. Abth. II. p 240. Bresl. Willkühr. §. 17

6) C. J. Frid. L. I. c. 4. t. 6. §. 76.

356.

Statutariſches Verzeichnis.

Nach einigen Landesgeſezen erfahren die Anrüchigkeit Beamte, die Herrſchaftsgelder angegriffen haben

haben 1), die bankerute Kaufleute, die ausgetreten ſind 2), Kuppler, Ehebrecher, Landesverwieſene 3). Dahingegen nach verſchiedenen Statuten diejenigen, die torquirt worden, keiner Unehrlichkeit bloßgeſezt werden 4). Eben ſo ungewis iſt es, ob Edeleute, die ihr Ehrenwort gebrochen, infam ſind 5).

1) C. C. Cal. T. II. p. 672. 677. 710. Cell. c. 2. p. 808. Brem. L. O. P. I. p. 479. 1031. Wolfenbütt. H. G. O. p. 708. Heinrichſt. Stat. p. 157.

2) C. C. Br. Lun. T. II. pag. 710. Repert. Jur. Privil. v. Banquer.

3) Kulm. Recht, L. V. P. II. tit. 23. c. 1.

4) Jus Lubec. P. IV. t. 14. Roſtoch. P. IV. t. 14. §. 1. Kulm. R. L. V. P. II. t. 23.

5) *Io. Wolfg. Textor* Diſſert. de ſfidei equeſtris clauſula. Heidelb. 1683. *Herm Zoll.* Diſſ. de promiſſ. generoſa fide vallatis. Rintel. 1695.

357.

Unehrlichmachung beym Soldatenſtande.

Nach dem Kriegsrechte wird ein Kriegsmann infam, wenn z. B. ein Officier oder Gemeiner als infam kaſſirt oder vom Regimente gejagt, oder zum Schelmen, mittelſt Anſchlagung des Namens oder Bildniſſes an Galgen, oder Benzeichnung eines Galgens in der Muſterrolle erklärt, oder dem Henker übergeben, oder er zum Profoßen oder Steckenknecht gemacht worden iſt. Es gehört bey den Officiers hieher die Zerbrechung des Degens, Schilds und Helms durch den Scharfrichter 1).

s) *Juſt. Henr. Mylius* Diſſert. de poenis militum famoſis. Lipſ. 1741.

Jo. Steph. Waga Diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa poenas militum ignominioſas et de reſtitutione famae militum per vexillum. Lipſ. 1744.

Eſtors bürgerl. Rechtsgelehrſ. Th. I. §. 993. 994. Th. III. §. 993.

358.

Rechtswirkungen der Ehrloſigkeit.

Eine ehrloſe Perſon bleibt von allen Aemtern, Ehrenſtellen, Lehen, Gilden und Handwerkern ausgeſchloſſen 1), ſie kann kein Zeugnis ablegen 2), noch laut einiger Statuten das Loſungsrecht ausüben 3), noch Lehen erwerben 4), noch in Stammgütern ſuccediren 5), oder eine adeliche Perſon heirathen 6). Sie erhielt kein Wehrgeld, und bey der größern Infamie fiel auch der Reinigungseid weg 7). Nach Preußiſchem Rechte 8) können Perſonen, die eines Verbrechens wegen unehrlich gemacht worden, ſogar nach ihrer Begnadigung, wenn dieſe anders nicht von ihrer erwieſenen Unſchuld herrührt, kein Zeugnis ablegen. Sonſt haben auch überhaupt alle unehrliche Leute ſich keines ehrbaren und öffentlichen Begräbniſſes zu erfreuen 9), und wer ſich an ihnen vergreift, empfängt eine geringere Strafe 10).

1) Sächſ. Landr. B. I. Art. 61. B. III. Art. 16. Sächſ. Lehenr. Art. 61. 2. Schwäb. Lr. c. 89. §. 2. Schwäb. Lehenr. c. 73. Ord. Cam. tit. 12. §. 1. A. Vet. de Benef. §. 4.

2) Lex Alemann. c. 42. §. 1. Sächſ. Lr. B. II. Art. 36.

3)

3) Hohenloh. Lr. P. III. t. 5. p. 72. Schaumb. P. O. c. 27. Naß. L. O. P. I. t. 5. §. 17.

4) Sächſ. Lehenr. Art. 1. und die übrigen oben angegeb. Stellen.

5) Cod. Max. Bav. p. 289.

6) Königlich Preußiſches Reſcript vom 8ten May 1739. Magdeb. Pol. Ordn. c. 7. §. 7.

7) Leg. Friſ. ant. tit. 5. Sächſ. Landr. B. III. Art. 45.

8) Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. §. 76. tit. 6.

9) Eſtor Th. I. §. 1002.

10) Ebendaſ. Th. III. §. 1002.

359.

In Anſehung der Eidesleiſtung.

Eine ehrloſe Perſon kann keinen Eid deferiren, noch kann er ihr deferirt werden 1). Das Erſtere läßt jedoch das Preußiſche Recht zu, wenn keine Relation dabey ſtatt hat 2). Der Grund dieſer Geſeze iſt die Vermeidung eines Meineids, deſſen ſolche Perſonen verdächtig ſind.

1) *Schilter* in praxi Jur. Rom. in foro Germ. Exerc. 23. §. 9.

2) Cod. Frid. L. III. tit. 30. §. 13.

360.

Streitige Grundſäze der Praktiker.

Es gibt jedoch einige Rechtsgelehrten 1), welche die Eideszuſchiebung einer ehrloſen Perſon, beſonders in dem Falle, wenn ihre Unehrlichkeit nicht aus einem

begangenen Meineide herrührt, zulaſſen wollen, weil ſonſt gegen einen Ehrloſen kein Beweis angeſtellt werden könnte. Denn wenn er nicht deferiren darf, ſo kann auch ihm nicht deferirt werden, und er genöſſe auf dieſe Art eine Rechtswolthat 2).

1) *Stryk* in Cautel. jurament. P. II. Sect. I. cap. 3. n. 233. *Berger* in Elect. diſcept. forenſ. tit. 18. obſ. 3. n. 8.

2) *Pufendorf* Tom. IV. obſ. 92.

361.

Ausnahme von der Regel bey einer Hure.

Es wird auch wirklich bey einer Hure, die geſchwängert worden, eine Ausnahme gemacht, und ihr die Eidesdelation zugeſtanden, jedoch ſcheint dieſes bloß zu Gunſten der Geburt geſchehen zu ſeyn.

362.

In andern Fällen.

In einer infamirenden Klagſache kann beym bürgerlichen Verfahren ein Eid deferirt werden, und ſelbſt, wenn man den angebotenen Eid rekuſirt, wird man nicht infam, noch kann deshalb beym Kriminalgerichte aufs neue verfahren werden 1).

1) *Pufendorf* T. IV. obſ. 93.

363.

Rechtsfrage: ob die Beſchimpfung unehrlich mache?

Wenn dieſe vom Staate herrührt, ſo iſt ſie jedesmal eine ſtillſchweigende Erklärung der Ehrloſigkeit. Wenn ſie aber von einer Privatperſon zugefügt wor

den 1), ſo hat ſie ſeit dem aufgehobenen Fehdeſyſtem nicht mehr die Wirkung der Unehrlichkeit 2), obgleich noch jezo von den Gerichten auf eine Ehrenerklärung erkannt zu werden pflegt. 3).

1) Ein Verzeichnis von unehrlichen Schimpfwörtern der Teutſchen, ſiehe bey Eſtor bürgerl. Rechtsgel. Th. III. §. 990.

2) Joh. Pet. von Ludewig von der Lehre, daß ein Geſchimpfter vor ehrlos zu achten, in adp. n. 4. ad *Klugiſt.* Diſſ. de limit. duell. p. 118.
Joh. Karl Heinr. Dreyers Gedanken, warum die teutſchen Rechte erlauben, die Beſchimpfung mit Maulſchellen zu rächen, in der Samml. verm. Abhandl. Th. I. S. 3. ff.

3) Preuß. Reſcript vom 30. Sept. 1773. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. III. n. 16. p. 645.

364.
Unehrbarkeit.

Ehemals, da die Teutſchen ſo eiferſüchtig auf ihre Ehre geweſen ſind, gab es einen Unterſcheid zwiſchen der geringern Ehrloſigkeit und der Unehrbarkeit. Heutzutage aber, da mehrere Aufklärung, veränderte Sittenverfaſſung, und die Geſeze, einer Menge ehrloſer Perſonen theils die Ehrloſigkeit ganz abgewiſcht, theils ſie bloß für unehrbar hält, wird auf dieſen Unterſchied nicht mehr viel geachtet.

365.
Beſtimmung des Begrifs.

Die Unehrbarkeit iſt eine Verachtung, die Einem theils wegen der ſchmuzigen Lebensart, theils wegen

der niedrigen und ſchlechten Handthierung, und theils wegen der unglücklichen Geburt wiederfährt 1).

1) *Io. Gottl. Heineccius* Diſſert. de leuis notae macula. Hal. 1720.

366.

Rechtswirkungen.

Ihre Rechtswirkungen ſind beynahe eben dieſelben, wie bey der Ehrloſigkeit. Man ſchlieſt dergleichen Perſonen von allen Aemtern, Ehrenſtellen, öffentlichen Geſellſchaften, Zünften und Innungen 1) aus; gibt in Anſehung ihrer der römiſchen Querelae inofficioſi teſtamenti ſtatt, läßt ſie nicht als unverwerfliche Zeugen gelten, und erlaubt ihnen kein ehrbares öffentliches Begräbnis 2). Sie iſt übrigens perſönlich, geht nur auf die Eheweiber, und mitnichten auf die Kinder 3).

1) wobey der Reichsſchluß von 1731. wegen Abſchaffung der Handwerksmisbräuche §.4. einige Abänderung gemacht hat.

2) Cod. Frid. P. III. tit. 28. Sect. III. §. 12. n. 7. *Huth* Spec. J. Germ. de his, qui not. inf. §. 16. *Mencken* Syſt. Jur. Civ. L. III. tit. 2. §. 7. p. 80.

3) *Kemmerich* in Acceſſ. pag. 775.

367.

Verzeichnis der unehrbaren Perſonen.

Henker, Zigeuner, Häſcher, Kloakräumer, Landſtreicher 1), Seiltänzer, Stocknarren, Marktſchreyer, Perſonen, die allerlei Thiere und Misgeburten zur

Schau

Schau herumführen, Quackſalber, Hauſirer, Marionettenſpieler, Klopffechter, Pfannenſlicker, Keßler 2).

1) Eſtor Th. I. §. 121. 132.

2) *Kemmerich* Acceſſ. Inſtit. pag. 774. Eſtor Th. I. §. 999. Th. III. §. 996. 997.

368.

Aufgehobene Unehrbarkeit bey andern.

Die ehmalige Unehrbarkeit hat aufgehört 1) bey den Badern, Barbiern, Spielleuten, Schäferknechten, Leinwebern, Schweinſchneidern 2), Pferdelegern, Komödianten, Meiſterſängern, Zöllnern, Müllern, und vielen andern, die in dem Reichsſchluſſe von 1731. Art. 4. 3) genennt ſind.

1) Reichspolizeyref. von 1548. t. 28 - 31. Polizeyordn. von 1577. t. 28. 29. 38. §. 1. Wolfenbütt. Verordn. vom 19. May 1729. 6. Jul. 1747. 9. May 1752.

2) Freyheitsbrief Kaiſer Leopolds von 1699. in C. C. March. Tom. V. Abth. V. c. 2. p. 109. n. 15. C. C. Cal. T. III. c. 4. p. 36.

3) in der neueſten Samml. der Reichsabſchiede Th. IV. S. 377.

369.

Aufgehobene Unehrbarkeit im Preußiſchen.

In Gefolge dieſes Reichsſchluſſes wurden insbeſondere in den Preußiſchen Staaten für ehrbar und zunftfähig erklärt: die Land- und Stadtgerichtsknechte, Gerichtsfrohnen, Thurm- und Feldhüther, Schließvögte 1), Todtengräber, Nachtwächter, Bettelvögte

Gaſſenkehrer, Dachſtecher, Schäfer und dergl., überhaupt alle Profeſſionen und Handthierungen, desgleichen diejenigen, die mit dem Abdecker gegeſſen und getrunken haben, ihn oder ſeine Familie zu Grabe tragen helfen 2).

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 282.

2) Preuß. Reſcr. vom 6ten Auguſt 1732. Art. 4. in C. C. March. T. V. Abth. V. p. 115. 119.

370.

Unehrbarkeit der Hurenkinder.

Gleichwie die öffentlichen Huren unehrlich waren 1), ſo wurden auch ihre Kinder unehrbar.

1) Eſtor Th. I. §. 181. 992. Th. III. §. 992.

371.

Unehrbarkeit der unehlichen Kinder.

Theils aus kanoniſchen Rechtsprinzipien, theils weil man die unehlichen Geburten mit den Hurenkindern beſonders bey gemeinen Leuten vermiſchte, geſchah es, daß in der ſpätern Zeit alle natürlichen Kinder für unehrbar gehalten wurden 1).

1) Sächſ. Landr. B. I. Art. 37. Schwäb. Landr. c. 319. Reichsſchluß von 1731. §. 11.

372.

Beſtimmung, was unehliche Kinder ſind.

Unehliche Kinder ſind von zwey Perſonen außer der Ehe gezeugt, und zur Welt gebracht worden. Darunter werden alſo weder allzufrühzeitige Geburten, noch

noch Findlinge gezehlt, welche beide Gattungen die Rechte als ehlich vermuthen. Dahingegen hielt man für wahnbürtig, die aus Ehebruch, verbothenem Grade, von einer Jüdin und einem Chriſten, von einem Leibeigenen und einer Freyen, aus ungleicher Ehe, von einem Mönch und einer Nonne, und die aus einer Pfaffenehe erzielten Kinder 1).

1) *Boehmer* de legitimat. liber. ex damnato coitu nat. §. 16. p. 886. *Huth* de his qui not. inf. §. 7. p. 10. §. 11. p. 22.

373.
Ihre Verfaſſung im Mittelalter.

Wir ſehen im Mittelalter viele Kinder, die unehelich genennt werden, und doch alle Rechte der ehelichen genießen, z. B. daß ſie in Königreichen und Fürſtenthümern ſuccediren, den Namen und die Würde des Vaters annehmen, zu großen Ehren und Anſehen gelangen, und ſich ſelbſt den Titel Baſtarden geben 1).

1) Meine Schrift über die Probenächte der teutſchen Bauermädchen. S. 43. 44. Eſtor Th. I. §. 873. ff.

374.
Erläuterung aus den teutſchen Alterthümern.

Andere Gebräuche erforderte bey der Ehe das teutſche Recht, und andere das kanoniſche Recht. Bey den Teutſchen war die Ehe gültig geſchloſſen, wenn beide Theile die Probezeit miteinander gehörig ausgehalten, hierauf ein feyerliches Hochzeitmahl gegeben, dann die förmliche Beſchreitung des Ehebettes, deſſen

Kennzeichen die Morgengabe war, vorgenommen hatten, und endlich der Frau ihr Witthum ausgeſezt worden war. Das kanoniſche Recht erforderte überdem noch eine prieſterliche Trauung, welches die Teutſchen aber oft ſehr überflüßig fanden, und ſie manchmal übergiengen. Daher das Geſchrei der Pfaffen über unehliche Geburten, woran man ſich jedoch Anfangs wenig kehrte, und ſolchen Kindern alle bürgerliche Rechtswirkungen der Ehe angedeihen ließ, bis endlich das römiſche Recht die Gründe der Geiſtlichkeit unterſtüzte 1), und unwiſſende Praktiker die unehlichen mit den Hurenkindern vermiſchten.

1) *Nicol. Grimmeiſen* Diſſert. de liberis ob deficientem in parentibus benedictionem ſacerdotalem non legitimis, Alt. 1731.

375.

Grund des landesherrlichen Baſtardenrechts.

Nur eheliche Kinder waren der Geſchlechtsmünde theilhaftig. Da nun die Geiſtlichkeit die aus einer teutſchen Ehe entſproſſenen Kinder nicht für ehelich erkennen wolte, ſo befanden ſich dieſe ſchuzloß. Allein beym alten Fehdeweſen erforderte es die Sicherheit, daß man irgend einen Schuz genoß, und alle, die nicht vermög des Privatrechts einer Schuzgenoſſenſchaft theilhaftig waren, empfiengen den Reichsſchuz des Kaiſers. Sie kamen unter die Mundbürde des Königs (ſub mundiburdio Regis), welches dann auch bey dieſen hülfloſen Geſchöpfen erfolgte, und ſie wurden deswegen Königskinder 1) genannt.

1)

1) Scheidt Nachrichten vom Adel in Teutſchland S. 498. *Hert.* de homin. propr. Sect. III. §. 3. *Pottgieſer* de condit. et ſtatu ſerv. L. I. c. 1. §. 17.

376.
Aehnlichkeit mit der Leibeigenſchaft.

Mundleute hatten ihrem Schuzherrn ähnliche Abgaben und Dienſte zu leiſten, wie Leibeigene. Daher rührt es, daß einige Gelehrte 1) die unehlichen Kinder ehmals in einem leibeigenen Zuſtande geweſen zu ſeyn geglaubt haben. Zumal die unehlichen Kinder der geringern Stände, z. B. die Pfaffenkinder, wirklich ſchlechter behandelt wurden. Indeß iſt ſo viel gewiß, daß, wo das Baſtardenrecht nicht, wie in der Mark 2), aufgehoben worden iſt, die unehlichen Kinder noch an vielen Orten den Leibeigenen beygezehlt werden 3).

1) *Pufendorf* Tom. III. obſ. 13. §. 9. ſqq. *Selchow* El. J G. §. 209.

2) Landtagsabſchied von 1534. in C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 29. §. Und dieweil.

3) Neumärk. Bauer- und Geſindeordn. vom 14. Septemb. 1685. tit. 1. §. 5. Pfälz. L. O. tit. 8.

377.
Begrif des Baſtardenrechts.

Das Baſtardenrecht, Jus Baſtardiſiae, Baſtardagium 1), begrif alle die Rechte und Obliegenheiten in ſich, die aus der teutſchen Schuzherrlichkeit entſprangen 2), worunter das Recht, ihnen nach ihrem erbeloſen Abſterben zu ſuccediren, noch dieſe Stunde an einigen Orten übrig geblieben iſt 3).

1) *Carpentier* in Gloſſar. Tom. I. p 482.

2) *Hertling* de regal. Palat. §. 10. p. 48.

3) Darmſt. Lr. t. 7. Brem. L. O. T. I. p. 777. Lüneb. Stat. P. III. t. 16. P. V. t. 2. §. 1. 2. Oeſt. Succeß. Ordn. t. 8. §. 6. Pfälz. L. O. t. 7. Tecklenb Lehenr. §. 19. Jülich R. O. c. 79. Braunſchw. R. bey Selchow in den Anfangsgr §. 194. Bad. R. bey *Schoepfflin* Hiſt. Zar. Bad. T. II. p. 180. T. VI. p. 383.

378.
Ehrlichmachung.

Sie iſt die Wiederherſtellung der bürgerlichen Ehre und Achtung bey ſolchen Perſonen, die ſie entweder wegen ihrer ſchändlichen Handlungen, ſchmuzigen Lebensart und Beſchäftigung, oder wegen ihrer befleckten Geburt verloren oder nie beſeſſen haben 1).

1) Sächſ. Landr. B. I. Art. 38. Preuß. Geſezb. §. 479. S. 227.

Nicol. Chr. L. B. de Lynker Diſſ. de iure reſtituendi famam. Ienae 1688. *Io. Rud. Engau* de abolitione. Ien. 1754. *Iac. Otto* Reſtitutiones natalium et infamium. Aug. Vind. 1677. *Rud. Henr. Ziegler* Diſſert. de natalium reſtitutione ſeu legitimatione illegitimorum Erf. 1730.

379.
Kaiſerliches Reſervat und landesherrliches Regal.

Die Ertheilung der bürgerlichen Ehre und Achtung entſpringt aus der höchſten Gewalt, und kann daher in Teutſchland nur von ſolchen Perſonen ausgeübt werden, die entweder die Reichshoheit oder Landeshoheit beſizen. Obſchon der Kaiſer die Reichshoheit

heit nicht allein beſizt, ſo iſt ihm doch dieſes Recht als ein vermeinter Theil der Privilegiengewalt zum Reſervat überlaſſen worden. Da den teutſchen Reichsſtänden die Landeshoheit im ganzen Umfange zuſtehet, ſo hat es auch keinen Zweifel, daß ſie ehrloſe und unehrbare Perſonen wieder ehrlich machen können 1).

1) *Mich. Henr. Gribner* Diſſ. de jure principum reſtituendi famam, in opuſc. Jur. Publ. T. I. p. 76. Id. de jure legitimandi principum Imp. cit. l. p. 1. ſqq.

380.

Beſchaffenheit der teutſchen Legitimation.

Nachdem einmal das geiſtliche Recht über die väterländiſchen Rechtsgewohnheiten die Oberhand bekommen hatte, ſo war bey allen natürlichen Kindern die Legitimation zu Abwiſchung des Fleckens der unehrbaren Erzeugung vor Gerichte nothwendig 1). Daher ſie meiſt nur dieſes zur Abſicht hatte, und zu Ehrenämtern und Handwerkern fähig machte 2).

1) *Weſtphalen* Monum. Cimbr. et Megapol. T. IV. pag. 1721. 1780. 1904. Dreyers Nebenſt. S. 98. *Grupen* in Vxore Theor. §. 10. p. 271. 272. *Boehmer* de legit. liber. ex damn. coitu. §. 16. p. 886.

2) *Io. Chriſt. Falkner* Diſſ de jure et legitimat. ſpuriorum. Ien. 1670. *Iac. Otto* Hypotypoſis legitimationis illegitim. Aug. Vind. 1673. Id. reſtitutiones natalium et infamium. ib. 1677. *I. H. Felz* Diſſ. IV. de legitimatione. Arg. 1703. 1716. 1718. 1720. *I. H. Hortleben* Diſſ. de legitim. liber. illegit. Ien. 1716. *Ier. Eberh. Link* de Legitimat. Arg. 1723. *Rud. Henr. Ziegler* de natalium reſtitutione ſeu legitimatione illegitimorum. Erf. 1730.

381.

381.

Verſchiedenheit von der römiſchen Legitimation.

Im römiſchen Rechte gab die Legitimation die väterliche Gewalt und die Suität, daher ſie wider Willen des Vaters und der Kinder nicht geſchehen konnte. Im teutſchen Rechte, wo ſie nur zur Abwiſchung der urſprünglichen Unehrbarkeit eingeführt iſt, bedarf es keiner Einwilligung des Vaters, und kann ſogar wider ſeinen oder wider der Kinder Willen geſchehen. Bey den Römern wurden nur natürliche Kinder legitimirt; bey den Teutſchen auch die Hurenkinder 1), desgleichen die aus einem Ehebruch und verdammter Vermiſchung erzeugten Kinder 2).

1) *Ge. Beier* Progr. Doctrina legitimationis ex iure patrio non Romano explicanda. Vit. 1712.

Chr. Thomaſius Diſſ. de vſu practico doctrinae Inſtit. de legitimatione. Hal. 1713.

Hellfeld in Jurisprud. for. §. 145. ſqq.

2) *Iuſt. Henn. Boehmer* Diſſ. de legitimatione ex damnato coitu natorum. Hal. 1727.

382.

Kaiſerliches Reſervatrecht.

Ueber unmittelbare Reichsglieder übt der Kaiſer ſelbſt die Ehelichmachung aus, und läßt dieſes Reſervat weder durch die Reichsgerichte, noch durch Hofpfalzgrafen verſehen 1).

1) Eſtor Th. III. §. 878. *Struve* in Jurisprud. Her. T. VI. pag. 528.

383.
Ausübung der kaiſerlichen Ehrlichmachung durch die Hofpfalzgrafen.

Der Kaiſer läßt dieſes ſein Reſervatrecht, ſo wie verſchiedene andere, durch die kaiſerlichen Hofpfalzgrafen in den einzelen Reichsländern über die Mittelbaren ausüben 1). Allein weil hiedurch theils Eingriffe in die landeshoheitlichen Gerechtſame geſchehen, theils zu dieſem Geſchäfte beſonders bey der Legitimation unehelicher Kinder eine Cauſae cognitio erforderlich iſt, ſo geben die Landesherrn einer ſolchen Ehrlichmachung nicht eher eine rechtliche Wirkungskraft, als nachdem ſie von ihnen beſtätiget worden iſt 2).

1) *Mich. Henr. Gribner* Diſſert. de jure legitimandi comitum Palatin. in terris princip. Imperii. Viteb. 1709. in opuſc. Jur. Publ. p. 33.

2) Neueſte Wahlkapit. Art. 22. §. 7. Preuß. Reſcript von 1707. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 351. Eſtor Th. I. §. 881.

384.
Ausſchließung aller Unterobrigkeiten von der Ausübung dieſes Rechts.

Dieſe Ehrlichmachung iſt eine Gnadensſache, und kömmt als Regal allein dem Landesherrn zu 1). Sie kann alſo von keinem Magiſtrate oder Unterobrigkeit, ausgenommen bey Soldaten 2), oder wenn der Magiſtrat deshalb privilegirt iſt, ertheilt, ſondern es muß darum bey Hofe vermittelſt der Landesjuſtizkollegien nachgeſucht werden 3).

1) *Mich. Henr. Gribner* Diſſ. de jure legitimandi principum Imperii. Vit. 1713.

2) Knorre Anleitung zum Kriegsprozeß S. 329. Gnügens Kriegsrecht S. 546. ff.

3) Preuß. Geſezb. §. 440. S. 231. Preuß. Reſcript vom 10ten, Jul. 1756. C. C. March. Nov. T. II. pag. 115. *Ferd. Chr. Harpprecht* Diſſ. de infamia et diſpenſatione, quae ſit per poenae aggrauat. Tub. 1682.

385.

Eintheilung in förmliche und ſtillſchweigende Ehrlichmachung.

Die Ehrlichmachung geſchieht entweder förmlich durch ein kaiſerliches oder landesherrliches Reſcript 1), und durch Schwingung der Fahne und Standarthe 2), oder ſtillſchweigend bey unehlichen Kindern durch die Erlangung eines Amts oder durch die nachgefolgte Verehlichung der Eltern.

1) *M. G. Pauli* Diſſert. de legitimatione per reſcriptum principis. Gedan. 1756.

2) *Io. Steph. Waga* Diſſ. de poenis militum ignominioſis et de reſtitutione famae militum per vexillum. Lipſ. 1744.

386.

Eintheilung in völlige und nichtvöllige Legitimation.

Die Vermiſchung des römiſchen mit dem teutſchen Rechte hat eine Eintheilung in die völlige und nichtvöllige Legitimation hervorgebracht. Erſtere bewirkt alle Familienrechte und die Succeſſion; leztere aber macht bloß zu bürgerlichen Aemtern und Verrichtungen tüchtig 1).

1)

1) *I. H. Hoeltich* Diſſ. de jure legitimationum ex indulgentia. Vit. 1672.

387.

Legitimation durch die erfolgte Ehe.

Wir haben gehört, daß die Teutſchen ſich bey ihrer Verheirathung langſam an die prieſterliche Trauung gewöhnt haben, und ſie bis ins XVI. Jahrhundert oft erſt, nachdem ſie verſchiedene Jahre in einer nach teutſchem Rechte gemachten Ehe gelebt hatten, verrichten ließen. Man milderte nun die Strenge des kanoniſchen Rechts von der Unehrbarkeit der auf dieſe Art erzeugten Kinder damit, daß während der prieſterlichen Trauung über dieſelbe der Geiſtliche ein Altartuch, oder den Mantel der Frau, oder das Brevier hielt, und ſie damit für ehelich erklärte 1). Daher kam hernach die Benennung der Mantel- 2) und Buchkinder 3). Noch heutzutage werden uneheliche Kinder durch die darauf gefolgte Ehe legitimirt 4).

1) *Chr. Gottl. Schwarz* Diſſ. de antiquo ritu legitimandi liberos per pallium. Alt. 1747.
Io. Wilh. Hoffmann in Jurisprud. Germ. ſymbol. §. 8.
Riccius in Spicil. Jur. Germ. p. 458.

2) Karl Gottl. Knorre von Mantelkindern, in den rechtl. Abh. und Gutachten, Halle 1751. p. 1.
Chr. Ulr. Grupen von Mantelkindern, in Vxore Theot. c. 6, p. 255.

3) *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui, col. 191.

4) *Wolfg. Ad. Lauterbach* Diſſert. de legitimatione per ſubſequens matrimonium. Tub. 1652. *Io. Caſp. Brendel*

Diſſert. de legitimatione per ſubſequens matrimonium. Vit. 1686. *Io. Iac. d'Orsner* de legitimatione liberorum per ſubſequens matrimonium. Argent. 1713. *Io. Ge. Scherz* Diſſ. de legitim. per ſubſequens matrimonium. Arg. 1715. *Rud. Chr. Henne* Diſſ. de legitim. liber. per ſubſequens matrimon. Erf. 1754.

388.

Streitige Rechtswirkungen der ehelichen Legitimation.

Daß derlei Kinder alle Rechte der Ehelichgebohrnen, nur aber nicht, wenn dieſe ſchon exiſtiren, zu deren Nachtheile erhalten, leidet wol keinen Zweifel 1). Aber ob ſie auch zur Lehenfolge gelangen können, darüber ſind die Rechtsgelehrten nicht einig 2), und eben ſo wenig, ob ſie den väterlichen Adel erben 3). Ich mache einen Unterſchied zwiſchen Mantelkindern, und andern durch die Ehe legitimirten Kindern. Erſtere, da bey ihnen ſchon längſt eine Ehe nach teutſchem Rechte vorhanden war, und jezo bloß die kanoniſchen Erforderniſſe ſupplirt wurden, ſind Lehensfolgefähig, die leztern aber nicht; denn ſchon nach dem mittlern teutſchen Rechte machte die von den Römern angenommene eheliche Legitimation nicht aller Rechtswirkungen theilhaftig 4). Dadurch empfangen die ſtatutariſchen Geſeze 5), die dergleichen Kinder von der Lehenfolge ausſchließen, ihre Erläuterung. Nach der Doktrinalerklärung des Longobardiſchen Lehenrechts werden ſie zugelaſſen 6); gleichwie dieſes die Doktoren für eine alte Obſervanz bey den Reichslehen ausgeben, und wenigſtens wegen ihrer heutigen Zulaſſung keine Schwierigkeit machen 7).

1)

1) *Leyſer* Spec. 19. med. 3. *Henne* de legit. liber. §. 28. pag. 29.

2) Eſtor Th. I. §. 883. Preußiſches Geſezbuch §. 436. 438. Seite 231.

3) Schorcht von der Unfähigkeit der Mantelkinder, zu ſuccediren. Leipz. 1776.

Ioſ. Henry Excerpta controuerſiarum ex materia legitimationis per ſubſequens matrimonium. Arg. 1713.

Dreyer Abhandl. ob die Legitimation durch die Ehe den Kindern die Erbfolge nach teutſchen Rechten zuwegebringe. Nebenſt. S. 257.

Io. Gotb. Bauer Diſſ. de ſucceſſ. legitimat. per ſubſequens matr. exſule in feudis. Lipſ. 1734.

Ge. Henr. Ayrer Progr. de excluſione legitimatorum a ſucceſſ. feudali. Goett. 1755.

Reinbarth ad Chriſt. III. 32. V. 23. VI. 9. *Pufendorf* I. 90. Strubens Rechtliche Bedenken III. 54. *Hommel* Rhapſod. obſ. 454 474 *Brockes* obſ. 421.

4) H. G. *Bauer* legitimationem per ſubſequens matr. nobilitatem Germ. jure non reſtaurare. Lipſ. 1776. II. feud. 26. Sächſ. Lehenr. cap. 2. Alem. Lehenr. c. 1. §. 4.

5) K. G. O. P. III. t. 8. Reſcr. vom 17. Dec. 1687. C. C. March. T. II. Abth. I. pag. 351. Abth. V. p. 46. 168. Stettin. Landtagsrezeß von 1633. und von 1654. Lehenskonſtit. über Hinterpommern von 1694. t. 25. §. 3. Magdeburg. Pol. O. c. 44. §. 14. Oeſt. Succeß. Ordn. tit. 2. §. 1. 2. Landrecht von Preußen L. II. t. 5. §. 1. Preuß. Lehenskonſtit. tit. 3. §. 8. C. C. Cal. P. IV. c. 7. 8. pag. 32. 51. Stat. Lub. de 1505. in Dreyers Einleit. S. 296.

Heß. Landsordn. c. 4. §. 5. bey Geiſe. Samml. Heßiſcher Landesverordn. Vorr. zum II. Th. Schaumb. P. O. c. 6. Böhm. Lr. bey Moſer von der Reichsſtände Landen S. 609. und Lünig Coll. der Landſäß. Ritterſch. P. I. p. 50. S. Dreyers Nebenſt. S. 215. ff.

6) *Barth* Diſſenſ. 362. 303. Mehrere bey Dreyer a. a. O. S. 279. not. a.

7) *Moeller* in vſu pract. diſtinct. feud. p. 314. *Tornov.* de feud. Mecklenburg. C. II. Sect. II. §. 27. *Chriſtin.* Vol. II. Deciſ. 41. *Neoſtad.* de feud. Jur. Holl. c. 5. n. 79. *Boehmer* T. I. P. II. Conſult. et Reſponſ. Reſp. 74. *Boehmer jun.* in princip. Jur. feud. §. 123. not. e.

389.

Preußiſches Recht.

Sowol wenn von den Gerichten auf eine Ehe erkannt wird, als wenn ſie von beiden Theilen freywillig eingegangen iſt, erhalten die vorher im ledigen Stande miteinander gezeugten Kinder die Rechte und Verbindlichkeiten der ehelichen Kinder 1).

1) Entwurf des Preuß. Geſezb. Th. I. §. 434. 435 436. S. 230. 231.

390.

Uebrige Rechtswirkungen der ordentlichen Legitimation.

Die Legitimation darf nie zum Nachtheile eines Dritten gereichen. Daher durch ſie weder den ehelichen Kindern ihre Rechte entzogen 1), noch die Lehen= Stamm= und Landesfolge bewirkt werden kann 2), noch dadurch der väterliche Adel und Stand erhalten 3), noch ohne förmlichen Vertrag in die Familienrechte ein-

ge-

getreten wird 4). Ehemals gab die Legitimation gar keine Succeſſionsrechte 5), heutzutage nur auf den Fall, wenn der Vater darum angeſucht hat 6). Sie macht allein fähig, zu Aemtern und Würden zu gelangen, und bey Zünften aufgenommen zu werden 7). Jedoch werden legitimirte Perſonen weder zu Kammergerichtsbeyſitzern 8), noch zu Präbenden zugelaſſen. Eigentlich ſollten ſie auch von den akademiſchen Würden ausgeſchloſſen bleiben, als weswegen man jedem Kandidaten ſeinen Lebenslauf abfordert. Es wird aber nicht mehr ſo genau beobachtet.

1) Eſtor Th. III. §. 871. S. 525. Preuß. Geſezb. §. 441. S. 231.

2) *Itter* de feud. Imp. c. 14. §. 5. *Cramer* de jur. et pr nob. p. 197. *Leyſer* Specim. 19. med. 3. *Struve* Jurisprud. Her. P. IV. p. 535. *Schroeter* de legitim. Sect. III. §. 7. Hahns Reichshiſt. Th. II. S. 261.

3) *Bauer* in cit. Diſſ. Ausnahme bey Senckenberg Saml. ungedr. Schriften. Th. II. S. 40.

4) Preuß. Geſezb. §. 445. 446.

5) Stat. Goslar. tit. 1. n. 89. ap. *Leibnit.* Scr. rer. Brunſw. T. III. pag. 488. *Weſtphalen* Monum. Cimbr. T. IV. p. 1721. 1904.

6) Preuß. Geſezb. §. 439. 444.

7) *Gabr. Schweder* Diſſ. de jure liberorum inſcio vel invito patre legitimatorum. Tub. 1705.

Ge. Henr. Ayrer de Reſcripto Legitimationis Principis pleniſſimum effectum tribuente, legitimi licet liberi exſtent. Goett. 1748.

Im Preußiſchen bedarf es zu dem Ende keiner Legitimation. Geſezb. §. 478. 479. S. 237.

8) K. K. G. O. P. I. t. 3. §. 2.

391.

Abwiſchung der Unehrbarkeit durch Beſſerung.

Der Unehrlichkeit oder Unehrbarkeit, die man ſich durch ſchändliche Handlungen oder ſchmuzige Lebensart zugezogen hat, kann man ſich wiederum durch gute Aufführung und beſſere Beſchäftigung entledigen. Allein diejenige, welche Einem der Richter durch Urthel aufgelegt hat, kann man nur durch die Abolition verlieren.

Achtes

Achtes Hauptſtück.
Rechte des Scharfrichteramts und der Abdeckerey.

392.
Einleitung.

Die Verfaſſung, daß die Henker in Teutſchland für unehrbar gehalten werden, und mit ihnen gemeiniglich das Scharfrichteramt verknüpft iſt, welches daher aus Irrthum nach gleichem Rechte beurtheilt worden war, nöthigt mich, hier ein Kapitel aus dem Kriminalpolizeyrechte einzurücken, und die dabey eingeſchlichenen Irrthümer aufzudecken.

393.
Verſchiedenheit des Scharfrichters vom Henker.

Die Verrichtungen des Scharfrichters oder Nachrichters beſtehen im Kopfabſchlagen und Rädern, wobey er immer ſo zu Werke geht, daß er den Delinquenten nicht berührt. Das Amt des Henkers, Schinders, Abdeckers, Freymanns 1) iſt, die Marter vorzunehmen, das Henken, Staupenſchlagen, an den Pranger ſtellen, Selbſtmörder zur Erde bringen, das krepirte Vieh abziehen, hinwegſchaffen und begraben 2).

1) Mehrere Benennungen bey Estor Th. I. §. 1005.

2) a. a. O. S. 430.

394.
Ihr verſchiedener Gerichtsſtand.

Der Scharfrichter wird vom Magiſtrate beſtellt 1), und iſt der peinlichen Gerichtsherrſchaft unterworfen 2).

 Da=

Dahingegen der Henker vom Forſtamte angeſtellt wird, und dort ſeinen Gerichtsſtand hat 3), jedoch kann ihn kein landſäßiger Edelmann ſezen, wenn er ſchon das Forſtrecht beſizt, weil dieſer Gegenſtand zur forſtlichen Hoheit, oder zum landesherrlichen Forſtpolizeyrechte gehört 4). Von Selchow 5) hat nach ſeiner gewöhnlichen ſeichten Bearbeitungsart beide Perſonen miteinander vermiſcht, obſchon Adrian Baier 6) die Verſchiedenheit derſelben längſt gezeigt hatte.

1) C. C. March. Tom. V. Abth. V. p. 119. Tom. VI. Abth. II. p. 447.

2) ibid. T. II. Abth. I. p. 159. 169. 171. 177. 551. beſond. Stendal und Frankfurt an der Oder pag. 176. 382. überhaupt T. V. Abth. IV. p. 438. Magdeb. Pol. Ordn. C. 76. §. 1. Erklär. darüber vom 7. Aug. 1700. in C. C. Magdeb. P. III. p. 503.

3) Eſtor Th. I. §. 1025.

4) ebendaſ. Th. III. §. 1006. Th. I. §. 1015.

5) El. Jur. Germ. §. 210.

6) Diſſert. de eo, quod juſtum eſt, circa carnifices et excoriatores. c. 8. n. 254. p. 80.

395.
Preußiſche Verfaſſung.

Diß iſt der Grund, warum in den Preußiſchen Ländern, desgleichen im Heſſiſchen, Naßauiſchen, Mecklenburgiſchen ꝛc. die Scharfrichter mit den Feldmeiſtereyen von dem Oberjägermeiſteramte, unter welchem ſamt dem Hausvogteyamte zu Berlin ſie in Amtsſachen ihren Gerichtsſtand behalten 1), förmlich be-

beliehen werden 2), wie davon ein königlicher Lehenbrief vom 28ſten Aug. 1727. beym Siegel 3) nachzuſehen iſt.

1) C. C. March. T. II. Abth. I. pag. 159. 171. 174. 175. 179. 187. 160. 382. 190. 176. T. VI. Abth. II. p. 148. Contin. I. pag. 64.

2) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 108. 110. T. VI. Abth. I. p. 420. 559. Cont. I. pag. 157. *Ludewigii* Jura feud. pag. 124. 423.. ſeqq. Bezahlen in Pommern die Lehenswaare. C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 1130.

3) Diſſ. de legitima ex feudo petenda §. 33. p. 39.

396.
Ehrbarkeit des Scharfrichters.

So wenig war der Scharfrichter wegen ſeines Amtes ehrlos 1), daß vielmehr ehemals die jüngern Schöppen, die Anverwandten des Entleibten, oder des Verbrechers, oder der Ankläger ſelbſt, ſeine heutigen Verrichtungen übernehmen mußten 2). Nur muß er ſich hüthen, daß er den Delinquenten nicht berührt, als weswegen er die Folter bloß zu dirigiren pflegt 3).

1) *Abr. Kaeſtner* Pr. de carnifice fama non laborante. Lipſ. 1745. Eſtor Th. I. §. 1024.

2) Dreyers Nebenſtunden S. 177. ff. *Io. Sam. Frid. Boehmer* Diſſ. de executionis poenarum capitalium honeſtate. Hal. 1733. Eſtor Th. I. §. 1022. Th. III. §. 1022.

3) C. C. March. T. VI. Abth. II. p. 447. Nachl. p. 85. 87. T. II. Abth. III. p. 171. Eſtor Th. I. §. 1019.

397.

Eingeſchränkte Zulaſſung bey Zünften und Innungen.

Indeß kann er doch nicht eher bey einem Handwerk oder bey einer Gilde aufgenommen werden, als bis er ſeine Stelle niedergelegt hat.

398.

Irriger Grund des geiſtlichen Rechts.

Der ehmalige Wahn ſeiner Unehrbarkeit beruht nicht auf dem römiſchen Recht, als woſelbſt die Hinrichtung mit dem Schwerdte eben ſo wenig unehrlich machte 1), ſondern auf den kanoniſchen Rechtsprinzipien, daß er Menſchenblut vergieſſe, und ſeine Hände damit beſudle.

1) *Hier. Pet. Schloſſer* Conjectura de vſu Gladii in ſuppliciis apud Rom. Francof. 1769.

399.

Beſondere Art der Annahme eines Scharfrichters.

Bevor Einer zum Scharfrichter angenommen und beeidiget wird 1), muß er ſein Kunſtſtück abgelegt, und bewieſen haben, daß von ihm niemals ein Aaß abgedeckt worden iſt 2). Er kann jedoch nachher derlei Verrichtungen durch Halbmeiſter und ſeine Knechte vornehmen laſſen 3). Indeſſen müſſen im Preußiſchen doch die Scharfrichtereyen außer den Städten angelegt werden 4).

1) C. C. March. T. II. Abth. III. p. 69. 70.

2) Eſtor Th. I. §. 1010. Th. III. §. 1022.

3)

3) C. C. March. Tom. VI. Nachl. p. 85. 87. Halsge⸗richtsordn. Karls V. Art. 97.

4) C. C. March. Tom. VI. Abth. II. p. 449.

400.

Seine Beſtrafung und Obliegenheiten.

Wenn er bey der Hinrichtung Fehler begeht, oder ſie mislingt ihm, ſo darf er nicht mehr vom Pöbel ge⸗mishandelt werden, ſondern wird von der Obrigkeit beſtraft 1). Es iſt ihm genau die Art und Weiſe vor⸗geſchrieben, wie er bey der Marter 2), wo er zugleich die Inquiſiten mit Salben zu verſehen hat 3), und beym Staupenſchlage 4), desgleichen bey andern Exe⸗kutionen zu verfahren hat. Er iſt jedoch nicht ſchul⸗dig, dabey die Zubehörungen an Rädern, Leitern und Ketten herzugeben 5). Wenn er die Verordnungen we⸗gen Abdeckung des Viehes bey Viehſeuchen nicht beob⸗achtet, ſo wird er mit dem Verluſt der Feldmeiſtereyen an Leib und Leben geſtraft 6).

1) Eſtor Th. I. §. 1026.

2) C. C. March. T. II. Abth. III. p. 97. 99.

3) ibid. p. 100.

4) cit. loc. p. 108. 5) T. VI. Abth. II. p. 432.

6) T. V. Abth. IV. p. 446. 464.

401.

Scharfrichtergebühren.

Die Belohnung für die ſcharfrichterlichen Amts⸗verrichtungen beruht theils auf Verträgen 1), theils

auf

auf dem Herkommen 2), und theils auf landesherrlichen Verordnungen 3). Außerdem müſſen noch bey Reiſen das Fuhrlohn, Futter, Eſſen und Trinken vergütet werden 4).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 670.

2) ibid. T. VI. Abth. II. p. 431.

3) T. II. Abth. III. p. 5. T. V. Abth. V. p. 116. T. VI. Abth. II. p. 432. Magdeb. Pol. Ordn. c. 76. §. 2. 3. C. C. Magdeb. P. III. p. 325.

4) C. C. M. T. VI. Abth. II. p. 431. Müllers Preuß. Kriegsr. Th. III. C. VII. S. 741. ff.

402.

Vollkommene Ehrbarkeit ſeiner Kinder.

Die Söhne eines Scharfrichters können akademiſche Würden erlangen, und es darf ihnen das Praktiziren nicht verwehrt werden 1). Eben ſo wenig dürfen ſie von Handwerkern und allem Gewerbe ausgeſchloſſen werden, und ihre Töchter mögen ſich an ehrliche Handwerker verheirathen 2).

1) Kurze Nachricht von dem Ausgang des am Reichshofrath zwiſchen den Phyſikern zu Frankfurt am Main und Joh. Mich. Hoffmann Med. D. vorgeweſenen Rechtsſtreits über die Frage von der Ehrlichkeit der Scharfrichter, und beſonders ihrer Kinder, ob ſie für fähig zum Bürgerrecht zu halten oder nicht? Frankf. am Main 1769.

2) Eſtor Th. I. §. 1024.

403.

Preußiſche Geſeze wegen des mit der Abdeckerey vereinigten Scharfrichteramts.

Die Scharfrichter müſſen ſich grau kleiden 1) und für ihre Abdecker haften, und verbleiben in Anſehung ihrer peinlichen Verrichtungen unter der Gerichtsbarkeit des Kammergerichts und der Kriminalgerichte; aber in Anſehung der Beſtallung, Patente, Lehengelder, Eimer- Hunde- und Abzugsgelder 2), desgleichen der Polizeyſachen, ſtehen ſie unter dem Oberjägermeiſter- und Hausvogteyamte, oder unter den Kriegs- und Domainenkammern, und an deren Statt unter dem Stadtmagiſtrate 3), von welchen ſie, beſonders bey Viehſeuchen, Befehle annehmen müſſen 4).

1) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 153 – R. Pol. O. von 1530. tit. 21. Verboth des Degen- und Hirſchfängertragens, C. C. M. T. V. Abth. V. p. 115. Tom. VI. Nachl. p. 86. 87. 89. Contin. I. p. 180.

2) cit. Tom. IV. Corp. Novi p. 5666.

3) Reſcr. vom 5. Febr. 1762. Tom. II. C. C. March. Nov. p. 123. Vergl. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 551. T. V. Abth. IV. p. 438. 464. Abth. V. p. 115. Cont. I. pag. 64. C. C. Magdeb. Cont. pag. 69.

4) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 5668.

404.

Unehrlichkeit des Henkers.

Die Anrüchigkeit des Henkers rührt aus dem kanoniſchen Rechte her 1), und iſt noch im Reichsſchluſſe

von

von 1731. Art. 4. beybehalten, und auf ſein Weib und ſeine Nachkommenſchaft bis ins zweite Glied ausgedehnt worden. Allein in dem neuern Reichsſchluſſe von 1772. ſind die Kinder und Abkömmlinge der Abdecker, welche die Arbeit ihrer Eltern nicht mitgetrieben haben, noch treiben wollen, für zunftfähig und bey ehrlichen Geſellſchaften für zuläßig erklärt worden.

1) Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. I. §. 1009.

405.

Peinliche Urthelsvollſtreckung des Henkers.

Der peinliche Richter pflegte nach verleſenem Urthel zum Freymanne zu ſagen: Meiſter Hans findet ihm das Urthel. Dieſer antwortete: Wenn ich ihm das Urthel finden ſoll, ſo will ich ihn hinausführen, und legen auf vier Räder, auch richten über ihn zwiſchen Himmel und Erde, damit ers nicht mehr thue 1). Dieß erklärt die Urſache, warum er zuweilen Nachrichter genennt wird.

1) Eſtor Th III. §. 1023. Vergl. Beyträge zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Saml. VI. S. 134. 136.

406.

Verrichtung des Henkers beym Selbſtmorde.

Die Selbſtmörder hat der Abdecker abzunehmen, hinwegzubringen und nach Befinden der Umſtände auf eine Fehmſtätte, oder auf dem Schindanger zu begraben, wofür ihm ein beſtimmter Lohn gereicht werden muß.

407.

407.
Recht, ſich des Entleibten Habſeligkeiten zu bemächtigen.

Der Henker eignete ſich Anfangs alles zu, was dem Selbſtmörder angehörte, nachher nahm er wenigſtens das hinweg, was er an dem Orte der Entleibung antraf, ſo weit er mit dem Schwerdte reichen konnte. Endlich überließ man ihm bloß das, was der Entleibte bey ſich hatte.

408.
Beleuchtung aus dem ältern Rechte.

Nach dem alten peinlichen Rechte waren alle Beweglichkeiten eines Verbrechers dem Kriminalrichter verfallen. Daher ſich einige Obrigkeiten das Privilegium ertheilen ließen, daß ſie ihre Unterthanen der peinlichen Gerichtsbarkeit nur ſo weit, als ſie mit dem Gürtel umfangen wären, überliefern dürften, zum Anzeichen, daß die Einziehung ihrer Sachen nicht ſtatt hätte 1). Die Hinwegnahme der Geräthſchaften eines Selbſtmörders durch den Henker war alſo ein Ueberbleibſel von jenem gerichtlichen Verluſte ſeiner beweglichen Güter.

1) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge. B. I. S. 67.

409.
Heutige Einſchränkung dieſes Rechts.

Heutzutage iſt dieſe Befugnis des Henkers als eine unbillige Gewohnheit bald ganz aufgehoben, und bald nur auf gewiſſe Kleidungsſtücke eingeſchränkt, und

er

er muß ſich für ſeine Bemühung mit dem Lohne begnügen 1).

1) *Ludovici* Diſſ. de jure carnificis in bona propricidarum. Hal. 1706. §. 24. 25.

410.

Uebereinſtimmung des Preußiſchen Rechts.

Auch in den Preußiſchen Staaten iſt ihnen bey Vermeidung empfindlicher Beſtrafung verboten, ſich irgend etwas von den Sachen des Selbſtmörders zuzueignen, ſondern ſich mit dem in den königlichen Geſezen beſtimmten Lohn zu begnügen 1).

1) Magdeburg. Pol. Ordn. c. 76. §. 4. C. C. March. T. V. Abth. V. p. 119. T. VI. Abth. II. p. 447.

411.

Verrichtung des Abdeckers bey Thieren.

Alle Thiere, die nicht eßbar ſind, dürfen des Gewinſts wegen von Niemand anders, als vom Abdecker, getödtet und abgezogen werden 1). Wer ihm hierinn Eingriffe thut, den kann er durch Aufſteckung des Meſſers oder Stellung des Karrens vor die Thüre beſchimpfen 2). Es ſind hiebey bloß die Aerzte und Barbier ausgenommen 3). Insbeſondere trägt er Aufſicht über die Hunde, und kann ſie des Sommers bey Ermanglung eines Zeichens todtſchlagen 4).

1) Man darf das verreckte Vieh bloß aus den Ställen und dem Hofe ſchaffen, und allenfalls auch auf den Schindanger ſchleppen. C. C. March. T. VI. Abth. I. pag. 419. 420.

2)

2) *Klüver* Elect. de jure canum c. 6.

3) Id. c. 5.

4) *Beier* in cit. Diſſ. c. 9. *Andr. Mylius* Diſſ. de jure carnificum.

412.

Deſſen Verrichtungen bey Viehſeuchen und beym verreckten Viehe.

Er darf kein Luder frey liegen laſſen 1), ſondern muß es binnen 24 Stunden wegſchaffen 2). Bey einer ausgebrochenen Viehſeuche muß er das verreckte Vieh, welches ſamt dem kranken Viehe man ihm jedesmal anzuzeigen hat 3), 5 Ellen oder Schue tief auf dem Schindanger, der nicht zunahe an der Landſtraße oder am Orte angebracht ſeyn darf, unabgedeckt vergraben, und einen Rauch von Wacholder oder Brennholze umher machen 4).

1) C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 436.

2) ibid. p. 427.

3) C. C. March. T. V. Abth. IV. pag. 337. 446. 438. 464. 423. 427. 429. 430. 431. 450. T. VI. Abth. I. p 419. 420. oder man muß ihnen die Haut bezahlen, C. C. Magdeb. P. III. p. 444.

4) C. C. March. T. V. Abth. IV. pag. 446. 147. 434. 435. 438. 450. 452. 464.

413.

Eigenſchaften in den Preußiſchen Staaten.

Sie müſſen ſich in der Vieharzneykunſt gehörige Kenntniſſe erworben haben, und werden darüber bey

ihrer Anſtellung von den Kriegs- und Domainenkammern examinirt 1).

1) Reſcr. v. 5. Febr. 1762. C. C. M. Nov. T. II. p. 123.

414.

Scharfrichterliche Abgaben.

Die Henker, oder die Scharfrichter für dieſelben, bezahlen bey der Belehnung die Lehenwaare 1), ſonſt darf aber kein weiteres ungewöhnliches Lehengeld von ihnen genommen werden 2), ſondern bloß zur Anerkennung der lehenbaren Verbindung geben ſie jährlich ein gewiſſes Geld, Leder, Eimer oder Handſchuhe 3).

1) C. C. March. Nov. T. VI. p. 1130.

2) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 559.

3) ib. T. V. Abth. IV. p. 426.

415.

Vorſichtsregeln bey ihren Verrichtungen.

Es iſt ihnen verboten, ihre Hunde weder in die Heiden 1) noch an infizirte Oerter mitzunehmen, und dürfen nicht einmal mit ihrem Karrengewinde, Geſchirre und ihren Kleidern, die ſie bey der Verſcharrung des an der Seuche gefallenen Viehes gebraucht haben, durch andere Oerter fahren, oder ſich derſelben an geſunden Oertern wieder bedienen 2).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 745.

2) cit. l. T. V. Abth. IV. p. 446.

416.

Befreyung der Scharfrichter und Abdecker von öffentlichen Beſchwerden und Abgaben.

Man belegt ſie nicht mit öffentlichen Beſchwerden und Abgaben 1), gibt ihnen aus den Stadtheiden umſonſt das Bauholz 2), läßt ſie die Acciſefreyheit wegen ihrer Karrenpferde 3), nicht aber von andern Sachen 4), noch in der Mark von der gedoppelten Meze genießen 5).

1) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 47. 73. 35. 119. Abth. V. p. 91. 108. 128. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. II. p. 152.

2) C. C. M. T. VI. Abth. II. p. 450.

3) ibid. T. IV. Abth. III. p. 490.

4) Abth. IV. p. 498. 132.

5) cit. l. p. 120.

Neuntes Hauptſtück.
Rechte der Staatsbürger nach ihrer geſellſchaftlichen Verbindung.

VII. Abtheilung.
Einzele und zuſammengeſezte Perſonen.

417.

Erklärung.

Man kann die Glieder eines Staats in einzele (ſimplices) und zuſammengeſezte Perſonen (vniuerſitates) eintheilen, deren Gattungen ſo vielfach ſeyn können, als ſich die Staatsbürger bey ihren geſelligen Verbindungen Zwecke vorſtecken.

418.

Urſprung der teutſchen Vereinigungen.

Bey einem ſo kriegeriſchen Volke, wie die Teutſchen, das beſtändig auswärts und innerlich Krieg hatte, und das lange Zeit das feſte Band einer bürgerlichen Verfaſſung bey ſeinem Staatsbündniſſe gar nicht duldete, mußten die einzelen Glieder ihrer Sicherheit wegen nothwendig auf allerlei Bündniſſe und Vereinigungen bedacht ſeyn, wenn ſie nicht ein Raub der Gewaltthätigkeit werden wollten. Teutſchland iſt daher ſeit der Entſtehung ſeiner Staatsverfaſſung voll von allerlei Arten von Verbindungen, nach der Mannigfaltigkeit und Verſchiedenheit ihrer Beſchäftigungen, Handthierungen,

rungen, Abſichten, ihres Intereſſes, ihrer Gerechtſame und Familienangelegenheiten 1). Es gibt unzehlige Brüderſchaften, Geſellſchaften, Erbvereinigungen, Erbverbrüderungen, Vereine, Bündniſſe, Zünfte, Gilden, Gaffeln, Maſkopeyen, Aemter und Innungen.

1) Om gamle Danſkes Gilder og deres Vndergang of *P. Kofod Ancher*. Kiøbenhavn 1780.

Lud. Ant. Muratori Diſſ. LXXV. de piis laicorum confraternitatibus earumque origine, Flagellantibus et ſacris miſſionibus. Tom. VI. Ant. Ital. p. 449.

419.
Reichsgeſezgebung darüber.

Den Reichsunmittelbaren Gliedern des Staats iſt es nach der Reichsgeſezgebung ganz freygelaßen, ohne Vorwiſſen oder Genehmigung der Reichshoheit allerlei Arten von Verbindungen unter ſich zu errichten, und deswegen nach Gutdünken überall Zuſammenkünfte zu halten 1). Dahingegen mittelbare Unterthanen ohne Erlaubnis des Staats weder Geſellſchaften ſtiften, noch Verſammlungen anſtellen dürfen 2).

1) Kaiſerl. Wahlkapit. Art. 13. §. 10.

2) L. I. §. 1. L. 3. §. 1, 2. D. de Colleg. et Corp. L. 2. de Extraord. Crim. L. 15. Cod. de Epiſc. et Cler. L. 1. §. 1. D. ad L. Iul. Maj. L. 1. et vlt. §. C. de Judaeis. L. 8. C. de haered. inſtit. Receſſ. Imperii Frid. II. Imper. de 1232. in der Samml. der Reichsabſch. Th. I.

420.

Eintheilung in erlaubte und unerlaubte Geſellſchaften.

Nachdem eine Vereinigung von der Landesherrſchaft genehmiget worden iſt, oder nicht, wird ſie in erlaubte und unerlaubte Geſellſchaft eingetheilt 1). Eine andere Eintheilung entſpringt aus ihrem erlaubten oder verbothenen Endzwecke 2).

1) *Kemmerich* in Acceſſ. Inſtitut. L. I. Sect. 4. tit. 44. §. 13.

2) ibid. §. 14.

421.

Landesherrliches Beſtätigungsrecht.

Da durch dergleichen Verbindungen und Zuſammenkünfte theils gefährliche Parteyen gegen den Staat entſtehen, theils daraus ein großes Sittenverderbnis einreißen kann 1), ſo iſt der Landesherr, vermög ſeines Staatsoberaufſichtsrechts berechtiget, ſich davon genau zu unterrichten, und ohne ſeine Genehmigung und Beſtätigung dürfen ſie nicht beſtehen. Ohne beſondere Verleihung darf dieſes Beſtätigungsrecht keine Unterobrigkeit ausüben 2).

1) Bielfelds Staatskunſt, Th. I. Hauptſt. 7. §. 31. *Matthaei* de Crimin. L. 47. tit. 15. n. 5. p. 244. *Huber* in Praelect. ad Dig. L. 47. tit. 22. p. 523.

2) *Kemmerich* cit. l. §. 12.

422.

Gemeinde.

Eine Gemeinde iſt eine kleinere dem Staate untergeordnete bürgerliche Geſellſchaft von mehreren Familien,

milien, die ſich ihres gemeinſchaftlichen Vortheils wegen unter einer eigenen Obrigkeit miteinander vereiniget haben.

423.

Kollegium, Korpus.

Wenn eine Geſellſchaft nur aus wenigen Mitgliedern von gleicher Art beſteht, und einen einigen beſtimmten Zweck zur Abſicht hat, ſo heiſt ſie ein Kollegium. Wenn ſie aber mehrere Kollegien und Glieder von verſchiedener Gattung unter ſich begreift, und die Erreichung mehrerer Vortheile zum Endzwecke ſich vorgeſteckt hat, ſo heißt ſie ein Korpus.

424.

Rechte einer Gemeinde.

Eine Gemeinde hat das Recht, eine eigene Obrigkeit zu beſizen, folglich öffentliche Verſammlungen anzuſtellen, Statuten zu machen, über Streitigkeiten in Gemeindsſachen zu erkennen, und Strafen anzuſezen, neue Glieder aufzunehmen, eine Kämmerey und Gemeindsgüter zu haben, das Beſteurungsrecht auszuüben, gemeines Siegel, Archiv, Regiſtratur, Matrikel, und öffentliche Bücher zu halten. Eine Gemeinde ſtellt eine bürgerliche Perſon vor, kann ſich ſelbſt andern, und andere ſich verbinden, und allerlei Kontrakte eingehen. Sie begeht Verbrechen, und wird deswegen beſtraft, woran hernach die Glieder, die unſchuldig, keinen Theil nehmen, und wovon die Nachkom-

men frey ſind, die dadurch keine Bereicherung erhalten haben 1).

1) *Kemmerich* cit. l. §. 23. ſeqq.

425.

Rechte und Verbindungen der Gemeinden.

Wenn die von ihr eingegangene Verbindlichkeiten durch ihre Repräſentanten, die dazu gehörig bevollmächtiget geweſen ſind, geſchloſſen worden, oder zu ihrem Vortheile gereicht haben 1), ſo bleiben ſie nicht allein für die Glieder, ſondern auch für deren Nachkommen 2) verbindlich, nur daß die Gemeinde die Rechte der Minderjährigen genießt. Die einzelnen Glieder ſind die von ihr kontrahirten Schulden zu bezahlen nicht verpflichtet, noch kann gegen deren beſonderes Vermögen eine Exekution verhängt werden 3), ausgenommen ſie hätten ſich ſubſidiariſch dazu anheiſchig gemacht 4). Dagegen wird aber auch ein Vermächtniß an die Gemeinde nicht unter den ſämtlichen Gliedern ausgetheilt, ſondern bleibt das Eigenthum aller. Sie läßt ihr Vermögen durch beſondere Adminiſtratoren verwalten, in Anſehung derer ſie verſchiedene Privilegien genießt 5), und muß ſich bey gerichtlichen Handlungen eines Syndikus bedienen 6). Der von einer Gemeinde abzuſchwörende Eid muß von den Vorſtehern, nebſt den 2 Aelteſten, oder denjenigen Gliedern, die die beſte Wiſſenſchaft von der Sache haben, oder von der Gegenpartey dazu aufgefordert worden ſind, geleiſtet werden 7). Für die Gemeinde

kann

kann kein Glied derſelben ein Zeugnis ablegen, wol aber wider dieſelbe, wozu er aber nicht genöthiget werden darf 8).

1) *Stryk* ad *Lauterbach* Sect. II. c. 1. §. 3. 4. *Brunnemann* de jure princ. circa rat. civit. c. VII. n. 61. 63. 65. 71. 72.

2) *Kemmerich* in Acceſſ. §. 32. 33. *Leyſer* Specim. 676.

3) tit. Cod. vt nullus ex Vicaneis.

4) *Carpzov* P. II. c. 6. def. 26.

5) *Brunnemann* cit. Diſſ. C. V. n. 101. 102.

6) *Kemmerich* §. 34.

7) Preuß. Kammergerichtsordnung vom 1. Merz 1709. tit. 31. §. 16. tit. 43. §. 25. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 424. 448.

8) ibid. p. 435.

426.
Gemeindsveräußerungen.

Ohne landesherrliche Bewilligung kann von dem Vermögen einer Gemeinde nichts veräußert 1), und es muß davon deſſen Oberrechenkammern jährlich Rechnung abgelegt werden, weil durch die unnöthigen Veräußerungen die Nachkommen ſehr leicht an ihren Rechten verlezt werden können, und jede Gemeinde als eine minderjährige Perſon betrachtet wird 2). Zu den Berathſchlagungen über derlei Veräußerungen müſſen zwei Drittel der Gemeinde anweſend ſeyn, und davon der größte Theil einwilligen 3).

1) *Vlr. ab Eyben* Diſſ. de decreto in alienandis minorum caeterarumque his ſimilium perſonarum rebus neceſſario. Gieſſ. 1668.

2) *Leyſer* Specim. 676.

3) *Sam. Stryk* de alienatione rerum atque bonorum vniuerſitatis. Francof. ad Viadr. 1682. *Goth. Lud. Mencken* de bonorum vniuerſitatis et praecipue curiarum alienatione. Lipſ. 1740.

427.

Vorrechte der Gemeinden im Reiche.

Die zeitherigen Lehrſäze gehen hauptſächlich auf Stadt- und Dorfgemeinden, die man im Reiche unter dem Ausdrucke Communen verſteht, und die in den Reichsländern, wie im Wirtembergiſchen, wo die Landſtände große Privilegien genießen, beſondere Vorrechte miteinander gemein haben, als, daß ihnen keine Mitglieder aufgedrungen 1), ihren Vorſtehern nichts gegen ihre Amtspflicht zugemuthet, noch bey den von ihnen anzuſtellenden Verſammlungen landesherrliche Bediente zugelaſſen, noch von dieſen ihre Briefſchaften erbrochen werden dürfen 2). Sie ſind bey ihrem alten Salzhandel 3), und bey der Beziehung des Ungelds 4), bey der ausſchließenden Benuzung ihrer eigenen Waldungen 5), nur mit einiger Einſchränkung des Holzverkaufs außer Landes 6), bey dem Beſiz ihrer Gerechtſame in Herrſchaftswaldungen 7), und der hergebrachten freyen Pürſch 8) zu laſſen, ihnen nichts an ihren Gemeindekaſſen 9) und Fruchtvorräthen 10) zu entziehen, oder darüber zu diſponiren. Sie dürfen ſich nicht für die Landesherrſchaft ohne landſchaftliche Bewilligung verbürgen 11), und ihre Lieferungen müſſen baar bezahlt werden 12).

1)

1) Abdruck des zwiſchen S. H. Durchl. und Prälaten und Landſchaft des Herzogthums Wirtemberg abgeſchloſſenen Erbvergleichs. Stuttg. 1771. S. 34. 95.

2) ebendaſ. S. 89. 87. 3) S. 72. 4) S. 74. 5) S. 82. 83. 6) S. 81. 7) S. 85. 8) S. 84. 9) S. 87. 88. 10) S. 92. 93. 11) S. 66. 67. 12) S. 77.

428.

Rechte der erlaubten Geſellſchaften.

Die erlaubten und von der Landesherrſchaft beſtätigten Geſellſchaften genießen allein die gemeinen Rechte der einzelen Perſonen, und die beſondern Gerechtſame, die ihnen jene verliehen hat 1). Daher nirgend mehr Privilegien, als bey ſolchen zuſammengeſezten Perſonen vorkommen. Sie können gemeinſchaftlich Häuſer beſizen, und Vermögen erwerben, und ein eigen Siegel führen, zu Erben eingeſezt, und mit Vermächtniſſen beſchenkt werden. Beym gerichtlichen Verfahren können und müſſen ſie einen Anwald (Syndicus) beſtellen, und dürfen über ihre Geſchäfte gemeinſchaftliche Geſeze machen 2).

1) *Kemmerich* cit. l. §. 30.

2) *Lauterbach* in Colleg. Theor. Pract. L. 47. tit. 22. §. 3.

429.

Beſtimmung ihres Verhältniſſes.

Als Verbindungen, die zu Erreichung eines gewiſſen gemeinſchaftlichen Endzwecks dienen, werden ſie, wie eine einzele Perſon, in Rechten betrachtet 1), und darauf beruht ihr äußeres Verhältnis. Das innere

Ver=

Verhältnis aber wird durch die Natur ihres Endzwecks und durch die Geſeze und Verträge beſtimmt.

1) L. fin. §. 7. D. de Quaeſt.

430.

Rechtswirkungen.

Vermög des Zuwachſungsrechts behält der Lezt-überlebende die Rechte der ganzen Geſellſchaft. Wenn ſie ſich trennen, ſo muß das gemeine Vermögen unter ihnen ausgetheilt werden. Durch zehenjährige Trennung iſt die Verbindung aufgehoben, und kann ohne landesherrliche Bewilligung nicht wieder angefangen werden 1).

1) *Lauterbach* cit. l. §. 4. *Kemmerich* §. 36.

431.

Beſchreibung der Gattungen in Teutſchland.

In Teutſchland gibt es Reichskollegien, einen evangeliſchen und einen katholiſchen Reichskörper, Reichsdeputationen, Reichskreiſe, Kurvereine, Fürſtenvereine, Grafenvereine, eine Reichsritterſchaft, und einzele landſäßige Ritterſchaften, Gerichtshöfe, Landſchaften, Domkapitel, Ritterorden, und allerlei geiſtliche Gemeinheiten, Städte, Dörfer, Bauergemeinden, Univerſitäten, Ritterakademien, Gymnaſien und Schulen, Handelsgeſellſchaften, gelehrte Geſellſchaften, und Zünfte 1).

1) *Kemmerich* §. 9. 10. 11. pag. 632.
Henr. Breuning Diſſert. de variis vniuerſitatum ſpeciebus, earumque juribus, praeſenti ſtatui Germ. adcommodatis. Marpurgi 1609.

Zehntes

Zehntes Hauptſtück.
Rechte der Staatsbürger nach ihrem Religionszuſtande.

VIII. Abtheilung.
Chriſten und Unchriſten.

432.
Erklärung.

Die Einwohner Teutſchlands bekennen ſich entweder zur chriſtlichen Religion, oder nicht. Leztere ſind die Ungläubigen, als Juden, Türken, Atheiſten ꝛc. und haben, weil ſie keine Staatsbürger ſind, gar keinen bürgerlichen Stand.

I. Abſchnitt.
Kirchenpolizeyrecht.

433.
Herſchende Religionsparteyen.

Die drey Sekten der chriſtlichen Religion, die Römiſch-Katholiſchen, Evangeliſch-Lutheriſchen und Reformirten genießen in Teutſchland allein die Rechte der Reichsbürgerſchaft.

434.

Abtheilung der Reichsländer von einfacher und gemiſchter Religion.

Dieſe drey Religionspartheyen haben das teutſche Reichsterritorium unter ſich getheilt. Einige Länder beſizt eine oder die andere Religionsparthey allein, und andere zwey oder alle drey zuſammen.

435.

Zeitbeſtimmung des Beſizſtandes.

Weil ſie erſt nach einer Reihe von gefährlichen Revolutionen zu ihren heutigen Beſizungen gekommen ſind, und jeder Theil über den andern das Uebergewicht zu erhalten getrachtet hat, ſo hat man ſich endlich genöthiget geſehen, durch Reichsgeſeze 1) den Zeitpunkt zu beſtimmen, nach welchem ſich der Beſizſtand eines jeden Theils reguliren ſoll.

1) Weſtfäl. Friedensſchluß, Art. V. §. 2.

436.

Wechſelſeitige Religionsduldung der drey herrſchenden Religionspartheyen.

Vermög des landesherrlichen Oberkirchenpolizeyrechts, das in der teutſchen Staatsverfaſſung das Reformationsrecht genennt wird, kann der Landesherr in ſolchen Ländern, wo nur eine oder zwey Reichsreligionen herrſchend ſind, auch den Glaubensgenoſſen der dritten Gattung den Aufenthalt verſtatten, und wenn Eine der Evangeliſchen Religionen im Lande allein herrſchend iſt, und die neuen Ankömmlinge ebenfalls Evan-

angeliſch, aber von der beſondern Religionsparten ſind, ihnen ſogar die öffentliche Religionsübung zu laßen 1), welches der Fall bey der Aufnahme der Religionsvertriebenen aus Frankreich, aus Salzburg, und aus der Pfalz geweſen 2). Dahingegen die Katholiken in einem Proteſtantiſchen Lande zwar ebenfalls geduldet werden, aber niemals den öffentlichen Gottesdienſt erhalten können 3).

1) Pütters teutſches Staatsrecht §. 236. S. 207.

2) C. C. March. Cont. I. p. 182. C. C. Magdeb. P. I. p. 101. P. VI. p. 77. 159. C. C. Culmbac. T. II. P. II. p. 628. C. C. Holſat. T. I. p. 573. C. C. Oldenburg. T. I. p. 44. Liefländ. L. O. S. 131. 286. Collect. Conſt. Brunſw. Luneb. P. I. p. 1008. Heſſen-Kaſſel. Privil. v. 12. Dec. 1685. *Schoepfflin* Hiſt. Zar. Bad. T. IV. p. 340. Memoires pour ſervir à l'Hiſt. des Refugiés François dans les Etats du Roi par Mrs. *Erman et Reclam*, à Berlin 1782. II. Tomes.

3) Pütter am a. O. S. 209. §. 235.

437.

Religionsduldung der Unchriſten.

Vermög des Weſtfäliſchen Friedens ſollen außer jenen dreyen Religionen keine weitere in Teutſchland eingeführt und geduldet werden 1). Indeſſen werden doch ungeachtet der dagegen eifernden Reichsgeſeze Sozinianer, Mennoniten und Wiedertäufer angetroffen 2), und die Landesherren behaupten hierinn freye Gewalt zu haben 3). Jedoch können dergleichen geduldete Sekten niemals den öffentlichen Gottesdienſt, und die

Rechte

Rechte des Religionsfriedens erlangen 4). Im Preußiſchen dürfen ſie nicht öffentlich für Kezer erklärt werden 5).

1) Weſtfäl. Friede Art. 7. §. 2. Praeter religiones ſupra nominatas nulla alia in S. R. I. recipiatur vel toleretur.

2) *Heümann* de Legib. Relig. polit. Sect. I. §. 17.

3) Von der Gerichtsbarkeit der höchſten Reichsgerichte in geiſtlichen Sachen bey Gelegenheit des D. Bahrdiſchen Rechtsfalles 1779. §. 24. S. 32. 33. ff. welches gegen *Heumann* init. Jur. Polit. C. XVI. §. 121.

4) *Heumann* cit. l. § 122.

5) Reſcr. vom 23. Sept. 1737. C. C. March. Contin. I. pag. 75.

438.

Unterthanſchaftliche Religionsrechte.

Bloß geduldete Religionsverwandte von einer der drey herrſchenden Religionen im Reiche müſſen in bürgerlichen Rechten, ſo viel das Zunftweſen, Handel und Wandel, Erbſchaften, Genuß der milden Stiftungen und Begräbniſſe betrift, den Mitbürgern von der Landesreligion ganz gleichgehalten 1), und ihnen auf Begehren ein fünfjähriges freyes Abzugsrecht ohne alle Beläſtigung geſtattet werden 2). Sonſt üben Evangeliſche Unterthanen, wenn ihr Landesherr einer andern, und nicht der herrſchenden Religion zugethan iſt, einen Theil der geiſtlichen Rechte, als die Haltung eines eigenen Konſiſtoriums, Beſtellung der Kirchen- und Schulbedienten, ſelbſt aus 3).

1)

1) *I. H. Boehmer* Diſſ. de tolerantiae religioſae effectibus ciuilibus. Hal. 1726.

2) Pütter kurzer Begrif des teutſchen Staatsrechts. Gött. 1768. §. 237. S. 208. 209.

3) Ebenderſ. §. 236. S. 207.

439.

Von der Hausandacht.

Welche Unterthanen in einem Lande nicht zur herrſchenden Religion gehören, dürfen unbeſchränkt ihre Hausandacht, welche ein Hausvater mit ſeiner Familie und ſeinem Hausgeſinde, auch wol mit Zuziehung einiger Fremden und Nachbarn anſtellt, halten 1), oder den benachbarten öffentlichen Gottesdienſt beſuchen, und ihre Kinder in auswärtige Schulen ſchicken 2).

1) *Io. Iac. Moſer* Diſſ. de exercitio Religionis domeſtico eiusque iure inter eos, qui diuerſa ſacra colunt. Francof. 1736.

2) Weſtfäl. Friede Art. V. §. 34.

440.

Polizeygeſezgebung in Kirchenſachen.

Die Polizey 1) hat auf der einen Seite keine offenbare Atheiſterey und Verachtung der herrſchenden Religion zu dulden 2), und auf der andern Seite zu machen, daß kein ſchädlicher und zur Dummheit führender Aberglaube einreiße 3), weil beides gefährliche Folgen für den Staat hat, und heftige Bewegungen daraus entſtehen können. Niemand darf dem andern

unter dem Vorwande der Religionsbekehrung Beleidigungen anthun 4).

1) Die römiſchen Polizeygeſeze in Kirchenſachen ſtehen verzeichnet bey *Heumann* Init. §. 125.

2) *Heumann* Init. Jur. Polit. c. XVI. §. 117. 120.

3) Preuß. Verordn. vom 14. Dec. 1732. 3. April 1738. 22. Nov. 1748. u. 5. April 1756. *Heumann* §. 118. *Io. Iac. Moſer* Diſſ. de officio principis circa religionem et ſalutem ſubditorum aeternam. Francof. 1738.

4) *Gottl Sam. Treuer* Diſſ. de iniuriis Religionis colore exornatis. Helmſt. 1729.

441.
Uneingeſchränkte Gewiſſensfreyheit.

Obſchon das Polizeyrecht über Kirchen = und Glaubensſachen ein aufmerkſames Auge haben muß 1), ſo darf es doch der Gewiſſensfreyheit nicht zu nahe treten 2), indem die Unterthanen in Glaubensſachen von aller weltlichen Gewalt befreyt ſind 3). Eben ſo behutſam hat man bey Abſchaffung der Kirchengebräuche zu verfahren, wie ſich darüber 1736. ein Beyſpiel in den Preußiſchen Staaten ereignet hat 4).

1) *Heumann* Meditat. de Legibus Relig. polit. Sect. I. §. 4

2) Weſtfäl. Friede, Art. V. §. 48.

3) *Gerh. Noodt* de religione ab Imperio Jure Gentium libera. *Io. Iac. Moſer* Diſſ. de officio principis circa religionem et ſalutem aeternam ciuium.

4) C. C. March. Cont. I. p. 367.

442.

Preußiſche Polizeygeſeze in Kirchenſachen.

Katholiſche Konvertiten können im Preußiſchen weder Kirchen- noch Schulämter erhalten 1). Es dürfen in den Privathäuſern keine geiſtliche Zuſammenkünfte gehalten 2), noch in den Kirchen bürgerliche und ökonomiſche Geſchäfte abgethan, noch allerlei Sachen von der Kanzel verleſen werden 3). Sonſt gibt es viele Verordnungen von der Feyrung des Sonntags, und über die Kirchſtühle 4), als worüber, ſo wie über die Injurienſachen der Prediger und über die Kircheneinkünfte unter 4 Thaler, die Städtiſchen Magiſtrâte vermög Patronats die Gerichtsbarkeit haben 5).

1) C. C. March. Tom. VI. Abth. II. p. 441. Cont. I. p. 223.

2) Edikte vom 13. Decemb. 1742. 25. Jenner 1747. u. 14. Febr. 1748.

3) ibid. Tom. I. Abth. I. n. 72. p. 94. 113.

4) cit. l. T. I. Abth. II. p. 85. 89. 106. 148. 202. 207. T. V. Abth. V. p. 229. T. VI. Abth. I. p. 306. C. C. Magd. P. I. n. 15. 18. 47. P. V. p. 14.

5) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 364. 408. Reglem. für die Magiſtrâte der Weſtpreußiſchen Städte. §. 1. C. C. March. Nov. T. V. c. p. 1270.

443.

Kirchenzucht.

Das kirchliche Strafrecht wird von den Katholiſchen abgetheilt in die Kirchenzenſur, die allein die Beſſerung des Straffälligen zur Abſicht hat, und in die eigent-

gentliche kirchliche Beſtrafung, welche eine ſolche Züchtigung der Verbrecher in ſich ſchlieſt, die eine verbeſſerte Kirchenzucht bewirkt 1). Zur Kirchenzenſur gehören: der Kirchenbann, die Abnahme des Amts, und das Interdikt. Dahingegen beſtehen die Kirchenſtrafen in Gelde, Geißelung, Verbannung, Verſtoßung ins Kloſter, Gefängnis, Zuchthausſtrafe, Einziehung der Güter, Erklärung der kanoniſchen Unregelmäßigkeit, Auflegung ſtrenger Faſten bey Waſſer und Brod, Infamie, Verluſt der Präbende, Abſezung, Verluſt des geiſtlichen Lehens, Befreyung der Vaſallen und Unterthanen von der Huldigung 2). Dieſe Kirchenzucht iſt aber in den meiſten katholiſchen Staaten und auch in dem Evangeliſchen Theile der Preußiſchen Staaten 3) jezo ſehr eingeſchränkt worden.

1) *Ach. Lud. Car. Schmidt* principia Jurisprud. Eccleſ. Pontificiorum. Ien. 1756. §. 88.

2) Id. §. 89. et 94. *Boehmer* Inſtit. Jur. Canon. L. V. tit. 37. §. 3.

3) Edikt vom 27. Merz 1748.

444.

Beſtrafung der Geiſtlichen.

Weil die Aufführung der Geiſtlichen einen ſo großen Einfluß auf die Sitten der Einwohner hat, ſo erfordert das Preußiſche Kirchenpolizeyrecht die Einſendung beſonderer Konduitenliſten ans Konſiſtorium 1). Bey den Katholiken ſind die eigenthümlichen Strafen der Geiſtlichkeit die Suſpenſion, Abſezung und Degradation

dation 2), welches auch gewiſſermaßen bey den Proteſtanten ſtatt hat 3).

1) Preuß. Verordn. vom 29. Sept. u. 6. Nov. 1736. 19. Febr. 1738. 9. Merz u. 27. Jun. 1752. 14. Merz u. 24. April 1754. in C. C. March. T. I. Abth. I. n. 137. et paſſ. C. C. Culmb. T. I. p. 212.

2) *Schmidt* princ. Jurisprud. Eccl. Pontif. C. III. §. 81.

3) Preuß. Verordn. vom 20. Aug. und 26. Sept. 1737. K. K. O. v. 24. Aug. 1755. Edikt vom 16. May 1760.

445.
Verbotene Appellation in geiſtlichen und Schulſachen, und landesherrliche Aufſicht über die Anſtellung der Geiſtlichen.

In geiſtlichen und Schulſachen finden keine Appellationen an die höchſten Reichsgerichte Plaz 1). Man beobachtet bey Anſtellung junger Geiſtlicher und ihrer Zulaſſung zum Predigtamte alle Vorſicht, unterwirft ſie ſtrenger Prüfung, und läßt die vermög Patronatrechts präſentirten durch Konſiſtorien beſtätigen 2).

1) Pütters Rechtsfälle B. 1. n. 16. 17. p. 171. ff.

2) Preuß. Reſcripte vom 30. Sept. 1718. 28. Oct. 1736. 1ten Oct. 1761. 14. Febr. 1765.

446.
Rechte in Anſehung der Ungläubigen.

Der Unglaube bey Einheimiſchen iſt ein Kirchenverbrechen 1). Die geduldeten Auswärtigen aber werden den Leibeigenen gleichgehalten, ſind unehrbar, können keine Grundſtücke beſitzen, noch öffentliche oder bür-

bürgerliche Aemter erlangen u. ſ. w. 2). So ſtrenge lauten die kanoniſchen Rechtsverordnungen. Allein nach dem Proteſtantiſchen Kirchenrechte wird ihnen bey der Duldung ihr Unglaube nicht mehr zum Verbrechen angerechnet. Sie ſind frey, gehören zu den Unterthanen, und genießen das gemeine Privatrecht, jedoch mit Ausſchluß aller Rechtsprivilegien. Sie ſind von aller geiſtlichen Gerichtsbarkeit unabhängig, und erkennen auch in geiſtlichen Sachen bloß die weltliche Obrigkeit über ſich 3).

1) *Juſt. Henn. Boehmer* Diſſ. de jure ſacro et profano circa infideles. Hal. 1717.

2) *Pertſch* in Elem. Jur. Can. L. IV. tit. 3. §. 287. 288.

3) Id. §. 290. p. 145.

II. Abſchnitt.

J u d e n r e c h t.

447.

Literatur.

Chriſtian Wilhelm Dohm über die bürgerliche Verbeſſerung der Juden. Berlin 1783. II. Theile.

Friedr. Traugott Hartmann Unterſuchung, ob die bürgerliche Freyheit den Juden zu geſtatten ſey? Berlin 1783.

Joh. Jodock. Beck de Juribus Judaeorum, vom Recht der Juden. Nürnberg 1731.

Karl

Karl Anton Einleitung in die jüdiſchen Rechte. Braunſchweig 1756.

Iac. Aug. Franckenſtein Diſſ. de juribus ſingularibus Judaeorum in Germania. Lipſ. 1722.

Ev. Otto Diſſ. de ſtatu Judaeorum publico. Vltr. 1721.

Joh. Chr. Ge. Bodenſchaz kirchliche Verfaſſung der heutigen Juden, ſonderlich in Teutſchland. Erlangen 1748.

Caſp. Ziegler Diſſ. de juribus Judaeorum. Viteb. 1684.

Car. Ferd. Hommel Bibliotheca Juris Rabbinica et Saracenorum Arabica. Byruth 1762.

Sententiae Rabbinorum de ſucceſſ. ab int. et teſtamentaria a *R. Ioſ. Karo* collectae. Hal. 1775.

Io. Fr. Fiſcher Comment. de ſtatu et jurisdictione Judaeorum ſecundum Leges Rom. Germ. Alſat. Argent. 1763.

Ritualgeſeze der Juden, betreffend Erbſchaften, Vormundſchaftsſachen, Teſtamente und Eheſachen, in ſo weit ſie das Mein und Dein angehen. Berlin 1778.

448.

Begrif.

Das Judenrecht ſchließt alle die Rechte und Verbindlichkeiten in ſich, welche dieſer Nazion vermög ihrer eigenthümlichen Religionsverfaſſung, ihres Verhältniſſes gegen die Chriſten, und ihres privilegirten Zuſtands im Staate zukommen.

449.

Geſezliche Quellen überhaupt.

Dergleichen ſind einige Verordnungen in den Reichsgeſezen, Statuten und Provinzialrechte 1), Texte des römiſchen und kanoniſchen Rechts, Landesverträge, das Moſaiſche und Thalmudiſche Recht.

1) Pfälz. L. O. t. 18. §. 5. Mecklenb. Erblandesvergl. §. 377. C. Conſt. Culmbac. T. II. P. II. pag. 673. ſeqq. Kurköln. Judenordn. C. I. §. 1. Ordnung der Fränkiſch. Ritterſch. S. 123. Regenſp. Dekreten T. I. p. 471. 628. Leipz. Stat. S. 133. Schaumb. Sächſ. R. P. I. ex. 9. §. 8. P. II. ex. 11. §. 19. Oppel. u. Ratibor. L. O. a. 54. Naß. L. O. S. 37. Würtemb. L. O. tit. 27. Altenb. L. O. P. II. c. 2. t. 4. Gothaiſche L. O. P. II. c. 2. t. 4. Heßenkaß. Judenordn. v. 1679. desgl. Conſt. v. 22ſten Febr. 1722. Regier. Ausſchr. von 1722. Heß. L. O. T. I. p. 120. Thür. R. in Conſil. Hal. T. II. pag. 1675. Braunſchw. R. bey *Kreſs* diff. Jur. Comm. et Brunſw. pag. 73.

450.

In den Preußiſchen Staaten.

Außer dem Generalprivilegium und Reglement vom 17. April 1750. 1) ſind die Rechte der Preußiſchen Judenſchaft noch in einer Anzahl Generalreſcripte 2) und einzeler Landesgeſeze 3) beſtimmt.

1) Tom. II. C. C. March. Nov. p. 118.

2) C. C. March. Tom. V. Abth. V. pag. 296. ſqq. ferner Cirkulare de 22. Jan. 1737. Reſcr. de 25. Dec. 1737. 7. Mart. 1743. 8. Majt 1743. Edikt de 15. Jan. 1747. in Supplem. Cont. Conſt. March. Reſcr. de 13 Jan. 1751. 23. Jun. 1752. 1. Mart. 1753. 15. Mart. 9. Auguſt

cj.

cſ. a. Edikt de 13. Jan. 1755. 5. Jun. 1757. Cirkular de 23. Febr. 1761. 11. u. 23. Sept. 1761. im Nachtrag zum Jahrgang 1766. Reſcripte d. 14. Jun. 6. Maji. Cirkulare de 11. Nov. 1763. in Suppl. Contin. n. 4. Edikt v. 17. Nov. 1763. Deklarat. d. 4. Jul. Reſcr. v. 8ten Maji 1764. Kabinetsordre de 12. Novemb. 1764. de 27. Nov. 1766. Reſcr. de 19. Maji 1767. Stempeledikt de 13. Maji 1766. §. 6. 7. p. 147. 150.

3) C. C. Magdeb. P. III. p. 449. 542. 548. Mindiſche Landesvertr. S. 286. Generalprivil. der Judenſchaft in den Danziger Vorſtädten Happenbruch, Stolzenberg und Langenfuhr de 9. Aug. 1773.

451.

Abweichung des Judenrechts vom gemeinen Rechte.

Inſofern der Juden Geſchäfte und Verhältniſſe nicht nach dem gemeinen Rechte beurtheilt werden, ſo zeigt ſich das beſondere Judenrecht in der Religionsübung, Eheſachen, Handelsangelegenheiten, und in Erbſchaftsſachen.

452.

Bürgerlicher Zuſtand der Juden im Mittelalter.

Im Mittelalter waren die Juden als unteutſche Fremdlinge verhaßt und verachtet, und wurden als Feinde des Chriſtenthums verfolgt.

453.

Kaiſerliche Schuzgenoſſen.

Sie wußten ſich aber durch ihre im Handel erworbenen Reichthümer gleich andern unmächtigen Einwohnern den kaiſerlichen Hofſchuz zu erwer=

ben 1). Da ſie kaiſerliche Kammerknechte genennt wurden 2), und an die kaiſerliche Kammer, wie alle Mundleute, ſolche Abgaben bezahlten, und in ſolcher Verbindung gegen dieſelbe ſtanden, die mit der Leibeigenſchaft Aehnlichkeit gehabt, ſo hat diß einige Gelehrten 3) verführt, ſie als geweſene Leibeigene zu betrachten.

1) *Du Buat* Origines de l'ancien Gouvernement de la France, de l'Allemagne et de l'Italie. L. VI. ch. 10.

2) *Haltaus* in Gloſſar. med. aeui.

3) *Pufendorf* in Obſervat. Jur. Univ. Tom. I. obſ. 1. §. 4. Dohm von der bürg. Verbeß. der Juden. S. 54. 61. 68.

454.

Rechte der kaiſerlichen Judenvogtey.

Der Kaiſer, als obriſter Vogt aller Juden, ertheilte ihnen ehemals das Geleite und den Schuz, daß ſie für aller Kränkung, Beſchimpfung und Beraubung ſicher waren 1). Es genießen noch jezo in der Heßiſchen Stadt Schweinsberg vier Juden das Bürgerrecht, und werden Römiſche Bürger genennt. Der Kaiſer empfieng bey Antretung der Regierung dafür von ihnen gewiſſe Geldſummen, und dann jährlich das Schuzgeld, und beerbte ſie nach ihrem Tode.

1) *Godofr. Dan. Hoffmann* Comment. de aduocatia Imperatoris Iudaica. Tub. 1749. F. C. v. Moſer kleine Schriften Th. XII. S. 34.

455.
Landesherrlicher Judenſchuz.

Die Landesherren übten ſchon im Mittelalter ähnliche Rechte aus 1), und nachher wurde ihnen durch allgemeine Reichsgeſeze der Judenſchuz beſtättiget, der ihnen jezo auch vermög der Landeshoheit ganz unſtreitig zukömmt 3).

1) Repert. Jur. Publ. et feud.

2) Reichspolizeyref. von 1548. tit. 20. Reichspol. Ordn. v. 1577. t. 20. §. 1. Aur. Bulla tit. 9. §. 2.

3) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de Judaeorum receptione et tolerantia. Ien. 1700. *Ge. Henr. Ayrer* Diſſ. de jure recipiendi Judaeos. Goett. 1741.

456.
Ausſchließung aller Unterobrigkeiten.

Nur diejenigen, die mit der Landeshoheit oder mit derlei Privilegien verſehen ſind, können nach den Reichsgeſezen den Judenſchuz ausüben 1). Daher alle landſäßige Edelleute und Städtiſche Magiſtrate davon ausgeſchloſſen bleiben, wie darüber im Preußiſchen noch beſondere Verordnungen 2) vorhanden ſind.

1) Heineccius verm. Anmerk. u. Bed. T. I. Reſponſ. 4. 5. Strubens Rechtl. Bed. Th. III. Bed. 70.

2) C. C. Magdeb. P. III. pag. 542. C. C. March. Nov. T. I. p. 91.

457.
Einſchränkung des landesherrlichen Judenſchuzes.

An einigen Orten, wie in Baiern, Wirtemberg, Koburg, Weimar, Jülich und Nürnberg, hat die Lan=

desherrſchaft mit den Landſtänden oder mit der Bürgerſchaft beſondere Verträge geſchloſſen, wodurch ſie ſich ihres Rechts, Juden aufzunehmen und zu ſchüzen, bald ganz begeben, bald daſſelbe wenigſtens ſehr eingeſchränkt hat 1).

1) Heumanns Geiſt der Geſeze der Teutſchen C. 11. §. 5. et Init. Jur. Polit. §. 213. p. 265.

458.

Eintheilung in Schuzjuden, Hofjuden, vergleitete und unvergleitete Juden.

Einige werden als Unterthanen in den landesherrlichen Schuz aufgenommen, die heiſen Schuz- und Schirmjuden; einigen wird vom Landesherrn bloß der lebenslängliche oder der Aufenthalt beym Hoflager zugeſtanden, das ſind die außerordentlichen 1) Schuzjuden, und die Hofjuden; einige können ſich eine Zeitlang im Lande ihrer Geſchäfte wegen aufhalten und verweilen, die werden vergleitete Juden genennt; und einige ſind ohne Vorwiſſen des Staats hereingeſchlichen. Gegen dieſe unvergleitete Juden haben alle Strafen und nachtheilige kanoniſche Rechte ſtatt, und ſie werden ſchleunig wieder aus dem Lande geſchaft.

1) Generalprivil. v. 17. Apr. 1750. Art. 5. C. C. M. T. II. p. 120.

459.

Staatsrechte der Schuz- und Schirmjuden.

Schuz- und Schirmjuden werden in den landesherrlichen Schuz aufgenommen. Sie ſind alſo Unterthanen 1), aber nicht Staatsbürger, denn ſie nehmen weder an den Rechten und Vortheilen des Staats An-

theil, noch ſind ſie des vollſtändigen Genuſſes des gemeinen Privatrechtes theilhaftig 2). Sie müſſen daher in Schleſien beſondere Toleranzzettel ablöſen 3).

1) Preuß. Reſcript vom 3. Jul. 1703.

2) Von Cramers Ausführung, daß die Schuzjuden zwar in ciuitate, aber nicht de ciuitate ſind, in den Wezlar. Nebenſt. Th. III. S. 94. ff. *Boehmer* de off. et pot. Rabbin. prov. §. 4.

3) Sammlung Schleſ. Ordnungen. 1750. S. 1027.

460.

Nachtheilige teutſche Rechtsgründe.

Nach dem teutſchen Rechte konnten die Juden deswegen nicht zum Genuſſe des Staatsbürgerrechts gelangen, weil ſie als Unteutſche den Haß der Fremdlingſchaft auf ſich liegen hatten. Obſchon nun dieſer durch das aus dem landesherrlichen Schuze entſprungene Gaſtrecht etwas gemildert wurde, ſo konnte doch wegen Abgang der Religionsgenoſſenſchaft und anderer Nazionaleigenſchaften niemals ein Bürgerrecht dadurch erhalten werden.

461.

Nachtheilige kanoniſche Rechtsgründe.

Vermög des Haſſes, den das kanoniſche Recht auf alle Ungläubigen wirft, müſſen die Juden in beſtändiger Dienſtbarkeit von den Rechtgläubigen bleiben, machen einen beſondern Stand aus, haben ſich mit den allgemeinen Rechten der Menſchheit zu begnügen 1), und ſind nur aus Barmherzigkeit zu dulden 2). Sie bleiben in einer Staatsdienſtbarkeit, und werden für unehrbar gehalten 3).

1)

1) C. 21. X. de Judaeis. *Lauber* de Cenſu L. III. c. 23. n. 47. ſqq.

2) C. 21. X. de teſtibus.

3) C. 13. X. de Jud. Saracen. et eor. ſerv.

462.

Nachtheilige Römiſche Rechtsgründe.

Das Römiſche Recht iſt zwar gegen die Juden etwas billiger 1), läßt ſie aber doch auch nicht an den Vortheilen des Staats und Privatrechts theilnehmen 2), ſondern ſezt ſie nur ſo weit in den Genuß des gemeinen Privatrechts, als es das Wol des Staats und die bürgerliche Eintracht erfordert 3).

1) L. 14. Cod. de Judaeis.

2) L. vlt. C. de Jud. Novell. 45.

3) *Ant. Perez* Praelect. in libr. Cod. Iuſtin. L. 1. tit. 9. pag. 16.

463.

Uebereinſtimmung des Polizeyrechts.

Da die Erfahrung lehrt, daß bloß abweichende Religionsgrundſäze einen eigenthümlichen Partheygeiſt erzeugen, der ſich auf Koſten der andern Partheyen zu verſtärken bemüht iſt, und alſo auf mancherlei Art einen nachtheiligen Einfluß auf die ganze Staatsverfaſſung und die innere bürgerliche Eintracht äußert, wie viel größer muß nicht die Gefahr für den Staat bey einer ſolchen Religionspartey ſeyn, die, wenn ſie anders ihren Religionsgrundſäzen getreu bleiben will, nothwendig alle Chriſten haſſen oder wenigſtens verachten muß.

Vieler

Vieler anderer Polizeygründe 1), die aus ihrer Denkungsart, Neigungen, körperlichen Beſchäftigungen und Vorurtheilen hergenommen werden können, nicht einmal zu gedenken 2). Kurz, das Polizeyrecht hegt gegen die Juden ebenfalls gehäßige Grundſäze, und iſt auf deren Einſchränkung und Unterdrückung bedacht 3). Die gegen ſie gegebenen Geſeze beruhen auf vieljährigen Erfahrungen, und ſind aus nothwendigen Veranlaßungen entſtanden 4).

1) Heumann Geiſt der Geſeze der Teutſchen C. XI. §. 12.

2) D. G. F. Lamprecht Verſuch eines vollſtändigen Syſtems der Staatslehre. B. I. Berl. 1784. §. 1434. ff.

3) *I. H. Boehmer* Diſſert. de cauta Judaeorum tolerantia. Halae 1708.

4) Preuß. Reglement wegen des Toleranzweſens der Juden und deren Schuzgelder in Schleſien vom 2. Dec. 1751. in der Samml. Schleſ. Ordn.

464.

Preußiſche Geſezgebung zu ihrem Nachtheile.

In der Preußiſchen Monarchie ſehen wir eine Reihe Geſeze, die auf ihre Verminderung und Einſchränkung abzwecken. Ihre Anſezung und Vermehrung iſt, ausgenommen bey denen, die die Rechte der chriſtlichen Kaufleute erhalten haben 1), vielen Schwierigkeiten unterworfen 2). Zu dem Ende ſind beſondere Grundſäze angenommen 3), nach welchen auch die Anſezung eines zweiten Kinds nur unter gewiſſen Bedingungen zugeſtanden wird 4). Denn bey ihrer An=

Anzahl ſoll es ſchlechterdings ſein Verbleiben haben 5); und dieſelbe beſonders in kleinen Städten 6) eher verringert als vermehrt, und daher keine neue Privilegien ertheilt, noch dieſelbe überhaupt auf dem platten Lande und an kleinen Oertern angenommen werden 7).

1) C. C. M. Nov. T. VI. p. 13.

2) C. C. Culmbac. Tom. II. p. 271. T. III. p. 625. 626.

3) C. C. March. Nov. Tom. II. p. 120. Tom. V. d. p. 501. Tom. I. p. 438.

4) ibid. Tom. III. p. 1119.

5) C. C. March. Nov. Tom. I. p. 563. C. C. March. T. I. Abth. VII. p. 443. 6) ibid. pag. 563.

7) C. C. March. Nov. Tom. I. p. 91.

465.

Ihre Aufnahme durch die königlichen Kammern.

In Anſehung der Annahme, Verheirathung und Vergleitung ſtehen die Juden ganz unter dem Generaldirektorium und den königlichen Kriegs- und Domainenkammern 1).

1) ibid. Tom. II. p. 144. Tom. III. p. 375. Tom. I. p 563.

466.

Erforderniß.

Die Juden dürfen im Preußiſchen, ohne daß ſie ein Vermögen von zehentauſend Thalern beſizen, nicht als Schuzverwandte und Unterthanen angenommen werden 1). Ein Jude, der keine Söhne hat, kann eine oder zwo Töchter in ſeinen Schuzbrief aufnehmen

laſſen.

laſſen. Er muß ihr aber bey der Verheirathung wenigſtens 1. oder 2000. Thaler mitgeben, oder ſie an einen Juden von ſolchem Vermögen verehligen 2).

1) C. C. March. Tom. V. Abth. V. p. 162.

2) Deklar. des Gen. Privil. vom 24. Dec. 1730. Art. 12. T. V. Abth. V. p. 199.

467.

Ausſchaffung der armen und lüderlichen Juden.

Alle Juden, die ſich nicht ſelbſt ernehren können, oder lüderlich leben, ſollen in den Preußiſchen Ländern ausgeſchaft werden 1). Eben ſo müſſen auf Anzeige der Judenälteſten die verdächtigen Juden weggewieſen werden 2).

1) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 135.

2) Reſcr. vom 8. Oct. 1776. in T. VI. Corp. Novi p. 374.

468.

Eingeſchränkte Aufnahme auf Reſidenzen und größere Städte.

Ihre Aufnahme findet im Preußiſchen nur in größern Städten, und mitnichten auf dem platten Lande ſtatt, wo ſie gar nicht wohnen dürfen 1).

1) C. C. March. T. V. Abth. V. pag. 149.

I. Abſaz.

Rechte der Schuz- und Schirmjuden.

469.

Ihre Avtonomie.

Sie haben in Eheſachen, bey der Succeſſion und bey andern Streithändeln, die hauptſächlich nach dem

Moſaiſchen Rechte und nach dem Thalmud beurtheilt werden 1), durch Privilegien eine eigene Geſezgebung und Gerichtsbarkeit erhalten 2), die durch Rabbinen und Barnoſen, denen ſie allen Gehorſam und alle Achtung ſchuldig ſind, verſehen laßen 3). Ganz zweifelhafte Fälle entſcheidet der Landrabbiner 4). Die aufgelegte Strafen, die nur bis zum Banne gehen dürfen, müſſen aber jedesmal im Preußiſchen von der Judenkommiſſion oder jezo vom Kammergerichte zu Berlin bewilligt werden 5).

1) Generaljudenprivil. vom 17. April 1750. §. 31. in C. C. March. Nov. T. II. p. 118. 144. T. V. c. p. 543.

2) *Io. Frid. Kayſer* Diſſert. de avtonomia Iudaeorum. Gieſſ. 1739.

3) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 689.

4) C. C. March. Nov. Tom. V. c. p. 183. *Ge. Ludov. Boehmer* Diſſ. de officio et poteſtate Rabbini prouincialis in terris Brunſwico-Luneb. Goett. 1751. Hoffers Beyträge zum teutſchen Polizeyrecht Th. I. S. 423. ff.

5) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 689.

470.
Genuß des Privatrechts.

Da heutzutage ihre Aufnahme eine Art von Toleranz iſt, ſo kann man leicht ſchließen, daß ſie nicht als Staatsglieder des gemeinen Privatrechts theilhaftig werden, ſondern nur, weil es der Vortheil des Staats erheiſcht, und ſonſt die Eintracht zwiſchen ihnen und den Staatsbürgern nicht erhalten werden könnte.

471.
Gebrauch des bürgerlichen Eherechts und der väterlichen Gewalt.

Hauptſächlich hat ſich der Staat, um alles Aergernis zu verhüthen 1), und um ſich nüzliche Unterthanen zu verſchaffen, genöthiget geſehen, ihnen das bürgerliche Eherecht 2) und die väterliche Gewalt zuzugeſtehen 3). Man trift bey ihnen eine eigene Art von Adoption an 4). Sonſt müſſen ſie ihre Ehen nach chriſtlichen Gebräuchen, vorzüglich im Preußiſchen in Anſehung der verbotenen Grade nach dem Brandenburgiſchen Rechte 5) eingehen, und ihre Eheſtiftungen mit Vorwiſſen des Rabbi oder Aelteſten 6) errichten und ſtempeln laſſen 7).

1) *Perez* cit. l. n. 3.

2) *Io. Tob. Richter* Diſſ. de jure matrimonii Iudaeorum in Germania tum inter ſe tum ſi alter coniux ad ſacra Chriſtianorum tranſit. Lipſ. 1751.

3) Beck vom Judenrecht C. 6. S. 55. ff. §. 3.

4) Jo. Gottl. Heineccius von den jüdiſchen Adoptionen, und was der dabey gewöhnliche Mantelgrif zu bedeuten habe; in den verm. Anmerk. S. 1. ff.

5) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 141.

6) ibid. pag. 161. 167. 192. Cont. IV. p. 201. wo weitere Verordnung davon.

7) C. C. March. Nov. T. III. p. 741. T. IV. p. 414. 415.

472.
Ausſchließung von allen Privatrechtsprivilegien.

Der Staat hat ihnen nicht deswegen das Privatrecht eingeräumt, oder ſie in die Gemeinſchaft des

Privatrechts geſezt, um ſie zu begünſtigen, ſondern um zwiſchen allen Einwohnern ein gleichförmiges Recht zu erhalten 1). Die Rechtswolthaten können alſo auf ſie, die nach allen drey in Teutſchland geltenden Rechtsſyſtemen verhaßt ſind, nicht angewendet werden, und das um ſo weniger, da es Privilegien ſind, die nach bekanntem Rechte nur die eingeſchränkteſte Bedeutung annehmen.

1) L. 8. Cod. de Iudaeis.

473.

Mangel der weiblichen Rechtswolthaten.

Es fällt alſo bey ihren Weibern der Genuß der Dotalrechte und weiblichen Beneſizien weg 1), und können dieſelbe, was auch einige Gelehrten 2) behaupten, nicht einmal bey den Juden unter ſich ihre Anwendung finden. Das Preußiſche Recht 3) enthält aber eine beſondere Verfügung 4).

1) *Io Chriſt. Koenigk* Progr. an Iudaei jurium ciuilium capaces ſint, adeoque ipſorum vxores priuilegio dotis gaudeant. Lipſ. 1733. Strubens rechtl. Bed. III. 68. *Pufendorf* Tom. IV. obſ. 72. §. 9. p. 208.

2) *Henr. Chr. Senckenberg* Diſſ. de jure ac priuilegio dotis Illatorumque in concurſu creditorum in ſpecie quoad mulieres Iudaeas. Gieſſ. 1730.
Dohm von der bürgerl. Verbeß. der Juden S. 51.
Lobethan Syſt. Elem. Jur. priv. §. 958. p. 236.

3) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 156. Cont. I. pag. 173. Cod. Frid. L. IV. tit. 9. Sect. 2. §. 8.

4) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 66.

474.

Ausſchluß vom bürgerlichen Rechte.

Sie ſind ausgeſchloſſen von allen Aemtern und Bedienungen 1), von Vormundſchaften, vom Bürgerrecht und Kriegsweſen 2), von der Landwirthſchaft und vom Ackerbaue 3). Insbeſondere von aller bürgerlichen Nahrung, von Handwerken 4), Manufakturen und Fabriken 5). Obſchon ihnen manchmal gewiſſe Gewerbe nachgelaſſen ſind, ſo können ſie doch niemals die Rechte der Eingebohrenſchaft erlangen.

1) in Cod. L. I. t. 9. L. 19. Preuß. Generaljudenprivil. von 1750. Art. 11.

2) C. 16. 18. X. de Iud. Sarac. et eor. ſerv.

3) cit. l. T. III. p. 505.

4) C. C. March. Nov. Tom. II. p. 128.

5) ibid. pag. 130.

475.

Eigenthümliches Recht beym Zinsgeſchäfte.

Weil ſie bey ihren Schuldkontrakten nicht diejenige Sicherheit ſich verſchaffen können, die nach dem gemeinen Privatrechte ſtatt hat, ſo hat man ihnen, ohngeachtet der entgegenſtehenden neueſten Reichsgeſeze 1), worinn ebenfalls ihre Zinſen auf fünf vom Hundert herabgeſezt worden ſind, in den meiſten Landesverordnungen 2) eine größere Summe von Zinſen erlaubt. Sie dürfen im Preußiſchen ſieben, und wenn zugleich ein Pfand eingeſezt worden, ſechs vom Hundert nehmen 3). Ueberhaupt erfordern ihre Schuld-

verſchreibungen und Kontrakte die Beobachtung beſonderer Feyerlichkeiten 4).

1) Moſers Staatsrecht Th. IV. S. 94. ff.

2) Hohenloh. Lr. S. 100. Kurköln. Judenordn. C. IV. §. 6. Naß. L. O. S. 34. f. Orth über die Frankf. Reform. Th. II. S. 691. f.

3) Reſcr. v. 1755. in Repert. Jur. priv. p. 1976. C. Conſt. March. Novi Tom. I. p. 731. T. II. p. 138. Tom. V. c. p. 524. C. C. Magdeb. P. III. p. 538.

4) Von Cramers Wezlar. Nebenſt. Th. XXIX. Abth. V. S. 81. ff. Beyträge Th. II. Abth. XI. S. 93. ff.

476.

Eigenes Pfandſchaftsrecht.

Die Juden haben unter ſich eine beſondere Gattung von Hypothek, die ſie Star nennen, und die auf folgende Art erlangt wird. Es nimmt der Gläubiger durch Angrif des Mantels ſeines Schuldners vier Ellen von deſſen Hofplaze, und erhält dadurch die allgemeine Hypothek aller ſeiner Güter 1). Die hierüber verfertigte Urkunde will jedoch Pufendorf 2) für keine öffentliche Hypothek gelten laſſen.

1) *Pufendorf* Tom. I. obſ. 96. 2) Tom. IV. obſ. 159.

477.

Beſondere Eidesleiſtung.

Der Jude ſchwöhrt in der Synagoge in Gegenwart zehen anderer Juden, die über 14 Jahr alt ſind, legt den Knorpel des Daumen auf den Anfang der zehen Gebothe, und darf durchaus nicht abrücken. Die

Bibel

Bibel muß jüdiſch-hebräiſch, unpunktirt, und von einem Juden gedruckt ſeyn. Es müſſen zugleich zur Sicherheit noch andere Förmlichkeiten beobachtet werden 1). Der Jude legt keinen chriſtlichen Eid ab, daher auch kein chriſtlicher Anwald für ihn ſchwöhren kann. Daß ſie ſich aber alle Jahre am Verſöhnungsfeſte von denen einem Chriſten geleiſteten Eiden abſolviren laſſen 2), iſt wol eine Verläumdung.

1) Preuß. Cirkulare an ſämtl. Regierungen und Oberlandesjuſtizkoll. vom 20. Sept. 1783. n. 8. S. 69. Entwurf einer Anweiſung, wie es mit Abnahme der Judeneide zu halten. ebendaſ. S. 92. ff. Preuß. Cirkulare wegen der Judeneide und dabey nöthigen Ceremonien vom 29. May 1766. in T. II. C. C. March. Nov. p. 426. ſqq. Report. Jur. Priv. T. III. p. 1971. ſqq.

2) Beck vom Judenrecht C. XVI. §. 20.

478.

Eheſcheidungsrecht.

Sie richten ſich in Eheſcheidungsſachen nach dem Moſaiſchen Geſeze.

479.

Rechtsvortheile bey Annehmung der chriſtlichen Religion.

Ein Judenkind, das jedoch in hieſigen Staaten nicht unter 14 Jahren ſeyn darf, und gute Zeugniſſe von ſeinem Lebenswandel für ſich haben muß 1), wird durch die Annehmung der chriſtlichen Religion von der väterlichen Gewalt befreyt. Deſſen ohngeachtet muß der Vater ihm den Unterhalt und die Studirungs- und

Erziehungskoſten reichen 2), darf es auch nicht enterben 3). Im Gegentheil genießt der bekehrte Vater alle Rechtsprivilegien der väterlichen Gewalt über ſeine jüdiſchen Kinder 4).

1) C. C. March. Nov. Tom. V. d. p. 337.

2) *G. H. Mylius* Diſſ. de patre Iudaeo alimenta, ſumtus ſtudiorum et legitimam filio Chriſtiano denegante. Lipſ. 1740.

3) Das Gegentheil ſuchte man auszuführen in der Abhandl. von dem Recht eines jüdiſchen Vaters, ſeine Kinder, die nicht bey der jüdiſchen Religion bleiben, im Teſtament auszuſchließen; in Beyträgen zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. V. S. 144. ff.

4) J. E. Schuberts Bedenken von dem Rechte eines bekehrten Juden über ſeine im Judenthum erzeugte Kinder. Helmſtädt 1753.

480.

Jüdiſches Kirchenrecht.

Im Preußiſchen ſind die Misbräuche beym Judengebet Alenu abgeſtellt 1). Nach dem gemeinen Rechte iſt es den Juden bloß erlaubt, ihre alten Synagogen zu unterhalten und zu ſtüzen, mitnichten aber neue zu erbauen 2). Jedoch in den Reichsländern, wo ſie mit einiger Begünſtigung aufgenommen ſind, dürfen ſie, wenn 14 ihrer Landsleute, jeder über 14 Jahre alt, an einem Orte befindlich ſind, eine Synagoge errichten. Dieſes gilt aber nicht in den Preußiſchen Staaten, wo ſie in Ermanglung der Konfirmation nur Verſammlungen in den Privathäuſern haben dürfen 3).

1) C. C. March. T. V. P. V. p. 141. 178. 198. T. VI. Abth. II. p. 163.

2) L. vlt. Cod. de Jud. C. 3. X. de Jud.

3) C. C. March. Tom. VI. Abth. I. p. 429. 522. T. V. Abth. V. p. 123.

481.

Gerichtsſtand.

Ihr eigener Gerichtsſtand kömmt ihnen nur bey den Streitigkeiten unter ſich zu ſtatten 1). Uebrigens müſſen ſie ſowol bey Prozeſſen mit den Chriſten als bey Handlungen der willkührlichen Gerichtsbarkeit vor den ordentlichen Gerichtsſtellen erſcheinen 2). Sie ſtehen im Preußiſchen unter dem Stadtmagiſtrate, und zu Berlin, ſtatt der ehemaligen Judenkommiſſion, unter dem Kammergericht. Man kann auch von den Ausſprüchen des Oberlandrabiners an daſſelbe appelliren. Die Aelteſten der Judenſchaft von Berlin ſind die beſtändigen Oberälteſten aller Preußiſchen Juden, durch welche alle Befehle des Königs ihnen bekannt gemacht werden, und durch deren Hände alles gehen muß, was von Seiten der Judenſchaft an den König gelangt 3).

1) C. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 34.

2) Reichsabſch. v. 1551. §. 79. Cramers Wezlar. Nebenſt. Th. XXIX. S. 80. ff. L. 8. Cod. de Judaeis, ibique *Gothofred.*

3) Nikolai Beſchreibung von Berlin B. I. S. 207.

482.

Nachtheilige Rechte in Schuldſachen.

Kein Jude kann einem Chriſten ſeine Forderungen an einen andern Chriſten abtreten, u. zwar bey Strafe des

Verluſts derſelben 1). Allein dieſe Verordnungen der Reichsgeſeze 2) haben beym Kammergerichte 3) und in Sachſen keinen Gerichtsbrauch erhalten 4), und Pufendorf 5) unterſcheidet dabey die Schuzjuden von den unvergleiteten Juden, und will nur im leztern Falle denen Geſezen eine Anwendung laſſen 6). Sie ſind aber doch in den meiſten Provinzialrechten 7) wiederhohlt und beſtätiget, als woſelbſt auch die Bürgſchaft eines Chriſten für einen Juden gegen einen Chriſten verboten iſt, und wird ihm deshalb keine Schadloßhaltung geſtattet 8). Ehmals konnten ſie vor Bezahlung ihrer Schulden nicht begraben werden 9), noch jezo können ſie keine Moratorien erlangen 10), und werden ſamt den Ihrigen beym ausgebrochenen Bankerut des Schuzes verluſtig 11).

1) *Leyſer.* Specim. 200.

2) Reichsabſchied von 1551. §. 79. Polizeyordn. v. 1577. tit. 20. §. Es ſoll.

3) *Graſs* in Collat. Jur. Civ. cum Receſſ. Imp. Sect. 8. §. 3. von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. III. S. 188.

4) *Leyſer* Spec. 199. med. 2.

5) Obſerv. Jur. Univ. Tom. II. obſ. 158.

6) *I. H. Boehmer* in Jure Eccl. Prot. Tom. IV. tit. de Jud. §. 68. *Io. Sam. Frid. Boehmer* Diſſ. de ceſſione nominis a Judaeo in Chriſtianum facta, rata vel irrita Francof. 1758.

7) C. C. Culmbac. T. I. p. 273. ſqq. Würtemb. L. O. P. II. t. 33. Gerſtlacher Saml. Wirtemb. Reſcr. und and. Norm. B. I. §. 107. S. 197. Köln. Judenordn. t. 5.

5. §. 8. Naßau. L. O. S. 37. Fränkiſche Ritterordn. S. 126.

8) Wirtemb. L. O. tit. 27. Hochſtetters Samml. Wirt. Gen. Reſcript. Th. I S. 168. Gerſtlacher Th. I. S. 197.

9) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 199. 200. 201.

10) Cod. Frider. L. IV. tit. 9. Sect. 4. §. 187. n. 15.

11) Reſcr. vom 25. Dec. 1747. C. C. M. Cont. III. pag. 299. vom 2. Dec. 1755. Cont. IV. p. 911.

483.

Jüdiſches Wechſelrecht.

Juden können theils durch Ausſtellung eigener Wechſelbriefe, und theils durch Beziehung fremder Wechſel auf ſich, wiewol mit etwas Einſchränkung, und nicht mit gleichem Vorrechte, wie die Chriſten, ſich dem Wechſelrechte unterwerfen 1). Im Preußiſchen fällt aber alle Einſchränkung hinweg, wenn ſie die Rechte der chriſtlichen Kaufleute erhalten haben 2). Sonſt müſſen ſie hier jedesmal den Beweis des an den Wechſelſchuldner übertragenen Werths übernehmen, und können ſich davon bloß durch die im Wechſelbriefe geſchehene Spezifizirung der Waaren, ihrer Qualität und des Preiſes, oder durch das beygezeichnete Atteſt der in 2 Zeugen Gegenwart geſchehenen Auszahlung der Summe befreyen 3), und das Nemliche gilt bey veralteten Wechſeln nach dem Verfluß von 2 Jahren 4). Iſt der Wechſelbrief aber noch nicht veraltet, ſo muß der Jude auch in dieſem Fall den Beweis des gezahlten Geldes führen, wovon nur bey Eintretung eines ge-

wiſſen

wiſſen Umſtands Ausnahme ſtatt findet 5). Seine Beſtrafung iſt hiebey Ausjagung mit Staupenſchlag 6).

1) *Gottl. Siegm. Schweizer* Diſſ. de validitate contractuum in ſpecie cambialium cum Judaeis initorum. Gieſſ. 1739. *Io. Lud. Uhl* Diſſ. de jure Cambiali Judaeorum. Francof. 1754. *Schoepff* in Conſil. Tubing. Vol. VIII. Conſil. 18. Preuß. Ern. W. O. Art. 3. 20. Preuß. Generalreglem. vor die Judenſchaft v. 17. April 1750. §. 18. 27. C. C. March. Nov. T. II. p. 132. 138.

2) Vangerows Ergänz. u. Anmerk. zum Preuß. Wechſelrecht S. 19.

3) Reſcript vom 8. April 1726. C. C. March. T. II. Abth. II. n. 46. Reſcr. vom 14. Febr. 1756. wegen der Handelsjuden in C. C. March. Nov. T. II. p. 31.

4) Reſcr. v. 15. Sept. 1761. T. III. p. 74.

5) Reſcr. vom 23. May 1762. in Tom. III. p. 141.

6) Reſcr. v. 8. April 1726. C. C. March. Tom. II. Abth. II. n. 46.

484.

Ihr ungleiches Pfandrecht.

Sowol nach den Reichsgeſezen, als nach gewiſſen Landesverordnungen 1) dürfen ihnen keine liegende Gründe, desgleichen kein Getreide, Wein, Feldfrüchte, nichtweniger keine Kleinode, Kleider und andere Mobilien verſchrieben und verſezt werden. Das Preußiſche Recht macht in Anſehung des Leztern Ausnahmen 2), verbindet ſie aber genaue Pfandbücher zu halten 3). Im Magdeburgiſchen können ihnen liegende Gründe zwar verſchrieben, von ihnen aber nicht Pfandweiſe beſeſſen werden 4).

1) Wirtemb. L. O. t. 27. Hochſtetters Samml. Reſcript. P. I. p. 168. Gerſtlacher P. I. p. 197.

2) C. C. March. Nov. T. II. col. 136. T. V. c. col. 520.

3) ibid. T. II. col. 137. T. V. c. col. 523.

4) C. C. Magdeb. P. IV. p. 462. 521.

485.

Eingeſchränktes Erbrecht.

Kein Jude kann einen Chriſten beerben 1), und ſogar wenn ein Jude vom andern Grundſtücke oder Häuſer erbt, ſo muß er ſie ſogleich an Chriſten verkaufen 2), das jedoch, wennn erbliche Konzeſſion zum Beſitze bereits ertheilt worden, nicht beobachtet wird 3). Die Preußiſchen Magiſträte haben von den jüdiſchen Erbſchaften keinen Abzug zu nehmen 4).

1) L. I. Cod. de Judaeis. *Boehmer* in Jure Eccleſiaſt. Prot. Tom. IV. tit. de Haeret.

2) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 129.

3) Reſcript vom 31. May 1776. in Tom. VI. p. 181. 182. Corp. Novi.

4) C. C. March. Nov. Tom. III. col. 1179.

486.

Verbotene Erwerbung der Häuſer und Grundſtücke.

Nach der Regel können ſie weder Grundeigenthum erwerben, noch beſitzen 1), wovon bloß in Anſehung der Häuſer in gewiſſen Städten eine Ausnahme gilt. Im Herzogthum Magdeburg, beſonders zu Halle, dürfen ſie die unbeweglichen Güter nicht einmal

Pfands=

Pfandsweiſe beſizen 2), wol aber können ſie ſowol nach gemeinen, als nach Preußiſchem Rechte Häuſer miethsweiſe inne haben, und Zinſe darauf abſizen 3). Sie können auch die von ihren Leuten bewohnt geweſene Quartiere und Kauſtäden gleich beziehen, und ſind nicht mehr, wie ehemals, genöthiget, ein Jahr zu warten 4). Im Preußiſchen dürfen ſie ohne erhaltene Königliche Erlaubnis, die ſie in den Reſidenzſtädten auf 70 Häuſer erhalten haben 5), weder Häuſer erkaufen, noch welche neu aufbauen 6). Auf den Fall die Königliche Bewilligung erfolgt iſt 7), ſo erhalten ſie dazu keine Baugelder 8), und müſſen ſie nach verfloſſenen 20 Jahren wieder an Chriſten verkaufen. Von dieſen nachtheiligen Geſezen ſind die Juden befreyt, welche die Rechte der chriſtlichen Kaufleute erhalten haben 9).

1) *Heumann* Init. Jur. Polit. p. 267. *Puſendorf* I. obſ. 96. T. III. obſ. 55. *Beck* de jur. Judaeor. c. 12. §. 29; *Stamm* de ſervit. perſon. L. I. c. 1. §. 22. C. C. Magd. P. IV. p. 462. P. III. pag. 440. 445. 462. 464. C. C. March. T. V. Abth. V. p. 129. Wirtemb. L. O. t. 27.

2) C. C. Magdeb. P. IV. p. 521. P. III. p. 521.

3) C. C. March. cit. l. pag. 151.

4) C. C. March. Nov. T. II. col. 461.

5) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 196.

6) C. C. March. Nov. T. IV. col. 1221.

7) C. C. March. Nov. T. II. col. 139. Tom. V. c. col. 528.

8) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 179.

9)

9) Müſſen ihre Erwerbung von Häuſern jedoch binnen ſechs Monathen den Kammern anzeigen. C. C. March. Nov T. VI. p. 14.

487.

Frühzeitige Volljährigkeit der Juden.

Zu ihrem Nachtheile iſt ihnen im Preußiſchen das XX. Jahr zum Zeitpunkte der Volljährigkeit beſtimmt 1). Sonſt aber geht es nach dem gemeinen Rechte 2). Sie ſelbſt beſtimmten unter ſich 13 Jahr und 1 Tag neben der Mannbarkeit 3).

1) Preuß Reſcr. ob in Beſtimmung des termi. a quo der Majorennität der Juden auf die jüd. Rechte oder die gemeine Landesgeſeze geſehen werden ſoll, vom 13. Decemb. 1768. C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 5061. Vid. C. C. March. T. II. Abth. II. p. 117.

2) Sent. Rabbin. de ſucceſſ. ab int. c. 14. §. 1. n. 11. Adp. III. n. 22. p. 145.

3) Jüdiſche Ritualgeſ. S. 36. §. 1.

488.

Nachtheilige Rechte der Juden beym Eide.

Wenn in einer Streitſache zwiſchen Chriſten und Juden auf einen Eid erkannt werden ſoll, ſo ſieht man mehr auf den Chriſten, als auf den Juden 1). Sie werden im Preußiſchen in Wechſelſachen gegen Chriſten nicht zum Eide gelaſſen 2). Nach dem gemeinen Rechte wird der Jude, wenn er ſchon etwas mehr als halben Beweis für ſich hat, zum Erfüllungseide zugelaſſen 3), im Preußiſchen aber nicht 4), dahingegen macht man ihnen in Anſehung des Reinigungseides weniger Schwierigkeit 5).

1)

1) *Schoepff* in Conſil. Tubing. Vol. VIII. Conſ. 41. n. 36. p. 312. Chr. Dav. Bernard Unpartheyiſche Beurtheilung des Eidſchwurs eines Juden gegen einen Chriſten. Tübingen 1728. D. Phil. Jak. Heisler Beantwortung der Frage: Ob die Zulaſſung eines Judeneids wider einen Chriſten bedenklich ſey. Halle 1778.

2) C. C. March. Nov. Tom. I. col. 27.

3) *Coler* Deciſ. 127. Cod. Frid. P. III. t. 31. Preuß. Reſcript vom 23. May 1763. C. C. M. Nov. T. III.

4) ibid. T. III. col. 232. C. C. March. T. I. Abth. II. pag. 448.

5) C. C. March. Nov. T. III. col. 231. 1225.

489.

Nachtheilige Rechte bey der Zeugſchaft.

Kein Jude kann gegen einen Chriſten Zeuge ſeyn 1). Die Praxis macht davon, wenn keine Chriſten vorhanden ſind, eine Ausnahme 2). Jude gegen Jude 3), und für den Chriſten, iſt jedesmal gültiger Zeuge. Auch in Sachen der Chriſten unter ſich können die Juden Zeugen abgeben 4), ihr Zeugnis iſt aber nicht vollgültig 5), eben ſo wenig als das Zeugnis eines Chriſten gegen einen Juden 6).

1) C. 21. X. de teſtib. L. 21. Cod. de Haeret. C. J. Frid. L. I. P. IV. tit. 6. §. 77. pag. 89. C. C. March. T. II. Abth. I. pag. 448. Beytr. zur juriſtiſch. Liter. der Preuß. Staaten, Samml. III. S. 321.

2) Beck vom Judenrecht S. 439. *Pufendorf* T. I. obſ. 109. *Traugott Thomaſius* Diſſ. an duorum Judaeorum teſtimonium contra Chriſtianum plene probet. Lipſ. 1734.

3)

3) C. J. Frid. cit. l.

4) C. C. March. Nov. Tom. V. c. col. 241.

5) Corp. Frider. cit. l.

6) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 449. welche Stelle nunmehr abgeändert.

490.
Nachtheilige Rechte beym Diebſtahle.

Wenn ein Jude einen Diebſtahl begangen hat, den er zu erſezen außer Stand iſt, ſo haftet dafür die ganze Judenſchaft des Orts in Subſidium, ausgenommen die Judenälteſten hätten vorlängſt um deſſen Hinwegſchaffung als verdächtig angeſucht gehabt 1).

1) Preuß. Generaljudenregl. Art. 24. Juriſt. Liter. der Preuß. Staaten, Samml. IV. S. 175. Reſcr. vom 5ten Oct. 1776. C. C. March. Nov. T. VI. p. 374. Vergl. Reſcript vom 13. Oct. 1777. die Schleſiſche Judenſchaft betreffend p. 920. Reſcr. vom 10. Nov. ej. a. pag. 1049.

491.
Einſchränkung des Judenhandels.

Den Juden iſt der Handel nur unter gewiſſen Einſchränkungen vergönnt, wovon im Preußiſchen diejenigen ausgenommen ſind, welche die Rechte der chriſtlichen Kaufleute erhalten haben. Sie dürfen im Preußiſchen keine Wollſpinnereyen halten oder pachten 1), kein Gold und Silber einſchmelzen 2). Mit Häuten und Leder und fremden Wollwaaren können ſie nur unter großer Einſchränkung Handlung treiben 3). Sonſt iſt ihnen ihre Nahrung und Gewerbe genau vorgeſchrieben 4), desgleichen die Waaren, mit wel-

chen ſie Verkehr treiben dürfen 5). Ihre Handlungsbücher haben Beweiskraft 6), und ſie können ſich des Handels wegen ohne Konzeſſion außer Lands aufhalten 7).

1) C. C. March. Nov. T. I. col. 269.

2) ibid. T. II. col. 129. 3) col. 131.

4) Tom. V. c. col. 513. 5) Tom. II. col. 132.

6) *Cocceji* in Conſil. et Reſponſ. Tom. II. Conſ. 187. Preuß. Stempeledikt vom 13. May 1766. §. 6. Siehe jedoch Müller im Stempelrecht S. 147.

7) Reſcript vom 4. Sept. 1776. in C. Nov. T. VI. p. 351.

492.

Verbotener Handel mit gewiſſen Waaren.

Die Artickel, womit die Juden im Preußiſchen nicht handeln dürfen, ſind Wolle, Garn 1), Flachs 2), roher Taback 3), Holz 4), Höcker 5) und Materialiſtenwaaren 6), desgleichen rohe Häute, gefärbtes Leder, Wein ꝛc.

1) C. C. March. Nov. T. I. col. 269.

2) cit. l. T. III. col. 4. 3) ibid. T. II. col. 32.

4) C. C. March. T. II. Abth. IV. p. 641.

5) C. C. March. Nov. T. II. col. 32.

6) C. C. March. T. V. Abth. II. Anh. pag. 537. T. V. Abth. V. p. 194.

493.

Verbot des Hauſirens.

An einigen Orten dürfen ſie bloß auf erhaltene Erlaubnis mit ihren Waaren auf den

Jahr=

Jahrmärkten erſcheinen, und außer der Marktzeit nicht hauſiren gehen 1), in den Städten, wo ſie nicht wohnhaft ſind, nichts verkaufen, ſondern müſſen ihre Waaren verſiegeln laſſen 2). Auf dem platten Lande iſt ihnen aller Geldwechſel und alles Hauſiren ſchlechterdings unterſagt 3). Der Bauer, der einen hauſirenden Juden angibt, bekömmt 10 Thaler, und der Jude bleibt, bis er dieſe Strafe bezahlt hat, im Verhaft, und ſein Kram iſt der Kämmerey verfallen 4).

1) C. C. March. Nov. T. II. col. 131. C. C. Magdeb. P. III. p. 521. 425. 438. 630. 657.

2) C. C. March. T. IV. Abth. III. p. 446.

3) C. C. M. Nov. cit. l.

4) C. C. March. Contin. I. p. 28.

494.

Kaiſerliche Abgaben der Juden.

Der Kaiſer empfängt von den Juden auf den Reichsritterſchaftlichen Gütern und in einigen Reichsſtädten nach angetretener Regierung das Krongeld, und jährlich den ſogenannten Opferpfennig, nemlich von jedem 12 Jahr alten vermöglichen Juden 1 Thaler, und von dem unvermögenden einen Gulden. Kaiſer Karl VI. wolte unterm 18. November 1721. eine allgemeine Judenſteuer von den Ritterkreiſen eintreiben, konnte aber ſeine Abſicht nicht erreichen.

495.

Landesherrliche Abgaben.

Die Landesherren erheben von ihnen ein jährliches Schuzgeld 1), und ſonſt andere Konzeſſions- und Ab-

zugsgelder 2). Im Preußiſchen müſſen ſie bey ihrer Verheirathung etwas an die Rekrutenkaſſe, jezt ans Pozdammer Waiſenhaus bezahlen 3). Ihr Schuzgeld haben ſie im Verabſäumungsfalle doppelt zu erlegen; und alle für Einen zu ſtehen 4). Auf ihren Reiſen bezahlen ſie an allen Zollſtätten oder auf den Preußiſchen Poſten den Judenzoll 5), eine Art von Geleitsabgabe. Knaben unter 12 Jahren ſind davon frey. Aber die Söhne, Diener und Knechte der Juden müſſen ihn unweigerlich erlegen. Im Preußiſchen ſind die Schuzjuden vom Leibzolle befreyt, als weswegen ſie ein Atteſt ihres Schuzes bey ſich führen müſſen 6).

1) Preuß. Umlauf vom 17. Dec. 1748. in der Sammlung Schleſiſcher Ordn. p. 1027.

2) C. C. Magd. P. III. p. 651. *Io. Lud. Uhl* Diſſert. de cenſu Judaico. Goett. 1735.

3) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 198.

4) C. C. Magdeb. P. V. p. 74.

5) ibid. T. IV. Abth I. p. 388.

6) cit. l. T. V. Abth. V. p. 123. 160. 201.

496.

Preußiſches Stempelrecht.

Die Juden bezahlen von ihren Handlungs- und Pfandbüchern das Paraphengeld, von 10, 5 und 2 Reichsthalern 1). Bey ihren Eheſtiftungen haben ſie den nöthigen Stempelbogen mit 20, 10, 5 und 4 Thalern auszulöſen 2).

1)

1) G. F. Müller Stempelrecht. Halle 1778. S. 148.

2) ebendaſ. S. 152. ff.

II. Abſatz.

Rechte der vergleiteten Juden.

497.

Art der Aufnahme.

Die fremden Juden müſſen gleich bey Betretung der landesherrlichen Grenze das Geleite ablöſen. Im Preußiſchen haben ſie ſich bey der Obrigkeit zu melden, und eine ſchriftliche Erlaubnis zum Behuf ihres Aufenthalts auszuwirken 1).

1) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 188.

498.

Erſchwerter Aufenthalt.

In einigen Ländern dürfen ſie ſich bald gar nicht, bald kaum ein paar Tage aufhalten, und müſſen unter Geleite das Land geradenwegs durchreiſen 1). Wenn ſie ſich im Preußiſchen über die erlaubte Zeit aufhalten, ſo müſſen ſie für jede Nacht einen Dukaten ans Pozdammer Waiſenhaus bezahlen 2). In Schleſien haben ſie während ihrem erlaubten Aufenthalte den Tagegroſchen zu entrichten 3).

1) C. C. Magd. P. III. p. 650. 521. Contin. p. 109.

2) C. C. March. Nov. T. II. col. 134. T. III. col. 155.

3) Inſtrukt. wegen des Tagegroſchens von fremden Juden, vom 26. Dec. 1748. Samml. Schleſ. Ordn. p. 1027.

499.

Gerechtſame.

Sie ſind während ihrem Aufenthalte für aller Beleidigung und Beſchimpfung ſicher, dürfen im Preußiſchen ſo viel unverheirathete Hausbedienten halten, als ſie brauchen 1), können aber, außer an Marktzeiten, keinerlei Gattung von Handel und Gewerbe treiben, und verlieren im Preußiſchen ihre Privilegien, wenn ſie unvergleitete Juden bey ſich aufnehmen 2).

1) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 164.

2) ibid. pag. 187.

500.

Geldabgaben.

Für den landesherrlichen Schuz und das Geleite haben ſie gewiſſe Gelder zu bezahlen, die in jeden Landesgeſezen beſonders beſtimmt ſind.

III. Abſaz.

Rechte der unvergleiteten Juden.

501.

Geſeze gegen ihre Duldung.

Kein Jude darf ohne Erlaubnis der Landesherrſchaft einen fremden Staat betreten, weil ſie nach der Regel den Chriſten verhaßt, und von aller Staatsbürgerſchaft ausgeſchloſſen ſind. Der Jude kränkt die Rechte des Staats, wenn er ſich heimlich einſchleicht,

und

und darinn verweilt. Daher er in Verhaft genommen und ſtrenge beſtraft werden kann.

502.

Preußiſche Polizeyverordnungen.

Alle unvergleitete Juden werden nicht geduldet 1), ſondern jeder fremder und unbekannter Jude wird gleich angehalten 2), und nachdem er für die Zeit ſeines geheimen Aufenthaltes ein gewiſſes Schuzgeld erlegt hat 3), aus dem Lande gejagt 4). Betteljuden werden gar nicht über die Grenze gelaſſen 5), und dürfen in keinem Gaſthofe aufgenommen werden.

1) C. C. March. Nov. T. II. col. 118. T. V. c. col. 498. 500. G. C. Magdeb. P. III. p. 652.

2) cit. C. Nov. T. II. col. 305.

3) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 128. 131.

4) ibid. p. 185.

5) wovon eine Reihe Verordn. in Repertor. Jur. March. II. col. 45. C. C. Magd. P. III. pag. 649. Insbeſondere Edikt vom 12. Dec. 1780. in C. C. March. Nov. T. VI. pag. 3083.

IX. Abtheilung.

Geiſtliche und Weltliche.

503.

Rechtsbeſtimmung des Unterſcheids.

Geiſtliche ſind ſolche Perſonen, die auf eine förmliche Weiſe von den Laien abgeſondert, dem beſondern

Dienſte der Kirche beſtimmt werden, und einen neuen Stand in der Kirche als einem Staate dergeſtalt annehmen, daß ſie an deren Regierung theilnehmen 1). Die Laien ſind die übrigen Chriſten, die bloß den gemeinen Kirchendienſt verrichten, von der Regierung und Oberherrſchaft ganz ausgeſchloſſen ſind, und in Unterthanſchaft verbleiben 2).

1) c. 7. c. 12. qu. 1.

2) *Thomaſius* ad *Lancellot*. L. I. not. 41.

504.

Art der Annahme des geiſtlichen Stands.

Es geſchieht die Abſonderung und Beſtimmung durch die Tonſur und darauf gefolgte Annahme der Orden, und bey den Regularen durch die Aufnahme zu Novizien, und Einſchreibung in die Matrickel der Ritterorden.

505.

Syſtem der geiſtlichen Hierarchie.

Mönche ſind daher eigentlich nicht unter die Geiſtlichen zu zehlen, ſondern gehören nur ſo weit zu ihnen, als ſie der geiſtlichen Jurisdiktion unterworfen ſind 1). Die Biſchöffe haben über die Geiſtlichen mit Ausſchluß aller weltlichen Macht die Gerichtsbarkeit und das Diöceſanrecht. Bey der geiſtlichen Obrigkeit findet aber wiederum eine Stufenfolge ſtatt, welche die Hierarchie oder den Kirchenſtaat ausmacht.

1) Eſtor bürg. Rechtsgel. Th. III. §. 91.

506.

Proteſtantiſche Kirchenverfaſſung.

Die Proteſtanten haben jenen Unterſcheid in geiſtliche und weltliche Perſonen unter gewiſſen Einſchränkungen ebenfalls beybehalten. Daher auch zu Verwaltung der geiſtlichen Hoheitsrechte und der Jurisdiktion eigene Kollegien und Gerichte angeordnet werden, die Konſiſtorien, Kirchenrath, geiſtlicher Rath, Ehegerichte, geiſtliche Gerichte heiſen, aber von geiſtlichen und weltlichen Perſonen zugleich beſezt ſind. Sowol wegen ihren Amtsverrichtungen, als in allen perſönlichen Sachen ſtehen die Geiſtlichen unter dieſen Gerichten, bleiben jedoch, wie die Laien, Unterthanen des Landesherrn 1).

1) *Pertſch* Elem. Jur. Can. et Proteſt. Eccl. P. I. §. 18. ſqq.

507.

Beſonderes Recht der katholiſchen Geiſtlichkeit.

Sie erhalten beſondere Ehrentitel, genießen das Vorgangsrecht, ſind von den Weltlichen unabhängig und unverlezbar, müſſen bey ihren Reiſen überall aufgenommen, und gegen ſie dürfen nicht leicht infamirende Klagen angenommen werden, haben ihren befreyten Gerichtsſtand, können nur ſelten wegen Verbrechen vor dem weltlichen Richter belangt werden, bezahlen kein Kopfgeld, und ſind von der Uebernahme eines Amts befreyt, genießen in Schuldſachen viele Privilegien, haben beſondere Rechte in Anſehung des Gnadenjahrs, und dürfen zur Zeit des Interdikts kommuniciren 1). Das ſind ihre perſönliche Frey-

heiten. Ihre dinglichen Vorrechte beſtehen in der Befreyung ihrer Sachen von Zoll, Acciſe, Weggeld, und und ihrer Grundſtücke von allen Steuern und Abgaben. Sie dürfen weder mit der Quartierslaſt beſchwehrt, noch ihnen Frohn- und Vorſpannsdienſte zugemuthet werden 2).

1) *Pertſch* cit. l. P I. §. 587.

2) cit. l §. 58.. *Lud. Ant. Muratori* Diſſ. LXX. de Cleri, Eccleſiarum immunitatibus, priuilegiis ac oneribus poſt inuectas in Italiam barbaras gentes. Tom. V. Ant. Ital. p. 911.

508.

Beſonderes Recht der proteſtantiſchen Geiſtlichkeit.

Proteſtantiſche Geiſtliche haben einen befreyten Gerichtsſtand unter den höhern Juſtizſtellen 1). Sie ſind frey von aller Kopfſteuer, Wachen, Vorſpann und Quartierslaſt; an einigen Orten auch noch von der Bierſteuer. Sie genießen das Weid- und Wäßerungsrecht, ſamt andern Gemeindsrechten, das Gnadenjahr, den Vorrang, Vorzüge beym gerichtlichen Verfahren und in Schuldſachen, beſondere Rechte bey der Succeſſion. Dürfen nicht die Tutel oder Kuratel übernehmen. Eine ihnen zugefügte Beſchimpfung wird härter beſtraft, und ihre Pfarrgüter ſind von allen Abgaben und Beſchwerden frey 2). Im Preußiſchen genießen die Prediger und ihre Witwen, desgleichen die Schulbedienten ſogar die Acciſefreyheit 3).

1) Preuß. Reſcript an die Magdeb. Regierung vom 28ſten Sept. 1694. bey Diez S. 7.

2) *Pertſch* cit. l. §. 590. Beyträge zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. VII. S. 337. n. 4.

3) C. C. March. Nov. T. IV. p. 6781.

Eilftes Hauptſtück.

Rechte der Staatsbürger nach ihrer Theilnehmung an der Staatsverfaſſung.

X. Abtheilung.

Eingebohrne und Fremde.

509.

Erklärung.

Alle Einwohner theilen ſich in Einheimiſche und Fremde. Erſtere haben entweder durch die Geburt oder durch die feyerliche Aufnahme das Staatsbürgerrecht erhalten. Leztere genießen aber nur einſtweilen, ſo lange ihr Aufenthalt dauert, das Unterthanenrecht 1).

1) *Ier. Ev. Link* Diſſ. de ciuibus et peregrinis. Arg. 1729. *Car. Ferd. Hommel* Diſſ. de vſu hodierno diuiſionis hominum in ciues et peregrinos. Lipſ. 1750.

510.

Unterſcheid zwiſchen eingebohrnen Staatsbürgern, einheimiſchen und auswärtigen Fremdlingen.

Solche Perſonen, die vermög ihrer einheimiſchen Geburt und Abſtammung vollkommene Glieder des Staats ſind, und alle Staatsbürgerſchaftlichen Rechte und Vortheile genießen, heißen eingebohrne Staatsbürger. Diejenigen Perſonen, die zwar von fremder Geburt ſind, aber in die Rechte der Staatsbürgerſchaft förmlich

lich eingeſezt worden ſind, heiſe ich einheimiſche Fremdlinge. Dahingegen jene Perſonen, denen dieſes Recht nicht, ſondern nur einſtweilen die Unterthanſchaft zu Theil worden iſt, nenne ich auswärtige Fremdlinge.

I. Abſchnitt.

Rechte der Eingebohrenſchaft.

511.

Literatur.

Io. Strauch Diſſ. de Indigenatu Germaniae. Lipſ. 1650.

Henr. Hahn Diſſ. de jure indigenatus ſingulari. Helmſt. 1663.

Io. Chr. Becmann Diſſ. de indigenatu. Francof. 1676.

Car. Frid. Lau Diſſ. de jure indigenatus. Regiom. 1686.

Conr. Guil. Strecker Diſſ. de indigenis Germaniae, eorumque juribus Erf. 1731.

Io. Andr. Hoffmann de juribus indigenarum Germaniae. Ien. 1747.

Id. Diſſ. de indigenis eorumque praerogatiuis. Marp. 1758.

Io. Ge. Pet. Moeller Diſſ. de jure indigenatus praecipue Suecos inter et Pomeranos reciproco. Gryphisw. 1762.

512.

Begrif des Indigenatrechts.

Alle Rechte und Verbindlichkeiten, die aus der einheimiſchen Geburt in Rückſicht auf den Staat ent-

Staat entſpringen, machen das Indigenatrecht aus.

513.

Erfordernis der Reichseingebohrenſchaft zu gewiſſen Stellen.

Wer eine Stelle bey den höchſten Reichsgerichten, bey gewiſſen Reichsſtiftern, eine der höchſten Kriegsbedienungen bey der Reichsarmee, und ein Reichserbamt oder Reichspoſtamt erhalten will, muß beweiſen, daß er und ſeine Vorfahren Teutſche von Geburt ſind 1).

1) Kaiſerl. Wahlkapit. Art. 22. 23. 24. 29. K. G. O. P. I. tit. 3. §. 1.

514.

Erfordernis der Landeseingebohrenſchaft bey gewiſſen Gelegenheiten.

Eben ſo muß in einigen Reichsländern derjenige, der Grundſtücke beſizen, in Lehen und im Stammguthe ſuccediren, zur adelichen Landſtandſchaft 1), zum Bürgerrechte, oder zu gewiſſen Landesbedienungen, zu Erbämtern 2) und zu Stiftern gelangen will, eingebohren ſeyn. Sonſt haben überhaupt die eingebohrnen Edelleute bey der Aemterbeſezung den Vorzug 3).

1) *Becmann* de indigenatu §. 19. p. 29.

2) *Pütter* Elem. Jur. Publ. §. 362.

3) wie dieſes aus Lünigs Samml. der Ritterſchaftlichen Privilegien erhellet, als von der Ritterſchaft in der Mark T. I. p. 1578. in Pommern T. II. p. 296. 714. im Stift Halberſtadt T. I. p. 1510. im Cleviſchen T. I. p. 1033. 1052. 1069. in der Lauſiz T. I. p. 870. im Wolfenbütt. T. II. pag.

pag. 151. in Schleswig und Holſtein T. II. p. 954. 969. 973. 976. 980. 982. in Baiern T. I. p. 481. 580. 581. 585. 654. Neuburg T. I. p. 1127. Oberpfalz T. I. p. 731.

515.

Anwendung auf die Ahnenprobe.

Daher zeigt ſich der Einfluß dieſes Grundſazes bey der Ahnenprobe, indem ſie ſich oft nicht mit dem Erweis der adelichen Herkunft begnügt, ſondern noch den Beweis der teutſchen Abſtammung erfordert, und heutzutage ſogar holländiſche und ſchweizeriſche Geſchlechter ausſchlieſt.

516.

Aehnliche altteutſche Rechte.

Ehemals mußten ſowol die Gerichtsperſonen, als die Zeugen mit den Parteyen auf eben demſelben Grund und Boden mit Grundſtücken angeſeßen und ihre Landsleute und Genoſſen ſeyn 1). Daher rührt es, daß noch heutzutage der begüterte landtagsſäßige Edelmann für eingebohren geachtet wird, wovon bloß Heſſen Ausnahme macht. Einheimiſche Gläubiger hatten beym Gant den Vorzug vor den auswärtigen, welches gewiſſermaßen noch an einigen Orten in Uebung 2).

1) Meine Erbfolgsgeſchichte des Herzogthums Baiern unter dem Wittelsbach. Stamme. 1778. St. II. S. 19. 20. Hamburg. Stat. I. 28. 8. *Car. Frid. Walch* Diſſ. de teſtis reo paris praeſtantia in Jure German. Ien. 1757. *Io. Car. Henr. Dreyer* Diſſ. de ceſpitalitatis requiſito in teſtibus habilibus. Francof. et Lipſ. 1750.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 28. T. II. pag. 87. C. C. Culmb. T. I. p. 220. Zell. Stadtr. t. 7. Orth Samml. merkw.

merkw. Rechtshändel P. I. p. 222. *Leyſer* Spec. 30. medit. 8. Riccius von Stadtgeſezen S. 458.

517.

Dreyfache Eintheilung der Eingebohrenſchaft in Teutſchland.

Wer von Eltern abſtammt, die teutſche Reichsbürger geweſen, genießt die Reichseingebohrenſchaft; wer von Eltern gezeugt worden, die zur Staatsbürgerſchaft eines gewiſſen Reichslands gehöret haben, dem gebührt die dortige Landeseingebohrenſchaft; und deſſen Eltern das Bürgerrecht oder Gemeindsrecht oder das Beyſaßenrecht an einem gewiſſen Orte, es mag eine Stadt, Vorſtadt, Dorf, Weiler, oder Vorwerk seyn, gehabt haben, beſizt die einzele Eingebohrenſchaft jenes Orts.

518.

Mancherlei Gattungen von Bürgern.

Es gibt urſprüngliche, angenommene, volle und nichtvolle, privilegirte, getheilte und Ehrenbürger, Vorſtädter und Beyſaßen.

XI. Abtheilung.

Unmittelbare und mittelbare Reichsbürger.

519.

Erläuterung.

Nachdem die Reichseingebohrnen Staatsbürger in unmittelbarer, oder nur mittelbar durch Vertretung

durch

durch ihre Landesherren mit der höchſten Gewalt von Teutſchland in Verbindung ſtehen, nachdem theilen ſie ſich ab in unmittelbare und mittelbare Reichsbürger.

520.
Rechte der Unmittelbarkeit.

Reichsunmittelbare Perſonen behaupten in perſönlichen Sachen bloß unter der Gerichtsbarkeit des Reichs zu ſtehen, und auch dann, wenn ſie landesherrliche Dienſte angenommen haben, in Sachen, die ihre Geburt, Stand, Würde und die Familienrechte betreffen, keiner fremden Jurisdiktion unterwerfen zu ſeyn; welches ihnen aber die gröſſeren Höfe Teutſchlands nicht einräumen, ſondern mit Recht behaupten, daß ſie durch ihre Dienſtleiſtung oder durch ihren Aufenthalt auf dem landesherrlichen Grund und Boden wirkliche Unterthanen und Landſaßen werden, und der landesherrlichen Bothmäßigkeit unterworfen ſind.

II. Abſchnitt.
Einzöglingsrecht.

521.
Erklärung der Naturaliſation.

Ein Fremder kan nur durch die Naturaliſation die Rechte der Eingebohrnen erlangen, und der Vorrechte und Freyheiten des Staats theilhaftig werden.

522.
Eintheilung in die vollſtändige und unvollſtändige Naturaliſation.

Nicht immer wird der aufgenommene Fremdling aller Gerechtſame der Staatsbürgerſchaft theilhaftig

tig gemacht, ſondern ihm nur davon ein Theil eingeräumt. Ein ſolcher genießt nur das unvollſtändige Einzöglingsrecht 1).

1) *Hoffmann* de jur. indigen. in Germ. p. 91.

523.

Einzöglingsrecht in Schleſien.

Fremde oder aus andern Preußiſchen Provinzen gebürtige Edelleute müßen bey Erkaufung der adelichen Güter in Schleſien, ausgeſchloſſen der Rittermäßigen Schultißeien, von den Königlichen Kammern den Inkolat gewinnen. Ebendas müßen die Väter und Kinder, die durch ihre Frauen und Mütter Schleſiſche Güter erhalten, zum Behuf der Verwaltung und Erbfolge beobachten. Wenn der Inkolat bloß zum Beſitze eines gewißen Guts ertheilt worden, ſo dürfen nicht mehrere dort erworben werden 1).

1) Reſcript wegen des Inkolats in Schleſien vom 2. December 1751. in der Samml. Schleſiſch. Ord.

Reſcr. Edikt, wie es mit der Inkolatsgewinnung in Schleſien und in der Grafſchaft Glaz gehalten werden ſolle, vom 20. December 1754. in C. C. March. Nov. T. I. p. 722. beſond. p. 726. n. 12.

524.

Ertheilung des Einzöglingsrechts an Religionsvertriebene und andere eingewanderte Fremden.

Die Rechte der Landeseingebohrenſchaft ſind unter mehr oder minderer Einſchränkung in Hamburg den Niederteutſchen und Engliſchen Koloniſten, eh-

mals in ganz Teutſchland den Slaviſchen und Lombardiſchen Kaufleuten, vorzüglich aber heutzutage in verſchiedenen Reichsländern den Franzöſiſchen, Salzburgiſchen und Pfälziſchen Religionsvertriebenen feyerlich mitgetheilt worden 1).

1) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 168. T. VI. Abth. I. p. 97. Cont. I p. 281.
Io. Theoph. Seeger Diſſ. de coloniis Mercatorum in Germ. et praecipue in Saxonia. Lipſ. 1781.

525.

Preußiſche Ertheilung des Einzöglingsrechts an die eingewanderten Fremden.

Im Preußiſchen erhalten alle eingewanderte Fremden das Einzöglingsrecht mit großen Woltaten, deren ſie in keinem andern Staate theilhaftig werden, und deren Anzeige unten beym Bevölkerungsrecht vorkommen wird.

526.

Ausdrückliches und ſtillſchweigendes Einzöglingsrecht.

Das Einzöglingsrecht wird entweder ausdrücklich durch landesherrliche Diplome und Privilegien, oder in Wirtenberg durch Regierungsbefehle, einem das Bürgerrecht zu ertheilen, oder ſtillſchweigend durch die Ertheilung eines Amts oder Ehrenſtelle mitgetheilt.

III. Abſchnitt.

Preußiſches Kolonierecht.

527.

Entſtehung der Preußiſchen Kolonien.

Kaum hatte Ludwig XIV. König in Frankreich unterm 18. October 1685. ſeine Wiederrufung des Edikts

Edikts von Nantes, und folglich die Entziehung aller bürgerlichen Rechte und Freyheiten der Reformirten in Frankreich bekannt gemacht, und dieſelbe mit der größten Ungerechtigkeit und Gewaltthätigkeit vollziehen laſſen; als 21 Tage hernach, nemlich den 29. October 1685. 1) Kurfürſt Friedrich Wilhelm der Große von Brandenburg dieſelbe durch ein öffentliches Patent in ſeine Staaten, wo ſich ſchon ſeit 1672. eine franzöſiſche Gemeinde befand, einlud, und ihnen durch ſeine Reſidenten alle Unterſtüzung anboth. Obſchon Frankreich alles that, um ihre Auswanderung zu verhindern, ſo ward doch in kurzer Zeit der größte Theil von dem Proteſtantiſchen Europa mit dieſen Flüchtlingen angefüllt. Im Brandenburgiſchen erhielten ſie, ungefehr 14000 an der Zahl, zu Berlin, Pozdam, Stendal, Werben, Rathenau, Stettin, Brandenburg, Frankfurt an der Oder, Magdeburg, Halle, Kalbe, Königsberg und Weſel eine beſondere Gemeinheitsverfaßung. Nachdem während der kriegeriſchen Ausführung der Erbſchaftsanſprüche des Herzogs von Orleans auf die Pfälziſchen Allodialländer die beiden Städte Manheim und Frankenthal aufs grauſamſte verwüſtet worden waren, ſo flehten die Einwohner bey gedachtem Kurfürſten um die Erlaubnis in ſeine Staaten einwandern zu dürfen, das er ihnen nicht nur bewilligte, ſondern ſie auch den 15. May 1688. mit vortreflichen Privilegien verſah 2), und nach Magdeburg, Acken, Halle, Burg, Kalbe und Stendal verſezte 3). Die Evangeliſchen Unterthanen im Erzſtifte Salzburg, mußten ebenfalls wegen

allzugroßer Bedrückung ihr Vaterland verlaßen, kamen in den Jahren 1721. und 1736. in die Preußiſchen Staaten, und erhielten in Weſtphalen und in Preußen 4) Wohnpläze. 21732. nahm König Friedrich Wilhelm eine Kolonie Böhmen in und um Berlin auf, und ließ ihr beſondere Kirchen erbauen 5).

1) Siehe das Patent in den Memoires des Refugiés François par *Erman* et *Reclam* Tome I. page 129. ſuiv. und in C. C. Magdeb. P. VI. n. 9. pag. 77.

2) C. C. Magd. P. VI. n. 18. pag. 98.

3) *Seeger* de Coloniis Mercat. p. 18.

4) Von Ludewig Evangel. Hiſtorie des Erzſtifts Salzburg, im Anh. zu ſ. Erleut. der Reichshiſtorie C. 18. p. 660. 661. ff. G. G. G. Goeckings vollkommene Emigrationsgeſchichte von denen aus dem Erzſtifte Salzburg vertriebenen Lutheranern. Frf. u. L. 1734.

5) Nikolai Beſchreibung von Berlin und Pozdam, B. I. S. 205. 206.

528.

Rechtsquellen.

Die Quellen ihres beſondern Rechts ſind in den Königlichen Privilegien und Verordnungen 1) enthalten, die ihnen von Zeit zu Zeit ertheilt wurden. Die Franzoſen genießen in Privatrechtsmaterien die Gewohnheitsrechte von Frankreich. Die Pfälzer Kolonien bedienten ſich ehemals hierinn des Pfälziſchen Landrechts, das ihnen aber nunmehr unterſagt iſt 2), und ſie haben ſich, ausgenommen in Geradeſachen, nach der

der Magdeburgiſchen Polizeyordnung und nach der neuen Prozeßordnung zu achten 3). Die Franzoſen hingegen halten ſich noch an den Friedrichiſchen Codex, den ſie freywillig ſtatt ihrer aus Frankreich mitgebrachten Prozeßordnung 4) angenommen haben. In Kirchenſachen richten ſie ſich nach der Diſcipline des Egliſes de France 5). Sonſt aber beobachten ſie in weltlichen Sachen Landsbrauch und Herkommen 6).

1) Sie ſtehen in C. C. Magd. P. VI. n. 9. 18. 26. 28. p. 77. 98. 120. 122. P. I. p. 105. C. C. March. Nov. T. I. p. 839. 698. T. V. a. p. 357. T. V. b. p. 365. Cont. I. C. C. March. p. 282. Diez Archiv. Magdeb Rechte, im Anhang n. 15. p. 16. ff. Recueil des Edits, Ordonnances, Reglements et Reſcripts contenant les Privileges et les Droits attribués aux François refugiés dans les etats du Roi à Berlin 1752. als Anhang des VI. Bandes des Corp. March.

2) Reſcripte vom 8. October 1744. und 28. Merz 1746. a. a. O. n. 25. 26. Vergl. Diez Geſchichte des Juſtizweſens im Herzogthum Magdeb. S. 73. 74.

3) Reſcript vom 29. Jan. 1752. im ausführl. Anh. zum Cod. Frider. pag. 269.

4) vom 14. April 1699. in C. C. March. T. II. Abth. I. p. 275.

5) Ordonance de 29. Fevr. 1720. n. 2. p. 52.

6) Reſcr. du. 4. Juin 1719. n. 6. p 39

529.
Verfaßung der errichteten Kolonien.

Dieſe Religionsvertriebenen wurden aller Rechtsvortheile der Preußiſchen Staatsbürgerſchaft theilhaf-

tig 1), und doch mit den Landeseingebohrnen nicht vermiſcht, ſondern formirten einen eigenen Staatskörper 2), der nur mit dieſen einerlei Staatsoberhaupt erkannte, ſonſt aber ſowol im Geiſtlichen als im Weltlichen eine Einrichtung hatte, die ſeiner urſprünglichen Verfaßung etwas analog war 3). Sie beſtanden gleich anfangs aus allerlei Ständen, Kaufleuten, Edelleuten, Soldaten, Handwerkern, Manufakturiſten, u. ſ. w. 4) und mitnichten aus einer Kaufmannsverbindung 5) allein.

1) Königl. Naturaliſationsedikt vom 13. May 1709. C. C. M. T. VI. Abth. I. p. 97. et in C. C. Magdeb. P. VI. n. 46. p. 160. Reſcript vom 29. Auguſt 1739. in C. C. March. Cont. I. p. 281.

2) Patent vom 29. Febr. 1720. betreffend die bereits etablirten und noch ankommenden Refugiez und andere, die mit ihnen ein Corps zu formiren verlangen. ibid. T. VI. Abth. II. p. 225.

3) Mem. de *Mrs. Erman et Reclam* T. I. p. 298. 299.

4) Memoires de Mrs. *Erman et Reclam*, T. II. p. 50.

5) *Seger. de colon. Mercat. in Germ. §. 6. p.* 13. ſqq. Iſtæ Coloniæ ſunt ſocietates Negotiatorum nationis alienæ in aliquam Germ. urbem communicato jure ciuitatis aut ſaltim incolatus et commercii admiſſorum.

530.

Grund ihrer Fortpflanzung und Vermehrung.

Sie erhielten das Recht, allerlei Fremden, ſie mochten ihre Landsleute oder nicht, Religionsvertriebene

bene oder andere Abentheurer ſeyn, bey ſich aufzunehmen 1). Daher ihr Wachsthum ein halbes Jahrhundert unaufhörlich fortdauerte 2). Es vereinigten ſich mit ihnen Wallonen, Walliſer, Oranier, franzöſiſche Schweizer 3) und andere. Der Tadel Juſtis 4) möchte auch wol die franzöſiſchen Kolonien weniger 5) als die Pfälzer Kolonien treffen.

1) Ordonnance de 29. Fevr. 1720. bey Diez p. 50. n. 1.

2) Memoires de *Mrs. Erm. et Reclam.* Tome II. pag. 38.

3) Verord. vom 13. May 1695. in C. C. Magdeb. T. VI. p. 122. n. 28.

4) Grundſäze der Polizeywißenſchaft §. 91. S. 81. 82.

5) Vergl. Memoires de Mrs. *Erman et Reclam* T. I. p. 300. ſuiv.

531.

Rechte der Fremden ihnen beyzutreten.

Jeder Fremder, er ſeye von welcher Religion oder Nazion er wolle, kan an den Orten, wo Franzöſiſche und Pfälzer-Kolonien befindlich ſind, denenſelben beytreten, nur muß er ſich deshalb 3. Monathe nach ſeiner Ankunft erklären 1).

1) Circulare vom 7. Jul. 1772. in C. C. March. Nov. T V. b. pag. 365. Corp. Iur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 33. p. 16.

532.

Unvollſtändige Theilnehmung an den Kolonieprivilegien.

Diejenigen, die außer dem Vorzuge, unter einer beſondern Gerichtsbarkeit zu ſtehen, auch die

Vortheile der Religionsvertriebenen, die in Anſehung der Franzoſen in den Patenten vom 29. Februar 1720. und 25. Februar 1744. und in Anſehung der Pfälzer in den Patenten vom 25. May 1689. 1) 15. Februar 1712. 22. November 1713. 2) und 4. Jul. 1743. beſtimmt ſind, vornemlich die 15. jährige Befreyung von allen Laſten und Beſchwerden, genießen wollen, müßen zugleich diejenigen Eigenſchaften, die in gedachten Geſezen beſchrieben werden, beſizen, und auf den Fall ſie ihnen abgehen, ſich mit den Wolthaten, die im Edikte vom 8. April 1764. enthalten ſind, begnügen 3).

1) in C. C. Magdeb. P. VI. n. 18. p. 98. ſqq.

2) cit. l. Contin. p. 80. n. 22.

3) ibid. col. 367. 368. n. 3). Vergl. C. C. March. Contin. II. pag. 177.

533.

Erforderliche Eigenſchaften zum Genuß der Kolonierechte.

Die Eigenſchaften, die in vorſtehenden königlichen Verordnungen zur Theilnehmung an ſämtlichen Kolonierechten erfordert werden, beſtehen darinn, daß ein Koloniſt Franzoſe oder Ausländer von Geburt, der Evangeliſchen Religion zugethan 1), und dieſer Religion wegen aus ſeinem Vaterland vertrieben worden ſeyn muß, auch weder er noch ſeine Vorfahren die Preußiſchen Staaten je verlaſſen gehabt haben. Alle dieſe vier oder wenigſtens drey Eigenſchaften müſſen vereinigt vorhanden ſeyn, wenn man aller Kolonierechte theilhaftig werden will. Geht die erſte und

zwote

zwote ab, ſo kan man gar keine Kolonierechte genieſ-
ßen; fehlt aber nur Eine der lezten allein, und man
hat die erſten zwo beyſammen, ſo kan man bloß zum
Genuße eines Theils derſelben gelangen. Es läßt
ſich nun die Rechtsfrage entſcheiden, ob ſolchen Kolo-
nierichtern, denen die erſte und dritte Eigenſchaft
mangelt, und die nur einſtweilen angeſtellt ſind, der
Genuß aller Kolonierechte zukömmt. Aber diejenigen
Franzoſen Evangeliſcher Religion, die zwar nicht der
Religionsbedrückung wegen zur Einwanderung genö-
thiget worden ſind, ſondern freywillig eine auswärtige
franzöſiſche Kolonie verlaſſen, und ſich in die Preußi-
ſche Staaten begeben haben, genießen nach der Preuſ-
ſiſchen Rechtsanalogie doch alle Kolonierechte 2).

1) Daher alle eingewanderte und geflüchtete Katholiſche Franzoſen keine Wolthaten im Preußiſchen genießen. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 188.

Vergl. Joh. Peter von Ludewig Jubelrede von den Wolthaten des Brandenburgiſchen Hauſes gegen den Evangeliſchen Glauben und deſſen Glaubensgenoßen Halle 1730.

2) Patent vom 13. Merz 1699. wegen Freyheit der aus der Schweiz kommenden franzöſiſchen Refugieres in C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 657. Reſcr. v. 25. Febr. 1744. in Contin. II. p. 178.

534.

Rechte der Staatsgenoßenſchaft.

Als wahre Unterthanen und Staatsbürger ſind
die Koloniſten von allen nachtheiligen Rechten der
Fremden entlediget. Es hat gegen ſie weder Wild-

fangs= noch Leibeigenſchafts= noch Heimfalls= 1) noch Abzugsrecht, noch droit d' Aubaine 2), noch Ausſchuß ſtatt 3); ausgenommen, das Vermögen gienge bey Römiſch Katholiſchen Franzoſen und andern in ſolche Länder, wo von den Preußiſchen Unterthanen der Abzug genommen wird, dann wird das Abzugsrecht retorſionsweiſe ausgeübt, derſelbe aber nicht von den Königlichen Kammern bezogen, ſondern theils zur franzöſiſchen Manufakturkaſſe in Berlin geſchlagen 4), theils zu Anlegung neuer Manufakturen bey der Pfälzerkolonie zu Halle angewendet 5). Bey den Salzburgern in Preußen wird das Vermögen ihren auswärtigen Anverwandten nach Abzug des zehenten Pfennigs verabfolgt 6), und folglich gegen ſie das im Königreich Preußen übliche Heimfallsrecht ebenfalls nicht beobachtet.

1) Contin. I. p. 267.

2) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 186.

3) Pfälzer Hauptpriv. vom 25. May 1689. in Adp. T. VI. C. C. March. p. 68. n. 15.

4) Reglement vom 4. Jun. 1719. und Reſcr. vom 3. Jan. 170?. §. 4.

5) Reſcript vom 24. Jul. 1764. in C. C. March. Nov. T. I. p. 839.

6) Reſcr. vom 27. Oct. 1753 in cit. T. I. p. 690.

535.

Eigene Kirchenverfaßung.

Die Religionsvertriebenen bekamen in jeder Stadt einen eigenen Prediger, Küſter und Schulbedien=

dienten, und einen beſondern Ort zum Gottesdienſte, und zwar die Franzoſen ganz abgeſondert von den Pfälzern 1). Die Erſtern hatten ehmals zu Berlin ein beſonderes Oberkonſiſtorium (Commiſſion Eccleſiaſtique) nach dem Fuße des teutſchen Oberkonſiſtorimus 2), jezo aber bloß einzele unabhängige Konſiſtorien. Es ſind ihnen aber in der zweiten Inſtanz die Geiſtlichen und Eheſachen entzogen, und dem franzöſiſchen Obergerichte übertragen worden 3). Zur Unterhaltung der Kirchen- und Schulbedienten, iſt ein Fond von jährlichen 15000 Thalern angewieſen 4). In wie weit auf die Kirchenzenſur vom weltlichen Richter geachtet werden muß, hat man eine genaue Vorſchrift 5).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 187.

2) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 418. 423. u. 424. wo die dahingehörige Sachen benennt ſind. Vergl. den Anhang n. 38. u. 18. p. 117. 191. Nikolai Beſchreibung von Berlin B. I. S. 257.

3) C. C. March. Nov. Tom. V. a. p. 357.

4) Reſcr. vom 29. Febr. 1720. bey Diez n. 2. p. 51.

5) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 541. wo ein Reſcr. vom 22. Jun. 1720. befindlich iſt.

536.

Beſondere Juſtizverfaßung.

Statt der ehmaligen Schiedsgerichte haben die Franzöſiſchen und Pfälzer-Kolonien nunmehr ihre eigene, von den ordentlichen Gerichtshöfen ganz abgeſonderte Gerichte, die mit ihren Koloniebürgern und Glaubensgenoßen beſezt werden müßen 1). Es ſind den-

denſelben alle an ſolchen Orten wohnhafte Franzöſiſche und Pfälziſche Familien in perſönlichen und dinglichen Sachen ohne Unterſchied der Würde und des Stands unterworfen 2). Daher bey der Verkaufung eines Grundſtücks an einen Pfälziſchen oder Franzöſiſchen Koloniebürger ihren Gerichten die darauf haftende Beſchwerden und Laſten angezeigt werden müſſen 3). Es findet zwiſchen den teutſchen und Koloniegerichten keine Protogation ſtatt 4), und das franzöſiſche Untergericht zu Berlin hält ſein eigen Hypothekenbuch, ſonſt aber halten die franzöſiſchen Gerichte überhaupt keine Akten, und theilen die Prozeßſchriften im Originale den Parteyen mit.

1) Reſcr. vom 19. Jun. 1690. in C. C. March. T. II. Abth. I. n. 73. p. 196. Pfälzer Hauptprivil. vom 25. May 1689. ib. T. VI. Anh. p. 67. n. 7.

2) C. Iur. Frid. L. I. P. IV. t. 2. §. 31. p. 15. et §. 32. p. 16. Nur Militairperſonen bleiben ausgeſchloſſen.

3) Reſcr. vom 8. Jun. 1719. n. 2. 3. 4. bey Diez p. 28. ff.

4) Reſcr. vom 25. October 1724. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 743.

537.

Ausnahme.

Hier zu Halle beſizen weder die franzöſiſchen noch die Pfälzer-Gerichte die Jurisdiktion in dinglichen Sachen, ſondern die ehmaligen Berg- und Thal-, jezige Stadtgerichte üben ſie ganz allgemein aus. Ueberhaupt unterſcheiden ſich die Pfälzer nur darinn, daß ſie ein eigenes Korpus formiren, und einen eigenen Gerichtsſtand haben 1), der jedoch

doch nicht ſo reichlich, wie der franzöſiſche, privilegirt iſt. Sonſt genießen ſie außer den Rechtswolthaten der Ausländer, die von mir im folgenden Hauptſtücke aus einander geſezt ſind, bloß die franzöſiſchen Privilegien im Edikt vom 29. October 1685. 2) Es gilt alſo von den Geſezen über die franzöſiſche Kolonien nicht immer eine analogiſche Anwendung auf ſie.

1) Pfälzer Priv. vom 25. May 1689. in Adpend. T. VI. Corp. March. p. 72. n. 7. 9. 10. 11. Declar. vom 22. Nov. 1713. n. 3. in C. C. Magdeb. Contin. n. 22. p. 80.

2) Pfälzer Hauptpriv. vom 25. May 1689. n. 28. in C. C. Magd. P. VI. p. 104. Reſcript vom 10. Jul. 1689. an die Magdeb. Regierung in C. C. Magdeb. p. VI. p. 105.

538.

Verfaßung der franzöſiſchen Kolonie zu Pozdam.

Die franzöſiſche Kolonie zu Pozdam hat das beſondere Privilegium, daß alle ihr beytretende Pfälzer und andere Religionsvertriebene aller franzöſiſchen Privilegien, der 15. jährigen Freyheit und des Genuſſes der Baugelder theilhaftig ſeyn ſollen 1).

1) Edit du 19. Oct. 1731. in Adp. T. VI. C. March. p. 595.

539.

Ausdehnung der franzöſiſchen Gerichtsbarkeit.

Zur franzöſiſchen Gerichtsbarkeit gehören ſelbſt das bey den Deutſchen dienende Geſinde 1); ingleichem die Auktionen und Verſteigerungen aller ihren Bürgern

gern zuſtändigen Mobilien und Sachen, und finden dagegen keinerlei Privilegien noch Pächte ſtatt. Dieſe Gerichte vermögen zu dem Ende eigene Auktionatoren anzuſtellen, oder jemand deshalb Auftrag zu thun, wo hernach dennoch alle darüber entſtandene Streitigkeiten unter ihren Gerichtsſprengel gehören 2).

1) Inſtruct. für die Oſtpreuſiſche Regierung vom 30. Jul. 1774. T. V. C. C. March. Nov. P. IV. p. 382.

2) Reſcrit de 8. Iuin. 1719. n. 5. p. 34. 35. 36.

540.

Gemiſchte Polizeygerichtsbarkeit.

Alle Sachen, die die Polizey, die Feuerordnungen, die Sorge und Aufſicht über das Pflaſter und die Straßen, die Einrichtung der Jahr- und Wochenmärkte, der Brunnen und Laternen, die Fleiſch- und Brodtaxe, das Serviswesen, die Regulirung des Maaßes, Gewichts und aller gemeinen Auflagen betreffen, müßen entweder von den niedergeſezten Polizeykollegien, oder von den Magiſtråten mit Zuziehung der Koloniedirektoren gemeinſchaftlich verfügt und abgethan werden, ohne daß ſich der Magiſtrat unter dem Vorwande einer Polizeyſache in die Civilgerichtsbarkeit der Kolonien miſchen darf 1). Die Kolonierichter ſind bey allen Gewerken, worinn ſich Meiſter von der Kolonie befinden, als Aſſeſſoren zuzuziehen 2), und haben überhaupt Siz und Stimme beym Magiſtrate als ordentliche Rathsglieder 3).

1) ebenangef. Reſcr. n. 7. p. 41. 42. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 682. Cont. I. p. 295. Reſcr vom 8. October 1739.

2) ibid.

2) ibid. Cont. I. p. 293.

3) ibid. p. 295.

541.

Inſtanzen bey den Koloniegerichten und Koloniedepartements.

Die franzöſiſchen Obergerichte machen die zweite und lezte Inſtanz aus 1), worauf nur noch bey dem Tribunal, das deswegen mit 2. franzöſiſchen Räthen beſezt iſt, die Reviſion geſchehen kan 2). Die Obergerichte dürfen die Streithändel nicht von den Untergerichten in erſter Inſtanz an ſich ziehen 3), noch gilt eine Appellation in Sachen unter 6 Thaler 4). Zu Berlin befindet ſich überdem ein franzöſiſches Oberdirektorium, Conſeil François, mit einer eigenen Civiletatskaſſe, und einem beſondern Chef übers Departement François 5). Von der Pfälzer-Kolonie zu Halle appellirt man an die Kommiſſion zu Magdeburg, und wenn die Summe über 100 Thaler aufſteigt, von da ans Tribunal zu Berlin 6). Die Pfälzer-Kolonie zu Stendal aber, weil ſie mit der dortigen franzöſiſchen Kolonie vereinigt iſt, erkennt das Obergericht zu Berlin als zweite Inſtanz 7). Alle Pfälzerkolonien haben ihre öffentlichen Rechnungen jedesmal an die Königliche Oberrechenkammer einzuſchicken 8), gleichwie überhaupt dieſelbe manchmal von denen Kammern abhängig ſind, wohin auch die Appellationen in Handwerksſachen gehen 9). Zu Berlin iſt ein Pfälzerkoloniedepartement, das aus zweyen Staatsminiſtern vom Juſtizdepartement und einem

einem Pfälzerkolonierath beſteht, der ihnen ſchriftliche Vorträgee thun muß 10).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 196.

2) ibid. p. 337.

3) cit. l. p. 280.

4) pag. 196.

5) Nikolai Beſchreibung von Berlin und Pozdam, Th. I. Abſch. IV. S. 256.

6) Preuß. Tribunalord. tit. 8. §. 4. 6.

7) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 726. Tribunalord. tit. 8. §. 6. 4.

8) Regl. vom 30. Jun. 1768. nach welchem die Pfälzerkommiſſion zu Magdeburg, der Magiſtrat der daſigen Kolonie, desgleichen die Pfälzerkoloniegerichte zu Halle, Burg, Kalbe, Acken und Stendal jährlich ihre Rechnungen zur Oberrechenkammer einſchicken ſollen, in C. C. March. Nov. T. IV. col. 4002.

9) Reſcr. vom 11. Jenner 1758.

10) Nikolai Beſchreibung von Berlin, B. I. S. 257. 258.

542.

Kriminalgerichtsbarkeit.

Die Koloniegerichte, beſonders zu Berlin, Magdeburg, Halle und Weſel, beſitzen die Kriminalgerichtsbarkeit ganz ausſchließungsweiſe, und nur an den Orten, wo ſie nicht mit rechtsgelehrten Beyſitzern verſehen ſind, wird der Kriminalprozeß von den teutſchen Magiſtraten gemeinſchaftlich mit dem Koloniedirektor formirt 1). Nebendem haben die Königlichen Hoffiſkäle auf die Koloniſten ebenfalls ihre Aufmerkſamkeit zu richten 2).

Re-

1) Reſcript vom 8. Jun. 1791. a. a. O. n. 8. p. 43. 44.

2) Cod. Frid. L. I. tit. 13. §. 10.

543.

Unterſtüzung durch die teutſchen Gerichte.

Die Magiſtrate und teutſchen Gerichte müſſen den Kolonien mit ihren Rathsdienern, Viertelsknechten und Gefängnißen im Nothfalle an die Hand gehen 1). Eben ſo haben die Landreuter die franzöſiſchen Gerichte bey ihren Exekutionen zu 2) unterſtüzen.

1) Reſcr. de 8. Juin 1719. chez *Diez* n. 9. p. 45. 47. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 684.

2) C. C. March. Nov. Tom. VI. col. 783.

544.

Befreyungen.

Alle Religionsvertriebene Koloniſten genießen eine fünfzehenjährige Freyheit von allen öffentlichen Laſten und Abgaben, von Einquartierung, Servis, Handwerkslaſten, öffentlichen dinglichen Beſchwerden auf Häuſer und Güter 1). Die Prediger und Schulbedienten genießen die Zieſefreyheit, und bekommen eine Vergütung für die Acciſefreyheit 2). Ihre Wittwen und Kinder beziehen das Gnadenjahr und andere Vortheile 3). Die aus Frankreich der Religion wegen Vertriebenen können wegen den vor ihrer Auswanderung gemachten Schulden nicht mehr belangt werden 4). Bey der Erbfolge gehen die franzöſiſche

Koloniſten den auswärtigen, obgleich näher verwandten, Erben vor 5).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 186. 208. T. VI. Abth. I. p. 630. T. VI. Abth. II. p. 151. 426.

2) ibid. T. IV. Abth. III. p. 196. T. VI. Abth. II. p. 109.

3) cit. l. Contin. I. p. 331.

4) Reglement de 3. Mars 1698. ibid. T. II. Abtheilung I. p. 213.

5) Contin. I. p. 282.

545.

Vorrechte.

Den eingewanderten Religionsvertriebenen muß überall in den Königlichen Staaten, wo ſie ſich niederlaßen wollen, das Bürger- oder Beyſaßenrecht, gleich den Eingebohrnen, mit allen Vortheilen und Gerechtſamen umſonſt eingeräumt werden 1). Der franzöſiſche Adel kan zu allen Ehrenſtellen, Vorrechten und Staatswürden gelangen, lehen und Adeliche Güter erwerben 2). Die vom Bürgerſtande, wenn ſie ſich dem Rechtsſtudium gewiedmet haben, ſollen bey allen und jeden Juſtizſtellen und Aemtern zugelaſſen werden.

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 186.

2) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 187. 188.

546.

Vorzüge bey Handwerkern und Manufakturen.

Erweisliche franzöſiſche Handwerksmeiſter müſſen auf Begehren ohne alle Unterſuchung und Prüfung

fung bey den Gewerken aufgenommen werden; Können während den Freyjahren entweder das Handwerk für ſich allein treiben, oder gar ein anderes ergreifen. Nach verfloßenen Freyjahren haben ſie ſich entweder, jedoch ohne alles Entgeld, aufnehmen zu laſſen, oder aber beſondere Erlaubnis auszuwirken, für ſich als privilegirte Meiſter zu arbeiten, wo ſie alsdann weder Geſellen noch Lehrjungen halten können 1). Die Koloniſten, welche Manufakturen und Fabricken anlegen wollen, werden mit allen Privilegien verſehen, und genießen allen Vorſchub 2). Sobald bey einem Gewerke 3. Koloniſtenmeiſter ſich befinden, ſo muß einer Altmeiſter ſeyn 3).

1) Reſcr. vom 29. Febr. 1720. n. 4. 5. bey Diez, Arch. Magd. Rechts p. 55. 56.

2) ebendaſ. n. 6. und C. C. March. T. II. Abth. I. p. 186. T. VI. Abth. II. p. 207. C. C. March. P. VI. p. 102. §21. et in Contin. p. 8. §. 5.

3) Cont. I. C. C. March. p. 295.

547.

Bürgerliche Verbindlichkeiten der Koloniſten.

Nach Endigung der beſtimmten Freyjahre, auf deren Ablauf ein wachſames Auge zu haben 1), müſſen die Koloniebürger alle bürgerliche Laſten und Beſchwerden mit Wachen 2), Dienſten, allerlei Steuern und Abgaben 3) gleich den übrigen Bürgern übernehmen; und können ſich dieſer Obliegenheiten auf keine Art entziehen. Ja die Acciſefreyheit gebührt ihnen nicht einmal während des Zeitraums ihrer Freyjahre 4),

 ſon-

ſondern ſie wird ihnen vergütet. Diejenigen Koloniſten, die ſich an Orten niedergelaßen haben, wo keine Koloniegerichte befindlich ſind, ſtehen unter der ordentlichen Gerichtsobrigkeit, und die benachbarten Koloniegerichte dürſen über ſie keinen Gerichtszwang ausüben 5).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 208. T. VI. Abth. I. p. 630.

2) ibid. T. III. Abth. I. p. 234.

3) cit. l. T. II. Abth. I. p. 342. 685. T. IV. Abth. V. p. 30. 268. 274.

4) Ordonnance de 29. Fevr. 1720. n. 3. bey Diez S. 52.

5) C. Iur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 31. p. 15.

IV. Abſchnitt.

Gaſtrecht.

548.

Urſprung.

Ebenſo ſehr, als die Teutſchen die Fremden haßten und verfolgten 1), ebenſo ſehr verehrten ſie diejenigen, die unter dem geheiligten Schuze der Gaſtfreyheit zu ihnen kamen 2). Dieſe waren unverlezbar, und genoßen ſelbſt vor den Einheimiſchen gewiſſe Rechtsvortheile.

1) *Hert.* in opuſcul. Vol. II. T. I. p. 16. Eſtor Theil III. §. 112.

2) *Tacit.* de mor. Germ. c. 21.

549.

Begrif.

Der Innbegrif der beſondern Rechtsbeſtimmungen, die aus der alten Begünſtigung der Gäſte noch heutzutage übrig geblieben ſind, heiſt das Gaſtrecht 1).

1) *Abasv. Fritſch* tract. de jure Hoſpitii, oder vom Gaſtrecht. Jenæ 1711.

Io. Schilter Diſſ. de jure hoſpitii. Quedlinb. 1721.

550.

Uberbleibſel.

Für die Fremden waren die Gaſtrechte angeordnet, welches Gerichte waren, die in außerordentlichen Sizungen, wenn die Fremden nicht auf den gewöhnlichen Gerichtstag warten wolten, ihre Streithändel unterſuchen und entſcheiden mußten. Man nannte ſie auch Kaufgerichte, weil ſie beſonders bezahlt wurden. Sie beſtehen noch in Preußen, Schleſien, Mecklenburg, Lübeck, Wirtemberg, Roſtock, Holſtein, Bremen, Tyrol, Nürnberg, Wezlar, im Mainziſchen und Anſpachiſchen, und haben eine eigene Einrichtung, wovon weiter unten 1).

1) *C. H. Moeller* Diſſ. de judicio ſummario peregrin. Roſt. 1733.

Greg. And. Schmidt Diſſ. de modo procedendi circa peregrinos. Alt. 1681.

Aug. de Balthaſar de juribus peregrinorum circa proceſſum german. vulgo in ſenſu eminentiori Gaſtrecht appellatum. Gryph. 1742.

551.
Eigenes Handlungsrecht.

Nach den Statuten einer großen Anzahl Handelsſtädte iſt außer den Meß- und Marktzeiten den Gäſten nicht erlaubt, Handlung zu treiben. Da die Handlung ein Zweig der bürgerlichen Nahrung, ſo fließt dieſes aus dem natürlichen Begrif des Stadt- und Bürgerrechts. Vielmehr gehören die Städte unter die Ausnahme, worinn bald unter gewißer Einſchränkung, bald ganz uneingeſchränkt, den Fremden das Handeln zu jeder Zeit erlaubt iſt. Oft dürfen die Gäſte ihre Waaren nicht einzeln in geringem Maaße verkaufen, ſondern müßen ſie in ganzen Frachten, laſten loßſchlagen, oder ſie gewißen Bürgern, Zünften, Aemtern, Gewerken und Innungen überlaßen, und erſt dann, wenn ſie ihnen dieſe binnen einer gewißen Zeit nicht abnehmen, dürfen ſie dieſelbe jedem Bürger anbieten. Aus der alten Hanſeverfaſſung iſt in vielen teutſchen Seeſtädten das Recht übrig geblieben, daß bald überhaupt und bald nur in gewißen Handelsartickeln Gaſt mit Gaſt nicht handeln darf, ſondern dieſes immer durch die Zwiſchenkunft eines angeſeßenen Bürgers geſchehen muß 1).

1) Roſtock Statut über das Woll- und Fellkaufen vom 18. May 1593. Lüb. Recht L. III. tit. 6. art. 7. *Mev.* in Comment. ad Ius Lub. L. III. tit. 6. art. 7. n. 19. 20. Krüniz Oekon. Encyklopädie Th. XVI. S. 410. ff.

V. Ab-

V. Abſchnitt.

Bevölkerungsrecht.

552.

Polizeyrechtsgrund.

Der Hauptgrund des Wolſtands eines Staats beruht auf der Bevölkerung, zu deren Beförderung die Polizey verſchiedene Geſeze gemacht hat, wovon wir hier einige auszeichnen, der übrigen aber in andern Kapiteln Erwehnung thun wollen.

553.

Anwendung auf die Begünſtigung der Fremden.

Nur ſolche Städte und Staaten, die ein rauhes Klima oder einen ſchlechten Boden beſizen, oder wenig bevölkert ſind, oder durch Unglücksfälle großen Verluſt an Einwohnern gelitten haben, müßen die Fremdlinge begünſtigen und an ſich locken, mitnichten aber ſolche Städte und länder, die ſich im Wolſtande befinden, oder einen fruchtbaren Boden haben.

554.

Urſache, warum in der teutſchen Geſezgebung die Bevölkerung begünſtiget wird.

Die Teutſchen, die bey ihrem kriegeriſchen Geiſte beſtändig einen großen Abgang an Mannſchaft litten, waren daher vorzüglich auf die Vermehrung der Bevölkerung ſehr aufmerkſam, und hatten darauf in ihrer Geſezgebung verſchiedentlich Rückſicht genommen, wovon noch folgende Ueberbleibſel vorhanden ſind.

555.

Leibeigenſchaftliche Bevölkerungsgeſeze.

Während der Zeit, daß eines armen Bürgers, Bauren oder Unterthanen Ehoefrau in den Wochen liegt, iſt ſie und ihr Mann von allen Wachen und Frohndienſten befreyt 1). Wenn eine leibeigene Frau Zwillinge gebiert, ſo wird eines davon frey 2).

1) Eſtors bürgerl. Rechtsgelehrtheit Th. I. §. 82.

2) *Selchov* in Elem. Iur. Germ. §. 377. n. 3.

556.

Andere bäuerliche Bevölkerungsrechte.

Ebenſo muß einer leibeigenen Frau, die zur Verfallzeit in den Wochen liegt, die Leibhenne zum eigenen Genuße gelaſſen werden. Im Preußiſchen müßen ſich die Landleute im XXV. Jahre verheirathen, und wird ihnen der ehelose Stand nicht länger geſtattet 1).

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 148. 274.

557.

Hageſtolzenrecht.

Das Hageſtolzenrecht beſteht darinn, daß Einer, der unvermählt das fünfzigſte Jahr erreicht hat, über ſein Vermögen keinen lezten Willen errichten darf, ſondern das eigenthümliche und erworbene Gut nach ſeinem Tode dem Landesherrn oder Leibherrn zufällt, und die Anverwandten von der Beerbung ausgeſchloſſen werden 1). Im Preußiſchen ſind dieſem Rechte über=

überhaupt nicht unterworfen: die Räthe, geiſtliche Perſonen, Profeſſoren, die Ritterſchaft und Militairperſonen; desgleichen die Fremden 2).

1) *Ioh. Balth. Wernher.* Diſſ. de jure Hageſtolziatus. Vitemb. 1724.

Io. Ge. Scherz Diſſ. de jure circa Hagenſtolzios. Arg. 1726.

Io. Paul Kreſs Diſſ. de jure Hageſtolz. præcipue in Ducatu Guelph. Helmſt. 1727.

Ej. Repetitio Diſſ. occaſ. Hageſtolz. a Ludewig in exilium dati. Helmſt. 1728.

Io. Pet. de Ludewig Differentiæ Iur. Rom. et Germ. in Hagenſtolziatu exule in Germania. Hal. 1727.

Io. Phil. Odelem Animaduerſ. ad Ludewigii Diſſert. Brunſw. 1728.

Ferd. Chriſt. Harpprecht flores ſparſi ad Iura ſingularia Alpirſpacenſia. Tub. 1756.

Schottel in Singul. jur. Germ. C. I. §. 10.

2) C. C. March. Cont. III. p. 184.

558.

Verbotene Auflegung der Eheloſigkeit.

Die Eheloſigkeit iſt ehemals oft als Strafe durch die Verſtoßung ins Kloſter aufgelegt worden 1), findet heutzutage aber aus Polizeygründen ſchlechterdings nicht mehr ſtatt 2), und eine dergleichen dem Vermächtniſſe angehängte Bedingung wird ſelbſt beym landſäßigen Adel, wenn er auch gleich die Familiengeſezgebung von der Landesherrſchaft beſtätigt erhalten hat, für nicht geſchrieben geachtet 3).

 1) Iac.

1) *Iac. Frid. Ludovici* Diſſ. de coelibatu poenæ nomine impoſito. Hal. 1703.

Sam. Frid. Willemberg Diſſ. de poena coelibatus impoſiti. Gedan. 1723.

Pufendorff T. I. p. 230.

2) *Io. Aug. Bach* Diſſ. de Lege Iulia Miſcella ejusdemque vſu hodierno. Lipſ. 1750.

3) *Io. Sam. Brunquell* Diſſ. de conditione, ſi non nupſerit, ultimis voluntatibus adiecta. Ien. 1728. Knorrens Rechtl. Anmerk. S. 237.

559.

Aufhebung des Hageſtolzenrechts.

Das Hageſtolzenrecht führten die Teutſchen ebenfalls zum Behuf der Bevölkerung ein. Allein heutzutage iſt es gröſtentheils abgekommen, und wird meiſt noch unter den Bauren und Leibeigenen, als in der Pfalz, Würtemberg, Hohenzollern, Nellenburg, Osnabrück, Braunſchweig, Zelle, Wolfenbüttel, Bremen und an einigen Orten angetroffen. Durch Hannöveriſche und Preußiſche Geſeze wurde dieſer Haß gegen die Unvermählten ausdrücklich bey freyen Perſonen aufgehoben, und nur beſonders im Magdeburgiſchen und Mansfeldiſchen retorſionsweiſe ausgeübt.

C. C. March. T. VI. P. II. p. 419. 395. Cont. III. p. 184. Edikt vom 22. Nov. 1722. *Pufendorff.* T. I. obſ. 92 T. II. obſ. 58. C. C. Br. Lun. P. IV. c. 6. p. 21. C. C. Cal. c. 6. p. 133. Brem. L. O. T. I. p. 83. Osnabrück. Hausgenoßenr. c. 6. §. 1. Kurpfälz. L. O. t. 5. p. 57.

560.

Amortiſationsrecht.

Es gehört auch hieher das Amortiſationsrecht, vermög deſſen alle geiſtliche und weltliche Gemeinheiten keine Grundſtücke erwerben können, ſondern binnen Jahrund Tag ſie wieder veräußern müßen.

Varia priv. Civ. Germ. ap. Lünig Reichsarch. P. Sp. Cont. 4. p. 91. 195. 790.

561.

Einſchränkung des Mönchſtands.

Ferner daß die Katholiſchen vor einem gewißen Alter ſich dem Mönchsſtand nicht ergeben dürfen, und die Anzahl der Mönche in jedem Kloſter beſtimmt wird.

Cod. J. Boruſſ. P. I. p. 25. *Io. Ern. von der Linde* de jure parentum in liberos circa ingreſſum in religionem et vota monaſtica.

562.

Rechtsbegünſtigung der eingewanderten Fremden.

Hauptſächlich hat man die Einwanderung der Handwerker, Manufakturiſten und Künſtler zu begünſtigen, und ihnen zur Anlockung Prämien auszuſezen. Den Fabrikanten und Manufakturiſten, die zum Behuf ihrer Arbeit mehrerer Perſonen und ganzer Geſellſchaften benötiget ſind, werden Vorſteher und Aufſeher mit einiger Jurisdiktion und Polizeigewalt zugeſtanden.

C. C. March. T. V. p. 5. Sect. II. p. 438. Cont. I. p. 366. C. C. Br. Luneb. P. III. p. 126. 388.

563.

Freylaſſung vom Soldatenſtande.

Von der Enrollirung zum Soldatenſtande ſind daher im Preußiſchen befreyt die Ackersleute, alle Manufakturiers und Fabrikanten, überhaupt alle angeſeſſene Bürger und Bauern, einzele Baurenſöhne, Poſtknechte, Leinewebergeſellen, Predigerſöhne, wenn ſie theologiſche Studenten ſind, Fremde, Seeleute, Pohlacken 1).

1) C. C. March. T. III. IV. et. VI. Contin. I. II. III. v. Werbung. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. I. C. 5. S. 119. ff. C. Conſt. March. Nov. T. II. col 457. Reſcr. v. 29. Jul. 1760.

564.

Einſchränkung der Reiſen außer Lands.

Damit die Bevölkerung nicht nothleidet, oder das Vermögen außer Landes kömmt, iſt das Reiſen eingeſchränkt, beſonders dem Adel bey Strafe der Konfiſkation ſeiner Güter und Revenüen unterſagt 1), und Königliche Vaſallen ſollen überhaupt nicht außer Lands gehen, noch fremde Dienſte annehmen 2), als zu welchem Ende beſondere Veranſtaltungen getroffen ſind 3).

1) C. C. March. cit. l. T. I. II. III. et Cont. II. III. VI. v. Reiſen. Edikt v. 16. Jan. 1748. Reſcr. v. 29. April 1766. Corp. Nov. Tom. IV. n. 31. p. 318. Cod. Auſtr. T. I. p. 14. Ludewigs Gel. Anz. P. I. p. 108. Samml. Schleſ. Ordn. v. 1747. *G. S. Treuer* Diſſ. de licentia peregrinandi legibus circumſcripta.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 5. 403. 619. 643. T. II. p. 183.

3) C. C. Merch. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2130. u. Jahrg. 4. p. 348. 349.

565.

Verbot des ausländiſchen Studirens.

Faſt eben ſo ſtrenge iſt das Studiren auf ausländiſchen Univerſitäten, Gymnaſien und Schulen verboten, und daſſelbe nicht einmal auf ein halbes oder Vierteljahr erlaubt. Die Uebertreter bleiben in allen Preußiſchen Staaten von allen öffentlichen Bedienungen und von aller Beförderung lebenslänglich ausgeſchloſſen. Sie ſind beſtändig unfähig und untüchtig, irgend eine Juſtiz =, Kammer = oder andere geiſtliche und weltliche Civilſtelle zu bekleiden, oder Regimentsquartiermeiſter und Auditeurs zu werden, als zu welchem Ende bey der Anſtellung Zeugniſſe aufgewieſen werden müſſen, daß man ſeit dem Jahre 1748. dieſes Verbot nicht übertreten habe. Bey dem Adel gilt auch hier die Konfiſkation der Güter und Revenüen 1).

1) Edikt vom 16 Jenner 1748. in C. C. March. Contin. IV. n. 5. p. 22. Dergl. vom 14. Oct. 1749. ib. Tom. VI. Anh. p. 667. Dergl. vom 19. Jun 1751. in C. C. March. Nov. T. I. n. 49. p. 97. Reſcript vom 29. April 1766. ibid. T. IV. pag. 318. Dergl. vom 20. Novemb. 1783. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III. c. 4. S. 576. 577.

566.

Schonung ſchwangerer Weiber.

Nach teutſchen Rechten kann an einer ſchwangern Weibsperſon keine Leibsſtrafe, noch Tortur, noch Todesſtrafe vollzogen werden 1). Im Preußiſchen darf man ſäugende Mütter nicht ins Zuchthaus verurtheilen 2).

1) Capit. Franc. L. VI. c. 196. L. 18. D. de ſtatu homin. L. 2. §. 4. ſi quis caut.

2) Schleſ. Zuchthausreglem. §. 7. Lipp. Samml. Schleſiſch. Geſ. B. III. n. 21. S. 117.

567.

Preußiſche Verordnung hierüber.

Nach der Preußiſchen Kriminalordnung von 1717. 1) ſoll der Richter bey der herannahenden Niederkunft einer ſchwangern Inquiſitin Sorge tragen, daß ihr ihre Gefangenſchaft leidlicher gemacht, ſie in eine Stube oder Kammer bey dem Gefangenwärter, oder an einen andern leidlichen Ort gebracht, und dort gehörig abgewartet werde.

1) C. 6. §. 16. C. C. M. Tom. II. Abth. 3. p. 88.

568.

Reichsgeſeze darüber.

Die Kindbetterinnen und ſchwangere Weiber ſollen nach den Reichsgeſezen auf keine Weiſe beſchädiget werden 1), und in den katholiſchen Ländern von der Beobachtung der Faſten befreyt ſeyn 2).

1) Fußknechtsbeſtall. v. J. 1570. §. 149. Reichspolizeyordn. von 1577. tit. 6. §. 1.

2) Kaiſerl. Erklär. v. 1548. tit. 26. §. 18.

569.

Aufmerkſamkeit auf die heimlichen Niederkunften.

Nach den Preußiſchen Geſezen ſoll die Obrigkeit jeden Orts, und insbeſondere die Land = Kreis = und

Stadt=

Stadtphyſiker, desgleichen die Wehmütter, auf unverehligte und der Schwangerſchaft verdächtige Frauensperſonen wol Acht haben 1), und zu dem Ende vierteljährige Viſitationen anſtellen. Jeder Hauswirth oder die Hausmutter haben die verdächtigen ledigen und unbekannten Weibsperſonen der Obrigkeit anzuzeigen 2), die deswegen Beſichtigung anſtellen muß 3), damit keine heimliche Verlezung, Vernachläßigung oder Ermordung des Kindes vorgehe.

1) C. C. M. T. II. Abth. III. p. 121. 131. C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 3318.

2) C. C. M. T. II. p. 39. 42. 132. Reſcr. v. 8. Febr. 1765. mit Deklar. v. 9. Jenner 1766. Cirkul. v. 20. Jul. 1770. u. 21. Oct. 1773.

3) ibid. p. 122. 132. Cirkul. vom 17. Aug. 1756. Corp. Novi T. II. p. 157.

570.

Obliegenheiten der Herrſchaften in Anſehung der weiblichen Dienſtboten.

Beym Geſinde hat die Herrſchaft jene Anzeige zu thun, die, auf den Fall ſie die Schwangerſchaft verhehlet, beſtraft wird 1). Ein weiblicher Dienſtbote, der Gelegenheit findet, ſich zu verheirathen, iſt ſeinen Miethkontrakt zu erfüllen, nicht verbunden 2).

1) C. C. M. T. II. Abth. 3. p. 132. Cont. III. p. 51. 60.

2) Preuß. Geſezb. §. 62. S. 296. C. C March. Tom. V. Abth. III p 264. 281. 307. 312. Cont III. p. 56. C. C. March. Nov. T. IV. p. 525. 818. 5104. 5344.

571.

Geſezliche Quellen der Vorrechte der Fremden in den Preußiſchen Staaten.

Vorzüglich war man in den königlichen Staaten zur Aufnahme der Bevölkerung, den Fremden große Freyheiten einzuräumen, bedacht, dergleichen ſie in keinem teutſchen Reichslande genießen. Wir haben darüber ein Königl. Edikt vom 27. Jul. 1740. 1), und ein anderes vom 1. Sept. 1747. von den vermehrten Wolthaten und Vortheilen vor die Auswärtigen, die ſich in den Königl. Landen niederlaſſen wollen 2). Edikt vom 3. September 1749. wodurch ſowol diejenigen auswärtigen und bemittelten Partikuliers, welche ſich in Sr. Maj. Landen von nun an etabliren werden, als ihre Erben von der Erlegung der Abzugsgelder wegen dem in die hieſigen Länder mitgebrachten Vermögen frey ſeyn ſollen 3). Edikt vom 8. April 1764. von den Wolthaten und Vortheilen, deren fremde bemittelte Perſonen und Familien, Manufakturiers, Profeſſioniſten und Handarbeiter, welche ſich in den Kön. Preuß. Ländern niederlaſſen, ſich zu erfreuen haben 4).

1) C. C. March. Cont. I. p. 366.

2) C. C. M. Cont. III. p. 184.

3) Contin. IV. p. 186. 4) Corp. Nov. T. III. p. 411.

572.

Allgemeine Vorrechte der Fremden im Preußiſchen.

Die Fremden genießen Befreyung von aller Werbung und Enrollirung, und auf Verlangen erhalten

ſie

ſie darüber eigene Königl. Schuzbriefe. Die bemittelten Familien und Perſonen, desgleichen die Manufakturiſten, ſind 2 Jahre von allen bürgerlichen Laſten befreyt, wie auch von der Quartierslaſt 1), vom Servis und der Konſumtionsacciſe, die ihnen aber nach Anzahl der Perſonen und des Verbrauchs zu Gelde angeſchlagen, und jedes Jahr vorausbezahlt wird.. All ihr mitgebrachtes Vermögen iſt beym Eintritte von allen Eingangsrechten, Lizent, Zoll, Acciſe und allen andern Abgaben frey, und ſie empfangen zu dem Ende beſondere Freypäſſe.

1) a. a. O. u. T. IV. p. 7361.

573.

Fortſezung.

Die anziehenden Fremden müſſen die Preußiſchen Unterthanen mit aller Gefälligkeit aufnehmen, und ihnen zu ihrem Unterkommen alle Willfährigkeit bezeugen 1). Die Uebertreter werden nach Befinden mit der Feſtung beſtraft. Die Innungen müſſen die fremden Meiſter bey ſich unentgeltlich aufnehmen, und ſie dürfen auch beym Bürgerrechte nicht überſezt werden 2).

1) C. C. March. Nov. T. IV. col. 6683.

2) Reſcr. vom 25. Aug. 1763. in C. C. March. Nov. T. III. p. 283.

574.

Andere beſondere Rechte.

Ein eingewanderter Fremdling wird im Preußiſchen wegen der in ſeinem Vaterlande begangenen

Verbrechen nicht leicht ausgeliefert. Wenn ein Fremder, dem eine dem Abzug unterworfene Erbſchaft zufällt, zu deren Erhebung ſich ſelbſt einfindet, und da bleibt, ſo gibt er keinen Abzug 1).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 615. T. II. pag. 293.

575.
Vorrechte der fremden Kaufleute, Künſtler und Manufakturiſten.

Ausländiſche Kaufleute, Manufakturiſten, Künſtler und Renthierer, die ſich im Lande niederlaſſen, genießen insbeſondere, außer der Exemtion von Laſten, zweyjährige Acciſe- und Servisfreyheit 1), in der Folge bekamen ſie ſogar eine dreyjährige Befreyung von allen öffentlichen Abgaben und Laſten, von Acciſe und Servis, Vorſchuß an Wolle, Schenkung der Stühle, Baufreyheitsgelder u. ſ. w. 2).

1) C. C. March. Cont. I. p. 366. ſqu.

2) C. C. M. Nov. Tom. IV. col. 7402. 7403. 7404.

576.
Erleichterte Einwanderung.

Die ankommenden Koloniſten paſſiren überall zollfrey, und müſſen benöthigten Falls mit Vorſpann verſehen werden, genießen auch ein gewiſſes Meilengeld, bis ſie an Ort und Stelle angelangt ſind 1). Die Profeſſioniſten und Fabrikanten erhalten Vergütigung der Transportkoſten 2).

1) C. C. March. Nov. Tom. I. col. 969.

2) ibid. Tom. IV. col. 7404. n. 9.

577.

Privilegien der Neuanbauenden.

Sie erhalten ſowol die wüſten Häuſer in den Städten, als die Grundſtücke auf dem Lande erblich 1), und haben dafür nach Verlauf der Freyjahre nur einen geringen Erbzins zu entrichten. Während ihrer Freyjahre, deren gemeiniglich XV. oder XX. ſind, genießen ſie auch die Befreyung von Stempelgeld 2) und den Gerichtsgebühren 3), ausgenommen in Handlungen der willkührlichen Gerichtsbarkeit 4).

1) C. C. March. Nov. Tom. III. col. 565. Oeconom. for. T. V. p. 320.

2) C. C March. Nov. T. V. b. p. 503.

3) ibid. T. IV. p. 7439. 4) ib. T. V. d. p. 333.

578.

Freyheiten der Salzburger Koloniſten.

Den Salzburgern iſt in der Preußiſchen Provinz Lithauen 1721. und nachher ein ganzer Diſtrikt angewieſen worden. Wenn ſie die wüſten Höfe und Ländereyen, die ihnen zu Erbrecht und mit den nöthigen Baumaterialien gegeben wurden, auf ihre Koſten anbauten, und mit Hofwehre beſezten, ſo erhielten ſie 6 und 9 Freyjahre; geſchah es aber auf königliche Koſten, ſo genoſſen ſie 2 Freyjahre 1).

1) Edikt vom 2. Febr. 1721. bey Ludewig in der Ev. Hiſt. des Erzſtifts Salzburg S. 662.

579.

Beförderung des Anbaus.

Alle Baumaterialien, die zu Erbauung ganz neuer Häuſer gebraucht worden ſind, ſind frey von Acciſe und Schleuſengeld 1).

1) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5619. 5977.

580.

Privilegien der Urbarmachung.

Wenn die Fremden wüſte Pläze anbauen, oder Häuſer aufbauen, oder dieſelben ausbeſſern, ſo werden ihnen faſt alle oder ein Theil der Baumaterialien geliefert, oder ſie mit einer Geldhülfe oder einem gewiſſen Vorſchuſſe unterſtüzt 1). Nach dem Reſcript vom 26. Oct. 1770. bekommen ſie ein Geſchenk von 150 Thalern, nebſt 23. pro Cent Vergütung der Baukoſten, und 10 jährige Freyheit 2), auf dem platten Lande aber 15jährige Freyheit 3).

1) C. C. March. T. V. Abth. I. pag. 361. ſq. T. IV. Abth. III. p. 59. P. VI. Abth. I. pag. 399. 414. C. C. Br. Lun. P. III. p 105.

2) C. C March. Nov. T. IV. col. 7403.

3) ebendaſ. col. 7404. n. 11.

581.

Baugelder.

Im Kleviſchen erhalten die Neuanbauenden 20. fürs Hundert der aufgewandten Unkoſten, jedoch im Ganzen keine höhere Summe als 200 Thaler, wovon ihnen bloß 20 Groſchen an den Magiſtrat, und vier Gro-

Groſchen für jeden Werksverſtändigen abgezogen werden darf 1).

1) C. C. March. T. IV. p. 4095. §. 11.

582.

Servisfreyheit.

So lange ſie nicht bürgerliche Nahrung treiben, oder ſich bürgerlich niedergelaſſen haben, dürfen ſie keinen Servis bezahlen, und auch auf dieſen Fall genießen ſie 3 Freyjahre 1).

1) Reſcr. v. 1. Sept. 1747. in Contin. C. C. March. III. col. 184.

583.

Erhöhung der Befreyungen in einigen Preußiſchen Provinzen.

Diejenigen, die ſich in Berlin, in der Kur- und Neumark, in Pommern, in den Magdeburgiſchen und Halberſtädtiſchen Provinzen niederlaſſen, genießen außer den 2 Freyjahren noch eine 3jährige Befreyung von der Konſumtionsacciſe und Servis, haben den Zutritt zu den Präbenden, zu anſehnlichen Kriegs- und Civildienſten 1), ſollen nicht von den Kammergerichtsſtellen ausgeſchloſſen ſeyn 2), können ihre Gelder bey der Kurmärkiſchen Landſchaft zu 5 pro Cent anlegen; ſind beym dereinſtigen Abzuge von allem Abzugs- und Abſchoßrechte befreyt; weder Droit d'Aubaine, noch Hageſtolzenrecht ſoll gegen ſie retorſionsweiſe ausgeüb werden. Können auf Vorſtellung allenfalls noch mehrere Privilegien erhalten.

 1)

1) Diß iſt auch verordnet in C. C. M. T. VI. Abth. I. pag. 255. 260. 404. 432. 522. 404. 432. 406.

2) Cod. J. Frid. L. I. c. 1. §. 13.

584.

Insbeſondere der Profeſſioniſten und Handwerker.

Denen in den Städten etablirten Profeſſioniſten und Handarbeitern ſoll gleichfalls eine zweijährige Accis- Einquartierungs- und Servisfreyheit nebſt dem freyen Bürger- und Meiſterrechte ertheilt, denen auf dem platten Lande ſich ſezenden aber noch überdem das zum Aufbau ihrer Häuſer benöthigte Holz aus den Königlichen Forſten frey gereicht, oder in Ermangkung das Geld dafür gegeben werden, die Häuſer ihnen dennoch erblich verbleiben, und überhaupt eine funfzehnjährige Freyheit von allen Landesbeſchwerden angedeihen.

585.

Hauptſächlich in Pommern.

Noch größer ſind die Freyheiten, welche den Profeſſioniſten und Handwerkern unterm 2. May 1764. in Pommern eingeräumt worden ſind 1), und den 26. Oct. 1770. erging wiederum ein Umlauf über die Wolthaten und Freyheiten der eingewanderten Fabrikanten und Profeſſioniſten in den Märkiſchen Städten 2).

1) C. C. M. Nov. T. III. p. 413.

2) ibid. Tom. IV. pag. 7401.

586.

Andere Vortheile der eingewanderten Ausländer.

Es wird den armen Ausländern das Armenrecht verſtattet 1). Alle Ausländer müſſen wol aufgenommen und verpflegt 2), und bey ihren Prozeſſen von den Gerichten zuerſt verhört werden 3). Binnen drey Monathen nach ihrer Ankunft haben ſie die Wahl, ob ſie ſich unter die ordentlichen, oder unter die franzöſiſchen und Pfälzergerichte begeben wollen 4).

1) C. C. March. Nov. T. I. p. 359.

2) cit. loc. T. IV. pag. 6682.

3) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 641.

4) C. C. March. Nov. T. V. b. p. 365. C. Jur. Frider. L. I. P. IV. tit. 2. §. 33.

587.

Verboth der Auswanderung.

Kein Unterthan darf in den Ländern, wo ſie nicht durch Landesverträge das freye Zugrecht genieſſen 1), ohne landesherrliche Erlaubnis und Vorwiſſen den Staat verlaſſen 2), und auswandern, wovon im Preußiſchen 3) bloß die neueingewanderten Fremden befreyt ſind.

1) wie in Wirtemberg. Erbvergl. von 1770. Cl. I. Gr. 9. §. 1. 2. Wirtemb. L. O. t. 2. §. 7. t. 4. §. 2. 3. Hochſtetters Wirt. Gen. Reſcr. P. I. p. 115. P. II. p. 54.

2) L. VII. Cod. non licere habit. *Simon* de jure emigrandi. *Henr. Hildebrand* de intempeſtiuo ſciuium diſceſſu.

3) C. C. M. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2130. Jahrg. 4. p. 348.

VI. Abſchnitt.
Fremdlingsrecht.

588.
Literatur.

Io. Schilter Diſſ. de jure peregrinorum. Ien. 1676.

Io. Ge. Fichtner Diſſ. de jure peregrinorum. Alt. 1717.

Ern. Tenzel Diſſ. de peregrinis. Erf. 1723.

Io. Pet. de Ludewig differ. Jur. Rom. et Germ. de peregrinitate, albinagio atque Wildfangiatu. Hal. 1735.

Frid. Wilh. Peſtel Diſſ juſtitia et benignitas Legum Germ. erga peregrinos examinata. Rint. 1754.

589.
Urſache des teutſchen Haſſes gegen die Fremden.

Da die Teutſchen einestheils auf die Erhaltung ihrer eigenthümlichen Sitten und Gebräuche ſo ſehr erpicht waren, und anderntheils zum Behuf ihrer Kriegsverfaſſung nur die Begattung der gleichartigen Gattungen von Menſchen erlaubten, ſo war natürlich, daß ſie ihrer Nachkommenſchaft einen grenzenloſen Haß und die tiefſte Verachtung aller Fremden einpflanzten, um zu verhüthen, daß ſie durch einen nähern Umgang mit ihnen nicht ihre Sitten annehmen, oder durch eine Vermiſchung mit ihnen, nicht zwitterartige Geſchöpfe von Menſchen erzeugen möchten.

590.

Heutiges Fremdlingsrecht.

Der alte teutſche Haß gegen die Fremden hat ſich heutzutage theils wegen mehrerer Aufklärung, theils wegen entgegenſtehender kaiſerlicher Verordnungen 1), theils wegen veränderter Sittenverfaſſung, theils aus Kameral- und Polizeygrundſäzen ziemlich vermindert, und außer denen hernach beſchriebenen nachtheiligen Rechtsüberbleibſeln genießen ſie jezo faſt eben dieſelben Rechte, wie die Eingebohrnen.

1) Frid. II. Imp. Avth. ad L. 10. Cod. Commun. de Succeſſ. Reichsabſchied von 1559. §. 34.

591.

Staatsrechtliches Verhältnis.

Die Fremden, die ſich in einem andern Staate aufhalten, genießen den landesherrlichen Schuz, wofür ſie das Schuz- oder ſogenannte Beyſizgeld bezahlen, und ſind Unterthanen, aber nicht Staatsbürger. Denn ſie gehören weder zur Staatsgenoſſenſchaft, noch können ſie Aemter und Ehrenſtellen erhalten, noch haben ſie ein Recht ans ganze Staatsvermögen, noch nehmen ſie an den auswärtigen Staatsvortheilen Antheil.

592.

Landesherrliche Verwilligung zur Aufnahme der Fremden.

Da es von dem Landesherrn abhängt, die Anzahl und die Eigenſchaften der Staatsbürger zu beſtimmen, ſo flieſt daraus, daß es den Städtiſchen und bäu-

erlichen Gemeinden ohne landesherrliche Erlaubnis oder Vergünſtigung nicht zukömmt, einem Ausländer unangefragt das Bürger- oder Beyſaßenrecht zu ertheilen.

593.

Unvollſtändige Theilnehmung der einheimiſchen Fremdlinge an Bürgerrecht und Gemeindsrecht.

Nach der Regel werden die einheimiſchen Fremdlinge, oder die Beyſaßen nicht zum Beſize liegender Güter, noch zu den Stadtämtern und Gemeindsdienſten, noch zum Genuſſe der gemeinen Waide und aller bürgerlichen Nahrung zugelaſſen 1).

1) *Stryk* de reſignat. Jur. Ciuit. Vol. VII. Diſſ. 24. §. 3. 4.

594.

Nachtheilige Rechte bey auswärtigen Fremdlingen.

Nach einzelen Landesgeſezen müſſen die auswärtigen Fremdlinge bey der Beſezung der öffentlichen Aemter und Ehrenſtellen den Eingebohrnen nachſtehen, können nicht zu Stiftern und gewiſſen Landesbedienungen gelangen, werden von der Erbſchaft ausgeſchloſſen 1), dürfen nicht auf Landtägen erſcheinen, gehen an einigen Orten beym Konkurſe, ohngeachtet der beſſern Hypothek, den Eingebohrnen nach, und in Schleſien können fremde unadeliche Perſonen gar keine adeliche Güter erwerben 2). Sie bezahlen an einigen Orten mehr Sporteln, und haben größere Leichenunkoſten 3). Sonſt zeigen ſich auf Seiten der Fremden ungleiche Rechte in Anſehung der väterlichen Gewalt,

Ehe,

Ehe, Ehre, Gewerbe, Bürgſchaft und des Zeugniſſes 4).

1) Böhm. Deklar. u. Novell. S. 124. Bad. L. O. P. V. tit. 10. Lüb. R. L. I. t. 2. §. 5. Tyrol. Landr. L. III. t. 23. Frankf. Reform. P. VI. tit. 2. § 2. 3. Mainz. Landr. tit. 14. §. 12. Eimbeck. Stat. t. 15. Zell. Stat. t. 16. Hadel. Lr. P. II. t. 25. Kehding. Lr. t. 30. Hamburg. Zehnpf. Ordn. §. 4. C. C. March. Nov. T. I. p. 722.

2) Reſcr. v. 20. Dec. 1754. in cit. l. p. 723.

3) *Heumann* Init. Jur. Polit. §. 51. p. 77.

4) Id. cit. loc. C. VIII. §. 52.

595.
Preußiſche Verfaſſung.

Ausländer, die keine Einwohner der Preußiſchen Staaten ſind 1), genießen bey Konkurſen mit den Preuß. Unterthanen gleiches Recht 2), ausgenommen, ihre Obrigkeit würde dieſe nach härtern Geſezen behandeln, und ihre Forderungen den Einheimiſchen nachſezen. In dieſem Falle werden ſie im Preußiſchen nach gleichem Rechte gerichtet 3).

1) Reſolution, die Abzugsgelder betreffend, vom 8. Julius 1758. in C. C. March. Cont. IV. p. 259.

Reſcript, daß ob diuerſitatem ſtatutorum im Preußiſchen kein Jus retorſionis ſtatt finde, vom 17. Aug. 1761. C. C. March. Nov. T. III. p. 59.

2) Ern. Preuß. Wechſelordn. Art. 24.

3) Reſcr. wie das Jus Retorſ. in Wechſelſachen ſtatt habe, vom 15. Jan. 1756. in T. II. p. 22.

596.

Unverbindlichkeit der perſönlichen Statuten bey Fremden.

Auf die auswärtigen Fremdlinge, die ſich nur eine Zeitlang in einem Staate aufhalten, beziehen ſich nicht die perſönlichen Statuten, die einen beſtändigen Charakter der Perſon aufprägen, denn hiedurch würde ein Eingrif in die Rechte des andern Landesherrn geſchehen 1).

1) *Cocceji* Diſſ. de fundata in territorio et plur. locorum concurrente poteſtate, Sect. V. §. 4.

597.

Rechte und Verbindlichkeiten der Fremden.

Indeſſen müſſen ſich die reiſenden Fremden, die, wenn ſie mit Päſſen verſehen, ſich im Lande ſicher aufhalten können 1), bey ihren gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen doch nach den Statuten des Orts ihres Aufenthalts richten, und bey Begehung eines Verbrechens werden ſie nach den Geſezen eben deſſelben Orts beſtraft 2).

1) Avth. omn. per. C. Comm. de ſucceſſ. Omnes peregrini et advenae libere hoſpitentur, vbi voluerint.

2) Riccius von Stadtgeſezen S. 453. 516. 530. 601. *Io. Wilh. Engelbrecht* de jure peregrinantium c. 4.

598.

Nachtheilige Rechtswirkungen.

Aus dem altteutſchen Haſſe gegen die Fremden iſt das Wildfangsrecht, Heimfallsrecht, Strandrecht, Grund=

Grundruhrrecht, Abzugsrecht, und das Wiedervergeltungsrecht entſprungen, die wir jezo nach der Reihe durchgehen wollen.

I. Abſaz.

Wildfangsrecht.

599.
Erklärung.

Die alten Teutſchen betrachteten jeden Fremden als ihren Feind. Daher nannten ſie ſie auch Wilde, Garſtige, Häßliche 1). Jeder Fremde konnte zum Sklaven gemacht werden. Es erzeugte ſich aus dieſer Sitte endlich das Regal, daß jeder Fremder von geringem Stande, der ſich in gewiſſen Ländern häuslich niederläßt, und ſich Jahr und Tag da aufgehalten hat, ein Leibeigener der Landesherrſchaft oder Gutsherrſchaft wird.

1) *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui col. 2114.

600.
Wildfangsrecht in der Pfalz.

Sowol vermög Privilegiums Kaiſer Maximilians von 1518. als auch kraft ſchiedsrichterlichen Ausſpruchs von 1668. gebührt dem Kurfürſten von der Pfalz in ſeinem Lande und in einigen benachbarten Mainziſchen, Wormſiſchen, Trieriſchen und Kölniſchen Oertern das Recht, fremde, fahrende und unehlige Leute, die ſich dort niedergelaſſen, Jahr und Tag verweilt haben, und von ihren Leibherren nicht zurückgefordert worden ſind, als Wildfänge, das iſt, Leibeigene, zu behandeln 1).

Daher

Daher ihre Rechte unten beym Leibeigenſchaftsrecht verzeichnet ſtehen.

1) *Henr. Hildebrand* Diſſ. de jure Wildfangiatus Electori Palatino proprio. Alt. 1717.

I. F. *Hertling* de regalibus palatinis &c. Heidelb. 1734. §. 10. p. 48.

601.

Ueblichkeit in andern Ländern.

Es wird dieſes Recht nicht allein in der Pfalz 1), wie man zeither geglaubt hat, ſondern auch in Pommern 2), Brandenburg, Oſtfriesland, Sachſen, Bremen und Braband angetroffen.

1) Pfälz. L.O. tit. V. p. 57. Pfälz. Verordn. v. 4. Jan. 1754.

2) Dähnert Pommer. Bibl. Th. II. S. 110.

602.

Allgemeinheit an leibeigenſchaftlichen Oertern.

Ganz allgemein findet man es auf allen Dörfern, wo das Sprüchwort gilt: die Luft macht eigen; als z. B. in etlichen Gegenden Heſſens 1), in der Wetterau bey Huttenberg 2), in Algäu und in einigen Ulmiſchen Dörfern 3) und gewiſſermaßen im Lippiſchen 4).

1) Heß. Eigenbuch von 1532. §. 9. 10. bey Waldſchmidt de hom. propr. C. 3. §. 9.

2) *Piſtor.* Cent. I. Par. 56.

3) *Harpprecht* de jure mort. c. vlt. §. 10.

4) Lipp. P. O. tit. VII. §. 25.

II. Abſaz.
Heimfallsrecht.

603.
Literatur.

Iod. Hackmann Diſſ. de Albinagii Iure. Argent. 1668.

Car. Ioſ. Grinſar Diſſ. de jure Albinagii. Arg. 1713.

Frid. Ulr. Peſtel Diſſ. de vſu practico Albinagii praecipue in controuerſiis Imperii publicis. Rint. 1718.

Iac. Aug. Franckenſtein de vſu Albinagii in Germania, von den Rechten und Freyheiten der Teutſchen, von welchen die Auswärtiggebohrnen ausgeſchloſſen ſind. Ien. 1719.

Iuſt. Chr. Dithmar Diſſ. de jure Albinagii praecipue in Germania. Francof. 1721.

Io. Chr. Schumann Diſſ. de jure Albinagii. Friedb. 1729.

Ren. Braun Diſſ. de vſu Juris Albinagii in Pruſſia. Regiom. 1736.

P. Bacquet du Droit d'Aubaine.

Ge. Henr. Ayrer Diſſ. de jure occupandi bona vacantia. Goett. 1740.

Ant. Lud. Seip Diſſ. de jure occupandi exuuias defunctorum ex vtroque priv. Stadenſi. Goett. 1748.

604.
Erklärung.

Das Heimfallsrecht beſteht in der Befugnis des Staats, die Erbſchaft eines verſtorbenen Fremdlings an

an ſich zu ziehen, und alle ſowol auswärtige Inteſtaterben als eingeſeſſene Teſtamentserben davon auszuſchließen. Es heiſt franzöſiſch Droit d'Aubaine 1), Jus Albinagii, von den Albinis, Albingern, Elbingern, Elbländern, einem Sächſiſchen Volksſtamme über der Elbe, den Karl der Große nach Frankreich verpflanzt hatte 2).

1) Das jedoch noch mehrere Rechte begreift, wovon Eſtor Th. I. §. 119. et Repertor. Jur. Priv. T. II. p. 1664. ſqq. Desgleichen C. C. March. Cont. I. p. 267. ſeqq.

2) *Io. Dav. Koebler* Diſſ. de Saxonum tranſportatione ſub Car. M. Goett. 1748. C. 4. §. 5. p. 50.

605.

Rechtsgrund.

Ein Fremdling kam bey den Teutſchen nicht zum Genuſſe des Privatrechts. Daher er weder ſelbſt ein bürgerliches Eigenthum beſaß, noch daſſelbe von Todes wegen durch Erbrecht einem andern verlaſſen konnte, ſondern alle ſeine Sachen wurden Herrenlos, und fielen alſo dem Staat, als Obereigenthümer, oder dem zu, der ihn beherbergt hatte 1).

1) Avth. Imper. Frider. II. ad L. 10. Cod. Commun. de ſucceſſ.

606.

Heutige Beſchaffenheit.

Heutzutage wird das Heimfallsrecht entweder als ein herkommliches Regal, oder nur retorſionsweiſe ausgeübt. Erſteres geſchieht in Preußen, Soeſt 1), Mecheln,

Stade, Lüneburg, Uelzen, Münſter, Hameln, Böhmen, Frankreich und Schweden, desgleichen an mehrern teutſchen Orten 2).

1) Soeſt. Schraa, Art. 13.

2) Eſtor Th. III. §. 120. *Pufendorf* T. III. obſ. 14. ſ. 4. 19.

607.

Nichtgebrauch zwiſchen den Reichsländern.

Weil die teutſchen Einwohner in einer Staatsgenoſſenſchaft miteinander ſtehen, ſo übt es kein Reichsſtand, ausgenommen der Biſchof von Münſter, über die Unterthanen des andern Landesherrn aus, welches jezo auch von Seiten der Krone Böhmen 1) geſchieht.

1) Böhm. Deklarat. und Novell. S. 124.

608.

Erbkauf.

In den meiſten teutſchen Städten 1) nahm der Magiſtrat die Erbſchaft eines jeden kinderlos verſtorbenen Bürgers oder Einwohners an ſich, und lieferte ſie binnen Jahr und Tag an die ſich meldenden auswärtigen Erben aus, deren Erblaſſer deswegen eine gewiſſe Geldabgabe entrichtet hatte. Wenn ſich binnen dieſer Zeit kein Erbe meldete, ſo behielt die Stadt die Erbſchaft.

1) Edict. Chloth. II. R. Franc. ap *Baluz.* T. II. p. 22. n. 6. Stat. Lubec art. 160. Suſat. a. 38. 66. 67. Brunſw. a. 39. Cellenſ. a. 6. Luneb. p. 1832 Friburg. pag. 58. Aldenburg p 25 Vienenſ. fol. 64. Hagenov pag. 256. Culemburg. p. 598. Morching. p. 7. Iglav. p. 264.

p. 264. Sleſw. a. 19. Cod. Ebeltoſt. a. 29. Nov. a. 37. Flensburg. a. 12. 13. 14. 15. Ripenſ. a. 107. 108. 109. Hadersleb. a. 11. Hafn. a. 89. Franchiſ. Apoign. p. 537. Accord de Dijon p. 139. Jugem. de la Ville de Beaume p. 281.

609.

Rechtsgrund.

Jede Stadt hatte das Obereigenthumsrecht über alle Grundſtücke, die auf ihrer Markung gelegen waren. Daher ihr die Güter, die entweder erbelos wurden, oder deren Erben nicht des obrigkeitlichen Schuzes oder der Gewährleiſtung fähig waren, nothwendig zufallen mußten. Ein ſolcher Erblaſſer konnte aber durch die jährliche Bezahlung des Erbkaufes ſich das Erbrecht erkaufen, und nun ſein Vermögen auf ſeine entfernten oder fremden Anverwandten verſenden.

610.

Nichtgebrauch des Friederichiſchen Geſezes.

Man hat zwar ein Geſez Kaiſer Friedrichs II. wodurch er dieſes Recht im ganzen Römiſchen Reiche aufhebt, und den Fremden erlaubt, über ihr Vermögen zu teſtiren, oder wenigſtens ihre hinterlaſſene Erbſchaft den rechtmäßigen Erben verſichert 1). Allein dieſes Geſez iſt theils bloß der in Italien ſtudirenden Jugend gegeben, theils niemals vollkommen beobachtet worden.

1) *Frid. II. Imp. Auth. ad L. 10. Cod. Comm. de ſucceſſ.* Hoſpitati ſi teſtare voluerint, de rebus ſuis liberam ordi-

dinandi habeant facultatem, quorum ordinatio inconcuſſa ſervetur. Si vero inteſtati deceſſerint, ad hoſpitem nihil perueniet, ſed bona ipſorum — heredibus tradantur, vel in pias cauſas erogentur — — non obſtante ſtatuto aliquo aut conſuetudine ſeu priuilegio, quae hactenus contrarium inducebant.

611.

Verfaſſung im Preußiſchen.

In den Preußiſchen Staaten überhaupt wird das Heimfallsrecht retorſionsweiſe ausgeübt. Wenn daher z. B. ein auswärtiger Franzoſe durch Zeugniſſe ſeines Magiſtrats erweiſen kann, daß das Droit d'Aubaine in ſeiner Provinz, oder in dieſem Falle nicht üblich iſt, ſo wird auch gegen ihn kein Wiedervergeltungsrecht ausgeübt 1).

1) Reſcr. v. 29. Aug. 1739. in C. C. March. Contin. I. p. 282. und in Repertor. Jur. Priv. p. 1667.

612.

Weitere Einſchränkung.

Es findet im Preußiſchen nur bey Erbſchaften 1) ſtatt, und es iſt dem Erblaſſer vergönnt, darüber unter Lebenden zu diſponiren 2).

1) Reſcr. de 16. Mart. 1743. in Cont. II. p. 103.

2) Reſcr. v. 29. Aug. 1739. n. 3. am a. O.

613.

Befreyungen.

Befreyt ſind davon die franzöſiſchen Religionsflüchtlinge und ihre Nachkommen 1), die eingewanderten

ten Fremden 2), und die Aktien der Seehandlungs-kompagnie 3).

1) C. C. March. Cont. I. p. 281.

2) C. C. March. Nov. T. III. p. 184. n. 5.

3) ibid. T. V. b. p. 522.

III. Abſaz.
Strandrecht.

614.
Urſprung.

Die Perſonen und Güter, die durch Schifbruch verunglückt und am Strande ausgeworfen waren, gehörten dem Erſten, der ſich ihrer bemächtigt hatte, und nachher, vermög des Staatseigenthumsrechts, dem Landesherrn. Die Teutſchen übten dieſe Gewohnheit in allen Europäiſchen Staaten aus, wo ſie ſich angepflanzt hatten, und ihr Grund liegt darinn, daß ſie jeden Fremden als ihren Feind betrachteten, und ſeine auf ihrem Grund und Boden befindliche Sachen ihnen verfallen zu ſeyn glaubten 1).

1) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge, B. I. S. 12. 13. Eſtor Th. III. §. 118.

615.
Begrif und Eintheilung.

Es beſteht in dem Rechte des Staats, ſich aller durch Schifbruch verunglückten Perſonen und Sachen zu bemächtigen, und zuzueignen. Nachdem es am See-

Seeufer ausgeübt wird, ſo heiſt es eigentlich Strandrecht; nachdem es aber an Flüſſen und Strömen ſeine Anwendung findet, Grundruhrrecht. Franzöſiſch heiſt es le Droit de Varech 1), und wir haben darüber das Sprüchwort: der Schiffer kann Leib und Gut verfahren, wenn er Schifbruch leidet.

1) *Ier. Eb. Linck* Diſſert. de jure, quod Gallis appellatur Droit de Varech. Argent. 1729.

616.

Abſchaffung.

Bey Vermehrung des Handels in Europa gab man ſich alle Mühe, dieſes dem Gewerbe und Verkehr ſo nachtheilige Recht abzuſchaffen, konnte aber niemals damit allgemein zu Stande kommen. Schon Kaiſer Friedrich II. gab ein Geſez, wodurch er im ganzen römiſchen Reiche die wechſelſeitige freye Schiffarth einräumte, und verbot, die Schiffe und Frachten an irgend einem Strande anzuhalten, oder für verfallen zu erklären 1). Allein noch im Jahr 1265. brauchte man im nördlichen Teutſchland die Hülfe des geiſtlichen Arms, um deſſen Abſchaffung zu bewirken 2). Kaiſer Karl IV. erneuerte den 4. Dezember 1366. 3) das Geſez, und brachte es auf dem Rhein und Main in Ausübung. Karl V. ſchafte es nochmals als eine gottloſe und unvernünftige Gewohnheit ab 4). Wir werden aber unten beym Seerechte noch Ueberbleibſel davon finden.

1) Auth. Navigia. 18. Cod. de furtis.

2) Willebrandts Hanſ. Chronik, Abth. II. S. 9.

3) bey Lünig im Reichsarch. Th. IV. n. 170. p. 219.

4) Peinl. Halsgerichtsordn. a. 218. Vergl. meine Geſchichte des teutſchen Handels, Th. I. Hauptſt. 51. S. 425. ff.

IV. Abſaz.

Abzugsrecht.

617.

Literatur.

Ant. Affelmann de jure ſeu gabella detractionis. Roſt. 1622.

Chr. Schwanmann de jure emigrationis et detractionis. Lipſ. 1642. 12.

Io. Eichel de jure detractionis et emigrationis. Helmſt. 1656.

Chr. Phil. Richter de jure detractionis. Ien. 1662.

Io. Hartm. Runckel de jure detractus. Gieſſ. 1664.

I. A. Cruſius de jure detractionis et emigrationis in ejusdem opuſculis. Mind. 1668.

Io. Frid. Rhetius de ſarcina emigrandi. Erf. 1673.

Io. Brunſow de jure detractionis. Helmſt. 1677.

Ern. Frid. Schroeter de gabella detractionis et emigrationis. Ien. 1678.

Petr. Schumacher de jure detractus. Baſil. 1680.

H. Cocceji de cenſu emigrationis. Heidelb. 1681.

Andr. Mylius de cenſu emigrationis. Lipſ. 1684.

H. Coc-

H. Cocceji de jure detractus. Heidelb. 1687.

Chr. Thomaſius de jure detractionis ad Ordinat. Polit. Duc. Magdeb. Hal. 1709.

Melch. Lubeck manuale juris detractionis et emigrationis. Colon. Brand. 1709.

Io. Iod. Beck de jure detractionis, emigrationis et laudemii, vom Abſchoß und Nachſteuer. Nor. 1725.

Io. Theod. Scheffer de jure detractus. Tub. 1730.

Aug. de Balthaſar de jure detractus, quatenus vſu Pomeraniae obtinet. Gryph. 1745.

Car. Gottl. Knorre de eo, quod juſtum eſt ſecundum obſervantiam Cothonienſem circa jus gabellarum. Hal. 1747.

Io. Ge. Lamm de gabella detractionis vel emigrationis. Vinar. 1748.

Io. Kleſeker de ſtatu privilegiorum ab Imp. conceſſorum quoad jus collectandi ſtatuum, ſpeciatim quoad jus detractus ſtatuum in genere et in ſpecie liberae ciuitat. Hamb. Goett. 1753.

Joh Ad. Kopp Abh. vom Abzugsrechte, in Eſtors kl. Schriften B. II. S. 49.

Anmerkungen zum Recht des Abſchoſſes in Preußiſch Pommern, in Dähnerts Pommer. Bibl. B. IV. S. 134.

Frid. Gottl. Zoller Diſſ. Analecta de jure detractionis ſpeciatim foro Saxonico accommodatis. Lipſ. 1769.

Car. Frid. Erbe Diſſ. de jure Detractus, ſpeciatim Wirtembergico. Tub. 1773.

Kohl Declarat. Conſt. March. ſub tit. **Erbfälle zwiſchen Ehel. Qu. 20. von Abſchoß.**

618.

Unterſcheidung des Abzugs von der Nachſteuer.

Der Detrakt iſt gedoppelt, entweder Nachſteuer, Nachſchoß, Cenſus emigrationis, der gegen die Bürger und Unterthanen ausgeübt wird, die ſich auſſer lands begeben, oder Abzug, Abſchoß, Erbſteuer, Weddeſchaz, der bey den Fremden gebraucht wird, die im lande Erbſchaften erheben. Beides hat Selchow 1) nicht unterſchieden, obſchon es ſelbſt in den Reichsgeſezen 2) geſchieht.

1) Elem. Iur. Germ. §. 283.

2) Reichs-Abſchied von 1594. §. 82. Vergl. Orth über die Frankf. Reformat. P. II. tit. 3. §. 6. p. 275. Eſtor Th. I. §. 463.

619.

Urſprung des Abzugs.

Urſprünglich konnten die Fremden in einem lande gar keine Erbſchaft erheben, ſondern ſie verfiel dem Staate. Gleichwie aber überhaupt in derley Fällen die landes- und Gutsherrſchaften ſich ſelten ihres Rechts vollſtändig bedienten, ſondern oft nur einen Theil des Vermögens zum Zeichen ihrer Befugnis hinwegnahmen, ſo geſchah es nach und nach auch beym Heimfallsrechte, daß man nicht das ganze Vermögen

mögen zur Kammer einzog, ſondern ſich mit einem Theil davon begnügte, der nun der Abzug genennt wurde. Dieſer Urſprung des Detrakts zeigt ſich am deutlichſten an den Orten, wo der fünfte, vierte und manchmal gar der dritte Theil genommen wird.

620.

Rechtsgrund der Nachſteuer.

Der Staat hat dafür zu ſorgen, daß das ganze Vermögen des Staats in ſeiner Maſſe erhalten wird. Durch die Auswanderung eines Unterthanen wird ihm ein Theil entzogen, und der Staat folglich unvermögend gemacht, die allgemeine Staatsausgaben zu beſtreiten. Da nun jenes Vermögen im Lande unter dem Staatsſchuze erzeugt und erworben worden iſt, ſo kan der Landesherr, zu Verhüthung, daß das Staatsvermögen nicht allzuſehr geſchwächt, und zu Beſtreitung des Staatsaufwands unvermögend werde, einen Theil davon zurückbehalten 1).

1) *Mev.* P. II. deciſ. 163. p. VII. deciſ. 18. *Ludolf.* P. II. obſ. 189. p. 468. *Engelbrecht* obſ. 26. 55. Heumanns Geiſt der Geſeze der Teutſchen C. 11. §. 8. C. 25 §. 11. Von Ludewig Gel. Anzeigen Th. I. St. 65. S. 196.

621.

Landesherrlicher, Adelicher und Städtiſcher Detrakt.

Nicht allein die Landeshoheit genießt in Teutſchland den Detrakt, ſondern auch die Gutsherrſchaften und Städtiſchen Magiſtrate 1), ja ſelbſt die Univerſitäten, wie Halle ꝛc.

 1) *Er-*

1) *Erbe* de jure Detract. Wirtemb. §. 5. 6. p. 8. ſqq.

622.

Rechtsgrund des Adelichen und Städtiſchen Detrakts.

Nach teutſchem Rechte waren mit der Gerichtsbarkeit die Staatsobereigenthumsrechte verknüpft 1). Daher jedem Gutsherrn, er mochte landſäßig ſeyn 2), oder nicht, der die Erbgerichtsbarkeit beſaß 3), und jeder Stadt, die mit Ober- und Untergerichten verſehen war, das Abzugsrecht zukam. Die gegenſeitigen Grundſäze Selchows 4) ſind zu ſeichte, als daß ſie eine Widerlegung verdienten.

1) *Cravetta* Conſil. 209 n. 4. *Natta* Conſil. 659 n. 1. *Farinac.* Prax. Iur. Crim. Qu. 25. n. 103. *Cor. Tap.* in L. fin. P. I. c. 2. n. 48. *Klock* Vol. II. T. I. Conſil. 35. n. 64. *Guid. Pap.* Deciſ. 76. n. 1. *Knippſchild* de jur. et priu. Ciuit. Imp. L. II. c. 15. n. 5. *Schilter* in Praxi Jur. Rom. in for. Germ. Ex. L. §. 1. *Riccius* vom landſäß. Adel c. 19. §. 48. *Freiesleben* de jure fiſci Landſaſſ. §. 11. *Reinharth* ad *Chriſt.* P. V. c. 1. Weſtphal teutſch. und Reichsſtänd. Privatrecht Th. 1. S. 86.

2) *Mevius* in Comment. ad Jus Lubec. L. II. tit. 2. art. 5.

3) *Ertel* de jurisdict. infer. civ. et baſſa, P. I. c. 19. obſ. 1.

4) Elem. Jur. Germ. §. 225.

623.

Landesherrliche Beſtätigung.

Nachdem in der neuern Zeit die Rechtsgelehrten aus ihren unächten Begriffen von den teutſchen Regalien dieſes Recht dem landſäßigen Adel und den land-

Landſtädten zu beſtreiten anfingen, und ihnen den Beweis des Beſizes, oder der landesherrlichen Konzeſſion auflegten 1), ſo ließen ſich diese ihre Gerechtſame in Landesverträgen und andern allgemeinen und beſondern Landesgeſezen beſtättigen 2).

1) *Engelbrecht* Obſ. 26. 55.

2) Lüneb. Str. p. IX. tit. 10. C. C. Holſat. P. I. p. 1449. Hohenzoll. L. O. t. 24. Zell. Stat. t. 17. Anhalt. L. O. t. 14. *Ertel.* cit. l. *Peſler* de bon. nob. J. Detr. non obn. §. 5. p. 11.

624.

Preußiſche Verfaſſung.

Auch in den Ländern der Preußiſchen Monarchie iſt ſowol dem Adel als den Städten der Beſiz und die Ausübung des Abzugsrechts und der Nachſteuer ſelbſt gegen die übrigen königlichen Unterthanen nachgelaßen worden 1); nur ſoll in dieſem Fall von den königlichen Aemtern bey andern Gelegenheiten wiederum retorquirt werden. Sie müßen ſogar von den Kammern in dem Beſize geſchüzt werden, haben ſich aber dabey nach den königlichen Verträgen mit Auswärtigen zu achten.

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 23. Tom. V. Abth. I. p. 12. 31. C. C. March. Nov. T. I. p. 343. Reſcr. v. 17. April 1758. in T. II. p. 293. Vergl. Tom. IV. p 913. 5027. Magdeburg. Polizeyord. C. 56. Inſtruction an die Oſtpreuß. Regierung vom 30. Jul. 1774. T. V. d. §. 6. col. 350. 351.

625.

Landesherrlicher Detrakt ein Regal.

Der landesherrliche Detrakt mag urſprünglich ebenfalls aus der Gerichtsbarkeit entſprungen ſeyn; allein heutzutage wird er aus dem Staatsobereigenthumsrechte abgeleitet, und iſt ganz unſtreitig ein Regal 1), und das auch dann, wenn er nur vermög des Retorſionsrechts ausgeübt wird 2). Seine Beſorgung iſt daher den Landesregierungen überlaſſen, die im Preußiſchen in dieſem Punkte vom Departement der auswärtigen Angelegenheiten abhängen 3).

1) Ebenangef. Preuß. Inſtr. vom 30 Jul. 1774. §. 6. C. C. March. Nov. T. V. d. col. 350. Reſcr. v. 4. Dec. 1767. wodurch die Abſchoßfälle rat. jurisd. regulirt werden.

Joh. Gottl. Fauſt Beweis, daß das Recht der Nachſteuer ein Regal ſeye. Frankf. 1756.

2) *Car. Ott. Rechenberg* Progr. quo caſu jure Retorſ. et Detractus Conſt. El. Sax. 38. §. 3. permittatur. Lipſ. 1748. Id. de Detractionis fundamento in retorſionum doctrina Lipſ. 1740.

3) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. III. p. 2131. 2132. Jahrg. IV. p. 351. 352.

626.

Zeitherige falſche Ableitung.

Einige leiteten das Abzugsrecht aus der Leibeigenſchaft her, Einige aus der Gerichtsbarkeit, Einige aus dem Beſteurungsrecht, Einige aus dem genoßenen Staatsſchuze, Einige von dem Retorſionsrecht, und

und Einige von den Pfalbürgern, welche nun ſämtlich zu widerlegen ſind.

627.

Umfang des landesherrlichen Abzugsregals.

Das landesherrliche Abzugsrecht äußert ſich nicht nur über die unmittelbaren Unterthanen, ſondern auch über diejenigen größern Landſaßen, die ſelbſt Abzugsrecht beſizen. Denn kraft dieſes kan der Landesherr zwar nicht von ihren Hinterſaßen Abzug nehmen, aber von ihnen ſelbſt. Diß iſt die Urſache, warum im Preußiſchen die Kammern von der Verlaßenſchaft eines Bürgermeiſters den Abzug nehmen wolten, das aber zu Gunſten der Stadtmagiſtrate durch königliche Verordnung 1) abgeſtellt worden iſt. Indes behält der Landesherr vermög ſeines Staatsoberaufſichtsrechts noch gewiße Rechte über das landſäßige Abzugsrecht. Daher im Preußiſchen über Abzugsſtreitigkeiten nach der Regel nur die Landesregierungen unter Einberichtung an das auswärtige Departement erkennen dürfen, wenn gleich Stadtkämmereyen dabey intereſſirt ſind 2). Sind aber die Streitigkeiten zwiſchen Städten und Aemtern ſelbſt, ſo gehört es vor die Kammern 3).

1) C. C. March. Nov. Tom. III. p. 95.

2) Reſcr. vom 7. Merz 1740. in C. C. March. Cont. I. p. 330. Siehe umſtändlich Inſtruct. an die Oſtpreußiſche Regierung vom 30. Jul. 1774. §. 6. T. V. d. C. C. March. Novi p. 351.

3) Reſcript vom 4. Dec. 1767. ibid. T. IV. p. 998. 999.

628.

Kan der Detrakt neuerdings eingeführt werden?

Nun läßt ſich weit gründlicher die Rechtsfrage, ob der Abzug durch Geſeze neuerdings eingeführt werden kan, entſcheiden, als es zeither von den Praktikern 1) durch Anwendung einiger Römiſchen Rechtstexte auf die Nachſteuer 2) und den Abzug 3) geſchehen iſt, indem den Römern das Abzugsrecht ganz unbekannt geweſen iſt 4). Landesherrſchaften, da ſie durch den Nichtgebrauch ihre Regalien nie verlieren, können den Detrakt einführen, wenn ſie wollen; Gutsherrſchaften und Stadtmagiſtrate aber nicht, weil ihnen die Verjährung entgegenſtehet.

1) *Mencke* in Syſtem. Iur. Civ. Lib. L. tit. 1. §. 11. 12. Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. VI. pag. 1. ff. §. 7.

2) L fin. Cod. de Edict. D. Hadr. toll.

3) L. 21. D. de probat.

4) *Heineccius* in Repertor. Iur. Germ. Priv. pag. 1690. §. 7.

629.

Unſtatthaftigkeit des Abzugrechts bey der Auswanderung in eine andere Provinz.

Der Abzug iſt eingeführt, um die Verminderung der ganzen Maſſe des Staatsvermögens zu verhindern. Wenn alſo ein Unterthan mit ſeinem Vermögen aus einer in die andere Provinz eines und deſſelben Landesherrn zieht, ſo wird das ganze Staatsvermögen dadurch nicht vermindert. Ebendaher wird in dieſem Falle bey der Preußiſchen Monarchie kein Königlicher Detrakt gegeben 1).

1) Re-

1) Reſcr. vom 8. Jul. 1750. in C. C. March. Cont IV. p. 259. Mehrere Reſcripte in C. C. March. Nov. T. VI. p. 47. 227. 1051. 1053.

630.
Rechtmäßigkeit des landſäßigen Detrakts in dieſem Falle.

Allein diß hindert die Abforderung des Städtiſchen und Gutsherrlichen Abzugs nicht, der auch bey der Auswanderung in einen andern Preußiſchen Ort, allein Pozdam ausgenommen 1), bezahlt werden muß 2). Es nimt ihn eine Stadt von der andern, eine Gerichtsherrſchaft von der andern, und dieſe ſelbſt von den königlichen Aemtern 3).

1) Reſcr. vom 14. Nov. 1733. in Cont. II. p. 159.

2) Reſcr. de 8. Iul. 1750. cit. l. p. 259. et Hellfeld in Repert. Iur. Priv. Abzug §. 34.

3) C. C. March. Nov. T. I. p. 343.

631.
Aufhebung unter den Staaten.

Da dieſes Recht die Unterthanen ſehr beläſtiget, und den wechſelſeitigen Verkehr und die Verbindungen zwiſchen den Staaten hindert, ſo iſt es häufig zwiſchen dieſen in Verträgen aufgehoben, eingeſchränkt, oder auf eine gewiße Summe beſtimmt worden.

632.
Aufhebung des Preußiſchen Staats mit Auswärtigen.

Kein Staat hat hierin für ſeine Unterthanen mehr väterliche Vorſorge getragen, als die Preußiſche

Mo-

Monarchie. Ich könnte ein langes Verzeichnis liefern, wenn ich die Staaten und Städte anführen wolte, mit welchen unſer Hof wegen Aufhebung des Abzugsrechts Verträge geſchloßen hat 1).

1) Man ſehe indeß C. C. March. T. I. Abth. I. p. 23. Cont. II. p. 103. ſqq. C. C. March. Nov. T. VI. p. 3079. 465. 1347. T. V. a. p. 265. 361. T. V. c. p. 3131. T. V. d. p. 350. 352. T. IV. p. 501. 503. 567. 607. 609. 623. 619. 679. 919. 973. 981. 983. 2043. 2051. 3081. 6617.

633.

Befreyte Perſonen überhaupt, und zwar Edeleute.

Es gehören hieher die Edeleute, die ſich auf ihre allgemeine Befreyung von dinglichen Beſchwerden berufen 1), die aber näher erwogen hieher wol nicht paßen möchte. Indes ſind ſie wirklich in den meiſten Landesgeſezen davon freygelaßen 2). In den Kurmärkiſchen Landtagsrezeßen 3) iſt ihnen bloß die Städtiſche Abzugsfreyheit, wenn anders ihre Güter nicht auf der Stadtmarkung gelegen ſind, zugeſtanden, ſonſt genießen ſie dieſelbe, wenn an dem Orte ihres Aufenthalts ebenfalls keiner genommen wird 4). Der Adel an ſich ſcheint alſo in hieſigen Staaten vom Abzugsrechte nicht zu befreyen 5).

1) Riccius vom Landſäß. Adel, Th. II. C. 25. S. 438. *Pufendorf* T. I. obſ. 33. 34.

2) Lünigs Samml. Landſäß. Adels-Privil. Th. II. S. 731. 747. 759. vom Wirtemberg. S. 150. 158. von Wolfenbüttel. (Vergl. Receſſ. Guelph. de 1614. § 4. de 1619. §. 30.) S. 1338. von Hadelerland S. 442. von Meckl. Schwerin.

ein. Th. I. S. 180. von Bremen und Verden. Privil. der Brem. Ritterſch. Meckl. Erblandesvergl. §. 350.

3) bey Lünig in der angef. Samml. Landſ. Ritterſch. Th. I. S. 883.

4) in Repert. Jur. Priv. Abzugsgeld §. 39.

5) *Io. Chr. Peſler* Diſſ. de bonis nobilium juri detractus obnoxiis. Francof. 1743.

634.

Soldaten.

In einigen Ländern ſind die Soldaten wie im Preußiſchen frey 1), und in andern nicht. In einigen bloß die Officiers 2).

1) Ludewigs Gelehrte Anzeigen Th. II. St. 43. S. 217.

2) C. C. Holſat. T. I. p. 1579.

635.

Geiſtliche und Profeſſoren.

Die Geiſtliche ſind dem Abzuge wegen der Kirchlichen Immunität nicht unterworfen 1), und die Profeſſoren, weil ſie die Rechte der Geiſtlichkeit genieſſen 2). Sonſt auch aus beſonderer Begnadigung 3), woran aber Doktoren ohne eigentliche Benennung, wie im Gothaiſchen 4), nicht theilnehmen.

1) *Leyſ.* ſpec. 431. med. 4. Ludewig Gel. Anzeigen, Theil III. S. 229.

2) Avth. Habita. Cod. ne filius pro patre.

3) Stat. Acad. Frid. Hal. §. 29. Goett. in C. C. Cal. C. I. p. 726. et in C. C. Cell. c. 1. p. 746. Tubing. Gen. Reſcr. H. Joh. Friedr. v. Wirtemb. v. 18. April 1613.

4) Goth. L. O. fern. Beyſ. S. 188.

636.

Reichsbeamten und Geſandten.

Im Reiche überhaupt ſind Abzugsfrey alle Perſonen, die beym Reichskammergerichte oder beym Reichshofrath angeſtellt ſind, Reichstagsgeſandte und andere Gattungen von Geſandtſchaften mit ihren Leuten.

637.

Landesherrliche Bediente.

Gröſtentheils ſind auch die landesherrlichen Beamten und Bediente befreyt 1). Es wird aber noch bezweifelt, ob darunter die Dienerſchaft einer fürſtlichen Wittwe, der appanagirten Prinzen und der Prinzeſſinnen gleichfalls zu verſtehen.

1) Cramers Wezlar. Nebenſt. Th. XI. S. 13. *Wernher.* P. III. obſ. 70.

638.

Religionsvertriebene.

Nach dem Urtheile der Rechtsgelehrten 1) kan von den Religionsvertriebenen, weil ſie das Land nicht freywillig verlaßen, kein Abzug gefordert werden, und es ſcheint dieſem Lehrſaze eine gewiße Stelle des Weſtfäliſchen Friedens 2) nicht zu widerſprechen 3).

1) *Gylmann* in Symphor. Iur. Cam. T. II. Symph. 1. tit. 3.

2) Art. V. §. 12.

3) *Rhetius* Diſſert. Iur. Publ. p. 541.

639.

639.

Befreyte Perſonen im Preußiſchen.

Die Religionsvertriebenen, ausgenommen das Vermögen gienge in ſolche Länder, wo von den königlichen Unterthanen Abzug genommen wird 1). Eingewanderte Fremden 2), Hüttenbediente und Arbeiter 3), Pächter, die in andere Gerichte ziehen 4). Erbgenahmen, die ſich an dem Orte der Verlaſſenſchaft einfinden und da bleiben 5).

1) C. C. March. Cont. I. p. 361. 362.

2) ibid. Cont. IV. p. 185.

3) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 873. 5035. 6302.

4) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 197.

5) C. C. March. Nov. T. I. p. 615. T. II. p. 293.

640.

Vorſichtsregeln bey derlei Befreyungen.

Weil die Befreyung von Abzug und Nachſteuer ein Privilegium iſt, ſo darf dabey von einem Falle nicht auf den andern geſchloſſen werden 1). Daher auch Einige ſo weit gehen, und die Erben befreyter Perſonen nicht freylaſſen wollen 2), wovon aber der größere Theil der Rechtslehrer das Gegentheil behauptet 3).

1) *Boehmer* in Conſil. et Reſponſ. Tom. III. P. II. Conſ. 141 n. 8.

2) *Wernher* in Obſervat. forenſ. P. X. obſ. 314.

3) *Berger* in Oecon. Iur. L. I. tit. 2. *Schoepff* in Conſil. Vol. VIII. Conſ. 14. n. 52. 64.

641.

Beſtimmung des Vermögens, das ein Gegenſtand des Abzugsrechts iſt.

Der Abzug wird von allen beweglichen und unbeweglichen Gütern, und von allen Schuldforderungen genommen, die man entweder als Vermögen am Wohnorte beſizt, oder als Erbſchaft aus einem Lande zieht. Dieſe leztere iſt aber erſt nach Abzug der Schulden, wohin auch die Forderungen der fremden Gläubiger gehören, vorhanden 1).

1) C. C. March. T. I. Abth. II. n. 210. p. 414.

642.

Weitere Ausdehnung.

Zum Vermögen werden noch die Legaten und die Schenkungen von Todes wegen gezehlt, welche leztere aber andere 1) ausnehmen.

1) *Erbe* de jure Detract. ſpec. Wirt. §. 13.

643.

Zweifelsfrage bey Schuldforderungen.

Ob die außer Lands ſtehenden Kapitalien und Schuldforderungen ebenfalls dazu gehören, daran haben Viele 1) gezweifelt, und ſogar Präjudizien dagegen angeführt 2). Es iſt aber im Preußiſchen aus dem Rechtsgrunde, daß ſie der Perſon ankleben, und dieſe ſich außer Land begibt, allerdings 3) bejahend entſchieden worden 4).

1) *Boehmer* Tom. I. P. II. Conſ. 32. n. 6. p. 143.

2) *Lu-*

2) *Ludolff* in Obſervat. Iur. Camer. Vol. III. Faſc. 1. n. 5. p. 20.

3) *Harpprecht* in Conſil. Tubing. Vol. VII. Conſ. 11. n. 4. Leyſer. ſp. 429. m. 5.

4) Reſcr. vom 2. Jan. 1748. in C. C. Mareh. Cont. IIII. n. 1. p. 1. Vergl. Wirtemb. L. O. tit. 4. §. 4.

644.

Ausgenommene Sachen.

Ausgeſchloßen vom Abzugsrechte ſind die auſſer lands bereits befindlichen Grundſtücke, obſchon die Reichsſtädte hiebey einen gegenſeitigen Gerichtsbrauch haben 1). Der Brautſchaz, und das Vermögen, das einer katholiſchen Tochter ins Kloſter gegeben wird 2).

1) *Boehmer* et *Ludolff* cit. l.

2) Wirtemb. Gen. Reſcr. vom 28. Jul. 1683. bey Hochſtetter P. I. p. 116.

Eiſenharths Erzehlung beſonderer Rechtsfälle Th. II. n. 5. *Schoepff* in Deciſ. Nov. 29.

645.

Beſonders nach Preußiſchem Rechte.

Im Preußiſchen wird nicht Abzug genommen von den Studirungskoſten und Handwerkslehrgeldern, weil ſie den Erziehungskoſten gleich zu achten 1). Desgleichen von den verlornen Schuldforderungen 2).

1) C. C. March. T. I. Abth. II. n. 204. p. 410.

2) ibid. n. 407. p. 411.

646.

Verhüthung des Unterſchleifs.

Es haben im Preußiſchen die Hoffiſkäle ein ſorgfältiges Augenmerk auf die außer Lands gehenden Erbſchaften und Vermögens zu richten, und ſie erhalten von denen durch ihren Fleiß in die landesherrlichen Kaſſen gefloßenen Abzugsgeldern den vierten Theil 1). Zu Verhüthung des Unterſchleifs dürfen überhaupt keine Gelder ohne vorherige Anzeige und Genehmigung außer Lands geſchickt werden 2).

1) C. C. March. Cont. III. p. 86.

2) C. C. March. Nov. T. I. p. 451.

647.

Art der Hebung.

Es muß in dergleichen Fällen ein förmliches Inventarium verfertigt werden 1), jedoch wird vor der Hand von den unbeweglichen Gütern, ſolange ſie noch unverkauft ſind, kein Abzug genommen 2).

1) C. C. March. Tom. I. Abth. I. p. 137. 565.

2) C. C. March. Nov. T. III. p. 345.

648.

Größe der Abzugsſumme.

Es wird bald der 100. 50. 20. 15. und meiſtentheils der 10. Pfennig genommen 1). Manchmal ſogar der 5. 4. oder 3. Theil 2). Der Königliche Detrakt iſt zu Magdeburg der 10. in der Kurmark der 15. Pfennig, gegen Katholiſche Franzoſen über-

überhaupt retorſionsweiſe der 15. Pfennig 3). In der Joachimiſchen Konſtitution von 1524. heiſt es, jede Märkiſche Stadt und adeliche Herrſchaft ſolle vom Schock 4. Groſchen Märkiſch und der Richter von der Perſon 12. Groſchen nehmen 4). Im Preuſſiſchen überhaupt gilt, wenn nichts höheres beſtimmt iſt, der Zehende 5). Außerdem muß noch Stempelgeld bezahlt werden 6).

1) *Al. Caroccius* Diſſ. de quota detractionis. Gryph. 1687.

2) *Heineccius* in Repert. Iur. Priv. p. 1690. §. 6.

3) Repert. Iur. Priv. p. 96. §. 35.

4) cit. l. p. 97. §. 37.

5) C. C. March. Nov. T. I. p. 730.

6) ibid. T. VI. p. 463. Müllers Stempelrecht S. 155.

V. Abſaz.

Wiedervergeltungsrecht.

649.

Literatur.

Burc. Bardili de retorſione. Tub. 1669.

Ge. Ad. Struvius de vindicta privata et retorſione juris iniqui. Ien. 1678.

Chr. Wildvogel de jure retorſionis inter ſtatus imperii. Ien. 1700.

Car. Ott. Rechenbergii vindiciæ jurium reip. et fiſci in doctrina retorſionum. Lipſ. 1726.

Sam. Frid. Willenberg de retorſione juris. Gedan. 1736.

Io. Gotb. Bauer de vero fundamento, quo inter civitates nititur retorſio juris. Lipſ. 1740.

Car. Ott. Rechenberg progr. de limitibus juris retorſionis in Sax. ſecund. conſt. 38. P. 3. conſtituendis. ib. 1741.

Idem de bello legum contra leges retorſione ementita metuendo. ib. 1743.

650.

Rechtsbeſtimmung.

Die Retorſion iſt eine geſezmäßige Wiedervergeltung des gegen Fremde eingeführten ungleichen Rechts.

651.

Rechtsgrund.

Sie beruht auf der völkerrechtlichen Gleichheit und auf der landesherrlichen Vorſorge, daß ſeinem Staate durch die Geſeze des andern kein Nachtheil geſchieht.

652.

Grenzen des Wiedervergeltungsrechts.

Durch die Retorſion dürfen keine ganz unerlaubte Handlungen vorgehen, und es kan Niemand an ſeinen bereits erworbenen Rechten verlezt werden.

653.

Einſchränkung.

Der bloße Unterſcheid und die Abweichung der Landesgeſeze und Statuten von einander, wenn zwiſchen Fremden und Einheimiſchen kein Unterſcheid gemacht

macht worden, gibt kein Recht zur Retorſion 1), ſondern die Einführung und Beobachtung einer Ungleichheit zwiſchen Bürgern und Fremden. Denn dieſes Recht iſt eine Art von Vertheidigung, die eine geſchehene Kränkung vorausſezt, die nur eintritt, wenn die Fremden in einem Lande gegen die Landeseingebohrnen nachtheiligere Rechte genießen, nicht aber, wenn ſie bey einem an ſich unbilligen Rechte den Eingebohrnen gleich behandelt werden 2).

1) *Dan. Frid. Hobeiſel* Diſſ. de retorſione jurium ſtatutariorum variantium nec aequa nec prudente. Hal. 1725.

2) Preuß. Reſcript vom 13. Jan. 1756. in C. C. March. Nov. T. II. p. 21. Desgl. v. 17. Aug. 1761. ibid. T. III. p. 59. *Reckenberg* Vindiciae J. territ. et fiſci in doctr. retorſ. §. 11.

654.

Landesherrliches Retorſionsrecht.

Aus dem §. 651. angegebenen Rechtsgrunde folgt, daß jeder Landesherr zur Ausübung dieſes Rechts befugt iſt. In Teutſchland hat es nicht allein gegen die Einwohner fremder Europäiſcher Staaten, ſondern ſelbſt gegen andere Reichsländer ſtatt.

655.

Städtiſches und Gutsherrliches Retorſionsrecht.

Gleich dem Abzugsrecht kann dieſes Recht von jeder Obrigkeit ausgeübt werden, die mit der Gerichtsbarkeit verſehen iſt, und das ſelbſt, wenn ſie gleich einerlei Landesherrn unterworfen ſind, unter ſich.

 656.

656.

Einſchränkung.

Nur dann, wenn der Grund der Retorſion auf einem an ſich unbilligen Rechte beruht, kann es zwiſchen den Gerichtsherrſchaften eines und deſſelben Landesherrn nicht ausgeübt werden 1).

1) Riccius von Stadtgeſez. S. 618.

657.

Aufhebung des Wiedervergeltungsrechts zwiſchen den Preußiſchen Provinzen.

Zwiſchen den Provinzen der Preußiſchen Monarchie 1) und beſonders zwiſchen der Kurmark und Schleſien 2) iſt alles Wiedervergeltungsrecht aufgehoben worden.

1) Reſcr. vom 17. Aug. 1761. in C. C. March. Nov. T. III. p. 59. 79. und bey Diez Arch. Magd. Rechts S. 166. v. 25. Oct. 1761. ebendaſ. S. 169. Vergl. Contin. IV. p. 259.

2) Reſcript vom 8. Sept. 1740. in Cont. I. p. 375.

658.

Fälle, wo Retorſionsrecht eintritt.

Dieſe entſtehet bey der verweigerten Verabfolgung der Gerade an Ausländerinnen, bey der Nachſezung der auswärtigen Gläubiger den Einheimiſchen im Konkurſe 1), bey dem altteutſchen Arreſte der fremden Durchfuhre ꝛc.

1) wie zu Bibrach und Quedlinburg, Riccius von Stadtgeſezen S. 459. welches im Preuß. retorquirt wird nach dem C. C. March. Nov. T. I. p. 28. T. II. p. 87.

659.

659.

Beſondere Fälle im Preußiſchen.

Nicht allein in obigen Fällen hat im Preußiſchen das Wiedervergeltungsrecht ſtatt, ſondern auch dann, wenn Auswärtige keine Hypothekenbücher halten 1), bey den Holländern wegen dem Abzugsgelde 2), und in verſchiedenen Erbſchaftsfällen 3).

1) C. C. March. Nov. T. II. p. 113.

2) ibid. T. V. a. p. 169. 3) cit. l. T. IV. p. 471.

660.

Retorſionsrecht in Wechſelſachen.

Wenn an einem Orte nicht ſtrenges Wechſelrecht, ſondern Reichswechſelrecht, oder gar keins üblich iſt, ſo hat man den Einwohnern dieſes Orts in den Ländern, wo ſtrenges Wechſelrecht angetroffen wird, ebenfalls die ſtrenge Wechſelexekution verſagt 1), welches gegen die oben angegebenen Prinzipien anſtößt, und alſo verworfen worden iſt 2), wovon aber doch eine Ausnahme ſtatt findet.

1) *And. Flor. Rivinus* Diſſ. de praerogatiua Creditorum Cambialium. Vit. 1749. §. 14. *Kreytmayer* ad Cod. Jur. Bav. Civ. T. I. c. 2. §. 18. p. 55.

2) *Vincent. Oldenburg* Diſſ. de retorſione jurium, praeſertim in cauſis Cambialibus. Goetting. 1781. Eſtorbürg. Rechtsgel. Th. III. §. 117.

661.

Beſonders nach Preußiſchem Rechte.

Es ſtimmt mit dieſen Grundſäzen das Preußiſche Recht überein, und verordnet, daß in Wechſelſachen

nur

nur das Recht der Wiedervergeltung ſtatt haben ſolle, wenn auswärtige Staaten hierinn die Preußiſche Unterthanen nachtheiliger behandeln 1).

1) Erneuerte Preuß. Wechſelordn. Art. 24. Reſcr. vom 13. Jan. 1756. wie das Jus Retorſ. in Wechſelſachen ſtatt haben ſolle, in T. II. C. C. March. Nov. p. 21.

662.

Fälle, wo es unanwendbar iſt.

Da es Wiedervergeltungsrecht iſt, ſo kann es nicht angewendet werden, wenn ſich ein Ort oder Land des gegen die Fremden nachtheiligen Geſezes nicht bedient 1), oder Reverſalen ausgeſtellt hat, deſſelben nie wieder zu gebrauchen 2).

1) *Car. Frid. Elſaeſſer* Diſſ. de jurium ſtatutariorum variantium retorſione etiam tunc fundata, ſi actus ſecundum illa exercitus non praeceſſerit. Erl. 1775.

3) *Wernher* enunciat. 227. p. 413.

Zwölftes

Zwölftes Hauptſtück.

Rechte der Staatsbürger nach ihrer bürgerlichen Ordnung und Klaſſifikation.

663.

Polizeygrund dieſer Abtheilung.

Nunmehr können wir zur Betrachtung der verſchiedenen Stände und Klaſſifikationen der Staatsbürger übergehen. Sie ſind zur Erhaltung der allgemeinen politiſchen Eintracht und zur bequemern Ausübung der Regierungsgeſchäfte im Staate eingeführt 1).

1) *Cicero* ap. *Auguſtin.* de Civit. Dei, L. II. c. 21.

664.

Beſchreibung der Bürgerklaſſen.

Folgende Stände treffen wir in Teutſchland an, als den Adel, den Kriegsſtaat, die Civilperſonen, die Bürger und die Bauern.

665.

Rangordnung.

In eben der Ordnung, wie wir ſie angeführt haben, beobachten ſie unter ſich den Rang, der ſich unter den einzelen Perſonen nur dann verändert, wenn eine Perſon zur andern Klaſſe übertritt. Dieſer Rang iſt theils zur Erhaltung der Ordnung, und theils zur Vermehrung ihrer bürgerlichen Achtung 1) eingeführt 2).

1) *Heumann* Init. Jur. Polit. C. IX. p. 901.

2) *I. A. Cruſius* de praeeminentia, ſeſſione, praecedentia et vniuerſo Jure Proëdrias. Brem. 1666.

Steph.

Steph. Chr. Harpprecht Diſſert. Jus ſeſſionis et praecedentiae. Hamb. 1725.

J. H. G. von Juſti vom Ceremoniel unter Privatperſonen, in ſ. neuen Wahrheit Th. I. S. 431.

J. B. von Rohr Einleitung zur Ceremonielwiſſenſchaft der Privatperſonen. Berlin 1730.

Kaiſerl. Reſcript bey Lünig im R. A. T. I. p. 438.

666.

Rechtsbeſtimmung.

Die Rechte und Verbindlichkeiten, die jeder Perſon kraft ihres bürgerlichen Standes zukommen, machen die Rechte der Standſchaft aus.

667.

Anmerkung.

Dieſer Begrif iſt zwar etwas ſchwankend und undeutlich. Indes gibt es doch gewiſſe allgemeine Unterſcheidungszeichen, die ſich überall gleich bleiben, und woran man erkennen kann, zu welchem Stande jede Perſon gehörig iſt. Jedoch ſind die Rechte dieſer Stände nicht immer ſo beſchaffen, daß ſie mit denſelben nothwendig verknüpft ſind, ſondern werden zuweilen auch Perſonen von anderem Stande mitgetheilt.

668.

Hiſtoriſche Entwickelung ihres Urſprungs.

Zu Anfang der fränkiſchen Monarchie theilte ſich die ganze Staatsbürgerſchaft in Edle und Freygebohrne. Die leztern wohnten theils in den Städten, und theils auf dem Lande. Dieſe lebten bloß von ihren Gütern,

Gütern, die ſie durch ihre Leibeigene bauen ließen, und fuhren noch zu der Zeit, wo die andern anfiengen, ſich der Handlung und dem Gewerbe zu ergeben, fort, ſich ganz allein mit dem Kriegshandwerke zu beſchäftigen, daher ſie meiſt die Ritterwürde erlangten, viele Lehen erwarben, fleißig auf den Turnieren erſchienen, ſich nur mit den übrigen begüterten freygebohrnen Geſchlechtern verehligten, und die Heirathen mit den ſtädtiſchen Freygebohrnen, die ſich nun häufig mit den freygemachten Handwerkern vermiſcht hatten, vermieden, und dieſelbe endlich gar von den Turnieren und der Ritterwürde ausſchloſſen. Die Ritter, die ſich durch eine Reihe tapferer Thaten auszeichneten, wurden Edle genennt, und da ſie nach der Geſchlechtsreihe fortfuhren, dieſe Würde anzunehmen, ſo entſtanden endlich edle, rittermäßige und ritterbürtige Geſchlechter, gleichwie die alten Edelleute nun der hohe Adel genennt wurden 1), indem ſich ſeit der Zeit ihre alten Staatseigenthumsrechte und perſönliche Unabhängigkeit, durch die eigenthümliche Erwerbung der Staatsämter, in landeshoheitliche Gerechtſame verwandelt hatten. Mit der Aufnahme des römiſchen Rechts erlangten auch deſſen Lehrer ein gröſſeres Anſehen in Teutſchland. Man gab ihnen anfangs den Rang mit dem Herrenſtande, nachher mit dem Adel und der Ritterſchaft. Sie erhielten die wichtigſten Hofbedienungen und Staatsämter, und mit der Zeit verdrangen die Gelehrten den Adel faſt von allen öffentlichen Stellen und Bedienungen, ſo wie der geiſtliche Stand

ihm

ihm ſchon längſt gleich war. Da vollends in den Reichsgeſezen alle landesfürſtliche Räthe den Edelleuten gleich geſtellt wurden, ſo entſtand eine neue Klaſſe im Volke, die nun zunächſt auf den Adel folgte, nemlich der im Reiche ſogenannte Civilſtand, der aus Gelehrten und altweltfürſtlichen Räthen beſteht, und der ſich auf eben die Art von der Bürgerklaſſe abſonderte, wie ſich dieſer vom Baurenſtande abgeſchieden hat. Die Bauren entſpringen zwar zum Theil aus alten Freygebohrnen, gröſtentheils aber aus Freygelaſſenen und aus den Leibeigenen. Erſt durch die Loßlaſſung u. durch die Reichsgeſeze, die alle ſtrenge Sklaverey in der Chriſtenheit aufhoben, wurden ſie eine Klaſſe unter den Gliedern des Staats. Allein durch die Kaiſerlichen Privilegien ſchieden ſich von ihnen die Handwerker und die Kaufleute, und formirten mit den alten Geſchlechtern in den Städten eine höhere Volksklaſſe 2).

1) Dav. Ge. Struben von dem Urſprung und den Vorrechten des alten niedern teutſchen Adels, Th. III. der Nebenſt. S. 489. Desgl. von dem wahren Alter des niedern teutſchen Adels, Th. IV. S. 436.

F. W. Scherel Diſſ. de vera nobilitatis inferioris origine contra communem opinionem. Lipſ. 1761.

Selchow in Elem. Jur. Germ. §. 234.

2) Gedanken von dem Urſprung und Unterſcheid des adelichen, Bürger- und Baurenſtandes in Teutſchland. Cöln 1710.

XI. Ab-

XII. Abtheilung.
Freye und Leibeigene.

669.
Erklärung.

Nachdem die Glieder des Staats ſelbſt Eigenthümer ihrer Perſonen ſind, oder nicht, nachdem theilen ſie ſich in Teutſchland in Freye und Leibeigene ab 1). Denn nach dem teutſchen Rechte war derjenige ein Freyer, der vermög ſeiner Geburt keiner Herrengewalt unterworfen war 2). Dahingegen über die Leibeigenen einem andern dingliche Rechte der Oberherrſchaft zuſtanden.

1) Gloſſe zum Sächſ. Landrecht B. I. Art. 51. Es ſind ſonſt keine andere Leute in der Welt, als Eigene und Freye.

2) *Pfeffinger* in Vitr. illuſtr. T. II. p. 760. *Kopp.* de indiffer. Comit. et Nob. Sect. I. §. 15. p. 67. Strubens Nebenſt. Th. IV. S. 370. Scheidt vom hohen und niedern Adel S. 265. *Hachenberg* Germ. med. Diſſ. 2. p. 18. *Selchow* de jur. ingen. c. 1. §. 2.

670.
Einleitung.

Da die Leibeigenen in Teutſchland ehmals und heutzutage Bauern geweſen ſind, ſo wird der ſchicklichſte Ort, ihre Rechte auseinander zu ſezen, unten beym Baurenrechte ſeyn, indeß wir hier die Rechte der Freygebohrnen unterſuchen.

671.

Teutſche Freyheit und ihre Rechtswirkungen.

Teutſchland kriegte lange Zeit keine innerliche bürgerliche Verfaſſung, ſondern behielt ſeine urſprüngliche kriegeriſche Staatsverfaſſung, vermög deren die unmittelbaren Glieder des Staats ſich nur ſo weit, als es die äußere Vertheidigung erheiſchte, ihrer natürlichen Unabhängigkeit begeben hatten. Man nannte das Syſtem der daraus entſprungenen Rechte und Befugniſſe die teutſche Freyheit 1), das, obſchon ſich jezo durch verſchiedene Revolutionen die Sache verändert hat, dennoch außer vielen andern folgende Ueberbleibſel 2) zurückgelaſſen hat.

1) *Nicol. Chriſt. Lynker* Diſſ. de libertate ſtatuum Imperii. Ien. 1688.

Bernh. L. B. de Pleſſen Comment. de Libertate Germanica, vulgo von der alten teutſchen Freyheit, in qua non ſolum Imp. R. G. libertas publica aduerſus vet. Romanorum Pontificum, Gallorumque praetenſiones ſtrenue adſeritur, ſed et quae ſit ciuium Imperii tam immediatorum quam mediatorum eximia libertas demonſtratur. Halae 1729.

2) *de Pleſſen* in cit. Comment. c. II. et IV. per tot. *Chr. Henr. de Selchow* Comment. de juribus ex ſtatu ingenuorum in Germania pendentibus. Goett. 1756.

672.

Rechte der Genoſſenſchaft und Standesgleichheit.

Die Teutſchen verbanden mit der Genoſſenſchaft und Standesgleichheit eine Menge Rechtseigenſchaften

ten 1), die zum Theil noch üblich ſind, und hin und wieder in dieſem Syſteme angezeigt werden, theils wie ſie bey der Zeugſchaft und bey dem Richteramte ihren Gerichtsgebrauch verloren haben, und in Anſehung der ebenbürtigen Heirath nicht mehr durchgehends beobachtet werden.

1) J. K. H. Dreyer Abhandl. von den Wirkungen der Genoſſenſchaft, Comparität, Ebenbürtigkeit ꝛc. nach teutſchen Rechten, in der Samml. vermiſchter Abh. Th. III. S. 1131. ff.

673.

Gattungen der Freygebohrnen.

Insbeſondere bekamen die eine ſolche Benennung, die urſprünglich von freyer Geburt geweſen ſind, ob ſie ſich gleich nachher durch beſondere Verbindungen zum Dienſte verpflichtet haben. Dergleichen waren die edle Mannen, edle Wehren, Vaſalli, homines nobiles, die zum Kriegsdienſte verpflichtete Ritterſchaft, gemeine Wehren, die Reiſigen und die Mundmannen 1). Sie waren den Hörigen, das iſt, der Dienſtmannſchaft und den Leibeigenen entgegengeſezt 2).

1) Möſers Osnabrück. Geſchichte Th. 1. Abſchn. 1. §. 34. ff. S. 62. ff. beſ. S. 86. 87. 88.

2) *Pfeffinger* in Vitr. ill. T. II. p. 768. *Kopp* de inſ. diff. int. Comit. et Nob. S. 1. §. 15. p. 67. Struben Nebenſt. Th. 4. S. 370. Scheidt v. Adel in Teutſchl. S. 265.

674.

Ihre Abſtufung.

Ein Freygebohrner mußte von Vaters und der Mutter Seite her ſeine 4 Ahnen zehlen 1). Er hieß in

in der Folge höchſtfrey, weil es noch andere freye Leute gab, die ihre Freyheit durch die Loßlaſſung aus der Knechtſchaft erhalten hatten 2). Es waren das die Mittelfreyen, Libertini, wiewol der teutſche Ausdruck oft beiden Gattungen gemein iſt, indem ſowol die, welche zwiſchen den Edlen Mannen und den Dienſtleuten mitten inne ſtanden, als die, welche zwiſchen den Freygebohrnen und den Leibeigenen ſich in der Mitte befanden, ſo genannt wurden 3). Die leztern Mittelfreyen durften weder Kriegsdienſte thun, noch Aemter verſehen.

1) Sächſ. Lr. B. III. Art. 51. Alem. Lr. c. 49.

2) Scheidt vom Adel, S. 25.

3) *Ge. Frid. Wache* Diſſ. de voce Mittelfreyen et ingenuis militibus et libertinis olim collata eaque caute accipienda. Hal. 1763. pag. 12. 13. 17.
Scheidt in praefat. ad Mant. Docum. in adp. vom Adel in Teutſchland. *Boehmer* de imp. matrim. §. 7. p. 19.

675.

Vorrechte der Freygebohrenſchaft.

Der Freygebohrne war allein ein Glied des Staats, und gehörte deswegen zum Heerbanne oder zur Kriegsmannſchaft 1), beſaß das Waffenrecht oder das ſogenannte Fauſtrecht, das iſt, er durfte ſeine Schildknappen und Reiſige Knechte mit ſich zu Felde nehmen, nicht aber eine Anzahl Ritter unter ſeiner Fahne verſammeln 2); konnte Lehen erwerben 3); Aemter und öffentliche Bedienungen bekleiden 4); ſich bey Gilden und Zünften aufnehmen laſſen 5); hatte die eigene Familiengeſezgebung.

1)

1) *Hackenberg* in German. media, Diſſ. II. §. 3. *Hugo* de ſtatu Region. Germ. c. 4 §. 22.

2) *Cramer* de jur. ac praerog. nobil. av. p. 395. *Selchow.* de reliqu. Jur. manuarii §. 3. pag. 5. Dreyers verm. Abhandl. Th. III. S. 1256.

3) A. Vet. de Benef. c. 1. §. 4. Sächſ. Lehenr. C. I. §. 4. Alem. Lehenr c 2.

4) Grupen von dem Landting in Obſerv. p. 706. Strubens Nebenſt. Th. III. S. 131. Dreyer a. a. O. S. 1152.

5) *Selchow* de jur. Ingen. Sect. II. p. 140.

676.

Gattungen von Staatsbürgern, die aus ihr entſprungen ſind.

Noch machte er aber nicht den niedern Adel aus, ſondern er gab auch einem großen Theile der Städtiſchen Bürgerſchaft und der Bauren den Urſprung 1).

1) *Selchow* de jur. ex ſtatu ingen. c. 1. §. 5. 6. et 20. p. 13. 16. 53. ſqq. *Boehmer* de ingen. nat. prob. §. 7. pag. 9. Orth über die Frankf. Reformat. Th. V. S. 1208.

677.

Uebergang zum folgenden.

Wir haben jezo der ſyſtematiſchen Ordnung gemäß nach der Reihe das Adelsrecht, Soldatenrecht, Civilſtandsrecht, Bürgerrecht und Baurenrecht auseinanderzuſezen.

I. Abſchnitt.
Adelsrecht.

678.
Literatur.

Io. Steph. Burgermeiſter Bibliotheca equeſtris. Vlmae 1718. II. Tomi.

Der neueröfnete Grafen= und Ritterſaal. Frankf. am Main 1721. Mit dem Auszug und Erl. Anh. und weit. Anh.

Das geöfnete Ritterfeld, oder Gedanken von des Adels in Teutſchland Anfang ꝛc. Frankf. am Main 1721.

(Sam. Lucii) Vorläufiger doch gründlicher Bericht vom Adel in Tentſchland. Frankf. am M. 1721.

Ulr. ab Eyben de titulo nobilis. Helmſt. 1671. 1677.

Ioſ. Nolden de ſtatu nobilium ciuili. Gieſſ. 1621. 1623. 8.

Ern. Frid. Schroeter de nobilitate. Ien. 1651.

Er. Mauricius de nobilitate germanica. Kil. 1660. in opuſcul.

Goth. de Peſchwitz de jure et priuilegiis nobilium. Ien. 1662. 1740. 8.

Ern. Frid. Schroeter de ciuili nobilium ſtatu, eorumque jure ac priuilegiis. Ien. 1667.

Mich. Praun adeliches Europa, und noch viel edleres Teutſchland. Speyer 1685.

Ant.

Ant. Matthaeus de nobilitate, ducibus, principibus. Amſt. 1685.

Sam. Stryck de jure illuſtrium et nobilium communi. Vit. 1691.

Henr. Bodinus de jure nobilitatis et vera ingenuitate. Hal. 1704.

Io. Ge. Scherz de nobilitate. Arg. 1709.

Dan. Ge. Strubii Diſſ. de origine nobilitatis german. et praecipuis quibusdam ejus juribus; habita Praeſide *Noodtio.* Lugd. 1718. rec. Ien. 1745.

Io. W. Goebel de ſtatu nobilitatis germ. Helmſt. 1719.

Pol. Leyſer obſ. hiſt. dipl. de differentia nobilium medii et hodierni aeui. Helmſt. 1727.

Io. Ge. Cramer de juribus ac praerogatiuis nobilitatis auitae ejusque probatione. Lipſ. 1739.

Henr. Chr. Senckenberg delectus florum ex jure nobilitatis Germanicae. Gieſſ. 1743.

J. Mich. von Loen vom Adel. Ulm 1752. 8.

J. F. Pauli Einleitung in die Kenntniß des teutſchen hohen und niedern Adels. Halle 1753. 8.

Chr. Lud. Scheids hiſtoriſche und diplomatiſche Nachrichten vom hohen und niedern Adel in Teutſchland. Hannover 1754. 4.

Von Schliefen von der Beſchaffenheit des teutſchen Adels, in alten und mittlern Zeiten. Muſeum 1782. Januar und Febr.

(Steck) Vom Geſchlechtsadel. Halle 1780.

And. Tiraquell de nobilitate ejusque inſignibus. Lugd. 1617.

679.

Begrif des Worts Adel.

Ein Edelmann iſt eine entweder durch eigene oder durch die Verdienſte ſeiner Vorfahren ausgezeichnete Perſon 1). Der Adel iſt ein beſonderer Vorzug vor den übrigen Bürgerklaſſen im Staate.

1) Scheidt Nachricht vom hohen und niedern Adel §. 3. S. 7. Dreyers Nebenſt. S. 34.

680.

Erklärung des Adelsrechts.

Das Adelsrecht iſt der Inbegrif von Rechten und Verbindlichkeiten, die dem Stande des Edelmanns zukommen, und ihn von allen übrigen Ständen, hauptſächlich von Bürgern und Bauern unterſcheiden.

681.

Verſchiedenheit vom adelichen Privatrecht.

Ein anderes iſt das Adelsrecht im eigentlichen Verſtande, das die Rechte und Verbindlichkeiten des bürgerlichen Zuſtands der Edelleute begreift, und ein anderes das adeliche Privatrecht, in ſo fern eben dieſer bürgerliche Stand ihren übrigen Privatrechtsangelegenheiten andere Beſtimmungen gibt. Es zeigt hieben auch wieder eine große Abweichung des erlauchten Privatrechts, weil ein Theil des hohen Adels, die Landesherren ſind, andere Beſtimmungen und gewiſſe Einſchränkungen der adelichen Privatrechtsmaterien angenommen haben.

682.

Abtheilungen des Adelsrechts.

Die Adelsrechte ſind entweder zwiſchen dem hohen und niedern Adel gemein, oder nur dem einen Theile eigen. Die Rechte des niedern Adels kommen entweder bloß dem alten Geſchlechtsadel, oder dem alten ächten Geſchlechtsadel zu, oder ſie ſind allen von altem und neuem Adel gemeinſchaftlich.

683.

Ehemaliger Zuſtand der Freygebohrnen.

Ihre ehmaligen Vorrechte haben wir bereits kennen gelernt. Die alten ächten Freygebohrnen ſuchten ſich beſonders in dem Vorrechte, die Gerichtsſtellen und Schöppenämter zu verſehen, ſorgfältig zu erhalten, und ſchloßen von deren Beſize die übrigen freyen Leute aus. Daher ſie in der Folge Schöppenbarfreye 1), Sendbarfreye 2) genennt wurden.

1) Sächſ. Lr. B. I. Art. 51. und Gloſſe zu B. II. Art. 12.

2) Ebendaſ. B. I. Art. 2. Schilter ad Jus feud. Alem. c. I. §. 18. p. 35.

684.

Ihre Rangordnung.

Weil ſich bey dem beſtändigen Wachsthume der Lehensverfaſſung viele Freygebohrne der Dienſtmannſchaft ergaben, ſo geſchah es, daß man nun die ganze Staatsbürgerſchaft in mehrere Klaſſen abtheilte, und den Freyen zum Theil den Rang über den Dienſtleuten anwieß, zum Theil ſie ihnen nachſezte.

685.

Von den ſieben Heerſchilden.

Die ganze Staatsbürgerſchaft theilte ſich in ſieben Stände, die man die ſieben Heerſchilder nannte 1). Den Erſten Stand und Rang hatte der teutſche Monarch, den zweiten die geiſtlichen Fürſten, den dritten die weltlichen Fürſten, den vierten die Freyherren, den fünften die Mittelfreyen, den Sechſten die Dienſtmänner, und den ſiebenten die Sendbarleute 2). Man ſieht, daß dieſe Eintheilung theils von der Unmittelbarkeit, theils von der Lehensverbindung, theils von der Dienſtmannſchaft, theils von der Freygebohrenſchaft hergenommen worden iſt. Im Felde machte jeder Heerſchild ein Geſchwader, einen Haufen Kriegsmannſchaft aus, indem man ſich damals eines großen Schildes ſtatt der Trommel, die erſt hernach daraus entſtanden iſt, bediente 2).

1) Vet. A. de Beneficiis C. I. §. 2. Sächſ. Landr. B. I. Art. 3. Lehenr. Art. 1. Alem. Landr. c. 47. 130. Lehenr. c. 1. Richtſteigrechtbuch c. 1151.

2) Meine Schrift: Sitten und Gebräuche der Europäer im V. und VI. Jahrhundert, aus einem alten Denkmale beſchrieben. Frankfurt an der Oder bey Strauß 1784. S. 88. ff.

686.

Abtheilung in hohen und niedern Adel.

Da allgemach der größte Theil der Freygebohrnen, die auf ihren Gütern lebten, ſich aber nicht unmittelbar mit dem Ackerbau beſchäftigten, ſondern auf

auf eigene Koſten Kriegsdienſte thaten, vermög der ritterlichen Achtung den Beynamen Edel bekam, und in die Rechte des alten Adels eintrat, ſo wurde dieſer, der nun gar zum Beſiz der Hoheitsrechte gelangt war, zum Gegenſaz der hohe Adel genennt.

I. Abſaz.

Rechte des hohen Adels.

687.

Urſprung der Benennung Erlaucht.

An den byzantiſchen Höfen hieſen die erſten Staatsbedienten Viri illuſtres 1). Daher auch die Könige der teutſchen Völker mit den Römiſchen Staatswürden zugleich dieſe Titulatur annahmen, und der fränkiſche König Klodewig der Groſze nannte ſich in ſeinen Urkunden ſelbſt Vir illuſter 2). Nachdem das Kaiſerthum mit den fränkiſchen teutſchen Staaten vereinigt worden war, ſo fiengen die erſten Reichsbeamten und die vornehmſten Hofſtaatsbedienten an, ſich ſo benennen zu laſſen, weil ſie nun glaubten, den Groſzen des byzantiniſchen Hofs gleich zu ſeyn. Das Prädikat illuſtris, das teutſch Durchlauchtig und Erlaucht überſezt wurde, pflanzte ſich nachher auf die heutigen Fürſten, die Nachkommen jener Kronbeamten, kanzleymäſzig fort 3), und ſie verlieſzen den Titel Nobilis, Edler, ihren Miniſterialen und der Ritterſchaft 4).

1) *Guther.* de officiis Dom. Auguſtae p. 19. 38. *Ludewig* vita Iuſtin. Imp. c. 7. p. 145. 182.

2)

2) Vid. *Perard* Recueil de pluſieurs pieces curieuſes ſervant à l'hiſtoire de Bourgogne. Paris 1664.

3) *Feltmann* de titulis honor. L. I. c. 52. §. 11. 12. p. 276. *Kopp.* de diff. Comit. et Nobil. Sect. III. §. 1. p. 226.

4) *Eyben* de tit. Nobilis in opp. pag. 817. ſeqq. *Buder* Amoen. Jur. feud. p. 100. Scheidt vom Adel §. 10. S. 68.

688.

Beſchaffenheit des alten Adels.

Der alte Adel beſtand aus freyen Beſizern ganzer Landesbezirke mit eigener Gerichtsbarkeit und allen Staatseigenthumsrechten. Wenn ſie ohne Aemter waren, ſo hieſen ſie Herren, Freyherren, Landherren, Seniores terrae, Majores, Barones, Dynaſtae, Satrapae 1).

1) Scheidt vom Adel in Teutſchland, S. 195. §. 18. S. 141. *Cramer* de praerog. Nobil. avit. §. 7. p. 73. *Erath* Cod. dipl. Quedlinb. p. 108. *Gerken* Diplomat. vet. March T. II. p. 6. Cod. diplom. Brand. T. I. p. 14. *Ad. Frid. Glaſſey* Diſſ. de titulo Domini atque Baronis. Tub. 1716. *Frid. Car. Moſeri* Commentarius de titulo Domini moribus aeui accommodatus. Lipſ. 1751. *Fabian. Toerner* Diſſ. de Baronum dignitate apud Suecos. Vpſal. 1728.

689.

Standeserhöhung.

Mit dieſen Freyherren wurden alle Staatsämter beſezt. Aus ihnen wurden Herzoge, Pfalzgrafen, Markgrafen, Landgrafen, Burggrafen und Grafen gemacht, und ſie bekleideten die erſten Reichsſtaatsbe-

die-

dienungen. Da ſie ihre Aemter und Ehrenſtellen als Lehen beſaßen, und folglich für ſich ſelbſt die Hoheitsrechte ausübten, ſo wurden ſie allgemach Reichsfürſten und Stellvertreter ihrer Völker auf dem Reichstage.

690.

Erlöſchung der alten Freyherren.

Alle Freyherren ſtiegen entweder zur fürſtlichen und gräflichen Würde empor, oder ſtarben aus, oder durch Armuth und Unglücksfälle gedrückt, wurden ſie mit dem niedern Adel vermiſcht 1).

1) *Eſtor* de odio erga matr. imp. C. VI. §. 77. Scheid vom Adel §. 5. p. *Eſtor* de ſtatu et dignit., item differentia vet. dynaſt. Imp. et hod. Nobil. in Oetters hiſt. Bibl. Th. 1. S. 363.

691.

Heutige Kennzeichen des hohen Adels.

Heutzutage macht einen weder der Freyherrliche noch Gräfliche und Fürſtliche Titel zu einem Gliede des hohen Adels, ſondern allein die ebenbürtige Abſtammung von ſolchen Ahnen, die bereits im Mittelalter zum Herrenſtande gehörten. Wer ſolche Ahnen aufweiſen kann, und ſich zugleich im Beſize der Reichsunmittelbarkeit erhalten hat, der iſt von fürſtenmäßiger Geburt.

692.

Eigene Rechte.

Der hohe Adel kann alſo weder durch kaiſerliche, noch durch landesherrliche Verleihung erworben werden,

den, ſondern er wird bloß durch die Geburt erlangt. Er beſaß ſchon im Mittelalter das Waffenrecht in der Ausdehnung, daß er eine Anzahl Ritter unter ſeiner Fahne verſammeln, und im Felde ſelbſt anführen durfte 1) ꝛc. ꝛc.

1) *Selchow* El. Jur. Germ. §. 237.

II. Abſaz.

Rechte des niedern Adels.

693.

Entſtehung des heutigen niedern Adels.

Die Freygebohrne, die von ihren Landgütern lebten, welche durch ihre Leibeigenen gebaut wurden, und auf eigene Koſten in Krieg zogen, und deren Vorfahren ſich die Ritterwürde erworben hatten, erhielten meiſtentheils die geiſtlichen und weltlichen Lehen, und fanden ſich auf allen Thurnieren und Ritterſpielen ein, wodurch ſie zu großem Anſehen und Vermögen gelangten. Sie fiengen daher an, ſich bloß unter ſich zu verheirathen, und die ſtädtiſchen Freygebohrnen von den Thurnieren auszuſchließen. Da einige unter ihnen ſich durch ganz außerordentliche Heldenthaten unterſchieden, ſo nannte man ſie ſeit dem XIII. Jahrhundert edle Ritter, edle Knechte 1), welches Beywort ihnen endlich, nachdem der alte Adel zum Fürſtenſtande hinaufgerückt war, und ſie nun den zweiten Stand einnahmen, kanzleymäßig zukam, zumal ſich verſchiedene vom Herrenſtande, durch allerlei Schickſale verarmt, ihnen beygeſellten 2), oder an ſie verheiratheten.

1) *Strube* de or. ac progr. ord. equ. §. 9. p. 26. Nebenſt. Th. 3. S. 498. Scheid vom Adel S. 135. §. 18. Riccius Th. 1. c. 39. §. 1. *Senckenberg* de jure nobil. Germ. p. 6.

2) *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 234.

694.

Eintheilung in unmittelbaren und mittelbaren Reichsadel.

Der niedere Adel in Teutſchland theilt ſich in den Reichsunmittelbaren Adel, der nur die Obergewalt Kaiſers und Reichs über ſich erkennet, und in den mittelbaren Adel, welcher der Bothmäßigkeit der einzelen Landesherren unterworfen iſt.

I. Glied.

Rechte der unmittelbaren Reichsritterſchaft.

695.

Literatur.

Io. Steph. Burgermeiſter Theſaurus Jur. Equeſtris Publici et Priuati. Vlmae 1718.

Ej. Status equeſtris Caeſaris. Vlm. 1700.

Ej. Reichsritterſchaftliches Corpus Juris. Vlm. 1707.

Ej. Manuale Equeſtre. Vlm. 1702.

Ej. Codex diplomaticus equeſtris. II. Tomi. Vlm. 1720.

Joh. Conr. Kreidemann von der Reichsritterſchaft in Schwaben Staat, Stand, Ehren, Würde,

Frey=

Freyheit ꝛc. Lüb. 1646. in Moſers kl. Schriften Th. XI. S. 63. Vergl. Th. II. S. 1.

Vorlegung der Reichsritterſchaftlichen Irrungen, und daher entſtehender Nothdurft eines endlichen Reichsregulativs. Stuttgart 1749. Mit den Archivalurkunden ꝛc. Regenſpurg 1750. II. Theile.

Vertheidigte Freyheit und Unmittelbarkeit der des h. R. R. Ritterſchaft ꝛc. 1750. 1751. 2 Theile.

Joh. Heinr. Drümmel Neue Bewährung, daß die Reichsritterſchaft von Anbeginn des Reichs zu dem Adel in Teutſchland gezehlt worden, und unmittelbar geweſen. Frankf. u. Leipz. 1754.

Wilh. Frid. de Piſtorius Conſpect. [illegible]. inter S. R. I. Comites et ordinem immediatum equeſtrem gliſcentium controuerſiarum.

Io. Ad. Kopp. Tract. Jur. Public. de inſigni differentia inter S. R. I. Comites et Nobiles immediatos. Arg. 1724. 1728.

Io Henr. Sommer Vindiciae libertatis Corporis Nobilium S. R. I. immediatorum aduerſus ſuperioritatis territorialis extenſionem. Goett. 1754.

A. R. I. Bunemann de Nobilitat. Germ. jure eligendi Imperatorem, vom Recht des teutſchen Adels bey der Kaiſerwahl. Hal. 1737.

Id. de Nobilibus Germaniae jure belli inſtructis in praefat. ad *Klugiſt* lib. de Duell. lim.

I. P. de Ludewig opuſc. n. 3. de nobil. Germ. jure Suprematus, in adp. ad cit. *Klugiſt.*

Io.

Io. Henr. Felz Superioritas territorialis Nobilitatis S. R. I. immediatae denuo adſerta. Arg. 1727

Vermiſchte Beobachtungen von dem Blutbann der unmittelbaren freyen Reichsritterſchaft in Schwaben. 1782.

Io. Dav. Koehler Diſſ. de origine et progreſſu ſubſidii charitatiui Imper. ab ordine equeſtri immediato in neceſſitatibus publicis praeſtito. Alt. 1728.

Imm. Weber Diſſ. de retractu Nobilibus Imp. immediatis per priuilegia caeſarea conceſſo. Gieſſ. 1719.

Bernh. Lud. Mollenbeck Diſſ. de ſubſidio charitatiuo liberorum et immediatorum Imp. nobilium. Francof. et Lipſ. 1750.

Phil. Frid. de Bergheim Diſſ. de comitiis nobilitatis, ſeu von gemeinen Rittertägen. Arg. 1708.

Phil. Reinh. Geyling ab Altheim Comment. de conuentibus Deputatorum Nobilitatis, vulgo von den Ausſchuſstagen. Arg. 1713.

Io. Henr. Felz Diſſ. de dignitate Nobilitatis immediatae S. R. I. Lipſ. 1737.

Io. Ge. Scopp. Compendium equeſtre de juribus ac priuilegiis equitum ord. Teut. et Nobilium Immediatorum. Suobaci 1756.

696.

Rechtsquellen.

Sie beſtehen in dem Statut der drey Ritterkreiſe, Schwaben, Franken und am Rheinſtrom, die Aufnahme der neuen Glieder betreffend, vom 16. Jun.

 1750.

1750. 1); in den Ordnungen gemeiner Ritterſchaft und Adel der fünf Viertel von Schwaben 1561. 2); Erneuerten, vermehrten und beſtätigten Ordnungen, Privilegien und kaiſerl. Reſcripten der unmittelbaren freyen Reichsritterſchaft der ſechs Orte in Franken 3), und in den Reichsſazungen und Ordnungen der freyen Reichsritterſchaft am Rheinſtrom und in der Wetterau und zugehörigen Orten 4); wozu noch Kaiſer Karl VI. Patent vom 11. May 1729. kommt, die Bezahlung der ſchuldigen Steuern, Exekution der Urtheln, auch Annahme und Verwaltung der adelichen Vormundſchaft belangend.

1) in den geſammelten Nachrichten von Reichsritterſchaftl. Sachen. Nürnberg 1773. n. 6. S. 779.

2) bey Lünig im Reichsarchiv, P. Spec. Cont. III. p. 34.

3) ebendaſ. P. II. Abſ. pag. 15. und einzeln 1720. gedruckt. Neue Auflage der fränkiſchen Ritterordnungen 1772.

4) a. a. O. Abſaz III. p. 3. u. 36. und in Simon Günther Freyheiten des h. R. R. eximirter adelichen Ritterſchaft am Rhein. Speyer 1609.

697.

Urſprung.

Die heutigen unmittelbaren Reichsedelleute waren ehmals theils als Vaſallen, theils als Dienſtleute, und theils als Landſaßen den Fürſten unterworfen; riſſen ſich aber mit Hülfe ihrer Verbindungen, die ſie am Ende des XIV. Jahrhunderts errichtet hatten, und unter Begünſtigung des kaiſerlichen Hofs im Anfang des

XVI.

XVI. Jahrhunderts von dieſer Abhängigkeit loß, und formirten einen eigenen Staatskörper 1).

1) *Hert.* de ſpecial. rebuspubl. Germ. § 32. Vol. I. opuſcul. T. II. p. 100.
Wirtemb. Vorlegung d. reichsritterſchaftl. Irrungen S. 25 ff.
Gedanken von dem zweifelhaften Urſprunge der Reichsritterſchaft. 1753.

698.

Eintheilung.

Sie theilen ſich in den Schwäbiſchen, Fränkiſchen und Rheiniſchen Ritterkreis. Erſterer begreift fünf Viertel, Orte oder Kantons, als 1) an der Donau, 2) Hegau, Algäu und Bodenſee, 3) und zwar zwei Bezirke, am Nekar und Schwarzwald, und in der Ortenau, 4) am Kocher, 5) im Kreichgau. Der zwote beſteht aus ſechs Orten, als 1) Odenwald, 2) Gebürge, 3) Rhön-Werra, der wiederum vier Quartiere hat, 4) Steigerwald, 5) an der Altmühl, 6) an der Baunach; und der lezte Ritterkreis zehlt 3 Kantons, nemlich Ober-Nieder-und Mittelrhein. Er wird auch ſo abgetheilt: 1) Gau und Wasgau, 2) Wetterau, Weſterwald, Heimrich, Rheingau, 3) Niederrheinſtrom, Hundsrück, Eberswald.

699.

Verfaſſung.

Jedem Kanton iſt ein Kollegium vorgeſezt, das aus dem Ritterhauptmann, etlichen Ritterräthen, und einem Ausſchuſſe mit den Offizianten, als Konſulenten, Syndikuſſe, Sekretarien, Kaſſierer, Regiſtratoren,

Kanzeliſten u. ſ. w. beſteht. Sie pflegen ſich an dem Orte aufzuhalten, wo ſich der Kanton verſammelt, und ſeine Kanzley, Archiv und Rittertruhe beſitzt. Ueber jeden Ritterkreis hat das Direktorium die Aufſicht, das zugleich die erſte Inſtanz bey Streitigkeiten der ritterſchaftlichen Glieder unter ſich ausmacht 1), und vom Kaiſer als Kommiſſion das Obervormundſchaftsrecht verliehen erhalten hat 2). Dieſe Ritterdirektorien beſorgen die Aufnahme und Immatrikulirung der neuen Glieder, und üben das Beſteurungsrecht über alle zu den Kantons gehörigen Güter und Unterthanen aus. Alle Direktorialämter ſtehen miteinander in beſtändiger Korreſpondenz, und halten zu dem Ende eigene Korreſpondenztage, wovon hernach ihre Kreis- und Viertelstage verſchieden ſind. Die ganze Reichsritterſchaft ſteht unter einem Generaldirektor, welches Amt unter den drey Ritterkreiſen von 3 zu 3 Jahren abwechſelt; die Wahl fällt jedesmal auf denjenigen Orts-Direktor, der Direktor ſeines Kreiſes iſt.

1) Rhein- und Wetterauiſche Ritterrathsſatzung u. Ordn. S. 13. ff. 32. ff. Ordnungen der Ritterſch. in Franken S. 20. ff. 56. ff.

2) *Reinharth* ad Chriſt. P. V. c. 24. p. 35. *Senckenberg* Flor. ſparſi ad Jus Auſtraeg. §. 18.

700.
Aufnahme.

Wer bey der Ritterſchaft aufgenommen ſeyn will, muß die Bewilligung ſämtlicher drey Ritterkreiſe zu er-

erhalten ſuchen 1). Nach ſeiner Aufnahme muß er, wenn er ein altadelicher Perſonaliſte iſt, 500 Gulden Rheiniſch, wenn er aber neu geadelt worden, 750 Gulden Rheiniſch bey der Rittertruhe hinterlegen, die ihm auf den Fall er ein kollektables Rittergut von 6000 Gulden an Werth erkauft hat, wieder zurückgegeben werden.

1) Majers weltl. Staatsrecht B. I. S. 379.

701.

Ritterſchaftliche Steuern und Abgaben.

Obſchon das Reich dieſer Ritterſchaft von Zeit zu Zeit befahl, zu den Reichsſteuern ihren Beytrag zu liefern 1), ſo kam dieſe Sache doch theils wegen Mangel der Reichsſtandſchaft, und theils wegen Abgang der Kreisſchaft niemals zu Stande. Dahingegen bewilligten ſie ſeit der Regierung Kaiſer Karls V. anfangs freywillig, nunmehr aber aus Schuldigkeit, dem Kaiſer das ſogenannte Subſidium Charitativum. Sonſt erhebt noch der Kaiſer von ihren Juden das Krongold und den Opferpfennig. Zur Unterhaltung der Ritterſchaftlichen Bedienten, zu Bezahlung der Zinſe ihrer unermeßlichen Schuldenlaſt, und zu Führung ihrer unzehligen Prozeſſe mit den Nachbarn werden ebenfalls beträchtliche Steuern erhoben. Es ſind daher ſämtliche Steuern und Abgaben der Reichsedelleute ſo hoch, daß ſie oft das Drittel aller Einkünfte wegnehmen, welches ihnen deſto läſtiger fällt, als ihnen nicht erlaubt iſt, von ihren Unterthanen

mehr Steuern zu erheben, als der Ritterhauptmann angeſezt hat. Die Ritterſchaft hält zu dem Ende eine eigene Rittermatrickel, worinn alle ritterſchaftlichen Güter eingetragen ſind.

1) hauptſächlich im Reichsabſchied von 1541. §. 57.

702.

Beſondere Vorrechte der Reichsritterſchaft.

Vermög ihrer Privilegien behauptet die Reichsritterſchaft zur Aufnahme mehrerer Mitglieder berechtiget zu ſeyn, desgleichen über alle veräußerte Ritterſchaftlichen Güter binnen 3 Jahren das Näherrecht 1), ohne die dem Kontrakte angehängte Bedingungen zu erfüllen 2), ausüben, und ſelbſt die an die Reichsſtände durch die Konſolidation 3) und auf andere Weiſe angefallenen Güter ferner beſteuren zu dürfen 4). Endlich die Gerichtsbarkeit ausſchließungsweiſe auch über ſolche Glieder auszuüben, die ſich in Reichsfürſtlichen Dienſten befinden. Ueber dieſe ausſchweifende Privilegien haben die Reichsſtände häufig Klagen erhoben, allein ohngeachtet aller Bemühung nichts ausgerichtet, und ſich am Ende genöthiget geſehen, einzeln, ſo gut ſie konnten, ſich mit der Ritterſchaft zu vergleichen. Die Reichsritter ſtehen in Vormundſchaftsſachen unter ihren Ritterdirektorien 5). Sie beſitzen auch ihre beſondere Ehrengerichte 6).

1) Fränk. Ritterord. S. 45. 46. 247. *Sommer* Vind. libert. Corp. Nob. Immed. c. 4. p. 211. *Imm. Weber* Diſſ. de retractu nobilibus Imp. immediatis per priuilegia Cæſarea conceſſo. Gieſſ. 1719.

2) *Lu-*

2) *Ludolff* P. III. obſ. 251.

3) *Boehmer* de Conſolidat. feud. imped. c. II. §. 21. p. 41.

4) Fränk. Ritterord. S. 45.

5) *Reinharth* ad Chriſtin. P. V. c. 24. p. 35.; *Senckenberg* de jure Auſtræg. §. 18.

6) Ord. der Schwäb. Ritterſchaft §. 20. 22. 23. Fränk. Ritterord. S. 41. Rhein. Ritterſch. Rath, Saz. und Ordn. tit. 11.

703.

Streitigkeiten mit den Reichsſtänden.

Zwiſchen den Reichsſtänden und der Reichsritterſchaft iſt ferner ein großer Steit über die Gerichtsbarkeit und das Strafrecht über die ritterſchaftlichen Güter, deren Pächter, die adelichen Haußgenoſſen, und das Geſinde, die ſich auf den landesherrlichen Amtsbezirken befinden 1).

1) Eſtor Th. 2. §. 4955.

II. Glied.

Rechte des Mittelbaren Adels.

704.

Literatur.

Joh. Chriſtian Lünig Collectio nova von der mittelbaren und landſäßigen Ritterſchaft. II. Theile. Leipzig 1730.

Matth. de Schulenburg Diſſ. de priuilegiis ac prærogatiuis Nobilium mediatorum in Germania. Gieſſ. 1733.

Chriſt. Gottl. Riccius zuverläßiger Entwurf vom andſäßigen Adel in Teutſchland, Nürnb. 1735.

Dav. Ge. Struben von dem Urſprung und Vorrechten des alten niedern teutſchen Adels.

Ebenderſ. von dem wahren Alter des niedern teutſchen Adels. Nebenſtund. Th. III. S. 489. Th. IV. S. 436.

Io. Zach. Hartmann Progr. de ſimilitudinibus equitum Holſat. cum Bremenſ. 1736.

I. G. Lippiſch Specimen Iuris Marchici hodierni de Nobilitate Marchica. Lipſ. 1742.

Sam. Frid. Willemberg de juribus Nobilium Ducatus Oppolienſis et Ratiborienſis. Francof. 1700.

I. W. Scherel Diſſ. de vera nobilitatis inferioris origine contra communem opinionem. Lipſ. 1761.

Ad. Frid. Aug. a Watzdorff de ſtatutis et judiciis gentilitiis Nobilium mediatorum in Germania. Lipſ. 1774.

705.

Rechtsquellen.

Die geſezlichen Quellen des landſäßigen Adelsrechts ſind theils in den gewöhnlichen Landtagsrezeßen und Landesverträgen 1), theils in beſondern Privilegien und Ritterrechten 2) enthalten. Ebendas iſt der Fall beym Preußiſchen Adelsrechte, wo, ſoviel mir bekannt, bloß in Weſtpreußen ein eigenes Adeliches Landrecht 3) exiſtirt. Sonſt iſt es bloß in den Landtagsabſchieden 4) anzutreffen.

1) Außer der angez. Lünigiſchen Sammlung exiſtiren einzeln: Die Sammlung der Bayeriſchen Landſtändiſchen Freyheits-Briefe und ſogenannten Handveſten, oder der Privilegien, Lan-

Landesverträge, Vereinigungen und Bündniſſe gemeiner Landſchaft des Herzogthums Ober- und Niederbayern, mit einem Anhang vermehrt (von Friedrich Chriſtoph Jonathan Fiſcher, München) 1778. Mecklenburgiſche Landesverträge, Rezeſſe ꝛc. Neubrand. 1720.

2) Bremiſches Ritterrecht, Stade 1673. und bey Pufendorf Tom. IV. adp. p. 1. ſqq.

3) Ius Terreſtre Nobilitatis Pruſſiæ correctum a. 1598. lat. Polon. et Germ. editum à *Dan. Patterſon.* Dant. 1685. Vergl. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2170. 2208. 2218.

4) (E. A. F. Culemanns) Sammlung der vornehmſten Landesverträge des Fürſtenthums Minden. Minden 1748.

706.

Von der Landſaßerey.

Landſaßen ſind überhaupt der geehrtere Theil der Unterthanſchaft 1), worunter nicht allein die Edelleute, ſondern auch die Grafen, Prälaten, Städte und Univerſitäten begriffen werden. Näher betrachtet können ſie auch für Repräſentanten der übrigen Unterthanſchaft gehalten werden 2). Die Landſaßerey befeſtigte ſich mit der entſtandenen Landeshoheit; denn dadurch wurde jedermann, der auf dem landesherrlichen Grund und Boden, mit Gütern angeſeßen iſt, er mochte mittelbar oder unmittelbar ſeyn, vollkommen der landesherrlichen Botmäßigkeit unterworfen.

1) *B. G. Struve* de jure Landſaſſiatus ꝛc. Francof. 1746. C. *H. Geisler* Commentarius de Landſaſſiatu L. I. Marb. 1781. Eſtor bürg. Rechtsgel. Th. I. §. 131.

2) Riccius vom landſäß. Adel, P. II. c. 19. §. 10.

7(7.

Eintheilung in volle und nichtvolle Landſaßerey.

Vermög der heutzutage gegründeten Landeshoheit iſt jeder Edelmann Landſaß, und jener vollkommen unterworfen 1). Allein die Ritterſchaften in einigen Ländern haben ſich durch Landesverträge einen Theil des alten Fauſtrechts und der Unabhängigkeit ſo weit erhalten, daß ſie nur in dinglichen und mitnichten in perſönlichen Sachen, wenn ſie nicht auf dem landesherrlichen Boden ihren Wohnort haben, der landesherrlichen Gerichtsbarkeit untergeben ſind 2). Dieſe Verfaßung nennt man die unvollſtändige Landſäßerey. Dahingegen die vollkommene Unterthänigkeit, die in den Preußiſchen Staaten, in Sachſen, Thüringen 3), im Lüneburgiſchen 4), in Oeſtereich 5) und in Heſſen 6) angetroffen, und im Zweifelsfalle, ausgenommen bey Lehen 7), überall vermuthet wird, die Benennung der vollſtändigen Landſaßerey bekommen hat.

1) *Luder Mencken* Diſſ. de vi ſuperioritatis territorialis in territoriis Imperii clauſis. Lipſ. 1712. Die darüber entſtandene Streitſchriften bey *Ienichen* in Theſauro Iur. feud. T. III. p. 505 ſqq.

2) Moſer von der Reichsſtände Landen und Unterthanen S. 339. ff

3) Riccius vom Adel in Teutſchl. S. 438.

4) Strubens rechtl. Bedenk. Th. II. S. 113.

5) Beck in ſpecim. 1. Iur. Publ. Auſtr. p. 124.

6) Eſtor von der Heßiſchen Landſaßerey, Th. III. der kleinen Schriften S. 155.

7) *Böh-*

7) *Böhmer* Inſt. Iur. feud. §. 218.

708.

Kennzeichen der Landſaßerey.

Der Landſaßiat wird im Zweifelsfalle bewieſen durch die Ableiſtung der Landeshuldigung, der Hofdienſte, Heeresfolge, durch die Erſcheinung auf Landtägen, durch den genoßenen Schuz, oder die anerkannte Gerichtsbarkeit, und durch die Lage der Güter in einem geſchloßenen Reichslande 1), wenn ſie auch gleich Lehen eines auswärtigen Lehenherrns ſind 2).

1) *Io. F. Wernher* diſſ. de probatione Landſaſſiatus ex ſitu terrarum. Vit. 1717.

2) *Boehmer* in Inſtitut. Iur. feud. §. 218.

709.

Staatsrechtliches Verhältnis eines Landſaßen.

Die Landſaßerey entziehet aber dem Edelmann nichts an der Ausübung der mit der Erbgerichtsbarkeit verknüpften dinglichen Adelsrechte, als der Erbhuldigung, Beſteurungsrecht, Heimfallsrecht, Abzugsrecht und an der Statutariſchen Geſezgebung 1).

1) C. *H. Freiesleben* Diſſ. de jure fiſci Landſaſſiorum. Lipſ. 1720.

710.

Abtheilung der landſäßigen Edelleute.

Nachdem die Edeleute uralte adeliche Güter und hauptſächlich Burgen und alte Schlößer beſizen 1), oder unmittelbar unter der Kanzley ſtehen, nachdem theilen ſie ſich ab in Schrift- und Amtſaßen, in be-

beſchloßte und unbeſchloßte oder gemeine Edelleute, Schloßgerichts = oder Freygerichtsgeſeßene 2). In der Mark und in Preußiſch Pommern ſind dergleichen die von Flemming, Borck, Wedel, Dewiz, Blücher, Manteufel, Glaſenapp, Podewills, Grumbkow, Eickſtedt, Ramin, Schwerin, Auſtin, Neukirchen, von der Schulenburg und von der Oſten 3). Sie werden ſämtlich für edler und vornehmer als die andern gehalten. Der Unterſchied iſt doch nicht ſo viel perſönlich, und beſteht mehr in der verſchiedenen Beſchaffenheit der Güter.

1) *Gercken* in Cod. dipl. March. T. II. p. 630. Grundmanns Uckermärk. Adelshiſt. C. I. S. 18.

2) *Berger* in Oecon. Iur. L. IV. tit. 4. §. 3. n. 7. *Ayrer* de jure recip. Iud. C. V. §. 1. ſqq. *Kreytmayer* ad Cod. Max. Iud. Bav. p. 32. *Engelbrecht.* delin. ſtat. Pomer. Suet. p. 141.

3) Königl. Executions= und Landreuterordnung von 1718.

III. Abſchnitt.
Vom alten Kriegsadel.

711.
Literatur.

Bernh. Clem. Mettingh Status militiae Germanorum principalis et acceſſorius veteris et medii aeui. Alton. 1742.

Io. Paul. Hanf Diſſ. de vario apud Germanos militiae ſtatu. Altorf. 1748.

Ge.

Ge. Lud. Boehmer Comment. de juribus ex ſtatu militari Germ. pendentibus. Goett. 1749.

Joh. Andr Hoffmann Abhandlung vom vormaligen und heutigen Kriegsſtaat in Teutſchland. II. Theile. Lemgo 1769.

Joh. Ge. Laurentius Abhandlung von den Kriegsgerichten der alten Teutſchen, beſonders in Anſehung der peinlichen Gerichtsbarkeit von den älteſten Zeiten bis zu dem X. Jahrhnndert. Gotha 1753.

Io. Ge. Eſtor Obſervationes feudales. Ienæ 1757.

Mich. Henr. Reinhard Diſſ. de Heriſchlizio ſeu denegatione ſeruitiorum militarium. Ien. 1752.

Memoires ſur l' ancien Chevallerie conſiderée comme une etabliſſement politique et militaire par Mr. *de la Curne de St. Pelaye*. III. Tomes. à Paris 1781.

Lud. Ant. Muratori Diſſ. XXVI. de militia ſæculorum rudium in Italia. Tom. II. Ant. Ital. p. 441.

712.

Beſchaffenheit des alten Kriegsſtaats.

Jedes freye Glied der Nazion mußte beym Heerbann oder der Landwere im Felde Kriegsdienſte thun 1). Zu den beſondern Kriegen und Befehdungen aber bediente man ſich der lehenbaren Ritterſchaft und der Dienſtmannſchaft. Jeder Krieger lebte von ſeinem Landgute, und verrichtete den Kriegsdienſt auf eigene Koſten zu Pferde. Er hatte zu dem Ende entweder ein Lehen erhalten, oder nahm Antheil an der

Beu-

Beute. Vor Anfang des Kriegs mußte er in dem Kriegsrathe zugelaßen werden, und übte das freye Stimmrecht aus 2).

1) *Boehmer* de jur. ex ſtatu mil. Germ. C. I. §. 4. 6. 10. *Selchov.* de jur. ingen. C. II. §. 28. 29. 30.

2) Struben von dem Unterſcheid zwiſchen den ehmaligen Ritterlichen Lehendienſten und heutigen Reuterdienſten, Nebenſt. Th. I. S. 414.

Grupen von den edlen Gleven, als dem Fuß des Anſazes in den Reichsmatrikeln, in Obſ. rer. et Ant. Germ. T. I. p. 355.

713.

Von der Ritterwürde.

Die alte Kriegskunſt, wo alles auf perſönliche Leibesſtärke, Geſchicklichkeit und Tapferkeit ankam, erforderte eine lange Uebung, bis man ſie vollkommen erlernt hatte. Man mußte zu dem Ende manches Abentheuer beſtehen. Die Meiſterſchaft im Kriegshandwerke erlangte man endlich durch den feyerlichen Ritterſchlag, als wodurch man mittelſt Umgürtung eines Schwerdts 1) und Berührung mit dem Degen förmlich zum Ritter erklärt, und eingeweihet wurde 2). Um dieſe Würde mußten ſich alle Stände, Fürſten, Könige 3) und ſelbſt der Kaiſer 4) bemühen. Die Ritter bekamen den Ehrentitel Herr, Dominus 5), in der Anrede, und ſie rühren nicht erſt von den Zeiten Karls des großen her, wie der Graf von Caylus meint 6).

1) *Iuſt.*

1) *Iuſt. Chriſt. Ditmar* Diſſ. de cingulo militari. *Lud. Ant. Muratori* Diſſ. L. III. de inſtitutione militum, quos Cavallieri appellamus, et de inſigniis, quæ nunc arme vocantur. T. IV. p. 678. Ant. Ital.

2) *Matthæi* de Nobilit. L. IV. c. 13. *Eſtor* de miniſter. §. 373. *Cramer* de jur. Nobil. av. p. 296. *Carpentier* in Gloſſ. Noviſſ. T. II. p. 1261. *Barth.* in Comment. ad Guil. Brit. Philipp. L. VI. v. 261. p. 303. ſqq. Neue Diplom. Th. VI. §. 88. S. 36.

3) Scheidt vom Adel in Teutſchl. S. 53. Eſtors kleine Schrift. Th. XI. S. 546. Neue Diplom. a. a. O. §. 90. S. 38.

4) *Barth.* in Comment. cit. L. VII. v. 148. p. 486. 487. 488.

5) Neue Diplom. Th. VI. S. 40. Ihre beſondere Rechte und Vorzüge ebendaſ.

6) Mem. de l' Acad. des Inſcript. T. XXIII. p. 236.

714.

Von den Ritterbürtigen.

Die Freygebohrnen, die von Rittern abſtammten, auf ihren Gütern lebten, und ſich bloß mit dem Kriegsweſen beſchäftigten, hießen Ritterbürtige, Rittermäßige Leute, Reiſige Knechte, Homines militaris conditionis, im weitern Verſtande auch Milites 1).

1) Neue Diplom. Th. VI. §. 88. S. 37.

715.

Erwerbung des Ritterſtands.

Nicht allein die ächten Freygebohrnen bekamen die Ritterwürde, ſondern auch die Freygelaſſenen, wenn

wenn ſie ſich durch außerordentliche Heldenthaten ausgezeichnet hatten, und da im XVI. Jahrhundert wegen veränderter Kriegsverfaſſung der alte Ritterſchlag äußerſt ſelten, und nur noch als ein altes Zeremoniel beobachtet wurde, ſo kam es dahin, daß man den Ritterſtand gleich einem Grade des Adels durch kaiſerliche Gnadenbriefe erlangen konnte, und daß Doktoren ebenſo häufig als Kriegsleute zu dieſem Stande gelangten i).

i) Neue Diplom. a. a. O. §. 92. S. 40.

716.

Von Schildknaben und Waffenträgern.

Solang man noch Lehrling in der Kriegskunſt, wozu man ebenfalls durch Ueberreichung eines Degens eingeweiht wurde 1), war, und ſich wegen deren Erlernung bey einem alten Ritter, als welcher wenigſtens zwey dergleichen Perſonen beſtändig bey ſich hatte, aufhielt 2), hieß man Schildknabe, Waffenträger, Stallmeiſter, Schildträger, Lanzenträger, Knecht, Junker, Tiro, ſervus, famulus, Armiger, ſcutifer, Domicellus 3), Esquire, Ecuer 4). Seine Waffenrüſtung ſieht man bey Haltaus 5).

1) *Barth.* in Comment. ad Brit. Philipp. L. VI. v. 261. p. 402. ſqq.

2) Riccius vom Landſäß. Adel P. I. c. 38.

3) *Scheid* in præfat. Mant. Docum. et in Anmerk. zu Moſers Braunſchw. Lün. Staatsrecht §. 13. S. 24.

4) C. G. Schwarz Erläuter. des Probl. vom Erzſchildherrenamt. Altorf 1739. Diſſ. de S. R. I. Archiſcutifero Alt. 1738.

5) in Gloſſar. med. æui, col. 1624.

717.
Von den Pannerherren.

Ein alter Edelmann, Landherr und Freyherr, der in Teutſchland zehen, und in Frankreich wen gſtens 25. 1) Helme oder Spieſe wolerzeugter Leute, das iſt, vom freygebohrnen Ritterſtande, auf eigene Koſten zu Felde führen konnte, und ſelbſt Ritter war, erhielt vom obriſten Feldhauptmann des ganzen Kriegsheers feyerlich ein Panier oder Fahne 2), welche damals ſo viel als ein Kommandoſtab bedeutete, überreicht, und wurde dadurch zum Pannerherrn erklärt 3). Dieſe Würde war bloß perſönlich, und dem hohen Adel eigen, iſt heutzutage aber durch kaiſerliche Vergünſtigung auch dem niedern Adel und zwar erblich unter dem Titel des H. R. R. edle Pannerherren zu theil geworden 4).

1) *La Lande* traité du Ban p. 56.

2) *Car. du Freſne* Diſſ. ad *Joieville* des Banerets in *Piſtor.* Amoen. Hiſt. Iurid. P. V. p. 1358. Scheidt zu Moſers Br. Lüneb. Staatsrecht § 18. S. 141.

3) Meine Schrift: Sitten und Gebräuche der Europäer S. 86. 87.

4) *Chr. Wildvogel* D. de jure vexillorum. Ien. 1697.

Io. Mich. Weinrich. Diſſ. de vexillis et vexilliferis. Erf. 1710.

Vlr. Obrecht Diſſ. de vexillo Imperiali. Aegent. 1673.

Io. Chr. Weinland Comment. de vexillo Imp. primario, vulgo Reichsſturmfahne. 1726.

Nic. Hier. Gundling Diſſ. de feudis vexilli. Hal. 17 5.

718.

Burgmannſchaften und Ganerbſchaften.

Die ſteinerne Bergſchlößer, Burgen genannt, dienten im Mittelalter ſtatt der Feſtungen, die ſelbſt der Adel wegen den immerwährenden Befehdungen nöthig hatte 1). Daher ſich oft mehrere unvermögende Familien miteinander zur Erbauung einer Burg vereinigten, und aus ihren Gütern und der errichteten Burg ein Gemeineigenthum machten. Das hieß man Ganerbſchaft und die Theilhaber Ganerben, die hernach gemeinſchaftlich das Schloß vertheidigen mußten 2). Der geſchloſſene Vertrag aber hieß Burgfrieden 3). Die Garniſonen, die der Kaiſer und die Landesherren in den Burgen hielten, nannte man die Burgmannſchaft. Die Burgmänner ſtanden unter dem Befehle des Burggrafen und der Baumeiſter, die hauptſächlich über die Burghuthe zu wachen hatten. Die zur Burg gehörige Güter genoßen ſie als eigene Lehen, und hatten oft keinen Antheil an der Burg 4).

1) *Balth. Frid. de Mitthofen* Diſſ. de caſtro, ſiue loco munito. Goett. 1747. *Phil. Car. de Knigge* Diſſ. de natura et indole caſtrorum in Germania. Goett. 1747.

2) *Iac. Wernh. Kyllinger* de ganerbiis Caſtrorum. Tub. 1620.

Joh. Leib von Ganerben und den Ganerbhäuſern. Coburg 1620.

Mart. Zach. Cramer de ganerbinatu. Lipſ. 1677.

Nicol. Chr. Lynker Diſſ. de ganerbinatu. Ien. 1689.

Io. Nicol. Hert. Diſſ. de ganerbinatu, ap. Eſtor klein. Schriften Th. II.

3) *Io. Wilh. Waldſchmidt* Diſſ. de pactis ganerbinatuum ſeu Burgfrieden. Marp. 1725. *Io. Frid. Scherz* de pactis ganerbicis famil. ill. in Imp. R. G. Arg. 1739. *Ern. Frid. Boch* de pace Burgorum. Arg. 1681. *Ge. Nicol. Appold* de ſigno Pacis, von dem Burgfrieden. Gieſſ. 1694.

4) Beyſpiele bey *Kuchenbecker* Anal. Haſſ. P. II. p. 410. ſqq. Eſtor in den kleinen Schrift. Th. III. S. 61. ff. *Pufendorff* T. III. obſ. 20. Köhler in den Münzbel. Th. XI. S. 149. *Boehmer* de jur. ex ſtat. mil. Germ. C. III.

719.

Von Thurnieren und Kriegsſpielen.

Seit der älteſten Zeit hielten die Teutſchen ihre öffentlichen Kriegsübungen 1) theils bey der Heerſchau (General Revûe) theils zur Pracht und theils zur Uebung der jungen Kriegsmannſchaft 2). Gottfried von Preully erfand 1060. noch einiges Gepränge darzu 3), und ſeit der Zeit wurden die feyerlichen Thurniere gehalten 4), die aber wegen den vielen Unglücksfällen, die ſich dabey ereigneten, und heftige Strafpredgtien und Kirchenverbothe der Geiſtlichkeit erregten, wieder in Abgang kamen, und die heutigen Caruſſel, Ringelqwinten, Kopfrennen u. ſ. w. als Ueberbleibſel hinterließen. Es wurden dabey nur Ritter von 4. oder 8. oder (wie heutzutage) von 16. Ahnen zugelaſſen, die ihr eigenes edles Wappen hatten 5). Die Gebräuche und Gewohnheiten dieſer Spiele ſind in den Thurnierbüchern enthalten 6). Edelleute, deren Vorfahren ehemals den Thurnieren beygewohnt haben, heißen Thurniergenoßen.

 1) Sie-

1) Siehe meine Schrift: Sitten und Gebräuche der Europäer im V. und VI. Jahrhundert aus einem alten Denkmale beſchrieben. Frankfurt an der Oder 1784. S. 61 ff.

2) *Io. Balth. Chariſius* Diſſ. de torneamentis Germ. Francof. 1651.

Goth. Suevus Diſſ. de ludis equeſtr. Viteb. 1652.

Cl. Fr. Meneſtrier traité des tournois, jouſtes, carouſſels et autres ſpectacles publics. à Lyon 1669.

Chriſt. Roehrenſee Diſſ. de torneamentis. Viteb. 1671.

Frid. Scultet. Diſſ. de torneamentis. Lipſ. 1683.

Ge. Schubarth de ludis equeſtribus. Ien. 1689.

Wilh. Ilmann de torneamentis inprimis Germ. Lipſ. 1724.

Henr. Klugiſt de veris duellorum limitibus, ſiue vom Kampffrecht. Traj. ad Rhen. 1727. cum Adpend. *Bunnemanni.* Halæ 1736.

3) Karl du Freſne Abh. von dem Urſprung und Gebrauch der Thurniere, ap. *Piſtor.* Amoen. hiſt. Iurid. P. I. p. 112.

4) *Ott. Friſing.* I. 17. *Radevic* II. 8.

5) Schubarth am a. O. c. 6. *Cramer* de jur. Nob. av. p. 341. 354.

Riccius vom landſ. Adel S. 200. 327.

6) wovon Nachricht bey Joh. Müller im Diſc. Ob Ge. Rüxners Thurnierbuch pro ſcript. avth. zu halten ꝛc. ap. *Cramer* in adp. p. 167. in Gesners kleinen teutſchen Schriften S. 162. Estors Neue kleine Schriften Th. II.

720.

Von Herolden, Wappenkönigen und Perſevanten.

Die Herolde waren gewiße vermög des Völkerrechts unverlezbare Perſonen, die bey der Wappenſchau

ſchau zur Anordnung der Thurniere bey Krönungen und großen Feyerlichkeiten, desgleichen zur Kriegsankündigung oder zur Friedensbothſchaft gebraucht wurden. Ihr Oberhaupt war der Wappenkönig 1) und ihre Untergebenen die Perſevanten. Sie trugen einen Waffenrock, hatten in der Hand einen weißen Marſchallsſtab und auf dem Haupte einen Federhuth, waren ſehr geehrt, beſichtigten beym Thurniere den Aufzug und die Waffen der Ritterſchaft, verkündigten die Thurnierordnung, ruften die Ritter zum Kampfe auf, und ertheilten ihnen die Zeugniſſe 2). Heutzutage werden ſie noch gebraucht bey der Verkündigung der Reichsacht und bey der Ertheilung des Wappens.

1) *Spener* in Oper. Herald. Proleg. P. 1. §. 12. p. 5.

2) *Limnæus* in Iur. Publ. L. VI. c. 5. n. 122.

721.

Von den geiſtlichen Ritterorden.

Nur ächte teutſche Edelleute von 8. 16. und 32. Ahnen haben den Zutritt zu den geiſtlichen Ritterorden in Teutſchland 1). Dergleichen iſt der teutſche Orden, (Fratrum Hoſpitalis Teutonicorum S. Mariæ in Hieruſalem) deren Teutſchmeiſter zu Mergentheim in Franken ſeinen Siz hat, und ihre Balleyen und Kommenthureyen befinden ſich in Elſaß und Burgund, Oeſterreich, Coblenz, an der Etſch und im Gebirge, in Franken, Altbieſen, Weſtfahlen, Lothringen, Heſſen, Sachſen, und Thüringen. Sie ſind theils Katholiſcher und theils Evangeliſcher Religion und tragen Uniform. Der Obriſtmeiſter des

ritterlichen St. Johannsordens in teutſchen Landen ſizt zu Heidersheim, die Ritter müßen Teutſche und von altem Adel ſeyn. Nebendem befindet ſich ein Herrnmeiſterthum des Ritterlichen Johanniterordens in der Mark, Sachſen, Pommern und Wendland, deſſen Balleyen Lagow, Schievelbein, Liepen, Werben, Wittersheim, Supplinburg, Friedland und Schenkendorf 2). Die Ritter müßen eingeſeßene Märker und Evangeliſcher Religion ſeyn 3).

1) *Io. Chr. Wolff* Diſſ. de ſacris ordinibus equeſtribus, eorumque juribus. Goett. 1736.

2) *Maſcov* in princ. Iur. Publ. L. 7. c 2. 3.

3) Statuten bey Beckmann Beſchreibung des Johanniterordens, Anh. S. 24. Vergl. Conſil. Hall. Vol. I. p. 158.

722.

Von Hof- und Kriegsorden.

Zu den ſogenannten großen Hoforden wird ebenfalls ein alter ächter Geſchlechtsadel von vielen Ahnen erfordert. Nicht alſo bey den kleinern Kriegsorden, die oft ohne den adelichen Stand erlangt werden können 1).

1) Moſers Hofrecht Th. II. S. 687. Telgmann von der Ahnenzahl C. V. S. 192.

723.

Veränderung des alten Kriegsweſens.

Die Erfindung des Pulvers brachte im alten Kriegsweſen die Veränderung hervor, daß man nun weniger auf eine perſönliche Tapferkeit und Geſchicklich-

lichkeit, beſonders in der Reitkunſt, zu ſehen hatte, und man nahm bald wahr, daß der mit einem Feuerrohre verſehene, an die Stelle des alten Lanzknechts getretene Fußknecht in der Schlacht mehr ausrichtete, als der ſchwergeharniſchte Ritter zu Pferde. Da vollends ein großer Theil des Adels ſich an die neue Kriegskunſt nicht gewöhnen, oder neben dem unſtandsmäſſigen Lanzknechte im Gliede nicht fechten wolte, ſo hörte man auf, ihn weiter zum Feldzuge zu gebrauchen, und führte bloß mit den gemietheten Kriegsrotten den Krieg.

724.

Verſilberung der Ritter= Roß= und Lehendienſte.

Weil aber der Adel ſeine Güter größtentheils aus dem Grunde erhalten hatte, um dafür Kriegsdienſte zu thun, und es ſchon in dem alten Lehenrechte 1) üblich war, daß die Vaſallen, die in Perſon dem Feldzuge beyzuwohnen verhindert waren, dafür dem Lehenherrn einen Theil der Einkünfte ihres Lehens überließen, und gewiße Geldſummen bezahlen mußten, ſo iſt jeder Landesherr und Lehenherr unſtreitig 2) berechtiget 3), für die heutzutage unmögliche und unbrauchbare Kriegsdienſte des Adels gewiße Steuern und Abgaben zu fordern, wobey größtentheils von 10 Hufen ein Pferd 4) gerechnet, und dieſes mit 50. Thaler zu jährlicher Abgabe angelegt wird 5). Die meiſten Landesherren haben ſich hierüber mit ihrer Ritterſchaft verglichen 6). Ein auf dieſe Art beſchwehrtes Rittergut wird beym Anſchlage um 1000. Thaler für jedes Pferd weniger geſchätzt

 1) Con-

1) Conſtit. de expedit. Rom. im Anh. zu meiner Literatur des Germ. Rechts S. 228. und ex Edit. Gebaueri p. 256 A. Vet. de Beneficiis §. 110. II. feud. 40. et 55. §. 1. Alem. Lehenrecht c. 7. 67.

2) gegen Selchow Elem. Iur. Germ. §. 238.

3) *Io. Strauch* Diſſ. de hoſtenditiis. Ien. 1671. *Io. Dav. Lüdke* Diſſ. de adæratione operarum equeſtrium. Alt. 1708. Rechtl. Gutachten wegen der Lehensvererbung und Bezahlung der Ritterpferde. Berlin 1718. Von Ludewig in der Erläuterung der Güldenen Bulle Th. II. S. 1014. ff. Ebendeſſ. Gelehrte Anzeigen Th. III. S. 516. (Matth. Joh. von Beehr) Betrachtung über ein rechtl. Gutachten wegen der Lehensvererbung und jährl. Bezahl. der Ritterpferde. Ulm 1721. *Io. Nic. Pele* Diſſ. de oneris feudalis ſervitiorumque militarium æſtimatione, indeque fluente ſubſidiaria vaſallorum militum domino directo debita præſtatione. Roſt. 1752.

4) *B. G. Struve* in Iurisprud. feud. C. XIV. §. 8.

5) *G. A. Struve* in Synt. Iur. feud. C. XI. aph. 5. n. 12.

6) als Pfalzgrafſchaft am Rhein, Pfälz. H. G. O. tit. 27. L. O. t. 15. *Lünig* Corp. Iur. feud. T. II. p. 1319. Oberpfalz, cit. l. p. 542. Wirtemberg, pag. 1662. Heſſen, Reſcript Landgr. Moriz. vom 17. May 1622. Wilh. vom Oct. 1651. Lüneburg, *Wismann* de feud. Brunſw. Lun. C. II. S. II. p. 49. Mecklenburg, Mecklenb. Erbl. Vergl. §. 7. 469. Holſtein, *Lünig* Coll. L. R. T. II. p. 837. 1015. Schleswig und Femarn p. 931. Bayreuth, C. J. F. T. III. p. 1001. 1007. Kurſachſen, T. II. p. 583. 593. Altenburg, Coll. L. R. T. II. p. 34. Oberlauſitz, C. J. F. p. 625. Gotha T. III. p. 923. Koburg p. 925. Weimar Coll. von der landſ. Ritterſch. T. II. p. 33.

725.
Von der jährlichen Bezahlung der Ritterpferde in den Preußiſchen Staaten.

Das königliche Preußiſche Haus hat größtentheils ſeinen Vaſallen die lehenbare Verbindung erlaſſen, und nimmt von den Gütern, die ehemals Lehen- und Ritterpferde zu ſtellen hatten 1), für jedes Pferd eine jährliche Abgabe, in Pommern von 20, in den übrigen Provinzen von 40 Thaler, die vierteljährig mit zehn Thaler abgetragen wird 2). Der Anſchlag eines Ritterguts verringert ſich deswegen um 1000 Thaler 3). In den Provinzen, wo dieſe oder eine ähnliche Einrichtung 4) noch nicht allgemein angenommen iſt, kann ſich jeder Vaſall, der ſich derſelben unterwerfen will, einzeln nach Hof wenden 5). Diejenigen, deren Güter zum Theil von Auswärtigen zu Lehen rühren, geben den Kanon bloß nach dem Betrage des königlichen Antheils 6), und bey gänzlicher Kriegsverheerung, Feuer- und Waſſerſchaden wird er nachgelaſſen 7). Die Güter dürfen ohne königliche Erlaubnis nicht zertrümmert, der Kanon nicht auf andere übertragen, verändert oder vertheilt werden 8).

1) C. C. March. T. II. Abth. V. p. 94.

2) Acta in Elect. Jur. Publ. T. X. p. 639. 879. T. XV. pag. 846. Oecon. for. T. III. p. 233. §. 58.

3) C. C. March. T. II. Abth. II. col. 184.

4) Sie iſt eingeführt in den Marken, C. C. March. T. II. Abth. II. p. 176. Abth. V. p. 88 ſqq. *Lünig* C. J feud. T. II. p. 841. Pommern ib. p. 1114. Magdeburg

 und

und Halberſtadt pag. 945. Cleve und Mark p. 1025. Schleſien p. 248. Oſtpreußen, C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 348. Jahrg 3. p. 2268. Vergl. Beyträge zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. VI. Zug. I. Berl. 1780.

5) Reſcr. vom 23. Febr. 1720. C. C. March. T. II. P. V. pag. 112.

6) ebendaſ. p. 111.

7) Reſcr. v. 30. Jun. 1717. cit. l. p. 94. n. 8.

8) cit. loc. pag. 110.

IV. Abſaz.
Wappenrecht.

726.
Literatur.

Mart. Schmeizel Diſſ. de natura et indole artis Heraldicae. Ienae 1721.

Imm. Weber Examen artis Heraldicae. Ien. 1713.

Claud. Franc. Meneſtrier de l'origine des armoiries. à Paris 1673.

Id. Recherches du Blaſſon. à Paris 1673.

Id. Nouvelle Methode raiſonnée du Blaſſon. à Lyon 1728.

Id. de l'origine des ornemens des armoiries. à Paris 1680.

Theod. Hoepingk Diſſ. de inſignium ſeu armorum jure priſco et nouo. Norib. 1642.

Id.

Id. de priſco et nouo jure ſigillorum. Norib. 1642.

Henr. Dav. Chuno de regali inſignium gentilitiorum jure. Heidelb. 1660.

An. de jure inſignium et heraldico. Colon. 1678.

Io. Balth. Chariſius Diſſ. de inſignium nobilium natalibus. Regiom. 1717.

Seb. Feſch. Diſſ. de inſignibus et eorum jure. Baſil. 1672.

Joh. Theod. von Fließenhauſen kaiſerliches Wapenregal, oder Verbot der ſelbſtangenommenen falſchen erdichteten After- und Baſtardwappen. Dresden 1699.

727.

Erklärung.

Das Wappenrecht enthält den Inbegrif von Rechten und Verbindlichkeiten, die aus dem Beſitze und der Beſchaffenheit eines Wappens entſpringen.

728.

Von der Waffenrüſtung.

Die ganze teutſche Waffenrüſtung beſtand aus dem Bruſtharniſche, dem Ringkragen, Beinſpergen, Helme, Schilde, Schwerdt, Speere, Waffenrock, Sporne 1). Ohne die Kenntnis dieſer Stücke und ihres Gebrauchs können verſchiedene Materien des Staats- Lehen- und Privatrechts nicht verſtanden werden 2).

1) *Io. Strauch.* Diſſ. de armis Germanorum eorumque ad rempubl. vſu, in opuſc. T. I. p. 42.

Gothofr.

Gothofr. Achenwall Diſſert. de armis vet. German. Goett. 1754.

Vergl. Neue Diplom. Th. VI. S. 40.

2) *Eſtor* in Obſervat. feudal. Obſ. 49. 50. 51. 52. 53. 54.

729.

Erblichkeit des Heergeweddes beym Mannsſtamme.

Die Alten hatten eine Art von andächtiger Verehrung für ihre Waffen. Daher ſie dieſelben entweder mit ſich zu Grabe nahmen, oder ihren vertrauteſten Freunden ſchenkten, oder ihren Söhnen überließen, in der Meynung, daß ſie gleiche Heldenthaten damit vollbringen würden 1). Durch das Herkommen erlangten die Söhne und Schwerdtmagen endlich ein ausſchließendes Erbrecht daran, das von Kaiſer Heinrich dem Vogler zur Vermeidung der Theilungsſtreitigkeiten in ein Erſtgeburtsrecht verwandelt wurde 2). Allein es blieb dieſes bloß beym hohen Adel, bey den übrigen Bürgerklaſſen behielten die ſämtlichen Söhne das Theilrecht 3).

1) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge. B. I. S. 71. ff.

2) *Gobel. Perſona* in Coſmodr. L. VI. c. 47. Vergleiche Stadtrecht zu Weinſperg: Vßerhalb deß abgeſtorben Manneß Kleider, Harnaſch vnnd Wehr, da der elteſt Sun Harnaſch und Wehr nimbt, die Kleyder aber erben und theilen die Söhn under ſich, unnd haben die Schweſtern nichts daran. Hall. Regimentsordn. Art. 51.

3) *Ge. Ad. Struve* Diſſ. de Heergewetta Saxonica. Ien. 1662.

Io.

Io. Moeller Diſſ. de jure ſuccedendi in rebus expeditoriis, vulgo Heergewette. Erf. 1646.

Ge. Werner Diſſ. de jure ſuccedendi in rebus expeditoriis et vtenſilibus. Helmſt. 1654.

Caſp. Matth. Muller Diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa ſucceſſionem in Pomerania orientali. Roſt. 1710.

730.

Reichung des Heergeweddes an den Lehenherrn und Schuzherrn.

Bey vielen Lehen empfiengen die Vaſallen ihre Waffenrüſtung vom Lehenherrn, die alſo nach ihrem Tode wieder an den Lehenhof zurückgeliefert werden mußte 1). Eben ſo bekam die Schuzherrſchaft wegen ihrer freundſchaftlichen Verbindung nach dem Tode der Miniſterialen, der Mundmannen, das Heerod, oder Heergeräthe 2). Das Heergewedde, Relevium, Relief, wird nur in dem Fall, daß die Güter an Seitenverwandte vererbfällen, an den Oberherrn entrichtet 3).

1) *Chr. Gottl. Buder* de praeſtat. Heergewettae Domino Directo facienda, in Obſerv. Jur. feud. obſ. V. pag. 92. *Dreyer* de vſu Jur. Angloſax. pag. 105. *Haltaus* in Gloſſar. col. 883. 884. Eſtor Th. I. §. 1379. Th. III. §. 1379.

2) *Matthaei* de nobil. p. 955. *Strube* de mort. on. reali in obſ. p. 250. Scheidt vom Adel S. 171. Struben Nebenſt. Th. IV. S. 391. *Selchow.* de jur. ingen. c. 1. §. 11.

3) *Schilter* de bon. laudem. §. 5. 51. *Crag.* de feud. Angl. et Scot. p. 291. *Neoſtad.* de feud. Holl. origin. c. 1.

731.

Allgemeinheit des Heergeweddes.

Das Heergewedde, als eine beſondere Erbſchaft der Söhne, iſt faſt in ganz Europa üblich 1). Wir finden es in Teutſchland nicht allein bey den Sachſen, ſondern auch im Reiche, in Wirtemberg 2), Schwaben 3), Bayern 4), Tyrol 5), in Holſtein 6), Pommern 7), Schleſien 8), Braband 9).

1) Mein Verſuch über die Geſch. d. teutſch. Erbf. a. a. O. S. 73. 74.

2) Stadtrecht zu Weinſperg, Mſpt.

3) Stadtrecht zu Augſpurg bey Walch Beytr. Th. IV. S. 254.

4) Urk. v. 1489. in Monum. Boic. Vol. 3. p. 122.

5) Landsordn. der Grafſchaft Tyrol v. 1603. B. III. tit. 9.

6) Stadtrecht von Apenrade bey Dreyer in verm. Beytr. Th. III. S. 1273.

7) Eſtor bürgerl. Rechtsgel. Th. I. §. 1378. Th. II. §. 3004.

8) Beyträge zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. II. S. 356. Abſchn. VI.

9) Stemma S. R. I. Dynaſt. et Comit. de Horn &c. Brux. 1757. p. 17.

732.

Heutige Ueberbleibſel.

Das Heergewedde wird in Oberteutſchland und in einigen Sächſiſchen Stadtrechten 1) der Voraus genennt, weil die Söhne die dazu gehörigen Vermögens-

ſtücke

ſtücke bey der ganzen Erbtheilung voraus hinwegnehmen 2). Er wird nicht allein bey dem Adel, ſondern auch bey dem Bürger- und Baurenſtande angetroffen 3).

1) Cod. J. Lub. de 1240. art. 5. Stat. Lub. ap. *Balemann* de fem. S. 2. c. 3. §. 16. LL. Civ. Goslar. art. 83. Stat. Otterndorff. de 1541. ap. *Pufend.* p. 174.

2) *Io. P. Wolfram* Diſſ. de praecipuo liberorum, ſiue vom Voraus der Kinder. Argent. 1670.

Chr. Frid. Reyher Diſſ. de praecipuo filiorum et filiarum. Alt. 1719.

3) Urk. bey Kreß vom Archidiaconalweſen S. 152. n. 15. Eſtor Th. I. §. 1381.

733.

Ueblichkeit im Preußiſchen.

In den Preußiſchen Staaten findet ſich das Heergeräthe in den Weichbildern Cottbuß, Croßen und Züllichow 1), im Herzogthum Magdeburg 2), in Oſtfriesland 3), in Minden, in Pommern, aber hier nicht bey den Söhnen, ſondern nur bey den Brüdern und Stammsvettern 4). In der Mark iſt es theils durch Landtagsrezeſſe von 1535. bis 1602. und theils durch die Joachimiſche Konſtitution gar aufgehoben worden 5). Dahingegen iſt es deſto häufiger beym Adel in Schleſien 6), und noch dieſe Stunde im Gebrauche 7).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 251.

2) Diez Archiv Magd. Rechte S. 369. ff.

3) Oſtfrieſ. Landr. B. II. c. 89.

4)

4) Hinterpomm. Lehenskonſtit. §. 9.

5) C. C. March. T. VI. Abtheil. I. pag. 20. 35. 48. 55. 109. 159.

6) Brachvogel. Samml. Schleſ. Ordn. P. IV. S. 1024. *De Friedenberg* de jure Sileſ. L. I. c. 15. *Weingarten* Faſcicul. diſſ. jur. P. II. p. 434.

7) Urthel vom 8. Merz 1725. in der angef. Literatür der Preuß. Staaten, Samml. II. S. 357.

734.

Beſchreibung des Heergeweddes.

Das Heergewedde beſteht aus dem beßten Pferde, das ein Hengſt oder Wallache ſeyn muß, der Waffenrüſtung, Kleidung, einem ausgerüſteten Bette, dem Tiſchgeräthe 1). In dem Preußiſchen bey Officiers die Scherpe und der Ringkragen 2). Nach der weitern Ausdehnung gehören alle Sachen hieher, die zu des Mannes beſonderer Beſchäftigung dienten, als die Bibliothek, das Handwerkszeug, die Fabrik- und Manufakturgeräthſchaften 3). Andere Sachen gehören beym Edelmanne zum Heergeräthe und Voraus, andere bey einer Perſon vom Civilſtand, andere beym Bürger, und andere beym Bauren. Die Sachen, die im Preußiſchen darunter gezehlt werden, ſtehen in den unten verzeichneten Stellen 4).

1) Preuß. Geſezbuch §. 349. S. 88.

2) ebendaſ. §. 350.

3) Repertor. Jur. Priv. Tom. III. Verb. Heergeräthe, col. 1829. ſqq. Eſtor bürg. Rechtsgel. Th. I. §. 1382.

4)

4) Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. III. §. 1382. Dietz Archiv Magd. Rechte, B. I. S. 369. ff. Repert. Jur. Priv. p. 1841. Beyträge zur juriſt. Literat. der Preuß. Staaten, Samml. II. S. 357. ff.

735.

Seine beſondern Rechte.

Das Heergewedde verjährt ſich binnen Jahr und Tag, und wird zu Erbe 1). Der Zeitpunkt iſt entweder vom dreiſigſten Tag, oder von der Zeit der erlangten Wiſſenſchaft beſtimmt. Der älteſte Sohn genießt zuweilen in Anſehung gewiſſer Stücke einen Voraus. Wenn kein Anverwandter vorhanden iſt, ſo verfällt es zum Staatseigenthume 2).

1) Preuß. Geſezbuch, Th. I. tit. 1. Abſchn. 7. § 351. Statuten von Minden L. II. tit. 4. Art. 11. Heergewette und Gerade ſollen innerhalb Jahr und Tag gerichtlich gefordert und geeſchet werden; im Fall ſolches nicht geſchehe, bleibet es auf der Gewehr, und wird zu Erbe. Vergl. Hoffmann von der Gerade und Heergeräthe T. I. p. 120. Barth von der Gerade c. VIII. §. 20.

2) Sächſ. Landr. B. I. Art. 22. Hall. Regimentsordnung Art. 51. §. 2. Eſtor Th. I. §. 1384.

736.

Eigenthümliches Erbrecht.

Nur wer Heergeräthe und Niftel verlaſſen kann, der iſt zu deſſen Erlangung befugt, und eben ſo wird es nur dahin verabfolgt, wo ſie gleichfalls ſtatt hat. Außerdem bleibt ſie beym Nachlaſſe 1), welches auch dann geſchieht, wenn die Schuldenlaſt das Vermögen erſchöpft 2).

1) Märk. Landtagsabſchied von 1534. C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 28.

2) Preuß. Geſezbuch am a. O. §. 352. 353. 354. 355. S. 88. 89.

737.

Vom Schilde.

Der Schild war theils mit Leder, theils mit Eiſenblech überzogen und übermahlt. Durch die darauf befindlichen Figuren unterſchied man Stand, Würde, Adel, Geſchlecht, Amt und Beſizungen. Er war hauptſächlich das Zeichen des Adels. Eine Wappenfigur iſt dasjenige, was auf dem Schilde erſcheint, und der Grund, worauf ſie angebracht, heiſt Feld. Die ſenkrecht gehende Linie macht einen geſpaltenen, die quer hindurch gezogene Linie aber einen getheilten Schild. Zur Seite befinden ſich manchmal ein paar Schildhalter.

738.

Vom Helme.

Es gab Stechhelme, offene Helme mit oder ohne Bügel, geſchloſſene Thurnierhelme, Gitterhelme 1). Durch den Helm unterſchied man die Ritterſchaft. Auf demſelben befand ſich eine Krone, die nach der Würde verſchieden war, und hinten herab ging der Wulſt. Ueber der Krone ſtand das Helmkleinod aufgeſteckt, und beſtand aus Hörnern, Straußfedern, Pfauenſchwänzen, Hüthen, Müzen, Puppen, Gecken. Die Helmdecke war gegittert, mit langen herabhängenden Lappen verſehen, woher in der Folge die Livreyen genommen wurden.

t) *Eucb. Gottl. Rinck* Diſſ. de eo quod juſtum eſt circa Galeam. Alt. 1726.

739.

Von den übrigen Theilen der Wappen.

Außer den beſchriebenen Stücken gibt es noch Kronen, Biſchofsmüzen, Fürſtenhüthe, Szepter, Schwerdter, Waffenröcke, Fürſtenmantel, Wappenzelter, die bey den heutigen Wappen angebracht werden. Die Farben haben ihre Benennung von Metallen und Pelzwerk 1).

1) *Car. du Freſne Baron du Cange* von den ehemaligen Waffenröcken, wie auch vom Urſprunge der Farben und Metalle in der Wappenkunſt, bey *Piſtorio* in Amoenit. Hiſt. Pol. T. I. p. 1. ſeqq.

740.

Erklärung der adelichen Wappen.

Sie ſind gewiſſen Familien zukommende erbliche Zeichen, wodurch ſie ſich voneinander unterſcheiden, und ihren Schriften die öffentliche Glaubwürdigkeit aufprägen.

741.

Von der Siegelmäßigkeit.

Da die Laien ſo ſelten ſchreiben und leſen konnten, ſo verfiel man im Mittelalter 1) auf den Gebrauch der Siegelringe, um ihren Akten die gehörige Glaubwürdigkeit und Gewißheit zu verſchaffen 2). Anfangs war der Gebrauch eigener Siegel, die zuerſt in bloßen Büſten, nachher in reitenden Figuren, endlich aus den Hauptbeſtandtheilen der Waffenrüſtung beſtanden, ein

ein Vorrecht des hohen Adels, wurde aber bald im XIII. Jahrhundert allen Rittern 3), und zulezt, jedoch von beſonderer Art, allen Ritterbürtigen Leuten mitgetheilt 4), bis heutzutage die Pettſchafte gar allgemein geworden ſind. So lange das Siegel noch ein Vorrecht gewiſſer Perſonen war, hießen die Perſonen des niedern Adels, denen dieſes Recht zukam, ſiegelbare, ſiegelmäßige Männer.

1) gegen Ende des XI Jahrhunderts Dipl. Io. d. Dol. Domini Camburnii dans les Mem. pour ſervir à l'hiſt. de Bretagne T. I. p. 480. Dipl. Senion. Dom. de Brojes de 1155. dans les preuves de l'hiſt. de la Maiſon de Chateauvillain par *Du Cheſne* p. 20. Neue Diplom. Th. VI. §. 109.

2) Neue Diplom. a. a. O. §. 14. S. 11. 12.

3) *Kuchenbecker* Anal. Haſſ. Col. VIII. pag. 28. *Gercken* Cod. dipl. vet. March. T. II. p. 440. Neue Diplom. Th. VI. §. 111.

4) Neue Dipl. a. a. O. §. 114. und 93.

742.
Rechtswirkung und heutiges Ueberbleibſel der Siegelmäßigkeit.

Der hohe und niedere Adel war berechtiget, den öffentlichen Akten durch Aufdruckung ſeiner Siegel die gehörige Beglaubigung zu geben. Er hielt ſich zu dem Ende eigene Beamten, welche die Beſieglung verrichten mußten 1). Aus dieſem Vorrechte iſt heutzutage noch der Polizeygrundſaz übrig geblieben, daß man den Adel als Mitgehülfen bey Ausübung der Polizeyverfügungen anſieht.

1) Neue Diplomatick a. a. O. §. 113.

743.

Urſprung der erblichen Wappen.

Schon beym Tacitus 1) haben die Teutſchen ihre Schilder bemahlt, um ſich einander im Felde kennbar zu machen. Allein damals nahmen ſie noch ihre Waffen mit ſich zu Grabe, folglich war noch an kein Geſchlechtswappen zu gedenken. Dieſes bildete ſich erſt theils durch die entſtandene Erbfolge der Söhne und Stammsvettern im Heergeräthe und Stammgut 2), theils durch das Vorurtheil von der wunderthätigen Kraft gewiſſer Stücke aus der väterlichen Waffenrüſtung. Die Geſchlechter im XI. und XII. Jahrhundert waren deſtomehr bemüht 3), die erblichen Zeichen der Abſtammung auf ihren Schildern zu erhalten, als bey den Thurnieren von den Herolden die Ahnenprobe damit angeſtellt wurde. Die Wappen bekamen endlich ihre heutige Form durch die Siegel 4), worauf aber anfangs bloß der Schild abgebildet war, und in der Folge wegen den üblich gewordenen Adelsbriefen der Helm und die übrigen Beyzeichen hinzugefügt wurden 5).

1) de mor. Germ. c. 6.

2) *Hommel* in Oblectam. Jur. feud. p. 46.

3) Neue Diplom. Th. VI. §. 319.

4) *Guil. Dugdale de vſu ant. gerendi arma cum catal. bod. Nobil. Angl. Oxonii 1682. p. 10* circa annum 1218. Domini, qui in ſigillis more ſolito habebant

 equites

equites armatos cum gladiis, nunc in dorſo ſigillorum arma ſua poſuerunt de nouo in ſcutis.

s) Neue Diplom. Th. VI. ſ. 116.

744.

Von Wappengenoſſen.

Wappengenoſſen ſind entweder ſolche Perſonen, die zu gleichem Schilde und Helme gebohren ſind, oder ſolche, die ſich auf einer gleichen Stufe des Adelsſtandes befinden, und alſo auf ihren Wappen ähnliche Ehrenzeichen führen.

745.

Von der Ertheilung der Wappenbriefe.

So lange das Wappen allein das Kennzeichen des Adelſtands war, konnte man den niedrigſten Grad davon durch einen Wappenbrief vom Kaiſer empfangen. Heutzutage aber, da der Gebrauch der Wappen allgemein geworden, dient er nur noch zum Beweis, daß man aus keiner niedrigen Herkunft entſproſſen 1). Im Mittelalter wurden die Wappen und Helmkleinode verkauft, verſchenkt und vertauſcht, zu Lehen gegeben 2), wie man darüber noch einige Kaufbriefe und Lehenbriefe beſizt.

1) J. G. Eſtor vom Unterſcheide der Adels- und Wappenbriefe, kl. Schrift. Th. I. S. 945.

2) Abhandl. von Wappenlehen S. 278. 279.

746.

Rechtswirkungen des alten Wappenrechts.

Die Wappen, weil damit nach der alten kriegeriſchen Staatsverfaſſung der Beſiz des Grundeigenthums

thums gewährt werden mußte, waren das Sinnbild der Lehen, Länder, Herrſchaften und Güter, und der Gerechtſame, die ihnen im rechtlichen Verſtande gleich geſchäzt werden 1). Daher die Belehnung mit der Fahne, worauf das Wappen abgebildet war 2), und die Annahme des Wappens von demjenigen, den man im Zweykampfe überwunden hatte, oder von dem Lande, worauf man gegründete Anſprüche zu haben glaubte 3). Aus der Beſchaffenheit des Wappens beurtheilt man noch heutzutage, ob bey einem Geſchlechte eine Todttheilung der Güter vorgegangen iſt, oder nicht 4). Jede adeliche Familie iſt berechtiget, allen bürgerlichen den Gebrauch ihres Wappens zu wehren, und die Gleichheit des Wappens iſt unter Adelichen ein Beweis der Anverwandtſchaft 5), und des alten Geſchlechtsadels 6). Wer den Adel nicht erbt, der kann auch das Geſchlechtswappen nicht erben, wie die unehlichen Kinder 7). Erbverbrüderte Geſchlechter nahmen voneinander die Wappen an 8). In den Kurländern führt nur der regierende Herr das Kurwappen.

1) Joh. Heinr. Eberhard Progr. von der Verbindung des Wappen- und Lehenrechts, in Zepernicks Abh. Th. I. S. 269.

2) *Nic. Hier. Gundling* Diſſ. de feudis vexilli. Hal. 1715. Abhandl. von Wappenlehen, in Zepernicks Abh. aus dem Lehenrecht, Th. I. S. 276. ff.

3) *Io. Wilh. Waldſchmidt* Diſſ. de mutatione inſignium et ſigillorum S. R. I. Statuum. Marp. 1718.
Fr. Aug. Guil. Wenck Oratio de acquiſitione Inſignium alienorum. Lipſ. 1781.

Dietr. Chr. Ibring Diſſ. num expectiua in feuda Imperii jus titulorum atque inſignium tribuat. Herbornae 1750.

4) Neue Dipl. Th. VI. S. 164. §. 323.

5) *Herm. Frid. Taddel* Diſſ. de probatione agnationis per ſolam identitatem nominis et inſignium ſecundum jura feudalia Mecklenburgica. Goett. 1761.

6) *Iac. Theod. Linck* Diſſ. de probatione per inſignia et arma gentilitia. Alt. 1716.

7) Sprüchw. Ein ehelich gebohren Kind behält ſeines Vaters Heerſchild, ap. *Hert.* paroem. Jur. Germ. L. II. par. 6. p. 398. Vergl. Riccius vom landſäß. Adel S. 372.

8) Neue Dipl. Th. VI. §. 322.

747.

Einſchränkung des kaiſerlichen Wappenrechts.

Weil das Wappenrecht ehmals ein Theil des Adelsrechts geweſen iſt, das nur von dem Kaiſer ertheilt werden konnte, ſo wolte dieſer aus eben dem Grunde den Reichsſtänden verwehren, ohne ſeine Einwilligung das Wappen von Ländern anzunehmen 1). Allein ein anders iſt das Wappen als Kennzeichen des Adels und der Würde, und ein anders als Sinnbild des Beſizes von Ländern und Herrſchaften. Nach den Reichsgeſezen darf der Kaiſer die Wappen eines Reichsſtändiſchen Hauſes niemand anders ertheilen 2). Bloß expektivirte Perſonen dürfen nicht von den Reichslehen die Titel und das Wappen annehmen 3).

1) *Frid. Aug. Guil. Wenck* Comment. I. II. de conceſſione inſignium in Imperio R. G. Lipſ. 1781.

2)

2) Neueſte Wahlkapit. Art. 22. §. 3. 12.

3) *Dietr. Chriſt. Ibringk* Diſſ. num expectatiua in feuda Imp. jus titulorum et inſignium tribuat. Herb. 1750. §. 14-19.

748.

Heutiges Wappenrecht.

Heutzutage wird entweder aus beſonderer Begnadigung ein neues Wappen ertheilt, oder das alte beſtättiget, oder wegen der Standeserhebung vermehrt, und neue Figuren hinzugefügt. Mit dem Adel muß immer ein Wappen ertheilt werden. Ehemals veränderte man das Wappen mit der erlangten Ritterwürde, und führte alſo eine und dieſelbe Perſon ein anderes Wappen als Schildknappe, und ein anderes als Rittersmann 1).

1) Daher ſagt Heinrich, König von Navarra, in einer Urkunde von 1258. cum ſi poſtea vel in noua militia vel in requirendo dominio ſigillum mutare contingat. — *Calmet* praef. de l'hiſt. geneal. de la Maiſon du Chatelet p. 23.

749.

Landesherrliche Beſtätigung der Wappen im Preußiſchen.

In den Preußiſchen Staaten müſſen die neuen Edeleute ihr erhaltenes Wappen dem Königlichen Oberheroldsamte zu Berlin einſenden, wo es ſodann in das Wappenbuch eingetragen, und dadurch der Beweis des Adelſtands erleichtert wird 1).

1) C. C. March. T. VI. Abth. II. p. 60. 63. 65.

750.
Verluſt des Wappens.

Wenn man den Adel verliert, ſo verliert man auch das Wappen, und das geſchieht durch die öffentliche Zerbrechung vom Henker 1).

1) *Io. Ge. Fichtner* Diſſ. de fractione inſignium. Alt. 1708.

751.
Verordnung des Preußiſchen Rechts.

Nach der Magdeburgiſchen Polizeyordnung 1) verliert ein Edelmann, der eine Weibsperſon geringen Standes, die in offenbarer Schande gelebt hat, oder durch Urthel und Recht für anrüchig erklärt worden iſt, heirathet, ſein Wappen an Schild und Helm. Es iſt dieſes Geſez durch Königliche Reſcripte vom 3. November 1697. 2) und 8. May 1739. 3) auf alle Preußiſche Staaten ausgedehnt worden. Eben ſo ſind die Frankfurter Studenten, die Gewehr und lange Meſſer bey ſich führen, mit dem Verluſte des Wappens bedroht 4).

1) C. VII. §. 7.

2) ap. *Scheffer* in Diſſert. de jure Natal. Nobil. German. pag. 45.

3) in C. C. March. Cont. I. p. 253.

4) cit. l. Tom. I. Abth. II. p. 3.

752.
Erlöſchung des Wappens.

Beym Leichenbegängniſſe eines Edelmanns werden alle Wappen an Fahnen mitgetragen, oder ihm we=

wenigſtens gemahlte Ahnen neben dem bloßen Degen und dem Helme auf den Sarg gelegt, und ihm das Pferd nachgeführt. Iſt er der lezte vom Geſchlechte, ſo wird das Wappen ſamt den Spornen zerbrochen und ins Grab geworfen, zuweilen aber auch ſämtliche Wappen in der Kirche aufgehangen 1).

1) *Lünig* Theatr. Ceremon. P. II. pag. 562. Köhlers Münzbeluſt. Th. I. S. 261. *Sam. Frid. Willemberg* Diſſ. de jure vltimi ſuæ gentis. Ien. 1735. C. V. §. 164. pag. 121.

V. Abſaz.
Vom Dienſtadel.

753.
Literatur.

Io. Ge. de Ploenies de miniſterialibus. Marp. 1719.

Ad. Frid. Glafey de vera quondam miniſterialium indole. Frf. 1724.

Io. Ge. Eſtoris Commentarii de miniſterialibus. Argent. 1727.

Ebenderſ. von freyen Dienſtleuten, Th. 3. der kleinen Schriften p. 555.

Dav. Ge. Strube de miniſterialium dignatione, in obſ. jur. et hiſt. germ. p. 48-86.

Io. Sal. Semler de miniſterialibus. Alt. 1781.

D. G. Strube von adelichen Dienſtleuten, Th. III. der Nebenſt. p. 145.

Ge. Lud. Boehmeri Progr. de femina miniſteriali. Goett. 1754. in obſervat. jur. feud. p. 127. ſeqq.

Ej. Progr. de indole fidei vaſalliticae ejusque a miniſteriali fidelitate diſcrimine. ibid. 1757. et in obſ. J. F.

L. F. Pfeffel von Bayeriſchen Dienſtleuten. München 1767.

Jo. Chr. Wagenſeil Comment. de S. R. I. ſummis officialibus et eorundem ſubofficialibus. Frcf. et Lipſ. 1686.

Io. Iac. Maſcov. Diſſ. de originibus officiorum Aulicorum. Lipſ. 17.8.

Chr. Gottl. Buder Diatr. de feudis officialium hereditariorum procerum et prouincialium regni Germ. Ien. 1736. 1750.

754.

Urſprung.

Theils wegen der wenigen Kultur und ſchlechten Polizeyverfaſſung Teutſchlands und daraus oft entſtandenen Theurungen und Miswachs, theils wegen Verarmung der Geſchlechter durch die Schenkungen der Güter an Kirchen und Klöſter, mußten viele Freygebohrne zur Erhaltung des nothdürftigen Unterhalts in die Dienſte des Herrenſtands treten.

755.

Erklärung.

Dienſtmänner, Dienſtleute, Miniſteriales, Famuli, Servi, waren im Mittelalter ſolche Perſonen

aus

aus adelichem 1) und freygebohrnem Geſchlechte, die einem andern zum Dienſte hörig waren.

1) Scheid vom Adel S. 103. 306.

756.

Eintheilung in Reichsdienſtleute und Landdienſtleute.

Ihre dienſtbare Verbindung hatte entweder gegen den Kaiſer und Reich, oder gegen Perſonen aus dem Herrenſtande ſtatt 1). In jenem Falle hießen ſie Reichsdienſtleute, und in dieſem Landdienſtleute.

1) Scheid a. a. O. S. 159.

757.

Annehmung der Dienſtmannſchaft.

Man gerieth in die Dienſtmannſchaft entweder durch die freywillige Uebergebung, wobey ein förmlicher Ergebebrief aufgeſezt wurde, oder durch die Annahme eines Hofs= oder Ambachslehens, oder durch die Geburt von dienſtbaren Eltern. Hieraus iſt klar, daß nicht von dem ganzen heutigen Adel die urſprüngliche dienſtmannſchaftliche Beſchaffenheit behauptet werden kann 1).

1) Ebenderſ. S. 103. 106. 160. 168.

758.

Erledigung aus der Dienſtmannſchaft.

Wer durch den Ergebebrief und die Geburt in die Dienſtmannſchaft gerathen war, konnte nur durch den Manumiſſionsſchein 1) daraus befreyt werden. Wer aber durch die Belehnung dieſen Stand angenommen hatte,

hatte, konnte ſich davon durch die Lehensauflaſſung wieder ſelbſt entledigen 2).

1) a. a O. S. 25. 2) S. 162. 167.

759.

Perſönlicher Zuſtand des Dienſtadels.

Der Oberherr hätte an der Perſon ſeiner Dienſtmannſchaft ein dingliches Recht, und konnte ſie zu jedem Dienſte, der mit ihrer urſprünglichen Freygebohrenſchaft vereinbärlich war, gebrauchen. Sie mußten Hof-Amts- und Kriegsdienſte leiſten.

760.

Nachtheilige Rechtswirkungen.

Ohne oberherrliche Erlaubnis durfte der Dienſtmann nicht heirathen 1), ſeine Kinder wurden oft unter zween Herren getheilt 2). Man verkaufte ſie ſowol einzeln, als mit den Ländern, Gütern und Herrſchaften 3), und nach ihrem Tode nahm der Herr, vermög des Schuzrechts, das Heergewedde 4), oder den beßten Theil ihres Vermögens hinweg.

1) Scheid S. 170. 496. Strube Nebenſtund. Th. IV. S. 367.

2) *Hert.* Diſſ. de homin. propr. Sect. IV. §. 5. in opuſcul. Vol. I. T. II. p. 123. 124.

3) Strube a. a. O. S. 362. Buri Erl. des Lehenrechts S. 627.

4) *Matthaei* de Nobil. p. 955. Scheid S. 171. Strube S. 391.

761.

Ihr Anſehen und Vorzüge.

Weil ſie zugleich im Kriege gebraucht wurden, ſo blieben ſie ohngeachtet der ſtrengen Verbindlichkeit doch geachtet 1), ſie verſahen alle Hof- und Staatsbedienungen 2). Daher ſich der Landesherr in den wichtigſten Angelegenheiten ihres Raths bediente, und ohne ihre Einwilligung keine allgemeine Landesangelegenheit in Vollziehung brachte 3). Aus ihnen bildete ſich der erſte Landſtand, welchem erſt die Geiſtlichkeit und der Bürgerſtand nachfolgte.

1) Strube S. 387. Scheid S. 105. 177.

2) Strube S. 401. Scheid S. 172.

3) Scheid S. 116. 118. 120. 172.

762.

Urſache des Verfalls des Dienſtadels.

Nachdem man anfieng, die Bedienungen an Doktoren zu vergeben, und in der Folge wegen der veränderten Rechtsverfaſſung dazu ſchlechterdings Rechtsgelehrten erforderlich waren; ſo ward allgemach der alte Dienſtadel von den Amtsverrichtungen durchgehends verdrungen. Auch die Hofchargen erforderten jezo bey veränderter Sittenverfaſſung kultivirtere Leute, als der alte lehenbare Dienſtadel war, der auf dem Lande eine eingeſchränkte Erziehung genoſſen hatte 1). Diß iſt die Urſache, warum ſeit dem XVI. Jahrhunderte weder die Rathsſtellen und Aemter, noch die Hofſtaatsbedienungen nicht mehr durch die Vaſallen, ſon-

dern

dern durch beſonders beſoldete Leute beſezt und verſehen wurden 2).

1) Moſers Hofrecht Th. II. S. 172.

2) Strube S. 433.

763.

Ueberbleibſel in den feyerlichen Lehendienſten.

Bey landesherrlichen Huldigungen, Heimführungen, Leichenbegängniſſen, Vermählungen und andern außerordentlichen Feſten 1) geſchieht es noch heutzutage, daß die Vaſallen und die Ritterſchaft nach Hofe verſchrieben wird. Sie müſſen dann auf ihre Koſten mit Frau und Kindern in Galla erſcheinen, und werden einige Tage auf Koſten des Hofs unterhalten 2). In der ältern Zeit wurde ihnen auch die Kleidung angeſchaft, oder wenigſtens dieſelbe in gemahlten Bildchen vorgeſchrieben.

1) Preußiſche Verordnung, in wie fern die Vaſallen und die Ritterſchaft bey Kur- und fürſtlichen Zuſammenkünften zu dienen ſchuldig. C. C. March. T. VI. Abth. I. S. 228. Dähnerts Pommer. L. O. T. I. p. 437. Moſers Hofrecht Th. II. S. 206. 402. 481. 517. 651.

2) *Buder* de Servitiis vaſallorum zu Ehrenzügen und Ehrenfällen, in Amoen. Jur. feud. p. 153. *Io. Ge. Cramer* Comment. de jure procerum ac principum German. ſeruitia aulica a vaſallis nobil. exigendi. Lipſ. 1744. *D. G. Struben* Obſerv. de veſtitu Vaſallorum, in Parerg. Goettingenſ. T. I. L. 3. n. 9. *Pfeffel* in Jurisprud. dipl.

754.

764.
Von den vier Erbämtern.

Jeder von den alten Freyherren hielt ſich die vier Hofämter eines Erbmarſchallen, Erbkämmerers, Erbſchenken und Erbtruchſeßen. In der Folge wurden dieſe Erbämter das Kennzeichen der fürſtlichen Würde. Daher ſie noch jezo bey jedem Lande befindlich ſind, und eine Reichsabtey zu einer gefürſteten Prälatur machen.

765.
Heutige Eintheilung.

Heutzutage findet man in Teutſchland Erzämter, Reichserbämter, Reichserbunterämter, und Erbämter. Erſtere beſizen die Kurfürſten, die zwote Gattung verſchiedene Fürſten und Grafen, die dritte für die Kurfürſten gewiſſe Grafen und Herren, und die leztere landſäßige Edelleute.

766.
Preußiſche Erbämter.

In der Mark Erbkämmerer Grafen Schwerin, Erbmarſchälle Gänſe von Puttliß, Erbtruchſeßen von Hoverbeck, Erbküchenmeiſter von der Schulenburg, Erbjägermeiſter von Groeben, Erbſchenken Grafen Hacke; in Pommern Erbkämmerer von Eickſtädt, Erbſchenken von Bork, von Wedel, von der Oſten, Manteufel, Erbküchenmeiſter Schwerin, Erbmarſchälle von Flemming, wegen Stettin von Mahlzahn, wegen Rügen und Barth von Bugenhagen, wegen Kamin von Ramel, wegen Hinterpommern Erbland=

marſchallen von Flemming, Erbſchenken von Krockow, Erbkämmerer von Somniz, Erbtruchſeßen von Ramel, Erblandmundſchenken von Wußow; im fränkiſchen Marggrafthum Erbmarſchallen Förtſch von Thurnau, Erbtruchſeßen von Plaſſenburg, Erbkämmerer von Eyb, Erbſchenken von Seckendorf; in Schleſien Erbkämmerer von Mahlzahn. Alle dieſe Erbämter ſind noch Lehen 1).

1) Nikolai Beſchreib. von Berlin und Pozdam. B. I. S. 255.

VII. Abſaz.

Erwerbung und Verluſt des Adelſtands.

767.

Vom Geburtsadel.

Nur eine rechtmäßige eheliche Erzeugung von einem Edelmanne verſchaft den Geburtsadel, der, wenn er auf dieſe Art durch mehrere Zeugungen ſich fortpflanzt, Geſchlechtsadel genennt wird. Es iſt zu dem Ende erforderlich, daß man in einer rechtmäßigen kirchlichen Ehe erzeugt iſt 1), folglich bleibt alle Mariage de Conſcience 2), und beſonders beym hohen Adel alle unſtandsmäßige und Morgengabs-Ehe ausgeſchloſſen. Eine durch erfolgte Heirath geſchehene Legitimation der Kinder kann eben ſo wenig den Adel mittheilen 3).

1) Ein ehelich gebohren Kind behält ſeines Vaters Heerſchild. ap. *Hert.* Paroem. Jur. Germ. L. II. par. 6. p. 398.

2)

2) *Chr. Hartm. Sam. Gazert* Prol. de principum comitumue liberis ex matrimonio conſcientiae illegitimis. Giſſae 1773.

3) *Henr. Gottfr. Bauer* Progr. Legitimationem per ſubſequens matrimonium nobilitatem Germanicam jure non reſtaurare. Lipſ. 1776.

768.

Perſönlicher und Amtsadel.

Durch die Ertheilung erhält man zuweilen für ſeine Perſon den Adel, der ſich nicht forterbt, und manchmal durch die Antretung eines adelichen Amts, oder durch den Eintritt in ein Kollegium, das den Adel durch Privilegien geſchenkt bekommen hat 1).

1) *Beck* de par. reipubl. Miniſtri et Vaſalli jur. §. 16. *Id.* de vera indole feudi et off. Nob. §. 31. 33. Moſers Hofrecht Th. II. S. 238. *Cramer* T. IV. obſ. 1049. *Moſer* de jure ſtat. circa ſuos conſil. §. 33.

769.

Vom Kunkeladel.

Heutzutage pflanzt ſich der Adel durch die bloße weibliche Abſtammung nicht mehr fort.

770.

Von der Erwerbung durch Adoption und Ceſſion.

Der Adel iſt ein vom Staate erhaltener höherer Grad der bürgerlichen Achtung, der durch keinerlei Art des bürgerlichen Geſchäftes von einer Privatperſon auf die andere gebracht werden kann Daher man ihn weder einem andern überlaſſen und abtreten 1), noch durch die Adoption mittheilen 2) oder verlieren kann 3). Es

 wäre

wäre denn, daß die landesherrliche Bewilligung, wie manchmal im Preußiſchen, hinzukäme.

1) *Stryk* de jur. non ceſſibil. C. IV. §. 4. 6.

2) *Car. Gottl. Knorre* Diſſ. Jur. Rom. et Germ. in nobilitate adoptiua. Hal. 1721.

3) Id. C. II. §. 1. 2. 3. p. 24.

771.

Durch die Ehelichmachung.

Da wir gehört haben, daß der Adel ſich bloß durch die Erzeugung aus wirklichen und rechtmäßigen Ehen fortpflanzt, ſo folgt von ſelbſt, daß keinerlei Ehelichmachung ihn ertheilt.

772.

Beſondere Erwerbungsart im Preußiſchen.

Die Söhne bürgerlicher Beſizer adelicher Güter, die Königliche Kriegsdienſte annehmen, bis zu Kapitains fortgerückt ſind, und zehen Jahre gedient haben, ſollen ſich die Erhebung in den Adelſtand gewärtigen 1).

1) Reſcript vom 28. May 1768. in C. C. March. Nov. T. IV. col. 3081. u. in der Schleſ. Samml. B. X. S. 210.

773.

Urſprung des Briefadels.

Ehemals verſchafte einem der Adel die Erlangung der Ritterwürde, wozu eigentlich keine unfreye und Bürgersleute gelangen ſolten, welches aber ſeit Kaiſer Friedrich I. doch zuweilen geſchah 1), ſo wie auch häufig die Doktoren die Ritterwürde erhielten 2). Man

trift

trift die erſten Adelsbriefe in der erſten Helfte des XV. Jahrhunderts und unter der Regierung Kaiſer Karls IV. an 3), als zu welcher Zeit die Ritterſchaft auch anfieng, edel genannt zu werden. Seit der Zeit iſt die Erlangung des Adelſtands durch Diplome immer häufiger geworden 4).

1) Spener teutſches Staatsrecht B. II. C. 7. §. 5. Note 9. S. 31. *Carpentier* in Gloſſar. Noviſſ. T. III. p. 28.

2) Neue Diplomatick Th. VI. §. 92.

3) Cod. Nobilit. Humberti Delph. de 1346. ap. *Valbonnays* Hiſt. de Dauphiné T. II. p. 538. Dipl. Car. IV. Imp. de 1360. ap. *Glaffey* in Collect. anecdot. pag. 24. n. 12. aliud de e. a. ibid. p. 177. n. 106.

4) *Io. Chr. de Leipziger* Diſſ. de originibus Nobilitatis diplomaticae Vit. 1738.

Joh. Fr. Joachim in der Unterſuchung, zu welcher Zeit im teutſchen Reiche die Adelsbriefe aufgekommen, in der Samml. verm. Anmerk. Th. I. S. 113.

774.

Hoheitsrecht der Adelsertheilung.

Die Adelsertheilung, da ſie ein Theil der Standeswürdigung iſt, kömmt in jedem Staate der höchſten Gewalt als ein Regal zu 1).

1) *Io. Volckm. Bechmann* de jure dignitates conferendi in Imperio R. Germ. Ien. 1685.

Ehrenfr. Reinboth Diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa dignitates Imperii conferendas. Erf. 1745.

775.

Kaiſerliches Reſervat in Teutſchland.

Sowol der hohe als der niedere Adel iſt ehemals von den Kaiſern nur mit Einwilligung ſämtlicher Kurfürſten, Fürſten und Stände des Reichs ertheilt worden, wie ich davon durch die Einſicht einer großen Anzahl Adelsbriefe und Standesdiplome, die alle hierüber vollkommen übereinſtimmen, und alſo von den Gelehrten geſammelt zu werden verdienen, vollkommen überzeugt worden bin. Heutzutage eignet ſich dieſes Recht der Kaiſer als Reſervat zu, und gründet ſich deshalb auf die Ausdrücke gewiſſer Reichsgeſeze, worinn er die Quelle alles Adels genennt wird 1).

1) *Io. Heumann* de Reſervato Imperat. dignitates largiendi ad illuſtrat. Capit. Noviſſ. a. 22. §. 1-6. in exercit. Jur. Univ. T. I. p. 102. *Ern. Io. Frid. Manzel* Diſſert. de jure Imperat. Rom. Germ. circa conferendos honores. Roſt. 1734.

776.

Reichsgeſezliche Einſchränkung.

Dieſe Standeswürdigung darf nicht zum Nachtheile eines alten Hauſes oder Geſchlechts 1) und der teutſchen Hochſtifter 2) ausgeübt, und Niemand dadurch der landesherrlichen Bothmäßigkeit entzogen werden 3). Die Perſonen müſſen die gehörigen Verdienſte für ſich haben, im Reiche mit Gütern angeſeßen, und im Stande ſeyn, den angenommenen Stand zu behaupten 4).

1) Kaiſerl. Wahlkapit. Art. XXII. §. 3.

2)

2) ebendaſ. Art. XIV. §. 1. 3) a. a. O. Art. X. §. 2.
4) Art. XXII. §. 1.

777.

Theilnehmung Mehrerer an dieſem Reſervatrechte.

An dem kaiſerlichen Vorrechte der Adelsertheilung und Standeswürdigung nehmen Antheil der Römiſche König, die Reichsverweſer, und Alle, welche die gröſſere Komitiv erhalten haben, als die Herzoge von Oeſterreich, Kurfürſten von der Pfalz, Fürſten von Schwarzburg, Grafen von Ingelheim ꝛc. ꝛc. 1).

1) Riccius vom landſ. Adel, Th. II. c. 3. §. 4. p. 301. Neue Staatskanzley Th. XV. S. 326. *Beck* Specim. II. Jur. Publ. Auſtr. p. 188.

778.

Adlungsrecht der Kurfürſten und Fürſten.

Den Kurfürſten ſcheint vermög ihres königlichen Vorrechts und kraft ihrer Theilnehmung an der Majeſtät des Reichs das Adlungsrecht mit allem Grunde zuzukommen. Ob eben dieſes den übrigen Reichsfürſten kraft der Landeshoheit zuſtehe, iſt noch nicht ausgemacht 1). Einige wollen deſſen Wirkung bloß auf ihre Länder einſchränken, die ſcheinen aber vom völkerrechtlichen Convenienzrecht keinen Begrif zu haben.

1) *Huld. ab Eyben* Diſſ. de poteſtate electorum et principum Imp. circa jus nobilitatem ſubditis ſuis conferendi. Helmſt. 1677.

Io. F. Toppanecker Diſſ. de poteſtate electorum et principum Imp. circa jus nobilitatem ſubditis ſuis confeerendi. Lipſ. 1707.

Henr. Cocceji Diſſert. de poteſtate ſtatuum Imp. circa dignitates.

779.

Preußiſche und Kurſächſiſche Geſezgebung wegen der kaiſerlichen Adelung.

In den Preußiſchen Staaten müſſen die vom Kaiſer geadelten Unterthanen ihr Diplom nach Berlin zur königlichen Beſtätigung einſenden, und werden in dieſem Falle in die Matrickel eingeſchrieben 1). Sie bezahlen für das ausgefertigte Grafenpatent 200 Thaler, für das Baronenpatent 100 Thaler, und für den ſchlechten Adelsbrief 50 Thaler nebſt Tax= und Stempelgeldern 2). Auf eine ähnliche Art wird es in Kurſachſen gehalten.

1) C. C. March. T. VI. Abth. II. S. 63. 65. 75. *Struve* in Corp. Jur. Publ. C. XXVI. §. 69.

2) C. C. March. T. V. Abth. V. p. 66.

780.

Entſagung des Adels.

Der erhaltenen Anſprüche auf die bürgerliche Achtung kann man ſich begeben 1). Die Entſagung geſchieht bald freywillig, bald nicht freywillig 2). Die freywillige kann nicht wol ausdrücklich geſchehen, weil ſie ſo viel als die Erklärung für ein unwürdiges Glied des Staats wäre.

1) *Io. Frid. Eiſenbarth* Progr. de renunciatione nobilitatis. Helmſt. 1757.

2) *Io. Gottl. Martini* Diſſ. de modis praecipuis, quibus nobilitas amitti dicitur. Lipſ. 1776.

781.

781.

Stillſchweigende Entſagung des Adels.

Es wird für eine ſtillſchweigende Entſagung des Adels angenommen, wenn ein Edelmann ein Handwerk treibt, eine ſchmuzige Handthierung ergreift, ſich mit eines gemeinen Bauren Tochter verheirathet, und ein Bauer wird, ſich viele Jahre und den größten Theil ſeiner Lebenszeit ſeiner adelichen Vorrechte nicht bedient hat.

782.

Ob der Adel durch die Kaufmannſchaft verloren geht?

Es iſt ein Unterſcheid zu machen zwiſchen dem Großhandel und der Krämerey, deren Glieder miteinander in einer Zunftverfaſſung ſtehen. Durch jenen entehrt ſich der Edelmann ſo wenig, daß er gerade in der älteſten Zeit ſeine Beſchäftigung geweſen 1), und von ihm an den Bürger gekommen iſt. Dieſer aber verträgt ſich nicht mit dem Adelſtand, und gilt für eine ſtillſchweigende Verzichtleiſtung 2). Vom verbotenen Handlungsgewerbe des Adels wird unten beym Handelsrecht geſprochen werden.

1) Meine Geſchichte des teutſchen Handels, Hannover in der Helwing. Hofbuchhandl. 1785. Th. I. Abſchn. XIX. S. 162. Strubens Nebenſt. Th. III. S. 308.

2) *Arn. Maur. Holtermann* Diſſ. de commerciis et mercatura illuſtr. nobil. et al. honorat. perſonarum. Marp. 1674. *Raym. Peller* Diſſ. an mercatura nobilitatem obfuſcet. Baſil. 1699.

783.

Verzicht einer Fräulein durch Vermählung mit einer Civilperſon auf ihren Adel.

Eine adeliche Dame, die eine Perſon aus dem Civilſtande, einen Gelehrten, Geiſtlichen, Rath und andern landesherrlichen Bedienten heirathet, behält ihren Geſchlechtsadel und ihr Wappen 1), das ſie mit dem Namen, Titel und Wappen ihres Mannes verbindet. Nur auf ihre Kinder erbt ihr Adel nicht fort, weil nach den Römiſchen Rechtsprinzipien dieſe nur in die Familienrechte des Vaters eintreten.

1) Vergl. C. C. Marcl. T. I. Abth. II. p. 104. 132. Reſcript vom 25. Aug. 1718. §. 21, 22. 23.

784.

Verluſt des Adelſtands.

Jede Infamie, da ſie alle bürgerliche Achtung hinwegnimmt, entzieht auch jenen höhern Grad derſelben, die man den Adel nennt. Sie iſt alſo ein unfreywilliger Verluſt des Adelſtands. Manchmal wird die bloße landesherrliche Entziehung des Adels ſchon entehrend.

785.

Gebräuche dabey.

Es zeigen dieſes die Gebräuche, wenn dem Edelmann ſein Wappen und der Degen durch den Henker zerbrochen und vor die Füße geworfen werden 1).

1) *Io. Ge. Fichtner* de fract. inſign. Alt. 1708.

786.

Verluſt des Adels im Preußiſchen.

Wenn in den Preußiſchen Staaten ein Edelmann eine unehrliche, ſchändliche oder ſchlechte Weibsperſon heirathet, ſo wird derſelbe ſeines Geſchlechts Schild und Helms, der Mitlehenſchaft und Lehensanwartſchaft verluſtig, und ſeine Lehengüter verfallen ſogleich den nächſten Erben, die ihm in Ermanglung eines andern Vermögens bloß den Unterhalt zu reichen haben. Die Kinder dürfen ſich des Vaters Namen, Wappen und Adels nicht bedienen, ſondern erhalten vom Könige einen eigenen Namen 1).

1) Magdeburg. Polizeyordn. C. VII. §. 7. Reſcr. vom 3ten Nov. 1697. bey *Scheffer* de jure Natal. Nobil. German. p. 45. Dergl. vom 8. May 1739. in C. C. March. Cont. I. p. 253.

787.

Wirkungen des Verluſts des Adels auf die Nachkommenſchaft.

Bey dem Verluſte des Adels des Vaters behalten die Kinder, die bereits gebohren geweſen, und an ſeiner Vergehung unſchuldig ſind, ihren Adel 1), wovon bloß der Hochverrath eine Ausnahme macht 2). Die nachher erzeugten Kinder ſind gar nicht adelich gebohren.

1) Riccius vom landſ. Adel P. II. c. 46. p. 526.

2) Lünigs Reichsarch. Tom. II. p. 129.

788.

Wiederherſtellung des Adels.

Den durch die Entehrung verlornen Adel kann man nur durch die gänzliche Wegwiſchung der Infamie wieder erhalten, das nach den Umſtänden der Perſon und der Sache verſchiedentlich geſchieht.

789.

Erneurung des Adels.

Einen durch den Nichtgebrauch verlornen Adel kann man durch die Erneurung wieder erhalten 1). Wenn aber während jener Zeit die Vorfahren verabſäumt haben, ſich ſtandesmäßig zu vermählen, oder gewiſſe dem Adel entehrende Geſchäfte, Verrichtungen und Handthierungen getrieben haben, ſo erhält man durch die Erneurung bald nicht den alten ächten, und bald nicht einmal den alten Geſchlechtsadel, ſondern ſie bleibt ein bloßer Briefadel.

1) *Chr. H. de Selchow* Progr. de renouatione Nobilitatis. Goett. 1757.

VIII. Abſatz.

Ahnenprobe.

790.

Literatur.

Cl. Franç. Meneſtrier diverſes eſpeces de Nobleſſe et ſes preuves à Paris 1682.

Id. de la Nobleſſe des pays etrangers. à Paris 1682.

Id.

Id. Tableau geneal. pour les 16. quartiers de nos Rois, avec un traité prelim. de l' origine et de l'uſage des Quartiers pour les preuves genealogiques. à Paris 1683.

Henr. Hildebrand de probatione per ſtemmata genealogica. Alt. 1719.

Franc. Joſ. Merlet de nobilium auorum probatione. Arg. 1732.

Rud. Fried. Telgmann von der Ahnenzahl, deren Urſprung, wie auch vormaligen und heutigen Nuzen, vornemlich im h. R. Reich teutſcher Nazion. Frankfurt am Main 1733.

Io. Ge. Eſtor Diſſ. de probatione nobilitatis auitae et veteri et hod. ab illis potiſſimum, qui dignitatem eccleſiaſticam appetunt, repedienda. Marp. 1744.

Id. de ratione vſitata et explorata in demonſtrando nobilitatem proauitam inſigniaque gentilitia. Marp. 1745.

Ebenderſ. Prakt. Anleitung zur Ahnenprobe, ſo bey den teutſchen Erz = und Hochſtiftern, Ritterorden und Ganerbſchaften gebräuchlich. Marp. 1750.

Joh. Pet. von Ludewig rechtl. Bedenken über die Rechnung des vierſchildigen Adels.

Eb. Frid. Georgii Diſſert. de jure Natalium Nobilitatis Germ. von dem Recht der Ahnen des Adels in Teutſchland. Tub. 1733.

791.

Erklärung.

Der Beweis, daß man die gehörige Anzahl adelicher Ahnen beſize, und von denſelben durch rechtmäßige eheliche Zeugung abſtamme, heiſt die Ahnenprobe.

792.

Unterſcheid zwiſchen Stammbaum und Geſchlechtsregiſter.

Die Stammtafel oder der Stammbaum ſtellt in gerade aufſteigender Linie alle Erzeuger mit ihren Wappen dar. Das Geſchlechtsregiſter hingegen zeigt die niederſteigenden Abkömmlinge und die Seitenverwandten.

793.

Urſprung der Ahnenprobe.

Man ſieht ſchon in den fränkiſchen Kapitularen 1), daß 3 Generationen zum Beweis der Freygebohrenſchaft erforderlich ſind. Nachher kommen 4 Ahnen ſowol bey der Zulaſſung zu Thurnieren, als überhaupt zum Kennzeichen der freyen Geburt vor 2). Unter Kaiſer Siegmund bis zur Zeit Kaiſer Friedrichs III. beſteht die Anzahl in 6 Ahnen, welches mit den drey Zeugungen und 4 Ahnen ganz einerlei, und die Verſchiedenheit der Benennung entſtand bloß aus der verſchiedenen Art, die Ahnen zu berechnen. Erſt nachdem die Päbſte ihre Kreaturen bey den Hochſtiftern einzuſchieben trachteten, und die Kaiſer ſo viel Adelsbriefe und darinnen eine Anzahl Ahnen ertheilten,

wurde

wurde die Anzahl vermehrt. Unter Karl V. kamen die XVI. und XXXII. Ahnen auf 3).

1) Capit. de 644. §. 15. ap. *Baluz.* Tom. I. col. 154. et Capit. R. Francor. L. VI. §. 213.

2) Sächſ. Landr. B. I. Art. 51. Alem. Landr. c. 49.

3) *Bucelin.* in [Germania Topo - Chrono - Stemmatographica ſacra et prophana p 75.

794.

Anzahl der Ahnen und ihre Abtheilung.

Die Anzahl, die in den Statuten zum Genuſſe gewiſſer Rechte erfordert werden, beſteht in IV. VIII. XVI. XXXII. und (jedoch äußerſt ſelten) in LXIV. Ahnen. Die Urſache, warum jeder Grad die gedoppelte Anzahl enthält, liegt in der Natur der Sache. Die Ahnen ſind entweder Fürſtenmäßig oder Adelich. Man kann oft mit der fürſtlichen Ahnenprobe nicht fortkommen, und doch als Edelmann die vollkommene Ahnenzahl beſitzen.

795.

Berechnungsart.

Man hat zweyerlei Arten die Ahnen zu berechnen. Entweder daß man den Kandidaten und jedes Ehebett für eine Ahne annimmt, und ſo von unten von Zeugung zu Zeugung heraufrückt 1), oder daß man nach heraldiſcher Weiſe auf der oberſten Staffel von der linken zur rechten Seite quer durch alle Wappen zehlt. In dieſem Fall heiſt hernach die gemachte Probe ein Vierſchildiger 2), Achtſchildiger, Sechzehnſchildiger,

ger, zweyunddreißigſchildiger Adel 3). Vor Kaiſer Friedrich III. ward jede Perſon in den zwo erſten Staffeln für eine Ahne gezehlt, und folglich machten die heutigen 4 Ahnen damals 6 Ahnen.

1) Eſtors Ahnenprobe S. 132.

2) von Ludewig Bedenken über die Rechnung des vierſchildigen Adels, C. V. §. 80. 81. *Rudolphi* Herald. Curioſa, pag. 56. ſqq.

3) Siehe die Tabelle.

796.

Erforderniſſe eines richtigen Stammbaums.

Zur Richtigkeit eines Stammbaums gehört, daß alle darauf verzeichnete Perſonen von ächtem Adel ſind, ihre gehörigen Wappen beſizen, in rechtmäßiger Ehe gelebt, und darinn die ihnen zugeſchriebenen Deſcendenten erzeugt haben. Die Ahnenprobe beruht alſo auf zween Hauptgrundſäzen, auf dem Beweiſe des Adels und auf der ehlichen Abſtammung 1).

1) Eſtor von der Ahnenprobe §. 25. S. 14. Strube Nebenſt. Th. III. S. 508.

797.

Beweis der ehlichen Abſtammung.

Dazu wird erfordert, daß die im Stammbaume verzeichneten Eheleute miteinander in einer geſezmäßigen Ehe gelebt, und darinn die angegebenen Kinder gezeugt haben, folglich daß der Vater das Kind ehelich gezeugt und die Mutter es ehelich gebohren habe.

798.

Beweis des Adels.

Von jeder angegebenen Perſon muß der Adel erwieſen ſeyn; das geſchieht, daß man zeigt, daß ſie von herrenmäßiger und ritterbürtiger teutſcher Abkunft, und aus ſtandesmäßiger Ehe erzeugt iſt.

799.

Beweis des Wappens.

Das beygezeichnete Wappen muß nicht nur jeder Perſon mit Recht zukommen, ſondern auch adelich ſeyn, woran das Schild und Helm ächt iſt.

800.

Beweismittel.

Der Beweis wird durch Urkunden, Zeugniſſe, und im Nothfall durch den Eid angetreten. Man iſt ſtrenger beym Beweiſe des Adels, als bey der Erprobung der Abſtammung. In den ältern Zeiten werden die leichtern Beweismittel zugelaſſen.

801.

Beweis durch Urkunden.

Die Hauptbeweisführung muß durch Urkunden geſchehen 1). Dergleichen ſind Adelsbriefe, Standesdiplome, Lehenbriefe, Wappenbriefe, Lehensregiſter, Rittermatrickeln, Landtagsabſchiede, Eheberedungen, Teſtamente, Theilungsbriefe, Hausverträge, Grabſchriften, Leichenpredigten, Hochzeitkarmina, und ſo weiter.

 1)

r) *Ern. Frid. Knorre* de probatione nobilitatis per inſtrumenta. Hal. 1751.

802.

Von der Kundſchaft des Adels.

Wenn nur bey einer oder mehrern Perſonen des Stammbaums der Adelsbeweis durch Urkunden abgeht, ſo wird zu dem Ende das Zeugnis von zweien Edeleuten, unter Beobachtung einer gewiſſen Eidesformel, zugelaſſen. Zuweilen wird dieſes Zeugnis von einem ganzen ritterſchaftlichen Kollegio ausgeſtellt, und gilt, wenn es nicht auf den alten ächten Geſchlechtsadel ankömmt, oft ſtatt dem ganzen Beweiſe durch Urkunden bey dem Kandidaten ſelbſt. Es heiſt die Kundſchaft des Adels.

803.

Vom Erfüllungseid.

In eben dieſem Fall wird auch der Erfüllungseid zugelaſſen nach einer beſondern Formel.

804.

In welchen Fällen die Ahnenprobe nothwendig.

Man muß den alten ächten Geſchlechtsadel beweiſen, und folglich die Ahnenprobe machen bey der Erſcheinung auf Landtägen, bey der Erwerbung adelicher Lehen und Rittergüter, bey der Succeſſion in Stammlehen, desgleichen in Ganerbſchaften und Burgmannſchaften, bey der Sizung auf der adelichen Bank in Regierungen und Juſtizkollegien, zur Erlangung gewiſſer Hofämter, und bey der Zulaſſung zu Thurnieren

und

und Karuſſels, desgleichen zu den Hochſtiftern 1) und großen ſowol geiſtlichen als weltlichen Ritterorden.

1) AEp. Mogunt. epiſt. de 1699. ad P. M. in Fabers Staatskanzley Th. V. S. 127.

805.

Gefolgerte Rechtsſäze.

Bey der Ahnenprobe müſſen immer die ganzen Ehebetten adelich oder fürſtlich geweſen ſeyn. Daher von der ganzen Anzahl väterlicher und mütterlicher Vorfahren, die auf dem Stammbaume erſcheinen, niemand unadelich oder unfürſtenmäßig ſeyn darf, und die Ermanglung des ächten Adels, oder des alten Herrenſtands, bey einer einigen Perſon, zerreiſt die ganze Stammreihe. Auf der oberſten Staffel gilt neuer Adel, oder erlangte fürſtliche Würde, in den folgenden Zeugungen aber muß er ehelich angeſtammt ſeyn. Bey jeder Erhöhung der Ahnenzahl iſt nothwendig, daß alle männliche und weibliche Erzeuger ebenfalls adelich geweſen ſind. Deswegen verdoppelt ſich bey jeder Stufe die Anzahl, als erſter Grad 4, zweiter Grad 8, dritter Grad 16, vierter Grad 32, und fünfter Grad 64 Ahnen.

IX. Abſaz.

Perſönlicher Adel.

806.

Eigene Rechte.

Der perſönliche Adel begrenzt ſich bloß auf die Perſon des Beſizers, und vererbt ſich nicht. Größtentheils

tentheils iſt auch kein Wappen damit verknüpft, und man bleibt von dem Genuſſe aller der Rechte ausgeſchloſſen, die dem alten ächten Geſchlechtsadel zukommen 1). Der perſönliche iſt jedoch von dem Range mit dem Adel noch ſehr unterſchieden.

1) *Henr. Cocceji* Diſſ. de poteſtate ſtat. Imp. circa dignitat. C. II. §. 9. *Leyſer* Specim. 664. med. 5.

807.

Ehmaliger Perſonaladel der graduirten Perſonen.

Graduirte Perſonen, und insbeſondere die Rechtsdoktoren, giengen im Mittelalter dem alten Herrenſtande gleich 1), nachher wurden ſie der Ritterſchaft 2), und endlich dem niedern Adel überhaupt gleich geſtellt, und durften ſich aller ihrer Vorrechte bedienen 3). Heutzutage gehören ſie zum Civilſtande. Nur daß ſie vermög der Reichsgeſeze 4) noch bey den Hochſtiftern Koſtanz, Augſpurg, Trident, Brixen, Baſel, Kur, Zeiz, Merſeburg, Kamin, Breslau, Naumburg, Meißen und Elwangen, aufgenommen werden müſſen 5).

1) Reichsabſchied von 1495. § 11 : 13. *Ioh. Nolden* de ſtatu Nobil. p. 529. *Ge. Chr. Gebauer* Progr. de exſtantioribus exemplis Principum, Baronum, Comitum ac Nobilium qui gradu I. V. D. ſe condecorari non dedignati ſunt. Goett. 1741. *Gottl. ab Hagen* de nat. et ſtatu nobilit. et ſtatus doctoralis. *Leon. Bayer* de nobilitate Jurisconſultorum aliisque praerogatiuis. Viennae 1711.

2) Neue Dipl. Th. VI. § 92.

3) Reichsabſch. v. 1498. §. 39. in der Samml. Th. II. S. 48. R. A. v. 1500. tit. 22. §. 5.

4) Concord. Nat. Germ. de 1417. c. 3. in der Samml. der R. A. Th. I. S. 114. I. P. O. Art. V. §. 17.

5) *Chr. Gottl. Buder* Diſſ. de jure doctorum ad canonicatus. Ien. 1753. *Ge. Lud. Boehmer* Progr. de jure promotorum adſpirandi ad Beneficia eccleſiaſtica. Goett. 1754.

X. Abſaz.

Geſchlechtsadel.

808.

Einleitung.

Alle Rechte, die dem Geſchlechtsadel zukommen, ſind entweder perſönliche oder dingliche Rechte, oder Befreyungen, die gemiſcht ſind.

I. Glied.

Perſönliche Adelsrechte.

809.

Vorzüge in der Titulatur und Kanzleyſtyle.

Edelleute bekommen heutzutage von Gleichen und Geringern, Wohlgebohrne oder Hochwohlgebohrne, von dieſen auch noch Gnädige Herren, Ihr Gnaden, und in der Submiſſion unterthänig. Kanzleymäßig ſind die Kurialien Edle 1), Veſte, Geſtrenge u. ſ. w.

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. S. 416. 455.

810.

Vom adelichen Range.

Der Adel hat unter den Perſonen, die keine Aemter und Bedienungen bekleiden, und nicht zum regierenden Hauſe gehören, den erſten Rang. Er geht den drey Bürgerklaſſen, Civilſtand, Bürgern und Bauren vor.

811.

Vorzüge bey kirchlichen Ceremonien.

Selbſt bey der Empfangung des h. Abendmahls genießen ſie dieſen Vorrang. Sie dürfen die Konfirmation, Taufhandlungen und Trauungen in ihren Häuſern vornehmen laſſen 1), und ſind manchmal ſogar von der kirchlichen Abrufung befreyt 2).

1) C. C March. T. I. Abth. II. pag. 99. Lünig Coll. von d. landſäß. Ritterſch. T. I. p. 735. C. C. Celk. P. I. p. 1127. Wolfenb. K. O. p. 130. Meckl. Erbl. Vergl. §. 508.

2) Brem. L. O. Th. I. S. 819.

812.

Vorrecht bey Leichenbegängniſſen.

Nicht nur erhalten ſie das gröſſere Trauergeläute in den Städten, ſondern auch auf ihren adelichen Gerichtsörtern muß ihnen gleich dem Landesherrn das Geläute gegeben werden.

813.

Bey der Hoftrauer.

Eine allgemeine Landestrauer erſtreckt ſich, wenn ſie ſchon keine Aemter bekleiden, dennoch auch auf ſie, und

ſie

ſie unterſcheiden ſich überhaupt dabey durch eine beſondere Tracht.

814.

Bey Zeugſchaften.

Oft gilt bey Edeleuten das unbeſchwohrne Zeugnis 1), und ein adelicher Zeuge hat vor dem bürgerlichen mehr Glauben 2).

1) *Car. Frid. Walch* Diſſ. de teſtimonio nobilium injurato; Ien. 1759.

2) *Leyſer* de jur. equit. Saxon. ſingul. §. 34.

815.

Beym Bürgerrecht.

Bey ihrer bürgerlichen Aufnahme in Städten ſind ſie vom Bürgereide befreyt.

816.

In Schuldſachen.

Hiebey genießen ſie das Beneficium competentiae 1), jedoch im Preußiſchen bleibts beym gemeinen Rechte 2).

1) Riccius vom landſ. Adel S. 490. 492.

2) C. C. March. T. II. Abth. III. p. 140.

817.

Wappenrecht.

Sie können jedermann den Gebrauch ihres Wappens verwehren.

818.

Eigene Familiengeſezgebung.

Die ganze Freygebohrenſchaft war ehemals in ihren Familienangelegenheiten keiner Staatsgeſezgebung nothwendig unterworfen, ſondern konnte hierüber ſelbſt Geſeze machen und Verträge ſchließen. Es geſchah daher, daß jedes Geſchlecht ſeine eigenen Hausgeſeze in Teſtamenten, Statuten, Theilbriefen, Lehenbriefen, Kontrakten beſaß 1). Die römiſchen Doktoren, die dieſes wahrnahmen, und den Grund und Urſprung der Sache nicht begreifen konnten, glaubten eine Aehnlichkeit mit den römiſchen Fideikommiſſen zu entdecken 2); weil ſie aber auch ſahen, daß ſie nicht immer auf der lezten Willensverordnung eines Erblaſſers beruhten, ſondern oft unter Lebenden geſchloſſene Verträge waren, ſo gaben ſie ihnen die Benennung fideicommiſſa familiae conuentionalia 3).

1) *Nic. Betſius* de fam. ill. et nobil. ſtatutis, pactis et conſuetudinibus. Francof. 1608. cum praefat. notis et indice *Io. Schilteri*. Argent. 1699.

Io. Phil. Ringler de pactis illuſtr. ſucceſſoriis. Frcf. 1693.

Io. Flor. Rivinus de pactis ſucceſſoriis. Lipſ. 1730.

Io. Pet. Banniza Diſſert. de pactorum ſucceſſoriorum praecipue fam. illuſtr. conſtanti in Germania valore. Wirceb. 1748.

Herm. Becker Diſſ. de valore fideicommiſſ. tam vltima voluntate quam per conuentionem conſtitutorum. Roſt. 1752.

Ge. Sam. Madihn Diſſ. de efficacia pacti familiae illuſtr. agnato remotiori jus ſuccedendi tribuentis. Hal. 1754.

Iuſt.

Iuſt. Henn. Boehmer Diſſert. de fundamento pactorum fam. ad fideicommiſſa inclinantium. Hal. 1730.

Io. Wilh. Textor de pactis gentilitiis procerum. Heidelb. 1673.

2) *Io. Steph. Pütter* Diſſ. de jure feminar. adſpirandi ad fideicommiſſa familiae. Goett. 1748. C. II., §. 11. vsque ad 14.

3) *Phil. Knippſchild* de fideicommiſſis fam. nobil. Argent. 1626.

Fe. Chr. Harpprecht de fideicommiſſo conuentionali.

Sam. Stryk Diſſ. de fideicommiſſis familiar. nobil. conuentionalibus. Hal. 1710.

819.

Zweck dieſer Familiengeſezgebung.

Theils ſuchte man hierdurch überhaupt die Privatrechtsmaterien zu beſtimmen, und zu verhüthen, daß die Güter nicht von dem Geſchlechte entfremdet werden möchten 1); theils, und beſonders in der neuern Zeit, hatte man die Erhaltung u. Vermehrung des Glanzes des Hauſes dabey zur Abſicht 2); theils aber auch war man beſorgt, die Trümmer des alten vaterländiſchen Rechts gegen die Zudränglichkeit des römiſchen Rechts zu bewahren 3).

1) *Pet. Müller* Diſſ. de prouidentia maiorum. Ien. 1693.

Dietr. Herm. Kemmerich Progr. de inſtitutis German. ad conſeruationem fam. ſpectantibus. Ien. 1737.

2) *Nicol. Chr. de Lynker* Diſſ. de familiarum nobilium ſplendore. Ien. 1704. *Ern. Wilh. Strecker* Diſſert. de ſplendore familiarum conſeruando. Erf. 1747.

3) *Io. Frid. Eiſenbarth* Oratio de meritis Nobilitatis Teutonicae circa juris patrii conſeruationem. Helmſt. 1757.

820.

Heutige Beſchaffenheit der adelichen Avtonomie.

Obſchon der Grund der alten Familiengeſezgebung durch das abgeſchafte Fauſtrecht aufgehoben iſt, die durch Lehensverbindung entſtandene Landeshoheit und die Landſaßerey des Adels ihr ebenfalls entgegenſteht, ſo iſt ſie doch theils in den Landesverträgen ausdrücklich beſtätigt worden, theils hat ſie ſich vermög des Herkommens erhalten, muß aber in Rückſicht ihrer Wirkungskraft auf die übrige Unterthanſchaft, die nicht Glieder der Familie ſind, und wegen dem Oberpolizeyrechte des Staats von dem Landesherrn beſtätigt werden 1).

1) Erl. Sächſ. Prozeßordn. tit. 45. §. 6. S. 266. Kurſächſ. Deciſ. von 1746. t. 13. c. fin. Böhm. L. O. c. 22. Novell. 1. 20. Oeſterr. Succeß. Ordn. tit. 12. §. 1. tit. 19. Conſtit. Bav. v. 20. Apr. 1672. in *Lünig* Corp. J. feud. T. II. pag. 225. Conſtitut. Leod. de 1686. ap. *Ludolff* Symph. Dec. Cam. T. III. P. I. pag. 1025. Gothaiſche Banker. O. v. 1740. §. 12. Altenb. P. O. P. I. p. 256. Trier. Landr. t. 1. §. 36. Cod. Max. Bav. Civ. P. III. c. [illegible]. §. 3. Hanau. Hof- und Eheger. O. t. 11. §. 167. Heß. L. O. P. III. tit. 25. Conſtit. Osnabr. d. 7. Maji 1748. et 8. Iul. ej. a.

821.

In den Preußiſchen Staaten.

Eben das iſt der Grund, warum in den Preußiſchen Staaten, wo übrigens dem Adel allerlei Gattungen von Hausverträgen, Primogenituren, Majorate, Seniorate und dergl. zu errichten, vollkommen bewilli-

ges

get iſt 1), und es keiner landesherrlichen Beſtätigung mehr bedarf, dennoch vorgeſchrieben iſt, daß ſie dieſelbe vor gewiſſen Ritterkollegien förmlich anzeigen, ſolche in das Landbuch oder Hypothekenbuch binnen Jahr und Tag oder 3 Monathe nach dem Tod des Erblaſſers 2) eintragen, oder wenigſtens, damit eine richtige Succeſſionsordnung erhalten wird, und keine Verwirrung in der Familie entſtehet, gehörige Regiſtraturen darüber begreifen laſſen 3). Ueberhaupt müſſen dieſelbe ſchlechterdings ſchriftlich verfaßt 4), und vor Notarien und Zeugen errichtet ſeyn.

1) Königl. Aſſekurat. vom 30. Jun. 1717. §. 1. 4. Reſcr. vom 1. Jun. 1723. in C. C. March. T. II. Abth. V. n. 76. p. 125. Königl. Hypothek. Ordn. §. 9. cit. l. T. II. Abth. I. p. 116. Cirkulare vom 18. April 1754. C. C. March. Nov. T. I. p. 689. n. 33. Inſtrukt. für die Weſtpreuß. Regierung vom 21. Sept. 1773. ibid. T. V. Jahrg. 3. p. 2208.

2) Hinterpommer. Lehenskonſt. tit. II. §. 2. Oeſt. Schleſiſche Ordn. P. II. p. 603. et ap. *Lünig* C. J. feud. T. II. p. 261.

3) angef. Hypothek. O. §. 9. Lehenskonſtit. vom 1. Jun. 1723. §. 1. 2. 3.

4) Reſcr vom 8. Febr. 1770. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 6676. §. 12. Inſtrukt. für die Weſtpreuß. Regierung v. 21. Sept. 1773. Tom. V. Jahrg. III. p. 2201.

§22.

Adeliche Ehrengerichte.

Nach dem Grundſaze der Teutſchen, daß jeder nur von ſeines Gleichen gerichtet werden kann, haben

ſich

ſich in verſchiedenen Gegenden Teutſchlands, als in Preußen 1), Schleſien 2), in der Lauſiz 3), in Bremen 4), Baireuth, Wolfenbüttel 5), Böhmen 6) und Oeſterreich 7), desgleichen bey der unmittelbaren Reichsritterſchaft 8), gewiſſe Gerichte 9), die Ritterrechte, Ehrengerichte, Ehrentafeln, Rittertage, Marſchallengerichte, Landmarſchallenämter, Hof- und edle Rittergerichte, genennt werden, erhalten, deren Gerichtsbarkeit ſich über die perſönlichen Streitigkeiten des Adels in Anſehung ihrer Geburt, ihres Wappens, ihrer Ehre und Achtung, auch manchmal über Succeſſionsſachen erſtreckt 10).

1) Statuten des ſchwarzen Adlerord. §. 6. 32. 34. 35. Form. Reg. Curland. P. I. §. 19.

2) *Weingarten* Faſcicul. div. jur. L. II. p. 13. 149. *Henelii* Sileſiograph. T. II. c. 11. §. 21. *Bechmann* Synt. dignit. Diſſ. XIV. c. 2. p. 1200. *De Friedenberg* de gen. et part. quibusdam Sileſiae jur. L. I. c. 4. p. 13.

3) Carpzov Ehrentempel merkw. Antiquit. des Mgrthums Oberlauſiz C. 10. S. 158. *Struv.* de jud. her. c. 4. pag. 36.

4) Stad. H. G. O. P. I. t. 14. §. 14.

5) Rehtmeyer Braunſchw. Chronick S. 593. 837. Köhler von den Erblandeshofämtern S. 26.

6) Böhm. L. O C. 2. p. 59.

7) *Wurmbrand* Collect. geneal. hiſt. c. 4. p. 257.

8) Fränk. Ritterordn. P. I. tit. 14. Austragsordn.

9) *Burc. Gotth. Struve* Diſſert. de judiciis heroicis. Ien. 1721.

10) Eſtor Th. II. Hauptſt. 20. §. 5061. 5062.

823.
Befreyter Gerichtsſtand.

Aus eben dem Grunde fließt der befreyte Gerichtsſtand des Adels unter den höhern Juſtizkollegien, weil bloß bey dieſen adeliche Herren- oder Ritterbänke befindlich ſind. Der Adel hat die erſte Inſtanz unter den Hofgerichten, Oberappellationsgerichten, Tribunalen, Regierungen, Juſtizkanzleyen, u. ſ. w. 1).

1) *Selchow* in Elem. Jur. Germ. §. 256. n. 2).

824.
Gerichtsſtand im Preußiſchen.

Ebendas gilt im Preußiſchen 1). Die beſchloßene von Adel in der Altmark können bey den Hof- und Quartalgerichten belangt werden 2). Der erſte Senat des Kammergerichts zu Berlin ſoll ſich als ehemaliges Hofgericht in adelichen Erbſchaftsſachen der Jurisdiktion enthalten 3). Im neuen Geſezbuche 4) heiſt es: durch die Geburt erhalten alle Perſonen Fürſtlichen, Gräflichen und Freyherrlichen Standes, ingleichem ſämtliche von Adel, das Vorrecht, unter der Gerichtsbarkeit der höhern Gerichtshöfe zu ſtehen 5). Der Preußiſche Adel darf in Prozeſſen mit dem königlichen Fiſkus nur die Helfte der Gerichtsſporteln bezahlen 6).

1) Inſtruktion für die Oſtfrieſ Regierung §. 9 S. 7. Kleviſche Verordn. bey Lünig von landſ. Ritterſchaft T. I. p. 1003. Pommer. H. G. O. P. II. tit. 1. §. 2. Cod. Frid. P. III. t. 2. §. 1. Beckmann Beſchreib. der Kurmark Brand. T. II. p. 78. Sahmens Preuß. Rechtsgelahrtheit S. 514.

2) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 165.

3) Reſcr. v. 13. Oct. 1761. in T. III. C. C. March. Nov. pag. 78.

4) Corp. Jur. Frid. P. IV. tit. 2. §. 30.

5) Vergl. Inſtr. an die Oſtpreuß. Regierung von 1774. C. C. March. Nov. T. V. d. p. 380.

6) C. C. March. Cont. I. p. 41.

825.

Eintheilung in Schriftſaßen und Amtsſaßen.

In Sachſen haben nicht alle Edeleute jenen befreyten Gerichtsſtand, ſondern in Thüringen längſt der Werra, im Altenburgiſchen, Gothaiſchen und Weimariſchen, desgleichen im Herzogthum Magdeburg, ſtehen ſie gröſtentheils unter den Amtleuten, und werden daher Amtſäßig 1) genennt. Diejenigen aber, die unmittelbar unter den Regierungen und höhern Juſtizſtellen ſtehen, heißen im Gegentheil Schriftſaßen, kanzleyſäßige Edeleute 2). Gewiſſermaſſen könnte man auch hieher den Unterſcheid der Pommeriſchen Edeleute in Schloßgeſeßene und gemeine, und den Bayeriſchen Freygeſeßenen Adel rechnen.

1) *Ahasv. Fritſch* Diſſ. de Ambtſaſſiis. Rudolſt. 1662.

2) *Wilh. Leyſer* Diſſ. de Landſaſſiis itemque Schriftſaſſiis et Amtſaſſiis. Vit. 1664.

Ge. Ad. Struve Diſſ. de Schriftſaſſiis. Ien. 1667.

Io. Schilter Diſſert. de Schriftſaſſiis et Landſaſſiis. Ien. 1698.

826.

Ausſchließender Beſiz gewiſſer höherer Juſtiz- und Regierungsſtellen.

Nicht allein die Präſidentenſtellen der Regierungen, Konſiſtorien, Kirchenräthe, Hof- und Renthkammern u. ſ. w. werden faſt in allen Ländern an Edeleute vergeben, ſondern es befindet ſich insgemein, vermög des alten Genoßenrechts 1), bey den Regierungen, Hofgerichten und Oberappellationsgerichten eine beſondere adeliche Bank, die alſo bloß mit Edeleuten beſezt wird, und wovon das Oberhaupt wiederum ein alter Geſchlechtsedelmann ſeyn muß 2). Zur Gelangung auf die Herrenbank beym Reichshofrath und dem Reichskammergerichte ſind 4 Ahnen erforderlich 3). In den Ländern Niederteutſchlands müſſen die Landräthe angeſeſſene Edeleute ſeyn.

1) Dreyer in den verm. Abhandl.

2) Eine Reihe Geſeze bey Selchow §. 262. n. 4).

3) K. G. O. P. I. tit. 1. §. 3. R. A. von 1557. §. 18.

827.

Ausſchließender Beſiz gewiſſer Hofämter.

Nach dem teutſchen und Europäiſchen Völkerrecht werden die erſten Hofſtaatsbedienungen oder die Obriſthofämter, als eines Oberhofmarſchalls und anderer Marſchälle, Obriſtkämmerers, Obriſtſtallmeiſters, Obriſtjägermeiſters, Obriſtforſtmeiſters, Obriſtſchenken, Obriſtküchenmeiſters, Obriſthofmeiſters, ꝛc. nur an alte ächte Geſchlechtsedeleute vergeben. Eben-

das geſchieht bey den ſogenannten Maitres, Kammerherren, Kammerjunkern, Hofjunkern, Truchſeßen und Edelknaben 1).

1) Moſers Hofrecht Th. I. S. 90. Loen vom Adel S. 213.

828.

Zutritt zu den großen Ritterorden.

Sowol zu den geiſtlichen Ritterorden 1), als zu den großen Hof- und Jagdorden, werden nur ſolche Edeleute gelaßen, welche die Ahnenprobe zu machen im Stande ſind 2). Wer im Preußiſchen zum Johanniterorden gelangen will, muß ein eingeſeſſener Edelmann ſeyn, und ſein 16 Ahnenregiſter aufweiſen können 3), das andere Märkiſche Edeleute beſchwöhren müſſen 4).

1) Bulla Sixti IV. P. R. de 1483.

2) Moſers Hofrecht Th. II. S. 687. Telgmann von der Ahnenzahl C. V. S. 192.

3) Beckmann Beſchreibung des ritterl. Johanniterordens, Anhang S. 24.

4) Conſil. Hallenſ. Vol. I. p. 158.

829.

Zutritt zu den Hochſtiftern.

In den meiſten Hoch- und Domſtiftern Teutſchlands werden nur ſolche Edeleute zu Präbenden zugelaſſen, die 4. 1), 8 oder 16 Ahnen beweiſen können, und alle gegenſeitige Bemühungen des päbſtlichen Hofs 2) ſind fruchtlos geweſen 3), und der Kaiſer muß die Stifter bey dieſem Rechte ſchüzen 4).

1) *Bulla Sixti II, de 1476. pro eccl. Numb. Miſn. et Merſeb. ap. Ludewig Reliqu. Mſſ. praef. T. IV. p. 24.* Vt ſit nobilis de militari genere ex vtroque parente et de legitimo procreatus, aut in Theol. vtroque vel alio Jure Doctor vel Licentiatus vel Medicinae Magiſter exiſtat.

2) C 18 X. de praebend.

3) *Ep. AEp. Mogunt. ad P. M. de 1699.* in Fabers Staatskanzl. Th. V. S. 127. In Germania nonniſi Germani ad eccleſias cathedrales, iique ex praecipua nobilitate (vbi gradus in Theologia vel jure pro nobilitate non computantur) admitti poſſunt, ex eo inter alia, quod ex gremiis harum eccleſiarum eligantur epiſcopi et S. R. I. principes, cuius dignitatis exteri non ſunt capaces.

4) Strubens Nebenſt. Th. III. Abh. 21. §. 7.

830.
Landtagsfähigkeit.

In welchen Ländern die Ritterſchaft ein Glied der Landſchaft iſt, können nur im Lande begüterte alte ächte Edeleute auf den Landtägen Siz- und Stimmrecht ausüben. Zuweilen iſt die adeliche Landtagsfähigkeit ein ſolches gemiſchtes Recht, das zum Theil auf gewiſſen Gütern, und zum Theil auf der Beſchaffenheit der Perſon haftet 1). In wie fern es ein dingliches Recht iſt, davon unten.

1) Estors bürg. Rechtsgel. Th. III. §. 163.

831.
Lehensfähigkeit.

Anfangs waren bloß die ritterbürtigen Freygebohrnen lehensfähig. Durch kaiſerliche Privilegien 1)

wurden aber allgemach faſt alle ſtädtiſchen Bürger dieſes Rechts theilhaftig gemacht, beſonders da ſie ſeit den beiden großen Städtebündniſſen von 1241. und 1255. das Waffenrecht ebenfalls ausübten. Heutzutage wird in einigen Ländern ein Unterſcheid zwiſchen adelichen und unadelichen Lehen gemacht, und die Bürger bloß von jenen ausgeſchloſſen 2). Jedoch dieſes iſt nicht allgemein, und die bürgerlichen werden, gleichwie zu dem Beſize adelicher Güter, alſo auch zu den adelichen Lehen zugelaſſen 3).

1) Dipl. Rud. Imp. de 1280. ap. *Ayrmann* Syl. Anecd. pag. 304. pro Nordhuſ. Car. IV. et Lud. Bav. de 1317. et 1347. in *Lünig* C. J. feud. T. I. p. 1191. pro Spir. de 1319. et 1350. in *Mencken* Diſſert. de jur. Civ. Miſn. et Thur. acquirendi feud. equ. §. 6. Lud. Bav. de 1340. in den Braunſchw. Anz. 1755. n. 4. p. 1086. pro Goslar. Alb. III. de 1438. in Herzog Heinr. Jul. Deduct. wider Braunſchw. P. III. S. 702. pro Brunſw.

2) als in der Oberlauſiz, Landtagsreceß von 1619. in *Lünigii* C. J. feud. T. II. p. 719. Sachſen, Receß von 1700. in Cod. Aug. T. I. p. 367. Vogtlande, *Lünig* cit. l. p. 124. Oeſtereich, Strube Nebenſt. Th. III. S. 527. Neuburg, Lünigs landſäß. Ritterſch. S. 389. 1164. C. J. Feud. T. II. pag. 263. 719. Baiern, ibid. p. 527. Fulda, Schannat Client. Fuld. p. 265. Köln, Köln. R. O. t. 6. §. 8. Anhalt, Anhalt. L. O. tit. 15. Holſtein und Schleswig, Lünig Coll. von landſ. Ritterſch. Th. 1. p. 941. Osnabrück, Münſter, Bayreuth, Schwed. Pommern, *Schulenburg* de priv. et praerog. Nob. med. §. 6. Meißen und Thüringen, *Goth. Lud. Mencken* de jur. Civ. Miſniae et Thur. adquirendi feuda equeſtria. Vit. 1724.

3) als in der Niederlauſiz. *Fleiſcher* Inſt. Jur. feud. p. 280. Gothaiſchen, Goth. L. O. P. II. c. 2. t. 1. p. 121. Altenburg, Altenb. L. O. P. II. c. 2. t. 1. p. 137. Braunſchweig-Lüneb. *Pufendorf* T. I obſ 90. Calenberg. Wahlregl. v. 1737. §. 1. C. C. Cal. c. 8. p. 114. Cell. Wahlregl. de 2. Nov. 1752. Hildesheim, Hild. Wahlregl. v. 1716. Heſſen, *Eſtor* de com. et ord. Haſſ. c. III. §. 49.

832.

Unfähigkeit unadelicher Perſonen im Preußiſchen Lehen und Rittergüter zu erwerben.

Ehemals ſchienen in der Mark 1), in Pommern 2), in Minden 3), Schleſien, beſonders zu Schweidniz und Jauer 4), die bürgerlichen nicht ganz von dem Beſize der Lehen und adelichen Güter ausgeſchloſſen zu ſeyn, ſondern hiebey bloß den Edeleuten nachſtehen zu müſſen, als welche beym Zuſammenſtoße das Vorzugsrecht hatten 5). Allein jezo iſt nicht nur der Adelſtand 6), und zwar in Pommern und Schleſien der Beweis von 4 Ahnen, ſondern auch manchmal die Eingebohrenſchaft nothwendig 7). Ja es ſollen weder dieſelbe, noch ihre Pertinenzien 8) ſchlechterdings nicht an bürgerliche veräußert 9), noch von dieſen ohne königliche Verwilligung erworben 10), auf den Fall aber eine Erwerbung derſelben in Kriegszeiten geſchehen iſt, ſie nicht weiter an bürgerliche verkauft werden 11), und damit ſie deſto eher wiederum in adeliche Hände kommen, indes nicht alle adeliche dingliche Vorrechte und Freyheiten genießen ſollen 12).

1) Märk. Landtagsrezeß von 1653. §. 12. ap. *Müller* in Reſolut. March. n. 33.

2) *Stryk* de feudis Pomeraniæ C. III. §. 29. 30

3) Minden: Landesvertr. S. 213

4) *Stryk* de feudis Ducatus Sileſiæ Suidnic. et Iaurav. Sect. II. c. 2. §. 1. 7. *Ad. Balth. Wernher* Diſſ. II. de civ. Suidnicenſ. jure emendi feuda nob. Alt. 1703.

5) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 461.

6) Magdeburg Polizeyord. C. VII. §. 4. Schleſ. Recht in *Lunigii* C. I. Feud. T. II. p. 264. Pommerl. Landtagsrezeße bey Lünig von der landſ. Ritterſch. T. II. p. 225. 228.

7) Königl. Edikt von der Inkolatsgewinnung in Schleſien und Glaz vom 20. Dec. 1754. C. C. March Nov. T. I. p. 722.

8) C. C. March. Nov. T. I. p. 787.

9) Reſcript vom 29. Dec. 1750. in C. C. March. Cont. III. p. 203, dergl. vom 15. Jan. 1751. in C. C. March Nov. Tom. I. p. 1. Kabinetsordre vom 29. Jan. 1774. C. C. March. Nov. T. V. P. IV. p. 54. Inſtruct. für die Weſtpreuſ. Regierung vom 21. Sept. 1773. cit l. T. V. P. III. p. 2131. §. 4. n. 4. Reſcr. vom 18. Febr. 1775. in T. V. P. V. p. 47. n. 1. Schleſ. Umlauf an alle Landräthe vom 31. Merz 1763. in der Schleſ. Samml B. VII. S. 221.

10) die angef. Verord. größtentheils.

11) C. C. March. Nov. T. III. p. 127. 129.

12) Reſcr. vom 18. Febr. 1775. cit. l. p. 48. 49. 50.

833.

Zutrit zu Thurnieren und Karuſſels.

Noch bey den heutigen Thurnieren, Karuſſels u. ſ. w. die mit den Altern ſehr wenig Aehnlichkeit ha=

haben, wird es beobachtet, daß nur alte ächte Geſchlechtsedeleute zum Spiel ſelbſt zugelaſſen werden 1).

1) Riccius vom landſ. Adel S. 200. 237. *Cramer* de prærog. nobil. av. p. 354.

834.

Nicht Würde, ſondern Ahnzahl bewirkt den Vorzug unterm alten Adel.

Gleichwie die Würde eines Herzogs, Pfalzgrafen, Markgrafen, Landgrafen, Burggrafen, den Fürſtenſtand nicht begründet, ſondern alle in die ebenbürtige Abſtammung von ſolchen Geſchlechtern, die zum alten Herrenſtande gehört haben, ebenſo beſtimmt heutzutage die Gräfliche, Freyherrliche und Ritterliche Würde keine höhere und niedrigere Stufe des Adelſtands unter den alten Geſchlechtern, ſondern diß bewirkt allein die Ahnenzahl, und nur bey neugemachten Edeleuten geben jene Würden einen höhern Rang.

II. Glied.

Adeliche Befreyungen.

835.

Urſprung.

Gleichwie ein Freygebohrner, weil er mit ſeiner Perſon den Staat vertheidigte, ehemals weder Steuern bezahlte, noch öffentliche Laſten trug, ſo geſchah dieſes beſonders vom Adel, der ſich am längſten mit dem Kriegshandwerke beſchäftiget, und in der neuern Zeit, da die Landesbeſchwerden aufkamen, durch Privilegien und Landesverträge in ſeiner alten Verfaßung zu erhalten gewußt hat.

836.

Verzeichnüß dieſer Befreyungen.

Der Adel genießt ſowol für ſich als auch manchmal für ſeine Hinterſaßen die Steuerfreyheit, giebt meiſt keinen Abzug, genießt Befreyung von Zoll, Acciſe und Weggeld, iſt der Quartierslaſt und dem Servis nicht unterworfen, und hat beym Verkauf ſeiner Produkte und beym Einkaufe ſeiner Bedürfniſſe allerlei Handelsfreyheiten. Es genießen aber nicht immer die adelichen Wittwen dieſe Befreyungen 1).

1) Von Croſſen und Züllichw. C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 240.

837.

Verweiſung dieſer Materie auf einzele Kapitel.

Vom Abzugsrecht habe ich ſchon gehandelt, die übrigen Freyheiten werden unter den beſondern Fächern des Staatsobereigenthumsrecht, des Steuerrechts und unter dem Handlungsrecht auseinander geſezt werden.

III. Glied.

Dingliche Adelsrechte.

838.

Erklärung.

Sie ſind von der Beſchaffenheit, daß, obſchon ſie ihren Urſprung aus der Perſönlichen Eigenſchaft der Beſizer empfangen haben, dennoch jezo den Gütern ankleben, und darauf haften.

839.
Verweiſung der einzelen Materien.

Die Erklärung und Eintheilung der adelichen Güter ſamt der Landtagsgerechtigkeit, Brauerey, dem Bierſchanke und der Brandteweinbrennerey kömmt bey der Beſchreibung der Landgüter und die Jagdbarkeit beym Jagdrechte vor.

840.
Landtagsfähigkeit.

Indeß da an verſchiedenen Orten jeder Edelmann, der im Lande mit Lehengütern angeſeßen iſt, auf den Landtägen erſcheinen darf, und in andern Ländern von der urſprünglichen Verfaſſung der Landtagsfähigkeit ſoviel übrig geblieben iſt, daß es für ein gemiſchtes Recht gehalten wird, uud man theils wie in Heſſen zuerſt auf die adeliche Qualität des Beſizers und dann erſt aufs Gute ſieht, theils wie in Pommern, Salzburg und in der Lauſiz vorzüglich auf die Landtagsfähigkeit des Guts und hernach auf den Adel des Beſizers Rükſicht nimmt 1), ſo verdient die Sache ſo weit hier berührt zu werden.

1) Eſtor bürgerl. Rechtsgel. B. III. §. 163.

841.
Erbgerichtsbarkeit.

Der Adel beſizt faſt durchgehends auf ſeinen Gütern die Erbgerichtsbarkeit 1), die, wie wir im Landwirthſchafts- und im kollegialiſchen Polizeyrechte hören werden, ſich zwar in der Regel nur auf Erbe und

Eigen erſtreckt, aber dennoch ihren Urſprung aus dem Eigenthumsrechte genommen hat 2), und daher Polizeygewalt, Heimfallsrecht, Abzugsrecht und das Fiſkalrecht mit ſich vereiniget 3).

1) *Io. Wilh. Dietmar* Diſſ. de dominio jurisdictionis mediatorum. Ien. 1710. *Sigm. Ehrenfr. ab Oppel* de jurisdictione patrimoniali. Vit. 1711. *Steph Milet* de jurisdictione patrimoniali Argent. 1715 *Goth. Barth* de jurisdictione, quam perſonæ illuſtres et nobiles per officiales exercere ſolent, in Vol, Diſſ. p. 463. *Io. Gottl. Heineeius* de origine et indole jurisdictionis patrimonialis. Hal. 1716. *Io. Pet. de Ludewig* de jurisdictione prædiatoria Nobilium. Hal. 1742. *C. W. de Dalwick* de jurisdictione patrimoniali. Ien. 1754. *Gotth. Fr. Lochmann* de juriadictione patrimoniali. Lipſ. 1760.

2) gegen *Selchow* Elem. Iur. Germ. §. 289. der, wie gewöhnlich, den Urſprung der Sache nicht gekannt, und die urkundlichen Ausdrücke nicht verſtanden hat.

3) *Car. Rud. Græfe* Diſſ. de præcipuis et ſingularibus juribus jurisdictionis patrimonialis. Lipſ. 1730.
C. *H. Freiesleben* de jure Fiſci Landſaſſiorum. Lipſ. 1720.
Röder von der Erbgerichts- und Lehenvogtey im Koburgiſchen S. 221.

842.

Preußiſche Beſtätigung.

Dieſe Erbgerichtsbarkeit in erſter Inſtanz iſt dem Preußiſchen Adel förmlich beſtätiget worden 1). Daher die landesherrlichen Hoffiſkäle ihm keinen Eingrif thun, oder etwas allein vornehmen, noch deſſen Unterthanen gefangen ſezen laßen dürfen 2). Nur

ſind

ſind ihr in der Altmark gewiße Grenzen geſezt 3), und die Edeleute können ſich, wenn ſie wollen, derſelben enthalten 4).

1) C. C. March. T. VI. Abtheilung I. p. 406. 436. 159. Inſtruction für die adelichen und Patrimonialgerichte in Weſtpreußen vom 17. Sept. 1773. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrgang III. p. 1547.

2) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 408. 440. Criminal-ord. C. I. §. 12.

3) C. C. March. T. VI. Abth. I. S. 159.

4) ibid. Abth. III. p. 75.

843.

Verſicherung derſelben in andern Staaten.

Auf gleiche Weiſe iſt dem Adel auch in andern Ländern, als in Pommern 1), Mecklenburg 2), Holſtein 3), Neuburg 4), Jülich und Bergen 5), Oeſtereich 6), und Baiern 7), wo ſie die Hofmarkgerechtigkeit heiſt, dieſe Erbgerichtsbarkeit theils durch allgemeine Privilegien und Geſeze, theils durch Landtagsabſchiede verſichert worden.

1) Balthaſar von den Pommer. Landesger. und Ord. S. 29. ff.

2) Erblandesvergl. §. 419. 423. 425.

3) Landgerichtsord. P. I. t. 3. S. 17.

4) Landesfreyheiten §. 21. bey Lünig Landſ. Ritterſch. T. I. p. 1139.

5) Hauptreceß §. 11.

6) Hoheneck Beſchreib. der Stände Oeſter. ob der Ens Vorber. §. 3.

7) K. Ottens von Hungarn und Herzog von Baiern Straubingen Privilegium v. 1311. in meiner Samml. der Baier. Landſtänd. Freyheitsbriefe und Handveſten ꝛc. München bey Strobl 1778. Freybr. 1. S. 2. 3. *Ant. Mar. de Chlingenſperg* de hofmarchiali jure. Ingolſt. 1731.

844.

Umfang der Erbgerichtsbarkeit.

Zur Erbgerichtsbarkeit gehören alle bürgerlichen Sachen, ſie mögen Schulden, bewegliche oder unbewegliche Sachen, Güter und Vermögen ſeyn. Ferner alle geringe Diebſtähle an Eßwaaren, Gartenfrüchten, Holz, Fiſchen, Krebſen, desgleichen das Ueberzäunen, Uebermähen, Ueberackern, die Verlezung der Markſteine, falſches Maaß und Gewicht. Die Erbgerichte beſizen die vollſtreckende Gewalt, ſezen Einen ins Gut, können bevormunden, über die Veräuſſerung unmündiger Güter Dekrete ertheilen, üben das Beſtätigungsrecht über allerlei bürgerliche Geſchäfte, Schenkungen, Gedinge, Teſtamente ꝛc. aus, und ertheilen den Kirchweihſchuz 1).

1) Eſtor Th. II. §. 4951. 4957.

845.

Verbundenes Strafrecht.

Sie haben das Strafrecht über die kleinen Verbrechen und Frevel, die auf Haut und Haar gehen, und wobey keine Gewalt verübt worden iſt. Dergleichen Prügel, Ohrfeigen, braun und blau ſchlagen, Naſe bluten, Zähne bluten, Haare raufen,

ſen, Scheltworte, Blutrizen und andere Verlezungen, welche keine Wunden und Lähmungen nach ſich ziehen 1).

1) Eſtor Th. II. §. 4952.

846.

Art der Beſtrafung.

Die Erbgerichte ſtrafen theils mit Gefängnis und theils mit Geld, die in einer gewißen altherkommlichen Quantität Geldfrevel, Kammergulden, Pfunden, Häller, Stadtwährung, Schillingen u. ſ. w. beſtehen. Dieſes Strafrecht hat ſeine Grenzen, und darf nicht allzuſehr erhöht, noch von der altherkommlichen Form abgewichen werden 1). Das Gefängnis können ſie, ausgenommen im Preußiſchen, in Geldſtrafe verwandeln 2).

1) Eſtor Th. II. §. 4952. 4953. 4954. 4958.

2) *Io. Balth. Wernher* Diſſ. de jure poenas in mulctam conuertendis nobilibus dominisque jurisdictionalibus competente.

847.

Statutariſche Geſezgebung.

Vermög ihrer Gerichtsherrſchaft können die Landedeleute und Gutsherrſchaften, Statuten und Gerichtsordnungen oder wenigſtens Gerichtsinſtruktionen ertheilen, müßen ſie aber vom Landesherrn, der ihnen auch für ſich welche vorſchrieben kan, beſtätigen laſſen. Ebenſo iſt ihr Abolitions- und Strafrecht ſehr eingeſchränkt 1).

1) Preuß.

1) Preuß. Criminalord. C. XI. §. 2. 4. Inſtruct. für die Weſtpreuß. Patrimonialgerichte tit. IV. §. 29. 30. 36. 37. 38.

848.
Polizeyrecht.

Vermög ihrer Polizeygewalt können ſie nach ihrem Gefallen Hirten und Schäfer annehmen 1), und überhaupt die ganze Dorf- und Feldpolizey anordnen 2). Sie haben die Aufſicht über Maaß und Gewicht 3). Die Pupillenkollegien dürfen ihnen keine Vormundſchaftstabellen abfordern 4). Dahingegen müßen ſie die Depoſiten- und Pupillengelder ebenfalls zur Bank abliefern 5), und ihre Gerichtshalter haben über ihre Amtsverrichtungen ordentliche Verzeichniſſe 6) zu halten.

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 227.

2) Oecon. forenſ. B. I. S. 65. ff.

3) C. C. March. T. VI. Abth. p. 220.

4) C. C. March. Nov. T. IV. p. 503.

5) ibid. pag. 5047.

6) deren Muſter in Tom. V. Jahrg. III. p. 1626. ſqq.

849.
Gerichtsverwaltung.

Der Adel läßt ſeine Gerichtsbarkeit durch eigene Gerichtsverwalter, Vögte, Amtleute, Juſtiziarien, Schöſſer verwalten 1). Im Preußiſchen iſt es den adelichen Obrigkeiten bey Verluſt der Gerichtsgebühren oder gar der Jurisdiktion befohlen, ſich

rechts-

rechtsverſtändige und geſchworne Gerichtshalter anzuſchaffen, oder ſich derſelben wenigſtens bey peinlichen Sachen zu bedienen 2). Dieſe Juſtiziarien mögen wol zugleich das Aktuariat verſehen 3), können aber nicht zu gleicher Zeit Juſtizkommiſſäre beym Berliniſchen Kammergerichte ſeyn 4). In den adelichen Mediat- und Ritterſtädten in der Mark müßen von der Gerichtsherrſchaft die Juſtizbürgermeiſter, Stadtrichter ꝛc. von der Gerichtsobrigkeit erwehlt 5), und den Juſtizkollegien vorgeſchlagen werden.

1) Joh. Karl Nävius Ius Iuſtitiariorum, ſeu von dem Gerichtsrecht auf den Städten, Aemtern und auf dem Lande. Witt. 1733. *Chr. Specht* Diſſ. de præfectis Nobilium Iudiciis. Vet. 1733. Eſtor Th. II. §. 6520. 6521.

2) Cod. Frid. P. I. tit. 13. §. 44. C. C. March. T. II. Abth. III. p. 64.

3) *Berger* in Oecon. Iur. L. IV. tit. 6. th. V. n. 6.

4) Cod. Frid. P. I. tit. 14. §. 5. Reſcr. vom 5. Aug. 1780. C. C. March. Nov. T. VI. p. 3022.

5) Cont. IV. p. 172. Reglem. vom 10. Jun. 1749. §. 34.

850.

Obliegenheiten der adelichen Gerichtsverwalter.

Sie müßen überhaupt alle den landesherrlichen Juſtizkollegien zur Examinirung und Beſtätigung vorgeſtellt, und dürfen nicht eher verpflichtet und in ihr Amt eingeſezt werden 1). Bevor dieſes geſchehen iſt, ſollen ſie bey 5. Thaler Strafe nichts vornehmen und ausfertigen, oder die vernachtheilte Partheyen können ſich an ihnen oder an ihrer Gerichtsherrſchaft

ſchaft ihres Schadens wegen erhohlen 2). Ebenſo müßen ihre Kriminalurtheln dem Landesherrn zur Beſtätigung vorgelegt werden 3), und bey der Vollziehung der Feſtungs- iund Zuchthausſtrafen müßen die Commendanten uud Inſpektoren behörig auf vorher ergangenen Hofbefehl requirirt werden 4).

1) ibid. et Cod. Frid. P. III. tit. 4. §. 4. C. C. March. T. II. Abth. III. p. 64. *Engelbrecht* obſ. 34. Inſtruct. für die Weſtpreuß. Patrimonialger. tit. I. §. 1. 2. Kurſächſ. Prozeßord. tit. 2, §. 1 2. 3.

2) ebenangef. Inſtruct. §. 4. Cod. Frid. P. III. tit. 4. §. 2. *Engau* P. I. deciſ. 206. p. 213.

3) Preuß. Criminalord. C. X. §. 9. Inſtruct. für die Weſtpreuß. Patrimonialgerichte tit. IV. §. 29. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. III. p. 1617. Inſtruct. a. a. O. §. 35. p. 1619. 1620.

4) Edikte vom 12. Jul. 1732. §. 6. vom 30. Sept. 1737.

851.

Ihre Rechte und Amtsverrichtungen.

Wenn ein adelicher Gerichtsverwalter und Juſtiziar gehörig beſtellet, und dieſes ad acta bemerkt worden, ſo kan er alles das, was ſich der Gerichtsherr nicht ausdrücklich reſervirt 1) und als vorbehalten bekannt gemacht hat, für ſich allein oder in Gegenwart und mit Unterſchrift der Gerichtsſchöppen und Beyſizer 2) verrichten, der Gerichtsherr ſelbſt muß ſeine Unterthanen vor ihm in allen perſönlichen, dinglichen und Lehensſachen 3) belangen 4), und

kan

kan nichts exekutiviſches eigenmächtig gegen dieſe verfügen 5). Nicht weniger kan vor demſelben der Gerichtsherr ſeine eigenen Güter, die auf ſeinem Gerichtsſprengel gelegen ſind, verpfänden, und den Gläubigern darauf Verſicherung ertheilen, Kontrakte ſchließen, Teſtamente machen und übergeben, u. ſ. w. 6).

1) wovon Cod. Frid. P. III. tit. 4. §. 4. Eſtor Th. II. §. 6523.

2) Cod. Frid. ibid. §. 7. 17.

3) davon ausführliche Verord. in der Inſtr. für die Weſtpreuß. Patr. Ger. t. 2. §. 1. ff.

4) *Gott. Lud. Mencken* Diſſ. de jure conueniendi ſubditos in propriis judiciis. Vit. 1717. *Io. Gottl. Heineccius* de dominis ſubditos ſuos in judicio ſuo conuenientibus. Hal. 1738.

5) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 64. 69. 109. 159. Cod. Frid. P. III. tit. 4. §. 4. C. Iur. Frid. P. II. tit. 17. §. 2. 3. 23. Inſtruct. für die Weſtpreuß. Patm. Gerichte tit. I. §. 5.

6) Cod. Frid. P. III. tit. 4. §. 4.

852.

Perſonen, die dem Erbgerichtszwange nicht unterworfen.

Dieſer Erbgerichtsbarkeit ſind nicht unterworfen: Die eigene Familie des Gerichtsherrn, ſo wol ſeine Frau 1) und Kinder 2), als ſeine Hausbedienten 3); Desgleichen im Preußiſchen und Holſteiniſchen ganze Bauergemeinden, wenn er mit ihnen über Dienſte, Zinſen, Abgaben, Hüthungen, Holzun-

zungen und dergleichen Gerechtigkeiten und beſonders über die Unmöglichkeit der Ableiſtung in Streit gerath, da ſie denn vor den Landesjuſtizkollegien belangt werden müßen 4). In einigen Ländern auch die Pachtbauren 5). Ferner die Gerichtshalter, Beamten und Aktuarien ſtehen unter der Regierung oder in Preußen unter den Landvogteygerichten 6).

1) *Leyſer* Specim. 29. med. 6.

2) *Io. Tob. Richter* Diſſ. de filio paternæ jurisdictioni patrimoniali non ſubiecto. Lipſ. 1744.

3) Ludewigs Gel. Anzeigen Th. III. S. 66. Deciſ. Trib. Caſſ. P. I. d. 7. 778.

4) C. Iur. Frid. P. II. tit. 17. §. 23. Holſtein. L. G. O. P. I. t. 3. §. 8.

5) *Pufendorf* T. III. obſ. 88.

6) Inſtruct. für die Weſtpreuß. Patr. Ger. t. 1. §. 7.

853.

Weitere Ausnahme.

Sonſt iſt an andern Orten, verordnet, daß bey Prozeſſen mit ihren Pächtern, Verwaltern, Schreibern und Bedienten, die Sache durch eine niederzuſezende unpartheyiſche Kommiſſion entſchieden werden ſolle. Nach der Preußiſchen Geſezgebung ſteht dem Gerichtsherrn die Jurisdiktion über ſeine Pachter zu, er darf aber dabey nicht eigenmächtig verfahren, ſondern muß den Juſtiziar zu dieſer Unterſuchung gehörig beeidigen, und durch denſelben die Sache entſcheiden laſſen 2). In andern Gegenden

müſſen

müſſen die Gerichtshalter in dieſem Falle die Akten zum auswärtigen Spruche verſenden 3).

1) Mecklenb. Erbland. Vergl. §. 412. 413. n. 2. 3. 4. Reſolut. Grav. de 1701. *Tornov.* de feud. Mecklenb. C. V. Sect. II. §. 8.

2) Cod. Frid. P. IV. tit. 8. §. 3. C. Iur. Frid. L. I. P. II. tit. 17. §. 23. Vergl. Hempels Preuß. Proceßlexikon S. 467. ff.

3) *Carpzov.* L. II. Reſp. 141 n. 12. *Berger* El. Diſcept. forenſ. p. 42. *Leyſer* Specim. 68. med. 4.

854.

Subordination der Erbgerichtsbarkeit.

Da die Gerichtsherrn nur in erſter Inſtanz die Gerichtsbarkeit beſizen, und ihre Gerichte den landesherrlichen ſubordinirt ſind 1), ſo können wegen verzögerter und verweigerter Juſtiz kraft des Devolutionsrechts die Akten abgefordert, das Verfahren kaſſirt 2) und auf den Fall begangener außerordentlicher Ungerechtigkeiten dem Edelmanne die Gerichtsbarkeit ganz entzogen werden.

1) Inſtruct. für die Weſtpreuß Patrimonialger. tit. I. §. 7. tit. IV. §. 38. *Lynker* Vol. I. Reſp. 47. n. 1. *Berlich* P. II. concl. 2. *Carpzov.* L. I. Reſp. 2.

2) Königl. Preuß. Reglement vom 10. Jun. 1749. §. 34. und C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 436.

855.

Polizeyverordnungen wegen dem begüterten Preußiſchen Adel.

Weil den Preußiſchen Vaſallen und Edeleuten die Dienſte, das Reiſen, der Aufenthalt und das

Studiren außer Lands bey Strafe der Konfiſkation des Vermögens und der Güter verbothen iſt 1), ſo müßen die Landräthe jährlich gewiße Vaſallentabellen über die Beſizer adelicher Güter ihres Kreiſes begreiſen, dieſelbe mit den Land- und Hypothekenbüchern vergleichen, und zu den Regierungen einſenden, damit der Generalfiſkal daraus einen Auszug über die abweſenden Vaſallen und Edeleute verfertigen, gegen dieſelbe weiter verfahren, und den Erfolg bey dem Lehensdepartement anzeigen kan 2).

1) Kurbrand. Edikt, daß niemand ohne Spezialpermißion in fremde Länder reiſen ſoll, vom 30. Jan. 1680. in C. C. Magd. P. VI. p. 85. Mandat wegen den Reiſen derer, die unter 30. Jahren ſind, vom 8. Jul. 1700. ibid. P. III. pag. 500. Preuß. Edikt vom 21. Jan. 1714. ibid. P. VI. pag. 218. Die übrigen Geſeze ſtehen ſchon oben §. 564. 565. verzeichnet. Sonſt gehört noch hieher: Edikt, daß kein Schleſ. u. Glaz. Vaſall u. Unterthan bey Strafe künftig nicht zu gewärtigender Beförderung auf auswärtigen Schulen und Univerſitäten ſtudiren, wider die von Adel aber bey vorkommenden Contraventionen noch überdem mit Konfiſkation verfahren werden ſoll, vom 17. Oct. 1751. Schleſ. Samml. B. IV. S. 203. Edikt v. 22. Merz 1756. ebendaſ. B. VI. S. 244. Circ. v. 11. Merz 1759. S. 746.

2) Edikt vom 4. Auguſt 1763. in C. C. March. Nov. T. III. p. 253. Inſtrukt. an die Weſtpreuß. Regierung vom 21. Sept. 1773. in T. V. Jahrg. 3. p. 2130. Dergl. für die Oſtpreuß. Regierung vom 30. Jul. 1774. cit. l. Jahrg. 4. p. 348.

II. Ab-

II. Abſchnitt.

Soldatenrecht.

856.

Literatur.

Petr. Pappus Corpus Juris militaris. Francof. 1657.

Io. Frid. Schulz Corpus Juris militaris, oder vollkommenes Kriegsrecht hoher Potentaten. Berol. 1693.

Io. Chriſt. Lünig Corpus Juris militaris. Lipſ. 1723.

Corpus Juris militaris cura *Th. Fritſchii*. Lipſ. 1724.

Friedr. And. Gottl. Gnůge Anleitung zum Kriegsrecht. Jena 1750.

J. H. Kirchhof Abhandlung von den beſondern Soldatenrechten. Hamburg 1762.

Adr. Beier Prudentia Juris militaris. Ien. 1712.

I. Fr. de Beuſt obſervationes militares. P. III. Gothae 1743.

Jak. Friedr. Ludovici Einleitung zum Kriegsprozeß. Halle 1720.

Karl Gottl. Knorre Einleitung zum Kriegsprozeß. Halle 1738.

Joh. Steph. Danke kurzer Entwurf eines Preuß. Kriegsrechts. Frankfurt an der Oder 1720.

Ge. Friedr. Můller Preußiſches Kriegsrecht. Berlin 1760.

C. Fr. Wilh. Zinck kurze und gründl. Einleitung zur Kriegsrechtsgelehrſamkeit. Magdeburg 1774.

Joh Gottl Fr. Koch allgemeines Europ. Land = und Seekriegsrecht. Tübingen 1777.

857.

Beſtimmung des Begrifs.

Das Soldatenrecht enthält den Inbegrif aller der Rechte und Verbindlichkeiten, die den Kriegsperſonen vermög ihres Standes zukommen. Ein Soldat iſt eine verpflichtete Perſon, um auf Befehl des Staats die Waffen zu führen, zu ſtreiten und allerlei Dienſte zu thun.

858.

Von der Enrollirung.

Alle Schäfer = Voigt = Schließvoigt = Stadt= diener = und Wächtersſöhne ſind, gleichwie zu jedem Gewerbe, Zunft und Gilde, alſo auch zum Soldaten= ſtande fähig 1). Ungehorſame und lüderliche Bürger, Bauren und dergleichen Unterthanen, desgleichen das unartige Dienſtvolk, es ſeyn Lakayen, Kutſcher, Knechte oder andere Bedienten, können von der Obrig= keit oder ihren Herrſchaften den Regimentern überge= ben werden. Frey von der Werbung ſind die Poſt= knechte, angeſeßene Bürger und Bauern 2), alle ein= zele Baurenſöhne und Perſonen, deren Brüder ſchon Soldaten, und die Väter der Landwirthſchaft nicht mehr vorzuſtehen vermögend ſind, alle Manufakturiers, Fabrikanten und Wollarbeiter, alle Seeleute, als Schiffer, Steuermänner, Bootsleute, alle eingewan= derte bemittelte Fremden ſamt den Ihrigen, die Prieſterſöhne, die Theologie ſtudiren, die Söhne al=

ler

ſer königlichen Räthe, Beamten und Bedienten, der Kaufleute, der Honoratiorum, und ſolcher Perſonen, die 6000 Thaler im Vermögen beſizen 3). Zur Verhüthung der Austretung der Enrollirten haben die Magiſträte die Kundſchaften der Handwerkspurſche ſo einzurichten, daß ſie nur in einländiſchen Städten zu wandern Freyheit haben 4), und die Eltern müſſen für die Wiederkunft ihrer außer Landes geſchickten Kinder haften 5).

1) Patent vom 16. Jul. 1659. Edikt vom 3. Merz 1705. Neumärk. Geſ. Bauer- Hirten- und Schäferordn. vom 24. Aug. 1722. tit. 5. §. 33. Müller Preuß. Kriegsrecht Th. I. c. 5. S. 102. ff.

2) Edikt vom 9. May 1714. Müller a. a. O. S. 117.

3) Müller a. a. O. S. 119. ff.

4) Reſcript vom 26. April 1741.

5) Verordn. vom 24. Sept. 1739.

859.

Einleitung.

Es wird hier weder von den geſezlichen Quellen, noch von allen Rechten der Soldaten ausführlich gehandelt, weil hievon im Kriegsrechte das Weitere vorkömmt, ſondern man bemerkt von ihren Rechten nur ſo viel, als ihr eigenthümlicher Staatsbürgerlicher Zuſtand erfordert.

860.

Von dem Soldatenſtande.

Alle Kriegsperſonen machen heutzutage einen beſondern Stand im Staate, der von allen übrigen

Ständen vollkommen abgeſondert iſt, und ſeine eigene Verfaſſung, Geſezgebung und Gerichtsbarkeit hat. Dieſer Stand fängt ſich bey Einheimiſchen von der Zeit des landesherrlichen Aufgebots, und bey Fremden von der Kapitulation und dem Empfang des Handgelds an 1).

1) Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. I. c. 6. S. 161. Von den Enrollirten, die noch nicht in Reihe und Gliedern ſtehen, ebendaſ. S. 499.

861.

Eigener Gerichtsſtand.

In Kriegs- und Soldatenſachen haben die Militairperſonen in allen Staaten einen eigenen Gerichtsſtand 1). Im Preußiſchen 2) und in andern Ländern genießen ſie eine befreyte Gerichtsbarkeit in allen möglichen Sachen, und es ſind bloß davon ihre Grundbeſizungen und Acciſeſachen ausgeſchloſſen 3), desgleichen in verſchiedenen Fällen auch ihre Weiber 4).

1) *Burck. Bardili* Diſſ. de foro militum priuilegiato. Gnügen Kriegsrecht B. 3. C. 3. §. 725. §. 384. C. Jur. Frid. L. I. P. IV. t. 2. §. 39. 40. S. 17. Regl. v. 28. Nov. 1729. u 28. Merz 1737.

2) Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. 3. C. 2. §. 1. S. 475. ff. C. 7. §. 4. S. 802. insbeſ. C. 5. S. 631. ff. Preuß. Kab. Ordre vom 3. Jan. 1732. Criminalordn. C. 3. §. 5. Reſcripte vom 30. Nov. 1772. u. 6. Dec. 1773. in C. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2491.

3) Müller a. a. O. Dieſelbe dürfen jedoch ohne Bewilligung der Regimentsbefehlshaber nicht verpfändet werden.

4) Müller S. 494. 495.

862.

Perſonen, die des Soldatenſtandes fähig ſind.

Soldat kann jeder werden, der nicht durch einen Naturfehler, oder durch die Geſeze verhindert iſt. Vermög Herkommens und der Kriegsgeſeze ſind davon ausgeſchloſſen Sklaven 1), unehrliche Perſonen 2), Juden, Zigeuner, Reichsächter 3). Vermög Naturfehlers ſind zum Soldatenſtande untüchtig alle Raſende, Blödſinnige, Kränkliche, Blinde, Taube, Stumme, Lahme, Hinkende, die den Arm, eine Hand oder den Daumen verloren haben 4).

1) L. 11. D. de re milit. 2) L. 4. §. 4. eod. tit.

3) tit. Cod. qui milit. prohib.

4) L. 13. §. 3. D. de re milit. L. 4. de teſtam. milit.

863.

Grund der Soldatenprivilegien.

Weil die Soldaten zur Vertheidigung und Sicherheit des Staats beſtimmt ſind, und deswegen ihr Leben in Gefahr ſezen, ſo ſind ſie vor den übrigen Ständen des Staats mit außerordentlichen Privilegien begnadiget 1).

1) *Leyſer* Specim. 523. med. 3. Specim. 57. med. 5. Spec. 75. med. 8. *Ziegler* de privil. milit. §. 37. *Strauch* ad Jus Iuſtin. Diſſ. XIV. §. 14.

864.

Vorrang.

Sie genießen nach Proportion ihrer militairiſchen Würde, die ſie bekleiden, vor den Staatsbedienten den Vorrang 1).

1) L. 1. D. de off. Vicar. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. 3. C. 7. §. 2. S. 751. ff

865.

Privilegien in Ehe= und Schwängerungsſachen.

Wenn ein Ober= oder Unterofficier, Soldat oder Kantoniſte ohne Erlaubnis des Regiments ein Eheverſprechen eingegangen, und die Weibsperſon geſchwängert hat, ſo iſts doch unverbindlich, und ſie kan keine Anſprüche an ihn machen 1). Jeder Soldat kan die ſeinem Mädchen gemachten Geſchenke wieder zurücknehmen 2). Der Soldat genießt übrigens, ausgenommen im Preußiſchen, wegen ſeinem eheloſen Stande in Schwängerungsſachen noch mehrere Privilegien 3).

1) Müllers Preuß. Kriegsr. C. 3. S. 559. ff. C. VI. S. 731.

2) L. 3. C. de donat. inter vir. et vxor.

3) *Wilh. Waldſchmidt* de coelibatu militum, th. 10.

866.

Militairiſches Hauptrecht.

Als ein Ueberbleibſel der alten Lehenskriegsverfaſſung iſt noch üblich, daß nach dem Tode eines Officiers dem Kriegsherrn oder dem Regimentsinhaber deſſen beßtes Pferd vererbfällt, und mit einer gewiſſen Geldſumme ausgelöſt werden muß 1).

1) Müllers Preuß. Kriegsrecht, Th. 3. c. 4. S. 613. ff.

867.

Befreyungen von den bürgerlichen Beſchwerden und Abgaben, desgleichen von der Leibeigenſchaft.

Die Soldaten ſind vom Abſchoß= und Abzugsgelde überhaupt, vom Brückengelde aber nur in gewiſſer

wiſſer Maße, und von den Steuer- Zoll- und Acciſe-Abgaben gar nicht befreyt 1), genießen, in Anſehung der Gerichsgebühren, das Armenrecht 2), und in Anſehung der Leibeigenſchaft verſchiedene Milderung und Befreyungen 3).

1) Müllers Preuß. Kriegsrecht S. 756. ff. S. 762. 763. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5513. 6143. 6533. 7003.

2) a. a. O. S. 765. ff.

3) C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 445. 447. 449. 451.

868.

Vorrechte in Prozeßſachen.

Eine gegen einen außer der Provinz befindlichen Soldaten erkannte Exekution muß ihm zuvörderſt bekannt gemacht werden 1), und ein Soldat genießt ohngeachtet des Armenrechts doch die dritte Inſtanz 2). Die Prozeſſe aller Kriegsperſonen müſſen ruhen, und darf gegen ſie nichts nachtheiliges verordnet werden, ſo lange ſie zu Felde ſind 3). Auch zu Friedenszeiten kömmt ihnen die Ausrede der Rechtsunwiſſenheit zu ſtatten 4), und ſie können noch nach geſprochenem Urthel die peremtoriſchen Einreden vorbringen 5).

1) Cod. Frid. P. III. t. 41. §. 19. Landreuterordn. vom 25. Aug. 1755. §. 4.

2) Preuß. Reſcript vom 16. Nov. 1750.

3) Müllers Preuß. Kriegsrecht C. VII. S. 770. n. 13. ff. C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 1249. ſqq. u. 1337. ſqq.

4) L. 4. §. 1. D. de juris et facti ignorantia. *Mevius* P. I. deciſ. 150. n. 3. P. IV. deciſ. 218. n. 1. 2.

5) L. 1. C. de jur. et facti Ignorantia. *Schroeter* de jur. milit. ſingul. C. III. §. 5.

869.

Privilegien in Schuldſachen.

Sie genießen die Rechtswolthat der Competenz 1), können in Schuldſachen nicht in Verhaft genommen, noch zur Ceſſion angehalten werden 2). Wenn der Soldat nach bezahlter Geldſchuld erſt die Forderung ableugnet, ſo muß dennoch der Empfänger beweiſen 3). Sowol die Officiers als die Soldaten und deren Weiber dürfen die ohne Vorwiſſen ihrer Obern gemachte Schulden und geborgte Waaren nicht wieder erſtatten, ſondern ſie ſind unverbindlich 4) verfallen, und der Ausleiher wird noch mit 50 Dukaten zur Invalidenkaſſe beſtraft 5). Die Bürgſchaften der Soldaten ſind unverbindlich, und werden daher bey Gerichten nicht angenommen 6). In denen mit ihrem Gelde erkauften Sachen haben ſie eine ſtillſchweigende Hypothek 7).

1) L. 6. 18. D. de re milit. L. 7. de peculio caſtr.

2) *Bocer* de bello et duello C. XVI. n. 6.

3) L. 25. §. 1. D. de probat.

4) C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. V. pag. 209. 381. Tom. VI. p. 1379.

5) Eine Reihe Preuß. und Schleſ. Geſeze verzeichnet bey Bergius Kameraliſtenbibl. S. 477. und Müller Preuß. Kriegsrecht S. 441. ff. C. C. March. Nov. T. IV. p. 613. n. 98.

6) L. 8. §. 1. D. qui ſatisdare cogantur. L. 31. Cod. Locati Cond. *Sande* in Deciſ. Friſ. L. III. t. 10. def. 1. *Lynker* in Anal. ad *Struv.* Exerc. 47. th. 37.

7) L. 8. Cod. de rei Vindicat.

870.

Privilegien beym Teſtamente.

Alle Kriegsperſonen brauchen bey der Errichtung eines Teſtaments im Felde nicht die Rechtsförmlichkeiten zu beobachten, und es iſt hinreichend, wenn nur einigermaßen gewiß iſt, daß es des Verſtorbenen lezter Wille geweſen 1).

1) tot. tit. D. de teſtam. milit. Preuß. Reſcript vom 18. May 1747. Müllers Pr. Kriegsrecht S. 779. ff.

871.

Vorrechte in peinlichen Sachen.

Ein Soldat darf nicht gefoltert 1), noch auch beym Kriegsverfahren ſogleich mit Stockſchlägen behandelt werden 2), ſondern bey Verbrechen, die Todesſtrafe verdienen, und wobey es bloß an dem Bekenntniſſe fehlet, muß jedesmal beym Generalauditoriat über die ſtrengere Angreifung des Inquiſiten angefragt werden 3), und wird von ihm in vorkommenden Fällen auf 300 oder 400 Stockſchläge in 3 Tagen erkannt 4).

1) L. 8. C. de quaeſtion. Vergl. Müller a. a. O. S. 803. 804.

2) Preuß. Criminalordn. C. 1. §. 10. C. 13. §. 2. Circulare vom 18. Nov. 1756. Kriegsart. v. 1749. n. 47.

3) C. C. C. Art. 45. ibique *Münz* n. 10.

4) Müller Preuß. Kriegsrecht S. 629. 630.

872.
Verſorgung der Invaliden.

Im Preußiſchen bleiben die abgedankten Officiers unter den höhern Landesjuſtizkollegien 1). Officierskinder gehören unters Pupillenkollegium 2), und die Invaliden erhalten Kameralſtellen oder Gnadengehalte. Selbſt dergleichen Unterofficiers und Soldaten, die mit Gnadengehalt auf der Liſte ſtehen, bekommen Schulmeiſters und Küſtersſtellen, oder Rathhäusliche Unterbedienungen 3), und andere kleine Bedienungen und Stellen bey der Acciſeadminiſtration und den königlichen Kollegien 4). Es werden zu ihrer Verſorgung eigene Invalidentabellen 5), Invalidenkaſſen und Invalidenhäuſer 6) gehalten, die im Preußiſchen anſehnliche Zugänge haben.

1) C. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 50.

2) Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III. c. 2. S. 492.

3) ebendaſ. C. 7. S. 773. 774. S. 216. ff.

4) C. C. March. Nov. Tom. VI. pag. 225. Tom. II. pag. 294. 303.

5) Verordn. vom 10. Oct. 1741. in der Samml. Schleſiſch. Ordn. B. 1.

6) *Io. Pet. de Ludewig* Diſſert. jura valetudinarii militum emeritorum, der Invalidenhäuſer. Hal. 1706.

873.
Vorrechte beym bürgerlichen Gewerbe.

In den meiſten Ländern iſt zwar den Soldaten alles Gewerbe, Handthierung und bürgerliche Nahrung

rung verbothen 1), welches auch in der Hauptſache das Preußiſche Kriegsrecht 2) verordnet. Jedoch wenn ein Soldat ein Bürgerhaus ererbt oder erkauft hat, ſo iſt ihm, wenn er zugleich das Bürgerrecht gewinnt, richtige Lehrbriefe vorweiſt, das Meiſterrecht erlangt, ſich zur Zunft und Gilde hält, die bürgerlichen und rathhäuslichen Abgaben und Beſchwerden übernimmt, und ſich in dinglichen und andern Sachen der Gerichtsbarkeit des Magiſtrats, der Acciſe- und Zollgerichte unterwirft, die damit verknüpfte bürgerliche Nahrung fortzutreiben, unverwehrt 3). Denen Soldaten, welchen dieſe Erforderniſſe abgehen, iſt in allen Ländern nur erlaubt, als Geſellen bey andern Meiſtern zu arbeiten 4), auf dem platten Lande aber darf gar kein Soldat ein Handwerk treiben 5).

1) *Perez* ad tit. Cod. Negot. ne milit. n. 2. 3.

2) Preuß. Verpflegordn. von 1721. Art. 40. Einquartier. Regl. von 1713. Art. 18. Regl. u. Verfaß. des ganzen Acciſeweſens vom 29. Dec. 1736. C. II. §. 28.

3) Preuß. Generalregl. v. 28. Merz 1737. Circulare vom 21. Oct. 1749. Ordre an das Berlin. Gouvern. vom 30. Sept. 1737. Polizeymeiſters-Inſtruct. vom 23. May 1735. in C. C. March. Cont. IV. p. 194. 195. 196.

4) Generalprivil. und Gildebriefe der an der Oder und Elbe befindl. Zünfte und Handwerker v. 1734. bis 1736.

5) Polizeyausreuterinſtruct. vom 23. Febr. 1754. §. 12.

874.

Hauſiren und Höckerey.

Allen Soldaten und ihren Weibern iſt außer der Jahrmarktzeit das Hauſiren gänzlich verbothen 1), und noch

noch weniger iſt ihnen erlaubt, mit Getreide, Wolle, Flachs, Hanf, Holz, Taback, Wachs, Vieh, Honig, Wildprett und andern Lebensmitteln den Vorkauf zu treiben 2). Ohne Erlaubnis der Polizeyobrigkeit und des Magiſtrats, unter deſſen Gerichtsbarkeit ſie in dieſem Falle ſtehen 3), ſoll keinem Soldaten oder deſſen Weibe die Höckerey zugeſtanden, und überhaupt dieſelbe angeſeſſenen Soldaten nur in ganz kleinen Städten verwilliget werden 4).

1) Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. II. C. 5. S. 433. ff.

2) a. a. O. S. 437. ff.

3) ebendaſ. S. 277. und S. 494.

4) Circulare vom 21. Oct. 1749. C. C. March. T. IV. n. 84. p. 194. Vergl. Müllers Kriegsrecht S. 428. ff.

III. Abſchnitt.

Rechte des Civilſtands.

875.

Entſtehung des Civilſtands.

Obſchon die graduirten Perſonen, als Doktoren, Magiſtri, Licentiaten u. ſ. w. ihren alten Adelſtand verlohren haben, ſo haben ſie wenigſtens den nächſten Rang nach dem Adel behalten 1). Eben den Rang behaupten auch ſämtliche altweltfürſtliche Hofbedienten 2), Räthe 3) und Beamten, weil ſie heutzutage eben dieſelben Stellen bekleiden, die ehmals der Adel verſah. Hiezu geſellt ſich die niedere Geiſtlichkeit, die beſtändig vor den Freygebohrnen den Vorrang gehabt hat 4).

1)

1) *P. Müller* Diſſ. de gradu Doctoris. Ien. 1689. *Itter* de grad. Academ. c. 8. *Leyſer* Specim. 2. med. 6.

2) Moſers Hofrecht Th. II. S. 238.

3) Reichspolizeyordn. von 1530. tit. 14. §. 2. Polizeyref. von 1548. tit. 11. Gothaiſche Pol. O. S. 545.

4) C. 5. c. 6. qu. 1. P. Philips Amt und Stand der Clericorum und der Perſonen in Stiftern. Bremen 1668.

876.

Bildung eines neuen Standes.

Hieraus bildete ſich ein neuer Stand im Staate, der zwiſchen dem Adel und den Bürgern inne ſtand, und den ich nach einem Ausdrucke, der im Reiche üblich iſt, den Civilſtand nenne. Er beſteht aus unadelichen Räthen, Hofbedienten, Beamten, in katholiſchen Staaten aus der niedern, in den proteſtantiſchen aber aus der ganzen Geiſtlichkeit, aus den Profeſſoren, Doktoren, Lizentiaten, Magiſtern, aus Magiſtratsperſonen, aus den rathsfähigen Geſchlechtern, und dergl.

877.

Deſſen Vorrechte.

Ihre Rechte 1) beſtehen im Vorrange vor den übrigen Bürgerklaſſen 2), in einem höhern Gerichtsſtande 3), in Vorzügen bey der Kleidertracht und des Degens 4), in anſehnlichern Kurialien, in der Befreyung von dem Enrollement, desgleichen von der Folter und Marter, in gewiſſen Prozeſſualvortheilen, in Vorrechten bey der Bürgerrechtsgewinnung, in einer anſtändigern Art der Verhaftnehmung, u. ſ. w.

1) *Io.*

1) *Io. Chriſt. Waitz* Comment. Pol. Jurid. de muneribus, honoribus ac officiis, ſuis cum effectibus in Jure Publ. et priuato. Ien. 1748.

2) Siehe Königl. Preuß. Rangreglements von 1698. und vom 16. Jan. 1723. in Spathens Sekretariatkunſt, Th. II. Vorſt. I. S. 178. ff. und vergl. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III. C. VII. S. 751. ff.

3) C. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 35. 36. 41. 48.

4) Müller a. a. O. C. C. March. Tom. VI. Abth. I. pag. 596.

878.

Preußiſche Geſezgebung.

Im Preußiſchen ſind die graduirten Perſonen von der gewöhnlichen Gerichtsbarkeit befreyt, und ſtehen, wenn ſie auf Univerſitäten verweilen, unter der akademiſchen Gerichtsbarkeit. Die Studenten aber, die ſich nicht in gleichem Falle befinden, kehren nach geendigter akademiſcher Laufbahn unter ihren urſprünglichen Gerichtsſtand wieder zurück 1). Alle Militairperſonen, die von Adel ſind, oder Officiersrang gehabt haben, kommen nach ihrer Dimiſſion unter die Landesjuſtizkollegien, die Unterofficiers und Soldaten aber unter ihre vorige Gerichtsbarkeit 2).

1) Corp. Jur. Frid. cit. l. §. 48. S. 20. 2) cit. l. §. 50.

IV. Abſchnitt.

Stadt- und Bürgerrecht.

879.

Literatur.

Iac. Brunnemann Diſſ. de incrementis vrbium Germanicarum. Halae 1699.

Io.

Io. And. Hanneſen de ſtatu ciuitatis ejusque juribus liber ſing. Goett. 1751.

Joh. Jak. Moſer von der Reichsſtädtiſchen Regimentsverfaſſung. Frankfurt und Leipz. 1772.

Vorrede zum III. Theil der Leipziger Sammlungen.

Herm. Conring de Ciue et Ciuitate. Helmſt. 1653.

Io. Eichel Diſſ. de jure Ciuitatis. Helmſt. 1662.

Wilh. Leyſer de jure Ciuitatis. Vit. 1681.

Lud. Gottfr. Mogen Abhandl. von dem Urſprung, Fortgang und heutigen Zuſtand der Regimentsververfaſſung in der Reichsſtadt Frankfurt. Gieſſen 1755.

880.

Erklärung.

Das Stadt- und Bürgerrecht iſt der Inbegrif von Rechten und Verbindlichkeiten, die aus der eigenen Verfaſſung der ſtädtiſchen Bürger und Einwohner entſpringen.

881.

Gegenſtände.

Dieſe beſtehen in der Verſchiedenheit der Rechte der Gattungen von Städten, in der Regimentsverfaſſung, Gerichtsbarkeit, Klaſſiſikation der Bürger, bürgerlichen Nahrung und Vorrechten, Abgaben und Beſchwerden, Erwerbungsart und Verluſt des Bürgerrechts.

882.

Rechtsbeſtimmung einer Stadt.

Die Polizeywiſſenſchaft beſchreibt eine Stadt als einen Zuſammenhang von Geſellſchaften, Familien und

einzelen Perſonen, die in einem verwahrten Orte unter Polizeyaufſicht beyeinander wohnen, um mit mehrerer Bequemlichkeit ſolche Gewerbe und Nahrungsarten zu treiben, die zum Vortheile des Landes und zu Vermehrung des geſammten Staatsvermögens dienen. Im Kameral = und Polizeyrechte bedeutet eine Stadt einen mit Mauren, Gräben und Thoren verwahrten Ort, der ſeinen eigenen vollſtändigen Magiſtrat beſizt, die geſammte bürgerliche Nahrung ſamt Jahr- und Wochenmärkten genießt.

883.

Verſchiedenheit vom Dorfe und Marktflecken.

Man unterſcheidet Dörfer und Städte bloß durch die Verſchiedenheit der Gewerbe. Es gibt zwar auf Dörfern auch Handwerker, Kaufleute, Jahrmärkte, aber keine Krämergilden, Handwerkszünfte, Wochenmärkte, große Meſſen; folglich haben ſie nicht den vollſtändigen Genuß der bürgerlichen Nahrung, und ihr Hauptendzweck iſt auch nicht, die rohen Materialien zu bearbeiten, und den auswärtigen Handel zu führen 1).

1) Vorrede zum II. Theil der Leipziger Samml. von dem wahren Unterſcheid der Städte und Dörfer.

884.

Urſprung der teutſchen Städte.

Anfangs waren keine Städte in Teutſchland, nachher erbauten die Römer welche am Rheinſtrohme und an der Donau 1). Endlich die Slaven und Karl der Große an der Seeküſte 2). Heinrich I. fieng zulezt an,

an, im Innern von Teutſchland Städte anzulegen, und die gröſſern Oerter zu ummauren. Durch ſeine Begünſtigung des ſtädtiſchen Weſens und überzeugt von ihrer Nuzbarkeit folgte man ſeinem Beyſpiele auch in Oberteutſchland, bis unſer Staat mit einer Menge Städte angefüllt war, die von den Kaiſern unzehlige Privilegien erhielten 3).

1) *Tacit.* hiſt. L. I. c. 56. L. III. c. 42. 48. 52. L. IV. cap. 20. 64.

2) Sächſ. Weichbild, Art. 9.

3) Meine Geſchichte des teutſchen Handels, Th. I. Abſchn. 32. 62. S. 256. ff. S. 519. ff.

885.

Kaiſerliche und Landesherrliche Ertheilung des Stadtrechts.

Weil die Städte nach der ältern Kriegsverfaſſung Feſtungen waren, die ſehr vielen Einfluß auf das gleichzeitige Fehdeſyſtem hatten, ſo war es eine natürliche Folge, daß ohne kaiſerliche Erlaubnis kein Ort zur Stadt durfte gemacht werden 1). Diß hat ſich nun durch die veränderte Kriegskunſt, durch das aufgehobene Fehdeweſen, und durch die entſtandene Landeshoheit abgeändert, und die Ertheilung des Stadtrechts hängt nun bloß von der Bewilligung des Landesherrn ab 2).

1) *Pfeffinger* in Vitr. illuſtr. T. III. p. 146. Strubens Nebenſt. Th. IV. S. 50. 100.

2) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de jure ſtatuum Imperii dandae ciuitatis. Hal. 1696.

886.

Verſchiedene Eintheilung der Städte.

Die Städte theilen ſich ein, nachdem ſie entweder alle oder einen Theil der Hoheitsrechte durch kaiſerliche und landesherrliche Privilegien erworben haben, oder in ihrer alten Abhängigkeit von Burggrafen, Vögten und Schultheiſen geblieben ſind. Es ſind das die Reichsſtädte, freye oder ſchriftſäßige, oder kanzleyſäßige Städte, oder wie ſie in einigen Ländern heiſen, landtagsfähige Städte, desgleichen die amtſäßige und Kammerſtädte. Beiderlei Gattungen heiſen in der Mark und Schleſien Immediatſtädte. Davon unterſcheiden ſich wiederum diejenigen Kammer- oder Kammerſchreiberenſtädte, die zum Privatvermögen des Landesherrn gehören, und dem Lande nicht einverleibt ſind. Die Gerichtsherrenſtädte oder in der Mark Mediatſtädte ſind gewiſſen Gutsherrſchaften unterworfen. Eine andere Verfaſſung haben Univerſitätsſtädte, Reſidenzſtädte, Bergſtädte, Seeſtädte, Meßſtädte, Garniſonsſtädte 1).

1) Eſtor bürg. Rechtsgel. Th. I. §. 305. 306. Th. III. §. 306.

I. Abſaz.

Aeltere Verfaßung des Stadtrechts.

887.

Ehemalige Abtheilung der Städte.

In der ältern Epoche des Mittelalters theilten ſich die Städte in freye Königsſtädte und Landſtädte. Er-

Erſtere hatten entweder die Römiſche oder fränkiſche Freyheit empfangen, und ſtanden unmittelbar unter dem Hofſchuze 1); leztere aber hatten die ordentliche Amtsverwaltung der Herzoge und Grafen über ſich zu erkennen 2).

1) *Herm. Conring* Diſſ. de urbibus Germanicis Heimſt. 1641. *Olenſchlager* origin. Iur. Publ. ex reb. Impp. Saxon. illuſtr. §. 29. p. 44. 45. Strubens Nebenſt. Th. I. S. 498.

2) Strube a. a. O. Th. V. S. 319. *Kopp* de inſigni diff. Comit. et Nob. Immed. p. 74.

888.

Regierung durch Burggrafen, Landvögte, Vögte und Schuldheiſen.

Dieſe Städte wurden entweder durch Burggrafen 1), wenn eine feſte Burg bey der Stadt befindlich war, oder durch Grafen, und beſonders die Landſtädte durch Vögte und Schuldheiſen regiert 2). Ueber mehrere Reichsſtädte ward in der Folge ein Landvogt beſtellt 3). Die Vögte hatten die Rechte der Schuzherrlichkeit und die Criminalgerichtsbarkeit 4), genoßen dafür die Vogtdienſte und gewiße Einkünfte an Vogtgeld, Vogthaber, Vogthühner und das Drittel der Sporteln und Geldſtrafen 5). Der Stadtſchuldheiß übte die Civilgerichtsbarkeit in Schuldſachen über Erbe und Eigen ſamt dem Pfandrechte aus 6), und bekam dafür die freye Schulzenlehengüter zum Genuße 7). Wenn dieſe Perſonen binnen Jahr und Tag die Juſtiz nicht gehörig verwalteten, ſo war ihnen Gericht und Bann verfallen 8).

1) Er hatte die Polizeygewalt über Maaß und Gewicht, Lebensmittel, Gewerbe und Handlung, Gerichtsbarkeit über Hant und Haare. Schwabenſpiegel c. 390. n. 2. 3.

2) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de Iurisdict. et Magiſtrat. differentia ſecundum mores Germ. Hal. 1703. Eſtor Th. II. §. 5076.

3) (Wegelin) hiſt. Bericht von der Kaiſerl. und Reichslandvogtey in Schwaben ꝛc. 1755.

4) (Dan. Heider) hiſt. Bericht von den Reichsvogteyen. Ulm 1655. P. I. p. 70. P. II. p. 60. 570. Strube von ſtädtiſchen Reichsvogteyen, Th. V. der Nebenſt. S. 292. *Von dem Kneſebeck* de aduocat. et jure M. advoc. Cell. C. I. §. 1. p. 46. C. *Ott. Rechenberg* Diſſ. de aduocatis et aduocatiis Germ. Lipſ. 1725. *H. Io. Will.* Diſſ. de juſtis jurisdict. Vogtejæ attributis, inprimis in Franconia. Alt. 1736.

5) *Kreſſ.* Vind. juſtit. jud. recuperat. p. 79. Knorrens Anmerk. S. 317. Eſtor Th. II. §. 6081. 6049.

6) *Haltaus* Gloſſ. col. 1657. *Chr. Specht* Diſſ. de Sculteтis et Scabinis. Vit. 1736. Eſtor Th. II. §. 6806. Th. III. §. 4955.

7) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de feudis Sculteticis.

8) Sächſ. Weichbild, Art. 18.

889.

Urſprung der Bürgermeiſter.

Seit der älteſten Zeit befanden ſich an der Spitze der Bürgerſchaften, die an den öffentlichen Geſchäften Antheil nahmen 1), gewiße Vorſteher, die anfangs Rathmänner, Rathleute, lat. Conſules, und nachher Altermänner, Bürgermeiſter, Rathsmeiſter, Ammei-

meiſter u. ſ. w. genennt wurden, und die niedern Polizeygeſchäfte ſamt dem gemeinen Beßten der Stadt unter Aufſicht des Vogts beſorgten 2), und von der Bürgerſchaft ſelbſt gewählt wurden 3).

1) Strube Th. I. S. 411. Th. V. S. 462. Nicolai Beſchreibung von Berlin und Pozdam B. I. S. 300. 301.

2) *Kreſſ.* cit. l. p. 20. Strube Th. V. S. 467

3) Strube Th. I. S. 559. ff.

890.

Schöppenſtühle.

Aus den Stadtgeſchlechtern mußten die älteſten und erfahrenſten Männer zu Gerichtsperſonen, die man Schöppen hieß, ausgewählt werden 1). Nachdem der Prozeß eine Civilrechtsmaterie oder eine Criminalſache betraf, hatte entweder der Stadtſchuldheiß, oder der Vogt den Vorſiz 2). Dieſe Schöppenſtühle hatten nicht allein die Entſcheidung der Streithändel, ſondern auch die ganze Geſezgebung in ihrer Gewalt 3).

1) *Frid. Brummer* Diſſ. de Scabinis ant. medii æui et recent. Ien. 1662. *Io. Volcm. Bechmann* Diſſ. de Scabinatibus et Scabinis. Ien. 1669.

2) Strube Th. I. S. 511. Th. V. S. 301. Scheidt über Moſers Staatsrecht §. 101. S. 368.

3) Strube Th. I. S. 515. Th. II. S. 463. Th. III. S. 58. Th. V. S. 457.

891.

Urſprung des heutigen Stadtregiments.

Durch die Aufnahme des Gewerbes in Teutſchland 1), das durch die kaiſerliche Schenkung der

 Markt.

Marktgerechtigkeit, womit damals der Bann, das Münz- und Zollrecht vereinigt war, ungemein befördert wurde, vermehrte ſich die Städtiſche Macht, und vermög des erhaltenen Weichbildrechts bekamen ſie allgemach die ganze Polizeygewalt, die nach teutſchem Rechte aus der Schuzgerechtigkeit entſpringt, die ſie nun durch Marktrecht erhalten hatten, in ihre Hände. Wir ſehen deutlich, daß ſie die Aufſicht über Gewicht und Maaß, Beſtrafung der Diebſtähle, die Aufſicht über die Schenken, Brodt- und Fleiſchbänke, das Recht hierüber Geſeze und Ordnungen zu machen, und von den Bürgern Steuern und Abgaben zu erheben, und ſich ausſchließungsweiſe die bürgerliche Nahrung an Gewerken, Bierbrauereyen, Gaſtwirthſchaft, Handlung u. ſ. w. zuzueignen, beſaßen. Dieſes zuſammen machte nunmehr das aus dem Marktrechte erwachſene Stadt- und Bürgerrecht aus 2).

1) Strube Th. I. S. 541. Th. V. S. 358.

2) Dieß iſt von mir zuerſt diplomatiſch ausgeführt worden, in meiner Geſchichte des teutſchen Handels, Th. 1. Hauptſtück LX. S. 504. ff.

892.

Städtiſche Erwerbung der Reichsämter.

Gleichwie ſich die Städte durch ſolche einzelen Gerechtigkeiten und Befreyungen eine eigene Gewalt verſchaften, und nicht in allen Dingen mehr unter der Bothmäßigkeit der vorgeſezten Reichsbeamten ſtanden, ſo geſchah es in der Folge, daß ſie ſich durch weitere Befreyungen förmlich eines Theils oder manch-

mal

mal ganz ihrer Gerichtsbarkeit entzogen, und dieſelbe theils durch Kauf, Tauſch, Belehnung, Verleihung u. ſ. w. an ſich brachten 1), und durch ihre Bürgermeiſter und Stadträthe ausüben ließen, oder eigene Schuldheiſen und Vögte beſtellten 2).

1) 1391. erkaufte der Rath zu Berlin von Thilo Brugghe das dortige Schulzengericht, Nicolai Beſchreibung von Berlin B. I. S. 311.

2) Strube Th. V. S. 457. ff. Beſonders von der Mark Brandenburg, Beytr. zur juriſt. Literatur in den Preuß. Staaten, Samml. I. S. 193. ff.

893.

Veränderungen im Stadtregimente.

Gleichwie die Magiſtrate nach und nach die Gewalt der Schuldheiſen und Vögte an ſich geriſſen hatten, ſo bemühten ſich die Handwerker, nachdem ſie von Kaiſer Heinrich V. für frey erklärt, und durch die Aufnahme des Gewerbes reich, und durch ihre Brüderſchaften, Zünfte und Innungen mächtig geworden waren, ſich bey dem Stadtregimente und bey der Beſezung der Stadtämter aufzudrängen, und die alten Geſchlechter aus ihrem ausſchließenden Beſizſtande zu ſezen. Nach einer Reihe von ſchreklichen Revolutionen und blutigen Auftritten 1), verglichen ſich bald die ſtreitenden Partheyen, bald erhielten ſich jene mit Gewalt bey ihren Rechten, bald wurden ſie ganz davon verdrungen, und bald ordneten die Kaiſer und Landesherren neue Regimentsverfaſſungen in den Städten an 2).

 1) Conr.

1) Conring de Vrbib. Germ. §. 131. Meine Geſchichte des teutſchen Handels im II. Theile.

2) a. a. O.

II. Abſaz.

Heutige Regimentsverfaßung der Städte.

894.

Ungleiches Verhältnis der Städtiſchen Privilegien.

Die Städtiſche Verfaßung iſt ſich heutzutage nicht überall gleich. An einigen Orten ſind ſie ganz unter der Bothmäßigkeit der Schuldheiſen und Vögte geblieben, und haben entweder gar keine Gerichtsbarkeit, oder nur einen geringen Theil davon erhalten. An andern Orten kamen ſie hingegen zur hohen und niedern Gerichtsbarkeit und zum Blutbanne, und beſizen zugleich alle damit verbundenen Hoheitsrechte. Indeß mögen ihre Privilegien und Gerechtigkeiten ſo anſehnlich ſeyn, als ſie wollen, ſo bleiben Landſtädte doch in Abhängigkeit von der Landesherrſchaft 1).

1) Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. VII. S. 1. ff.

895.

Heutiger Umfang des Stadtrechts.

Das Stadtrecht, Weichbildrecht, Burgrecht ſchlieſt heutzutage folgendes in ſich. Einen eigenen Magiſtrat mit denen nöthigen Unterbedienten zu beſtellen, ein Stadtſiegel zu führen, Stadtwache, Thurm und Glocken zu haben; Die niedere Polizeyaufſicht zu tragen, Statuten, Geſeze und Verordnun-

nungen zu machen, allerlei Zünfte und Geſellſchaften zu errichten und zu beſizen, über die Stadtmarkung das Obereigenthumsrecht auszuüben, und zu dem Ende ſich allerlei Einkünfte und Steuern zuzueignen, und anzulegen, Jahr- und Wochenmärkte zu haben 1), und im Reiche, den Salzhandel und Salzkauf auszuüben 2).

1) Meine Geſchichte des teutſchen Handels Th. I. Abſch. 60. S. 511 512. Eſtors bürg. Rechtsgelehrtheit Th. I. S. 316. 317. Th. III. §. 316. 317.

2) Wirtemb. Erbvergl. Cl. IV. §. 10. *B. G. Hezel* Diſſ. de Salinis earumque inſpectione magiſtratui ciuitatum Imperialium competente. Alt. 1750.

896.

Rechte der Stadtobrigkeit.

Dieſe beſtehen hauptſächlich in der Befugnis die Stadtämter zu beſezen, die Stadtgüter und die Kämmerey zu verwalten, das Beſteurungsrecht, die Gerichtsbarkeit und die Polizeygewalt auszuüben, in einem Theile der Geſezgebung, in der Aufſicht über das Gewerbe und Handwerksweſen, in der Ertheilung des Bürgerrechts, Verwahrung des Stadtarchivs, im Gebrauche des Stadtſiegels zur öffentlichen Beglaubigung, und in der Abnahme des Bürgereids 1).

1) Patent wegen der Erbauung und den Privilegien der neuen Friedrichſtadt an der Dohle vom 24. April 1700. in C. C. March. T. V. Abth. I. p. 382. Eſtor bürgerl. Rechtsgel. Th. I. §. 314. 315. 316. 317. Th. III. §. 316. 317. Rudolphi Beſchreibung von Sachſen Gotha Th. III. C. 26. S. 125. ff. Dreyhaupts Beſchreibung des

Saal-

Saalkreiſes. Th. II. B. X. XI. u. B. XII. S. 315. ff. Herzogl. Wirtemb. Privilegien der Stadt Ludwigsburg vom 19. April 1724. und 19. Dec. 1752. in der Gerſtlacherſchen Samml. Würt. Geſeze Th. I. §. 52. S. 73. 74. Von Erlangen C. C. Culmbac Tom. III. p. 663. 664. 690. 695. Bayreuth ibid. p. 414. Culmbach p. 462. 476. Hof p. 509. Wunſiedel p. 553. Creußen p. 729. Mönchberg p. 750. St. Georgen am See p. 757. 768.

897.

Theilnehmung der Repräſentanten der Bürgerſchaft.

Dieſe Rechte werden von Bürgermeiſter und Gerichte oder Rathe allein ausgeübt. Bey andern und überhaupt bey allen Hauptangelegenheiten der Stadt müßen die Repräſentanten der Bürgerſchaft, welche im Reiche der Rath oder der ſogenannte äußere Rath; in Niederteutſchland aber die Bürgerdeputirten, Bürgerausſchuß, Zunftmeiſter, Viertelsmeiſter dazu gezogen werden 1). Es geſchieht dieſes, wenn ein neues Hauptgeſez gemacht wird, wenn neue Anlagen geſchehen, Gelder aufgenommen, etwas vom Stadtvermögen veräußert, eine Veränderung beym Stadtregiment vorgenommen, neue Privilegien erworben werden ſollen 2). Da ſie an einigen Orten zugleich auch zu beſtändigen Magiſtratsverrichtungen gebraucht werden, ſo wird unten von ihnen weiter zu reden Gelegenheit ſeyn.

1) *Io. Benj. Fabor* Diſſ. de ciuitatum conuentionibus. Alt. 1693. *Io. Henr. Boecler* Diſſ. de actis Ciuitatum. Argent. 1701. *Io. Sam. Hering* Diſſ. de concurſu ſenatus et ciuium circa cauſſas ciuitatum prouincialium. Sedin. 1739.

2) Preuß.

2) Preuß. Reglement für den Bürgerausſchuß in den Magdeburgiſchen Städten vom 15. Jun. 1717. in D. Hempels Preuß. Prozeßuallexikon S. 293. ff. Halliſche Regimentsordn. Art. 1-7. C. C. Magd. P. VI. p 6. 13.

898.

Gerichtsſtand und Subordination der Städte unter die Regierungen und Kammern.

Im Reiche und im größern Theile von Teutſchland ſtehen alle Landſtädte, ausgenommen die Kammerſtädte unter den Regierungen und Juſtizkanzleyen 1). Im Preußiſchen gehören ſie in Polizey- und Oekonomieſachen, beſonders was ihr Creditweſen und den Competenzetat betrift, unter die Kammern 2), und nur in Rückſicht der übrigen Juſtizſachen ſind ſie den Landesregierungen untergeben 3). Nach der Verſchiedenheit des Objekts haben ſie alſo vor beiden ihren Gerichtsſtand 4). Einige unter ihnen, beſonders in Oberteutſchland, ſind Landſtände, und ihre Bürgermeiſter gehören zum Landtagsausſchuße. In Polizey- Oekonomie- und Stadtſachen findet keine Appellation ſtatt 5).

1) *I. A. Hanneſen* Diſſ. de opinata Senatus in cauſſis ad Ciuitatem ſpectantibus recuſatione. Goett. 1750.

2) Königl. Reglement vom 19. Jun. 1749. §. 1. 2. 8. in C. C. March. Cont. IV. p. 164. 165.

3) ebendaſ. §. 18. 25. ibid. p. 170.

4) C. C. March. Cont. IV. p. 165. 169. 170. T. II. Abth. I. p. 132. 241. 780. C. Iur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 57.

5) C. C. March. T. II. Abth. IV. p. 41.

899.

899.

Städtiſche Gerichtsbarkeit.

Auf die bereits erzehlte Weiſe brachten die Städte die Gerichtsbarkeit an ſich. Sie beſteht manchmal in jeder Gattung von Gerichtsbarkeit 1), in Hoher und Niederer und Peinlicher Jurisdiktion, ſamt dem Blutbanne, deſſen Kennzeichen Stock und Galken, ſo wie von jener in Niederteutſchland der Roland das Wahrzeichen iſt 2). Manchmal beſizen die Städte nur einen Theil der Niedergerichtsbarkeit 3), oft nur in Markt- Wechſel- und Handelsſachen, desgleichen die Waiſengerichte und Vormundſchaftsämter.

1) Strube von der Städte Gerichtsbarkeit, Th. V. der Nebenſt. S. 457.

2) *Chr. Gottl. Buder* Diſſ. de modis acquiſitæ a ciuitatibus jurisdict. criminalis. Ien. 1749.

3) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. III. p. 792. p. 1270. ff. 1277.

900.

Grenzen und Beſchaffenheit derſelben.

Dieſer Gerichtszwang erſtreckt ſich manchmal auf die ganze Markung oder die Feldmarken der Stadt 1), und dann heiſt er in Niederteutſchland insbeſondere das Weichbildrecht 2), manchmal begrenzt er ſich mit den Stadtmauren, welches häufig der Fall bey Amtsſtädten iſt 3). Die Kennzeichen des Weichbildrechts ſind Kreuze, mit dem Stadtwappen verſehene Grenzſtöcke u. ſ. w. Bey den Civilgerichten präſidirt der landesherrliche Stadtbeamte, bey den Peinlichen Halsgerich-

richten aber nicht 4), dagegen muß hier das peinliche Urthel zur landesherrlichen Beſtätigung eingeſchickt werden 5). Die Hoffiſkäle dürfen den Städten bey der Ausübung ihrer peinlichen Gerichtsbarkeit keinen Eingrif thun 6). Manchmal übet der Magiſtrat auch die Gerichtsbarkeit über ſeine Stadtdorfſchaften aus 7).

1) *Chr. Vlr. Grupen* Obſervat. rei agrariæ Germ. 1.) de marchis ciuit. et vill. von den Stadt- und Dorffeldmarken, 2) de Almeindis, Meinten. cum diſſ. præl. de ciuitatum forma vulgo Weichbild, Kurrecht, Burgbann, Burgwart, Weichfrieden, Bannwart, Banleuca. Hann. 1758. *Ahasv. Fritſch* tract. de diſtrictu Vniuerſitatis agrorum ciuitatis vel pagi. Ienæ 1670.

2) *Oettinger* de jure et cutr. limit. L. I. C. 8. p. 86. Heinecc. El. Iur. Germ. L. I. §. 3. Riccius von Stadtgeſ. S. 15.

3) Acta der Hildesheimiſchen Stadt Saarſtedt gegen das Fürſtl. Amt Ruthe bey hieſiger Fakultät.

4) Von deren Einrichtung in den Märk. Städten C. C. March. T. II. Abth. II. p. 63. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. III. p. 1361. 1362. 883. 884.

5) Deciſ. Caſell. T. I. dec. 147. Strube Abhandl. von der Städte Gerichtsbarkeit, Th. V. der Nebenſt. S. 457.

6) Cod. Frid. L. I. tit. 13. §. 43.

7) C. C. Culmb. Tom. III. p. 567. 574. 575.

901.

Magiſtratiſches Kirchenrecht.

Vermög des Patronatrechts haben die Stadtmagiſträte zwar die Wahl und Ernennung der Prediger, Kirchen- und Schulbedienten, müßen ſie aber in Prote-

ſtan-

ſtantiſchen Ländern den Regierungen und Konſiſtorien zur Examination und Ordinirung vorſtellen. Sonſt bleiben ihnen allein alle Sachen, die das Aeußerliche des Kirchenweſens und die Geiſtlichkeit, das Kirchengut und die milden Stiftungen, die Kirchen- Schul- und Pfarrbauten angehen, die Anweiſung der Kirchenbänke und Stühle, die Abnahme der Kirchenrechnungen, die ſie jedoch zur Reviſion entweder an die Regierungen oder an die Oberrechenkammern einzuſenden, ſo wie in Anſehung der übrigen Gegenſtände in Niederteutſchland nichts ohne Zuziehung der Kirchenälteſten zu verfügen haben 1). Wo der Magiſtrat in den Preußiſchen Kirchen das Patronatrecht genießt, da beſitzen deſſen Glieder bloß für ihre Perſon eine freye Grabſtätte 2).

1) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 364. 408. T. VI. Abth. I. p. 402. 430. 438. 407. Contin. IV. p. 167. T. I. Abth. II. p. 28. C. C. March. Nov. T. IV. p. 6714. ſeqq. Abſch. XI. art. 1. ff. ibid. Tom. V. Jahrg. III. p. 1270. §. 1. 2. p. 1283. §. 2. 3. p. 799. §. 2. 3. 4. 5. C. Iur. Frid. L. I. P. IV. tit. 2. §. 34.

2) C. C. March. Cont. IV. p. 5.

III. Abſaz.

Stadtpolizeyrecht.

902.

Eintheilung.

Das Stadtpolizeyrecht wird in das Größere und Kleinere eingetheilt, nachdem nemlich durch eine unmittelbare landesherrliche Polizeykommiſſion oder ein derglei-

gleichen Polizeykollegium die ſtädtiſchen Polizeyangelegenheiten beſorgt werden oder nicht 1).

1) Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. I. §. 2090. Th. II. §. 6370. bis 6380. Th. III. §. 317.

903.
Konkurrenz mit andern Departements.

In Ermanglung der eigenen landesherrlichen Anordnung ſtehet immer dem Stadtrathe die Niedere Polizey, beſonders im Preußiſchen, zu 1). Nebendem beſitzen in den Städten, wo Garniſonen liegen, die Commandeurs eine Mitaufſicht, aber keine Gewalt, in Polizey- und Acciſeſachen, und auf ihre Anzeige müſſen vom Magiſtrate Unterſuchungen angeſtellt, und darüber ans Generaldirektorium berichtet werden 2). Wenn ein beſonderer Polizeydirektor, wie zu Berlin, angeordnet iſt, ſo hat er zugleich Siz und Stimme beym Stadtrathe, und behält zwey Rathmänner zu Beyſizern 3).

1) Circularordre vom 9. May 1742. in C. C. March. Cont. II. n. 23. p. 133. Müllers Preuß. Kriegsr. Th. I. c. 7. S. 176. Lipius Einl. z. Schleſ. Finanzwiß. Abt. II. C. 15. S. 136. ff.

2) Kabinetsordres vom 20. Febr. u. 8. Oct. 1742. Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. III. C. 4. S. 594 u. a. a. O.

3) C. C. March. Cont. II. p. 59.

904.
Polizeyobliegenheiten des Magiſtrats, hauptſächlich im Preußiſchen.

Dem Stadtmagiſtrate liegt die Aufſicht ob, über die Stadtkämmerey, Gewerbe und Handlung, Ma-

nufakturen, Fabriken, Handwerker, Innungen, Gewerbe und Zünfte, über die Geburts- und Lehrbriefe, Maaß, Elle und Gewicht 1), über die Bier- Fleiſch- und Brodtaxe 2), Gaſſen, Pflaſter 3), Markt, Armen 4), Brunnen, Laternen und Feueranſtalten, über das Sanitätsweſen und Medizinalverfaſſung, und die darüber zu ertheilende Päſſe, Steuer und Kontributionsweſen, alle Sachen, welche die Einquartierung, die Proviantmagazine und Lieferungen, die Kantons, den Servis und das Vorſpannsweſen betreffen 5). Im Reiche haben ſie auch das landesherrliche Steuer- und Kontributionsweſen unter ſich, im Preußiſchen aber nicht 6).

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 108. 211. Abth. I. p. 134 T. II. Abth. I. pag. 566. 655. 683. Regl. für die Magdeb. Städte v. 15. Jun. 1717. n. 8. ff. *Schreiber* de cauſſar. polit. et ear. quae juſt. dicantur conſl. Sect. I. §. 5.

2) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 6. 47. Abth. I. pag. 533. T. VI. Abth. I. p. 26. 37. 52. 58. T. V. Abth II. p. 537. 539. Abth. III. p. 108. 211. Abth. II. Anh. S. 278.

3) T. IV. Abth. III. p. 109. 126. 170. T. V. Abth. II. Anh. pag. 455.

4) T. V. Abth. V. p. 51. 44.

5) Regl. für den Bürgerausſchuß in den Magdeburg. Städten vom 15. Jun. 17'7. in Hempels Prozeß-Lexikon S. 293. ff. Conſt. wie es mit Expedirung der Juſtizſachen bey den General- und Provinzialkommiſſariaten zu halten, v. 25. April 1715. C. C. M. T. II. Abth. I. p. 565. Regl. für den Magiſtrat zu Elbing vom 20. Sept. 1773.

in C. C. March. Nov. Tom. V. Jahrg. III. p. 791. für die Weſtpreuß. Städte pag. 1276. n. 2. 1. für die Friedrichsſtadt zu Magd. T. IV. p. 6701.

6) Reglem. für die Weſtpreuß. Städte v. 13. Sept. 1773. ibid. p. 1271. §. 3. Generalreſſortregl. v. 19. Jun. 1749. Contin. IV. p. 165.

905.

Obervormundſchaftsrecht.

Sie beſizen das Obervormundſchaftliche Polizeyrecht über ihre Bürger, das ſie bald durch beſondere Waiſengerichte 1), Vormundſchaftsämter, und bald nur durch etliche Departementsräthe ausüben laſſen. Oben §. 219.

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. pag. 793. 889. tit. 5. Sect. 1. §. 1. ff.

906.

Stadtarchiv und Regiſtraturen.

Sie ſind ebenfalls berechtiget, eigene Stadtſiegel 1), Regiſtraturen und Repoſitorien 2), zuweilen ſogar Stadtarchive zu halten 3), und zu dem Ende Steuerbücher, Hypotheken = Unterpfands = Depoſiten = Kauf = Präſenzien = Reſcripten = Expeditions = Diſtributions = Termins = Sentenzien = und Kommiſſions = Kollateralſtempel = Sportulkaſſen = Kriminalkoſten = und Untergangsbücher, desgleichen allerlei Regiſtraturbücher und Journale zu beſizen 4).

1) *Io. Mart. Goſſel* Diſſert. de eo, quod juſtum eſt, circa ſigilla vniuerſitatum. Gieſſ. 1711.

2) von deren Einrichtung C. C. M. T. V. c. cit. l. p. 1287. 1288.

3)

3) Cod. Frid. P. III. tit. 23. §. 9. Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 57. in den hiſtor. ſtatiſt. Beyträgen B. 2. Th. 2. S. 483.

4) wovon die Muſter in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg 3. p. 922. ſeqq. p. 1370. ſeqq. insbeſondere pag. 1296. ſeqq.

907.

Magiſtratiſche Polizeygeſezgebung.

Es iſt den Städten überall die Anordnung und Aufſicht über das Polizeyweſen überlaſſen, als zu welchem Ende ſie allerlei Geſeze und Ordnungen machen können, z. B. Feuerordnungen, Brandaſſekurationsordnungen 1), Ballordnungen, Hochzeitordnungen 2), Fleiſch- und Brodttaxen. Es befinden ſich deswegen beym Magiſtrate beſondere Fleiſch- und Brodtherren, Brodtſchäzer, welche Stellen meiſt aus dem Bürgerausſchuß beſezt werden 3).

1) *Ge. Frid. Deinlein* Diſſ. de ſingulari cuſtodiendarum ignium cura et inſpectione, ſeu von der Feuerſchau. Alt. 1731.

2) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 7. 8.

3) Regl. für die Magdeb. Städte n. 9. 11.

908.

Verwaltung des ſtädtiſchen Polizeyrechts.

Der Magiſtrat läßt in großen Hauptſtädten das Polizeyweſen durch ein beſonderes Polizeydirektorium beſorgen, dergleichen eines zu Berlin 1), Königsberg, Elbingen und an mehrern Orten befindlich iſt 2). Sonſt iſt dieſes Amt oft nur einem beſondern Polizeybürgermei-

meiſter, wie in einigen Preußiſchen Städten 3), oder etlichen Rathsherren aufgetragen. In wie fern bey einem beſonders beſtellten Polizeydirektor der Magiſtrat noch Polizeyrechte auszuüben habe, iſt in den Geſezen genau beſtimmt 4).

1) C. C. March. Cont. II. p. 55. Nikolai Beſchreib. von Berlin und Pozdam B. I. S. 307. ff.

2) C. C. Culmbac. P. I. V. 1. p. 325. P. II. V. 2. pag. 423. Conſtit. Guelph. de 25. Ian. 1748. Woltereck S. 408. Hofers Beyträge Th. II. S. 207.

3) C. C. March. Nov. T. VI. p. 1317. Reſcript vom 20. Jul. 1778. in Tom. VI. p. 1318.

4) C. C. March. Cont. II. p. 58. 59.

909.

Polizeyrecht in Handwerksſachen.

Vorzüglich trägt, vermög der Reichsgeſeze 1), der Magiſtrat über das ganze Handwerksweſen eine genaue Aufſicht. Bey jedem Gewerke 2) befindet ſich ein Rathsglied, der Zunftherr, Gildeherr, Morgenſprachsherr genennt wird 3). Es darf ohne deſſen Vorwiſſen und Anweſenheit keine Zuſammenkunft gehalten, oder etwas beym Handwerke verfügt werden 4). Es müſſen ſich bey ihm diejenigen melden, die Meiſter werden wollen 5). Die Gewerksprozeſſe haben ihre beſondere Verfaſſungsart.

1) Reichsſchluß von Abſchaffung der Handwerksmisbräuche von 1732. §. 1.

2) beſonders im Brandenburgiſchen bey den Tuchmachern C. C. March. T. V. Abth. II. p. 376. u. Materialiſtengilden. Cont. I. p. 70.

3) C. C. March. cit. l. p. 396. 411. 412.

4) ibid. p. 376. 5) T. II. Abth. I. p. 566.

910.

Gegenſtände des Magiſtratiſchen Polizeyrechts.

Der Magiſtrat hat fleißig die Wein= Bier= und Kaffeehäuſer zu beſichtigen 1), und zu verhüthen, daß die Fremden und Gäſte nicht überſezt werden 2). Auf die Sonntagsfeyer Acht zu haben 3), und die Uebertreter zu beſtrafen 4); die Betrunkenen auf den Straſſen anhalten zu laſſen, und den Wirth zur Beſtrafung auszuforſchen 5). Er muß die Becker, Fleiſcher und Bierbrauer anhalten, daß ſie die nöthigen Vorräthe ſich anſchaffen 6), und läßt den Brauern und Krügern das außer Landes gehohlte Bier wegnehmen, wovon ihm die Helfte gehört 7). Er iſt beſorgt, daß die Lebensmittel und Bedürfniſſe in billigem Preiſe ſtehen 8).

1) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 107. 148. 154. 181.

2) T. V. Abth. I. p. 6. 3) ibid. p. 4. 33.

4) T. I. Abth. II. p. 180. 182. T. V. Abth. I. p. 36.

5) T. I. Abth. II. p. 187.

6) T. V. Abth. I. p. 84. 7) T. IV. Abth. III. p. 170.

8) C. C. March. T. III. Abth. I. p. 171. T. V. Abth. I. p. 10. 34. Magdeb. Reglem. für den Bürgerausſchuß. n. 12. 13.

911.

Feuerpolizeyrecht.

Beym Rathhauſe müſſen die nöthigen Feuerinſtrumente ſich im Vorrathe befinden 1), und man hat von Obrigkeitswegen die Feuerſtellen von Zeit zu Zeit zu beſichtigen 2), und die gehörige Anſtalten zu treffen, daß die bey Beckern und Brauern gefährlich befundene Backofen und Brauſtellen verbeſſert werden 3). Ueberhaupt bey wirklich ausgebrochener Feuersbrunſt hat ſich ſowol der Magiſtrat als die Verordneten der Feuerordnung gemäß zu betragen 4), und auf die Uebertreter ernſtliche Strafen ergehen zu laſſen 5), widrigenfalls er ſich ſelbſt der ſtrengſten Ahndung ausſezet 6).

1) T. V. Abth. I. p. 9. 34. 248. T. VI. Abth. I. pag. 577. Cont. I. p. 109. *Ge. Frid. Deinlein* Diſſ. de ſingulari cuſtodiendarum ignium cura et inſpectione, von der Feuerſchau. Alt. 1731. Lipius a. a. O. §. 1. 2.

2) T. V. Abth. I. p. 9. 248.

3) ibid. p. 245. 283. 284. Cont. II. p. 62. 119. C. C. M. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 807.

4) T. V. Abth. I. p. 10. 152. 163. 245. 285. 292. Feuerordn. der Stadt Glogau v. 28. Jun. 1742. Dergl. von Hirſchberg v. 24. Jul. 1742. in der Schleſ. Samml. B. 1. S. 103. 117. Ge. Frid. Müller hiſt. jur. u. pol. Ergezlichkeiten von Schorſteinen und Schorſteinfegern, auch Feuerordn. Feuerſocietäten und Feuerkaſſen in den Preuß. Staaten, mit Anh. der Berlin. Feuerordnung. Halle 1781.

5) C. C. March. T. V. Abth. I. pag. 11.

6) ibid. pag. 34.

912.

Polizeyrecht in Markt- Handels- und Wechſelſachen.

Von dem Magiſtrate hängt das ſogenannte Marktamt ab, das aus dem Marktmeiſter und denen Marktherren beſteht. In andern Städten heiſt es das Hansgrafenamt. Es trägt Aufſicht über Wechſelſachen 1), rechtes Maaß und Gewicht, über die Aechtheit und Güte der Waaren und des Getränkes, über die Höckerey, Läden, Buden und Marktſtände, und entſcheidet zugleich Handelsſtreitigkeiten, worüber es beſondere Marktbücher hält 2). Sonſt verſehen dieſes auch die Kaufgerichte, Gaſtrechte, Wechſel- Meß- und Handelsgerichte 3). In Elbingen das Wettgericht 4).

1) C. C. March. T. II. Abth. 2. p. 32.

2) Joh. And. Hoffmann teutſche Reichspraxis B. 2. S. 450. Eſtor Th. 3. §. 312.

3) Notifikation von des Breslau. Oberhandelsgerichts Seſſionen vom 20. Merz 1743. in der Schleſiſchen Samml. B. I. S. 49.

4) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 794.

913.

Städtiſches Obereigenthumsrecht.

Das Weichbildrecht, Burgrecht, Stadtrecht begreift ferner in ſich das ſtädtiſche Obereigenthum der ganzen Stadtmarkung und ihres Grund und Bodens 1). Davon noch ein Ueberbleibſel die gerichtliche

Auflaſſung der Güter, die Gewinnung des Bürgerrechts bey Fremden zum Beſize der Grundſtücke, und die gerichtliche Inſinuation der über das Grundeigenthum errichteten Verträge, und dergl. mehr. Den Magiſträten iſt befohlen, ordentliche Erb-Grund-und Lagerbücher zu halten 2). Sie müſſen auf Begehren jedermann über die auf den Grundſtücken haftende Hypotheken Zeugniſſe ausſtellen 3).

1) *Weſtphalen* in praefat. Tomi III. Monum. inedit. rer. Cimbr. et Megapol. p. 126.

2) C. C. March. T. II. Abth. II. p. 18. 33.

3) ibid. p. 20. 33.

IV. Abſaz.

Statutariſche Geſezgebung.

914.

Literatur.

Chriſt. Gottl. Riccius Entwurf von Stadtgeſezen oder Statuten, vornemlich der Landſtädte. Frankf. u. L. 1740.

Joh. Karl Heinr. Dreyer Zuſäze und Verbeſſerungen der Statutenhiſtorie des Prof. Riccius, ſo viel das XIV. XV. XVI. XVII. Hauptſtück betrift, in D. Schotts Samml. zum teutſchen Stadt- und Landrecht, Th. I. S. 1.

Louis Froland Memoires concernant la nature et les qualités des ſtatuts. à Paris 1729.

Io. Chr. Falkner Diſſ. exhibens jura particularia, ſtatuta et conſuetudines. Ien. 1661.

Em. Glaſſer Diſſ. de jure ſtatutario. Helmſt. 1662.

Io. Ge. Simon Diſſ. jura ſtatutorum. Ien. 1670.

Io. Mich. Tauber Diſſ. de jure ſtatutario. Alt. 1693.

I. H. Boehmer Diſſ. de natura ſtatutorum, quae in ciuitatibus prouincialibus conduntur, eorumque obligandi principiis. Hal. 1739. in Exercit. ad Pand. T. I. p. 693.

Io. Chr. Ioſ. Franc. Ign. Unger Diſſ. de obſervantiis et ſtatutis eccleſiarum, piorumque corporum, municipiorum, collegiorum aliarumque communitatum. Wirceb. 1754.

Io. Rebhan Diſſ. de ſtatutis Ciuitatum Imperialium liberarum et immediatarum. Lipſ. 1675.

Nic. Chr. Lynker Diſſ. de ſtatutis Ciuitatum prouincialium. Ien. 1699.

Lud. Ant. Muratori Diſſ. XXII. de Legibus Italicorum et ſtatutorum origine. Ant. Ital. T. II. p. 233.

915.

Urſprung der Stadtrechte.

Ehemals wurden die Weisthümer und Entſcheidungen der Schöffen in ein öffentliches Buch, Stadtbuch genannt, vom geſchwohrnen Notarius eingetragen, und hierdurch zur künftigen Beobachtung aufbewahrt. Man ließ ſich in der Folge kaiſerliche oder lan-

des-

desherrliche Beſtätigung darüber ertheilen, und machte es damit zum geſezlichen Stadtrechte. Daher rührt es, daß die älteſten Stadtrechte in keiner Ordnung verfaßt ſind, ſondern die Materien bloß nach der Zeitordnung ihrer Eintragung enthalten 1).

1) Eſtor B. III. §. 39. Meine Literatur des germaniſchen Rechts, Leipzig 1782. bey Schwickert, §. 181.

916.

Benennung.

Sie heißen Statuten, Stadtrechte, Stadtgeſeze, Willkühre, Weichbilder, Weichbildrechte, Markrechte, Stadtbrauch, Reformationes, jura municipalia, Uſagines, Uſatica, Stadtbücher, Mores, Conſuetudines 1), wovon man die Gründe angeben kan.

1) *Dreyer* Diſſ. de variis Codicum Juris German. denominationibus. Kil. 1751.

917.

Haupteintheilung.

Einige Stadtrechte ſind Vorſchriften über die Privatrechtsmaterien, und andere enthalten Sazungen und Ordnungen zum Beſten des gemeinen Weſens und zur Erhaltung der kollegialiſchen Verfaſſung. Beide haben eine gleiche Entſtehungsart und eine gleiche verbindliche Kraft.

918.

Reichsſtädtiſche Geſezgebung.

Weil die Städte Teutſchlands urſprünglich von freygebohrnen Geſchlechtern bewohnt wurden, ſo hatten

ten ſie ſchon im Mittelalter die Avtonomie, die ihnen nachher durch kaiſerliche Privilegien verſichert worden iſt 1). Da ſie endlich auch den ganzen Umfang der Landeshoheit durch die Reichsgeſeze beſtättigt erhielten, ſo war ihre geſezgebende Macht nunmehr auſſer allem Zweifel geſezt 2).

1) *Io. Rud. Becker* de vrbibus immed. S. R. I. Roſtoch. 1757. §. 5. 9-11.

2) *Io. Henr. Felz* Diſſ. de jure legislatorio territoriali ciuitatum Imperialium. Arg. 1701

919.

Von der Art und Weiſe, Statuten zu machen.

In einigen Städten übt der Magiſtrat allein die ſtatutariſche Geſezgebung aus, und dieſes wird im Zweifelsfalle vermuthet 1), oder wenigſtens, wenn er die Gerichtsbarkeit und die Polizeygewalt beſizt, können von ihm ſolche Stadtgeſeze gemacht werden, die zum Beßten des gemeinen Weſens dienen 2). Gemeiniglich muß die Bürgerſchaft 3), oder wenigſtens ihre Repräſentanten 4) die Viertelsmeiſter, Rathsverwandten, oder Zunftmeiſter, oder wenn es ein Statut betrift, das nur eine Klaſſe der Bürger angeht und beläſtiget, die Intereſſenten zugezogen werden. Es müſſen alle zuſammen berufen 5), und zwey Drittel wirklich erſchienen ſeyn 6). Der Schluß wird dann nach der Mehrheit der Stimmen abgefaßt 7), und es gehört unter die außerordentlichen Fälle, wenn die Einwilligung aller auf die Ladung erſchienener Bürger vermittelſt eines Durchgangs erfordert wird. In den Preußiſchen

Staa=

Staaten müſſen die neuen Statuten der königlichen Geſezkommiſſion zum rechtlichen Gutachten vorgelegt, und dürfen, ehe dieſes geſchehen, nicht publicirt werden 8).

1) *Kemmerich* in Acceſſ. Inſt. pag. 94.

2) *Wernher* Vol. VI. Obſervat. for. P. IX. Obſ. 144. p. 221.

3) Orth T. V. p. 276. ſqq.

4) Riccius B. 2. c. 3. §. 18. 19. 20. c. 6. §. 3. 4.

5) L. 2. D. de decur., C. 28. X. de elect.

6) L. 3. D. de decret. ab ord. faciend.

7) L. 5. Cod. de legat. *Berger* Tom. II. Reſp. 213.

8) Entw. des Preuß. Geſezb. Th. I. Einl. §. 13. 14. 15.

920.
Publikation der Statuten.

Erſt nach geſchehener Einwilligung der Bürgerdeputirten, und erfolgter landesherrlicher Beſtätigung, wird das Statut vom Magiſtrat publicirt. In den Preußiſchen Staaten muß dieſes unter der Direktion des Ortskommiſſarius (Commiſſarii loci) geſchehen 1).

1) Reſcr. d. 25. April. 1715. C. C. March. T. II. Abth. I. pag. 565.

921.
Verbindlichkeit der Stadtrechte.

Die Statuten für einzele Klaſſen, Geſellſchaften, Zünfte und Gewerke verbinden die Glieder allein 1), die allgemeinen Stadtgeſeze aber alle Einwohner einer Stadt, ſie mögen Bürger, Beyſaßen oder Fremde ſeyn 2), wenn ſie nicht mit landesherrlicher Exemtion verſehen ſind 3), die ihnen dann auch noch auf den Fall

Fall zu ſtatten kömmt, wenn ſie ſchon nachher das Bürgerrecht angenommen haben.

1) Entwurf des Preuß. Geſezb. Th. I. §. 8. Beytr. zur juriſt. Liter. in den Preuß. Staaten, Samml. 7. Abſch. 4. S. 191.

2) *Ludolf* Var. Obſ. for. P. I. obſ. 17. *Pufendorf* T. I. obſ. 82. T. II. obſ. 27. *Ioach. Hopp.* Diſſ. de obligat. ſtatutorum. Gedan. 1686. *B. Barilis* de poteſtate L. Municip. in aduenas et indigenas. Lugd. 1641. *I. H. Boehmer* de natura ſtatutorum, quae in ciuitatibus prouincialibus conduntur, eorumque obligandi princip.

3) *Modeſt. Piſtor.* qu. 85. Cramers Wezl. Nebenſt. Th. XXIV. p. 27. ſqq.

922.

Eintheilung.

Die Statuten werden nach der Verſchiedenheit des Gegenſtands eingetheilt in perſönliche und dingliche. Bey den leztern macht man wieder einen Unterſcheid, ob ſie über bewegliche oder unbewegliche Sachen diſponiren.

923.

Perſönliche Statuten.

Wenn ein Statut bloß die Perſon, ihren Stand, ihre Eigenſchaften und ihre Beſchaffenheit zum Gegenſtand hat, ohne irgend auf eine Sache Rückſicht zu nehmen, ſo daß die Rechtsmaterie, womit ſich das Statut beſchäftiget, ganz allein eine Perſon iſt; ſo heiſt daſſelbe ein Perſönliches Statut 1).

1) *Abr. a Weſel* ad Conſtit. Novell. Vltraject. art. 1. n. 14. Riccius B. 2. c. 14. S. 520. ff.

924.

924.
Beſondere Beſchaffenheit derſelben.

Ein ſolches Statut gilt, vermöge der völkerrechtlichen Convenienz, auch außer den Grenzen des Staats 1), und prägt der Perſon einen ſolchen Charakter auf, den ſie überall behält. Eben deswegen finden dergleichen Statuten bey Fremden, die ſich nur eine Zeitlang in der Stadt aufhalten, keine Anwendung, weil die einſtweilige Gewalt über ſie bey ihnen kein beſtändiges Recht hervorbringen kan 2).

1) *Io. Sam. Frid. Boehmer* Diſſ. de efficacia ſtatuti perſonalis extra territorium. Francof. ad V. 1756. §. 6. p. 8. ſq.
Tob. Iac. Reinharth Diſſ. de juris non ſcripti extra territorium efficientia. Goett. 1737.

2) *Cocceji* Diſſ. de fundata in territorio et plur. locorum concurrente poteſt. Sect. V. §. 4. 7.
I. F. Wolf de forenſibus ad Jus ſtatut. relatis. Baſ. 1685.
A. B. Carpzov. de quaeſt. quatenus forenſes obligentur ſtatutis alienae ciuitatis. Lipſ. 1685.
H. Hildebrand de obligat. forenſium ex Jure ſtatut. Alt. 1698.

925.
Dingliche Statuten.

Dieſe betreffen bloß Sachen ohne alle Rückſicht auf Perſonen, verordnen über die Rechte der Dinge, und geben dem Eigenthume beſondere Beſtimmungen 1). Im Preußiſchen finden ſie hauptſächlich bey unbeweglichen Gütern ſtatt 2).

1) Coc=

1) *Cocceji* cit. Diſſ. Sect. VII. §. 18.

2) Entwurf des allgem. Geſezbuchs Th. 1. Einl. §. 30.

926.

Kaiſerliches Beſtätigungsrecht.

Ehe ſich das landeshoheitliche Syſtem der Reichsſtädte formirt hatte, ließen ſie ſich ihre Stadtrechte vom Kaiſer beſtätigen. Seit der Zeit aber iſt dieſe Beſtätigung ganz überflüßig worden, und findet nur noch bey einem darüber entſtandenen Rechtsſtreite zwiſchen dem Magiſtrate und der Bürgerſchaft ſtatt 1).

1) Regl. der Hamb. Aemter u. Brüderſchaften. 1710. Frankfurter Beyſaßenordn. cum Reſol. Caeſ. 1732. Orth über die Frankf. Reform. T. V. p. 110.

927.

Landſtädtiſche Geſezgebung.

Die Landſtädte genoſſen urſprünglich aus gleichem Grunde eben dieſelbe Avtonomie, die ihnen aber durch ein Reichsgeſez von 1232. etwas eingeſchränkt wurde 1). Nunmehr beruht ihre ſtatutariſche Geſezgebung (Jus Statuendi) entweder auf der landesherrlichen Verleihung 2), oder auf dem Herkommen, das durch eine undenkliche Verjährung geſichert iſt 3). Im Preußiſchen ſind die Magiſtrāte beſonders angewieſen, allerlei Ordnungen zu machen 4).

1) ap. *Schannat* in Cod. dipl. Hiſt. Ep. Worm. p. 110.

2) *Lynker* de ſtat. Ciuit. prov. §. 5. *Berger* in Conſil. Conſ. 59. p. 65. Strubens Nebenſt. Th. 2. S. 414.

3) Ric-

3) Riccius von Stadtgeſezen B. I. c. 1. §. 5. Einige Ausnahmen bey *Boehmer* in Conſil. et Reſponſ. T. II. P. I. Reſp. 1. n. 3.

4) Magdeburg. Polizeyordn. C. 5. Conſt. d. 25. Apr. 1715. C. C. March. T. II. Abth. I. S. 565.

928.

Landesherrliches Beſtätigungsrecht.

Wenn gleich eine Stadt im rechtmäßigen Beſize der ſtatutariſchen Geſezgebung ſich befindet, ſo muß ſie doch ſowol die eigentlichen Stadtrechte, als ihre Stadtſazungen und Ordnungen vom Landesherrn beſtätigen laßen. Erſteres, weil das Recht, Statuten zu geben, ein Theil der geſezgebenden Macht iſt, und folglich von den Landſtädten nur anſtatt der Landesherrſchaft ausgeübt werden kan 1), und leztere, weil dadurch die Nachkommenſchaft verbunden wird, und es auf das gemeine Beßte ankömmt, ebenfalls dem Staatsoberaufſichtsrecht unterworfen ſind 2).

1) *Hertius* de Superiorit. territ. § 25. Riccius von Stadtgeſezen B. 2. c. 2. §. 4. C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 792. 793. C. C. M. Nov. T. VI. p. 1944. Entwurf des Geſezbuches der Preuß. Staaten Th. 1. §. 8. 9. der Einleit.

2) *Ziegler* de jure Majeſt. L. I. c. 5. §. 10. 18. *C. H. Horn* Diſſert. de confirmat. ſtatut. municipal. per principem. Vit. 1694.

929.

Folge der unterlaſſenen Beſtätigung.

Indeß wirkt die unterlaſſene Beſtätigung bloß eine Beſtrafung, und derlei Stadtrechte, beſonders

wenn ſie in der ältern Zeit errichtet worden ſind 1), oder die landesherrliche Verleihungsakte die Confirmation nicht ausdrücklich vorſchreibt, bleiben ohngeachtet jener Verabſäumung verbindlich 2), nur aber nicht immer für Fremde 3).

1) *Kemmerich* in Acceſſ. Inſtit. tit. IX. p. 94.

2) *Luder. Mencke* Diſſ. de ſtatut. non confirmatorum effectu. Lipſ. 1697. int. Diſſert. Jurid. p. 479.

3) *Kemmerich* cit. l.

930.

Landesherrliches Auslegungsrecht der Stadtgeſeze.

Eben die Gründe, die dem Landesherrn das Beſtätigungsrecht zuſprechen, erfordern, daß auch bey jeder geſezlichen Auslegung der Stadtrechte bey Hofe angefragt werden muß 1).

1) Riccius a. a. O. B. 2. c. 11. §. 1.

931.

Preußiſche Verfaſſung.

In den Preußiſchen Staaten müſſen nicht nur alle Statuten, die nicht publicirt und konfirmirt ſind, und doch den Landesgeſezen entgegenſtehen, nach Hofe eingeſchickt werden 1), ſondern es haben hauptſächlich bey jedem neuen Regierungsantritte des Monarchen alle Magiſtrâte, Städte, Communen und Innungen, um die Beſtätigung und Erneurung aller ihrer Statuten, Privilegien, Gerechtſame und Vergünſtigungen nachzuſuchen. Es iſt dieſes den 24. Sept. des Jahrs 1740. zu Erſparung der Unkoſten durch ein gedrucktes allgemeines Generalpatent geſchehen 2).

1)

1) Reſcr. v. 16. Oct. 1728. C. C. March. T. II. Abth. 2. S. 793.

2) Cont. I. pag. 400.

932.

Beſchaffenheit der dinglichen Statuten.

Die Wirkungskraft dieſer Statuten begrenzt ſich mit dem Gerichtszwange; dahingegen ſind ihnen die eximirten Perſonen, als landesherrliche Beamten, Geiſtliche, Univerſitätsverwandten, Soldaten ꝛc. ebenfalls unterworfen.

933.

Statuten über bewegliche Sachen.

Von jener Regel machen die Praktiker, in Anſehung der beweglichen Sachen eine Ausnahme, und behaupten, weil ſie zum Wohnorte gehörten, und der Perſon folgten 1), ſo hätte ein dergleichen Statut auch ſeine Anwendung bey den Beweglichkeiten, die unter fremder Jurisdiktion ſich befänden, wovon Beyſpiele bey der ehlichen Gemeinſchaft der beweglichen Güter und bey der Erbfolge des Mannes darinn gegeben werden.

1) *Carpzov* P. I. Conſt. 29. Def. 21. *Reinharth* de jur. non ſcripti extra territ. efficient. §. 17. p. 32.

934.

Polizeyrechtsgrundſäze.

Allein aus Kameral- und Polizeyrechtsprinzipien beobachtet man heutzutage auch hiebey die Statuten der örtlichen Lage der Dinge 1), und übergeht beym Abzuge, bey der Confiſkation, beym Pfande und bey

der Getreideſperrung die Statuten des Wohnorts. Nur die Preußiſche Geſezgebung hat die praktiſche Meinung beybehalten 2).

1) Riccius B. 2. C. 17. §. 11. *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 56.

2) Entwurf des allgem. Preuß. Geſezbuchs Th. 1. §. 21.

935.

Succeſſionsſtatuten.

Nach dieſen Grundſäzen hat die allgemeine Meinung 1), daß die Erbrechte für dingliche Statuten zu halten, weniger Schwierigkeit, und es iſt auf die gegenſeitigen Grundſäze Pufendorfs 2) nicht zu achten.

1) *Cocceji* de fund. in territ. et plur. loc. concurr. pot. S. 8. *Mev.* ad Jus Lub. Qu. prael. VI. n. 10. *Berger* Oecon. Jur. L. II. tit. 4. §46. not. 6. *Stryk* de ſucceſſ. ab int. Diſſ. I. c. 4. §. 2. *Huber* Praelect. ad Dig. tit. de conflictu Legum §. vlt. Riccius von Stadtgeſ. B. 2. c. 16. §. 7.

2) Tom. I. obſ. 28.

936.

Grenzen der ſtatutariſchen Geſezgebung.

Durch die ſtatutariſche Geſezgebung kan weder den landesherrlichen Rechten, noch den wolerworbenen Rechten eines Dritten etwas entzogen werden.

937.

Abfall der Statuten vom gemeinen Rechte und Landrechte.

Wol aber können Statuten dem Landrechte und dem gemeinen Rechte derogiren 1). Erſterem, weil das beſondere Recht beſtändig dem allgemeinern vorgehet, und Lezterem, weil daſſelbe nur zur Ausfüllung, auf den Fall keine eigene Geſeze exiſtiren, angenommen iſt 2).

1) *Mynſinger* Cent. I. obſ. 14. *Ziegler* de jur. Majeſt. L. II. c. 6. §. 2. *Brunnemann* Cent 2. dec. 26. Riccius S. 350.

2) *Reinharth* ad *Chriſtin*. Vol. II. obſ. 8.

938.

Ausnahme.

Wenn im Landesgeſeze ein gewiſſer Zweck des Staats beabſichtiget iſt, oder wenn darinn den Handlungen gewiſſe Förmlichkeiten vorgeſchrieben ſind, oder wenn demſelben eine Verbotsklauſel angehängt iſt, ſo darf ihm durch die ſtatutariſche Geſezgebung nicht derogirt werden 1).

1) Riccius B. 2. c. 6. §. 6.

939.

Statuten über die Feyerlichkeit der Handlungen.

Es gibt gewiſſe Statuten, die bloß die äußere Form und die Feyerlichkeit der Handlungen beſtimmen. Dieſe finden eigentlich nur bey Perſonen ſtatt, die den Statuten unterworfen ſind, und werden bloß bey

Handlungen angewendet, die auf dem Bezirke des Orts vorgenommen worden ſind 1). Indeß geſchieht es doch, daß ſie auch auf fremde Geſchäfte angewendet werden müßen 2), wenn z. B. Einer an einem fremden Orte einen Kontrakt geſchloßen, oder ein Teſtament gemacht hat. Da iſt dann der Fall, daß das Statut außer dem Wohnort und außer dem obrigkeitlichen Bezirke gilt. Jedoch findet dieſes wiederum bey Lehen nicht ſtatt, weil die Rechte des Lehenhofs beſtändig die Statuten des geſchloßenen Lehenkontraktsorts ausſchließen 3).

1) Entw. eines Preuß. Geſezb. Th. I. Einl. §. 33. S. 21.

2) *Bernh. Barille* de poteſtate Legis municipalis in advenas et indigenas. Lugd. 1641. C. *T. Roemer* Diſſ. de efficacia Statutor. in res extra territorium ſitas. Tub. 1778.

3) Riccius B. II. c. 15. §. 5. 7.

940.

Vorzug der Statuten vor jüngern Landesgeſezen.

Wenn auch gleich das Landesgeſez jünger iſt als das Stadtrecht, ſo wird dieſes doch durch jenes nicht aufgehoben 1), ausgenommen, der Landesherr hätte deswegen ſeinen Willen ausdrücklich erklärt 2), oder damit einen beſondern Zweck zum Wohl des Staats zu erreichen geſucht 3). Schilters 4) Diſtinktion in dieſer Sache iſt zu künſtlich, und paßt nicht auf die jezige Verfaßung, zumal die Rechtsgelehrten dem Landesherrn hiebey kein willkührliches Aufhebungsrecht eingeſtehen 5).

1) C. 1. de Conſtitut. in VIto. Entwurf des Preuß. Geſezbuchs, Th. 1. Einl. §. 42. *Berger* in Oecon. Iur. L. II. tit. 4. §. 43. *Kemmerich* in Acceſſ. tit. 9. §. 40.

2) *Gail.* Obſ. II. 78. 8.

3) Preuß. Reſcr. vom 2. Febr. 1733. bey Diez Archiv-Magd. Rechts S. 65. Beyl. 21. *Mevius* P. II. Deciſ. 99. *Beſold.* Conſil. 268.

4) In praxi Iur. Rom. in foro Germ. Exercit. II. §. 11.

5) *Engelbrecht* de gen. deciſ. Iur. font. in terris Brunſw. Lun. §. 12. p. 48. Riccius a. a. O. S. 631.

941.

Abweichung der Statuten von den Reichsgeſezen.

Den Reichsgeſezen, wenn ſie Privatrechtsmaterien zum Gegenſtand haben, vermag man durch Statuten zu derogiren, gleichwie ſie auch niemals ältere Stadtrechte aufheben. Denn ſie ſind nur zwiſchen den Reichsſtänden ſelbſt und bey Streitigkeiten zwiſchen zweierlei Unterthanſchaften Geſeze 1).

1) *Franc. Alef* Diſſ. de ſtatuto legibus Imperii repugnante. Heidelberg. 1747. *Berger* in Oecon. Iur. L. I. tit. 1. §. 28. not. 4. wodurch *Ändler* Iurispr. publ. et priv. L. I. tit V. P. VII. p. 162. widerlegt iſt.

942.

Derogation der Statuten durch Privatverträge.

Die Privatverträge, beſonders Kontrakte, Eheberedungen und Succeßionsordnungen, derogiren 1) den Statuten unter gewißen Einſchränkungen 2), die wir zum Theil ſchon bemerkt haben. Sie dürfen nemlich nicht ausdrücklichen Verboten, gewißen Förmlichkeiten, den Rechten eines Dritten und dem gemeinen Beßten entgegen ſeyn 3).

1) Sprüchw. Willkühr bricht Stadtrecht, bey Eiſenhartḣ von Sprüchwörtern S. 1. Eine Menge geſezlicher Stellen bey Selchow El. Iur. Germ. §. 55. n. 4. wozu noch Preuß. Reſcr. vom 28. Mart. 1746. in der Beyl. 26. zu Diez Archiv Magdeb. Rechts. Vergl. ſ. Geſch. des Juſtizw. im H. Magdeb. S. 73.

2) *Andr. Flor. Rivinus* Diſſ. de pactis dotal. in quantum ſtatutis derogent vel minus. §. 11.

3) *Hert.* Deciſ. 947. Riccius B. II. c. 10. S. 429. Conſil. Hall. Tom. I. L. I. Conſ. 55. n. 4. p. 136. Conſ. 147 p. 355. Conſ. 360. n. 12 p. 1139. *Henr. de Cocceji* Reſp. p. 288. n. 20. 21. p. 367.

943.

Vorſichtsregeln und Erklärung.

Wenn durch ſolche Gedinge von gewißen Hauptſachen des Statuts abgewichen wird, ſo müßen ſie zur Sicherheit anderer öffentlich angegeben werden 1). Bey entſtandenem Zweifel über den Wortverſtand können ſie nicht aus dem Statut erklärt werden, ausgenommen der ſchwankende Ausdruck wäre hier deutlicher beſtimmt 2).

1) Allgem. Hypothekenord. für die Preuß. Staaten 1784. §. 79. 80. 75. Preuß. Konkurs- und Hypothekenord. von 1729 §. 12. Entw. des Preuß.-Geſezb. *Huber* in Praelect. ad Dig. tit. pro ſocio, §. 15.

2) *Chr. Henr. de Berger* Disquiſ. vtrum et quousque pacta dotalia ſint ex ſtatuto interpretanda et ſupplenda, §. 6. 29.

944.

Fälle, wo das Stadtrecht ſeine Verbindungskraft verliert.

Die Obſervanz eines Statuts wird in Rechten präſumirt 1), und darf daher nicht erwieſen werden 2).

Es

Es verliert ſeine Verbindungskraft bloß durch den widrigen Gebrauch und durch ein gegenſeitiges jüngeres Stadtrecht 3), jedoch darf das leztere nicht allgemein gefaßt, ſondern muß ganz beſonders gegen das Vorhergehende gerichtet 4), und die Aufhebung vom Landesherrn bewilligt worden ſeyn.

1) wodurch die Praktiſche Rechtsregel wegfällt: Statutum tollitur per non-obſeruantiam, et perinde eſt, ac ſi nunquam factum fuiſſet.

2) *Io. Chriſt. Zimmermann* Diſſ. de obſeruantia ſtatutorum municipalium in municipiis non probanda. Erf. 1735. Preuß. Geſezb. Einl. Th. I. §. 40.

3) Riccius B II. c. 20. S. 629. ff. *Boehmer* Vol. II. P. II. Reſp. 931. n. 11.

4) *Hunnii* Encyclopaed. Iur. P. I. T. 3. c. 8. n. 7. p. 27.

945.
Eintritt des Landrechts.

Bey Ermanglung eines Stadtrechts findet das Landrecht ſeine Anwendung.

946.
Kolliſion der Statuten.

Viele Gelehrten 1) fürchteten ſehr den Zuſammenſtoß der Statuten, und bemühten ſich zu dem Ende gewiße Regeln zu geben. Man darf ſich aber nur genau mit der Ordnung der Statuten, wie ſie ihre Anwendung finden, bekannt machen, ſo wird man keinen Zuſammenſtoß wahrnehmen, und jene Regeln entbehren können, die ohnehin auf unſichern Grundſäzen beruhen.

 1) *Herm.*

1) *Herm. Zoll* Diſſ. de præferentia ſtatut. diſcrepantium. Rint. 1711. *Io. Gott. de Meiern* Diſſ. de ſtatut. conflictu eorumque in exteros valore. Gieſſ. 1715. *Ant. Ios. Franc. Ernſt* Diſſ. de ſtatutis eorumque conflictu et præualentia. Mogunt. 1732. *Franc. Alef* Diſſ. de diuerſorum ſtatutorum concurſu eorumque conflictu. Heidelb. 1740.

947.

Ordnung ihrer Anwendung.

Es kömmt bey der Anwendung der Statuten zuvörderſt auf den Gegenſtand an. Iſt es ein Kontrakt, Teſtament ꝛc. die Statuten des Orts, wo ſie errichtet wurden. Betrift es ein unbewegliches Gut, ebenfalls die örtlichen Stadtrechte nach der Lage des Guts. Iſt es eine perſönliche Angelegenheit, auch ſonſt im Zweifelsfalle, die Statuten des Wohnorts 1), wenn anders die Perſon nicht von deren Beobachtung eximirt worden 2). Finden ſich über dieſelbe Sache mehrere ſtatutariſche Verordnungen, ſo gehen die jüngern den ältern vor u. ſ. w. Hier beſtimmt alſo das Zeitalter, dafern keine beſondere Beſchaffenheit des Gegenſtands eintritt.

1) *Lamb. Goris* Aduerſ. tr. 1. 2. *Hert.* de Colliſ. Legum Sect. 4. §. 9. 40. opuſc. Tom. I. p. 118. *Pufendorf* I. 28. *Nettelbladt* de port. conjug. ſtat. Lub. c. 5. §. 10. Mainz. Lr. t. 8. §. 16. Lüb. R. II. 1. 16.

2) *Reinharth* ad *Chriſtin.* Vol. IV. obſ. 13. *Pufendorf* Obſ. 1. 27. 82.

948.

Auslegungskunſt.

Es iſt bey ihnen die nemliche Auslegungskunſt zu gebrauchen 1), wie bey andern Geſezen. Allgemeine

ne Ausdrücke ſind allgemein zu nehmen, und die beſondern ſind im ſtrengen Verſtande zu nehmen 2). Sonſt nimmt man die Erklärung aus der Gewohnheit 3), den benachbarten Statuten und aus dem Landrechte 4), oder aus denjenigen Rechten, woraus ſie entſtanden ſind, als die Märkiſchen Stadtrechte aus dem Lübiſchen und Sächſiſchen Rechte 5).

1) *Jo. Vlr. Cramer* Diſſ. de recta ſtatutorum interpretatione. Marp. 1739. *Fr. Phil. Breitſprecher* Diſſ. de ſtatutorum proprie talium obligandi principiis, eorumque authentica interpretatione. Gryph. 1773.

2) *Wernher* Vol. V. P. VIII. Obſ. 478. p. 795. *Gail* L. II. obſ 33. n. 4.

3) *Harpprecht* Conſ. n. 66. p. 353.

4) *Boehmer* Tom. II. P. II. Reſp. 877. n. 11. p. 176.

5) Beyträge zur juriſt. Literat. in den Preuß. Staaten, Samml. VII. Abſch. IV. S. 196.

949.

Erklärung aus dem gemeinen Rechte.

Man hatte ſchon bey den Gloſſatoren den Grundſaz, daß die Statuten nach dem gemeinen Rechte zu erklären 1), und wenn ſie daſſelbe verbeßerten und veränderten, im ſtrengſten Sinne zu nehmen wären 2). Es iſt dieſes Prinzipium vollkommen richtig, weil dem Staate daran liegt, daß ſeine Glieder, ſo viel möglich, ein gleichförmiges Privatrecht unter ſich beobachten. Nur irrte man ſich in der Anwendung, da man unter dem gemeinen Rechte ganz allein das Römiſche Recht verſtand.

ſtand 3). Es bedeutet vielmehr das allgemeine teutſche Recht, das, weil das Römiſche Recht nur ſubſidiariſch angenommen worden 4), zuerſt ſeine Anwendung finden muß, und alſo auch die weitere Rechtsregel 5), daß jeder im Statute unentſchiedene Fall unter die Verordnung des gemeinen Rechts gehöre, auf das teutſche Recht zielet.

1) Statuta interpretanda ex Iure Communi.

2) Statutum Iuris Communis correctorium extra verba formalia non debet extendi.

3) *Simon Pet. Gaſſer* Diſſ. de brocardico, ſtatuta interpretanda ex Iure Communi. §. 2. 22. Strubens Rebenſt. Th. V. S. 31. ff.

4) *Senckenberg* de præſumt. pro Iure Rom. in faſciculo medit. Iur. Vn. Vol. IV. med. 11. et Diſſ. III. ad Meth. Iur. de recept. Iur. Rom. in It. et Germ. §. 61. Id. in Viſion. de Collect. LL. Germ. C. VI. §. 11. p. 145. Brunquells Eröfnete Gedank. vom teutſchen Stadt- u. Landrecht §. 23. 24. 25. *Pufendorf* T. III. obſ. 215. §. 80. p. 611. An. Diſſ. epiſt. de difficultate ſtudii Iurisprud. Germ. Rom. §. Vti autem.

5) Caſus in ſtatuto non deciſus manet ſub diſpoſitione Iuris Communis, ap. *Carpzov.* L. III. Reſp. 29. n. 9.

950.

Erklärung aus dem Römiſchen Recht.

Wenn das teutſche Recht die Sache nicht entſcheidet, ſo geht man zum Römiſchen Rechtsſyſtem. Hiebey muß aber deſſen beſtimmter Gebrauch von dem unbeſtimmten abgeſondert werden 1). Erſterer zeigt ſich, ſo oft

oft ganze Stellen des Stadtrechts aus dem Römiſchen Rechte genommen ſind, und lezterer nur dann, wenn im Statut nichts von der Sache verordnet iſt.

i) *Ge Chriſt. Alb. Spieſius* Diſſ. de cauta Germanicorum mixti generis ſtatutorum interpretatione. Alt. 1764.

951.

Beſondere Regeln dabey.

Bey dem b ſtimmten Gebrauche entſteht oft die Frage: ob auch, wenn nur ein Saz des Römiſchen Rechts herübergepflanzt worden, die übrigen Materien angenommen ſind, und ſie iſt aus den zwey Praktiſchen Rechtsſäzen, die Statuten müßen ſo ausgelegt werden, wie es der Buchſtabe ausweiſt 1), und, die Statuten, die ebendaſſelbe verfügen, was ſchon im gemeinen Rechte enthalten iſt, müßen ſo verſtanden werden, daß ſie über das gemeine Recht etwas mehreres bewirken 2), zu verneinen.

1) Statuta ſic intelligi debent, ut litera jacet, ap. *Gail.* L. II. obſ. 33. n. 2. *Mev.* P. VII. Deciſ. 253. n. 4.

2) Statuta de eodem diſponentia, de quo alias exſtat juris Communis ſanctio, ita ſunt interpretanda, ut aliquid vltra jus commune operentur.

952.

Von der Mittheilung der Stadtrechte.

So lange die Schöffen noch die Geſezgebung in ihrer Gewalt hatten, geſchah es oft, daß man nicht allein an auswärtige Schöffenſtühle das Zugrecht nahm, ſondern auch von denen dadurch berühmt gewordenen

Städ-

Städten das Stadtrecht annahm 1). Man nennt dieſes die ſtatutariſche Bewiedemung, und ſie hat die Folge, daß ein ſolches Statut in zweifelhaften Fällen aus dem Mutterſtatut muß erklärt werden 2). Ob bey der Annahme eines fremden Statuts, als des Lübiſchen Rechts, zugleich bey einer Landſtadt auch die darinne enthaltene Staatsrechtsſäze angenommen ſind, wird bezweifelt und widerſprochen 3). Ich glaube, alsdann findet ihre Anwendung ebenfalls ſtatt, wenn jenes mit landesherrlicher Bewilligung geſchehen iſt.

1) *Selchow* in Elem. Iur. Germ. §. 8. nota 2.

2) Weſtphal teutſches und Reichsſtändiſches Privatrecht B. I S. 8.

3) J. C. H. Dreyer Bedenken, ob die mit dem Lübiſchen Recht bewiedmete Landſtädte ſich des Rechts, erbloſe Güter ihrer verſtorbenen Bürger zu ſich zu nehmen, nach dem L. II. t. 2. art. 14. Iur. Lub. zu erfreuen haben. Kiel 1758. *Ge. Lud. Boehmer* progr. de receptione Iur. Lubecenſis jus fiſci non inferente. Goett. 1757. *H. H. Engelbrecht* Diſſ. de eo quod eſt ſuperioritatis territorialis in jure Lubecenſi. Gryph. 1742.

953.

Beyſpiele der Bewiedemung, beſonders im Preußiſchen.

Die älteſte Bewiedemung geſchah mit dem Soeſtiſchen Schraa für Lübeck, Hamburg, Minden, Lippſtadt, Corbach. Desgleichen erhielten Magdeburgiſches Recht eine Anzahl Städte in Pommern, als Altdamin, Garz, Paſewalk, Penkun, Poeliz und Püriz, viele Städte in der Mark, Preußen, Schleſien, Lauſiz,

Mäh-

Mähren, Böhmen, Braunſchweig, Meißen, Anhalt 1). Lübiſches Recht haben angenommen, in Hinterpommern, Bahn, Camin, Daber, Fiddichow, Freyenwalde, Greiſenberg, Greifenhagen, Labes, Maßow, Naugard, Plathe, Rügenwalde, Stargard, Treptow an der Regen, Wagerin, Stolpe 2), in Vorpommern Anklam, Demmin, Gollnow, Jarmen, Neuwarp, Swienemünde, Treptow am Tollenſee, Uckermünde, Uſedom, Wollin, in Preußen Elbingen 3), Braunsberg, Frauenberg, Memel 4), ferner viele in Holſtein, Schleswig, Mecklenburg, und in Liefland. Das Schweriniſche Stadtrecht gilt an viel Orten in Mecklenburg und in Pommern 5).

1) Sächſ. Magdeb. Weichbild a. 10. ap. *Senckenberg* in Viſion. de collect. LL. Germ. p. 162.

2) Reſcript vom 24. Jan. 1758. in C. C. March. Nov. T. II. p. 281.

3) Abgeſchaft im Regl. für den Magiſtrat von Elbing vom 20. Sept. 1773. T. IV. Jahrg. III p. 796. tit. I. §. 11.

4) Königl. Reſcript von Anwendung des Lübiſchen Rechts in den Preuß. Städten Weſtpreuß. Reg. Inſtr. vom 21. Sept. 1773. cit. l. Tom. V. Jahrg. III p. 2172. 2173.

5) *Weſtphalen* Specim. docum. Mecklenb. p. 128. *Micrælius* in Pomeran. ant. L. VII. p. 551.

V. Abſaz.

Verwaltung des Stadtvermögens.

954.

Von den Kämmerey- und Stadtgüthern.

Die Städte beſizen zum Theil ein ſehr anſehnliches Vermögen an Allmanden, Gemeinheiten, Huth,

Won-

Wonne, Trift, Trab und Weide, an Gemeindswäldern 1), Jagden, Ströhmen, Seen, Teichen, Weihern, Gräben, Fiſchereyen, Ufern, ferner in allerlei Stadtgütern, Häuſern, Mühlen, Vorwerken, Schäfereyen, Aeckern, Gärten, Wieſen, Weinbergen und ſ. w. 2).

1) Kön. Preuß. Verordn. wie es mit den Stadtheiden in Pommern zu halten. C. C. March. Nov. T. VI. pag. 1111. Dergl. wie ſie ſich in Anſehung ihres Forſtrechts zu verhalten haben. ibid. p. 1205. Inſtruct. für die Städteforſtmeiſter vom 30. Dec. 1749. Dergl. für die Kurmärk. Stadtforſten. ibid. p. 1206.

2) Preuß. Verordn. vom 15. Dec. 1716. in C. C. March. T. V. Abth. I. p. 399. C. C. Calenb. C. IV. p. 818. 821. 826. 834. 836. 828. 831. wo zugleich wegen der Verpachtung Verordnung geſchieht.

955.

Vom Städtiſchen Beſteurungsrechte.

Vermög des Obereigenthumsrechts, daß jeder Stadt über ihre Markung, Weichbild, Landwehre und Feldmark zukömmt 1), übt ſie das Beſteurungsrecht über die Grundſtücke ihrer Bürger aus, welche Steuren das Heiligengeld 2), der Schoß, Bürgerſchoß 3), der Uthzins 4), Worthzins, Beed-, 5) Wohnſteuer 6), Heuerſchilling 7), Stadtſchaden u. ſ. w. genennt werden, und manchmal, wie die Loſung, vom ganzen Vermögen genommen wird 8).

1) *Weſtphalen* cit. l. *Car. Frid. Menzer* Diſſ. de iure fiſci ad ciuitates municipales pertinente. Lipſ. 1744. *Marc. Chr.*

Chr. Schaaf Diſſ. de jure fiſci ad ciuitates mediatas ſeu municipales non pertinente. Goett. 1757. *De Puffendorf* de jurisd. Germ. p. 281. *Engelbrecht* de jurisdict. alta et baſſa. Sect. II. membr. 1. §. 12. *Schilter* in Prax. Jur. Rom. Ex. 50. §. 1. ſqq.

2) *Hanneſen* de ſtatu Ciuit. §. 20. p. 36.

3) *Hier. Frid. Schorcht* Diſſ. de praeſtat. annua in vrbe Coburg. vſitata der bæth §. 3.

4) C. C. Magd. P. III. p. 87. P. VI. p. 56. 59. Strube Nebenſt. Th. 1. S. 590. Chr. Lor. Bilderbeck kurze Ausführung einiger die Materie des Bürgerſchoßes betreffenden Fragen, im Anh. des Zell. Stadtr. S. 97.

5) in Minden. Piper vom Alterth. u. Umf. der Kameralwiß. S. 39.

6) *Haltaus* Gloſſ. med. aeui.

7) *G. Sillem* Diſſ. de cenſu habitationis collecta reali non perſonali. Gieſſae 1756.

8) Von der Lith polit. Betrachtungen über die verſchiedene Arten von Steuern. §. 74. 75. 76. 89.

956.

Von den Fiſkaleinkünften.

Aus eben dem Obereigenthumsrechte fließt das Heimfallsrecht 1), als weswegen ſich einige Niederteutſche Städte den Erbkauf bezahlen laſſen 2). Ferner die Nachſteuer, das Abzugsrecht, das dingliche Strafrecht 3). In Sachſen und Pommern ſind dieſe Rechte mit der peinlichen und Obergerichtsbarkeit verknüpft 4), und andern Städten kommen ſie kraft des unter landesherrlicher Bewilligung angenommenen Lü-

biſchen Rechts zu. Sie beſitzen deswegen manchmal, wie zu Elbing 5) eigene Stadtfiſkäle.

1) *Ant. Lud. Seip* Diſſ. de jure occupandi exuuias defunctorum ex vtroque privil. Stad. Goett 1748. *Pufendorf* T. III. Obſ. 14.

2) Meine oben §. 608. verzeichnete Beweisſtellen.

3) *Car. Erdm. Kiriz* Diſſert. de jure fiſci mero imperio haud cohaerente. Ien. 1722. *Gerh. Lud. Mencken* Diſſ. jus fiſci mero adhaerens Imperio. Vit. 1735.

4) Sächſ. L. O. P. III. c. 17. Sächſ. Schaumb. Recht P. II p. 568. *Brunnemann* de jure princ. c. rat. Civ. C. III § 49 50. 51.

5) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 795. §. 9.

957.

Von den übrigen Kämmereyeinkünften.

Einige Städte, wie ehmals Magdeburg, Minden, Halberſtadt, Stettin u. and. erhielten ſogar das Münzrecht, noch mehrere das Zollrecht. Ihre Marktgerechtigkeit bringt ihnen das Marktgeld, Standgeld, Stättegeld 1), den Marktzoll und den Budenzins ein. Nicht zu gedenken der Einkünfte von der Stapel- Kran- und Niederlagsgerechtigkeit, und des Bürgergelds. Zuweilen ward ihnen auch das Mühlrecht ertheilt, und ſie laßen ſich für die Unterhaltung der öffentlichen Reinigkeit und Bequemlichkeit das Pflaſter- Oehl- und Brückengeld 2), desgleichen den Brunnenzins bezahlen. Zu Tilgung ihrer Schuldenlaſt iſt in der Mark die Mahlzieſe eingeführt 3), und ihnen noch mehrere Einkünfte erlaubt 4).

1) C. C. March. T. IV. Abth. I. p. 804. 805. T. V. Abth. II. p. 571. T. VI. Abth. I. p. 1.

2) *Brunnemann* de jure princ. circa rat. Civ. C. III. §. 99. 100. p. 61.

3) C. C. March. T. IV. Abth. IV. p. 55.

4) ibid. Abth. III. p. 167.

958.

Von der Kämmerey.

Alle ſtädtiſche Einkünfte fließen in eine allgemeine Kaſſe, die Kämmerey, der Stadtkaſten, die Stadtkaſſe genannt, die unter der Aufſicht des Magiſtrats ſtehet, und alle Rechte einer öffentlichen Kaſſe genießt 1). Daher die Städte im Preußiſchen, ſo wie nach gemeinem Rechte 2), eine ſtillſchweigende Hypothek im Vermögen ihrer Renthanten, und aller derjenigen haben, die ihnen vermög Kontrakts etwas ſchuldig geblieben ſind 3). Ihre Kaſſe genießt bey Zahlungen eine ſechswöchentliche oder nach Befinden der Umſtände eine 2 monatliche Friſt 4).

1) C. C. Calemb. C. IV. p. 824.

2) *Brunnemann* de jure princ. circa rat. civ. C. V. §. 101. 102. Nach Mecklenb. Erblandsvergl. §. 362. müſſen die Stadt- und Kämmereygefälle aus den geradeſten entrichtet werden. Vergl. C. C. Cal. C. II. p. 653.

3) Cod. Frid. L. IV. tit. 9. §. 107. C. C. Cal. C. IV. p. 816.

4) C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 793. 795. 890. C. C. Calenb. C. IV. p. 822. 823.

959.
Stadtrechnungswesen.

Obſchon die Verwaltung des Stadtvermögens dem Stadtrathe zukömmt 1), ſo muß er doch zuweilen bey der Rechnungsablegung den äußern Rath, den Bürgerausſchuß, oder die Bürgerdeputirten zuziehen 2), und überhaupt alle Stadtrechnungen, denen im Preußiſchen die Stadtholzungsrechnungen, mittelſt Eintragung aller Holzgelder, beygefügt ſeyn müſſen 3), an die landesherrlichen Oberrechenkammern zur Unterſuchung und Probirung einſchicken 4), wovon ihn keinerlei Privilegium zu befreyen vermag 5). Es paſſiren darinn keine Reiſe-Zehrungs- und Prozeßkoſten, noch über 7 Thaler Baukoſten 6). Wenn eine außerordentliche Unterſuchung, dergleichen ſich jeder Stadtrendant, obſchon er ein abſolutorium erhalten, unterwerfen muß 7), über die Stadtrechnung angeſtellt wird, ſo iſt der Rechnungsführer, der zugleich Rathsglied iſt, nicht eher von den Rathsſitzungen auszuſchließen, bis die Unterſuchung geendigt iſt 8). Das ganze rathhäusliche Oekonomieweſen ſteht unter Aufſicht der Preußiſchen Kammern 9).

1) *Ge. Ad. Struv.* de adminiſtratione rerum ad ciuitatem pertinentium. Ien. 1679. *Ge. Schubarth* Diſſ. de adminiſtratione rerum ad ciuitates pertinentium. Ien. 1694. *H. P. Haberkorn* de adminiſtratione bonorum ad ciuitatem pertinentium. Gieſſ. 1764.

2) Reglem. für die Magdeb. Städte v. 15. Jun. 1717. bey Hempel S. 295. n. 14.

3) Gi

3) C. C. March. T. V. Abth. I. pag. 400. T. II. Abth. I. p. 567. 669. Contin. IV. p. 165. C. C. March. Nov. T. VI. p. 1212. 1221.

4) C. C. Culmb. T. II. P. V. 2. p. 425. 475. 521. 741. C. C. Holſat. T. I. p. 642. C. C. Oldenb. T. IV. p. 20. T. VI. p. 372. Gerſtlachers Samml. Wirtemb. Geſ. B. 2. §. 58. 59. Mecklenb. P. O. S. 284. Schaumb. P. O. S. 362. Weſtphäl. P. O. S. 119. Gothaiſche L. O. S. 153. Erfurt. O. S. 90. 305. 350. Selchow Braunſchw. Lüneb. Privatr. §. 168.

5) *Iac. Brunnemanni* Diſſ. de jure principis circa rationes Ciuitatum. Halae 1699. C. II. n. 39. ſeqq.

6) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 391. 393.

7) ibid. p. 397. 398.

8) *Brunnemann* cit. l. C. VI. n. 22. *Achat. Car. Lud. Schmid* Diſſ. de impugnandis Adminiſtratorum rationibus jam adprobatis. Ien. 1755.

9) Reſſortregl. v. 19. Jun. 1749. C. C. March. Cont. IV. p. 164. Vergl. C. C. Cal. c. IX. p. 839.

960.

Privilegien des Stadtvermögens.

Eine Stadt hat wegen ihrem Vermögen die Rechte der Minderjährigen 1), und daher eine ſtillſchweigende Hypothek im Vermögen der Verwalter und Pächter 2). Sie kan die unförmliche Veräußerung ihrer Stadtgüter wiederrufen 3), jedoch auch eine dergleichen an ſich ungültige Veräußerung in der Folge gut heiſen 4). Von keinem Käufer kan ſie mit der actione redhibitoria belangt werden, noch darf ſie bey einer

Wiederrufung den Kaufpreis erſtatten, ausgenommen ſie hätte ſich damit bereichert 5). Den abgehenden Werth der verkauften Sache muß ſie erſezen, und den Käufer erforderlichen Falls ſicher ſtellen 6). Ihre Stadtgüter können nur durch eine 40jährige Verjährung in fremde Hände kommen 7), und ſind ſteuerfrey 8), ausgenommen ſie wären erſt neuerlich verkauft 9).

1) *Leyſer* Specim. 676.

2) *Brunnemanni* c. V. n. 101. 102.

3) Id. c. VII. n. 29. 56. 57. 4) *Leyſ.* cit. l.

5) *Leyſ.* et *Brunnem.* cit. l. 6) *Leyſ.* cit. l.

7) *Lauterbach* Diſſ. de varietate temporum p. 47.

8) C. C. March. T. IV. Abth 3. p. 484. 489. 486.

9) ibid. p. 484.

961.

Bürgerliche Verhaftung beym Städtiſchen Schuldenweſen.

Was einer Stadt vermacht worden iſt, daran dürfen die einzelen Bürger keine Anſprüche machen, obſchon ſie am ganzen Stadtvermögen theilnehmen. Eben ſo wenig ſind ſie einzeln verbunden, die Stadtſchulden zu bezahlen, oder mit ihren Gütern dafür zu haften 1), ausgenommen das Vermögen der Bürger wäre auf den Nothfall mitverſchrieben worden 2). Bey der Beziehung der landesherrlichen Einkünfte, die oft, beſonders im Reiche, hingegen niemals im Preußiſchen 3), durch die Hände der Stadtrenthanten gehen, darf der Bürger ſeine Forderungen an die Stadt nicht

kom-

kompenſiren 4), aber eben ſo wenig muß er die aufm Rathhauſe haftende Schulden des Adels ſtatt Bezahlung annehmen 5).

1) tit. Cod. vt nullus de Vicaneis. C. C. March. T. II. Abth. I. p. 456.

2) *Carpzov* P. II. c. 6. def. 26.

3) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1271. §. 3.

4) *Ferd. Chr. Harpprecht* Diſſ. de compenſatione debitorum publicorum, von Abrechnung der Staats- und Stadtſchulden. Tub. 1703. *Berger* in Oeconom. Jur. L. III. tit. 15. §. 4.

5) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 386.

962.

Eingeſchränkte Schuldenverſchreibung der Städte.

Der Magiſtrat kan für ſich keine Stadtſchulden aufnehmen, ſondern zu dem Ende iſt die Einwilligung der ganzen Bürgerſchaft erforderlich, welches durch die Unterſchrift der Viertels- und Zunftmeiſter, der vier Hauptgewerke, oder des Bürgerausſchuſſes und der Gewerke geſchiehet 1). Es muß zugleich die Verwendung zum Nuzen der Stadt erwieſen ſeyn, als wozu nöthig iſt, daß ſich der Gläubiger die Quittungen aushändigen laſſe 2), oder die Edition der Stadtrechnungen verlange 3). Bloße Verzichtleiſtung des L. 72. de rebus Creditis von den Stadtrenthanten gilt nicht 4).

1) C. C. Magd. P. III. pag. 287. *Stryk* in annotat. ad *Lauterbach.* Sect. II. c. 1. §. 3. 4. *Io. Volcm. Bechmann* Diſſ. de ciuitatis ex mutuo obligatione. Ien. 1677.

2) *Brunnemann* de jure princ. circa rat. civ. c. VII. n. 61. 63. 65.

3) Id. cit. Diſſ. n. 71. 72. 4) *Stryk* cit. l.

963.

Preußiſche Geſezgebung darüber.

In dem Preußiſchen ſoll dafür geſorgt werden, daß das ſtädtiſche Schuldenweſen ſeine abhelfliche Maaße bekömmt 1) und die Ortskommiſſarien haben deshalb beſondere Obliegenheiten 2). Ueberhaupt muß das Kreditweſen der Städte auf einen ſichern Fuß geſezt, und bey Abgang der dazu beſtimmten Mitteln neue Quellen eröfnet 3), ſie ſonſt aber mit neuen Bürgſchaften, Gelübden und Verſieglungen verſchonet werden 4). Ohne Bewilligung der Kammern dürfen auf die Stadtgüter im Hypothekenbuche keine Schulden eingetragen werden 5).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 423. 456. 480.

2) Tom. IV. Abth. 3. p. 167. 3) ibid.

4) Tom. VI. Abth. I. p. 78. 80.

5) Allgem. Hypothekenordn. für die Preuß. Staaten §. 129.

964.

Stadtaufwand.

Die Städte müſſen nicht nur ihre Stadtämter beſolden, ſondern auch die öffentlichen Gebäude, Brücken, Brunnen, Dämme, Mauren, Thore, Steinpflaſter, Wege u. ſ. w. unterhalten, Feuerſprizen, Eimer u. dgl. desgleichen Stadtlaternen, anſchaffen 1).

1)

1) Joh. Mart. Lipius Einleitung zur Finanzwiſſenſchaft, überhaupt, und der Schleſiſchen insbeſondere. Breslau 1761. Abth. 2. c. 14. S. 131.

965.

Eingeſchränkte Veräußerung der Stadtgüter.

Die Veräußerung der Stadtgüter hat in der Regel gar nicht ſtatt, und daher dürfen im Preußiſchen auch keine Pfandbriefe darauf gegeben werden 1). Zur Veräußerung iſt zuerſt die Einwilligung des Landesherrn erforderlich 2), dann muß von zwey Dritteln der Gemeinde, die vorhanden geweſen ſind, der größere Theil ebenfalls bewilligt haben. Außerdem, und wenn ſie vom Magiſtrat allein geſchehen, gilt die Veräußerung nichts, und kan ohne Erſtattung des Kaufſchillings wiederrufen werden 3).

1) C. C. March. Nov. T. VI. p. 683.

2) *Ulr. ab Eyben* de decreto in alienandis minorum caeterarumque his ſimilium perſonarum rebus neceſſario. Gieſſ. 1668.

3) *Sam. Stryk* Diſſ. de alienatione rerum ac bonorum vniuerſitatis. Francof. ad Viadr. 1682.
Goth. Lud. Mencken de bonorum vniuerſitatis et praecipue curiarum alienatione. Vit. 1740. *Leyſer* Spec. 664.

VI. Abſaz.

Rechte der Stadtämter.

966.

Perſonen, die zu Stadtämtern gelangen können.

In den meiſten Städten können nur Stadtkinder und ſolche Perſonen zu den Stadtämtern gelangen,

die das Bürgerrecht beſizen. Bey den Rathsſtellen iſt manchmal erforderlich, daß man die Doktorwürde, oder das Zunftrecht erlangt habe, oder aus einem rathsfähigen Geſchlechte entſproſſen ſey.

967.

Wahlrecht.

Bürgermeiſter, Gerichts- und Rathsperſonen gelangen meiſt durch das Wahlrecht, entweder der Bürgerſchaft, oder des Magiſtratskollegiums ſelbſt, zu ihren Stellen 1), und faſt auf gleiche Art werden auch die übrigen Stadtämter beſezt 2). Im Preußiſchen iſt dieſes Wahlrecht ſämtlichen Städten unter der Bedingung vom Könige beſtätiget worden 3), daß ſie zu den Unterbedienungen abgedankte Unterofficiers und Invaliden nehmen ſollen 4). Die Kammern müſſen ſie jezo bey dem Beſize dieſes Wahlrechts ſchüzen 5).

1) Strubens Nebenſtunden Th. I. S. 559. ff. *Engelbrecht* C. II. §. 2.

2) Wirtemberg. Erbvergl. Cl. VI. §. 7. 8. 9. 10. 11. S. 89. 90. 91.

3) Lipius Schleſiſche Finanzwiß. Abth. 2. c. 14. §. 2. S. 131. Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 5. in den hiſt. ſtatiſt. Beytr. Th. 2 B. 2. S. 460. C. C. March. T. V. Abth. I. p. 17. 36. T. VI. Abth. I. p. 407. 438. Generalpatent vom 24 Sept. 1740. in C. C. March. Cont. I. p. 399. Contin. IV. p. 167. 172. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. pag 780. 1266. Circulare vom 6. Jul. 1769. Tom. IV. p. 6184. n. 49. Berlin. Stadtgerichtsordn. v. 5. Apr. 1770. T. IV. p. 5723. §. 3.

4) C.

4) C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 225.

5) cit. l.

968.

Landesherrliches Oberhaupt des Magiſtrats.

Die Landesherren haben das Recht, den Magiſträten einen Vorgeſezten zu geben, der ihre Stelle und Rechte vertrit. Er heiſt insgemein der Stadtvogt, Oberamtmann, Stadtpräſident, Oberburgermeiſter, Stadtſchuldheis.

969.

Preußiſche Ortskommiſſarien.

Im Preußiſchen ſind zu dem Ende, und zwar über mehrere Städte zuſammen, beſondere Ortskommiſſarien, Commiſſarii loci, beſtellt, die zugleich wegen der Verbindung der Städte mit den Kammern, Kriegs- und Steuerräthe ſind 1), und die Kämmerey- Polizey- Manufaktur- und Kommerzienſachen zu beſorgen haben 2). Sie hießen ehemals Kriegs- und Steuerkommiſſarien, und mußten bey Antretung des Amts eine Kaution von 2000 Thalern durch Bürgen oder Pfand machen 3).

1) Von der Art ihrer Anſtellung ſiehe des Miniſters von Hagen Plan, wie das Preuß. Kameral- und Finanzweſen in Ordnung zu bringen, in den hiſt. ſtatiſt. Beyträgen für die Preuß. Staaten Th. 1. S. 43. §. 1. 2. 3.

2) Inſtruction für alle und jede Kriegs- und Steuerkommiſſarien vom 8. May 1712. in C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 287. ſqq.

3) ibid. §. 33.

970.

Ihre Rechte und Obliegenheiten.

Alles was von Seiten des Magiſtrats oder der Bürgerſchaften, ſowol einzeln, als im Ganzen, nach Hof, an das Generaldirektorium, oden an die Kammern gelangt, oder daher kömmt, muß durch ihre Hände gehen 1), und von ihnen mit einem Beyberichte begleitet ſeyn. Sie haben die Oberaufſicht über das rathhäusliche Weſen, und den ganzen Magiſtrat 2), der ihnen auf Erfordern über alle Vorfallenheiten binnen 8 Tagen Bericht abſtatten muß 3). Der Ortskommiſſar iſt berechtiget, die ſeiner Aufſicht anvertrauten Städte nach vorheriger Benachrichtigung des Magiſtrats von Zeit zu Zeit zu bereiſen, die ihm vorgebrachten Klagen anzuhören, gleich zu unterſuchen, gütlich beyzulegen, oder deswegen Bericht zu erſtatten, als welches er überhaupt nach Endigung einer jeden Viſitation mittelſt Beyſchließung eines Auszugs ſeiner Protokolle zu thun hat 4). Vorzüglich gehet ſeine Aufmerkſamkeit auf die Kaſſenbediente und Stadtrendanten 5). Er unterſucht den Zuſtand von jeder Kaſſe, und ob der Beſtand mit denen eingeſandten monatlichen Rechnungsauszügen übereinkömmt, läßt ſich die Quittungen der eingeſchickten Gelder im Original vorzeigen; zehlt den baaren Geldvorrath ſelbſt nach, und beurtheilt die Beſchaffenheit der gemachten Kautionen, als bey deren Beſtimmung es jedesmal auf ſein Gutachten ankömmt 6). Ferner hat er alle Jahre am lezten Merzen der Kammer eine Generaltabelle über ſämtliche

Rech=

Rechnungen vorzulegen 7), und dafür zu ſorgen, daß die Kontributionen, Steuern und andere öffentliche Abgaben behörig und zu rechter Zeit beygetrieben, und dieſelbe ſicher aufbehalten werden, indem er für die Gefahr ſtehen muß. Es müſſen ihm deswegen alle Reſtanten angezeiget werden, die er alle halbe Jahre zu unterſuchen, und darüber beym Protokoll Vernehmungen anzuſtellen hat 8). Er übt das fiſkaliſche Strafrecht aus, und hält zu dem Ende beſondere Protokolle 9), hat das Stempelweſen 10), die Fleiſch- Bier- und Brodttaxen 11), die Handwerksſteuern, Schulgelder und Beſoldungen 12), die Anlagen von den neuangelegten Gärten 13), und neuerbauten Häuſern 14), das Serviswesen 15) unter ſeiner Aufſicht, und kan darüber Verfügungen treffen. Ueberhaupt beſizt er das ganze Feld- und Baupolizeyrecht 16), und ganz vorzüglich die Aufſicht über das Handlungs- Fabrik- Manufaktur- und Handwerksweſen 17), über die Braunahrung und das Brandteweinbrennen 18). Er muß daher mit den nöthigen Kameral- und Polizeykenntniſſen verſehen ſeyn 19), und übt die Polizeygerichtsbarkeit aus 20), wird beym Marſchweſen, bey Werbungen und Rekrutirungen gebraucht, und veranſtaltet die Einquartierungen 21). Unter ihm ſtehen auch alle Armenanſtalten, und die Verpflegung der Hausarmen 22). Er publiziret und vollſtreckt alle landesherrliche Verordnungen in Polizeyſachen, beſonders die Medizinaledikte 23).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1288. tit. 6. §. 1.

2)

2) ebenangef. Inſtruct. §. 23. Conſtitut. vom 25. April. 1715. §. 2. in C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 565.

3) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 403.

4) obige Inſtruct. §. 1. 5) Inſtr. § 9.

6) Inſtruct. §. 3. 4. 5. 7) Inſtr. §. 25. 26.

8) Inſtr. §. 7. Lipius von der Schleſiſchen Finanzwiß. S. 136.

9) Inſtr. §. 8. 10) Inſtr. §. 10. 11) ibid. §. 11.

12) ibid. §. 12. 13) §. 13. 14) §. 14. 15) §. 29.

16) Inſtruct. §. 13. 14. 15. 17. 23. 28. pag. 291. 292. 293. Tom. IV. Abth. 3. pag. 165. Conſtit. vom 25. April. 1715. §. 4. C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 566.

17) Schleſ. Circulare an alle Land- und Steuerräthe, wegen an dieſe unweigerliche Geſtellung der herrſchaftlichen Unterthanen, Landespolizey- und Commerzienunterſuchungsſachen v. 13. Jul. 1772. in der Schleſ. Samml. B. 13. S. 316. cit. Conſtit. §. 7. p. 568. Inſtruct. §. 12. 20. 27.

18) ebendaſ. §. 19. 21. 22. Conſt. v. 25. Apr. 1715. §. 5. pag. 567.

19) C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 79. n. 15. 16.

20) Conſtit. v. 25. April. 1715. C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 565. §. 2. Inſtruct. §. 16. p. 291. Allgem. Juſtizregl. von 1713. §. 5. C. C. Magdeb. P. 2. p. 188. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. tit. 6. §. 1. p. 1288.

21) §. 30. p. 294. C. C. March. T. 3. Abth. 1. pag. 284. 185. 253.

22) ibid. T. 1. Abth. 2. p. 192. 239. Regl. vom 19. Jun. 1749. §. 31.

23) T. V. Abth. IV. p. 209.

971.
Direktion des Städtiſchen Magiſtrats durch die Ortskommiſſarien.

Insbeſondere kömmt dem Ortskommiſſarius oder dem zugleich damit verbundenen dirigirenden Bürgermeiſter oder dem Oberbürgermeiſter, als Haupt und Präſident des ganzen Magiſtrats zu, bey allen Sizungen das Direktorium zu führen, die neuen Rathsglieder einzuführen, ſie zu beeidigen 1), über ſie die Aufſicht zu tragen, ſie zu ihren vorhabenden Reiſen mit Atteſten zu verſehen 2); die einkommenden Sachen zu erbrechen, und ſie den gehörigen Rathsgliedern zum Vortrage und Vollziehung zu übermachen, die Kaſſen zu beſichtigen, auf die Beybringung der abgängigen Kautionen Acht zu haben, die Rathhaus- und Stadtinventarien in Ordnung zu halten 3), und nicht zuzugeben, daß die Rathmänner Sachen von Erheblichkeit in ihren Häuſern abthun. Er läßt ſich täglich die Journale vorlegen, um zu unterſuchen, ob einer oder der andere mit Vorträgen rückſtändig geblieben iſt, und hat von allem, was durch den Magiſtrat geſchieht, Wiſſenſchaft zu nehmen 4).

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1269. §. 11. 12. 13. Tom. VI. p. 1330. n. 23. 24.

2) ibid. p. 1281. §. 1. p. 1282 §. 2.

3) Conſtit. vom 25. April. 1715. §. 6. p. 567.

4) Regl. für die Stadt Elbing v. 1773. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 806. 807. Conſtit. vom 25ſten April. 1715. §. 2. 6. C. C. March. T. II. Abth. 1. pag. 565. Rathhäusl. Regl. der Stadt Aſchersleben vom 5ten

Merz

Merz 1755. §. 7. in den hiſtor. ſtatiſt. Beytr. für die Preuß. Staaten B. 2. Th. 2. S. 461.

972.

Landesherrliche Beſtätigung der Magiſtratsperſonen.

Wenn gleich die Städte das Wahlrecht ihrer Magiſtratsperſonen, Officianten und Bedienten beſizen, ſo gebührt dennoch der Landesherrſchaft, vermög ihres Staatsoberaufſichtsrechts, das Beſtätigungsrecht derſelben 1), und es müſſen ihr deswegen die erwählten Rathsglieder und Officianten vorgeſtellt werden. Im Preußiſchen hat man über das Wahlgeſchäfte ein förmliches Protokoll zu halten, und daſſelbe mit Bericht, ſo viel die Juſtizſtellen betrift, an die Regierung und zugleich an die Kammer einzuſenden, das Duplikat davon aber muß dem Ortskommiſſarius behändiget werden, damit er es mit ſeinem Gutachten über die Perſon des Gewählten, deſſen ſittliches Betragen und Verbindungen mit den übrigen Rathsverwandten begleite 2). Wenn die Regierung und Kammer, nach vorläufiger wechſelſeitiger Zuſammentretung und gepflogener Berathſchlagung, oder ſo viel die Polizey-Kameral- und Oekonomiſche Stadtbedienungen betrift, leztere allein das gewählte Subjekt nach geſchehener Prüfung abgewieſen hat, ſo muß eine neue Wahl angeſtellt werden und eine neue Präſentation geſchehen 3), indem ohne königliche Beſtätigung keine Magiſtratsperſon ihr Amt antreten darf 4).

1) Wirtemb. Erbvergl. Cl. VI. §. 12. S. 91. Heinrichſtädt. Stat. cap. 2. C. C. Holſat. Tom. I. pag. 636. Erfurt.

Erfurt. Ordn. S. 34. 119. *Knorr* de Senat. et Conſul. p. 65.

2) Reſcript, die Beſtellung der Polizey= und Juſtizbürgermeiſter in Weſtpreußen betr. vom 20. Jul. 1778. C. C. March. Nov. T. VI. p. 1318.

3) cit. l. p. 1319. ſeqq. Reglem. für die Weſtpreuß. Städte vom 13. Sept. 1773. T. V. Jahrg. 3. pag. 1266. ſeqq. Regl. für Elbing v. 20. Sept. 1773. ibid. p. 780. §. 3. Cod. Frid. P. III. tit. 4. §. 2. 3.

4) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 17. 36. T. VI. Abth. I. p. 407. 438.

973.

Bürgermeiſter.

Auſſer dem landesherrlichen Stadtpräſidenten befinden ſich an der Spize des Magiſtrats ein oder mehrere Bürgermeiſter. Sie heiſen auch, Stättmeiſter, Rathmeiſter, Ammeiſter, Stadtpfleger, Bauermeiſter, Konſuln, und führen eine jenem untergeordnete Direktion der rathhäuslichen Sachen 1), thun den Vortrag und haben die Vollſtreckung. Im Reiche haben ſie ein gegen ihn ausſchließliches Präſidium in peinlichen Sachen. So oft deren mehrere vorhanden ſind, ſo bekömmt jeder ſein eigen Departement. Einer bekömmt das Juſtizfach 2), und der andere die Polizey 3). Ein dritter das Vormundſchaftsweſen, und ein vierter die Kämmereyſachen 4) und das Bauamt, bald vereint mit dem Ortskommiſſariat, bald umwechſelnd, und bald iſt der Aelteſte Oberbürgermeiſter, regierender oder dirigirender Bürgermeiſter 5). Im Preußiſchen iſt die Oberburgermeiſterſtelle größtentheils

mit dem Ortskommiſſariat vereiniget, und hängt ganz von der landesherrlichen Ernennung ab. Es können ihnen von den höhern Juſtizkollegien Kommiſſionen ſowol in der Stadt als auf dem Lande übertragen werden, und ſie genießen täglich 2 Gulden Diätengelder 6). Uebrigens bezahlen ſie nichts für ihre Grabſtätte 7), und haben bey einer Feuersbrunſt beſondere Obliegenheiten 8).

1) *Ge. Engelbrecht* de Conſulibus. Helmſt. 1699. *Io. Pet. de Ludewig* differ. Jur. Rom. et Germ. de Senatoribus et Conſulibus. Hal. 1721.

2) Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 13. ff. u. die folg. Verordn.

3) Reſcr. vom 20. Jul. 1778. T. VI. p. 1318. Regl. für die Weſtpreuß. Städte T. V. Jahrg. 3. p. 1278. tit. 4. §. 1. für Elbing p. 778. §. 2. Reſſortregl. v. 19. Jun. 1749. C. C. March. Cont. IV. p. 167. Dreyhaupts Beſchreibung des Saalkreiſes Th. II. B. 10. c. 1. S. 326. 327. Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 8. ff.

4) ebenged. rathhäusl. Regl §. 25. ff.

5) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 695. T. V. Abth. I. p. 17. 18. Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 7. a. a. O. S. 461. 462.

6) Cod. Frid. L. I. tit. 7. §. 4. L. IV. tit. 4. §. 3. t. 6. Sect. 2. §. 12. Sect. 4. §. 49.

7) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 58. T. V. Abth. I. pag. 96.

8) ibid. p. 245. 284.

974.

Vom großen Rathe.

Sachen, die das gemeine Weſen, die Wahl und Beſtellung der Rathsperſonen und Officianten, die

Stadt⸗

Stadtprivilegien, Gerechtigkeiten, Pertinenzien, Grenzſtreitigkeiten, das Stadtſchuldenweſen, das Abzugs- und Abſchoßrecht, öffentliche Kollekten, Steuern und Anlagen, die Geiſtlichen, Schulen und Kirchen betreffen, gehören für den vereinigten Magiſtrat 1), der in einigen Städten der große Rath 2), und im Reiche Gericht und Rath 3) genennt wird.

1) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1275. 1276. p. 790. §. 7. C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 383. ſq.

2) Dähnerts Pommer. L. O. P. II. S. 67. Lipius vom Schleſ. Finanzweſ. 2. Abth. C. 14. §. 3.

3) *Hoffmann* de jurisd. Civ. ord. Wirt. adp. obſ. 2. p. 31.

975.

Schöppenſtuhl und Stadtgerichte.

In den meiſten Städten befinden ſich beſondere Schöppenſtühle und Stadtgerichte 1), deren Mitglieder Schöffen 2), Stadtrichter, Richter, Gerichtsbeyſizer genannt 3), in bürgerlichen und zuweilen auch in peinlichen Sachen die Gerichtsbarkeit über alle ſtädtiſchen Einwohner und über die Stadtmarkung auszuüben haben 4). Alle Städte Wirtembergs und Schwabens haben ihre eigene Stadtgerichte, die der vornehmſte Theil des vereinigten Magiſtrats ſind, und wovon einige ſogar über andere die Obergerichte ausmachen 5). Die Schöppenſtühle gehören faſt überall den Landesherrn, und manchmal auch die Stadtgerichte, da dann bloß die Kriminalgerichtsbarkeit, die Markt- Wechſel- Handlungs- Handwerks- und Polizeyhändel, desglei-

 chen

chen in geringern bürgerlichen Sachen eine mitlaufende Gerichtsbarkeit 6) dem Magiſtrate zuſteht 7). Gröſtentheils und ſelbſt im Preußiſchen beſizen die Städte die ganze bürgerliche Gerichtsbarkeit 8), die ſie entweder durch eigene Stadtkollegien, wovon oft noch das Kriminalfach abgeſondert iſt 9), oder durch beſondere Juſtiziarien und Stadtrichter 10) verſehen laſſen. Der Landesherr ſezt ihnen, ausgenommen in peinlichen Sachen, deren Urthel aber zur Beſtätigung eingeſandt werden müſſen, den Gerichtspräſidenten, und hat das Devolutionsrecht 11).

1) *Paul. Dan. Longolius* Diſſ. de curiae Regnitianae iudicio vrbico, vulgo Stadtgericht. 1751.

2) *Frid. Brummer* de ſcabinis antiquis medii aeui et recentioribus, Ien. 1662. *Io. Volckm. Bechmann* Diſſ. de ſcabinatibus et ſcabinis. Ien. 1669.

3) Beſtellung der Berl. Stadtgerichte in C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 695. 697. Gerichtsordnung der Stadt Berlin nebſt Sportulordn. vom 5. April 1770. C. C. March. Nov. T. IV. p. 6722. Regl. für Elbing vom 20. Sept. 1773. tit. 4. T. V. Jahrg. 3. p. 613. ff. für die Weſtpreuß. Städte ibid. p. 1300. ſqq. Sect. 2.

4) *God. Dan. Hoffmann* Jurisdict. Wirtemb. ord. Tub. 1775. §. 16. ſeqq. *Chr. Frid. Harpprecht* Diſſ. de curiis ſuperioribus in Germania. Tub. 1732. Vergl. über ihren Urſprung *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 8. not. 2.

5) wie das Vierherrenamt zu Halle, Dreyhaupt Beſchreibung des Saalkreiſes Th. II. C. V. S. 351. ff. das jezo abgeſchaft iſt.

6) Dreyhaupt a. a. O. C. 3. S. 349. C. 4. S. 350. B. XII S. 449. ff. B. XIII. S. 451. ff.

7) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 406. 436. 558. 84. T. II. Abth. 1. p. 175. 380. T. II. Abth. 2. p. 32.

8) Eſtor Th. II §. 5077.

9) Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 13. ff.

10) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 406. 436. 558.

11) *Io. Phil. Slevogt* Diſſ. de jure recipiendi prouocationem ex ſuperioritate territoriali.

976.

Rathsglieder, Rathmänner.

Im Reiche ſind dieſe eine Gattung von Bürgerausſchuß, die aber doch auf eben die Art, wie in Niederteutſchland, wo ſie das eigentliche Magiſtratskollegium ausmachen, ſich in einer kollegialiſchen Verfaſſung befinden, und wovon gleich mehr zu reden ſeyn wird. Jene heiſen Rathsperſonen, Rathsglieder, Rathsverwandten, Rathsherren, Rathmänner, Senatoren 1). Ihnen kömmt die Ausübung aller Magiſtratiſchen Gerechtſame zu, die ſie entweder in Pleno, oder in abgetheilten Kollegien, wie im Preußiſchen das Juſtiz- und Polizeyweſen, oder nach beſondern Departements meiſt unter der Amtsleitung und Aufſicht des Stadtpräſidenten oder der Bürgermeiſter verrichten 2). Im Preußiſchen nehmen unter den Rathmännern die Franzöſiſchen und Pfälzerkolonierichter eine Stelle ein 3). Sie werden aber bloß bey Polizeyſachen, und mitnichten beym Juſtizdepartement gebraucht.

Es iſt ein Eingrif in die Rechte des teutſchen Magiſtrats, wenn ſie den Stadtgerichtlichen Verhören beywohnen, und in allen Sachen die Rathmannsſtelle verſehen wollen. Denn nach dem Preußiſchen Kolonierecht können ſie nur in Polizeyſachen dieſes Amt bekleiden 4). Sämtliche Rathmänner dürfen bey dem Landadel keine Juſtiziariate und Gerichtsverwaltersſtellen bekleiden, noch über ihn eine Kuratel übernehmen 5), noch ohne Erlaubnis der Ortskommiſſarien oder Kammern verreiſen 6).

1) *C. Gottl. Knorre* diff. Jur. Rom. et Germ. de Senatoribus et Conſulibus. Hal. 1721. *Chr. Lud. Crell* Obſervat. quaed. for. de Senatoribus et quatenus ex eorum factis ciuitas teneatur. Vit. 1737.

2) Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 36. 37. 38. 41. 46. Preuß. Verordn. wegen der Evang. Rathsglieder in Schleſien vom 28. Jun. 1741. in der Samml. Schleſ. Ordn. B. 1. p. 653.

3) C. C. March. Cont. I. p. 294.

4) ibid. et T. II. Abth. 1. p. 683.

5) cit. l. p. 685. Cont. II. p. 105. 106.

6) Reſcript vom 21. April 1748. in der Samml. Schleſ. Ordn. B. 3. S. 203.

977.

Bürgerausſchuß.

Er heiſt auch der Rath, die Viertels- und Viermänner, Viertelsmeiſter, Innungs- und Gemeinheitsmeiſter 1), Zunftmeiſter, Sechsmänner, Achtmänner, Rottmeiſter, Vorſteher, die Bür-

Bürgerdeputirten. Sie begreifen im Magdeburgiſchen, Wirtembergiſchen, und anderer Orten ein eigen Kollegium 2), das beynahe, ausgenommen in Juſtizſachen, gleiche Verrichtungen mit dem Stadtrathe hat 3). Sie ſind die Repräſentanten der Bürgerſchaft. Daher ihre Beyſtimmung die ganze Bürgerſchaft vertritt, und der Magiſtrat in allen Sachen ſie zu Rathe zieht, wobey er die Einwilligung jener nöthig hat. Sie ſind ihm ſubordinirt, und müſſen von ihm und von den Preußiſchen Ortskommiſſarien Befehle annehmen. Im Reiche erſcheinen manchmal noch neben dem Rathe beſondere Bürgerdeputirte 4).

1) C. C. Magdeburg. P. VI. p. 6. 7.

2) *Conr. Wilh. Strecker* Diſſ. de collegiis ciuicis Francofurt. eorumque officiis, juribus et praerogatiuis. Erf. 1751.

3) Reglement für den Bürgerausſchuß in den Magdeburg. Städten v. 15. Jun. 1717. in Hempels Proz. Lexikon S. 293. ff.

4) *Hoffmann* in obſ. II. de patria diſtinctione inter Gericht und Rath ad Diſſ. de jurisdict. Wirt. p. 33.

978.
Stadtkämmerer.

Er heiſt auch Stadtrenthant, Stadtpfleger. Alle Stadteinnahmen und Ausgaben, wozu wöchentlich vier Tage angeſezt ſind, werden durch ihn beſorgt. Er muß vor Annahme der Kaſſe Kaution leiſten. Außer der Hauptrechnung ein nach den Haupttiteln des Staats

eingerichtetes Manual und für die Nebengefälle beſondere Regiſter, auf deren Titelblatt der Einnahmtarif befindlich iſt, führen 1). Die Reſtanten hat er ungeſäumt dem Magiſtrate anzuzeigen, oder ſie fallen auf ſeine Verantwortung. Die jährliche Hauptrechnung muß am Ende des May geſchloſſen ſeyn, und den 15. Jun. dem Magiſtrat zur Abhörung vorgelegt werden. Es ſind ihr alle von den Departementsräthen beurkundete Nebenrechnungen über Bauten, Forſten, Mühlen, Stadtgüter und Vorwerke, Waage, Ziegelhütten ꝛc. beyzulegen 2). Vergl. §. 957. In groſſen Städten hat der Stadtkämmerer noch beſondere Oekonomieinſpektoren, Controlleurs, Rechnungsführer u. ſ. w. unter ſich 3).

1) Rathhäusl. Regl. der Stadt Aſchersleben §. 26. 27. 28.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 810. 811. 1281. Schleſ. Verordn. vom 21. May 1748. in Lipius Finanzwiſſenſch. S. 136.

3) Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 32. 33.

979.

Stadtſchreiber.

Er wird auch Stadtſekretarius und Aktuarius 1) genennt, und in großen Städten ſind deren mehrere, und haben beſondere Regiſtratoren, Kalkulatoren und Kanzliſten unter ſich 2). Im Preußiſchen müſſen ſie Rechtsverſtändige ſeyn, und bey den Märkiſchen Städten zu Frankfurt an der Oder ſtudirt haben 3). Sie verſehen, wie im Königreich Preußen, manchmal auch

auch die Konſulentenſtelle, und haben Stimme im Rathe 4). Ihre Examinirung geſchieht von den Juſtizkollegien, wobey immer 2 oder 3 vorgeſchlagen ſeyn müſſen 5). Der Stadtſekretarius führt bey allen Sizungen die Protokolle, und beſorgt die Ausfertigung nach dem Kurialſtyle ins Reine, wovon ihm aber von den Räthen der rohe Entwurf angegeben werden muß 6). Er hat ſämtliche Stadtbücher und das ganze Kanzley- und Regiſtraturweſen unter ſeiner Aufſicht und in ſeiner Verwahrung 7). Zuweilen ſind ihm Regiſtratoren, Archivare und Kanzliſten untergeben 8).

1) *Chr. Wildvogel* Diſſ. de officio actuarii. Ien. 1706.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 812. 813.

3) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 29.

4) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 1281. §. 3.

5) ibid. Cont. IV. p. 167.

6) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 812.

7) ibid. p. 1286. §. 12. 13. p. 1295. §. 15. 16.
Rathhäusl. Regl. von Aſchersleben §. 52. 53. 54.

8) ebendaſ. §. 55. 56.

980.

Stadtſyndikus und Rathskonſulenten.

Dieſe ſind erſt in der neuern Zeit und nach der allgemeinen Einführung des römiſchen Rechts aufgekommen 1). Weil nemlich ehemals die Magiſtratsperſonen größtentheils aus den unſtudirten Geſchlechtern und Zünften gewählt wurden, die ſich nun bey vor-

kommenden römiſchen Rechtsgeſchäften nicht zu finden wußten, ſo nahm der geſammte Rath römiſche Doktoren in ſeine Dienſte, die er bey wichtigen Geſchäften konſulirte. Sie ſind nach der Regel, ſo wie der Stadtkämmerer und Stadtſchreiber, keine Glieder des Magiſtrats, ſondern ſeine Officianten. Indes geſchieht es doch an einigen Orten, daß man ihnen eine Entſcheidungsſtimme zugeſteht, und ihnen eine gewiſſe Direktion in Juſtizſachen überläßt. Hauptſächlich haben ſie als Sachwalter die Rathhäuslichen Prozeſſe zu führen 2), und das Fiſkalat zu verſehen 3), müſſen daher auch von den höhern Juſtizkollegien geprüft werden 4).

1) *God. Dan. Hoffmann* Diſſ. de ſyndicis et conſiliariis ciuitatum Imperialium. Tub. 1775.

2) Cod. Frid. P. I. tit. 14. § 3. tit. 15. §. 40.

3) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 791.

4) C. C. March. Cont. I. p. 103. Cont. IV. p. 167.

981.

Stadtphyſikus.

Die Städte halten ihre eigene Aerzte 1), die ſie zu den Inſpektionen der Entleibten 2) oder Verwundeten, oder der kranken Inquiſiten, welche Verrichtungen dieſe umſonſt verſehen müſſen 3), gebrauchen; durch ſie auf alle zum Medizinalweſen gehörige Perſonen Aufſicht tragen 4), und die Apotheken beſichtigen laſſen 5), als weswegen ihnen die Apothekergeſellen und Jungen vorgeſtellt werden müſſen 6). Sie müſſen bey epidemiſchen Krankheiten 7) und Viehſeuchen die

die Urſachen der Krankheit unterſuchen, und Heilmittel vorſchlagen 8). Bey armen Leuten haben ſie die Blattern umſonſt zu kuriren, und es werden allenfalls aus der Kämmerey Diätengelder bezahlt, und ſie mit Vorſpann verſehen 9), überhaupt dürfen ſie keinem Kranken ihre Dienſte verſagen 10). Sie müſſen bey ihrer Annahme vom Medizinischen Oberkollegio zu Berlin beſtätiget werden 11), und bleiben von ihm abhängig 12).

1) Magdeburg. Polizeyordn. C. 25. §. 4.

2) Inſtruction für die Land- Kreis- und Stadtphyſiker in den Preußiſchen Ländern vom 17. Oct. 1776. C. C. March. Nov. T. VI. p. 3319. 3320. §. 11. 12. 13. Currende der Oberſchleſ. Oberamtsregier. an die Untergerichte v. 16ten Jul. 1756. Samml. Schleſ. Ordn. B. VI. S. 594.

3) C. C. March. T. II. Abth. 3. p. 179.

4) C. C. March. Nov. T. VI. p. 3321.

5) ibid. p. 3322. Magdeb. Pol. Ordn. C. 25. §. 81. 82.

6) C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 37. Magdeb. Poliz. O. §. 10.

7) C. C. March. Nov. T. VI. p. 3316. 3320.

8) ibid. p. 3316. 3317. C. C. March. T. V. Abth. IV. pag. 461.

9) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5699.

10) T. VI. pag. 3317.

11) C. C. March. T. V. Abth. IV. p. 13. 224. 236.

12) C. C. March. Nov. T. VI. p. 3316. §. 4.

982.
Vorſteher und Bediente bey Spithälern, Armen- und Zuchthäuſern, Lazarethen, Siech- und Irrhäuſern.

Alle Armenanſtalten, Heiligenkaſſen, milde Stiftungen und Verpflegungsanſtalten ſtehen gemeiniglich unter der Aufſicht des Magiſtrats 1), der Aufſeher, Vorſteher und Verwalter darüber beſtellt und annimmt, welche die Einkünfte beziehen 2). Denn der Magiſtrat hat für die Verpflegung der Hausarmen Sorge zu tragen 3), und iſt daher auch berechtiget, jeden fremden Bettler aufheben und fortſchaffen zu laſſen 4).

1) C. C. March. T. I. Abth. I. p. 258.

2) T. I. Abth. I. p. 257. 3) T. V. Abth. V. p. 51.

4) ibid. p. 44.

983.
Stadtdiener.

Ohne landesherrliche Beſtätigung ernennt der Magiſtrat die Unterbedienten, als Stadtdiener, Rathsdiener, Ausreuter, Stadtboten, Gerichtsdiener, Stadtknechte, Viertelsknechte, die er zur Ausrichtung und Vollſtreckung ſeiner Befehle gebraucht 1). Sie haben des Sonntags die Schenken und Wirthshäuſer zu beſichtigen 2), und müſſen im Nothfalle auch bey den franzöſiſchen Gerichten Dienſte thun 3).

1) Dreyhaupts Beſchreib. des Saalkreiſes Th. 2. S. 339.

2) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 107. 148. 154. 181. T. II. Abth. I. pag. 7. 407. 703. 800. T. V. Abth. I. p. 334. C. C. Magd. Cont. pag. 283.

3) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 684.

984.
Polizeybediente.

Da der Magiſtrat in ganz Teutſchland einen Theil der Polizey beſizt, ſo iſt er berechtiget, entweder zu dem Ende eigene Polizeybediente, Polizeyknechte, Polizeyreuter zu halten, oder dieſes durch die Ausreuter, Schergen und Häſcher verſehen zu laſſen. Im Preußiſchen haben die Polizeyreuter 1) genau auf die Bettler 2), Taſchenſpieler, Marktſchreyer und dergleichen Landſtreicher Acht zu geben 3), und alle Wollbetrügereyen bey Strafe zu verhindern 4).

1) Inſtruct. für die Polizeyausreuter vom 15. Sept. 1713. C. C. March. T. V. Abth. I. p. 98. vom 30. Sept. 1733. ibid. p. 111.

2) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 243.

3) ibid. pag. 242.

4) T. V. Abth. II. p. 318. 373. 374.

985.
Preußiſche Geſezgebung der Magiſtratiſchen Unterbedienungen.

In den Preußiſchen Staaten müſſen alle rathhäuslichen Unterbedienungen mit Invaliden beſezt werden. Es muß dieſes vorzüglich bey den Kämmerey-Rathsdiener- und Stadtbotenſtellen geſchehen 1).

1) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 17. 36. T. VI. Abth. I. p. 407. 438. Cont. I. p. 399. Cont. IV. p. 167. 172. C. C. March. Nov. T. IV. p. 6184. n. 49. p. 6723. §. 3. T. V. Jahrg. 3. p. 780. 1266. Samml. Schleſ. Ordnung.

nung. Ed. Pat. B. X. S. 323. n. 230. Hiſt. Statiſt. Beyträge über die Preuß. Staaten Th. II. B. II. S. 460.

986.

Stadtwache.

Vermög der Polizeygewalt ſteht dem Magiſtrat das Recht, zur Erhaltung der innern Sicherheit ſich eine öffentliche Stadtwache zu halten, zu, und er kan damit, in Ermanglung einer landesherrlichen Wache, die Stadtthore und Mauren beſezen laſſen. Er kan zwar die Veſtungswerke im Stand erhalten und die Städte wiederherſtellen 1), dürfen aber keine neue Thore ausbrechen 2). Die Stadtſoldaten und Stadtreuter ſind zuweilen montirt und beritten, wie die landesherrlichen Garden. Sie ſind mit Ober- und Untergewehr, Fahnen und Standarten verſehen, haben ihre eigene Stadtmajors, Hauptleute, Lieutenants, Fähndriche und Unterofficiers. Man ſieht in verſchiedenen Reſidenzen, wie zu Stuttgart, alle Tage eine Compagnie Stadtſoldaten mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele auf die Wache ziehen, und ſie beſizen auf öffentlichem Marktplaze neben dem landesherrlichen ein eigenes Wachhaus. An andern Orten erſcheint die öffentliche Stadtmiliz, beſonders die prächtig montirte und berittene Stadtreuterey nur bey feyerlichen Gelegenheiten und bey peinlichen Exekutionen, und an einigen Orten beſteht die Bürgerwache, wie hier zu Halle 3), bloß aus angenommenen Invaliden, armen Bürgern und Tagelöhnern, die keine Montur, ſondern nur Flinten und Degen haben.

1)

1) *Chr. Lud. Crell* Diſſ. de iure vrbes muniendi et munitiones reficiendi ex LL. Rom. et Imp. Germ. Publ. Viteberg. 1734. *Corn. van Bynkershoek* Quaeſt. Jur. Publ. an liceat vrbes eorumque moenia exſtruere, reficere, extendere, munire ſine principis conſenſu. Lugd. 1754.

2) Strubens Nebenſt. Th. I. S. 423.

3) Dreyhaupts Beſchreibung des Saalkreiſes Th. II. S. 339.

987.

Scharfrichter.

Da das Scharfrichteramt von der peinlichen Gerichtsbarkeit abhängig iſt, ſo ſind alle Stadträthe zu deſſen Beſtellung berechtiget, die mit dieſer Gerichtsbarkeit verſehen ſind. Weil aber in einigen Ländern damit das Henkeramt verknüpft und vermiſcht worden, und dieſes vom Oberforſtamte und von der Jägermeiſterey abhängt, ſo geſchah dadurch eine Verwirrung, und man erlaubte bald den Magiſträten die Erſezung dieſer Stellen 1), und bald ſprach man ſie ihnen ab. Indeß bleiben ſie in allen bürgerlichen und peinlichen Sachen 2), desgleichen in Polizeyangelegenheiten 3), wenn es nur nicht ihre Amtsverrichtungen betrift 4), im Preußiſchen dem Gerichtszwange der Magiſträte unterworfen 5).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 159. 169. 171. 177. 551. T. V. Abth. IV. p. 438. Magdeb. Pol. Ordn. C. 76. §. 1.

2) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 159. 170. 670. 175. 176. T. VI. Abth. I. p. 559. Erklärung der Magd. Pol. Ordn.

Ordn. C. 76. vom 7. Auguſt 1700. C. C. Magd. P. III. pag. 503.

3) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 178. 193. 194. 382.

4) ibid. T. II. Abth. I. p. 551. T. V. Abth. IV. p. 438. 464. T. V. Abth. V. p. 115. Contin. I. p. 64.

5) T. II. Abth. I. p. 382. T. VI. Abth. II. p. 147.

VII. Abſaz.

Erwerbung des Bürgerrechts.

988.

Rechtliche Erforderniſſe.

Um das Bürgerrecht zu erlangen, muß man nicht nur einer der drey herrſchenden Religionen in Teutſchland überhaupt, ſondern auch der im Lande ſelbſt herrſchenden Religion beygethan 1), ein Landskind und ein freyer Menſch ſeyn 2); an einigen Orten noch eine freye Kunſt, Handwerk oder Handthierung verſtehen 3), eines Bürgers Wittwe oder Tochter heirathen, oder ein gewiſſes Vermögen mitbringen 4).

1) Würt. Kommunordn. S. 45. §. 7. Würtemb. Erbvergl. §. 34.

2) Hochſtetters Auszug der Würtemb. Generalreſcripten Th. 1. S. 98. ff.

3) Frankfurt. Beyſaßenordn. von 1708. §. 8. Kaiſ. Reſol. an den Frankf. Mag. v. 14. Merz 1732. Münſter. Pol. Ordn. C. 10. S. 22.

4) zu Wezlar und in Würtemberg in der Stadt 300. Gulden, auf dem Lande 200. Gulden. Wezlar. Reform. S. 48. Auszug der Würt. Gen. Reſcr. a. a. O. Würtemb. Kommunordn. §. 4. S. 45.

989.

989.

Ausgeſchloſſene Perſonen.

Ausgeſchloſſen ſind daher alle Unchriſten, Juden 1), Anhänger beſonderer chriſtlicher Sekten und der in Teutſchland nicht angenommenen chriſtlichen Religionen. Selbſt die Glaubensgenoſſen der angenommenen Religionen, wenn ſie nicht zur herrſchenden Landeskirche gehören. Ausländer 2), ohne vorherige Erwerbung des Unterthanenrechts oder Indigenats, Reichsächter 3), Leibeigene 4). Manchmal auch die Edeleute 5).

1) Cramers Wezl. Nebenſt. Th. III. S. 94.

2) Würt. L. O. tit. 2. Es ſollen auch auch unſer Amptleut und Gericht kein Wahlen oder Saphoyer ohne unſer Vorwiſſen und Billigen zu Bürgern annehmen.

3) Landfriede von 1521. tit. 2. Ord. Cam. de 1555. P. II. tit. 10. §. 3.

4) *Car. Frid. Walch* Diſſ. de homine proprio Ciuitatis experte. Ien. 1758.

5) Lüb. Recht P. II. tit. 3. §. 2. Hamb. Stat. P. I. t. 2. §. 2. C. C. Holſat. P. III. p. 1154. 1252. *Beck* Jus Publ. Auſtr. Spec. 2. p. 232. Dreyers Abhandl. Th. 3. p. 1312.

990.

Landesherrliches Diſpenſationsrecht.

Wenn keine Landesverträge vorhanden ſind, ſo kann die Landesherrſchaft verſchiedene dieſer ausgeſchloſſenen Perſonen des Bürgerrechts fähig machen.

991.
Verjährung des Bürgerrechts.

Die Leibeigenen, die 1. 10. 30 oder 40 Jahre das Bürgerrecht in einer Stadt genoſſen haben, verjähren dadurch den Beſiz, und haben es erworben 1).

1) *Riccius* de praeſcript. Germ. c. 17. p. 142. *Io. Zach. Hartmann* de praeſcriptione nunc decennali nunc Saxonica homines proprios nobilium Sleswicenſ. ac Holſat. a poteſtate dominica liberante. Kil. 1755.

992.
Rechtliche Vermuthung für den Beſiz des Bürgerrechts.

Gleichwie man aus dem beſizenden Bürgerrechte den Wohnort vermuthet, eben ſo gibt auch der aufgeſchlagene Wohnort zum Beſize des Bürgerrechts die Vermuthung. Man kan gröſtentheils nicht in zwey Städten zugleich Bürger 1), wol aber an einem Orte Bürger und am andern Beyſaß ſeyn.

1) Nördl. Str. P. II. tit. 3. §. 1. 2. *Emminghaus* de adquiſ. et reſign. Ciuit. §. 24. 25.

993.
Erwerbung durch die obrigkeitliche oder landesherrliche Ertheilung.

Den Stadtobrigkeiten gebührt das Recht, jemand zum Bürger anzunehmen 1). Auf den Fall ſie aber Schwierigkeiten machen, und ohne Urſache das Bürgerrecht verweigern, ſo kan ihnen die Aufnahme von der Landesherrſchaft befohlen, oder von dieſer das Bürgerrecht ſelbſt ertheilt werden 2).

1) Würtemb. Communordn. S. 45.

2) Sachſ. Eiſenach. Verordn. wegen derer, ſo Bürger werden wollen, vom 9. Nov. 1751.

994.

Ungleichheit zwiſchen Ober= und Niederteutſchland.

In Oberteutſchland iſt die Erlangung des Bürgerrechts vielen Schwierigkeiten unterworfen, wo ſelbſt die Handwerker, die an einem Orte aufgenommen ſeyn wollen, darinn ſchon viele von ihrem Gewerke vorhanden ſind, desgleichen alle Unvermögende und wenig arbeitſame Perſonen ausgeſchloſſen bleiben 1), und nicht einmal von der Landesherrſchaft den Städten aufgedrungen 2); Ausländer aber vor erlangtem Indigenatrecht oder vor eingelaufener landesherrlicher Bewilligung ſelbſt von den Städten nicht aufgenommen werden dürfen. Dahingegen man in Niederteutſchland und vorzüglich in den Preußiſchen Staaten Niemand das Bürgerrecht verweigern darf 3), ſondern die neuen Bürger vielmehr begünſtiget ſind 4), und die Ausländer daſſelbe umſonſt erhalten 5), als weswegen beſondere Tabellen gehalten und eingeſendet werden 6).

1) Auszug der Würtemb. Generalreſcr. Th. 1. S. 98.

2) Würtemb. Erbvergl. Cl. II. §. 4. C. VI. §. 23.

3) C. C. March. T. IV. Abth. 3. p. 171.

4) C. C. Magd. P. V. p. 47. C. C. March. ibid. p. 170. 490. als worauf die Ortskommiſſarien genau Acht zu geben, T. III. Abth. 1. p. 293.

5) Preuß. Reſcript vom 25. Aug. 1763. in C. C. March. Nov. T. III. p. 283.

6) Schleſiſch. Formular der Tabellen über die eingezogene und angekommene Bürger, in der Samml. Schleſiſch. Ordn. B. 4. S. 715.

995.

Aufnahme der Neuanbauenden.

Im Reiche darf Einem, der wüſte Stellen oder öde Felder anbauen will, das Bürgerrecht nicht verweigert 1), und im Preußiſchen muß es ihm gar umſonſt gereicht werden 2).

1) Ausz. der Würt. Gen. Reſcr. Th. 1. S. 98.

2) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 371. 413. C. C. Magd. P. V. p. 47.

996.

Preußiſche Verordnungen.

Denen der Werbung halber Ausgetretenen darf zum Behuf der bürgerlichen Nahrung das Bürgerrecht nicht verſagt 1) und eben ſo muß es, ausgenommen zu Berlin 2), den Soldaten, die bürgerliche Nahrung treiben, oder Häuſer beſitzen wollen, gereicht werden 3). Nach einem mit Kurſachſen errichteten Kartel ſollen die dort in Kriegsdienſten befindliche Preußiſche Unterthanen, wenn ſie zu Hauſe Bürger werden wollen, den Abſchied erhalten 4). In den zollfreyen Städten, Frankfurt an der Oder, Schwedt und Neuangermünde müſſen alle Einwohner das Bürgerrecht gewinnen 5). Desgleichen alle Höcker zu Berlin 6).

1) Cont. I. p. 432. C. C. March.

2) Cont. IV. p. 195. 3) Cont. IV. p. 194.

4) Cont. II. p. 35. 5) Cont. III. p. 123.

6) Cont. II. p. 48.

997.

Beweiſung des Mannrechts.

In ganz Teutſchland 1) und im Preußiſchen 2) muß ein Jeder vor der Aufnahme zum Bürger ſein Mannrecht durch Vorzeigung eines obrigkeitlichen Zeugniſſes beweiſen 3). Ueberhaupt ſollen in den Preußiſchen Städten keine Bauren ohne Vorzeigung eines Abzugsbriefs ihrer Herrſchaft zu Bürgern angenommen werden 4).

1) Dipl. de 1232. in Lehmanns Speyer. Chron. Th. 2. S. 2. Budjad. Lr. §. 1. Hohenzoll. Lr. t. 23. Naßau. P. O. S. 47. Würtemb. L. O. t. 2. §. 1. 2. Pfälz. L. O. t. 6. §. 1. Erfurt. Ordn. S. 112. Nördl. Stat. P. II. t. 1. §. 2. Augſpurg. Str. C. 57. Brem. Stat. Art. 4. Münſter. P. O. c. 2. S. 22. Mecklenb. Erbl. Vergl. §. 330. Oberlauſ. Unterth. O. t. 1. Niederlauſ. L. O. t. 2. §. 9. Gotha. L. O. P. II. c. 2. t. 1. Altenb. L. O. P. II. c. 1. t. 1. Henneb. L. O. S. 6. Eiſenach. Verordn. v. 9. Nov. 1759. Kurköln. Concord. v. 1538. §. 3. 4. Mühlhäuſ. Stat. L. 1. a. 81. §. 1. a. 82. §. 1. 2. Wezlar. Reform. S. 49. Danzke Lov. L. III. tit. 14. §. 13.

2) Danziger Willkühr P. III. c. 2. C. C. Culmb. T. II. Vol. I. p. 297. C. C. March. T. III. Abth. 1. p. 293. Magdeb. Pol. Ordn. C. 16. §. 1. 2. Hall. Regimentsordn. Art. 24. §. 1. Mind. Landesvertr. S. 291. Pommer.

mer. Baurenordn. tit. 4. *Emminghauſ* Memor. Suſat. p. 319. Steins Abh. des Lüb. Rechts P. I. p. 105.

3) *Walch* de hom propr. Civ. experte §. 18.

4) C. C. March. Tom. VI. Abth. 1. pag. 36. 51. 57. 110. 161. 219.

998.

Bürgerrechtserwerbung durch die Geburt.

Man wird ein Bürger durch die Erzeugung von bürgerlichen Eltern, und meiſt nur durch die väterliche Erzeugung. Dieſe Gattung heiſt die urſprünglichen Bürger 1).

1) *Henr. Hildebrand* Diſſ. de jure ciuium originariorum. Alt. 1724.

999.

Ausnahme.

In einigen Städten, wie hier zu Halle, müſſen auch die Bürgersſöhne das Bürgerrecht gewinnen, haben aber ein geringeres oder gar kein Bürgergeld zu bezahlen, und in andern Städten müſſen ſie wenigſtens den Bürgereid ablegen 1).

1) Dreyhaupt Beſchr. des Saalkr. Th. 2. S. 401.

1000.

Väterliche Zeugung hinreichend.

Nach der Regel macht alſo die Zeugung einen zum Bürger, und es iſt gleichviel, ob ſie ehelich oder unehlich geſchehen iſt. Es bedarf auch keiner Legitimation, wie einige Rechtsgelehrten wähnen.

1001.

1001.

Streitiger Fall bey ausgeſezten Kindern.

Ob aber auch die Findlinge für Bürgerskinder zu achten, daran zweifeln viele 1). Allein der mehrere Theil der Rechtsgelehrten iſt der bejahenden Meinung 2).

1) *Boehmer* in Jure Eccl. Prot. L. V. tit. 17. §. 11.

2) *Leyſer* Spec. 613. med. 9. *Io. Alb. Colmar.* Diſſ. de jure Ciuit. Noriberg. Alt. 1781. §. 3.

1002.

Nothwendige Bürgerrechtsgewinnung.

An einigen Orten müſſen auch die fremden Weibsperſonen bey ihrer Verheirathung an Bürger das Bürgerrecht gewinnen 1), und an andern Orten die fremden Einwohner, die ſich über Jahr und Tag in der Stadt aufgehalten haben 2).

1) *Pufendorf* T. I. obſ. 80.

2) Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1427. Siehe Verordnung wegen Gewinnung des Bürger- und Bauerrechts der Extran. v. 9. Oct. 1704. in den Braunſchw. Calenb. Ordn. C. 4. p. 813.

1003.

Erwerbungskoſten.

Für das erhaltene Bürgerrecht muß man dem Magiſtrat eine gewiſſe Geldſumme bezahlen, die Bürgermahl, Bürgergeld, Heiligengeld u. ſ. w. genennt wird, und manchmal ſehr beträchtlich iſt. Im Preuſſiſchen aber iſt es auf etwas gewiſſes ſehr mäßig be-

ſtimmt 1), und müſſen die Ortskommiſſarien genau darauf Acht geben 2), daß die Neuen Bürger bey ihrer Annahme weder vom Magiſtrate, noch von den Gewerken überſezt werden 3).

1) Generalſteuerordn. für die Städte des Herzogthums Magdeburg von 1686. tit. Insgemein §. 10. C. C. Magd. P. IV. p. 47. Magdeb. Pol. Ordn. C. 16. §. 4.

2) Inſtr. für die Kriegs- und Steuerkommiß. vom 6. May 1712. §. 27. C. C. March. T. III. Abth. 1. p. 293.

3) C. C. March. T. IV. Abth. 3. p. 171. C. C. Magd. P. V. p. 47.

1004.

Beſondere Gebräuche bey der Aufnahme.

In Wirtemberg wird das Bürgerrecht förmlich erkauft 1), und in Halle wie an andern Orten durch Darreichung des Huths vom Bürgermeiſter zu Lehen gereicht 2).

1) Würtemb. L. O. tit. 2. Kommunordn. S. 45.

2) Dreyhaupts Beſchreib. des Saalkreiſ. Th. 2. S. 401.

1005.

Landesherrliche Erlaſſung des Bürgergelds.

Da dem Staate an der Bevölkerung ſo viel gelegen iſt, ſo kan ein Landesherr den neuen Bürgern die mit der Aufnahme verknüpften Unkoſten entweder ganz, oder zum Theil erlaſſen 1).

1) *Hanneſen* de ſtatu civ. §. 20. p. 36.

1006.

Genuß des Bürgerrechts.

In vielen Ländern genießen die landesherrlichen Bedienten, Geiſtliche, die Küſter und Schulmeiſter das Bürgerrecht an dem Orte, ohne förmlich zu Bürgern aufgenommen zu ſeyn.

VIII. Abſaz.

Entſagung und Verluſt des Bürgerrechts.

1007.

Eintheilung.

Man kan die Aufſagung des Bürgerrechts in die freywillige und unfreywillige abtheilen. Dieſe leztere zerfällt wiederum in die ausdrückliche und ſtillſchweigende 1).

1) *Sam. Stryk* Diſſ. de reſignatione Ciuitatis. Hal. 1699. *Theod. Ge. Wilh. Emminghaus* Diſſ. de adquiſitione et reſignatione Juris ciuitatis, von Gewinnung und Aufgebung des Burgerrechts. Ien. 1753.

1008.

Ausdrückliche Entſagung des Bürgerrechts.

Dieſe geſchieht durch eine förmliche Erklärung, daß man von ſeinem Bürgerrechte keinen weitern Gebrauch machen wolle. Sie muß zur gehörigen Zeit geſchehen 1), iſt oft eine mit vielen Feyerlichkeiten verknüpfte Verzichtleiſtung 2), und kan nicht mehr widerrufen werden 3).

1) *Henr. Hildebrand* Diſſert. de diſceſſu ciuium nociuo cohibendo. Alt. 1717.

2) *Zahn* in polit. municipali p. 996. n. 184.

3) *Stryk* de reſignat. civ. n. 24. Diſſ. T. I. p. 531.

1009.

Loßkaufung und Auslöſung des Bürgerrechts.

An den Orten im Reiche, wo man das Bürgerrecht erkauft hat, muß man ſich um eben die Summe beym Abzuge wieder loßkaufen 1). An andern Orten hat man es auszulöſen 2).

1) Würtemb. L. O. tit. 2. §. vlt.

2) Magd. Pol. Ordn. C. 16. §. 5.

1010.

Stillſchweigende Aufſagung.

Wer ſeinen Wohnort anderswo nimmt, und all ſein Vermögen aus einer Stadt hinwegzieht, wird dafür angeſehen, als wenn er ſtillſchweigend ſeinem Bürgerrechte entſagt hätte 1).

1) *Hildebrand* de jur. Civ. orig. C. III. §. 12. *Emminghaus* §. 28. 29.

1011.

Vorſichtsregel zur Bewahrung des Bürgerrechts.

Um nicht in den Fall zu kommen, das auf dieſe Art verlorne Bürgerrecht aufs neue zu gewinnen, iſt nöthig, daß man beym Abzuge ſich ausdrücklich ſein Bürgerrecht vorbehalte, und fortfahre, ſeine Bürgerſteuer zu bezahlen, und alle bürgerliche Laſten und Beſchwerden noch abweſend zu tragen 1).

z) Mühlhäuſ. Stat. L. I. a. 81. §. 4. 5. Lüneb. Str. P. IX. t. 18. S. 159. Zell. Str. S. 20. Frankfurt. bürg. Vertr. von 1613. §. 8. Orth über die Frankf. Reform. Th. IV. S. 146. 178. 184.

1012.

Unfreywillige Begebung des Bürgerrechts durch den Todesfall.

Mit dem Tode hören alle perſönliche Rechte auf, alſo auch das Bürgerrecht.

1013.

Durch auswärtige Verheirathung.

In einigen Reichsſtädten gilt das Recht, daß wenn ſich ein Bürger mit einer Ausländerin ohne Erlaubnis des Raths verheirathet, ſo verliert er ſein Bürgerrecht.

1014.

Verluſt wegen böslicher Verlaſſung in Kriegsnoth.

Diß iſt eine Strafe, wenn man ſich in Kriegsgefahr aus der Stadt entfernet 1), oder die angetragenen Stadtämter nicht annimmt 2).

1) *Hildebrand* de jure Civ. origin. C. IV. §. 1. 2. 3.

2) ibid. §. 6.

1015.

Verluſt wegen infamirendem Verbrechen.

Jemand, der ein ſolches Verbrechen begangen hat, welches unehrlich macht, kan nicht weiter ſein Bürgerrecht behaupten.

1016.

1016.

Verluſt durch die Verweiſung und Reichsacht.

Ein Stadt- und Landverwieſener und ein Reichsächter können ſich eben ſo wenig ihres Bürgerrechts bedienen 1).

1) Landfriede von 1521. tit. 2. Ord. Cam. de 1555. P. II. tit. 10. §. 3.

1017.

Verluſt wegen Annahme eines andern Bürgerrechts.

Auf dieſe Art beſtrafen verſchiedene Städte ihre Bürger, die ſich anderswo zu Bürgern aufnehmen laſſen 1).

1) Nördling. Stadtr. P. II. tit. 3. §. 1. 2. Von Hamburg und Danzig *Emminghaus* cit. Diſſ. §. 24. 25.

1018.

Verjährung.

Im Magdeburgiſchen verjährt ſich das Bürgerrecht durch eine unerlaubte Abweſenheit von Jahr und Tag 1).

1) Magd. Pol. Ordn. C. 16. §. 6.

IX. Abſaz.

Bürgerliche Obliegenheiten und Beſchwerden.

1019.

Ablegung des Bürgereids.

Bevor einer zum Genuſſe des Bürgerrechts gelangt, muß er den Bürgereid leiſten 1), worinn er an=

angelobet, dem Rathe treu, hold und gewärtig zu ſeyn, den Schaden und Nachtheil der Stadt auf alle Weiſe zu verhüthen, und ihren Nuzen zu befördern 2). Dieſer Eid wird den Profeſſoren 3), vornehmern Perſonen und den Edeleuten insgemein erlaſſen 4).

1) *Lud. Mencken* Diſſ. de juramento Ciuium ſeu Bürgereid. Lipſ. 1687.

2) Magdeb. Pol. Ordn. C. 16. §. 3.

3) K. Friedr. I. Priv. für die Hall. Univerſität v. 4. Sept. 1697. §. 20. bey Dreyhaupt S. 76.

4) Reichs K. G. O. P. I. tit. 63. Reichsabſchied v. 1654. §. 141. C. C. Calenb. c. 1. p. 725. C. C. Cell. c. 1. p. 846. Cod. Aug. T. I. p. 248. Meckl. L. u. H. G. O. P. I. tit. 14.

1020.

Verbindung mit der Landeshuldigung.

Meiſt iſt mit dem Bürgereide die Landeshuldigung vereinigt. Zuweilen muß aber dieſe beſonders abgelegt werden.

1021.

Geſchoßeid.

Nachdem der neue Bürger in das Bürgerbuch 1) iſt eingetragen worden, ſo muß er in den Städten, wo die Loſung oder der dingliche Schoß üblich iſt, noch zu richtiger Schäzung ſeines Vermögens den Geſchoßeid ſchwören, der alle Jahre wiederhohlt wird 2).

1) *Nic. Chr. Lyncker* Diſſ. de Cataſtris. Ien. 1692.

2) Von

z) Von der Lith polit. Betracht. über die verſch. Arten von Steuern §. 74. S. 114. Eſtor Th. 1. §. 320.

1022.

Bürgerſteuer, Bürgerſchoß.

Jeder Bürger iſt ſchuldig, eine jährliche Kopfſteuer, die verſchiedene Namen hat, als Bürgergeld, Bürgerſteuer, Bürgerſchoß, Wohnſteuer, Tallia, Cenſus Capitationis zu entrichten, (oben §. 955.) wovon ſich durchaus keiner freymachen kan 1).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 69. Würt. Kommunordn. S. 112. Bilderbeck im Anhang des Zell. Stadtrechts S. 97. *Ayrer* de abuſu juram. e republ. proſcrib. C. II. §. 19. p. 77.

1023.

Uebrige Unpflichten und Abgaben.

Sonſt haben die Bürger noch eine Menge Abgaben zu Tilgung der Stadtſchulden 1) und zum Behufe des gemeinen Weſens zu entrichten, als im Reiche den Stadt- und Amtſchaden, ſonſt die Mahlzieſe, Kaufſchoß, Schoß 2), das Oehl- Pflaſter- und Brückengeld, Brunnenzins u. ſ. w. Sie theilen ſich in Perſönliche und Dingliche 3), desgleichen in Landesherrliche und Städtiſche.

1) *Io. Gotth. Bauer* Diſſ. de ciue nouo ad collectam ob debitum ciuitatis antiquum ſoluendum obligato. Lipſ. 1741.

2) Eſtor Th. I. §. 319.

3) ebenderſ. Th. III. §. 318.

1024.

1024.

Bürgerdienſte.

Jeder Bürger iſt verbunden, auf dem Glocken-ſchlag auf dem Markte zu erſcheinen, ſich bey Feuers-brünſten zum Löſchen einzufinden 1), und entweder in Perſon, oder durch Andere, Wachdienſte, Burgdienſte, und das Schaarwerk zu verrichten 2).

1) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 285. ſeqq. Cont. II. p. 110. ſeq.

2) *Chr. Gottl. Buder* Diſſ. de operis Burgenſium. Ien. 1748.

1025.

Waffenrüſtung.

In den meiſten Städten müſſen die Bürger mit einer Flinte und einem Degen verſehen ſeyn 1).

1) C. C. March. T. III. Abth. II. p. 151.

1026.

Anpflanzung der Gemeindsplätze mit Eichen und frucht-baren Bäumen.

Nach weiſen Polizeygeſezen muß in Wirtemberg jeder neuer Bürger bey ſeiner Annahme, und jeder Bürgersſohn bey ſeiner Verheirathung zween fruchtbare Bäume auf die Allmandpläze ſezen, wovon er aber le-benslänglich den Genuß hat 1). Im Preußiſchen muß jeder Bräutigam vor ſeiner Trauung dem Geiſt-lichen ein obrigkeitliches Zeugnis vorweiſen, daß er 6. Obſtbäume und 6. junge Eichen an einem bequemen Orte angepflanzt habe 2).

1)

1) Wirtemb. Kommunordn. S. 78.

2) Preuß. Edikt wegen der Anpflanzung der Bäume von jungen Eheleuten, und was die Prediger dabey zu beobachten, vom 19. Merz 1691. C. C. March. T. I. Abth. II. pag. 110.

1027.

Polizeyobliegenheiten im Preußiſchen.

Die Bürger haben die lüderlichen auf eigener Hand ſizenden Weibsperſonen der Polizeyobrigkeit anzuzeigen 1), und nicht zu dulden, daß die Bürgerstöchter müßig ſizen 2).

1) C. C. March. Cont. III. p. 201.

2) ibid. T. V. Abth. 2. p. 355.

1028.

Befreyte Perſonen.

Die landesherrlichen Bedienten 1), Geiſtlichen 2), Schulbediente 3), Profeſſoren 4), Almoſenpfleger 5), Poſtbediente 6), und manchmal auch die Edeleute 7) ſind von den bürgerlichen Beſchwerden und Abgaben beſtändig, die Neuen Bürger, Koloniſten und die Neuanbauenden aber nur auf gewiſſe Jahre befreyt 8).

1) C. C. March. T. III. Abth. 1. pag. 229. 210. Gemeine Hofbediente p. 194. 232.

2) C. C. Magd. P. V. p. 44.

3) C. C. March. T. I. Abth. 1. pag. 302. T. III. Abth. 1. p. 229. 5210. C. C. Magd. P. V p. 45.

4) C. C. March. T. III. Abth. 1. pag. 351. T. VI. Abth. 1. p. 975. 1034.

5)

5) Priv. K. Fried. I. für Halle v. 4. Sept. 1697. §. 20. C. C. Magd. P. I. p. 103.

6) Reſcr. wegen Frankf. an der Oder v. 19. Nov. 1700. C. C. March. T. IV. Abth. 4. p. 123.

7) C. C. Magd. P. V. p. 45. C. C. March. T. I. Abth. 1. p. 456.

8) C. C. March. T. IV. Abth. 1. p. 975. 1034. T. VI. Abth. 1. p. 861.

1029.
Preußiſche Einſchränkung der Befreyung.

Es gilt beſonders im Preußiſchen die Regel: wer bürgerliche Nahrung treibt, muß auch die bürgerlichen Laſten und Beſchwerden tragen; und ſind in dieſem Falle weder die beſtändig Eximirten Bürger 1), noch die Freyhäuſer davon entlediget 2), wenigſtens müſſen ſie die ordentlichen Abgaben mitreichen 3). Es iſt auch bey den Eximirten die Befreyung nur von einem Hauſe zu verſtehen 4). In einigen Städten iſt ausdrücklich verordnet, daß jeder Edelmann, der in der Stadt wohne, den bürgerlichen Laſten und Beſchwerden ſich unterziehen müſſe 5). Selbſt ein in Reihe und Gliede ſtehender Soldat muß bey dem Beſitze eines Hauſes, oder wenn er bürgerliche Nahrung treibt, ſich allen bürgerlichen Beſchwerden und Unpflichten unterziehen 6).

1) C. C. March. T. IV. Abth. 3. p. 210. 211. 168. Abth. V. p. 9. 96. 107. 126. C. C. Magd. P. V. p. 44. 45.

2) C. C. March. Cont. III. p. 7. 8.

3) T. VI. Abth. 1. p. 558.

4) T. III. Abth. 1. p. 167, 210.

5) Flensburg. Str. Art. 83. S. 29. Eiſen. Stat. S. 23 6 Kulm. Recht S. 159.

6) Außer den oben §. 813. angeführten Stellen Guſt. Aug Heinr. von La Motte Prakt. Beyträge zur Kameral; wiſſenſchaft für die Preußiſchen Kameraliſten. Th. 1. Leipz. 1782. St. 2. u. 3. S. 25. ff.

X. Abſaz.

Rechte der Bürgerklaſſen.

1030.

Verzeichnis.

Die verſchiedenen Klaſſen und Gattungen von Bürgern ſind die Geſchlechter, Pfahlbürger, Ausbürger, Glevenbürger, Ehrenbürger, Burg- und Freyſaßen, volle Bürger, kleine Bürger, Beyſaßen, Vorſtädter, Koloniſten 1).

1) *Io. Frid. Rhetius* Diſſ. de Ciuitatenſibus. Francof. 1664.

1031.

Urſprung der Geſchlechter.

Es befanden ſich urſprünglich in den Städten viele freygebohrne Geſchlechter, welche die Stadtbürgerſchaft ausmachten. Aus ihnen wurden die Schöffenſtühle und übrigen Stadtämter beſezt 1). Sie fuhren daher auch, nachdem die Handwerker vom Kaiſer Heinrich V. für frey erklärt worden waren, nach dem Herkommen noch fort, die obrigkeitlichen Würden zu bekleiden, und erſt, nachdem jene ihre Gilden errichtet,

tet, und mehreres Vermögen erworben hatten, geriethen ſie mit denſelben darüber in Streitigkeiten 2).

1) *Ioh. Chr. Gatterer* Hiſtoria ill. gentis Holzſchuheriana. Norib. 1755. P. Gen. §. 1. *Selchow* de jur. Ingen. c. 1. §. 14. *Io. Iac. Draco* de origine et jure patriciatus. Baſil. 1617. *Polyc. Leyſer* de origine patriciorum Germaniae. Helmſt. 1627.

2) Meine Geſchichte des teutſchen Handels Th. 1. Abſchn. 61. u. Th. 2. Abſchn. 11. 26.

1032.

Von adelichen Geſchlechtern.

Dieſe Geſchlechter ſind alſo von gleichem Urſprunge, wie der heutige Niedere Adel. Allein nicht ſowol dieſe Abſtammung, als die im Mittelalter von den Kaiſern erhaltene Adelsbriefe, machen ſie heutzutage zu Edeleuten 1).

1) *Io. Chr. Gatterer* Diſſ. de ludo equeſtri ab Henr. Imp. Norib. 1197. celebrato et de nobilitatis diplomate ab eod. Imp. patriciis Noribergenſibus conceſſo, itemque de ſigillo pervet. Hord. Holzſchuheri. Alt. 1752.

1033.

Verhältnis der adelichen Geſchlechter zum landſäßigen Adel.

Diejenigen alten Geſchlechter, die ehmals von den Kaiſern geadelt worden, oder auf Thurnieren erſchienen, zu Stiftern 1) und zu Ritterorden 2) zugelaſſen worden ſind, und ſich beſtändig unter ſich oder mit andern Edeleuten ſtandesmäßig vermählt haben,

ſind heutzutage von ſo gutem altem ächten Geſchlechts=adel 3), als der Landadel, und beſtehen zuweilen beſſer in der Ahnenprobe, als dieſe.

1) I. P. O. Art. V. §. 17.

2) *Cramer* de nobil. auita C. IV. §. 4. *Gatterer* hiſt. gent. Holzſchuh. P. gen. §. 13.

3) Riccius vom landſ. Adel S. 327. Orth Th. V. S. 276.

1034.

Adeliche, Rathsfähige und Nichtrathsfähige Geſchlechter.

Die Patrizier 1), die jezo noch zu Nürnberg, Frankfurt am Main, Ulm, Augſpurg, Lübeck, Memmingen, Bibrach, Ravenſpurg, Lüneburg, Staßfurt und Salze angetroffen werden 2), theilen ſich in adeliche, Rathsfähige und Nichtrathsfähige Geſchlechter 3).

1) Scheldt vom Adel S. 190.

2) *Io Paul. Felwinger* Diſſert. de patric. Alt. 1655. *Ach. Chr. Ranger* de patriciis cum not. Gieſſ. 1744. *Ott. Gentilius* de patriciorum origine, varietate, praeſtantia et juribus. Rom. 1736.

2) *Gatterer* cit. l. §. 2.

1035.

Erlangung des Patriziats.

Man erhält das Patriziat durch die Abſtammung von alten ächten Geſchlechtern, oder durch die Aufnahme von dieſen und Gelangung in den Rath 1).

1) Priv. Leop. Imp. de 18. Nov. 1696. ap. *Gatterer* p. 20.

1036.

1036.

Rechte.

Die Patriziatrechte beſtehen theils in dem ausſchließenden Beſize aller Bürgermeiſter- und Rathswürden und anderer hoher Stadtbedienungen, bald in der alleinigen Gelangung zu den höchſten Stadtämtern, bald in der bloßen Theilnehmung an der Beſezung der Stadtämter. An den meiſten Orten haben ſie ihre Rechte gar verloren, und genießen nur noch den Vorzug der Geburt 1).

1) *Io. Schilter* Diſſ. de ſublimi patriciatus honore. Ien. 1673.

Alb. Chr. Giebel Diſſ. de juribus patriciorum ſingularibus iisque ſupereminentibus. Erf. 1700.

Lud. Gottfr. Mogen Abhandl. von der Regimentsverfaſſung der Reichsſtadt Frankfurt, wobey die Rechte der daſigen adelichen Geſellſchaft Altlimburg, ſowol in Anſehung des alleinigen Geſchlechterſtandes als der Stadtregierung in gehöriges Licht geſtellet wird. Gieſſen 1755.

Orth über die Frankf. Reform. Th. 4. der Anmerk. S. 693. ff. Th. V. S. 1199. ff. Moſers Staatsrecht Th. XLII. S. 439. ff. Ebendaſ. von der Reichsſtädte Regimentsverfaß. S. 82. ff.

1037.

Glevenbürger.

Viele Edeleute, die in Verfall ihres Vermögens gekommen waren, zogen ſich im Mittelalter in die Städte, nahmen beym Magiſtrate Dienſte, beſorgten das Städtiſche Kriegsweſen, und befehligten die Stadtmiliz. Sie hieſen von ihrer Waffe edle Gleven, Gle-

venbürger 1), und genoſſen einige Freyheiten. Noch heutzutage hat der Landadel mit den benachbarten Städten Verträge, daß ihm das Bürgerrecht zum Behufe des Beſizes der Stadtgüter mit Befreyung von den perſönlichen, zuweilen auch von den dinglichen bürgerlichen Laſten und Beſchwerden zukömmt 2).

1) Jak. Wenckers Bericht von den Glevenbürgern, im Anh. ſ. Abh. v. den Ausb. Grupen von den edlen Gleven, in obſerv. rer. et ant. Germ. p. 355.

2) *B. Haeveſche* Diſſ. de nobilibus vrbium Germ. ciuibus pactitiis. Lipſ. 1755. *C. F. Walch* Diſſ. de nobilibus jure ciuitatis donatis. Ien. 1764.

1038. Ehrenbürger.

Zuweilen wird erlauchten und adelichen Perſonen von angeſehenen Städten mit dem Bürgerrechte ein Geſchenke gemacht, die heiſen Ehrenbürger, weil ſie weder an den Vortheilen und Rechten, noch an den Laſten und Beſchwerden der Stadt Antheil nehmen 1).

1) J. M. Hanow von den Ehrenbürgern, beſonders in Preußen. Preuß. Lieferung alt. u. neuer Urk. Th. 1. S. 137.

1039. Volle Bürger.

Wer das vollſtändige Bürgerrecht mit allen ſeinen Vortheilen und Gerechtſamen genießt, heiſt ein Bürger, voller Bürger 1).

1) *Dav. Schmuck* Diſſ. de ciuibus, eorumque verſus incolas, Pfalburgeros extraneosque juribus ac praeferentiis. Alt. 1628.

1040.

Kleine Bürger, Beyſaßen.

Dahingegen die kleinen Bürger und die Beyſaſſen im Reiche nicht aller bürgerlichen Gerechtſame, als der öffentlichen Stadtämter, des Genuſſes der gemeinen Wohlthaten, Holzaben, Allmandobſtes, gemeinen Güter, Huth und Weide, Stipendiengelder, theilhaftig werden, ſondern ſich mit der bürgerlichen Nahrung und der Befugnis, Grundſtücke zu beſizen, die zuweilen noch eingeſchränkt iſt, begnügen müſſen 1).

1) *Pet. Chr. Dietz* Diſſ. de diſcrimine ciuium et incolarum, praeſertim in libera Republ. Francof. ad Moen. Goett. 1757. *Stryk* de reſign. Jur. Civ. §. 3. 4.

1041.

Ihre beſondere Rechte.

Jeder Beyſizer muß jährlich das Beyſizgeld, und im Reiche noch daneben ein gewiſſes Schuz- und Schirmgeld für den Genuß gewiſſer allgemeiner bürgerlicher Woltḧaten, Waſſer, Weide u. dergl. erlegen 1). Hof- und amtſizende Bürger haben nur das kleine Bürgerrecht, und ſtehen nicht unter dem Stadtrathe, ſondern unter dem Amte.

1) Würtemb. Kommunordn. S. 112.

1042.

Pfahlbürger.

Im Mittelalter geſchah es häufig, daß die Unterthanen anderer Landesherren ſich an den Mauren

und um die Planken der Stadt anbauten, um den Städtiſchen Schuz und die Stadtfreyheiten zu genießen, welches aber, da es zu unendlichen Streitigkeiten und Kriegen Gelegenheit gegeben hat, am Ende durch Reichsgeſeze 1) und Verträge aufgehoben und verboten worden iſt 2). Man nannte dergleichen Leute Pfahlbürger 3). Sie müſſen in Wirtemberg, wenn ſie auch gleich Edeleute wären, doch Gewerbsſteuer und Beyſizgeld geben, und bürgerliche Laſten tragen 4).

1) Aur. Bulla tit. 16. Dipl. Car. IV. Imp. de 1369. ap. *Guden.* in Cod. dipl. Mogunt. T. V. p. 561. Reichsabſchied von 1529. §. 10. von 1555. §. 83.

2) Orth Th. 4. S. 173.

3) *Iac. Wencker* Comment. de Pfalburgeris. Argent 1692.

4) Würtemb. Landtagsabſch. von 1642. fol. 25.

1043.

Ausbürger.

Ebendieſelbe Fehdezeit war auch Urſache, daß es einige Bürger wagten, in einer andern Stadt zugleich ohne Veränderung des Wohnorts das Bürgerrecht anzunehmen. Sie hieſen daher in dieſer Stadt Ausbürger, Ausleute, ausgeſeſſene Leute 1), und wurden in der neuern Zeit ebenfalls abgeſchaft 2).

1) *Iac. Wencker* von Ausburgern in Collect. Jur. Publ. p. 229.

2) *Io. Henr. Bocris* Diſſ. de protectione ſubditorum alterius domini territorialis inter ſtatus Imperii. Bamb. 1751.

1044.

1044.

Burg ſ und Freyſaßen.

In der Mark Brandenburg gibt es Burg = und Freyſaßen, die beſondere Privilegien 1), als Befreyung von der Einquartierung, vom Servis 2), von der Mahlziese 3), von der Bier = 4) und andern Steuern 5) genießen. In Landſtädten erhalten ſie keine Braugelder 6).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 462.

2) Cont. III. p. 7. 3) T. IV. Abth. 4. p. 47. 57.

4) T. VI. Abth. 1. p. 83. 5) ibid. p. 69.

6) Contin. I. p. 287.

1045.

Koloniſten.

Unter dieſe Rubrike gehören nicht die Preußiſchen Koloniſten, als welche das vollſtändige Bürgerrecht genießen, ſondern die des Gewerks wegen ſich in den Städten niedergelaſſene Italiener, Savoyarden, Franzoſen, Engländer u. ſ. w. die ein Mittelding von Bürger = und Beyſaßenrecht beſitzen 1).

1) *Ern. Lud. Preuſchen* Progr. de juribus Mercatorum Italorum ſingularibus.

Io. Theoph. Seeger Diſſ de Coloniis Mercatorum in Germania et praecipue in Saxonia. Lipſ. 1781.

1046.

Vorſtädter.

Die Vorſtädte haben zuweilen ihre eigene obrigkeitliche und bürgerliche Verfaſſung, und bald iſt ihre

Obrigkeit mit dem Stadtmagiſtrate vereiniget 1). In beyden Fällen haben die Vorſtädter mit den Stadtbürgern gleiches Bürgerrecht. Mehrentheils aber ſind die Vorſtädte durch die Anbauung der Pfahlbürger und anderer Leute entſtanden 2). In dieſem Falle genießen ihre Einwohner nicht gleiches Bürgerrecht 3), nach dem Sprüchworte: Bürger und Bauren ſcheidet nichts als die Mauren 4). Sie werden nicht als Stadtbürger betrachtet, ſondern müſſen darüber entweder Vergünſtigung oder Obſervanz aufweiſen. Insgemein ſind ſie mit gröſſern Abgaben belegt, daher ihnen aus Polizeygründen bey der bürgerlichen Nahrung mehr nachgeſehen wird 5).

1) *Ahasv. Fritſch* de jure et ſtatu Suburbiorum. Ien. 1674.

2) *Io. Steph. Wieſand* Diſſ. de juribus Suburbiorum, Lipſ. 1756.

3) *Pufendorf* Obſ. T. I. obſ. 81. *Hanneſen* de ſtatu Civ. p. 38.

4) ap. *Hert.* paroem. L II. n. 10. Vol. II. Tom. III. opuſcul. p. 400.

5) Eſtor Th. 3. S. 151.

1047.
Beyſaßen, Einwohner, Schuzverwandten, Gademer, Zettelleute.

Dergleichen Städtiſche Bewohner 1), beſonders die Beyſaßen in Niederteutſchland, können durchaus nicht auf ein wahres Bürgerrecht Anſpruch machen, ſondern genießen nur einen Theil davon, ſo viel ihnen nem=

nemlich im Schuzbriefe eingeräumt worden iſt 2). Daher an einigen Orten ihre Aufnahme vom Polizeyamte abhängt 3). Sie ſind, wenn ſie nicht einen befreyten Gerichtsſtand haben, nach der Regel dem Stadtrechte unterworfen, wo ſie wohnen 4); dürfen im Preußiſchen nicht außer Lands gehen 5). Die geringern Beyſaſſen, die in Sachſen, weil ſie alle Woche einen Zettel zu löſen haben, Zettelleute heiſen, müſſen jährlich sechs Sperlingsköpfe abliefern 6), die unehrlichen Leichname zu Grabe bringen 7), und ſich nach der Geſindeordnung achten 8), indem ihnen überhaupt das herrenloſe Geſinde beygerechnet wird, welches eben ſo wie ſie ein gewiſſes Schuzgeld zu bezahlen hat 9).

1) *Io. Rich. Marcomeſius* de incolis. Gieſſae 1663.

2) *Io. Phil. Elvert* Diſſ. de jure Incolarum. Argent. 1709. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 247. 314.

3) Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. XI. Abh. 11. S. 152.

4) Riccius von Stadtgeſezen B. 2. C. 12. S. 453.

5) C. C. March. T. V. Abth. 3. S. 138. 139.

6) Contin. II. p. 189.

7) Contin. Theſauri *Beſold.* pag. 291. 716.

8) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 28. 43. 50. 81. 114. 148.

9) ibid. T. IV. Abth. V. p. 242.

XI. Abſaz.
Bürgerliche Nahrung.

1048.
Begrif des Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht ſchließt alle die Rechte in ſich, die einem Bürger als ſolchem zukommen 1). Sie be-

beſtehen in der Fähigkeit, zu Stadtämtern zu gelangen, und bürgerliche Nahrung zu treiben, in der Theilnehmung an den Privilegien und Vorrechten der Stadt, im Miteigenthumsrechte am Stadtvermögen, und in der Befugnis, Grundeigenthum auf der Stadtmarkung zu erwerben.

1) *Io. Albr. Colmar* Diſſ. de jure ciuitatis Norib. Alt. 1781.

1049.

Erklärung der bürgerlichen Nahrung.

Die bürgerliche Nahrung iſt der Inbegrif derjenigen Nahrungsgeſchäfte, die das verjährte Vorrecht der ſtädtiſchen Einwohner ſind.

1050.

Haupttheile derſelben.

Brauerey, Gaſtwirthſchaft, Garküchen, Handlung, Gewerke, Handwerker, Manufakturen und Künſte ſind ohngefehr die Hauptſtücke der bürgerlichen Nahrung und die Stadtwirthſchaft, wovon ich beym Staatswirthſchaftsrechte ausführlich handeln werde.

1051.

Perſonen, denen die bürgerliche Nahrung unerlaubt iſt.

Allen Bauren und Landleuten 1), den Fremden und den unangeſeſſenen ledigen Mannsperſonen 2), desgleichen dem Adel, den Geiſtlichen, den Schulbedienten 3), und andern eximirten Perſonen, wie auch den Juden iſt verboten, bürgerliche Nahrung zu treiben.

1) C. C. March. T. IV. Abth. 4. p. 15. T. V. Abth. 2. p. 211. Cont. I. p. 142. Cont. III. p. 284.

2) cit. l. T. IV. Abth. 4. p. 15. T. V. Abth. 2. p. 211.

3) T. IV. Abth. 4. p. 15. T. V. Abth. 2. p. 9. 11. 12. 25. 29. 86. 102. 210. 288.

1052.

Zulaſſungsfall der Eximirten.

Da der Grund der Ausſchließung der eximirten Perſonen in ihrer Befreyung von bürgerlichen Laſten und Beſchwerden liegt, ſo können ſie der bürgerlichen Nahrung ſogleich theilhaftig werden, als ſie ſich dieſen unterwerfen 1).

1) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 52. 59. 558. C. C. Magdeb. P. V. pag. 45.

Drey=

Dreyzehntes Hauptſtück.

Rechte der Staatsbürger nach der Verſchiedenheit ihrer Beſchäftigungen.

XIII. Abtheilung.

Gelehrte, Kaufleute, Künſtler, Handwerker, Manufakturiſten, Fabrikanten, Brauer, Gaſtwirthe.

1053.

Erklärung und Verweiſung.

Die Verſchiedenheit der Beſchäftigungen, die bey den Staatsbürgern angetroffen werden, und womit ſie dem Staate nüzlich ſind, hat eine Reihe beſonderer Rechte und Verbindlichkeiten erzeugt, die zum Theil ſchon berührt worden ſind, zum Theil aber hier erſt wegen der Beziehung auf die bürgerliche Nahrung auseinandergeſezt werden ſollten, allein aus eigenen Gründen fand ich ſchicklicher, ſie erſt beym Kameralrechte zu entwickeln.

V. Abſchnitt.

Dorf- und Baurenrecht.

1054.

Literatur.

Abarv. Fritſch tract. de ſtatu ac jure pagorum in German. Ien. 1673.

Gerh. Feldmanns Dorf- und Landrecht. Leipz. 1678.

Tract.

Tract. jur. von den Dorf- und Landrechten, wie auch inſonderheit von den Herrendienſten und der Huth und Weide ꝛc. Leipzig und Zelle 1704.

Joh. Deneken Neuvermehrtes Dorf- und Landrecht, V. Auflage, mit Vermehrungen von Chr. Laur. Bilderbeck. Frankfurt und Leipzig 1739. III. Theile.

Joh. Gottl. Klingners Sammlungen zum Dorf- und Baurenrechte. Leipzig 1749 - 1755. IV. Theile.

Io. Guil. de Goebel liber de jure et judicio Ruſticorum fori Germanici. Helmſt. 1742.

D. Ludw. Friedr. Gabkens Grundſäze des Dorf- und Baurenrechts. Halle 1780.

1055.

Erklärung und Nuzen.

Das Dorf- und Baurenrecht iſt die Wiſſenſchaft von den Rechten und Verbindlichkeiten der auf dem Lande lebenden Perſonen von der unterſten Volksklaſſe. Da aus dieſer Klaſſe der Soldatenſtand erſezt wird, und ſie ſich mit der Hervorbringung aller rohen und nothwendigen Produkte beſchäftigt, ſo fällt der Nuzen dieſer Wiſſenſchaft von ſelbſt ins Auge 1).

1) Lud. Friedr. Gabke vom Nuzen des Dorf- und Baurenrechts, und der Art es vorzutragen. Halle 1780.

1056.

Beſchreibung eines Dorfs.

Eine Anzahl beyeinander wohnender Familien, die ſich mit der Erzeugung der natürlichen Produkte

dukte beſchäftigen, und ihre eigene Obrigkeit beſi- zen, iſt ein Dorf.

1057.

Eintheilung der Dörfer.

In Anſehung der Unterthänigkeit theilen ſich die Dörfer in freye Reichsdörfer, Amtsdörfer, Gerichts- dörfer, und Gemeinſchaftsdörfer. In Anſehung der kirchlichen Verfaſſung in Pfarrdörfer und Filial- dörfer 1).

1) Estor Th. 1. §. 446. ff.

1058.

Dorfsvereinigungen.

Es gibt Dörfer, die ſich miteinander vereiniget haben, ſo daß ſie einen Theil der Einkünfte unter ſich theilen, und jede ihre Portion in die eigene Gemein- derechnung bringt, andere aber Mann für Mann abthei- len, und andere jede Gemeinde für ſich allein bezieht 1). Manchmal ſind ſogar Dörfer von verſchiedener Lan- deshoheit miteinander verbunden, wovon das Eine auf des Andern Markung Güter beſizt, und deswegen bey jedem Veränderungsfall an daſſelbe Abgaben entrich- ten muß 2). Dieſe Verbindungen haben Einfluß auf die Rechte des Bierſchanks, Hütungsgerechtigkeit u. ſ. w. ſtößt aber gegen die Grundſäze einer guten Land- polizey; und iſt alſo ſo viel möglich zu beſchränken und aufzuheben 3).

1) Reſponſum der Juriſtenfak. zu Wittenberg vom 3. Jun. 1595. bey Rohr S. 367. E. Chr. Weſtphals t. und Reſtänd.

Reſtänd. Privatrecht. Leipz. 1783. Anmerk. VI. S. 281. n. 30. *Lodtmann* de jure Holzgrav. p. 51.

2) Weſtphal S. 273. n. 29.

3) Oeconom. forenſ. T. II. Hauptſt. III. S. 13. ff.

1059.
Unterſcheid zwiſchen den Gattungen von Dörfern.

Ein Dorf unterſcheidet ſich vom Weiler, daß es ſeinen eigenen Dorfprieſter, Küſter oder Schulmeiſter hat, und aus einer größern Anzahl Gebäude beſteht, von dem Vorwerke noch mehr darinn, daß es ſeinen eigenen Dorfmagiſtrat beſizt. Noch größer als ein Dorf iſt der Marktflecken, der Jahrmarktsgerechtigkeiten beſizt 1). Wenn ſich ein ſolcher Ort ehemals auf der Grenze befunden hat, ſo heiſt er ein Markdorf, und genießt einen Theil der bürgerlichen Nahrung 2).

1) Eſtor Th. I. S. 153. Th. III. S. 300. *Beyer* delineat. Jur. Germ. L. 1. c. 1. §. 13.

2) Mecklenb. Erbland. Vergl. Art. 14. §. 279. Uebrigens bleibet allen denjenigen, die von ihren Gütern die Grenz- und Markfleckensgerechtigkeit, mithin das Recht allerley Handwerker zu halten, und ſonſtige bürgerliche Nahrung zu treiben, rechtlich zu beweiſen — — vorbehalten. Vergl. Meine Geſchichte des teutſchen Handels Th. I. S. 295. und Trakt. von denen Dorf- und Landrechten C. XII. §. 56. S. 41.

1060.
Uebrige Gattungen von Landgebäuden.

Es gibt auf dem Lande überdem noch einzele Bauerhöfe, Wirthshäuſer, Mühlen, Melkereyen, Schafhöfe, Fabriken, Schmelzhütten, Forſthäuſer.

1061.
Hauptunterſcheid zwiſchen dem Reiche und Niederteutſchland.

Gleich der Städtiſchen ſo iſt auch die bäuerliche Verfaſſung von ganz anderer Beſchaffenheit in Oberteutſchland als in Niederteutſchland, und Selchow, der nur dieſe kennt, hat daher gewiſſe allgemeine Rechtsſäze aufgeſtellt, wovon gerade das Gegentheil im Reiche beobachtet wird. Die gröſte Verſchiedenheit beſteht in der Einrichtung des Dorfmagiſtrats, im Handwerksweſen und in der Leibeigenſchaft.

1062.
Verſchiedenheit der Bauart.

Es gibt Dörfer, die ihren beſondern Hagen, Bannzaun und Etter haben, und andere, die nicht auf dieſe Art eingeſchloſſen ſind, ſondern frey und offen da liegen, oder deren Häuſer und Höfe keinen Zuſammenhang haben, ſondern hin und her zerſtreut ſind. Beides bewirkt beſondere Rechte und eine verſchiedene Verfaſſung 1).

1) Joh. Jak. Reinharth von den Dörfern, ſo in ihren Bannzäunen liegen, deren Beſchaffenheit und Gerechtſamen, in den kl. Ausführungen Th. I. S. 1. ff. Eſtor Th. III. §. 440.

1063.
Dörfliche Verfaſſung.

Im Reiche, beſonders in Würtemberg, haben die Dörfer mit den Städten das gemein, daß ſie ein eigen

eigen Vermögen, Feldmarkung, Dorfmagiſtrat, und das Recht beſizen, Bürger und Beyſaßen anzunehmen, und von ihnen gewiſſe Gemeindsabgaben, das Bürger- und Beyſizergeld zu beziehen, desgleichen in Kommunſachen eine Strafgewalt auszuüben, und Statuten und Verfügungen zu machen. Vieles davon hat auch in Niederteutſchland ſtatt, wie wir uns ſogleich davon näher unterrichten wollen.

I. Abſaz.

Rechtsquellen.

1064.

Eintheilung.

Die bäuerlichen Rechtsquellen ſind von dreyfacher Gattung. Entweder eigentliche Dorfrechte, oder Dorfpolizeyordnungen, oder Gutsherrliche Rechte 1).

1) Schrebers Sammlungen, Theil VI. S. 380. ff.

1065.

Von Dorfrechten.

Viele Dörfer 1), und faſt alle im Reiche, haben ihre eigenen Privatrechtsgeſezbücher, Dorfrechte genannt, die eben ſo reichhaltig, wie die Stadtrechte ſind. In Niederteutſchland gibt es manchmal gewiſſe Gattungen von Bauren, die dergleichen eigene Privatrechte 2) beſizen.

1) Mein Verſuch über die Geſchichte der teutſchen Erbfolge B. II. Theil II. hin und wieder. Riccius von Stadtgeſezen S. 20. 21. *Senckenberg* de Jur. Haſſ.

2) Stat. des Probſtingsgerichts zu Olsburg v. 20. Decemb. 1600. bey *Nolten.* de jur. et conſ. circa Vill. p. 84. Des Latengerichts vom Amte Winzenburg Recht und Gewohnheiten ibid. p. 134.

1066.
Deren Abfaſſung.

Dieſe Rechte ſind gröſtentheils von den Bauergemeinden ſelbſt abgefaßt, und entweder vom Landesherrn beſtätigt oder im Herkommen gegründet.

1067.
Dorfpolizeyordnungen.

Das ſind ſolche landesherrliche Geſeze, wodurch nicht allein die öffentliche Verfaſſung auf den Dörfern beſtimmt, ſondern auch über den Landbau allerlei nüzliche Verfügungen gemacht ſind. Sie heiſen Dorfordnungen 1), Kommunordnungen 2), Grebenordnungen 3), Schulzenordnungen 4), Bauerordnungen 5), Dorf = Acker = Feld = Bauer = und Schäferordnungen, wie auch Landesordnungen 6).

1) Dergl. von Thüringen bey Rohr im Haushaltungsrecht B. III. c. 3. S. 378. Rutheniſche Dorfordn. v. 25. Aug. 1760. Dölnizer Dorfordn.

2) vom Würtembergiſchen. Stuttgart 1758.

3) Heßenkaßeliſche. Caßel 1739.

4) Sachſen Gothaiſche Schulzenordn. Mecklenburg. Schulzen = und Bauerordnung.

5) Dergl. von der Lauſiz, von Anhalt, Zelle, Wolfenbüttel, Altenburg.

6) H. Aug. v. Braunſchweig allgem. Landesordnung v. 7. Merz 1647.

1068.

1068.

Dorfpolizeyordnungen in den Preußiſchen Staaten.

Von der Mark und den einverleibten Staaten gibt es eine Menge alter Bauer-Dorf-Acker-Schäfer-Geſindeordnungen ꝛc. die beym Mylius 1) geſammelt ſtehen. Sie ſind jezo durch die Königliche Flecken-Dorf- und Ackerordnung vom 16. Dezember 1702. 2) gröſtentheils abrogirt. Nur gilt noch die Geſinde-Bauer-Hirten- und Schäferordnung für das platte Land der Mittel- und Altmark, Prigniz, Uckermark, Stolpe, Storkow und Beeskow vom 24. Aug. 1722. 3). Von Hinterpommern hat man ſchon eine Bauer- und Schäferordnung von 1616. die 1670. Kurfürſt Friedrich Wilhelm der Groſe beſtätiget hat. Sie iſt jezo ebenfalls durch die Bauerordnung für Vor- und Hinterpommern vom 30 Dec. 1764. 4) abgeändert. Die Magdeburgiſche Flecken-Dorf- und Ackerordnung iſt von 1702 5). Eine Halberſtädtiſche Feldordnung vom 27. Jul. 1759. worauf eine Deklaration des 18. §. unterm 29. April 1765. 6) nachgefolgt iſt. Die Dorfordnung für Minden, Ravensperg, Tecklenburg und Lingen ſchreibt ſich vom 7. Febr. 1755. 7). Den 12ten Febr. 1755. ergieng eine Verordnung wegen der Dorfslaſten im Cleviſchen 8). Erneuerte und verbeſſerte Dorf- und Bauerordnung des Königreichs Preußen vom 22. Sept. 1751. 9). Dergleichen für Lithauen und die dazu gehörigen Aemter vom 22. Nov. 1754. 10).

1) in Corp. Conſtitut. March. Tom. V. Abth. 3. Kapit. 1. per tot.

2) cit. l. T. V. Abth. 3. p. 227. und Verzeichnis davon in Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1246.

3) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 267.

4) C. C. March. Nov. Tom. III. p. 531.

5) C. C. Magdeb. P. III. p. 524.

6) C. C. March. Nov. Tom. III. p. 689.

7) ibid. Tom. I. p. 739. 8) pag. 430.

9) pag. 146. 10) pag. 1139.

1069.

Beſondere Verordnung wegen ihrer Beobachtung.

Dieſe Dorfordnungen müſſen den Gemeinden alle Jahre vorgeleſen, und darüber beym Amte ein Protokoll gehalten werden 1).

1) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 180. Reſcript vom 16. Dec. 1702. ibid. T. V. Abth. 3. p. 227.

1070.

Von Bauerköhren.

In Niederteutſchland findet man Märkergedinge 1), Bauerköhren und Dorfartickel 2), welches ebenfalls eine Gattung von Dorfordnungen, und nur darinn verſchieden ſind, daß ſie vermittelſt eines Vertrags unter der ganzen Bauergemeine über ihre Gemeindsrechte und über die Erhaltung ihrer Güter errichtet ſind, wobey ſich Konventionalſtrafen angehängt finden, und das Ganze von der Landesherrſchaft beſtätiget iſt 3).

1) *Wiederholt* de judiciis et ordinationibus, quae veniunt ſub nomine der Mærkergedinge.

2)

2) Riccius von Stadtgeſ. B. 2. c. 6. §. 9. S. 409.

3) Pommeriſcher L. A. v. 1574. in Dähnerts Samml. Th. 1. S. 534. Hohenzoll. L. O. t. 27. S. 61. Kurf. Auguſts von Sachſen Mandat S. 5.

1071.

Von den gutsherrlichen Rechten einzeler Bauerfamilien.

Die Rechte der Gutsherrſchaft und Leibherrſchaft und die Verpflichtungen der Unterthanſchaft von einzelen Bauergattungen oder Leibeigenſchaften ſind in denen Hofſprachen, Hofrechten 1), Hausgenoſſenrechte, Eigenthumsordnungen 2), und einzelen Hofbriefen, Meierbriefen u. ſ. w. enthalten.

1) *Io. Chr. Strodtmann* de jure curiali litonico, oder Sammlung hofhöriger Rechte. Goett. 1754. Ebenderſ. in den Hannöv. Anzeigen 1753. n. 92. 93. Von Steinen Weſtphäl. Geſchichte Th. V. Anh. *Ludolf* T. I. obſ. 154. 155. *Senckenberg* in Corp. Jur. Germ. T. I. P. II. pag. 1. ſeqq.

2) Ravensberg. Eigenthumsordn. v. 15. Nov. 1669. ap. *Ludolf* T. 2. obſ. 150. Osnabrück. Eigenth. O. vom 25. April 1722. ibid. p. 193. Oberlauſ. Unterthanenordn. in C. J. Luſat. Sup. p. 381. Heßiſches Eigenbuch von 1532. ap. *Waldſchmidt* de hom. propr.

1072.

Ganzer Dorfgemeinden.

Sonſt trift man die Guts- und Leibherrlichen Rechte über ganze Dorfgemeinden verzeichnet, in den Saal- Lager- Heiſch- Erb- oder Zinsbüchern, in den Erb- Amts- und Heberegiſtern 1), Grenz- und Fluhrbüchern 2).

1) *Io. Chr. Freiesleben* Diſſ. de libris Cenſualibus ac judicialibus. Erf. 1685. *Fr. Hanf* de rationariis praefecturarum. Francof. 1752. *Io. Rud. Engau* Diſſ. de librorum, quos Cenz = Lagerbücher, Flurläufer, Erbbücher und Heberegiſter dicere ſolemus, forma, continuatione, renouatione fideque varia. Ien. 1756. *Fr. Wiegeri* Diſſ. de Renouationibus Bannorum vulgo von Bannerneurungen. ap. *Wencker* in appar. Arch. p. 446.

2) Estor Th. III. §. 1649. S. 736. 737. Seckendorf in Zugab. zum Fürſtenſtaat S. 38. ff.

1073.
Oeffentliche Bücher.

Die Dörfer haben auch Steuerbücher, Kaufbücher, Unterpfands = und Hypothekenbücher, Gerichtsprotokolle u. ſ. w.

1074.
Art und Weiſe ihrer Verfaſſung.

Es werden in gedachten Büchern, die nach den verſchiedenen Landesarten von ſehr gemiſchter Form ſind, alle Zinſe und Abgaben, alle ſteuer = und zinsbare Güter, lebende und bewegliche Sachen, Aktiv = und Paſſivſchulden, Handlungsgewinn und Handwerksverdienſt verzeichnet. Sie werden von beſonders dazu beſtellten landesherrlichen Kommiſſarien, die im Reiche Renovatoren heiſen, in Gegenwart eines Notars und etlicher Zeugen gemacht, und von Zeit zu Zeit auf eben die Art überſehen und erneuert. Es müſſen die Bauren ihre Zinſen, Dienſte und Abgaben gehörig angeben, die Angabe wird ihnen darauf wörtlich vorgeleſen, und ſie haben ſie nicht nur wiederhohlt zu beſtätigen, ſondern auch durch den Huldigungseid zu bekräftigen,

gen, als worüber ein Inſtrument aufgeſezt, und das Buch von Notar und Zeugen unterſchrieben und beſiegelt wird. Bey deren Unterlaſſung muß von ihnen noch nachher ein eidliches Zeugnis abgelegt werden 1). Was die herrſchaftlichen Einkünfte und Gerechtſame allein betrift, ſo gelten oft ſtatt der Lagerbücher die gerichtlichen Weißthümer.

1) *Freiesleben* cit. Diſſ. th. 10. Eſtor Th. III. S. 737.

II. Abſaz.

Dorfpolizeyrecht.

1075.

Erklärung des Dorfpolizeyrechts.

Eine jede Anzahl beyſammen wohnender Familien, die unter ſich in geſellſchaftlicher Verbindung ſtehet, bedarf zur Erreichung ihres Zwecks einer gewiſſen Ordnung, wodurch jeder zur Beförderung des gemeinen Wols nach ſeinen Kräften angewieſen wird. Wenn dieſes bey bäuerlichen Gemeinden geſchiehet, ſo heiſt es die Dorfpolizey 1), und die daraus entſpringenden Rechte und Befugniſſe das Dorfpolizeyrecht 2).

1) Bernhard Vorſchläge zu einer wirthſchaftlichen Polizey der Dörfer. Stuttgart 1768.

Entwurf eines Dorfbuchs, oder einer zu veranſtaltenden Sammlung der einer Dorfgemeinde angehenden nüzlichen Nachrichten, Beobachtungen und Auszüge der Landesverordnungen, zum Beßten der Landleute vorgeſchlagen. Berlin 1774.

 2)

2) Heumann Geiſt der Geſeze der Teutſchen C. 22. §. 5. Initia Jur. Polit. c. 27. 29.

1076.

Eintheilung in Dorf- und Feldpolizeyrecht.

Die Gegenſtände, worauf ſich dieſes Polizeyrecht beziehet, ſind entweder außerhalb dem Dorfe, oder innerhalb demſelben. In jenem Falle gehören ſie zum Feldpolizeyrechte, und in dieſem zum eigentlichen Dorfpolizeyrecht 1).

1) Beyträge zur Finanzliteratur in den Preuß. Staaten B. I. St. I. §. 15. S. 108. ff.

1077.

Gegenſtände des Dorfpolizeyrechts.

1. Beſtellung tüchtiger Dorfvorgeſezten, 2. gute Dorfsſchulanſtalten 1), 3. Abwendung der Feuersgefahr 2), 4. Unterhaltung und Sicherheit der Gebäude, Verzäunung der Gärten und Koppeln 3), 5. Aufſicht über Backöfen und Flachsdarren, 6. Vorſorge für die Armen und Ausſchaffung fremder Bettler 4), 7. Beſtellung der Nachtwächter, 8. Verwahrung der Miſſethäter, 9. Ordnung in Wirthshäuſern, Schenken und Krügen 5), 10. Reinigkeit der Straßen 6) und Dorfanger oder Allmanden 7), 11. Unſchädlichkeit der Dorfhunde 8), 12. richtige Ordnung beym Vorſpannsweſen und der Leiſtung der Unpflichten 9), 13. Einſchränkung und Verhinderung der bäuerlichen Verſchuldung 10), 14. Beobachtung der Geſindeordnung 11), 15. Ordnung wegen Hochzeiten, Kindtaufen und

Kirchgängen 12), 16. Aufklärung der Bauren in Landwirthſchaftsſachen 13).

1) C. C. March. T. I. Abth. II. p. 268.

2) ibid. T. V. Abth. 1. pag. 169. 247. V. I. 169. 170. 247. 263. 266. müſſen gute Schornſteine gehalten werden. V. I. 170. 347.

3) V. III. 232.

4) im Brandenb. mit lebendigen Hecken. ibid. p. 375.

5) V. V. 51. 58. 59. 89. I. II, 176. 192.

6) V. III. 279.

7) I. *Schackii* Diſſ. de jure in Platea, Dorfſtraßengerechtigkeit. Ien. 1744.

8) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 229. 337.

9) VI. II. 483. 559.

10) Preuß. Verordn. vom 14. Jul. 1749. und Umlauf vom 4. Merz 1755. in der Samml. Schleſ. Ordn. S. 523.

11) Oeconomia forenſis, oder kurzer Innbegrif derjenigen Landwirthſchaftlichen Wahrheiten, welche allen ſowol hohen als niedrigen Gerichtsperſonen zu wiſſen nöthig. Berlin 1775. B. I. Hauptſt. I. §. 89. S. 69. ff.

12) C. C. March. T. V. Abth. I. p. 8. 9.

13) J. N. Weiſſer Gedanken über die Erweiterung der Erkenntniſſe des Landmanns zur Aufnahme der Landwirthſchaft. Halle 1773.

1078.

Gegenſtände der Feldpolizey.

1. Richtige Führung der Weide- und Hüthungsordnung, 2. Beſſerung der Landſtraßen, Brücken

und

Wege, 3. Beſezung und Unterhaltung der Wege, Landſtraßen und Reine mit Bäumen 1) und Hecken 2), 4. Haltung richtiger Wegweiſer, 5. Verhegung der Triſten, 6. Unterhaltung und Räumung der gemeinſchaftlichen Feld- und Wieſengraben 3), 7. Ordnung im Flachs- und Hanfröſten, 8. Aufſicht über die Dorfhecken, Zäune und Wände 4). Zur Beförderung des Anbaues fruchtbarer Obſtbäume und des Seidenbaues ſind eigene Kreisgärtner beſtellt 5).

1) C. C. March. Tom. I. Abth. II. p. 93. 109. 201. 235. Würtemberg. Kommunordn. S. 78.

2) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 229. 337. 375. Königl. Anweiſung zum Anpflanzen lebendiger Hecken vom 20. Dec. 1779. C. C. M. Nov. T. VI. p. 1775 ſqq. Cirkul. vom 23. Jenner 1764. in der Schleſ. Samml. B. VIII. S. 19.

3) cit. l. Contin. I. p. 20.

4) Oecon. for. T. I. §. 88. p. 66.

5) Baron von La Motte Prakt. Beyträge zur Kameralwiſſenſchaft der Preuß. Staaten Th. 1. St. 4. von den Kreisgärtnern in der Kurmark S. 47. ff.

1079.

Ungleiche Beyträge zu den Polizeyunkoſten.

Da aus dieſen Polizeyanſtalten nicht alle Glieder gleichen Nuzen und Vortheile ziehen, ſo iſt bey der Umlage der damit verknüpften Unkoſten und Beſchwerden hierauf Rückſicht zu nehmen, und nicht alle auf gleiche Art zu beläſtigen, ſondern wo die Anſtalten zum Vortheile

theile der Grundſtücke dienen, haben bloß die Güterbeſizer nach der Größe ihres Feldguts beyzutragen, wo aber dabey ein Perſönlicher Nuzen zur Abſicht iſt, müſſen ſämtliche Glieder der Gemeinde beyſteuern 1).

1) Oecon. for. a. a. O. §. 90. S. 84.

1080.

Nuzen des Dorfpolizeyrechts.

Die Kenntnis dieſes Rechtstheils iſt für jeden Juſtizbeamten und Gerichtsverwalter unentbehrlich. Sehr oft ſind deſſen Grundſäze Gegenſtände von Prozeſſen, ja bey Konkurſen und in Vormundſchaftsfällen kan die Bewirthſchaftung ohne dieſe Wiſſenſchaft gar nicht gehörig beſorgt werden 1).

1) §. 91. S. 85.

1081.

Nothwendige Verbindung landwirthſchaftlicher Kenntniſſe beym Baurenrechte.

Es erfordern die Dorf- und Bauerprozeſſe viele Kenntnis der Landwirthſchaft, indem es bey deren Entſcheidung nicht ſowol auf das ſtrenge Recht, als auf die Billigkeit und Möglichkeit der Dienſte und Abgaben ankömmt 1). Daher in den Preußiſchen Staaten verordnet iſt, daß in Sachen, die die Robothen, Schaarwerk, Dienſte, Zinſen, Ehrungen und andere Präſtanden der Unterthanen an ihre Grundherrſchaften betreffen 2), von den Juſtizkollegien nichts einſeitig verfügt, ſondern deshalb entweder ein Kriegs- u. Domainenrath, oder der Landrath, oder ein wirthſchaftsverſtändiger

diger Beamter als Kommiſſarius bey der Inſtruktion und Unterſuchung der Sache zugezogen, und auf deſſen Gutachten vorzüglich Rückſicht genommen werden ſolle 3). Eben ſo wenig darf von denen Juſtizkollegien und Aemtern, wenn der Fall eines durch Schuldenlaſt in Verfall gerathenen Unterthanen vorkömmt, etwas wider denſelben einſeitig verfügt, ſondern es muß zuvörderſt mit den Kammern Abrede genommen werden, wie er allenfalls bey ſeinem Gute zu erhalten, und wieder in Aufnahme zu bringen ſeyn mag, und erſt mit jener Beyſtimmung kan wider ihn mit der Exekution vorgegangen werden 4). Aus gleichem Grunde iſt auch verordnet, daß das Juſtizdepartement und das Generaldirektorium ein genaues Augenmerk darauf haben ſolle, daß die Unterthanen in Prozeſſen nicht von den Beamten unterdrückt werden 5). Jedoch wenn ſie muthwillig Prozeſſe anfangen, können ſie beſtraft werden 6).

1) Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 17. §. 32. 71. ſeqq. Oecon. forenſ. Tom. V. §. 7. 8. 9. S. 5. 6. 9.

2) Die älteren Verordnungen hierüber ſtehen in C. C. March. T. II. Abth. I. p. 132. 241. T. VI. Abth. 1. p. 27. 47. 55. 89. Cont. II. p. 135. 136. Cont. III. p. 282. Cont. IV. p. 332. 73. 330. 331. 166.

3) Königl. Reglement in Prozeſſen zwiſchen Grundherrſchaften und Unterthanen vom 17. Jan. 1780. §. 37. 45. 49. C. C. March. Nov. Tom. VI. p. 1842. 1846. 1847. Reſcript vom 14. Merz 1780. cit. T. VI. p. 1918. Königl. Reglement für Schleſien und Glaz vom 7. Sept. 1770. Verordnung für Oſt- und Weſtpreußen vom 8. Nov. 1773.

cit.

cit. l. T. V. Jahrg. 3. p. 2484. C. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 17. S. 153. ff. Cirkulare an die Schleſ. Landräthe vom 7. April 1763. in der Schleſ. Samml. B. VII. S. 219. Cirkulare vom 6. Jun. 1782. Dergl. über die Konkurrenz der Kammern bey Realexekutionen gegen verſchuldete Unterthanen vom 20. May 1782. in den hiſt. ſtatiſt. Beyträgen Th. II. B. II. S. 589. ff.

4) Cirkul. an alle Juſtizkoll. vom 11. Nov. 1779. und an alle Kammern vom 25. Nov. 1779. in T. VI. C. C. March. Nov. col. 1623. 1626.

5) Dergl. an alle Kammern vom 23. Jun. 1774. T. V. Jahrg. 4. col. 335.

6) C. C. March. T. II. Abth. 1. p. 132. T. VI. Abth. 1. p. 62. 67. 112. 164. 406. 437.

1082.

Beſonderes Preußiſches Dorfpolizeyrecht.

Im Preußiſchen iſt insbeſondere verfügt, daß auf den Dörfern nicht hauſiret werden 1), noch ein Aufkauf an Getreide, Wolle, Häuthen, Hirſe, Wachs, Talch, Butter, Hopfen und Eßwaaren ſtatt haben ſolle 2), noch vielweniger die Fuhrleute, Kärner und Schiffer daſelbſt Waaren, Weine und Lebensmittel verkaufen und abſezen 3), oder das bey ihnen verfertigte Malz zum Verkauf in die Städte bringen dürfen 4). Alle eingeſeſſene Bauren und Landleute müſſen ſich des Handels enthalten 5), aber die ſtädtiſchen Bürger dürfen auf Dörfern wol ihren Handwerkskram verkaufen 6). Juden können hier nicht wohnen, noch hauſiren 7). Eben ſo wenig iſt es den Dörfern erlaubt, zu brauen 8), oder Brandtewein

wein zu brennen 9), wenn ſie nicht mit Erbkrügen und Brauereyen privilegirt ſind 10). Die Bauern ſollen überhaupt nicht bürgerliche Nahrung treiben 11). Wenn in einer Heide, worinn die Dorfſchaft das Weidrecht genießt, Feuer entſteht, ſo verliert dieſelbe auf fünf Jahre den Genuß dieſes Rechts, bis ſie den Thäter ausfindig macht 12). Man hat die auf dem Lande herumſchweifenden Hauſirer, Becker, Schlächter, Töpfer, Eiſenkrämer, Brandtweinbrenner nicht zu dulden 13). Denen ſich hier anſezenden Leinewebern, Spinnern und Hausleuten ſind Freyheiten bewilliget 14). Die Bauren müſſen jährlich 12 Sperlingsköpfe liefern 15), ihre Sünden gegen das VI. Geboth ſind mit Gefängnis und nicht mit Gelde zu beſtrafen 16), und eben ſo dürfen die Feſtungs = und Gefängnisſtrafen bey ihnen nicht in Geldſtrafe verwandelt werden 17).

1) C. C. M. T. V. Abth. 2. p. 520. 521. 524. 528. 529.

2) ibid. p. 9. 11. 13. 25. 30. 42. 86. 102. 119. 121. 132. 154. 159. 162. 210. 269. 294. 495. 518. 534.

3) C. C. March. T. V. Abth. 2. p. 65. 66. 520. 524. 528. 529. Ausnahme wegen Viktualien V. II. 319. Abänderung bey Berlin Cont. II. p. 50.

4) T. V. Abth. 3. p. 385.

5) ibid. Abth. 2. p. 25. 29. 42. 517. T. IV. Abth. 4. p. 15. Cont. III. p. 284. *Gotb. Stoeſſer* Diſſ. de jure commercii ruſticis denegato. Arg. 1671.

6) T. VI. Abth. 2. p. 473. C. C. March.

7) T. V. Abth. V. p. 149. 191.

8) T.

8) T. IV. Abth. 4. p. 13. 14. 15. 89. 105. 117.

9) VI. I. 483. 559.

10) IV. IV. 73. 117. 118. 163. VI. I. 483. 559.

11) T. V. Abth. 1. p. 51. 60. Contin. III. p. 284.

12) C. C. March. Cont. II. p. 194.

13) V. II. 44. et in Adp. p. 452.

14) ibid. p. 477. 15) Cont. II. p. 189.

16) Kabinetsordre u. Reſcript v. 2. u. 8. Febr. 1742. in C. C. March. Cont. II. p. 99. n. 6. u. in der Samml. Schleſ. Ordn. Nachtr. Th. 2. Abth. 1. S. 35. n. 18. S. 36. n. 19.

17) Contin. III. p. 180. C. C. March.

1083.

Vom dörflichen Handwerksweſen.

In Oberteutſchland werden Krämer und alle Gattungen von Handwerkern, ſelbſt die Obermeiſter der Gewerke, auf den Dörfern angetroffen, und nur keine Handwerkszuſammenkünfte können hier gehalten werden. In Niederteutſchland hält man ſtrenger über die Rechte der bürgerlichen Nahrung 1), und die Dorfhandwerker und Krämer 2) ſind in der Regel verbothen 3), und werden nur in Dörfern, die über eine Meile von den Städten entlegen ſind 4), als Ausnahme geduldet 5). Gröſtentheils ſind auch nur ſolche vergönnt, deren die Landwirthſchaft nicht entbehren kan. Es ſind dieſelben Leineweber, Bauerſchneider, die, ohne zugleich Bauern- und Coſſathendienſte zu thun, nicht zugleich brauen, Bier ſchenken und Malz

 machen

machen dürfen 6); ſodann Grobſchmiede, Zimmerleute, Rademacher 7). Aber Tuchmacher, Seifenſieder, Knopfmacher, Huthmacher, Tiſchler, Schlächter, Lohgärber, Pantoffelmacher, Schuſter, Altflikker, Klempner, Seiler, Beutler, Handſchuemacher, Zinngieſer, Töpfer, Tabackſpinner, Nagelſchmiede, Schneider 8) ꝛc. werden auf den Brandenburgiſchen Dörfern nicht gelitten. Die geduldeten Handwerker können Jungen lernen und Geſellen fördern, aber erſtere nicht losſprechen 9). Ueber ihre Meiſterſtücke ſind ebenfalls beſondere Verordnungen 10) vorhanden, und ſie müſſen ſich zu den Meiſtern der nächſtgelegenen Städte halten 11). Die einigen Söhne der adelichen Hinterſaßen dürfen nicht ein Handwerk lernen 12). Die Gerichtsherrſchaften haben in Anſehung der Anſtellung der Dorfshandwerker gewiſſe Rechte, worin ſie aber manchmal von der Landesobrigkeit eingeſchränkt werden 13).

1) *Ludewig* de opifice exule in pagis. Hal. 1724.

2) Trakt. von Dorf- und Landrechten c. 12. §. 56. S. 40. ff.

3) C. C. March. Tom. V. Abth. 1. p. 6. 49. 115. T. VI. Abth. 1. pag. 38. 84. 89. 167. 459. C. C. Magdeb. P. III. p. 643. 723. P. V. p. 426. C. C. Oldenb. P. VI. p. 105. 226. C. C. Holſat. T. I. p. 646. Dähnerts Pommer. L. O. I. 391. Mecklenb. Erbvergl. §. 259. Schaumburg. Sächſ. Recht P. I. c. 9. §. 2. 43. Naßau. P. O. S. 52. Weſtphäl. P. O. t. 31. §. 19. Jus Brunſw. §. 188. Danske Lov III. 11. 22. Wolstereck S. 262. Torgau. Reſolut. von 1609. §. 26.

4)

4) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 38. 39. T. V. Abth. 1. p. 49.

5) Reichsſchluß von 1731. §. 13.

6) Reſcripte vom 18. Jul. 1624. u. 17. Jun. 1714. n. 21. bey Danieres Anleit. zur Kenntnis der in Acciſe, Kontreband und Zollſachen für die Mark ergangenen Landesgeſeze S. 324. 325.

7) Preuß. Reglement von 1729. C. C. M. V. II. 703. Braunſchw. Lüneb. Verordnung vom 3. May 1695. in Rep. p. 1829.

8) C. C. March. Tom. V. Abth. 2. adp. 76. 97. 175. 206. 236. 297. 326. 378. 399. 420. 526. 546. 556. 609.

9) Deklaration von 1724. T. V. Abth. 2. p. 736. 669.

10) ibid. p. 756. 760. 761.

11) cit. l. p. 653. 12) VI. I. 495.

13) V. I. 49. V. II. 671. Klingner Samml. zum Dorf- und Baurenrecht C. 20. §. 71.

III. Abſaz.

Dorfs- und Landobrigkeit.

1084.

Allgemeine Verfaſſung.

Was die obrigkeitliche Verfaſſung auf dem platten Lande überhaupt betrift, ſo wird ſie im Reiche ſowol in Juſtiz- als in Polizeyſachen durch beſonders angeordnete Landvögte und Oberamtmänner beſorgt, in den Preußiſchen Staaten ſind zur Gerechtigkeitspflege beſondere Juſtizämter angeordnet, und das Polizey-

weſen haben die Landräthe und Oekonomiebeamten unter ihrer Aufſicht, wie dieſes beym Kollegialiſchen Polizeyrechte ausführlicher gezeigt werden wird.

1085.

Von den Dorfsamtleuten.

Bey den Gerichtsdörfern befindet ſich größtentheils ein Gerichtsverwalter und Juſtiziar, deſſen wir ſchon beym Adelsrecht Erwehnung gethan haben. Außerdem haben die Dörfer ihre Dorfamtleute, Bauermeiſter, Dorfmeiſter, Dorfſchulzen, Dorfvögte 1), Dorfrichter, Greben und Anwalde. Die Schulzen ſind manchmal Vaſallen, und heiſen Erb = und Lehenſchulzen, genießen gewiſſe Lehengüter, mit welchen das Amt verknüpft iſt 2). Am Neckar und Oberrheinſtrom gibts Zentgrafen, und im Würtembergiſchen haben mehrere Vögte einen bäuerlichen Staabsvogt über ſich 3).

1) Jenichen von Reichsdörfern S. 45. Eſtor Th. I. §. 439.

2) C. C. March. T. II. Abth. V. p. 42. 43. *Chr. Wildvogel* de feudo Sculretico. *Leiſer* Jus Georg. L. III. c. 5. n. 28. Weſtphal t. Rſt. Privatrecht B. I. Abh. 21. S. 243. 245.

3) Dergl. iſt auch das Kirſpel = und zulaufende Gerichte zu Möringen, deſſen Schultheis mit 24. Richtern 5. benachbarter Dörfer ein gemeinſchaftliches Gericht formirt. Ge. Dav. Beger Sendſchreiben vom Kirſpel, und zulaufenden Gericht zu Möringen. Reuttl. 1762.

1086.

Rechte der Dorfsamtleute.

Dieſe Beamten haben gröſtentheils die niedere Gerichtsbarkeit und niedere Polizeygewalt. Nur in Niederteutſchland haben die Dorfſchulzen 1) häufig keine Gerichtsbarkeit 2), ſondern bloß die Befehle des Amts zu vollſtrecken, die eingelaufenen Verordnungen bekannt zu machen, für das Quartier- und Vorſpannsweſen Sorge zu tragen, die Gemeindsgüter zu verwalten, gewiſſe landesherrliche Gefälle zu beziehen 3), und noch einige beſondere Obliegenheiten im Preußiſchen 4).

1) ehmals Villici genannt. *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui, col. 1657.

2) Gabcke Bauernrecht §. 11. u. 18. Eſtor Th. III. §. 439. Th. I. §. 440. Von Rohr Haushaltungsrecht B. II. C. 4. §. 7. S. 227. ff. S. 232.

3) Neumärk. Bauergeſindeordn. v. 1685. tit. 3. C. C. M. T. V. Abth. 3. p. 175. Goth. Schulzenordn. P. III. n. 18. p. 407. Goth. Landesordn. Heß. Kaßel. Grebenordn. S. 128. Wolfenbütt. L. O. Anh. S. 205.

4) C. C. March. Cont. I. p. 20. 22.

1087.

Einſezung und Beſtellung.

Sie werden in der Regel von der Gerichtsherrſchaft beſtellt, und nur ſelten hat die Gemeinde hiebey ein Wahlrecht 1), oder es iſt das Amt lehenbar. Man nimmt dazu die älteſten und vermöglichſten Bauren,

 die

die ſchreiben und rechnen können. Sie werden bey Antretung ihres Amts beeidiget, oder haben wenigſtens den Handſchlag zu thun. Im Reiche und in Wirtemberg werden bloß ausgelernte Kameraliſten zu Dorfamtmännern gemacht, die aber nach dem Erbvergleiche 2) nach und nach abgeſchaft, und die alten Bauerſchulzen und Vögte eingeführt werden ſollen.

1) Ebendaſ. §. 11. 13. u. ff.

2) Erbvergl. zwiſchen dem Herzog und der Wirtemberg. Landſchaft Cl. VI. §. 13. S. 91.

1088.

Dörfliche Obrigkeiten im Reiche.

In Oberteutſchland ſind die Dörfer von ganz anderer Beſchaffenheit, als in Niederteutſchland, und haben viele Aehnlichkeit mit den Städtiſchen Verfaſſungen. Jedes Dorf hat ſeinen vollſtändigen Dorfmagiſtrat 1), der aus einem Amtmann, Schulzen, Vogt, (oder wenn es ein Weiler, aus einem Anwalde,) 12 Dorfrichtern 2) und 12 Rathsgliedern beſteht, und zugleich mit einem Bürgermeiſter, Steuereinnehmer, Dorfſchreiber, mit Felduntergängern, Feldſteußlern, Feldſchüzen, Waiſenrichtern, Bütteln, oder Dorfvögten und anderen öffentlichen Perſonen verſehen iſt.

1) Zweybrück. Unterger. Ordn. Art. 1. 6. Würtemberg. Landr. Th. I. tit. 1. 4. 5. 59. Kurmainz. Untergerichtsordn. tit. 1. §. 3. S. 81. Von Friedberg Eſtor Th. III. S. 362. *Beſold.* ad Jus Prov. Wurtemb. Diſſ. III. th. 77.

2)

2) *God. Dan. Hoffmann* Diſſ. de Jurisdict. Wirtemberg. Civili ord. Tub. 1775. §. 4.

1089.

Dörfliche Obrigkeit in Niederteutſchland.

In Niederteutſchland haben die Dorfsvorſteher ſelten eine Gerichtsbarkeit, ſondern ſtehen faſt in allen Sachen unmittelbar unter der Gerichtsbarkeit des Amts, oder des Gerichtsverwalters. Sie beſizen daher kein eigen Gericht und Rath, ſondern haben bloß neben dem Schulzen, Heimbürgen, Schöppen und Viermänner 1). In Weſtphalen und am Rheine haben ſie Holzgrafen, Obermärkmeiſter, oberſten Waldbott 2).

1) *Io. Chr. Hartung* Diſſ. de Scultetis, Heimburgis et Scabinis paganicis. Ien. 1684.

Chr. Specht Diſſ. de Scultetis et Scabinis. Vit. 1736.

2) *Lodtmann* de judicio Holzgraviali p. 5. 8. 20. *Pufendorf* de Jurisd. Germ. P. III. Sect. 1. c. 2. p. 638. 658.

1090.

Heimbürgen.

Die Heimbürgen, im Heßiſchen Heimbergen 1), beſorgen das Beßte der Gemeinde und vertreten ſie, verwalten auch ihre Güter, beſorgen neben dem Schulzen das Steuerweſen, und einige Polizeyangelegenheiten 2). Sie verſehen an kleinern Oertern zugleich das Schulzenamt, haben viele Aehnlichkeit mit dem Rathe in Oberteutſchland, und ſcheinen mit den Dorfvormunden 3) einerlei zu ſeyn.

1) Eſtor Th. I. §. 441. Th. III. §. 441. Ihre übrigen Benennungen bey Rohr Haushaltungsrecht S. 235. § 14.

2) Landordn. P. III. §. 2. S. 203. §. 16. S. 211. Goth. Landordn. P. II. tit. 27. Schultheiſenordn. §. 18. 27. Mühlhäuſ. Prozeßordn. tit. I. §. 7. S. 4 Siehe von Rohr Haushaltungsrecht. B. II. C. 4. §. 15. ff.

3) Goth. L. O. P. III. t. 7. S. 250.

1091.

Dorfſchöppen.

Die Dorf- und Gerichtsſchöppen ſind eine Art von Gerichtsperſonen, hauptſächlich in peinlichen Sachen, beſorgen einen Theil des Polizeyweſens und den Güteranſchlag, haben alſo einige Aehnlichkeit mit den Dorfrichtern in Oberteutſchland 1).

1) Eſtor Th. III. §. 439. S. 363. Gabcke §. 33. 34. Rohr a. a. O. §. 21 ff.

1092.

Viermänner.

In wichtigen die Gemeinde betreffenden Dingen müſſen die Heimbürgen mit den ſogenannten Vierern oder Viermännern verſtärkt werden 1). Gewiſſe Sachen hängen von der Einwilligung der ganzen Gemeinde ab 2).

1) Von Rohr §. 23. S. 241. 242.

2) ihre Verfahrungsart bey Eſtor Th. III. S. 367. 368.

1093.

Untergänger.

Eine andere Gattung bäuerlicher Gerichtsperſonen ſind die Felduntergänger, Feldſchöppen, Umgänger,

ger, Schieder, Land = Feld = Mark=Schieder, Siebner ꝛc. 1). Sie formiren ein Untergericht, das in Grenzſtreitigkeiten, Bauſachen, Dienſtbarkeiten und dergleichen, ſo auf dem Augenſchein beruhet, in erſter Inſtanz erkennt, und beſtehen aus einigen Richtern oder Rathsperſonen und geſchwohrnen Feldmeſſern und Bauverſtändigen 2). Es haben damit die Holz= Feld = und Wieſengerichte 3), desgleichen die Märkergedinge in Weſtphalen einige Aehnlichkeit 4). Die Anzahl der Untergänger iſt drey oder vier. Der Dorfſchreiber führt das Protokoll und dirigirt die Sizungen, und der Büttel beſorgt die Vorladungen. Sie genießen keinen Gehalt, ſondern bloß Perſonalfreyheit und gewiſſe Taggelder und Sporteln vom Steinſezen.

1) Würtemberg. erneuert. Landrecht. P. I. t. 8. §. Erſtl. P. I. t. 59. §. Nachd. Strasburg. *Mollinger* Diſſ. de pariete communi §. 31. p. 58. Ord. Lindav. tit. I. §. 2. 3. Ulm. Bauordn. Receſſ. Execut. Ravensb. de 4. Iun. 1649. §. 1. Stat. u. Willkühr von Mühlhauſen Art. 29. §. 1. Nürnb. Reform. v. 1564. tit. 1. L. 2. Reform. der Stadt Worms P. III. tit. 1. *Webner* in Obſerv. Sel. v. Untergänger p. 472. *Hoffmann* de jud. aedil. p. 31.

2) *Hoffmann* p. 27.

3) *Mylius* in Diſſ. de jud. Cenſor. Sax. p. 24.

4) *Io. Dan. Hoffmann* Diſſ. de judicio aedilitio Wurtemb. Untergang dicto. Tubingae 1770.

Oetinger de jure et controverſ. limit. L. II. c. 4. p. 402. ſeq.

Schilter in Praxi Jur. Rom. in foro Germ. Ex. XX. ad tit. fin. Reg.

1094.

Feldſteußler.

Die Feldſteußler, die aus 3. oder 4. verſtändigen Ackersleuten, 2. Richtern und 2. aus dem Rathe oder der Bauerſchaft beſtehen, machen ein beſonderes Kollegium aus, das die Feldpolizey zu beſorgen, d. i. Acht zu geben hat, daß die Aecker, Wieſen, Weinberge, Gärten und andere Bauergüter gehörig und geſezmäßig beſtellt und abgewartet werden, damit weder der Obrigkeit und insbeſondere der Zehendherrſchaft und Gutsherrſchaft, noch den Eigenthümern ſelbſt, durch die Vernachläßigung oder verkehrte Bauart Schaden geſchieht. Sie beſitzen zu dem Ende das Strafrecht, und geben über die gehörige Bauart Vorſchrift. Von ihren Sprüchen kan an das Dorfgericht appellirt werden 1).

1) Wütemberg. L. O. Art. von Feldſtüzler fol. 96. ibique *Lindenſpür* et *Beſold*. p. 165. *Hoffmann* de jud. aedil. p. 13.

1095.

Von den übrigen Dorfämtern.

Sonſt ernennen und wählen die Dörfer zuweilen ihre eigenen Kirchenvorſteher 1), Aktuarien, Dorfſchreiber, Säzer, Büttel, Dorfvögte, Flur- Feld- und Weingärtſchüzen, oder Feldhüther 2), Hirten, Nachtwächter, Feuerläufer. In Schleſien ſind beſondere Dorfwachten angeordnet 3).

1) C. C. March. T. I. Abth. 1. p. 297. 422.

2) Deren Verrichtungen Goth. L. O. P. II. c. 3. tit. 27. §. Dieweil. *Fritſch* de diſtr. Vniv. agr. c. 10. §. 3. Gabcke §. 120. ohne Vorbewuſt der Herrſchaft nicht anzunehmen, C. C. March. T. V. Abth. 3. S. 217. jedoch um Lohn zu dingen und wieder abzuſchaffen, ibid. Abth. 1. Tom. VI. p. 21.

3) Cirkulare vom 19. Jenner 1764. in der Schleſ. Samml. B. 8. S. 19.

1096.
Anmerkung.

In Niederteutſchland darf beynahe keines der Dorfämter ohne Bewilligung und Genehmigung der Amts= oder Gerichtsherrſchaft beſezt werden. Dahingegen ſie in Oberteutſchland allein von den Dorfgemeinden durch die Wahl erſezt werden, welches bey den Unterämtern alle Jahr geſchieht.

IV. Abſaz.
Dörfliche Verfaſſung.

1097.
Bauart der Dörfer.

Dörfer ſind gröſtentheils eine Reihe nebeneinander gebauter Wohnungen mit dazu gehörigen Wirthſchaftsgebäuden, und rund um mit Zäunen, Hecken und Leimwänden eingefaßt. Dieſe Umfaſſung heiſt der Hain, wovon die Haimbürgen ihren Namen haben, wie auch der Bannzaun, oder in Schwaben und Franken der Etter, und hat die Rechtswirkung, daß außer=

außerhalb derſelben das Gartenrecht aufhört, und keine Umzäunung zugelaſſen wird. In dem Mittelalter, wo die Dörfer bey Befehdungen ſo oft einem räuberiſchen Ueberfalle ausgeſezt waren, diente dieſe Einfaſſung, die oft mit einem Landgraben, Haingraben, oder mit einem aufgeworfenen Damme verſehen war, den Dörfern zur Vertheidigung 1). Daher ſie manchmal, wie noch in England und Frankreich, Burgen hieſen, wovon die Dorfburgermeiſter noch Ueberbleibſel ſind. Manchmal, wie bey Siegen 2) und auf der Wirtembergiſchen Baare und auf dem Schwarzwalde, iſt jeder Bauerhof von dem andern abgeſondert, und hat ſeine Felder zunächſt um ſich liegen, ſo daß zuweilen dergleichen Dörfer durch den Wald hin zerſtreute Häuſer ſind.

1) Eſtor Th. III. §. 440. 2) Eſtor Th. I. §. 446.

1098.

Dorfmarkung.

Der Bezirk, der zu einem Dorf gehört, heiſt das Weichbild, die Gemarkung, die Landwehre, Dorfflure, Dorffeldmarken, Zwang und Bann, Terminey 1), worauf ſich ſehr oft die Dorfsgerichtsbarkeit erſtreckt 2). Er beſteht aus Ackerfeld, Holzmarken, Wieswachs, Weinbergen, Seen, Teichen, Weihern, Bächen, Ströhmen, Wäldern, Heiden, Weiden, wilden Egarten, Wegen u. ſ. w. 3).

1) Eſtor Th. 1. §. 452. Rohrs Haushaltungsrecht B. 3. c. 2. §. 7. Gabke A. VII. C. 1. S. 68. ff.

2)

2) Sprüchw. Dörfer haben auch Weichbildrecht, bey Eiſenharth Grundſ. des teutſch. Rechts in Sprüchwörtern, Abſchn. 1. S. 6.

3) *Ahasv. Fritſch.* tract. de diſtrictu Vniv. agrorum Civ. vel pagi. Ien. 1670.

Chr. Ulr. Grupen Obſervat. rei agrariae Germ. de Marchis Civ. et vill. von Stadt- und Dorffeldmarken ꝛc. Hann. 1758.

F. G. Pieper Beſchreibung des Markenrechts in Weſtphalen. Halle 1763.

Chr. Wilh. Teuffel Diſſ. de jurisdictione Communitatis ſiue in res vniuerſitatis, von der Dorfs- oder Gemeindsherrſchaft und Gemeindrecht. Altorfii 1719.

Io. F. Wahl Diſſ. de jure et judiciis, quæ communiter veniunt ſub nomine marcarum in Wetterauia. Goett. 1752.

1099.

Gemeindsgüter.

Außerdem beſizen die Dörfer Allmanden, Gemeinheiten 1), Gemeindswälder und Heiden, Weiden, Seen, Plaggenmatt, Heimſchnaat, Marken, Neubrüche, manchmal auch einzele Wieſen, Aekker, Mühlen, Weinberge, Backöfen, Brunnen, Schmieden.

1) *Wolffg. Ad. Schoepff* Diſſert. de bonis vniuerſitatum, quae Germ. dicuntur Almanden. Tub. 1740.

Chr. Ulr. Grupen cit. Obſervat. rei agrariae Germ. de Almeindis, Meinten ꝛc. Hann. 1758.

Beverfoerde de locis quibusdam in aperta marca ſitis Plaggenmatt dictis.

G. I. de Gulich de jure ſcindendi ceſpites in fundis communitatis ad laetificandos agros ibi ſitos in Ep. Osnabr. Goett. 1774.

Repert. Jur. Priv. T. I. p. 171. T. II. p. 975. — Eſtor Th. I. §. 453. Th. III. §. 453. Gadcke Baurenrecht A. 7. C. 2. S. 72. ff. Rohr §. 6.

1100.

Ihre Rechte.

Der Nuzen dieſer Güter ſtehet der ganzen Gemeinde zu, und ſie können von der Obrigkeit nicht verpfändet und veräußert werden, auch ohne landesherrliche Bewilligung nicht einmal von der Gemeinde ſelbſt 1). Die Gemeinde genießt wegen dieſem Vermögen die Rechte der Minderjährigen, und muß davon genaue Rechnungen 2) dem Amte oder der Gerichtsherrſchaft vorlegen 3).

1) Allgem. Hypothekenordn. der Preuß. Staaten v. 1784. §. 129. Heß. Kaßel. Grebenordn. S. 119. Kurbraunſchweig. Konſtitution vom 19. May 1702. in Repert. p. 975. Kurmainz. Landesordn. t. 4. S. 62. tit. 5. S. 63. t. 6. S. 64. Brandenb. Kulmb. Verordn. v. 2. Sept. 1734. u. 30. Aug. 1737. in C. C. Culmb. Tom. III. p. 385.

2) Deren Formulare in der Samml. Schleſ. Ordn. von 1749. S. 695. Bergius Kameral- u. Polizeymagazin Th. 4. S. 69. ff.

3) *Leyſer* Specim. 676. Deciſ. Caſſell. P. I. dec. 85.

1101.

Zweierlei Arten von Gemeindsgütern.

Die Gemeindsgüter ſind von gedoppelter Art. Entweder ſolche, die das Samteigenthum der ganzen Gemeinde ſind, und wovon der Niesbrauch jedem Gemeindsmanne zuſtehet, oder ſolche, die zwar ebenfalls ein Samteigenthum begreifen, deren Nuzen aber zur Beſtreitung der Gemeindslaſten verwendet wird 1). Auch die erſtere Gattung kan nur auf die in den Geſezen, Verträgen und im Herkommen gegründete Art genoſſen werden 2), und darf oft nicht einmal vertheilt werden 3).

1) *Kemmerich* in Acceſſ. Inſtitut. L. I. Sect. IV. tit. 44. §. 31. Krüniz Oekonom. Encyklop. Th. XVII. S. 140. 141.

2) *Stryk* de jure Crat. C. III. n. 4. *Wernher* in Obſervat. forenſ. P. VIII. obſ. 70. *Lodtmann* de jure Holzgrav. p. 4. *Leyſer* Jus Georg. L. III. c. 10. p. 4.

3) *Krebs* de ligno et lapide P. I. Cl. IV. Sect. XVII. §. 4.

1102.

Von Gemeindsmännern und vom Gemeinderecht.

Nicht jeder bäuerlicher Einwohner eines Dorfs, ob er ſchon manchmal ein Glied der Bauerſchaft iſt, nimmt an dieſen Gemeindsgütern und andern Rechten der Gemeinde Antheil, ſondern nur die ſogenannten Gemeindsmänner, die vollſtändige Bauergüter beſizen, und daher an einigen Orten im beſondern Sinne Bauren oder Ackerleute genennt werden 1). In Weſt=

phalen, in der Wetterau und am Rhein heißen ſie Markgenoſſen. Das Recht, an allen Vortheilen und Rechten Antheil zu nehmen, und die Schuldigkeit, zu allen Laſten und Beſchwerden des Dorfs ſeinen Beytrag zu thun, heiſt das Gemeindsrecht, das Märkerrecht 2), oder die Einart 3), und iſt größtentheils ein dingliches Recht 4). Die Güter, worauf dergleichen Rechte ruhen, nennt man Gemeindsgüter, und es können deren von einem Bauren zwey und mehrere beſeſſen werden 5). Der Beſitzer gelangt aber nicht anders zum Genuſſe des doppelten Gemeinderechts, als daß er auch doppelte Dorfslaſten trägt, und werden darunter die Abgaben an den Pfarrer und Küſter nicht gerechnet 6).

1) *Iuſt. Fr. Aug. Lodtmann* de iure holzgraviali praeſ. in Ep. Osnabr. Lemgov. 1770. p. 21. 49.

2) Eſtor Th. I. §. 453. Vergl. Th. III. §. 453. S. 367.

3) *I. I. Reinhard* de Jure foreſtali German. nec non de Jure in Germ. cel. Mærkerrecht dicto. Francof. ad M. 1759.

4) *Schoepff* de bon. Vniuerſit. §. 13. 14. p. 19. 21. Von Cramer Erleuterung der teutſchen Rechtslehre vom Condominium, worinne Märkerſchaften beſtehen, und deſſen Wirkungen, in Wezlar. Nebenſt. Th. 3. S. 113.

5) Weſtphal teutſch. u. Reichsſtänd. Privatrecht Th. 1. S. 95.

6) Acta in Sachen Joh. Georg Hellerſchmidts wider die Gemeinde zu Böhnweiler, Rothenburgiſchen Gebiets, bey hieſiger Fakultät.

1103.

Gemeinherrſchaft, Gemeindsherrſchaft.

Die Gemeinherrſchaft iſt die gemeinſchaftliche Ausübung der zweyen oder mehreren Dorfsherrſchaften zuſtehenden Rechte über eine und dieſelbe Dorfgemeinde 1). Die Gemeindsherrſchaft beſteht in der Befugnis, über die Gemeinheiten und Gemeindsangelegenheiten zu erkennen und Recht zu ſprechen, und darüber obrigkeitliche Gewalt auszuüben 2).

1) *Ge. Ad. Will.* Diſſ. de jurisdictione communi vulgo Gemeinherrſchaft. Gieſſ. 1701.

Wölkers Anmerk. über die Nürnb. Reformat. Th. 1. S. 302.

2) *Teuffel* de jurisd. Communit. C. 1. §. 5.

1104.

Dörfliches Beſteurungsrecht.

Die Dörfer und Bauergemeinden beſizen in den meiſten Gegenden Teutſchlands zu Beſtreitung ihrer Gemeindsausgaben unter ſich ein Beſteurungsrecht. Sie ſtehen aber deswegen unter landesherrlicher und Gerichtsherrlicher Oberaufſicht, die ihnen darüber die Beſtätigung zu ertheilen haben. Einmal eingeführte Gemeindsabgaben müſſen fortgeleiſtet; dahingegen dürfen im Preußiſchen ohne Bewilligung der Kammern weder neue eingeführt, noch überhaupt den Dorfſchaften Gelder geborgt werden 1).

1) Preuß. Patente und Edikte, worinn alles eigenmächtige Collektiren bey den Bürgerſchaften, Gemeinden

 und

und Dorfſchaften verboten wird, vom 6. Jul. 1702. 27. Aug. 1743. und 3. Oct. 1752. und 4. Merz 1728. Corp. C. March Nov. T. I. p. 383. T. V. Abth. 3. p. 347. 427. C. C. March. Mindiſche Dorfordn. §. 63. Samml. Schleſ. Ordn. von 1743. B. I. S. 111. Allgemeine Hypothekenordn. für die geſammten Preuß. Staaten 1784. §. 129.

1105.

Uebrige Gemeindseinkünfte.

Die Dorfgemeinde, und im Reiche ihre Repräſentanten, das Gericht und der Rath zuſammen, ſind berechtiget, ihre Gemeindsgüter nach Willkühr zu benüzen, oder den Genuß andern gegen gewiſſe Geldabgaben zu überlaſſen oder zu verpachten, und die davon abfallende Einkünfte zu Beſtreitung ihrer Gemeindsausgaben anzuwenden 1). Wenn ſie z. B. beſondere Weiden fürs Melkvieh halten, ſo gehört das Weidgeld ihrer Kämmerey 2).

1) Krüniz a. a. O. S. 141.

2) Mindiſche Dorfordn. vom 7. Febr. 1755. §. 46. in C. C. M. Nov. T. I. p. 739.

1106.

Gemeindsdienſte.

Die zur Erhaltung, Wiederherſtellung und Bewirthſchaftung der Gemeindsgüter nöthigen Arbeiten und Dienſte, Riegewerk genannt, müſſen die Glieder der Gemeinde unweigerlich und umſonſt übernehmen und verrichten 1). Das gehört zu den Gemeindslaſten. Daher auch diejenigen Bauern, die nur gemeſ-

ſene

ſene Dienſte zu leiſten haben, doch die wüſten Aecker und ſteuerbaren Hufen, welche die Obrigkeit unter ihrem Pfluge und unter ihrer Beſorgung hat, an ihren gewöhnlichen Hoftagen mit zu beſtellen haben 2).

1) *Fritſch* de ſtatu pagor. C. 17.

2) Reſcript vom 21. Oct. 1754. in C. C. March. Nov. T. I. p. 702.

1107.

Polizeyaufſicht über die Dörfer.

Die Dorfgemeinden und Bauerſchaften dürfen im Preußiſchen ohne obrigkeitliches Vorwiſſen keine Zuſammenkünfte halten, und Geld einſammeln 1). Wenn das leztere doch geſchehen iſt, ſo haben die Landräthe genau zu unterſuchen, wohin das Geld gekommen iſt 2).

1) Siehe die §. 1104. angeführten Edikte und Patente.

2) C. C. March. Cont. III. p. 284.

V. Abſaz.

Eintheilung der Bauren.

1108.

Rechtsbeſtimmung eines Bauren.

Ein Bauer iſt eine Perſon von der niedrigſten Volksklaſſe, die ſich unmittelbar mit dem Ackerbaue und der Landwirthſchaft abgibt. Andere haben ihn unrecht als eine Perſon beſchrieben, die auf dem Lande wohnt und Ackerbau treibt 1), oder ein Bauergut beſizt 2).

1) *Wolfg. Frid. Schroedter* Diſſ. de notione ruſticorum in Germania. Goett. 1743.

2) Weſtphal teutſches und Reichsſtänd. Privatrecht, Th. 1. Abh. 26. §. 2. S. 242.

1109.

Verſchiedenheit vom Landmanne.

Daß er eine Perſon von der niedrigſten Volksklaſſe iſt, als weswegen er eigene Obliegenheiten hat, darinn liegt das unterſcheidende Kennzeichen eines Bauren vom Landmanne, der ſich ebenfalls mit der Landwirthſchaft und mit dem Ackerbaue bald mittelbar und bald unmittelbar beſchäftigt, aber ein Edelmann, ein Rath, ein Beamter, ein Bürger auf eben die Art ſeyn kan, wie derjenige, der Bauergüter beſizt.

1110.

Eintheilung der Bauren.

Die Bauren theilen ſich ab I) nach ihren allgemeinen Obliegenheiten, II) nach ihrem unterthanſchaftlichen Verhältniſſe, III) nach ihren Beſizungen, IV) nach der Pachtart, V) nach der Beſchaffenheit der Dienſte, und VI) nach der Beſchaffenheit der Abgaben.

I. Abtheilung der Bauren nach ihren allgemeinen Obliegenheiten.

1111.

Erklärung.

Nachdem die Bauren in leibeigenſchaftlicher Verbindung entweder für ihre Perſon oder für ihre Güter

ſtehen,

ſtehen, oder nur wegen des Pachtkontrakts zu gutsherrlichen Dienſten und Abgaben verpflichtet, oder gar davon befreyet ſind, oder nicht einmal landesherrliche Unpflichten zu tragen haben, heiſen ſie Leibeigene, Unfreye oder Dienſtbauern, Pachtbauern, Freye und Freyſaßen, Reichsfreye, welche leztere die Einwohner der unmittelbaren Reichsdörfer ſind 1).

1) Dav. Mevius vom Zuſtand, Abford- und verwiederter Abfolge der Bauern C. 1. n. 13. Von Benkendorf Oecon. for. T. V. p. 420. führt dieſe Stelle aus Rohrs Haushaltungsrecht B. II. C. 7. §. 1. der alten, und P. I. §. 238. der neuen Ausgabe unter dem Namen David Irenius an, welches aber der angenommene Name des Mevius iſt.

1112.

Einleitung.

Wir wollen nun dieſe Gattungen der erſten Klaſſe auseinanderſezen, und daher mit den Leibeigenen den Anfang machen.

I. Glied.

Leibeigenſchaftsrecht.

1113.

Literatur.

Frid. Huſan. et *Io. Euch. Erbard.* tract. de ſervis, hominibus propriis et famulis, cum praefat. *Io. Ott. Taboris*, Gieſſae 1663.

Io. Herm. Stamm tract. de Seruitute perſonali. Ed. III. Francof. 1699.

Dav. Rehm de ſtatu et jure hominum propriorum. Brem. 1661.

Hier. Frider. Vogt a Berg de hominibus propriis. Alt. 1664.

Jak. Otto Vorſtellung der Leibeigenſchaft. Frankfurt 1680.

Io. Nic. Hertius de hominibus propriis. Gieſſ. 1680.

Giuſto Fontanini delle Maſnade et altri Servi ſecundo l' uſo de Longobardi Ragionamento. Venezia 1698. auf eine höchſt erbärmliche Art überſezt bey Eſtor in den kleinen Schriften Th. 2. S. 294.

Chr. Thomaſius de hominibus propriis et liberis Germanorum. Hal. 1700.

Idem de uſu practico diſtinctionis hominum in liberos et ſervos. ib. 1711.

Idem de uſu practico diſtinctionis hominum in ingenuos et libertinos. ib. eod.

Ioach. Pottgieſſer de ſtatu et conditione ſervorum in Germania. Lemgov. 1736.

Herm. And. Meinders de jurisdictione colonaria et curiis dominicalibus veterum Francorum et *S*axonum. Lemgov. 1713.

Ioh. Chriſt. Schacher de hominibus glebae adſcriptis Luſatiae ſuperioris. Lipſ. 1715.

Io. Wilh. Waldſchmid de hominibus propriis Haſſiacis. Marp. 1716.

I. H. Boehmer de jure et ſtatu hominum propriorum a ſervis Germaniae, non Romanis, deriuando, et

de

de uſu hujus doctrinae. Hal. 1716. T. I. exerc. ad Pand. pag. 735. 809.

Juſt. Jthel. von Vinck Gedanken über das Osnabrückiſche Eigenthums = oder Gutsherrnrecht. Lemgo 1721.

Pol. Leyſer obſ. diplom. hiſt. de ſervis ſervorum, de frilingis, de cidonum abſolutione, de ſervis nobilibus. Helmſt. 1727.

Ioh. Bernh. Molckenbaur de hominibus propriis Weſtphaliae non liberis ſed ſervis. Gieſſ. 1732.

Aug. a Balthaſar diſſ. I-III. de origine et conditione hominum propriorum in Pomerania. Gryph. 1735. 1737. 1740. Neue mit Beylagen vermehrte Ausgabe 1779.

Joh. Ad. Kopp von den armen Mannen, genannt die Peterlinge in Heſſen, der Wetterau und dem Vogelsberg, in *Kuchenbeckeri* analect. Haſſiac. collect. 9. pag. 65. ſqq.

Ant. Hockauf Diſſ. de ſervitute praecipuarum regionum Germ. Lipſ. 1757.

Ioh. Ge. Eſtor de hominibus propriis Germaniae praeſertim in Weſtphalia ſuperſtitibus. T. II. der kleinen Schriften S. 114. Ebenderſ. vom Zuſtand einiger Heſſiſcher Leibeigenen. l. c. Th. I. S. 239.

G. Chr. Gebauer Progr. de dominica vet. Germ. poteſtate. Goett. 1757.

Id. Diſſ. de libertinitate vet. Germanorum. Goett. 1759.

Ern. Ioh. Mantzel de eo quod praecipue juris eſt circa homines proprios in Megapoli. Roſt. 1738.

Henr. Chriſt. de Senckenberg de conditione ſervorum. Gieſſ. 1743.

(Joh. Chriſt. Palm) Entwurf des Leibeigenthumsrechts überhaupt, und inſonderheit wie ſelbiges in der Grafſchaft Hoya und einigen andern Weſtphäliſchen Provinzen hergebracht iſt. Hann. 1747.

Beſchreibung der Leibeigenſchaft, wie ſolche in Liefland über die Bauren hergebracht iſt, in G. F. Müllers Ruß. Samml. Th. IX. S. 464. ff.

1114.

Altteutſche Verfaſſung.

Die Teutſchen ließen durch ihre Sklaven den Akkerbau beſorgen. Sie gaben denſelben gewiſſe Feldgüter zur Beſtellung ein, wovon ſie jährlich eine gewiſſe Fruchtgülte abliefern mußten, und das Uebrige für ſich behalten konnten. Die übrigen Sklaven brauchten ſie theils zu Handwerkern und Handthierungen, und theils zu andern Verrichtungen, und erhielten ſie auf ihren Wohnhöfen; dahingegen jene eigene Häuſer, Hütten, Kothe hatten, und ſich ſelbſt unterhalten mußten.

1115.

Benennungen.

Sie hieſen Servi, Aldii, Albini, Coloni, Coſſati, Caſati, Sinurdi, Curmediales, Hobarii, Laſſi, Liti, Miniſteriales, Barſchalci, Oblati, Obnoxii, Mancipia, Ga-

Gaſindi, Eigene, Eigenbehörige, Leibeigene, Halseigene, Hausgenoſſen, Wildfänge, arme Leute, Unterthanen, Schalke ꝛc. 1).

1) *Pfeffinger* in Vitr. illuſtr. Tom. II. pag. 962. ſqq. *Grupen* Obſerv. IV. c. 2. §. 4. p. 1015.

1116.

Erklärung der Leibeigenſchaft.

Die Leibeigenſchaft iſt eine dingliche Verpflichtung der Perſonen zu gewiſſen Dienſten und Abgaben 1).

1) Eſtor Th. I. §. 359.

1117.

Abtheilung.

Dieſe dingliche Verpflichtung klebt entweder der Perſon erblich an, und iſt die eigentliche Leibeigenſchaft, in Niederteutſchland die ſogenannte Unterthänigkeit 1), oder ſie iſt mit dem Güterbeſitze verknüpft, und dann begreift ſie die unfreye Bauerſchaft 2), oder lat. agricolatio 3).

1) Oecon. forenſ. T. V. §. 237. S. 221. u. §. 17. S. 14.

2) Gloſſe zum Magdeb. Weichbild Art. 3. §. 3. Sächſ. Landrecht Art. 42. §. .

3) *Lauterbach* in Colleg. theor. practic. T. I. tit. V. §. 13. p. 104.

I. Kapitel.

Perſönliche Leibeigenſchaft.

1118.

Kennzeichen.

Man hat außer der Ableiſtung der Leibhühner kein recht ſicheres Kennzeichen der Leibeigenſchaft.

Denn ſowol die Dienſte, als die Abgaben, beſonders das Hauptrecht haben ſie nicht nur mit den andern Bauergattungen, ſondern ſelbſt mit einigen andern Bürgerklaſſen, als mit dem Adel gemein 1). Es muß bloß aus den Umſtänden und aus der beſondern Landesverfaſſung beurtheilt werden.

1) Weſtphal teutſch. u. Reichsſtänd. Privatrecht Th. I. Abh. 37. S. 411.

1119.

Veränderungen bey der Leibeigenſchaft.

Gleich nach der Ausbreitung der chriſtlichen Religion in den Abendländern eiferte die Kleriſey ſehr gegen die teutſche Sklaverey, und nöthigte die Laien durch ihre Predigten nicht nur ihre Leibeigenen heerdenweiſe freyzulaſſen, ſondern beſchränkte auch ihren Handel durch verſchiedene Staatsgeſeze. Man erlaubte nicht mehr, daß der Leibeigene als eine Waare zu jedem Gebrauche verkauft werden durfte 1). Indeß blieb ſein Zuſtand doch bis zum XVI. Jahrhundert noch drückend genug 2), wo endlich der von ihnen erregte Aufſtand, die neuen Kameralgrundſäze, der eingeführte beſtändige Soldat, und das römiſche Recht ihren Zuſtand etwas milderte, der jedoch in Niederteutſchland wegen dem alten Haſſe gegen die Slaven weit drückender iſt, als in Oberteutſchland.

1) Meine Geſchichte des teutſchen Handels, Th. 1. Abſch. IX. S. 45. ff.

2) *Io. Boemus* mores, ritus ac leges omnium gentium. 1591. L. III. c. 12. p. 253.

1120.

1120.

Sind alle Bauren leibeigen geweſen?

Es wird über die Rechtsfrage ſehr geſtritten, ob die heutigen Bauren von den alten Leibeigenen herkommen, oder nicht 1). Sie iſt allerdings zu bejahen. Denn ob zwar ſchon einige von alten Freygebohrnen, von Bürgern und ſogar von Edeleuten herrühren 2), ſo machen doch dieſe in Betracht des ganzen Haufens eine ſehr unbeträchtliche Anzahl aus, die nur Ausnahme von der Regel ſind 3).

1) *Io. Ge. Eſtor* Disqu de praeſumtione contra ruſticos in cauſis operarum. Gieſſ. 1736.

Io. Leonh Hauſchild Diſſ. de praeſumt. pro libertate naturali in cauſſis ruſticorum. Dresd. 1738.

Io. Iac. Reineccius Diſſert. de ruſtico quondam ſeruo. Ien. 1749.

A. Rud. Ioſ. Bunnemann Adſertio de ruſticorum libertate et operis contra *Reineccium* &c. Hann. 1750.

Selchow in Elem. Jur. Germ. §. 341. 376.

2) *Grupen* Obſervat. p. 1005. *Selchow* de jur. ingen. c. 1 §. 20.

3) Eſtors bürg. Rechtsgel. Th. III. §. 358. S. 308. Von Benckendorf in Oeconom. forenſ. T. V. pag. 206. ff. Weſtphal teutſches Privatrecht Th. I. Abh. 31. S. 333. ff.

1121.

Geographiſche Nachricht von der Leibeigenſchaft.

Die Leibeigenſchaft iſt am ſtrengſten theils aus Haß gegen die Slaven, theils weil ſie hier erſt in

der

der neuern Zeit eingeführt, in Böhmen, Mähren, Lauſiz, in der Mark, Pommern, Preußen, Mecklenburg, in den Weſtphäliſchen Ländern, Osnabrück, Münſter, Paderborn, Hildesheim, Minden, Ravenſperg, Lippe. Gelinder in Schleſien, in den Grafſchaften Leiningen, Hoya, in Holſtein, Heſſen, Schwaben, Baiern und am Rheinſtrohme 1).

1) *Selchow.* El. Jur. Germ. §. 376. Oecon. forenſ. T.V. §. 246. S. 221.

1122.

Beſchaffenheit in den Preußiſchen Staaten.

Die perſönliche Leibeigenſchaft oder die ſogenannte Unterthänigkeit iſt in Beziehung auf die Landesherrſchaft in allen Preußiſchen Staaten aufgehoben, und die Dienſte in eine jährliche Abgabe verwandelt worden 1). Jedoch gehen die zum Grunde liegenden Geſeze nicht auf die Leibeigenen der Gutsherrſchaften, und ſelbſt bey den königlichen Amtsunterthanen können ſie nicht überall in Vollziehung gebracht werden. Indeß ſind die Leibeigenen der Gutsherren in Pommern und Preußen auf Glebae adſcripti reducirt worden 2), und dieſe ſollen beſonders in Schleſien auf alle Weiſe zur Aufhebung der Unterthänigkeit bewogen werden 3).

1) Königl. Flecken ⸗ Dorf ⸗ und Ackerordn. vom 16. Dec. 1702. Art. 61. in T.V. C. C. March. Abth. 3. p. 246. Edikt wegen Ravenſperg vom 5. Merz 1708. ap. *Meinders* de jurisd. colon. p. 175. Oſtpreuß. Reſcripte von 1719. 1720. 1723. 1724. Beylage zum Weſtpreuß. Notificationspatent v. 28. Sept. 1772. Abſchn. V. n. 5. C.

C.

C. March. Nov. T. V. Jahrg. 2. p. 489. Verordn. wegen der Dienſte in Oſt- und Weſtpreußen vom 8. Nov. 1773. ibid. Jahrg. 3. p. 2473. Vor- und Hinterpomm. Bauerordn. vom 30. Dec. 1764. tit. 3. §. 1. Edikt wegen Erlaſſung der Unterthänigkeit in Schleſien vom 1. Merz 1744. in der Samml. Schleſ. Ordnung. B. I. 1744. S. 17. Bauerordn. für Vor- und Hinterpommern vom 30. Dec. 1764. tit 3. §. 1. Schleſ. Umlauf an alle Landräthe wegen Aufhebung der Unterthänigkeit vom 13. Jun. 1763. a. a. O. B. VII. S. 293.

2) Oecon. forenſ. Tom. V. §. 301. S. 270. §. 315. S. 281. §. 332. S. 294. 295. *Meinders* de jurisdict. Colon. p. 117. Sahmens Preuß. Rechtsgelehrſ. S. 22. 28.

3) Schleſ. Umlauf v. 13. Jun. 1763. a. a. O. S. 294.

1123.

Wildfänge.

Eine beſondere Gattung Leibeigener ſind die Wildfänge in der Pfalz, deren Urſprung oben §. 599. angegeben worden iſt. Sie müſſen nach Jahr und Tag ihrer häuslichen Niederlaſſung an die Kurpfälziſchen Ausfauthe 1) zur Anerkennung ihres leibeigenſchaftlichen Stands den Fahgulden, und hernach jährlich das Leibbeth und Zinshuhn entrichten, die Dienſtpflicht ablegen und Frohndienſte thun, wie auch ſich der Werbung unterziehen. Bey ihrem erbeloſen Abſterben erbt ſie der Kurfürſt, bey andern Sterbfällen aber haben ihre Erben bloß das Hauptrecht zu theidigen 2).

1) Eſtor Th. II. §. 6076.

2) Pfälz. L. O. tit. 5. S. 57. Pfälz. Verordn. v. 4. Jenner 1753. *Pottgieſer* de ſtatu ſerv. L. I. c. 4. §. 98. 99. L. V. c. 2. §. 12.

II. Kapitel.

Dingliche Leibeigenſchaft.

1124.

Von Laßen, unfreyen Gutsbauren, Dienſtbauren.

Bey dem großen Ueberfluſſe des Grundeigenthums und dem Mangel an Bevölkerung im Mittelalter geſchah es häufig, daß die Gutsherren Grundſtücke ausgaben, um dafür leibeigenſchaftliche Dienſte und Abgaben zu erhalten, oder bey der Freylaſſung die Dienſte und Abgaben auf die Güter legten 1). Daraus entſtand die zwote Gattung der erſten Klaſſe der heutigen Bauren. Sie heißen Laßen, weil ſie ehmals als Leibeigene freygelaſſen worden, unfreye Gutsbauren, als Güterbeſitzer, die in leibeigenſchaftlicher Verbindung ſtehen, Dienſtbauren, weil ihre Obliegenheit hauptſächlich in Ableiſtung der gutsherrlichen Bauerdienſte beſtehet.

1) Weſtphals teutſches Privatrecht Th. I. Abh. 31. §. 3. 4. S. 334.

1125.

Ihre Rechtsverfaſſung.

Es leiſtet dieſe Gattung bloß wegen ihrem Güterbeſitze leibeigenſchaftliche Dienſte und Abgaben. Ihre leibeigenſchaftliche Verpflichtung iſt alſo bloß dinglich, und klebt dem Gute an, wovon ſie ſich

durch

durch Auflaſſung des Bauerguts auf einmal wieder befreyen können, weil ſie für ihre Perſonen ſelbſt frey ſind 1).

1) *I. H. Boehmer* Diſſ. de libertate imperfecta ruſticorum Germaniae. Hal. 1732.

Gottl. Sturm Diſſ. de ruſticis neque ſeruis Rom. neque Germanicis. Viteb. 1732.

1126.

Majerdingsleute.

Die Majerdingsleute gehören allerdings unter dieſe Klaſſe von Bauren, da ſie von ihrem Gute alle Jahre eine Leibhenne geben müſſen 1), welches ein ganz unſtreitiges Kennzeichen der Leibeigenſchaft iſt. Nebendem haben ſie noch Bedemund und Baulebung zu entrichten. Wer ſich dieſer dinglichen Leibeigenſchaft nicht unterziehen will, muß das Gut durch einen Treuenhänder beſizen 2).

1) *Strube* de bonis meierding. in Acceſſ. ad Jus Vill. §. 13. p. 206. *Conradi* de jure retr. in bon. meierding. §. 3. p. 10.

2) *Conradi* §. 13.

1127.

Verfaſſung der Laßbauern in den Preußiſchen Staaten.

Dieſe befinden ſich in etwas ſtrengerer Verbindung, als anderswo. Sie dürfen ihre Stellen und Güter nicht geradezu, ſondern nur nach vorheriger Stellung eines tüchtigen Gewehrsmannes aufgeben 1). Eben ſo müſſen ihre Kinder den väterlichen Hof anneh-

nehmen, und können ſich bloß auf eine ähnliche Art von dieſer Verbindlichkeit befreyen 2), und davon ziehen. Wenn dieſe 3. Jahre der Grundherrſchaft gedient haben, ſo können ſie hernach ein Handwerk lernen, oder eine Profeſſion und freye Kunſt ergreifen 3), dürfen überhaupt jede Lebensart annehmen 4).

1) *Müller* in Pract. Civ. March. Reſol. 97. §. 49. Oec. for. T. V. p. 242.

2) Oecon. for. T. V. p. 444.

3) *Müller* Reſol. 97. §. 59. 60. 61.

4) Neumärk. Bauer- und Geſindeordn. von 1685. tit. 1. §. 1.

III. Kapitel.

Erwerbung der Leibeigenſchaft.

1128.

Erwerbung im Kriege.

Eine der älteſten und reichhaltigſten Erwerbungsarten war der Krieg 1), wo man die Gefangenen, ſtatt zu tödten, zu Sklaven machte 2). Dieſes hat aber heutzutage nach dem Europäiſchen Völkerrechte nicht mehr ſtatt 3).

1) *Seneca* p. 47. *Tacit.* Ann. L. XII. c. 27.

2) Meine Geſchichte des teutſchen Handels Th. I. Abſchn. VII. S. 28. ff.

3) *Hert.* de Lytro, Sect. II.

1129.

Erwerbung durch Verträge.

Wer die freye Gebahrung über ſeine eigene Perſon oder über die ihm Angehörigen hatte, der konnte ſich

ſich oder dieſe durch allerlei Kontrakte 1) an einen Andern übergeben 2). Es geſchah dieſes bey Theurungen und Mißwachs, oder auch aus chriſtlicher Andächteley, um den Schuz gewiſſer Heiligen zu genieſſen 3), im Mittelalter häufig, daß ſich die Leute entweder ſelbſt oder ihre Kinder aus Hungersnoth und Armuth verkauften 4). Der Verkauf der Kinder iſt nachher durch Geſeze eingeſchränkt worden 5), und heutzutage ganz unerlaubt. Nur wenige Gegenden 6) gibt es noch, wo freye Leute ſich den Andern zu Leibeigenen übergeben dürfen 7). Das darüber aufgeſezte Inſtrument heiſt der Ergebebrief, und wird ſchon bey Markulfen angetroffen 8). Man wird auch durch den bloßen Bauerbrief oder Bauerkontrakt leibeigen, wenn man nemlich ein Bauergut in Beſiz nimmt, womit dieſe Beſchwerde verknüpft iſt 9).

1) L. Friſion. tit. 2. §. 1. Bajuvar. tit 5. §. 6. Sächſ. Landr. B. III. c. 32. *Tacit* de mor. Germ. c. 24.

2) *Ferd. Aug. Hommel* de ſeruitutis per pactum conſtitutione. Lipſ. 1736. *Io. Phil. Carrach* Diſſ. de addictione in ſeruitutem ſpontanea. Hal. 1753.

3) *Arnulf.* de mirac. S. Emmeran. l 1. c. 12 *Mabillon* de re dipl. cor. 4. Joh. Ad. Kopp von den armen Mannen, genannt die Peterlinge, in Heſſen, in der Wetterau und auf dem Vogelsberg, in *Kuchenbecker* Anal. Haſſ. Coll. IX. p. 69.

4) Meine Geſchichte des teutſchen Handels a. a. O. S. 29.

5) *Io. Phil. Datt.* Diatr. de venditione liberorum. Ulm. 1700. *De Lauriere* Gloſſ. du Droit François T. II. p 68. Loi Outrée.

6) Ravensberg. Eigenthumsordn. C. 1. §. 10. Osnabrück. E. O. C. 2. §. 3. Oberlauſ. Unterth. O. §. 2. Niederlauſ. L. O. Art. 2.

7) *Leiſer* Jus Georg. L. 2. c. 7. §. 35. p. 303. *Pottgieſer* L. V. c. 2. § 7. Oecon. for. T. V. §. 411. p. 348. ſeqq.

8) L. II. form. 21, 22. Capit. Kar. M. de 779. c. 19. ap. *Baluz.* T. II. Capit. col. 308. Oecon. for. cit. l. §. 413. p. 349.

9) Niederlauſ. L. O. Art. 2.

1130.

Stillſchweigende Ergebung zur Leibeigenſchaft.

Durch ſtillſchweigende Einwilligung wird man leibeigen, wenn man an einem Orte, wo Wildfangsrecht 1), oder das Sprüchwort, die Luft macht eigen 2), in Uebung iſt 3), ſich wohnhaft niederläßt, und über Jahr und Tag da geblieben iſt 4), ferner an gewiſſen Orten durch die Verheirathung mit einer leibeigenen Perſon, nach den Sprüchwörtern, die unfreye Hand ziehet die freye nach ſich, und trittſt du mein Huhn, ſo wirſt du mein Hahn 5), endlich Kinder durch den Ergebebrief der Eltern 6).

1) *Pottgieſer* de ſtatu Servor. L. I. C. IV. §. 98. L. V. C. II. §. 12.

2) Id. L. V. c. 22.

3) welches nicht vermuthet wird. *Riccius* de praeſcript. C. XVI. §. 3. p. 139. Eiſenharth von Sprüchw. S. 73.

4) *Mev.* P. VI. deciſ. 335. Oecon. for. T. V. §. 403 p. 343.

5) Re-

5) Reſolution vom 9. Jun. 1756. in C. C. March. Nov. T. II. p. 109. Eiſenharth a. a. O. S. 75. Vergl. *Selchow* de matr. nob. cum vili et turpi perſ. §. 10. Oecon. for. Tom. V. §. 405. 407. Eſtor Th. I. §. 359. S. 155.

6) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 341. wo eine Reſolution vom 15. Nov. 1670. wegen Unterthänigkeit der ante ſubjectionem gezeugten Kinder n. 7.

1131.
Nothwendige Ergebung zur Leibeigenſchaft.

Wer ſeine Schulden nicht bezahlen 1) oder die Zinſe und Abgaben nicht abtragen konnte 2), in der Jugend ausgeſezt worden war 3), oder im Zweykampfe den Kürzern gezogen 4), oder Schifbruch gelitten 5), ſich zum Pfande übergeben, die Geiſelſchaft gebrochen 6), oder gewiſſe Verbrechen begangen hatte, der gerieth nothwendiger Weiſe in die Leibeigenſchaft.

1) Capit. Kar. M. de part. Saxon. c. 20. L. Saxon. tit. 1. §. 4. L. Bajuvar. tit. 2. §. 1. Wiſigoth. L. V. t. 6. §. 5. Jus prov. Sax. L. III. art. 39. Schwäb. Landr. c. 130. Weichbild c. 27. *Marculf* l. 2. form. 36. 58.

2) *Riccius* de pacto commiſſ. circa pign. §. 28. p. 57.

3) *Pottgieſer* de ſtatu Serv. L. 1. c. 1. §. 13.

4) Id. L. I. c. 1. §. 9. 5) Alb. Stad. ad a. 1112.

6) *Greg. Tur.* Hiſt. l. III. c. 15.

1132.
Gebohrne Leibeigene.

Die von zwei leibeigenen Eltern oder von Einem 1) derſelben, oder wenigſtens von einer leibeigenen

Mutter 2) erzeugten Kinder, desgleichen an einigen Orten die Findlinge und Hurkinder 3), ſind ebenfalls leibeigen. In Preußen aber ſcheint bey einer ungleichen Ehe nur auf die Leibeigenſchaft des Vaters geſehen zu werden 4). In Wirtemberg werden die Töchter leibeigen, wenn es die Mutter geweſen iſt, und die Söhne bey der Leibeigenſchaft des Vaters 5).

1) Sprüchw. Das Kind folgt der ärgern Hand. Eiſenhart S. 143. *Marculf* L. II. form. 29. L. Rip. t. 58 §. 11.

2) Sprüchw. Das Kind folgt dem Buſen. Oſtfrieſ. Landr. B. II. c. 24. S. 338. Magd. Weichbild Art. 3. Osnabr. E. O. C. 2. §. 2. *Mev.* P. V. deciſ. 229. Eſtor Th. I. §. 429.

3) Pfälz. L. O. t. 8. Neumärk. Bauer- u. Geſindeordn. v. 14. Sept. 1685 tit. 1. §. 5. Oecon. for. T. V. §. 410. p. 347. Eſtor Th. I. §. 359.

4) Deklar. wegen Erlaſſ. der Unterthänigkeit in Schleſien vom 7. April 1777. C. C. March. Nov. T. VI. p. 454. Sächſ. Lr. B. III. a. 73 Oecon. for. T. V. §. 405. p. 344. §. 408. p. 346.

5) *Lauterbach* in Colleg. Theor. Pract. L. I. t. 5. §. 13. p. 104.

IV. Kapitel.

Aufhebung und Verluſt der Leibeigenſchaft.

1133.

Verjährung der Leibeigenſchaft.

Durch einen jährigen Beſitz des Bürgerrechts verjährt ſich größtentheils die Leibeigenſchaft, als in den

den Magdeburgiſchen Städten, in Bremen, Straßburg, Goslar, Anneweiler, Lindau, Nordhauſen, Speyer, Lübeck, Köln, Wien, Dattenried, Gotteszell, Altenburg, Eiſenach, Uelzen, Hameln, Braunſchweig. Binnen 10 Jahr gehet ſie für ſich zu Minden und Hamburg, in 30. Jahren in Baiern und Osnabrück 1). Dieſe Verjährung hat auch ſtatt 2), wenn die Leibherrſchaft hat geſchehen laßen, daß der Unterthan die Meiſterſchaft erlangt, oder eine andere Profeſſion und freye Kunſt getrieben 3), oder ſich auf eine andere Art ſeiner leibeigenſchaftlichen Verpflichtung entzogen hat 4).

1) *Riccius* de praeſcript. Germ. C. XVII. p. 143.

2) C. C. March. Cont. I. p. 241.

3) *Gerb. Chr. Baſtineller* Progr. de tacitae manumiſſionis priuilegio hominis proprii liberis ſciente domino opificium quoddam eligentibus aut artes liberales diſcentibus competente. Vit. 1739.

4) Holſt. L. G. O. P. IV. t. 5. §. 15. Orth Th. IV. S. 591. *Io. Zach. Hartmann* Diſſ. de praeſcriptione nunc decennali nunc Saxonica homines proprios nobilium Sleswicenſium ac Holſaticorum a poteſtate dominica liberante. Kil. 1735.

1134.

Unfreywillige Loslaſſung.

Wenn der Leibherr bey Ausübung des Dienſtzwangs ſeine Gewalt misbraucht, ſo wird er zur Strafe ſeiner leibherrlichen Rechte für verluſtig erklärt 1), jedoch gehet dieſe Loslaſſung nicht auf die Kinder.

der. Es geſchieht auch eine unfreywillige Loslaſſung von der Kreditorſchaft in Konkurſen, desgleichen wenn die Unterthanen der Religion wegen auswandern 2). Jm Preußiſchen, wenn eines leibeigenen Soldaten Kinder vor ſeinem Tode eine Profeſſion ergriffen, ſich ausgeheirathet haben, oder als Lehrpurſchen bey einem Handwerke ſtehen 3). Mehrere Fälle der unfreywilligen Loslaſſung hier unten 4).

1) Oberlauſ. konfirm. Artickel v. 1651. Art. 4. n. 5. Verordnung für Oſt= und Weſtpreußen vom 8. Nov. 1773. §. 5. T. V. c. p. 2473. *Boehmer* de libert. imperf. Ruſt. in Germ. Sect. III. §. 1. Oecon. for. Tom. V. §. 309. S. 276.

2) I. P. O. Art. V. §. 36. 37.

3) Declar. des §. 6. des Edikts vom 1 März 1744. wie es mit Erlaſſung der Unterthänigkeit in Schleſien zu halten, vom 7. April 1777. in C. C. March. Nov. T. VI. p. 454.

4) *Lauterbach* in Coll. Theor. Pract. L. XL. tit. 2. §. 4. Tom. III. p. 126.

1135.
Freywillige Loslaſſung.

Der Leibherr kan auf Anſuchen des Leibeigenen demſelben entweder die Loslaſſung gegen ein gewiſſes Loskaufs oder Manumiſſionsgeld bewilligen, oder ſie ihm ſchenken 1). Das ausgefertigte Jnſtrument heißt der Laßbrief oder Manumiſſionsſchein 2).

1) *Aug. de Balthaſar* Diſſ. de manumiſſionibus Seruorum ſeu hominum propriorum ſecundum Jus Rom. Germ. et ſpeciatim Pomeranicum. Gryph. 1743.

2)

2) Palm Entwurf des Leibeigenthumsrechts C. VI. § 2. Formel bey Lennep von der Leihe zu Landſiedelrecht S. 361.

1136.

Förmlichkeiten.

Ehemals wurden dabey mancherlei Feyerlichkeiten beobachtet 1), wovon hernach die Freygelaſſenen den Namen behielten. Heutzutage muß ſich deshalb in Oberteutſchland der Bauer bey den Kammern ſchriftlich melden, und der Beamte begleitet die Bittſchrift mit einem Beyberichte, worinn das Alter, die Geſundheitsumſtände, die Kinderzahl, das Vermögen, die jährlichen Dienſte und Abgaben des Bauren bemerkt ſind. Alle dieſe Umſtände werden bey dem Geldanſchlage in Rechnung genommen, und darnach die Manumiſſionsſumme beſtimmt. Verſteht ſich der Bauer zu deren Bezahlung, ſo wird ihm die Loslaſſung ſogleich ertheilt, und kömmt die Frage, ob er manumittirt werden kan, hiebey gar nicht in Betrachtung, weil es nicht verweigert werden darf 2).

1) *Boehmer* de lib. imperf. Ruſt. in Germ. Sect. I. §. 9. p. 753. *Polack* Jurisprud. Germ. ant. L. I. c. 16. pag. 66. *Heineccii* El. Jur. Germ. L. I. tit. 2. §. 48. Vol. I. pag. 30.

2) Wirtemb. L. O. tit. 2. §. 7. Reichsabſch. von 1555. §. wo aber unſer. *Lauterbach* in Coll. Theor. Pract. tit. de ſtatu hom. §. 13.

1137.

Erſchwehrte Freylaſſung in Niederteutſchland.

Mehrere Schwierigkeit hat die Freylaſſung in Niederteutſchland 1), wo die Unterthanen in ganz an-

derer und ſtrengerer Verbindung ſtehen. Es gibt ſogar Landesherrſchaften, die ihren Gutsherrn ohne ihre Genehmigung nicht erlauben, die Leibeigenen los zu geben 2). Jedoch in Schleſien wird die Freylaſſung wegen Vermehrung der gutsherrlichen Einkünfte ſehr gerne zugeſtanden 3).

1) *Chr. Thomaſius* Diſſ. de vſu pract. doctrinae de impedimentis manumiſſionum. Hal. 1712.

2) Pommer. Grundgeſ. S. 189. 410. Kreitmayr T. I. p. 313.

3) Oecon. for. T. V. §. 326. S. 291.

1138.

Fälle der nothwendigen Loslaſſung.

Im Preußiſchen und in der Oberlauſiz müſſen die Leibeigenen freygegeben werden, wenn ſie Gelegenheit haben, anderswo ein eigenthümliches Grundſtück zu erwerben, oder in einer Stadt als Meiſter in die Zunft aufgenommen zu werden 1), ſich den höhern Studien wiedmen, ihre Töchter ſich anderwärts verheirathen 2), ſie königliche Dienſte erhalten, oder von ihrer Herrſchaft grauſam behandelt worden ſind, oder ſie ihm zu Erwerbung ſeines Brodts keine Gelegenheit verſchaffen kan, oder ihn aus freyer Hand ohne Gut verkauft und verſchenkt hat 3), oder wenn andere erhebliche Urſachen vorhanden ſind 4).

1) Verordn. wegen der Dienſte für Oſt- und Weſtpreußen vom 8. Nov. 1773. in C. C. March. T. V. Jahrg. 3. p. 2474. ff.

Kon-

Konfirmirte Artickel der Stände von Oberlauſiz von 1651. Art. 4. n. 5. 6. Art. 2. n. 3.

2) und zwar gegen 4. bis 6. Thaler Loskaufsgelder. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 341. Cont. II. p. 136. Schleſiſch. Edikt wegen Loslaſſung der Weibsperſonen, die ſich an Soldaten verheirathen, vom 26. Merz 1750. in der Schleſ. Samml. B. III. S. 777.

3) Oecon. for. T. V. §. 300. bis 316. S. 269. ff.

4) Schleſ. Edikt wegen Loslaſſung der Unterthanen vom 10. Dec. 1748. a. a. O. S. 231. Currende vom 14ten Merz 1753. in der Korn. Samml. B. IV. S. 832.

1139.

Fälle, wo die Loslaſſung verweigert werden darf.

Die Freylaſſung aber kan verweigert werden, wenn ſich der Unterthan eines großen Verbrechens und der Undankbarkeit gegen die Gutsherrſchaft ſchuldig gemacht, auf ihre Koſten ein Handwerk oder Profeſſion erlernt hat, anderwärts keine bäuerliche Niederlaſſung findet, deſſen zeitherige Stelle und Nahrung ganz unbeſezt bleibt, oder in dem Dorfe ſelbſt andere ledige Höfe und wüſte Bauerſtellen vorhanden ſind, er ſich aufs Neue in leibeigenſchaftliche Verbindung begeben will, ſeine Dienſtzeit als Knecht oder Magd noch nicht vorüber, oder der mit der Herrſchaft führende Prozeß noch nicht geendigt iſt 1).

1) angef. Geſeze, beſ. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2475. und Oecon. for. cit. l. §. 317. bis 328. S. 282. ff.

1140.

Unerkaufte Loslaſſung.

In folgenden Fällen findet die Bezahlung der loskaufsgelder nicht ſtatt, als bey Weibsperſonen, die einen Unterthanen, Kölmer oder Freyen auf einem andern Gute ebendeſſelben Herrſchaft heirathen, [wovon aber Ausnahme bey den adelichen Hinterſaſſen in Preußen, Pommern und in der Neumark 1),] bey den mishandelten Unterthanen, bey der Verkaufung und Verſchenkung deſſelben 2).

1) jedoch hier wiederum unentgeltlich, wenn ſie ſich mit einem andern in eben der Provinz verheirathet. C. C. March. Cont. II. p. 135. 136.

2) Oecon. for. §. 329. bis 333. S. 293. ff.

1141.

Preußiſche Beſtimmung der Loskaufsgelder.

In der Preußiſchen Verordnung vom 8. Nov. 1773. 1) ſind die loskaufungsgelder bey Mannsperſonen auf 20 Thaler, und bey Weibsperſonen auf 10 Thaler beſtimmt. Die Söhne unter 14 Jahren, und die Töchter unter 12 Jahren ſind ebenfalls frey, bezahlen aber 6. und 3. Thaler. In der Mark macht man einen Unterſcheid, ob ſie über oder unter zehn Jahren ſind. Ein unangeſeſſener Bauerkerl bezahlt dort 10. Thaler, und eine unangeſeſſene Unterthanin 4. oder 6. Thaler 2).

1) in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2476.

z) Oecon. for. §. 335. 336 337. S. 269. ff. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 341 Vergl. Schleſ. Edikt wegen Loslaſſung der Unterthanen und der Loslaſſungsgelder vom 14. Merz 1753. in der Schleſ. Samml. B. IV. S. 832.

1142.

Art der dinglichen Loslaſſung.

Bey unfreyen und Dienſtbauren geſchieht die Loslaſſung durch die Auflaſſung des Bauerguts, das von ihrer Willkühr abhängt, nur daß ſie im Preußiſchen vorher einen andern tüchtigen Gewehrsmann ſtellen müſſen 1).

1) *Müller* in Practica Civ. Marchica, Reſol. 97. §. 49.

1143.

Rechtswirkungen der Loslaſſung.

In Oberteutſchland wird ein Freygelaſſener, er mag am Orte ſeines vorigen Aufenthalts bleiben, oder anderswohin ziehen, vollkommen frey, und ſtehet nicht mehr in der mindeſten leibeigenſchaftlichen Verbindung. In Niederteutſchland aber, wo oft alle Einwohner eines Dorfs als ſolche mit leibeigenſchaftlichen Dienſten und Abgaben beſchwehrt ſind, wird ein Unterſchied gemacht, ob der Freygelaſſene eine andere Lebensart erwehlt, ein Handwerk treibt, ein Amt beſizt, oder hinweggezogen iſt, oder nicht, und wieder an den Ort zurückgekommen iſt. In jenem Falle genießt er die vollkommene Freyheit, in dieſem hingegen bekömmt er bloß eine Perſönliche Befreyung, und muß ſich im übrigen der gutsherrlichen Dienſte und Abgaben

ben unterziehen 1), wird ſogar bey einer Rückkehr der alten Leibeigenſchaft wiederum ganz unterworfen 2).

1) *Selchow* El. Jur. Germ. §. 386.

2) Heß. Eigenbuch §. 14. Oberlauſ. Unterthanenordn. bey *Richter* c. 2. §. 9. *Strube* de off. liton. §. 4. in parerg. Goetting. L. II. p. 14.

1144.

Freyer Zug der Leibeigenen in Wirtemberg.

In Wirtemberg kan ein leibeigenſchaftlicher Unterthan auch ohne Loskaufung nicht gehindert werden, aus dem Lande zu ziehen. Er hat es bloß dem Beamten anzuzeigen, ſeine Schulden zu bezahlen, zu verſprechen, binnen Jahr und Tag nichts wider Herren und Land zu unternehmen, und ſich in eben der Zeit über alle Vorfälle zu gütlicher oder rechtlicher Auskunft zu ſtellen 1).

1) Tübinger Vertrag von 1514. Kaiſerl. Deklaration von 1520. Wirtemb. Erbvergl. Cl. I. Gr. 9. §. 2.

V. Kapitel.

Rechte und Verbindlichkeiten der Leibeigenſchaft.

1145.

Verſchiedenheit zwiſchen Ober- und Niederteutſchland.

Von anderer Beſchaffenheit iſt die Leibeigenſchaft in Oberteutſchland, wo ſie ſo gelinde iſt, daß der Leibeigene von jedem freyen Bauren in nichts anders ſich unterſcheidet, als daß er des Jahrs ein Leibhuhn und nach ſeinem Tode, manchmal auch bey ſeiner Heirath eine

eine gewiſſe Abgabe zu reichen, und daneben etliche ſehr wenige beſtimmte Dienſte zu leiſten hat. Sie können an andern Orten Bürger oder Beyſaßen werden, Grundſtücke mit vollkommenem Eigenthumsrechte beſitzen, Aemter erlangen, Gewerbe treiben, genießen das vollſtändige Privatrecht, und können alles verrichten, was freye Leute thun 1). Anders aber verhält es ſich mit der Leibeigenſchaft in Niederteutſchland, wovon hauptſächlich dasjenige gilt, was wir jezo bemerken werden 2).

1) *Lauterbach* in Coll. Theoret. pract. L. I. tit. 5. §. 13. T. I. p. 104.

2) Verordn. wegen der Unterthänigkeit in Oſt- u. Weſtpreußen v. 8. Nov. 1773. in Tom. V. C. C. M. Nov. Jahrg. 3. p. 2471.

1146.

Eingeſchränktes Eherecht.

Bey Strafe der Entſezung vom Gute 1) müſſen ſie zu ihren Heirathen eine leibherrliche Erlaubnis haben 2), wofür ſie an einigen Orten 3) den Bedemund, Klauenthaler, Frauenzins, Hemdſchilling, Brautſchilling, Hemdlaken, Brautlauf, Maidenrenths, das Connagium, Marcheta, Maritagium entrichten müſſen. Es iſt zum Theil ein Ueberbleibſel von dem Rechte des Gutsherrn, bey der Braut zu ſchlafen, das die Teutſchen in ihrem barbariſchen Zeitalter mit vielen Völkern gemein gehabt haben 4). Eine geſchwängerte Weibsperſon kan gegen den Leibeigenen nicht auf die Ehe klagen, noch Privatſatisfaktion begehren.

gehren. Der Leibeigenen Kinder dürfen im Preußiſchen ohne Bewilligung der Gerichtsherrſchaft nicht aufgeboten werden 5).

1) Ravenſp. E. O. c. 1. §. 9. 22. c. 4. §. 3. Osnabrück. E. O. c. 4. §. 12. Lipp. Recht.

2) Vor- und Hinterpommer. Bauerordn. vom 30. Dec. 1764. tit. 2. §. 1. Ravensberg. E. O. C. 1. §. 9. 22. C. 4. §. 3. Osnabr. E. O. C. 4. §. 2. Lipp. P. O. t. 7. Lauſiz. Unterth. O. Art. 2. Mecklenb. Geſ. u. Tagelöhn. O. t. 2. §. 21. Oeconom. for. T. V. §. 339. ſqq. Palm C. 3. §. 6. Kreitmayr Th. I. S. 307.

3) *H. E. Keſtner* Diſſ. de jure connagii. *Pufendorf* de Jdict. Germ. P. 2. S. 3. c. 1. §. 200. *Hoffmann* Obſerv. Jur. Germ. L. I. c. 7. p. 83. *Keysler* de mul. fatidicis §. 64. in ant. Celt. pag. 484. 487. *Maſcov.* notit. jur. Brunſw. p. 133. *Engelbrecht* Collat. c. 2 §. 3. *Pufendorf* T. II. Obſ. 166. *Grupen* in Vx. theot. c. 1. p. 1. ſqq. Klingner Samml. zum Dorf- u. Baurenr. Th. I. c. 18. p. 172. 510. *Chr. Dondorf* Diſſ. Legem Hiddae de ſacco ſine ſutura, vom Beutel ohne Nath, a viduis Ileburgenſis ditionis ſoluendo. Lipſ. 1719. *Ern. Ioach. de Weſtphalen* de conſuetudine ex ſacco et libro in Germania. Roſt. et L. 1726.

4) Meine Schrift: über die Probenächte der teutſchen Bauermädchen, Berl. u. Leipz. 1780. Joh. Conrad Fueßlin Abh. ob der Mayer zu Mauer in der Herrſchaft Greifenſee das Recht gehabt habe, mit ſeiner Hofjünger Bräuten die erſte Nacht zu Bette zu gehen, im Hamb. Magazin B. XII. S. 154. *Carpentier* in Gloſſar. Noviſſ. T. I. p. 1224. T. II. p. 1174. gegen *Grupen* cit. l. und *Selchow* Elem. Jur. Germ. §. 380.

5) Cirkulare vom 14. Merz 1782. in C. C. March. Nov. Tom. VII. p. 886.

1147.

Bedemund.

Ein anderes Bedemund muß dem Leibherrn bezahlt werden, wenn ſeine leibeigene Dirne unehlich beſchlafen worden iſt 1), welche Abgabe von den Send- und Hurenbrüchen ſehr verſchieden iſt 2).

1) Gerichtsordn. Graf Erichs von 1569. der Stadt Wonsburg: Desgleichen wo eine freie oder eigene Maget geſchwengert — — die Deder awer ſowol nach alten Herkohmen — — gleichwol der Herrſchaft ein Beddemunde tho gevende ſcholdig ſeyn. Osnabrück. E. O. c. 16. §. 2.

2) *Boehmer* de mulctis ſtuprorum c. 1. §. 12. p. 13. Eſtor kl. Schriften P. V. c. 5. §. 35.

1148.

Eingeſchränkte väterliche Gewalt.

Sie beſitzen die väterliche Gewalt, jedoch ohne Beeinträchtigung der leibherrlichen Rechte, als welchen ſie ihre Kinder, die das X. 1) oder XIV. Jahr überſchritten haben, am Weihnachtsfeſt zum Ausleſen auf den Hof ſtellen müſſen, wovon unten beym Dienſtzwang. Die Eltern, wenn ſie nicht in der größten Dürftigkeit ſind, dürfen von den Kindern nicht begehren, ihnen umſonſt zu arbeiten.

1) Verordn. für Oſt- und Weſtpreußen C. C. March. Nov. T. VI. Jahrg. 3. p. 2471.

1149.

1149.

Beſiz des Grundeigenthums.

Sie können Eigenthum erwerben und beſizen. Allein ihre Häuſer, Güter und Hofwehren beſizen ſie gröſtentheils 1) nur ſo lange es dem Gutsherrn gefällig iſt 2). Daher ſie nicht all ihr Vieh verkaufen dürfen 3). Manchmal hat der Leibherr bloß bey der Veräußerung ihrer Grundſtücke das Vorkaufsrecht 4).

1) wovon nur wenige Ausnahmen, als z. B. in Schleſien, wo ſogar die Treſchgärtner ihre Stellen erb- und eigenthümlich haben. Oecon. for. T. V. §. 249. 250.

2) *Müller* in Pract. Civ. March. Reſol. 97. n. 17. Oecon. for. T. V. §. 260.

3) Osnabrück. E. O. c. 11, §. 11. Heß. Eigenbuch §. 1.

4) Ravenſp. E. O. t. 1. §. 25. Oberlauſ. Unt. O. Art. 1. Lipp. t. 11.

1150.

Teſtamentsunfähigkeit.

Können nur über die Errungenſchaft Teſtamente machen, wobey fünf Zeugen hinreichend, und manchmal dürfen ſie auch dieſe bloß unter Lebenden vergeben 1), wobey der Herrſchaft das Vorkaufsrecht gebührt 2).

1) Osnabr. E. O. c. 15.

2) Mev. von Abſolg. der Bauern qu. 1. n. 35.

1151.

Zeugſchaftsunfähigkeit.

Zwar ſollen ſie nach einem gewiſſen Reichsgeſeze 1) bey Teſtamenten nicht Zeugen abgeben

können

können 2). Es iſt aber dieſes in der Praxis nie beobachtet worden.

1) Notariatsordn. von 1512. §. 7.

2) *Stryk* in Vſu mod. Digeſt. L. XXVIII. tit. I. §. 17. Cramers Wezlar. Nebenſt. Th. II. S. 21. ff.

1152.

Anheftung an den gutsherrlichen Grund und Boden.

Sie dürfen von dem Wohnorte ohne Erlaubnis nicht hinwegziehen, noch ohngeachtet des geſtellten Gewehrsmannes den erhaltenen Bauerhof aufgeben 1). Wenn ſie das XXV. Jahr erreicht haben, ſo müſſen ſie jeden Bauer- und Coſſäthenhof unter Empfangung der Hofwehre annehmen 2), wenn er zu ihrem Unterhalte hinreicht 3).

1) *Müller* in Practica Civ. March. Reſol. 97. §. 18. Oecon. for. T. V. §. 265. u. §. 267.

2) Neumärk. Geſindeordn. von 1722. tit. IV. §. 4.

3) Oecon. for. T. V. §. 269.

1153.

Unvermögen zur Ergreifung einer andern Lebensart.

Können ohne Erlaßſchein nicht bey Handwerkern, Schiffern, Klaphauern, Flößern, und Kirchenämtern, noch zum Bürgerrecht aufgenommen werden 1), und dürfen überhaupt ohne die leibherrliche Erlaubnis keine andere Lebensart erwählen 2), keine freye Kunſt erlernen, noch ſich adeln laſſen. Es iſt

die Strafe der Verfolgung als Flüchtlinge und Entlaufene darauf geſezt 3).

1) C.C. March. T. V Abth. 3. p. 148. 274.

2) Oecon. for. T. V. §. 276.

3) ibid. §. 278. 279.

1154.

Ausſchluß vom Soldatenſtande.

Der Leibeigene darf eben ſo wenig für ſich in den Soldatenſtand treten 1), noch im Preußiſchen ſich bey einem Regimente, zu deſſen Kanton er nicht gehörig iſt, anwerben laſſen 2).

1) Mecklenb. Erblandesvergl. §. 331. 332. 333. Privil. der Schwed. Pommer. Ritterſch. von 1720. Neueſte Pommer. Geſeze S. 16. Dähnert Th. I. p. 1112.

2) Oecon. for. T. V. p. 253.

1155.

Verpflichtung zu ungemeſſenen Dienſten.

Ob zwar ſchon in vielen Gegenden die Dienſte der Leibeigenen gemeſſen ſind 1), ſo ſind ſie doch im Zweifelsfalle für ungemeſſen zu halten 2), können aber bloß auf die herkommliche Weiſe begehrt werden 3). Sie müſſen ſich in Niederteutſchland ſogar die Verwandlung des Dienſts in Pacht, und des Pachts in Dienſte gefallen laſſen, wovon ich mich aber nicht ganz rechtlich überführen kan.

1) *Boehmer* Sect. III. §. 17. Sect. I. §. 7. *Eſtor* §. 11. p. 13.

2) *Ludolf* P. II. p. 323. *Leyſ.* Specim. 416. medit. 1. *Pertſch* de op. determ. et indeterm §. 54. Weſtphal Privatrecht Th. 1. Abh. 32. C. 1, 2, S. 337.

3)

3) Ravensb. Edikt vom 29. Nov. 1654. ap. *Ludolff* pag. 289. Osnabr. E. O. c. 13. §. 1. Ed. v. 29. Apr. 1660. ap. *Ludolff* p. 231. Lipp. t. 14. p. 299. Liefl. L. O. p. 663. Kreitmayr pag. 305. *Balthaſar* de ſerv. ſeu oper. ruſt. in Pom. pag. 147. Oecon. for. T. V. §. 251. p. 231.

1156.

Erbeid, Erbhuldigung.

Sowol dieſe als viele andere Verpflichtungen 1) deſto gewiſſer zu erfüllen, müſſen die Leibeigenen und Dienſtbauren in Teutſchland den Erbeid, die Erbhuldigung ableiſten, worinn ſie ſchwöhren, das Beßte ihrer Herren nach Möglichkeit zu befördern, und den Schaden abzuwenden, die ſchuldigen Dienſte und Abgaben zu gehöriger Zeit unweigerlich zu leiſten, und ſich deſſen Bothmäßigkeit auf keine Weiſe zu entziehen 2). Zu dem Ende müſſen ſie ſich ſowol im Preußiſchen als anderer Orten 3) alle Jahre bey der Gutsherrſchaft ſamt ihrer ganzen Familie mit genauer Bemerkung, wer binnen der Zeit geſtorben oder erſt gebohren worden iſt, angeben.

1) Revidirte Geſinde : Bauer : Hirten : und Schäferordn. vor die Mittelmark, Prigniz, Uckermark ꝛc. vom 24. Aug. 1722. §. 5. C. C. March. Tom. V. Abth. 3. pag. 267. Oecon. for. T. V. p. 213. 214.

2) *Hert.* de ſubject. territ. §. 15. *Peſtel* de homagio §. 5. *Io. Wilh. Waldſchmidt* Diſſ. de jure imperantis in ruſticos refractarios homagium imprimis denegantes. Marp. 1726.

3) Münſter. Hofſprache §. 7.

1157.
Leibeigene können ihre Leibherren nicht gerichtlich belangen.

Einige Rechtsgelehrten 1) behaupten, die Leibeigenen könnten ohne richterliche Vergünſtigung ihre Herren nicht vor Gerichte belangen. Wenigſtens nach dem Oſtfrieſiſchen Landrechte 2) kan es gar nicht geſchehen.

1) *Chriſtoph. Frid. Harpprecht* Specim. Vindiciar. Jur. Civ. Mod. Wirtembergici, quod in Cod. Ioh. Frid. continetur. Tub. 1727. pag. 39. ſeqq.

2) B. 1. c. 6. S. 16.

1158.
Herrſchaftliches Beſazungsrecht.

Weil die Leib- und Gutsherrſchaft ein dingliches Recht an der Perſon ihrer Leibeigenen hat, ſo kan ſie diejenigen, die ſich entfernen, oder eine andere Lebensart ergreifen, ihre Höfe aufgeben, als Flüchtlinge und Entlaufene verfolgen, ſie überall anhalten laſſen, und vindiciren 1). Man nennt dieſes das Beſazungsrecht, die Abforderung und Abfolgung der Bauren 2). Im Preußiſchen dürfen ſie daher ohne Kundſchaft von ihren Stellen nicht abgehen, noch in Dörfern aufgenommen 3), und müſſen auf Anſuchen der Herrſchaften von der Obrigkeit aufgehoben, und ins Zuchthaus oder auf die Feſtung gebracht werden 4). Dieſes Vindikationsrecht verjährt ſich in 30. Jahren.

1) Dipl. Frid. II. Imp. ap. *Guden.* in Cod. dipl. Mog. T. I. pag. 470. Reichsabſch. von 1555. §. 52. Kulm. Recht

Recht S. 33. Pommer. Grundgeſ. S. 115. 257. 379. 418. 645 Mecklenb. Erblandesvergl §. 330. Osnabrück. E. O. c. 13. §. 13. Kreitmayr S. 310. *Lauterbach* Coll. Theor. pract. T. I. §. 2. p. 726. 727. Oeconom. for. T. V. p. 222.

2) David Mevius Bedenken vom Zuſtand und Abfoderung und verwiderter Abfolge der Bauersleute. Stralſund 1653. qu. 4. *Io. Ern. von der Linde* Diſſ. de vindicatione hominum propriorum eiusque praeſcriptione. Gedan. 1698. *Io. Tob. Richter* Diſſ. de marchionatus Luſatiae ſuperioris jure ſingulari homines proprios manumiſſos vindicandi. Lipſ. 1748.

3) Neumärk. Geſindeordn. von 1722. in C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 229. T. V. Abth. 3. p. 16. 29. 42. 61. 82. 116. 148. 150. 177. 273. 276. 330.

4) ibid. T. VI. Abth. 1. p. 36. 37. 51. 57. 110. 161. 219.

1159.

Vom Dienſtzwange.

Die Kinder der Unterthanen, die in leibeigenſchaftlicher Verpflichtung ſtehen 1), müſſen ihre Dienſte zuerſt der Herrſchaft anbieten 2), ehe ſie ein Handwerk, Kunſt oder Profeſſion erlernen, oder bey andern Leuten dienen dürfen. Sie müſſen ſich zu dem Ende alle Jahre um Weihnacht auf dem Gutshofe zur Ausleſung ſtellen. Denjenigen, die die Herrſchaft nicht braucht, wird ein Erlaßbrief oder Erlaubnisſchein, oder im Preußiſchen ein Abzugsbrief auf einem 4. Groſchen Stempelbogen gegeben 3), oder ſie können 14. Tage nach dem Ausleſungstermine ſich anderswo vermiethen 4).

 1) Märk.

1) Märk. Landt. Abſch. v. 1534. 1538. 1572. 1602. ap. *Scheplitz* Conſ. Brand. P. IV. tit. 10. §. 2. Nach andern Märkiſchen Landtagsabſch. bey *Müller* in Reſolut. 97. Pract. Civ. March. §. 38. auch die gemeinen Bauern. Ich halte ſie aber für ſolche, die wegen ihrem Güterbeſize zur Leibeigenſchaft verpflichtet ſind.

2) Osnabrück. E. O. tit. 13. §. 10. Oeſter. Unterenſ. Saz. u. Ordn. von 1679. tit. 4. §. 7. Altenb. L. O. S. 500. ff. Sächſ. P. O. v. 1661. tit. 23. cap. 1. §. 1. 2. Erled. der Landesgebr. von 1612. tit. Renthſachen, rubr. Zwang des Dienſtgeſ. §. 39. Geſ. u. Tagl. Ordn. v. 1651. t. 1. §. 2. Geſindeordn. v. 1735. t. 7. Schaumb. Sächſ. R. P. I. p. 125. Oberlauſ. L. O. t. 3. Niederlauſ. L. O. tit. 3. §. 5. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5337. C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 40. 53. Abth. 3. p. 10. 12. 25. 38. 56. 78. 110. 142. 171. 267. 311. T. VI. Abth. 1. p. 229. 29. 36. 49. 112. 164. 219. Ordinat. Epiſcop. Ermland. de 1668. art. 3. C. C. Magd. P. III. p. 215. Magd. P. O. c. 34. §. 7. *Tob. Iac. Reinharth* Diſſert. de jure protimiſeos et retractus circa ſeruitia et operas liberorum ſubditorum in Elect. Sax. dominis competente. Erf. 1726. *Henr. Breuning* de gaſindis hodiernis neceſſariis ex jure des Dienſtzwangs. Lipſ. 1757. C. C. March. Nov. T. IV. pag. 534. 5340. 555. 5341. 5342. 5343.

3) Müllers Preuß. Stempelrecht S. 155. Oecon. for T. V. §. 480. p. 401.

4) *Kemmerich* Acceſſ. Inſt. L. I. Sect. II. tit. 5. §. 28.

1160.
Einſchränkung.

Zuweilen muß dieſe Anbietung nur geſchehen, wenn ſie eine andere Lebensart ergreifen wollen 1), alle Aus-

Auslesung hat aber immer nur auf den Fall ſtatt, da die Eltern ihrer Kinder zu ihrer Bauerwirthſchaft nicht ſelbſt benöthiget ſind 2), oder ſie ſich nicht ſchon verheirathet haben. Es dürfen aber die Eltern in der Mark nur 2. Kinder bey ſich behalten 3).

1) Neumärk. Geſindeordn. vom 24. Aug. 1722. tit. II. §. 1.

2) ibid. tit. I. §. 1. Vergl. Circulare wegen ungebührlicher Extendirung des Dienſtzwangs der Herrſchaften gegen ihre Unterthanen vom 30. Aug. 1765. in der Schleſiſchen Samml. B. VIII. S. 728.

3) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 215.

1161.

Gattungen der Beſizer.

Dieſen Dienſtzwang beſizen, wo er herkommlich, die Leib= Guts= und Gerichtsherrſchaften. Wofern es eine dingliche Laſt, die einem gewiſſen Gute zukömmt, und der Gutsherr hat daſſelbe verpachtet, ſo kan er für ſich den Dienſtzwang nicht ausüben 1). Wenn Leib= Guts= und Gerichtsherrſchaften bey der Ausübung des Dienſtzwangs in einen Zuſammenſtoß gerathen, ſo geht die Gerichtsherrſchaft vor 2).

1) *Titii* obſ. ad *Lauterbach*. 186.

2) C. C. Magdeb. P. III. p. 202.

1162.

Dauer der Dienſtzeit.

Dieſe Dienſtzeit dauert insgemein 2. Jahre 1). In Preußen 5. Jahre, und wenn ſie auf herrſchaftliche

Koſten ein Handwerk erlernt, 10. Jahre 2). An einigen Orten Niederteutſchlands ſind die Kinder überhaupt ſchuldig, der Herrſchaft eine gewiſſe Anzahl Jahre für einen geringen Dienſtlohn zu dienen, und es iſt dieſe Schuldigkeit von der Verbindlichkeit bey der Vermiethung ihre Dienſte vorerſt der Herrſchaft anzubieten 3), noch ſehr verſchieden 4).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 473. *Kemmerich* cit. cit. l. §. 27. Klingners Samml. zum Dorf- u. Bauernr. Th. I. p. 66. Repert. Jur. Priv. T. I. p. 499. §. 14. 15. T. II. p. 1178.

2) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3. p. 2479.

3) C. C. March. Tom. VI. Abth. 1. pag. 29. 36. 49. 112. 164. 219.

4) Oecon. for. T. V. §. 474. p. 396. *Berger.* Deciſ. 14. pag. 19.

1163.

Befreyungen.

Befreyt ſind von dieſer Laſt die Kinder der Lehenſchulzen, der Müller und aller Handwerksleute, desgleichen, wenn die Eltern nicht in perſönlicher Leibeigenſchaft ſtehen, die Kinder der Einlieger, Tagelöhner und Miethsleute 1).

1) Revid. Geſindeordn. für das platte Land der Mittel- u. Altmark, Prigniz, Uckermark ꝛc. vom 11. Febr. 1769. tit. 1. §. 6. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 5339. 5340.

1164.

Polizeyverfügung im Preußiſchen.

In den Preußiſchen Staaten darf auf dem platten Lande ohne Vorzeigung des Erlaßſcheins, der ſeine be=

beſondere gedruckte Form hat 1), und deſſen ſchriftliche Ausfertigung ungültig iſt 2), kein Geſinde gemiethet werden 3). Es muß ihm jedesmal ein Rekognizionsſchein der Dienſtpflichtigkeit beygefügt 4), und er von der Gerichtsobrigkeit ausgeſtellt seyn 5). Obſchon die Kameraliſten die Abſchaffung des ganzen Dienſtzwangs und ſeine Verwandlung in Dienſtgeld wünſchen 6), ſo dürfen doch die Unterthanen im Preußiſchen ihre Kinder, ohne einen Schein von der Obrigkeit, nicht in die Städte 7), und in Croſſen und Züllichow überhaupt ohne herrſchaftliche Erlaubnis nicht auswärts vermiethen 8).

1) C. C. March. Nov. T. IV. p. 555. n. 2.

2) ibid. p. 7323. 3) cit. l. p. 534. 5340.

4) p. 5343. §. 11. 5) cit. l. p. 5341. §. 8.

6) Leipziger Samml. Th. VII. S. 945.

7) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 263. 281. 306.

8) ibid. Abth. 1. p. 21. 40.

II. Glied.

Pachtbauren.

1165.

Beſchreibung.

Dieſe ſind weder für ihre Perſon, noch wegen dem Güterbeſiʒe leibeigen, haben aber ihre Güter bald zu teutſcher Erbleihe, bald nach heutigem Pachtrechte empfangen, und müſſen alſo dafür gewiſſe Zinſe,

ſe, Gülten, Pächte entrichten, und manchmal ſogar gutsherrliche Dienſte leiſten 1).

1) *Müller Pract. Civ. March. Ref.* 97. §. 21. Aliud genus datur Ruſticorum, qui quaſi medium et tertium locum tenent, magis in libertatem quam ſeruitutem inclinantes, vocanturque gemeine Bauren ſiue Coloni. Hi ſunt quaſi Anonymi, non vere liberi, non vere ſervi; ratione ſtatus pro liberis, ratione ſeruitiorum pro ſeruis habendi ſunt, quorum vſus in Media Marchia Mittelmark frequentiſſimus eſt, de quo vsque hic ſermo erit. — Et quamuis ratione terrae ſeruitia, Dienſte, Hofdienſte, Frohndienſte, ac certos cenſus, Pächte und Geldzinſe, Domino ſuo praeſtant, tamen haec conditionem hominum non mutant, nec ſeruos facere poſſunt, cum in Germania expeditum ſit, quemlibet liberum hominem pro poſſeſſionibus ac praediis ſuis poſſe operas perpetuas promittere ac praeſtare.

1166.

Gattungen.

Die erſte Gattung von Pachtbauren ſind die Beſizer Flämiſcher Hufen und Holländereyen, die Preußiſchen Erbpächter und Koloniſten, Waldrechtsinnhaber, Behandigungsleute, Probſtingsleute 1), Zinsbauren, Gültbauren, die allerſeits nach der Regel keine gutsherrliche Dienſte leiſten.

1) Probſtingsgerechtigkeiten bey *Nolten.* pag. 80. n. 2. Thom andern, ſo ſind ock die Pröbſtingsmänner mit öhren Kindern und Pröbſtingsgute, — Dienſtfrie, allene dat de Probſtiemänner den Herren, den Pröbſten und den Decken tho Olsborg von öhren Gude de Tinſe geven.

1167.
Verſchiedenheit von den teutſchen Gutsbauren.

Die übrigen mancherlei Gattungen von teutſchen Gutsbauren ſind zwar auch Zeit = oder Erbpächter, aber ſie bleiben doch darinn von jener Gattung verſchieden, daß immer mit ihrer Pachtabgabe gewiſſe Dienſte verknüpft ſind.

1168.
Verzeichnis dieſer zwoten Gattung.

Hieher gehören die Majer, Kirchmajer, Erbmajer, Landſiedler, Schillingshauer, Häger, Köhrmänner, Freyſtifter, Gülthofbauren, Huber, Dinghofsleute, Urbarleute, Zeidler, Märker, Markgenoſſen, Markköther, Hoch = und Galkenhübner, Haubergsbeſtänder.

1169.
Statiſtiſche Urſache ihrer großen Anzahl.

Zu einer Zeit, wo man noch wenig Geld und keine öffentliche Handwerker noch Krämer hatte, ſondern jedermann von den Erzeugniſſen ſeiner Güter lebte, und ſich ſeine Bedürfniſſe und Geräthſchaften durch ſeine eigene Leute anſchaffen und verfertigen ließ, hätten alle Freygelaſſene Hungers ſterben müſſen, wenn ihnen der Leibherr nicht gleich bey der Freylaſſung etwas Ackerfeld geſchenkt hätte. Da er ſich aber ſeines Eigenthums nicht ſo ſchlechterdings entſchlagen wollte, ſo bedingte er ſich die Hörigkeit und vermög des vorbehaltenen Obereigenthums gewiſſe Dienſte und Abgaben. Ferner geſchah es bey einer großen Bevölkerung

der Leibeigenen, daß der Gutsherr nicht mehr im Stande, oder es ihm zu beſchwehrlich war, ſie auf ſeinem Wohnhofe zu beherbergen, und zu erhalten. Er ließ ihnen kleine Hütten, Kothe erbauen, und gab ihnen ein gewiſſes Ackerfeld ein, um ſich davon neben Ableiſtung der Dienſte und Abgaben ſelbſt zu unterhalten.

1170.

Rechte.

Dieſe Bauren genießen ganz uneingeſchränkt das vollſtändige Privatrecht. Sie haben Eigenthumsrecht, die väterliche Gewalt, können willkührlich Kontrakte ſchließen, und Teſtamente machen, haben das vollkommene Erbrecht 1).

1) *Müller* cit. l.

1171.

Einſchränkung im Preußiſchen.

Kein Pächter der ſteuerbaren Landgüter, desgleichen die Pachtleute der Domainenbauergüter und Höfe, dürfen ohne Vorbewuſt und Einwilligung der Gutsherrſchaft zur Beſchwerde des Hofs Schulden aufnehmen, Leibzucht beſtimmen, noch ſich oder ihre Nachfolger zu Bezahlung des Brautſchazes und der Ausrüſtung verbinden, ſondern alle dergleichen Verträge und Verbindungen bleiben in Anſehung des Pachtguts und der zur Ackerwirthſchaft erforderlichen Viehzucht und Geräthſchaften, des Schif und Geſchirres unkräftig. Wenn der Pachtbauer wegen Unglücksfälle Geld zu Anſchaffung Pferde und Kühe oder

des

des Brodt⸗ und Saatkorns benöthiget iſt, ſo muß er den Gutsherrn zur Einwilligung in die Schuldaufnahme erſuchen, und eben ſo, wenn er ein Kind ausſtatten will, hat er demſelben ſein eigenthümliches Vermögen anzuzeigen, damit nach deſſen Verhältnis die Abgütung regulirt, und weder Pachtgut noch Pertinenzen verpfändet werden 1).

1) Verordnung vom 28. Jul. 1773. C. C. March. Nov. T. IV. n. 38. pag. 490.

III. Glied.

F r e y b a u r e n.

1172.

E r k l ä r u n g.

Diejenigen Bauren, die weder leibherrliche noch gutsherrliche Dienſte und Abgaben zu leiſten haben, ſondern bloß die unterthanſchaftlichen Dienſte und Unpflichten tragen 1), heißen Freye, Freybauren, Freyzinsleute, Freydingsleute, Freymänner, Freyſaßen. In Oberteutſchland, wo ihre Anzahl am größten und allgemein, Bauren ſchlechtweg. In Niederteutſchland ſind ſie manchmal ſogar von einigen landesherrlichen Unpflichten befreyt.

1) Klingner Samml. zum Dorf⸗ und Baurenrecht Th. I. S. 376. Eine andere Beſtimmung und beſondere Kennzeichen gibt Benckendorf in Oecon. for. T. V. p. 416. und pag. 212.

1173.

Urſprung.

Dieſe Freyheit entſpringt entweder aus der herrſchaftlichen Vergünſtigung 1), oder aus dem urſprünglichen freyen Stande. In jenem Falle dürfen die erlaſſene Verpflichtungen des Einen den Uebrigen nicht zuwachſen 2), und in dieſem muß der Bauer aus folgenden Gründen den Beweis führen.

1) *Pufendorf* T. II. obſ. 174.

2) *Pufendorf* cit. l. T. I. obſ. 121. §. 9.

1174.

Beweisfühtung.

Obſchon die Civiliſten bey den Bauren die Erhaltung der natürlichen Freyheit vermuthen, ihm daher die negatoriſche Aktion geſtatten, und dem Gutsherrn, der ſie der Dienſte wegen in Anſpruch nimmt, den Beweis auflegen 1), auch nach Kameralprinzipien das ganze Dienſtweſen, als der Landwirthſchaft und Bevölkerung nachtheilig, nicht begünſtiget wird, ſo kan doch nach der Rechtstheorie, da urſprünglich faſt alle Bauren leibeigen, oder wenigſtens zu gutsherrlichen Dienſten und Abgaben verpflichtet geweſen ſind, die perſönliche und dingliche Freyheit weder vermuthet, noch die Dienſte für bittweiſe geleiſtet gehalten werden 2), ſondern der Bauer muß beweiſen, wenn und wo er die Dienſte und Abgaben erlaſſen bekommen, oder titulo oneroſo 3), oder durch die Verjährung erlangt hat 4), und ſo lange bis er dieſes in petitorio aus-

ausführt 5), muß der Dienſtherr geſchüzt werden 6).

1) *Lauterbach* in Colleg. Theor. Pract. L. VIII. tit. 5.

2) *Cocceji* Conſil. 583. n. 3. p. 783. Conſil. 634. n. 8. p. 857.

3) *Mevius* P. III. deciſ. 180. n. 5. P. V. deciſ. 210. n. 2.

4) *Boehmer* T. III. P. III. Conſil. 626. n. 1, 2. Buri von Bauergüt. S. 724. *Senckenberg* de probat. iniunct. cap. 2. §. 27. 33. *Engelbrecht* de operis §. 64. 65.

5) Reinharth in einem rechtlichen Bedenken bey Böhmer vom Gebrauch der Akten S. 175.

6) *Lyncker* Reſp. 77. n. 2. 5.

1175.

Freybauren im Reiche, in Wolfenbüttel, Hildesheim, und in den Kurmärkiſchen Amtsdörfern. Kammerfreye zu Minden, und Freyzinsleute zu Erfurt.

Außer den Bauren im Reiche gehören hieher die Freyzinsleute im Erfurtiſchen, die zum Küchenamte gehören, und dahin neben den Auflaß= und Zuſchreib=gebühren die Lehenwaare und den Freyzins bezahlen 1). Die Freyen in Wolfenbüttel und Hildesheim, die keine mit leibeigenſchaftlichen Dienſten beſchwehrte Güter beſizen dürfen 2). Die Kammerfreyen im Für=ſtenthum Minden, die ſich Leib= und Gutsfreye nennen. Sie behaupten ihre Güter ſchazfrey zu beſizen, bezahlen jährlich überhaupt 40. Thaler, und 19. Tha=ler

ler Reutergeld, und erlegen am Palmmontag den Palmſchilling. Sonſt leiſten ſie nur unterthanſchaftliche Frohnen, als Delinquenten bewachen, Cordon ziehen, Rekruten fortſchaffen, Transporte beſorgen ꝛc. 3). Die Beſitzer der freyen in den Kurmärkiſchen Amtsdörfern gelegenen Güter 4).

1) Mainz. ern. Freyzinsordn. für die Stadt Erfurt v. 13. April 1718. t. 9. 10. 11.

2) Nachrichten bey *Nolten.* de jure Villicor. p. 148.

3) Acta in Sachen der Kammerfreyen zu Lienen in der Grafſchaft Tecklenburg wider den Kammerfiſcal zu Minden bey hieſiger Fakultät 1768. Vol. 195. n. 201. fol. 247.

4) C. C. March. Contin. IV. p. 164. 169. T. VI. Abth. 2. p. 115.

1176.

Ravensbergiſche Freye, Wetterfreye Leute und VII. freye Männer zu Bücken.

Die Ravensbergiſchen Freyen gehörten ehemals zur Abtey Herſe, und erkannten die Grafen von Ravenſperg als ihre Vögte, die zugleich das Schulzengericht oder edle Vogtgericht beſaßen, und, oder vielmehr das Haus Brandenburg, ſie als eigene und freye Leute ſamt deren Hofserben, Kothen, Leibeigenthume, Pächten, Dienſten, Renthen, Gülten, Zinſen, Schazungen, Herren- Amts- und Bedientenvorfällen und Gebühren, insbeſondere mit den Gogrevendienſten und ſchuldigen Pflichten an Hühnern, Haber, Geldrenthen ꝛc. 1664. an Osnabrück überließen 1). Der Landesfürſt muß nun einen Pflichttag des Jahrs halten,

ten, auf welchem der Bauer, wenn er ſein Kind von einem Gute aufs andere bringt, ein Wammes von Sartuch oder einen Thaler, und vom Sterbfalle bey Manns- und Weibsperſonen das oberſte Kleid geben muß. Sie leiſten dem Landesherrn einen Tag Folge, und thun des Jahrs 2. Tage Dienſte, den einen mit Graß und den andern mit Stroh. Wer auf dem Todtbette ſeine Hand noch über den Bettſtollen wegzuſtrecken vermag, kan ſein Gut vermachen, wem er will. Für die Eintretung in die Freyheit bezahlt man einen Schilling, und eben ſo viel für die Ausſcheidung u.ſ.w. 2). Ferner gehören hieher die Wetterfreye Leute, oder die Leute auf dem Schulzenhof zu Wetter 3), desgleichen die ſieben freyen Männer des Stifts zu Bücken in Hoya 4).

1) Brandenburg. Vertrag vom 13. May 1664. ap. *Ludolff* P. II. obſ. 153. p. 241.

2) *Ludolff* ibid. obſ. 155. p. 280.

3) *Ludolff* P. II. obſ. 154.

4) *Pufendorf* T. II. obſ. 84.

1177.
Anmerkung.

Man ſieht, daß die gegebene Beſtimmung von freyen Leuten, nemlich, daß ſie von allen gutsherrlichen Abgaben und Dienſten befreyt ſeyn müſſen, größtentheils auf die angegebene Arten nicht paßt, und dieſelbe bloß darum die Benennung freye Leute empfangen zu haben ſcheinen, weil ſie nicht leibeigen ſind. Indeß da ihre Abgaben doch nicht gutspflichtig, ſon-

dern urſprünglich ſchuzherrlich ſeyn können, ſo bin ich der zeitherigen Eintheilung gefolgt.

IV. Glied.

Reichsfreye Bauren.

1178.

Beſchreibung und Urſprung.

Es gibt dergleichen Bauren auf den 39 Dörfern der Leutkircher Heide und zu Alſchhauſen in Schwaben, zu Gochsheim und Sennfeld in Franken, und zu Sulzbach und Soden bey Frankfurt am Main. Sie ſind theils Ueberbleibſel von den ehmaligen kaiſerlichen Kammerbauren, theils von unvergebenen Grafſchaften und Herrſchaften 1).

1) *G. Fr. Schoepff* Diſſ. de Seruis Germaniae inprimis Palatii, von Reichs und Pallaſtbauren. Suinfurti 1740.

G. A. Jenichen Abhandl. von Reichsdörfern u. Reichsfreyen Leuten. Leipzig 1748.

Denecken Dorf- und Landrecht L. I. P. I. c. 2. §. 7. P. II. c. 2. §. 16.

1179.

Rechte.

Dieſe freye Reichsbauren bewohnen unmittelbare Reichsdörfer, und ſind alſo Glieder des Reichs, obſchon keine Reichsſtände 1). Sie ſind von aller Landeshoheit befreyt, und üben über ihre Dorfsgemeinden ſelbſt die landesherrliche Gewalt aus 2). Erkennen bloß einige Reichsſtände als ihre Schuzherren.

1) In-

1) Inſtrum. P. O. art. V. §. 2.

2) *Im. Weber* Diſſ. de Jure circa Sacra pagorum Imperii immediatorum.

1180.

Freyheiten.

Da ſie vollkommen frey ſind, ſo finden bey ihnen weder leibherrliche, noch gutsherrliche, noch landesherrliche, noch gerichtsherrliche Dienſte und Abgaben ſtatt. Sie geben allein Reichsſteuern, und ſtellen zur Reichsarmee ihre Mannſchaft, als z. B. Gochsheim und Sennfeld gibt 5. Infanteriſten und zwanzig Gulden.

II. Abtheilung der Bauren nach dem unterthanſchaftlichen Verhältniſſe.

1181.

Grund dieſer Abtheilung.

Nachdem die Bauren entweder in unmittelbarer Verbindung mit der Landesherrſchaft ſtehen, oder nur eine mittelbare Verbindung haben, oder von den unterthanſchaftlichen Verpflichtungen Befreyungen genießen, nachdem theilen ſie ſich verſchiedentlich ab.

1182.

Immediatbauren.

Die unmittelbar von der Landesobrigkeit abhängen, heiſen Immediatbauren, Herrſchaftsbauren, Amtsbauren, Kammerbauren, wenn die Kammer ihre Gutsherrſchaft iſt. Im Bremiſchen unmittelbare

Erberen. Sie haben mehrere Rechte, und größtentheils das Erbrecht, welches den folgenden oft ſtreitig gemacht wird 1).

1) *Strube* de jur. Vill. C. VIII. §. 3. p. 295.

1183.

Mediatbauren.

Mediatbauren, Junkermaier, Gutsleute, adeliche Hinterſaßen werden die Bauren genennt, die Gutsherrſchaften angehören 1). Nicht alle landesherrliche Bauerordnungen gehen auf dieſe.

1) Abhandl. vom Zuſtand der adelichen Hinterſaßen in den Herzogthümern Schleswig und Holſtein, in Dreyers Samml. verm. Abh. Th. I. S. 361. ff.

1184.

Pfarr- und Wittumsbauren.

Eine jede Kirche wurde mit einem Stück Ackerfeld, Manſus genannt, gleich bey ihrer Stiftung ausgeſteuert, um davon unterhalten zu werden. Gleichwie dieſes Gut an den kirchlichen Immunitäten theilnahm, ſo erſtreckte ſich dieſes auch auf die Bauren, die deſſen landwirthſchaftliche Beſtellung zu beſorgen hatten 1). Sie hieſen Dotalbauren, Pfarrbauren, Wittumsbauren, Kirchmaier 2), Probſtingsleute, und ſind von einigen landesherrlichen Unpflichten und Dienſten befreyt 3). In der neuern Zeit iſt dieſe Befreyung auf alle erſtreckt worden, die Wittums- oder Pfarrgüter beſitzen, oder dem Pfarrer und der Kirche Dienſte und Zinſe zu leiſten haben 4).

1)

1) *Chr. Lud. Crell* Diſſ. de ruſticorum dotalium immunitate a jurisdictione et oneribus publicis. Vit. 1755.

Joh. Gottl. Heineccius von Dotal- oder Wiedemuts- oder Pfarrbauren, in den verm. Anmerk. S. 74.

2) Acta in Sachen der Kirchmaier Jakob Severs et Conſ. zu Walzen wider den Paſtor und die Kirchenjuraten zu Schueverdingen bey hieſiger Fakultät.

3) *Kreſs* de paroemia unter dem Krumſtab iſt gut wohnen, c. 2. §. 8. Cramers Nebenſt. Th. XXIX. S. 1.

4) *Boehmer* Jus paroch. pag. 286. Id. Jus Eccleſ. Proteſt. T. I. L. II. tit. 2. §. 45.

1185.

Gotteshausleute.

Theils aus Andächteley, theils um den Schuz des Kirchenpatronen zu genießen, übergaben ſich im Mittelalter eine Menge Freygebohrne der Kirche zu Leibeigenen, oder wurden als ſolche von ihren Herren ihr geſchenkt. Sie genoſſen ebenfalls einen Theil der kirchlichen Immunitäten, doch nicht ſo viel, wie jene Gattung, und hieſen Servi de Caſa Dei, Gotteshausleute, Martensleute 1), Peterlinge 2), Pirmannskinder 3), Ulrichsleute ꝛc.

1) Gottl. Sam. Treuers Unterſuchung des Urſprungs und der Bedeutung des Märtensmannes. Helmſt. 1733.

2) Joh. Ad. Kopp von den armen Mannen, genannt die Peterlinge, in Heſſen, in der Wetterau und auf dem Vogelsberg, ap. *Kuchenbecker* Anal. Haſſ. P. IX. p. 65.

3) *De Cramer* Obſerv. T. II. P. II. obſ. 689. §. 39.

III. Abtheilung der Bauren nach der Größe und Beſchaffenheit ihrer Beſizungen.

1186.

Vollmaier, Halbmaier, Viertelsmaier.

Die Größe und Vollſtändigkeit der Bauergüter und die Anzahl Zugvieh, die ſie darauf halten können 1), gibt den Bauern verſchiedene Benennungen. Z. B. die, welche einen ganzen Bauerhof mit Zubehöre, wovon ſie dem Gutsherrn mit 4. Pferden oder im Reiche mit 4. Paar Ochſen Spanndienſte thun müſſen, beſizen, heiſen Vollmaier, Vollſpänner, Anſpänner, Hofleute, Hübner, Hüfner, Vierhüfner, Bauren, Bauleute, Ackersleute; wer nur die Helfte hat, Halbmaier, Halbſpänner, Dreyhüfner, und wer nur ein Viertel, Viertelmaier, Viertelſpänner, Zweyhüfner.

1) Deneke Dorf- und Landrecht P. I. c. 6. §. 26. Heßenkaß Grebenordn. tit. 31. §. 9. *Pufendorf* T. II. p. 185. T. III. p. 102. *Engelbrecht* Specim. 3. obſ. 85. Cramers Wezl. Nebenſt. Th. VI. S. 66.

1187.

Coſſathen.

Die Beſizer der kleinen Bauergüter und Coſſathenhöfe heiſen Cothſati, Coſſati, Großköthner, Kothſaßen, Kleinköthner, Käthner, Einhüfner. Sie und die Beyſaßen und Häusler haben nur einen geringen und unvollkommenen Antheil an den Gemeindsnu-

nuzungen, den ſie von Zeit zu Zeit durch die Entrichtung des Winnegelds und Beyſaßengelds ſich erwerben müſſen 1).

1) Weſtphal teutſch. u. Reichsſtänd. Privatr. Th. I. Anmerk. 5. S. 256.

1188.
Häuslinge.

Einige beſizen bloß ein Häuschen und Gütchen oder nur ein Gärtchen dabey eigenthümlich, und dürfen etwas weniges an Vieh halten. Man nennt ſie Caſati, Häuslinge 1), Taglöhner im Reiche, Geiſelleute in der Schweiz 2), Treſchgärtner in Schleſien. Im Bremiſchen müſſen ſie ſich ihr Haus auf eigene Koſten auf des Baumanns Land erbaut haben 3).

1) *Strube* de jur. Vill. c. 1. §. 12. 13.

2) Krüniz Oekon. Encyklop. Th. 1. 7. S. 697. 698.

3) Acta in Sachen Dierck Schriefers zum Teufelsmohr wider Heinrich Gercken bey hieſiger Fakultät.

1189.
Hausgenoſſen.

Diejenigen, die gar keine eigenthümliche Wohnung haben, ſondern nur zur Miethe ſizen, und deren erheurete Hütten der Bauer in Dach und Fach unterhalten muß, werden genennt Gaſindi 1), Geſinde, Hausgenoſſen 2), Heuerlinge, Einläuflinge, Bringſizer 3), Unbehofte Leute 4), Inſtmannen, Sonderleute 5), Hausinnen, Einlieger, Büdner, Taglöhner 6).

 1)

1) *Bignon* in not. ad form. inc. A. p. 580. Charta diviſ. Imp. Lud. Pii a. 837. c. 7. ap. *Baluz.* T. I. p. 687.

2) Gabcke Dorf- und Baurenr. §. 100. 102.

3) *Haltaus* Gloſſ. col. 186.

4) *Harenberg* hiſt. dipl. Gandersh. p. 812.

5) *Boehmer* in praef. ad *Strodtmann* jur. Cur. lit.

6) Oecon. for. T. V. §. 557. ſqq.

1190.

Auszugsleute.

Sind ſolche Bauren, die ihr Gut ihren Kindern oder andern übergeben haben, und nun von Leibrenthen leben, die ſie lebenslänglich aus dem Gute empfangen 1) (§. 62.). Perſönlich leibeigene Auszugsleute müſſen im Preußiſchen ohngeachtet des übergebenen Hofs doch ihre Dienſte fortleiſten 2).

1) C. C. Luneb. Vol. IV. c. 5. Sect. 1. n. 28. p. 80. Gabcke Dorf- und Baurenrecht, Abſchn. VI. §. 106. ff.

2) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 273.

IV. Abtheilung der Bauren nach den Pachtarten.

1191.

Einleitung.

Die Verſchiedenheit der Bedingungen, unter welchen die Bauren ihre Güter in Pacht bekommen haben, und die mancherlei Art und Beſchaffenheit der Güter ſelbſt oder ihrer Abgaben haben ebenfalls eine Reihe von Benennungen hervorgebracht.

1192.

1192.

Maier, Erbmaier, Kirchmaier, Maierdingsleute.

Ein Maier war ehemals ein Oberaufſeher über die Landwirthſchaft eines Guts, heutzutage iſt es ein teutſcher Gutspächter von beſonderer Beſchaffenheit 1), und da ſein Pacht meiſt erblich iſt, ſo heiſt er zuweilen insbeſondere Erbmaier. Wenn ſein Gut zum Pfarr- oder Kirchengute gehört, Kirchmaier, und wenn er einen eigenen Gerichtshof hat, und leibeigenſchaftlichen Beſchwerden unterworfen iſt, Maierdingsmann.

1) manchmal, wie in der Grafſchaft Bentheim, ſind ſie leibeigen. Weſtphal Th. I. S. 411. §. 3.

1193.

Landſiedeleute.

Dieſe ſind ebenfalls eine Gattung von Maier, und werden alſo in Solms, Heſſen, in der Wetterau, Naſſau und Friedberg genennt.

1194.

Schillingshauer.

Alſo heiſen die Maier im Lüneburgiſchen und in den umliegenden Gegenden 1). Die Benennung kömmt von Schilling, womit ſie das Gut erheuren, das iſt, wofür ſie das Gut in Pacht nehmen 2).

1) Lüneb. Pol. Ordn. c. 44. §. 4. 5. 9. C. C. Calemb. C. II. p. 1221.

2) Reinhard kl. Ausführ. Th. I. S. 218. 219. *Schottel* de ſing. Germ. jur. c. 17. p. 371.

1195.

Häger.

Finden ſich im Wolfenbüttelischen und Hildesheimiſchen, vom Worte Hagen, ein Gericht, daß dieſe Gattung Pachtbauren beſizt 1).

1) Buri Erläut. S. 960. ff.

1196.

Laßen, Lathen.

Bedeutet ſolche Bauren, die wegen ihren Gütern zu leibeigenſchaftlichen Dienſten und Abgaben verpflichtet ſind, und heiſen oft bloß deswegen ſo, weil ſie ein eigen Laßgericht, Lathengericht haben 1). Sie bezahlen im Preußiſchen keine Gerichtsſporteln, und nur die Helfte der Succumbenzgelder 2).

1) C. C. March. Nov. Tom. VI. pag. 1781. Jülich. u. Berg. Rechtsordn. S. 14. ff. Sächſ. L. O. P. II. tit. 40. Goth. L. O. S. 296. Anhalt. L. O. tit. 4. Buri Erläut. S. 1394. Oecon. for. T. V. §. 525.

2) C. C. March. Cont. IV. pag. 149.

1197.

Probſtingsleute.

Deren Güter zu gewiſſen Probſteyen gehören, oder ehmals gehört haben 1), und genießen daher auch in dinglichen Sachen kirchliche Freyheiten.

1) *Nolten* de jur. et Conſuet. circa vill. p. 86. 103. Ich ſehe nicht ein, wie Selchow Elem. J. Germ. §. 401. ſagen konnte, ihr Urſprung wäre ungewiß.

1198.

1198.

Kölner, Zeller.

Haben bald den Namen von Colonis, bald von Kalandshof, Gütern der Calandsbrüder, bald von einer Zelle 1).

1) Eſtor Th. III. §. 1928.

1199.

Zeidler.

Sind gewiſſe Bauren, die Waldgüter beſizen, und Bienenwirthſchaft im Nürnberger Walde gegen Bezahlung des Honiggelds treiben 1).

1) *Chr. Scheurl a Deferſdorf* Diſſert. de jure mellicidii. Alt. 1690.

1200.

Freyſtifter, Leibgedingsbauren.

Ihre Güter können bald nach Willkühr, und bald nach ihrem Tode von der Gutsherrſchaft zurückgenommen werden. Sind in Baiern, Oeſtereich und Schwaben 1).

1) Wirtemb. Lr. P. II. tit. 9. L. O. tit. 16. §. 1. Gerſtlacher Wirt. Geſ. u. Norm. B. I §. 93, Baier. L. O. von 1554. L. III. tit. 15. S. 77. Cod. Max. Bav. P. IV. c. 7. *Ertel* in praxi aur. de jurisd. inf. L. II. c. 35.

1201.

Dienſtleute, Dienſtmänner.

Sind ordentliche Erbpachtbauren in Oeſtereich und Niederteutſchland 1),

1) *Finſterwalder* P. II. obſ. 37. Orth Th. II. S. 424.

1202.

Waldrechtslehenleute.

Haben ihre Güter zu Waldrecht verliehen nach abgelegter Lehenspflicht empfangen, und ſind in Anſehung der Erbfolge und Veräußerung eingeſchränkt 1).

1) *Lünig* Corp. Jur. feud. Tom. III. n. 50. 51. 52. 53. p. 715. 717. Homb. Waldrecht §. 1. 4. 6. 7.

1203.

Haubergsbeſtänder.

Gewiſſe Bauren in Naßau und am Rheinſtrome, die alle Jahre ein gewiſſes Stück Wald zur Ausrodung als Zeitpacht erhalten 1).

1) Eberhard Abhandl. zur Erläut. der teutſchen Rechte S. 182. ff.

1204.

Märker.

Märker und Markgenoſſen ſind ſolche Gutsbauren in Weſtphalen, die gewiſſe Güter, womit das Markenrecht verknüpft iſt, von der Gutsherrſchaft, Mahlherrſchaft genannt, im Erbpacht haben. Sie ſind theils leibeigen, und theils nicht, ſtehen unter einem Holzgrafen und etlichen Mahlmännern, und beſitzen ein eigenes Bauergericht, Holting, Holzgericht, Märkergeding genannt 1). Das Grundeigenthum heiſt die Holzerbſchaft, die Oberheimgereide, das Markrecht 2).

1) Fr. Ge. Pieper Beſchreibung des Markenrechts in Weſtphalen. Halle 1763. *G. Fr. de Gulich* Diſſ. de jure ſcindendi ceſpites ad laetificandos agros ibi ſitos in Epiſc. Osnabr. Goett. 1774. *Iuſt. Frid. Aug. Lodtmann*

mann de jure Holzgrauiali praeſertim in Epiſcopatu Osnabr. — accedunt docum. marcalia et varia Jur. Civ. Osnabr. capita. Lemgov. 1770. Id. de jure Marcali in epiſcopatu Osnabrugenſi. Harderw. 1749.

2) *F. C. Schattenmann* de Oberheimgeraida. Arg. 1753.

1205.

Markgenoſſen.

Man findet auch ein Markenrecht in der Wetterau, am Rheinſtrohme und in Franken, wo die bäuerlichen Eigenthümer einen Wald, ein Stück Land, oder die Landesgrenze miteinander gemeinſchaftlich beſizen 1), und deswegen Markgenoſſen, Märker, Mitmärker heiſen, und ſich in Einmärker und Ausmärker abtheilen. Ihr Beamter wird Obermärker, Markrichter, Waldbott genennt. Ihre Rechte aber Markrechte, Markgeſeze, Verklärungen, und ihre Sazungen Markweisthümer 2).

1) Eſtor Th. I. §. 2444. Th. II. §. 5068. Theil III. §. 2444.

2) *Ph. D. Schazmann* Diſſ. de jure et judiciis, quae veniunt ſub nomine marcarum in Wetterauia. Goett. 1752.

Io. Iac. Reinhardt de jure foreſtali Germ. nec non de jure in Germania celeb. Mærckerrecht dicto. Francof. ad Moen. 1756.

1206.

Markköther.

Im Osnabrückiſchen gibt es noch Markköther, welche den voll = halb = erbeigenen oder Erbköthern entgegen=

genzuſezen, und nur einen Schaufelſchlag an den Grundſtücken und insbeſondere an Wieſen, an Gärten aber gar nichts erhalten. Dahingegen jene mehrere Gerichtigkeiten und einen Hammerwurf zu 32. Schritten oder 100. Fuß an ſäebaren Ländereyen beſizen. Die übrige offene Mark ſtehet unter Aufſicht des Oberholzgräfen und ordentlichen Markrichters ſämtlichen Marken abzuplaggen frey 1).

1) Estor Th. II. §. 5072.

1207.

Koloniſten.

Sind ſolche Erbpachtbauren, die auswärts eingewandert ſind, und deswegen eine Anzahl Freyjahre und andere Vorrechte genießen. Sie genießen beſtändige Privilegien, wenn ſie der Religion wegen aus ihrem Vaterlande vertrieben worden, als die Pfälzer und Salzburger Koloniſten 1).

1) C. C. March. T. II. Abth. I. p. 726.

1208.

Bryden, Lanſten und Freylanſten.

In Bremen und Holſtein heißen die Bauren, die bloße Pächter ſind, Bryden, Heuersleute, Pächter; die Nuzeigenthum haben, Lanſten, Beſteleute; und die das ganze Eigenthum genießen, Freylanſten, Adelbonder 1).

1) Dreyers Abh. Th. I. S. 396.

1209.

Hübner, Dingshofmaier, Urbarsleute.

Der Dingshofmaier iſt der Bauer, auf deſſen Hofe das Gericht, Ding, gehalten wird, die Hübner und Urbarsleute beſitzen ſolche Höfe und Bauergüter, welche dem beſondern Gerichte, Dinghof, unterworfen ſind, und deswegen den Hubereid leiſten 1).

1) Heßenkaßel. Grebenordn. tit. 39. §. 1. Verordn. v. 28. Auguſt 1750. Zuri in der Erläut. des Schilt. Lehenrechts S. 971.

1210.

Hoch- und Galkenhübner.

Gewiſſe Bauren in der Grafſchaft Hirſchberg werden ſo genennt, weil ſie Bauergüter beſitzen, die zur Unterhaltung des Hochgerichts beſtimmt 1), und zum kaiſerlichen Landgerichte gült- und lehenbar ſind.

1) Von Ickſtadt Unterricht von dem Kaiſerl. Landgericht und Grafſchaft Hirſchberg S. 30. ff.

V. Abtheilung der Bauern nach der Beſchaffenheit ihrer Abgaben.

1211.

Einleitung.

Meiſtentheils müſſen die Bauern für ihre Güter Dienſte und Abgaben leiſten, jedoch gibt es auch einige, die nur zu einer Obliegenheit allein verpflichtet ſind.

1212.

Pachtbauren.

Die Pachtbauren und Pachtleute im eigentlichen Sinne, liefern jährlich nur gewiſſe Getreidepächte ab, und leiſten keine Dienſte. Sie heiſen im Reiche Gültbauren.

1213.

Zinsbauren.

Zinsbauren, Zinsleute geben bloß Geldzinſe und Dienſtgelder, und thun eben ſo wenig Gutsdienſte.

1214.

Frohnbauren.

Dieſe haben allein Dienſte zu verrichten, und ſind mit keinen Abgaben beſchwehrt 1).

1) Oecon. forenſ. Tom. V. §. 554. S. 455.

VI. Abtheilung der Bauern nach der Beſchaffenheit der Dienſte.

1215.

Erklärung.

Es gibt einige Gegenden, wo die Bauren von der Gattung von Dienſten, die ſie zu leiſten haben, beſondere Benennungen erhalten.

1216.

Fuhrſpänner.

Als im Mannsfeldiſchen heißen die Bauren, die zum herrſchaftlichen Ackerfelde alle Fuhren verrichten müſſen, Fuhrſpänner.

1217.

Pflugſpänner.

Andere müſſen den Ackerbau beſorgen, das ſind die Pflugſpänner.

1218.

Eggeſpänner.

Andere haben bloß die gepflügten Aecker zu eggen, die heiſen Eggeſpänner 1).

1) Oecon. for. T. V. §. 558. p. 458.

VI. Abſaz.

Bäuerliche Gutsrechte.

1219.

Beſchaffenheit der teutſchen Erbleihe.

Schon in der älteſten Zeit wußten die Teutſchen Beſiz und Eigenthum nicht von einander zu unterſcheiden, und ſie ſahen jeden Beſizer für einen Theilhaber des Eigenthums an. Daher bey ihnen Lehensbeſizer, Pfandinnhaber, vormundſchaftliche Nuznießer, Leibzüchter Eigenthumsrechte an den Grundſtücken genoſſen. Es war alſo eine natürliche Folge ihrer Begriffe, daß ſie beym Bauerkontrakte, wo ſie dem Landmanne ein Gut gegen Ablieferung eines jährlichen Zinſes oder anderer Abgabe einräumten, welches ſie die Leihe oder das Lehen hießen 1), demſelben ein nuzbares Eigenthum, Dominium vtile 2), Nuzeigenthum, Untereigenthum, übergaben, und ſich nach dem Sprüchworte, Sand und Land gehört der Herr-

 ſchaft,

ſchaft, ein herrſchaftliches Obereigenthum daran vorbehielten 3). Daher bey den meiſten Bauergütern bey der Erneurung des Kontrakts, bey der Uebergabe und bey Veräußerung die Allodialinveſtitur beobachtet wird 4), und der Bauerkontrakt die Benennung Erbleihe bekam 5).

1) Oſtfrieſ. Landr. c. 249. Hohenloh. Lr. P. II. t. 7. §. 1. Pfälz. Lr. P. II. tit. 5. S. 276. Solmſ. Lr. P. II. t. 5.

2) Oeconom. forenſ. Tom. V. pag. 441. § 531. ſeqq.

3) Ravenſp. E. O. t. 1. ſ. 25. Lipp. t. 11. Osnabr. E. O. t. 11. §. 15. Heß. Eigenbuch §. 1. *Carpzov.* P. II. c. 39. defin. 1. Oecon. for. cit. l.

4) *Strube* de jur. Vill. ſ. 32. p. 275. Buri Erl. des Schilt. Lehenr. S. 960. ff. Oecon. forenſ. T. V. §. 525. *Nolten* de jur. Vill. p. 92. Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. IX. S. 119. ff. Stiſſers Forſt u. Jagdhiſt. C. 9. §. 33. Anh. S. 50. Reinharth kleine Ausführ. Th. I. S. 218. 219.

5) *Franc. Spengel* de natura et indole emphyteuſeos Germanicae, vulgo der teutſchen Erbleihe. Goett. 1771.

1220.

Rechtswirkungen.

Es beſteht das bäuerliche Nuzeigenthum darinn, daß der Beſizer ſein Gut nicht allein nach Gefallen bewirthſchaften, und Veränderungen in der Bauart vornehmen, ſondern auch die Früchte davon ſich zueignen kan, ohne ſchuldig zu ſeyn, von deren Verwendung der Gutsherrſchaft Rechenſchaft zu geben, ſo lange er nemlich die darauf haftenden Dienſte und Beſchwerden

richtig

richtig abzuleiſten fortfährt 1). Dieſes Nuzeigenthum beſitzen nicht allein die Freyen und Pachtbauren, ſondern auch die Dienſtbauren und ſogar die Leibeigenen, welches in Schleſien ſich bis auf die Treſchgärtner erſtreckt 2). Jedoch darf hier kein Schulze, Bauer, Kretſchmer, Frey- und Dreſchgärtner mehr als ein Gut oder Bauerhof für ſich ſelbſt beſitzen 3).

1) Oecon. for. T. V. p. 443.

2) ibid. §. 249. 250. Circulare an die Schleſ. Landräthe vom 7. April 1763. in der Schleſ. Samml. B. VII. S. 219. Kammerverordnung an die Landräthe Bresl. K. Depart. wegen Erblichmachung der Stellen vom 10. Sept. 1766. a. a. O. B. IX. S. 210. n. 69. Dergl. wegen Erblichmachung der unerblichen Stellen auf dem Lande vom 14. Sept. 1769. a. a. O. B. XI. S. 244. n. 46. Dergl. v. 8. Jun. 1764. B. VIII. S. 163.

3) Schleſ. Konſtit. v. 19. Jul. 1749. Circulare vom 13ten Oct. 1750. u. vom 8. May u. 24 Dec. 1764. in der Schleſ. Samml. B. VIII. S. 105. 381 vom 29. Merz 1765. ebendaſ. S. 447. vom 12. Auguſt 1765. S. 723.

1221.
Erblichkeit der Bauergüter.

Die Bauergüter waren zwar anfangs nicht alle erblich, ſondern konnten willkührlich vom Gutsherrn eingezogen, und einem Fremden verliehen werden 1). Jedoch geſchah es bald anfangs, daß die freyen Leute das Gut in erblichen Pacht nahmen, oder ſich das Erbrecht daran ausdrücklich bedangen 2). Noch häufiger geſchah es, daß die Gutsherren den Söhnen

eines Bauren, der bey ſeinem Leben ein fleißiger und geſchickter Landwirth geweſen war, das Gut in Hofnung einer gleichen Beſtellung ſehr gern überließen. Durch mehrere Aufklärung der Kameralwiſſenſchaft und Landwirthſchaft, wie auch ſeit der Einführung der landesherrlichen Grundbeſchwerden, hatte es auf Seiten der Kammern noch weniger Schwierigkeit, den Bauren die Güter erblich zu laſſen 3), und es bildete ſich allgemach daraus ein allgemeines Herkommen, das, wie bekannt, bey uns geſezliche Kraft hat 4).

1) *Strube* de jur. Vill. c. 2. §. 1.

2) Strubens beveſt. Recht der Hildesh. Maier S. 1. 74. ff

3) *Strube* c. 8. §. 1.

4) Meine Literatur des german. Rechts §. 175.

1222.

Ausnahme

möchte allenfalls nur bey den adelichen Gutsherrſchaften und in einigen Ländern 1) ſtatt finden, wo die Bauern gar kein Nuzeigenthum empfangen haben.

1) Oſtfrieſ. Landr. B. II. c. 24. Mecklenb. Erblandesvergl. §. 315. 334. 335. 336. Mecklenb. Landesreverſ. von 1621. §. 16. Pommer. Bauerordn. von 1616. tit. XI. §. 12.

1223.

Unterſtüzung des bäuerlichen Erbeigenthumsrechts durch die Anwendung römiſcher Rechtslehren.

Die bäuerliche Erbeigenthumsgerechtigkeit erhielt vollends durch die praktiſche Anwendung der rö-

römiſchen Rechtslehre von der Emphytevſi 1) auf alle Gattungen von Bauergütern, die auch wirklich, was auch einige Rechtsgelehrten, die theils ihre Natur nicht zureichend kennen, theils bloß zwiſchen deren ältern Beſchaffenheit und den emphytevtiſchen Rechtswirkungen eine Vergleichung anſtellen 2), einwenden 3), viele Aehnlichkeit mit jener hat, ihre Befeſtigung. Denn allgemeine Meinungen der ältern Praktiker gelten, wo keine gegenſeitige Geſeze und Gewohnheiten vorhanden ſind, für Gewohnheitsrecht 4).

1) *I. D. Moegling* Collat. J. Civ. R. cum ſtat Sueuo-Hal. circa materiam emphyteuſeos et ſucceſſ. coniugum. Tub. 1716.

Chr. Gottfr. Hoffmann Collat J. nat. R. et Can. circa doctrinam de emphyteuſi cum legibus et moribus Germ. inprimis quoad bona ſalinaria Civ. Sueuo-Hall. Lipſ. 1720.

Ge. Frid. Jæger Diſſ. de emphyteuſi ſalinaria praeſertim Halae Suev. obtinente. Erlang 1760.

Io. Dan. Stipper Diſſ. de bonorum emphytevt. et cenſit. differentia, ejudemque in El. Sax. vſu. Lipſ. 1727.

Dan. Hoefer Diſſ. quod jure Germ. inpr. El. Sax. inter bona emphytevtica et cenſitica nulla differentia intercedat. Waldenb. 1728.

2) wie beides von Selchow Elem. Jur. Germ. §. 354. n. 4. geſchehen, desgleichen von Eſtor Th. I. §. 1902. Th. II. §. 4482.

3) Eſtor von der Verpachtung auf Lebenslang, Willkühr und Langezeit, Th. I. der kleinen Schrift. S. 147. 243.

Abr. Kaeſtner Diſſ. de erronea D. D. opinione per locationem ad longum tempus factam vtile transferri dominium. Lipſ. 1743.

4) Meine Literatur des germaniſchen Rechts §. 189. 191. u. 175. *Schuz* in Compend. *Lauterbach.* tit. de off. Quaeſt. p. 78. *Pagenſtecher* ad *Lauterb.* tit. in quib. cauſ. pignus n. 7. p. 892. *Engau* El. Jur. Germ. L. II. tit. 7. §. 135.

1224.

Römiſches Nuzeigenthum an den Zinsgütern.

Daß bey Erbzinsgütern (bonis Emphytevticis et agris vectigalibus) ein Nuzeigenthum in den Händen des Bauren, iſt außer allem Zweifel. Bey Zinsgütern geſtehen die Civiliſten ſogar ein vollſtändiges Eigenthum zu, welches ich aber nicht zugeben kan, ſondern glaube, daß dem Zinsherrn ebenfalls daran ein Obereigenthumsrecht, aber von größerer Einſchränkung als bey den übrigen Bauergütern zukömmt.

1225.

Ausdehnung des Erbeigenthumsrechts.

Es gilt das Erbeigenthumsrecht der Bauren ſogar noch dann, wenn gleich in den Lagerbüchern, Heberegiſtern, alten Bauerbriefen ausdrücklich enthalten iſt, daß der Bauer kein Erb- und Eigenthumsrecht am Gute haben ſolle, ſondern ſie nach ſeinem Tode der Herrſchaft wieder zufallen, oder zu Gnaden ſtehen ſolle 1). Es muß aber in dieſem Falle immer das Gut ſchon auf etliche Zeugungen fortgeerbt haben, als wodurch die gegenſeitige Obſervanz ſich begründet, wie ich

ich davon bey verſchiedenen Kammern und Aemtern die Beyſpiele geſehen habe.

1) *Schoepff* de bonis vitalit. Suev. c. 5. §. 63. p. 122. C. 6, §. 81 - 93. p. 154.

1226.

Ordnung in der Rechtlichen Vermuthung der Gattungen.

Es muß bey einem Bauergute, deſſen rechtliche Beſchaffenheit ungewiß iſt, zuerſt Erbleihe, dann römiſche Emphytevſis, und zulezt bloßes Zinsgut vermuthet werden 1). Die für die Erbpacht immer vorſtreitenden Gründe ſind 1. das bey jedem Bauergut vorhandene Nuzeigenthum, 2. die geſchehene Anwendung emphytevtiſcher Grundſäze, 3. die allgemeine Meinung der Doktoren, 4. die allgemeine Obſervanz von Teutſchland.

1) Claproth Samml. Juriſt. Philoſ. Abhandl. P. I. n. 4. *Wernher* P. IV. obſ. 35.

1227.

Vorzugsrecht der gutsherrlichen Abgaben beym Konkurſe.

Da die Gutsherren wegen ihren Zinſen und Abgaben auf den Zinsgütern und Bauergütern, kraft des vorbehaltenen Obereigenthums, ein dingliches Recht haben, und dieſe Abgaben eine Art von Dienſtbarkeit ſind 1), ſo werden derlei Forderungen beym Gante und beym Konkurſe in die erſte Klaſſe gleich nach dem Liedlohn unter die Gläubiger, die theils ein

dingliches Recht haben, theils ein vorbehaltenes Eigenthum beſizen, geſtellt 2), und die gegenſeitigen Meinungen Buris 3), Strubens 4) und Selchows 5) ſind ohne Grund, und haben die allgemeine Praxis und die meiſten Landesgeſeze 6) wider ſich.

1) *Link* in *Conſil. Altorf Reſp. 69. n. 1. p. 457.* Venditione enim cenſus non id agitur, vt res pro ſecuritate cenſus hypothecata ſit, ſed vt cenſus ſit onus ipſi rei tanquam ſeruitus quaedam impoſitum.

2) *Lauterbach* in tit. de priuil. Credit. §. 36. Tom. III. Coll. Theor. Pract. p. 384. *Berger* in Oecon. Jur. L. IV. tit. 31. §. 2. et in Suppl. ad El. diſcept for. P. II. tit. 45. p. 214. *Ludewig* in jure Client. Sect. III. c. 8. § 23. *Hellfeld* in tit. de reb. auct. jud. poſſ. §. 1818. Estor Th. III. §. 426. Ludovici Concurs-Proz. C. 10. §. 21.

3) von Bauergůt. S. 767.

4) de jur. Vill. c. 4. §. 9. 5) El. Jur. Germ. §. 358.

6) Anſpach. Conkurs-Ordn. S. 16. Mainz. Lr. t. 22 §. 2. Hohenloh. Lr. S. 214. Trier Lr. t. 13. §. 10. Můhlhåuſ. Stat. III. 80. Mecklenb. Erbl. Vergl. §. 362. Goth. Pol. O. P. I. c. 18. §. 7. S. 87. C. C. Holſat. T. I. p. 124. 137. 1181. Gerſtl. Wůrtemb. Geſ. u. Norm. B. I. §. 39. Wolfenbůtt. Rezeß v. 1619. §. 29. Conſtit. de 3. Oct. 1707. 21. Apr. 1745. Rottmann über die Såchſ. Schaumb. Pol. O. S. 321.

1228.

Polizeyrechtliche Einſchrånkung.

Jedoch haben einige Landesgeſeze, theils zur Beſtrafung der nachlåßigen Gutsherrſchaften, theils zur Si-

Sicherſtellung der übrigen hypothekariſchen Gläubiger weislich verordnet, daß dieſe rückſtändigen Zinſen, Gülten, Erbpächte, wenn ſie jenes Vorzugsrechts theilhaftig werden wollen, nicht über zwey 1), drey 2), fünf 3) oder ſechs Jahre 4) alt ſeyn ſollen, widrigenfalls ſie, wie im Preußiſchen 5), in die IV. Klaſſe verwieſen werden.

1) Cod. Frid. P. IV. t. 9. §. 60 - 64. Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. t. 12. §. 34. kommen in die II. Claſſe Vergl. C. C. March. Nov. T. IV. col. 491.

2) Hildesheim. H. G. O. t. 34. §. 19.

3) C. C. Culmb. T. II. P. I. p. 214. Sächſ. P. O. t. 42. §. 8.

4) Magdeb. Pol. Ordn. c. 49.

5) cit. C. J. Frid. §. 59. p. 154.

1229.

Beſchaffenheit des bäuerlichen Erbrechts.

Das bäuerliche Erbrecht am Gute 1), das man im Zweifelsfalle an verſchiedenen Merkmalen erkennen kan 2), iſt zuweilen ſo eingeſchränkt, daß keine Erbtheilung ſtatt findet 3), ſondern es bekömmt daſſelbe entweder das älteſte oder jüngſte Kind 4), und zwar zuerſt Söhne, dann Töchter allein, oder auch dasjenige Kind, welches der Gutsherr oder der Vater nach dem Kurrechte auswählt 5). In allen dieſen Fällen wird das Gut, wiewol mäßig, zu Geld angeſchlagen, und die übrigen Geſchwiſter bekommen ihre Erbsportionen an baarem Gelde heraus, welches aber manchmal zu

großen Verſchuldungen der Güter Anlaß gibt. In Heſſen und bey zweyhändigen Gütern erbt der überlebende Theil. Sonſt hat in der Regel die teutſche Stammsſucceſſion, von welcher auch die Lehensfolge eine Nachahmung iſt, bey Bauergütern ſtatt 6), und ſelten iſt es, daß die Civilrechtserbfolge, oder eine Miſchung von dieſer und jener angetroffen wird. Vom Auszuge und Großvaterrecht ſchon oben §. 62. So lange noch Abkömmlinge vom erſten Erwerber vorhanden ſind, ſo fällt das erbeigenthümliche Bauergut nicht an die Grundherrſchaft zurück 7).

1) Oecon. for. T. V. p. 444.

2) *De Ludolff* P. II. obſ. 157. *De Pufendorf* T. II. obſ. 97. 197. T. III. obſ. 207. Lennep von der Leihe zu Landſ. S. 230.

3) Magdeburg. Pol. Ordn. c. 24. 29. §. 3. 9. *Goebel* c. 4. §. 13. p. 225. *And. Sig. Green* Diſſ. de prohibita praed. allod. diuiſione. Lipſ. 1754.

4) Henneb. L. O. S. 190. Osnabr. E. O. c. 4. §. 1. Liefl. L. O. S. 61. Ravenſp. E. O. c. 1. §. 1. *Pufendorf* T. I. obſ. 91. T II. obſ. 33. Strubens Bed. Th. I. S. 342. Th. III. S. 124. *Nolten* de jur. Vill. pag. 21. Palm C. 9. S. 68. Buri S. 1064. *Hert.* de hom. propr. S. III. §. 8. *Matth. von Wicht* Diſſ. de origine et cauſa ſtat. Oſtfriſ. quo fratri minori ſedes paterna prae maioribus natu poſſidenda in ſucceſſione relinquitur. Groen. 1724. *Conr. Er. Ling* Diſſ. de ſtat. fratris jun. praedium poſſidendi praerogatiua. Groen. 1716. Von Cramer vom Minorat bey Bauergütern, Th. VII. der Wezl. Nebenſt. S. 162.

5) *Strube* de jur. Vill c. 8. §. 6. Ebend. Rechtl. Bed. Th. I. B. 4. S. 16. *Puſendorf* T III. obſ. 182. Oecon. for. Tom. V. §. 448. 544. p. 450. 433.

6) *Chr. H. de Selchow* Diſſ. differentiae praediorum ruſticorum et feudalium praeſertim quoad ſucceſſionem. Goett. 1765.

7) Oecon. for. T. V. p. 444.

1230.

Eingeſchränktes Gebahrungsrecht.

Weil der Bauer am Gute bloß das Nuzeigenthum, und kein vollſtändiges Eigenthumsrecht beſizt, ſo folgt daraus, daß er es nicht zertrennen, veräuſern, mit dem Brautſchaze oder andern dinglichen Beſchwerden beläſtigen, noch darüber teſtiren darf, als zu welchem Ende gutsherrliche Einwilligung vorhanden ſeyn muß 1).

1) C. C. March. T. I. p. 327. T. II. p. 117. T. IV. p. 490. Magdeb. Pol. Ordn. c. 48. Anh. L. O. tit. 17. §. gl. weiſe. Gothaiſche L. O. S. 182. Beyſ. S. 430. Altenb. L. O. S. 220. Hohenloh. Landr. S. 87. 92. 109. 113. Naßau. L. O. S. 31. Schaumb. P. O. c. 28. S. 300. Mainz. Erfurt. O. S. 216. 334. C. C. Oldenb. P. II. p. 17.

1231.

Ermanglung des Erbrechts bey gewiſſen Bauergütern.

Bey Bauergütern, die erſt in der neuern Zeit als Zeitpacht auszuthun, angefangen worden ſind, oder wobey die Gutsherrſchaft von Zeit zu Zeit ein Anfallsrecht ausgeübt hat, findet kein Nuzeigenthum ſtatt,

ſtatt, ſondern ſie werden nach den Rechten der römiſchen Pacht behandelt.

1232.

Erſchwehrte Austreibung der Bauren aus Polizeygründen.

Nicht allein wegen dem Nuzeigenthum, das heutzutage die Bauren an ihrem Gute größtentheils haben, ſondern auch die Gefahr, daß ſie dadurch außer Nahrung geſezt werden, die Güter ganz ungebaut bleiben, mithin dadurch ſowol die Bevölkerung bey der nüzlichſten Bürgerklaſſe nothleiden, und die landesherrlichen Einkünfte geſchmälert werden könnten, findet die Austreibung nicht leicht ſtatt 1), und leidet die ältere Verfaſſung 2) hierinn einen Abfall.

1) *Müller* Reſol. March. 100. §. 1. 2. 3. 4.

2) *Strube* de jur. Vill. c. 8. §. 1. p. 290.

1233.

Beſonders im Preußiſchen.

Nirgends aber hat dieſes mehrere Schwierigkeit, als in den Staaten der Preußiſchen Monarchie, wo ſchlechterdings die Bauren, ſie mögen Freye oder Leibeigene ſeyn, ſo lange es möglich iſt, bey dem Beſize ihrer Güter geſchüzt, und davon nicht verdrungen werden ſollen 1). Es dürfen auch die Juſtizkollegien ohne Bewilligung der Kammern hierinn nichts nachtheiliges verfügen 2).

1) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 269. 415. 445. Contin. I. p. 248. Contin. IV. p. 166. Circulare an alle Juſtiz-

ſtizkollegien u. Kammern vom 11. u. 25. Nov. 1779. C. C. March. Nov. T. VI. col. 1623. 1626. Oecon. forenſ. T. V. §. 250. 262. Reſcript, in wie fern die Konkurrenz der Kammern bey Realexecutionen gegen verſchuldete Unterthanen ſtatt finden ſoll, vom 20. May 1782. in C. C. M. Nov. T. VII. p. 1155.

2) Regl. für Schleſien u. Glaz vom 7. Sept. 1770. Verordn. für Oſt- und Weſtpreußen vom 8. Nov. 1773. Allgemeines Reglem. vom 17. Jan. 1780. §. 37. 45. 49. Reſcript vom 14. Merz 1780. Corp. Jur. Frid. L. I. P. II. tit. 17. §. 62. 68. 77.

1234.
Austreibungsfälle.

Die Gutsbauren können aus dem Gute vertrieben werden wegen muthwilliger Weiſe ein 1) zwey oder drey Jahre unterlaſſener Bezahlung der Gülten und Zinſe 2), und nicht geleiſteten Dienſten, ferner wegen ſchlechter Bewirthſchaftung des Guts, und wegen eigenmächtiger Veräußerung 3). Bey leibeigenen Bauren ſind Austreibungsfälle Ungehorſam, Widerſezlichkeit, unerlaubte Heyrath, ſchlechte Wirthſchaft, und gewiſſe Vergehungen, als Diebſtahl 4). Die Leibeigenen, die ihre Güter nicht erbeigenthümlich beſizen, können in Niederteutſchland ganz willkührlich ausgetrieben werden 5). Denn in Oberteutſchland iſt zwiſchen den Freyen und Leibeigenen in Anſehung des Güterbeſizes gar kein Unterſcheid. Der einem Bauren entzogene Hof muß ſeinen Kindern wieder eingeräumt werden.

1) C. C. March. T. V. Abth. III. p. 180.

2)

2) *Hellfeld* tit. D. ſi ager vectig. §. 606. *Lauterbach* in Colleg. D. eod. tit. §. 22. T. I. p. 595.

3) *Strube* de jur. Vill. c. 8. §. 9. 10. p. 321. ſeqq. Buri S. 1176. ff. S. 960 ff.

4) Oecon. for. T. V. § 269.

5) *Müller in Pract. Civ. March. Reſol.* 97. *n.* 17. Sic quoque apud nos in Noua Marchia et Vckermarkia, Neumark und Uckermark, adhuc inueniuntur homines proprii, qui quod poſſident, precario ſub certis ſeruitiis ac praeſtationibus tenent, et ad reſignationem pro lubitu Domini factam diſcedere et praedia cum inuentario Hoffwæhre reſtituere obſtricti ſunt. Oecon. for. cit. l. §. 260. Neumärk. Bauer-Geſinde-Hirten- u. Schäferordn. von 1685. C. C. M. T. III. p. 180. Wann aber der Bauer oder Coſſäthe in den Stand geräth, daß er innerhalb Jahrsfriſt die Dienſte und Contribution nicht abſtatten kan, ſo iſt er ſchuldig, auf Begehren der Herrſchaft ſeinen Hof zu übergeben, und ſo lange zu dienen, bis er denſelben wieder annehmen kan.

1235.

Aufhohlungsprozeß.

Die Art und Weiſe der Austreibung geſchieht durch den Aufhohlungsprozeß 1), der bey Leibeigenen die Abäußerung, bey Maiergütern das Abmeierungsrecht 2), und bey den Erfurtiſchen Freygütern der Frohnizations- und Gewährsprozeß 3) heiſt. Es wird zu dem Ende in Oeſtereich ein beſonderes Grundrecht niedergeſezt 4). Sonſt geſchieht es vor den gewöhnlichen, und manchmal vor den beſondern Bauergerichten, und eben ſo wird es im Preußiſchen gehalten,

wo

wo aber eine beſondere Verfahrungsart 5), und viele Vorſicht und Billigkeitsbeobachtung erfordert wird.

1) Mindiſche Landesverträge S. 198. Holſtein. L. G. O. P. I. t. 3. §. 11. Privil. gen. Bremenſ. n. 8. C. C. Oldenb. P. IV. p. 41. Cod. Max. Bav. pag. 393. *Suttinger* in obſervat. pract. ad Styl. jud. prov. Auſtr. infra Onaſ. Obſ. 45. 46. p. 84. *Schoepff* de bon. vital. Suev. c. V. §. 69. 70. Strubens Bericht vom Abmeierungsrecht c. 1. S. 13. *Pufendorf* T. III. obſ. 88.

2) C. C. Cellenſ. P. V. c. 2. p. 673. Zell. P. O. c. 44. §. 8. Dav. Ge. Struben gründl. Bericht vom Abmeierungsrecht. Hildesheim 1730.

3) Mainz. Erf. Freyzinsordn. tit. 4.

4) Niederöſt. Ordn. t. 4. §. 23.

5) C. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 17. §. 23.

1236.

Preußiſche Verfahrungsart bey Pachtbauren.

Wenn ein Bauer oder Pächter, der die Zeitpachtqualität ſeines Guts einräumt, 2. Jahre mit der Bezahlung der Pächte und Steuern ohne Unglücksfälle zurückbleibt, und in dem Kontrakte keine beſondere Friſt der Austreibung bedingt iſt, ſo kan er nach einem ſummariſchen Verfahren und mündlichem Verhöre der Pacht verluſtig erklärt, des Beſizes entſezt, und ihm zu Räumung des Hofs ein kurzer Termin, höchſtens von 14. Tagen, jedoch nicht zur Erndte- und Beſtellungszeit, gegeben werden 1).

1) Verordn. an die Cleviſchen Landſtände vom 28. Jul. 1773. in C. C. March. Nov. T. IV. p. 492.

1237.

Erforderniſſe bey der wirklichen Austreibung.

Bey der geſchehenen Austreibung muß dem Bauren das Inventarium, die Hofwähre, das Schif= und Geſchirr, das vorhandene Vieh, wenn dieſes nicht die Gutsherrſchaft angeſchaft hat, ſamt dem Werthe der Gebäude und Verbeſſerungen, desgleichen die Baukoſten erſtattet werden 1). Dieſes fällt bey Erbzinsgütern, bonis emphyteuticis weg 2).

1) Solmſ. Landr. P. II. tit. 7. §. 18. *Strube* de jur. Vill. c. 8. §. 11. p. 365. *Goebel* Obſervat. de locat. Conduct. §. 129. p. 69. *Pufendorf* T. III. obſ. 131. Buri Erläut. des Schilter. Lehenr. S. 1047.

2) L. 2. D. ſi ager vect. Avth. qui rem. Cod. de SS. Eccl.

1238.

Kindliche Verpflichtung den väterlichen Hof anzunehmen.

Wenn im Preußiſchen den Unterthanen ihre Höfe abbrennen, ſo müſſen ſie ihnen von den adelichen Obrigkeiten wieder aufgebaut werden 1). Jeder Unterthan muß ſich nach dem XXV Jahre verheirathen, und einen Hof beziehen 2). Bey mehrern Kindern müſſen ſich wenigſtens zwey unter der Geburtsobrigkeit anſezen 3). Auf den andern Gütern können die jüngern Geſchwiſter nicht immer genöthiget werden, Höfe anzunehmen 4), nur Eines iſt des Vaters Hof zu beziehen ſchuldig 5).

1) C. C. March T. V. Abth I. p. 216229. 233

2)

2) ibid. Abth. III. p. 180 3) pag. 339.
4) pag. 149. 180. 275.
5) pag. 338.

VII. Abſaz.
Bäuerliche Obliegenheiten.

1239.
Einleitung.

Alle Bauren in Teutſchland, wovon nur wenige die Ausnahme machen, leiſten Dienſte und Abgaben, wozu ſie vermög ihres Standes verpflichtet ſind 1). Es ſind dieſelbe aber von mancherlei Art und Beſchaffenheit, und beruhen auf mannigfaltigen Gründen und Urſachen, daß es daher der deutlichen Ordnung wegen nöthig iſt, ſie nach einer vorläufig entworfenen Tabelle in ſyſtematiſcher Form vorzutragen.

1) C. 7. de privil. in VIto. *Balthaſar* de operis Subdit. c. 8. C. C. March. T. V. Abth. I. p. 43. 55. 56.

1240.
Plan.

Zuerſt wollen wir die Abgaben, und hernach die Dienſte betrachten; bey beiden die landesherrlichen und gerichtsherrlichen Obliegenheiten vorausſchicken, und die leibeigenſchaftlichen und gutsherrlichen darauf folgen laſſen, weil nach rechtlichen Prinzipien jene im Zuſammenſtoße ein Vorgangsrecht behaupten.

I. Glied.

Bäuerliche Abgaben.

1241.

Abtheilung.

Die bäuerlichen Abgaben, Hebungen genannt 1), entſpringen aus einer I. Perſönlichen, oder II. Dinglichen Verbindung.

1) B. G. Struve Erklärung rechtsübl. Wörter und Redensarten S. 121.

1242.

Doppelter Urſprung.

Erſtere entſteht entweder aus der Unterthanſchaft, die urſprünglich theils weltlich, theils geiſtlich iſt, oder aus der Leibeigenſchaft.

1243.

Landesherrliche Abgaben.

Aus der weltlichen Unterthanſchaft leiten ſich ſowol die landesherrlichen Abgaben an Steuern, Beeden, Orbeeden, Anlagen, Kopfſteuern, Unpflichten, Rottzins, als die Gerichtsherrlichen Abgaben an Vogthaber, Gowhühner, Rauchhühner 1), Rauchgänſe, ab, wovon unterm Steuerrecht eben ſo, wie von dem folgenden, ausführlich gehandelt wird.

1) *Ge. Frid. Deinlein* Diſſ. de praeſtationibus gallinarum. *Haltaus* Gloſſ. col. 1507. *Vogt.* Monum. Brem. T. I. p. 520. *Senckenberg* de condit. ſerv. §. 6.

1244.

Zehendrecht.

Aus der ehemals beſtandenen theils noch beſtehenden geiſtlichen Oberherrſchaft erzeugte ſich das ganze Zehendweſen. Dieſe und jene Abgaben hat der Bauer mit allen Gliedern des Staats gemein.

1245.

Leibeigenſchaftliche Abgaben.

Aber die leibeigenſchaftlichen Unpflichten ſind ihm ganz eigenthümlich. Es ſind dieſelben 1. die jährlichen Halshühner, Leibhühner, Leibgänſe, 2. Bedemund, Klauenthaler, Salzſcheibe, 3. Hauptrecht, Gewandtheil, Beſthaupt ꝛc., 4. Manumiſſionsgeld 1). Man bemerkt, daß nur die erſte Gattung den Leibeigenen ganz ausſchließungsweiſe zukomme, die übrigen aber auch aus andern Verbindungen ihren Urſprung erhalten.

1) *Haltaus* in Gloſſar. col. 841. 1245. Strube Rechtl. Bed. Th. III. S. 127. Schweder von Anſchlag. der Güter C. 12. S. 143. Eſtor Th. I. §. 428.

1246.

Dingliche Abgaben.

Die Abgaben, die eine dingliche Verbindung zum Grunde haben, rühren bald aus einem freyen, bald aus einem leibeigenſchaftlichen Güterbeſize, und bald aus dem bloßen Beſize des Viehes und der Hofwehre her.

1247.

Freye Gutspächte.

Zur erſten Gattung gehören die mancherlei teutſchen Güterpächte, Zinſe, Erbzinſe, Gülte, Maierzins, Vogthühner, Vogthaber, Vogtgeld 1), der Schillingsheuer, Hägerzins, Probſtenzins; die jährlichen Zieler, Hofgülte, Zielfriſten, der Beſtand, das Kaufgeld; der Grundzins, Waldzins, das Honiggeld, die Rauchhühner, Rauchgänſe, Gowhühner.

1) Eſtor Th. II. §. 6081.

1248.

Unfreye Gutsabgaben.

Aus dem unfreyen und leibeigenſchaftlichen Güterbeſize entſpringen nicht allein beſondere Pachtabgaben, als der Maierdingszins, Urbarzins, Laßzins, ſondern auch alle leibeigenſchaftliche Beſchwerden.

1249.

Hofwehre.

In der Mark, in Mecklenburg und Pommern, müſſen die Bauren wegen der erhaltenen Hofwehre, welche das Vieh, Schiff und Geſchirr, oder das ganze Bauerinventarium begreift 1), meiſt leibeigenſchaftliche Abgaben leiſten.

1) Repertor. Jur. Priv. T. III. p. 1866. ff. v. Hoffwehre.

1250.

Doppelte Verfallzeit.

Beide, ſowol die perſönlichen, als die dinglichen Abgaben werden vom Bauren entweder bey ſeinem Leben oder nach ſeinem Tode gereicht.

1251.

Zeitpunkt der Ablieferung.

Die bey ſeinem Leben vorfallende Abgaben gibt er entweder jährlich, Jahrgang, Jahrgülte, Jahrpflicht, Jahrſchoß 1), meiſt zu gewiſſen Feſttagen 2), als die Leibhühner, Leibgänſe, Rauchhühner und übrigen Naturalpräſtationen an Oehl, Wachs, Honig, Salz, Brodt, Kuchen, Butter, Käſe, Eier u. ſ. w. desgleichen ſämtliche Güterpächte, Gülten und Zinſe; oder bey gewiſſen Gelegenheiten.

1) Eſtor Th. III. §. 424. S. 351.

2) *Pufendorf* T. II. obſ. 59. *Pottgieſer* de ſtatu ſerv. L. II. c. 6. §. 8. 9.

1252.

Lehenwaare.

Die bemerkten Gelegenheiten ſind erſtlich der Gutsantrit. Es wird in dieſem Falle das Handlohn, Laudemium 1), die Lehenwaare, der Ehrſchaz, Leihkauf, Weinkauf, Mahlpfennig bezahlt, das theils eine Abgabe für den erhaltenen gutsherrlichen Schuz 2), theils ein Sinnbild des geſchloſſenen Pachtkontrakts, und theils eine Belohnung der gutsherrlichen Einſeſtung iſt 3). Einige Güter, wie die Ehrſchäzigen 4) und Schillingsgüter 5), haben davon ihren Namen. Es wird nur bey Veränderungen auf Seiten des Gutsbauren bezahlt, und nicht, wenn ein anderer Gutsherr eintrit 6). Auch nach der Regel nicht bey der zwoten und der weitern Verheirathung des Bauren 7), ausgenommen bey Meyereyen und Behandigungsgütern 8).

In Anſehung der Größe der Summe kömmt es darauf an, ob es wegen der Vererbfällung auf Seitenverwandten, oder wegen der Veräußerung bezahlt werden muß. In jenem Falle macht es oft den Preis für den jährigen oder halbjährigen Ertrag des Guts 9), in dieſem aber zwey 10), fünf, acht, zehn vom Hundert des Kaufſchillings, den die Kontrahenten im Nothfalle eidlich angeben müſſen 11), oder von der Hufe vier Thaler 12). Es richtet ſich nach den Verträgen, dem Herkommen und nach den Landesgeſezen 13). Wenn aber dieſe nichts beſtimmen, ſo hat man in Praxi von der römiſchen Emphyteuſis den 50. Theil angenommen 14), und läßt zu dem Ende das Gut anſchlagen 15). Seine Anwendung iſt ſehr eingeſchränkt, und es darf von einem Falle nicht auf den andern geſchloſſen werden 16). Daher es meiſt nicht beym Wiederkauf 17) und bey der Erbfolge der Deſcendenten 18), wol aber bey der Zeſſion der Erbsportionen 19) gegeben wird. Seine Erhöhung findet gar nicht ſtatt 20), und es kan ſelbſt gegen alte Verbothe verjährt werden 21). In Oſtfriesland müſſen die Gläubiger, die 10. Jahre Erbpachtländereyen genuzt haben, dieſelbe entrichten 22).

1) *Lud. Beckmann* Diſſ. de Laudemio. Ien. 1744. Tract. Varior. de Laudemiis. Aug. Taur. 1629. *Ge. Franzkius* de Laudemiis. Ien. 1664. *P. Pancr. Krauſs* medulla laudemiorum. Ien. 1678. *Henr. Balth. Roth* de laudemiis. Ien. 1679. *Abr. Kæſtner* de laudemio. Lipſ. 1731. Joh. Heinr. Eberhard von Laudemien, beſonders

ders in Beziehung auf die kaiſ. Wahlkapitulation. Witt. 1772. II. Theile.

2) *Haltaus* in Gloſſar. med. aeui T. II. col. 1234. *Io. Ern. Schroeter* Diſſ. de origine laudemiorum apud Germanos. Erf. 1744. *Adr. Steger* de Laudemii feudalis origine. Lipſ. 1763. *Io. Chr. Peſler* Progr. de origine vocis Lehenwaare. Francof. 1750.

3) *Hoffmann* in Jurisprud. Germ. ſymb. §. 17. p. 26. *Goebel* de jure et jud. Ruſt. c. 3. §. 36. p. 164. Erfurt. Freyzinsordn. t. 9. 10. 11. *Dreyer* de arrhis emt. diſſ. 1. not. 9. Reinhard von den Landſiedeleyen S. 218.

4) *Io. Schilter* de bonis laudemialibus, von Ehrſchæzigen Gütern. Argent. 1698.

5) *Io. Chr. Waitz* Diſſ. de bonis ſolidorum Brunſw. et Lun. eorumque eſſentialibus et accidentalibus. Ien. 1738.

6) *Leyſer* Specim. 104. med. 6. *Strube* Acceſſ. ad jus Vill. obſ. 21. *Pufendorf* T. II. obſ. 35. T. III. obſ. 36.

7) Von Cramer Wezlar. Nebenſt. Th. VI. S. 18.

8) Das Gegentheil behauptet ebenderſ. Siehe *Strube* de jur. Vill. C. III. §. 17. et in Acceſſ. p. 78.

9) *Pufendorf* T. I. obſ. 221. T. III. obſ. 32.

10) Magdeb. Pol. Ordn. C. 48. §. 3. 4.

11) *Io. Fl. Rivinus* Progr. de jure, quod domino directo intuitu laudemii competit. Lipſ. 1727.

12) Schaumb. Pol. Ordn. c. 28. *Strube* de jur. Vill. c. 8. §. 17.

13) *Aug. a Leyſer* Diſſ. de probatione laudemii per libros cenſuales et literas inueſtiturae. Helmſt. 1728.

14) Naſſau. L. O. S. 35. *Schilter* de bon. laud. §. 4. 5. Hommel über Maſcovs Lehenrecht C. VII. §. 32.

15) *Gottl. Sturm* Diſſ. praecipua laudemii capita. Viteb. 1734.

16) *Abr. Kæſtner* de laudemio ad caſum non extendendo. Lipſ. 1734.

17) *Car. Frid. Walch* Diſſ. de retrouenditione a laudemii onere libera. Ien. 1761.

18) Ausnahmen in Cod. Maxim. Bav. p. 387. Buri Erläut. des Schilter. Lehenrechts S. 885. *Carpzov* Jurisprud. for. P. II. Conſt 39. defin. 21.

19) *Ign. Chr. Lorber a Stoerchen* Diſſert. de coherede feud. emphytevt. ſeu cenſit. laudemialem in ſolidum accipiente, detracta ſua rata ad ſoluendum laudemium vel maxime obligato. Bamb. 1756.

20) Mind. Landesvertr. S. 201. Hohenloh. Lr. P. II. tit. 8. §. 4. Gotha. L. O. S. 148. Schaumb. Sächſ. Recht P. III. p. 211. Cod. Auguſt. Tom. I. p. 131.

21) *Ern. Tenzel* de laudemio eiusque contra legem publicam prohibitiuam praeſcriptione. Erfurti 1725.

22) C. C. March. Nov. T. I. p. 65.

1253.

Abgaben bey der Verheirathung.

Eine zweite Gelegenheit der bäuerlichen Abgabe äußert ſich bey der Verheirathung. Da müſſen ſowol die leibeigenen als unfreyen Gutsbauren die Erlaubnis, ſich das erſte oder zweitemal zu verheirathen, für ein gewiſſes Geld, Klauenthaler, Frauenzins, Bedemund, Hemdſchilling, Maidenrenthe, Marcheta genannt,

nannt, erkaufen. Zuweilen bezahlen es bloß die Bräute, wie in Wirtemberg, wo ſie eine Salzſcheibe zu geben haben. Der Schwängerer einer leibeigenen Dirne muß dem Leibherrn zur Schadloshaltung ebenfalls den Bedemund geben. Wovon oben §. 1147.

1254.

Weglöſung.

Eine dritte Gelegenheit zu bäuerlichen Abgaben ereignet ſich ſowol bey der Aufgebung des Bauerguts, als bey der Loslaſſung aus der perſönlichen Leibeigenſchaft. In jenem Falle muß die Weglöſe, Abzuggelder, und in dieſem das Manumiſſionsgeld, deren Summen verſchieden ſind, entrichtet werden.

1255.

Beſtimmte oder unbeſtimmte Größe der Abgaben.

Alle Abgaben beſtehen aus einer beſtimmten oder unbeſtimmten Zahl und Größe. Obſchon dieſes zuweilen nach altem Maaße und abgekommenen Geldſorten geſchieht, ſo richtet man ſich doch jezo hiebey nach dem Herkommen 1).

1) Eſtor Th. I. §. 426.

1256.

Zinſe.

Beide ſind a) Geldabgaben, als Zinſe 1), die theils aufgelegt, theils vorbehalten worden 2). Bey aufgelegtem Zinſe 3) iſt das Gut dem andern unter Vorbehaltung des Obereigenthums 4) gegen einen jährlichen Zins, der auch manchmal Mödum, Bekenngeld,

 Ding-

Dinggeld heiſt 5), zum Nuzeigenthume eingeräumt worden. Einen ähnlichen Urſprung hat auch der vorbehaltene Zins 6), nur daß dabey zuweilen noch eine Miſchung vom teutſchen Darlehns = und Pfandkontrakt hinzukam, gleichwie es auch bey jenem zu geſchehen pflegte 7). Im Preußiſchen kriegen die ohne gutsherrliche Bewilligung abziehenden Bauern ihre vorbehaltenen Zinſe nicht bezahlt 8).

1) *I. H. Boehmer* de vario cenſuum ſignificatu, et jure. Hal. 1712. *Luc. Becmann* de cenſibus. Viteb. 1618. *Caſp. Manz.* praeludia ſuper cenſibus. Ingolſt. 1642. *Lud. Cregel* de cenſibus. Alt. 1659. *Ant. Iul. Buſmann* de cenſu. Helmſt. 1675. *Chr. Laur. Bilderbeck* de cenſibus. Lipſ. 1707. in adp. ad *Schanmann*.

2) *Ge. Ant. Ioachim* Diſſ. de cenſu conſtitutiuo et reſeruatiuo. Lipſ. 1727.

3) *Iac. Born* de cenſu conſtitutiuo. Lipſ. 1673.

4) Eſtor Th. I. §. 425.

5) Mainz. Lr. t. 29. §. 2. 3. Von Cramer Wezl. Nebenſt. Th. I. S. 63.

6) *Herm. Zoll.* de cenſu reſeruatiuo. Rint. 1705.

7) Meine Geſchichte des teutſchen Handels Th. I. S. 287. 288. 289. *Io. Iac. Sorber* de cenſu conſtitutiuo ſeu mutuo palliato. Ien. 1746.

8) C. C. March. T. VI. Abth. I. S. 116. 161.

1257.

Gattungen der Zinſe.

Die auf Grundſtücken, meiſt auf Wieſen und Gärten liegenden Zinſen, heiſen Grundzinſe 1), auf den

den Häuſern und Hofraithen Königszinſe 2), Worthzinſe, Worthpfennige 3). Einige, wie dieſe, ſind unveränderlich, andere vermehren ſich bey der verabſäumten Entrichtung 4), als die Rutſcherzinſe 5), Zinsbuſſen 6), andere, wie die Fahrzinſe, Gefahrerbenzinſe 7), ziehen in dieſem Falle den Verluſt des Guts nach ſich.

1) Buri Erläut. des Lehenr. S. 1264. Orth Th. II. S. 284. ff.

2) Urk. v. 1259. in Lünigs Reichsarch. P. Sp. Cont. II. p. 444. Erfurt. Freyzinsordn. tit. 3. S. 180. *Grupen* Ant. Hann. p. 123. Buri S. 804. *Ge. Henr. Ayrer* Progr. de cenſu Regali. Goett. 1744.

3) *Haltaus* in Gloſſ. med. aeui T. II. col. 2133. 2134. *Gercken* fragm. March. P. I. p. 56. Dreyers Einleit. S. 297.

4) Eſtor Th. III. §. 429.

5) *Adr. Beier* de cenſibus promobilibus, von Rutſcherzinſen. Ien. 1702. *G. H. Ayrer* de cenſibus mora creſcentibus. Goett. 1744.

6) Reinhard kl. Ausführ. Th. I. S. 244. *Rud. Chr. Henne* Diſſ. de natura et indole cenſuum, praeſertim poenalium. Erf. 1764.

7) Braunſchw. Anzeigen 1745. S. 1665.

1258.

Ablösliche und unablösliche Zinſe.

Der Zins iſt entweder ablöslich 1), daß man ihn mittelſt Zurückbezahlung der vorgeſchoſſenen Geldſumme

ſumme 2) abkaufen, oder auf Seiten des Gutsherrn das Gut hiedurch frey an ſich nehmen kan, oder unablöslich, wenn eine ewige Renthe aufs Gut gelegt 3), oder mit dem Kapital ein ewiger Zins erkauft worden iſt. Erſteres, als eine geringere Beſchwerde, wird im Zweifelsfalle vermuthet 4), allein doch heutzutage wegen der Verſchiedenheit des Gelds und der undenklichen Verjährung die Loskaufung praktiſch nicht leicht zugeſtanden 5).

1) Buri S. 788. ff.

2) *Io. Chr. Unger* Diſſ. de pacto repetendae ſortis a venditore annuorum redituum. Goett. 1737.

3) *Car. ab Eſchens* de jure cenſuum ſeu annuorum redituum. Baſil. 1631. *Chr. Beſold* de jure cenſuum ſeu redituum emendorum emtorumque. Tub. 1634. *Caſp. Manz* de cenſibus et penſionibus. Ingolſt. 1657.

4) Reichspol. Ordn. v. 1548. tit. 17. §. 8. *Ant. Matthaei* in paroem. Belg. p. 138. *Ludolff* P. II. obſ. 127.

5) Trier. Lr. tit. 14. §. 4. 5. 6.

1259.
Gutsherrliche Hypothek wegen den ausſtändigen Zinſen.

Obſchon Selchow 1) und ein paar andere neuere Schriftſteller 2) der gegenſeitigen Meinung ſind, ſo bleibt es doch in Praxi ausgemacht 3), daß dem Zinsherrn wegen der ausſtändigen Zinſe auf dem Gute eine geſezmäßige Hypothek, und beym Konkurſe ein Vorzugsrecht zuſtehet 4), weil auf Seiten des Zinsherrn beſtändig ein dingliches Recht am Gute vorhanden iſt,

es

es mag nun ein vorbehaltenes Eigenthum, oder ein verſteckter Pfands = und Darlehnskontrakt (mutuum palliatum) dabey zum Grunde liegen.

1) Elem Jur. Germ. §. 358.

2) Strube de jure Vill. C. IV. §. 9. Buri Erläut. S. 767.

3) *Lauterbach* in Coll. Theor. Pract. ad D. tit. de privil. Credit. §. 36. in Tom. III. p. 384. *Linck* in Conſil. et Reſp. Conſ. 69. n. 1. p. 457. *Berger* Oecon. Jur. L. IV. tit. 31. §. 2. *Hellfeld* in Jurisprud. forenſi §. 1818. Eſtor bürgerl. Rechtsgel. Th. III. §. 426. Ludovici Konkursproz. C. X. §. 21. ff.

4) Anſpach. Konkursordn. S. 16. Gotha. P. O. P. I. c. 18. §. 7. Mainz. Lr. t. 22. §. 2. Trier. Lr. tit. 13. §. 10. Hohenloh. Lr. S. 214. C. C. Holſat. T. I. p. 124. 137. 1181. Gerſtlachers Wirtemb. Geſ. u. Normal. L. I. §. 39. Mühlhäuſ. Stat. P. III. tit. 80. Wolfenbütt. Landt. Abſch. v. 1619. §. 29. Conſt. Guelph. de 3. Oct. 1707. 21. Apr. 1745. ap. *Nolten*. p. 74. *Rottmann* ad Ord. Pol. Schaumb. p. 321.

1260.

Polizeyrechtliche Einſchränkung.

Weil jedoch durch eine allzugroße Nachſicht oder Nachläßigkeit der Zinsherrſchaft ſehr große Ausſtände aufſchwellen können, wodurch andere hypothekariſche Gläubiger, die nachſtehen müſſen, in Gefahr kommen, ganz leer auszugehen, ſo hat man zu Befeſtigung des Kredits ſowol im Preußiſchen als in andern Staaten ein gewiſſes Alter angenommen, in welchem die

die ausſtändige Zinſe das geſezmäßige Vorzugsrecht genießen ſollen. Es iſt daſſelbe zwey 1), drey 2), fünf 3) oder 6. Jahre 4). Alle dieſes Alter überſteigende Grundzinſe kommen in die vierte Klaſſe im Preußiſchen 5).

1) Cod. Frid. P. IV. tit. 9. §. 60. bis 64. p. 57. Corp. Jur. Frid. L. I. P. IV. tit. 12. §. 34. C. C. March. T. II. Abth. II. p. 154. 155.

2) Hildesh. H. G. O. tit. 34. §. 19.

3) C. C. Culmb. T. II. P. I. p. 214. Sächſ. P. O. tit. 42. §. 8.

4) Magd. P. O. c. 49. cl. 1. §. 17. ſqq.

5) C. J. Frid. cit. l. §. 59. p. 154.

1261.

Abgaben in rohen Produkten.

Andere bäuerliche Abgaben beſtehen b) in rohen Produkten 1), die entweder Getreide, als die Gültfrüchten, das Zinskorn, der Vogthaber, die Getreidepächte, der Laienzehend, oder Lebensmittel und dergleichen Bedürfniſſe an Eyer, Butter, Käſe, Wachs, Honig, Oehl, Brodt, Kuchen, Salz, Speck, Würſte ſind 2).

1) *Goebel* de jure et jud. Ruſt. C. III. p. 95.

2) Eſtor Th. III. §. 424.

1262.

Abgaben an Thieren und Federvieh.

Es gibt viele Abgaben c) an Federvieh, und Hausthieren, nemlich Gänſe, alte und junge Hühner

ner, Hähne, Lämmer, Spannferkel, Pferde, Kühe, Kälber, Ochſen, Stiere, Farren, geſchlachtete Ziegen 1).

1) Eſtor a. a. O. S. 351.

1263.

Abgaben in Geräthſchaften und Kunſtſachen.

Noch andere ſind d) verarbeitete und Kunſtſachen: Kleider, Röcke, Schleier, Weſten, Leinwand, Kleinode, Silbergeſchmeide, Hauben, Müzen, Hemden, nach der Beſchaffenheit des Hauptrechts.

1264.

Abgaben nach der Zahl, Gewicht und Maaß.

Meiſt werden dieſe Abgaben bey der Einſammlung gezehlt, gemeſſen und gewogen, und nur wenige, als die Kuchen, die Salzſcheiben, Lamsbäuche, bleiben ungezehlt, ungemeſſen und ungewogen.

1265.

Lieferungen, Hebungen.

Sie müſſen theils der Herrſchaft von den Bauren auf eigene Koſten eingeliefert werden, und heiſen daher zuweilen Lieferungen, theils muß ſie die Herrſchaft auf ihre Koſten einſammeln laſſen 1), und dann nennt man ſie Hebungen.

1) Eſtor Th. I. §. 427.

1266.

Ablieferung in Perſon oder durch Lehenträger.

Sowol die Zinſe als die andern Abgaben werden entweder von den Zinspflichtigen in Perſon an die Guts-

Gutsherrſchaft abgetragen, oder durch andere überliefert. Das leztere geſchieht bey zertheilten Gütern durch die ſogenannten Lehen= Gült= und Zinsträger, die immer den größern Theil oder den Hofplaz am Gute beſizen, und dieſe Laſt nothwendig übernehmen müſſen.

1267.

Qualität der Naturalabgaben und Verjährung.

Die Gültfrüchten und andere Naturalabgaben werden insgemein in der ſchlechteſten Qualität gegeben. Sie können bey einer vorhergegangenen Abforderung und Verweigerung eben ſo wie die Dienſte verjährt werden 1).

1) Eſtor Th. III. §. 426.

1268.

Natural= und Geldabgaben.

Dieſe Naturalabgaben werden theils wirklich eingezogen, und theils deren Werthe nach vergütet 1). Das leztere geſchieht, ausgenommen bey adelichen Herrſchaften, größtentheils, und obſchon dieſe Verſilberung laut den Lagerbüchern und Erbregiſtern urſprünglich willkührlich geweſen iſt 2), ſo hat ſich doch jezo ein Herkommen erzeugt, und es muß bey der zeither üblichen geringen Geldbezahlung verbleiben 3).

1) nach dem Willen der Herrſchaft. *Eſtor* de abuſu rer. merae facultat. §. 92. 93. 94. p. 57. ſqq.

2) *Reinharth* ad Chriſtin. Vol. II. obſ. 38. *Pufendorf* T. II. obſ. 35. *Conr. Wilh. Strecker* de cenſus per libros cenſuales probatione. Erf. 1733.

3) *Jæger* de emphyt. Salin. c. 1. §. 11. p. 47. *Ludolff* P. IV. obſ. 315. *Strube* de jur. Vill. C. IV. §. 2. Lennep von der Leihe zu Landſ. S. 431.

1269.

Hauptrecht.

Nach dem Tode eines Bauren verfällt der Herrſchaft das Hauptrecht, Baulebung, Leibpfennig, Trauerrecht, Gewandtheil, Geläß, Todtenzoll, Todtfall, Hausgenoſſenrecht, Weidmal, Buttheil, Beſttheil, Beſthaupt, Optimale, Mortuarium, manus mortua 1). Es iſt ein Ueberbleibſel der ehemaligen leibherrlichen und gutsherrlichen Erbfolge im ganzen Mobiliarvermögen 2), wird auch bey den Miniſterialen und Lehenleuten unter dem Namen Hereot, Heergewedde 3), bey Officiers und Rittern nemlich das Trauerpferd 4), und bey der Geiſtlichkeit als ſogenanntes Jus Spolii 5) angetroffen, und entſpringt aus dem alten Mundrechte. Man begreift nun, in wie fern es eine dingliche Beſchwerde ſeyn kan 6). Urſprünglich hing es von der Willkühr des Oberherrn ab, was er anſtatt der ganzen Erbſchaft nehmen wolte; heutzutage aber iſt, ausgenommen an den Orten, wo Köhrrecht, Kurmedrecht gilt 7), das beßte Stück Vieh im Stalle 8), oder das beßte Kleidungsſtück 9) beſtimmt, wofür alsdann ein geringes Geld genommen wird. Wenn nichts ausgemacht worden, ſo muß der Bauer mit der Herrſchaft das Hauptrecht bedingen, oder betheidigen, d. i. ſich mit ihr darüber vergleichen 10). An einigen Orten nimmt man die

Helfte des ganzen Mobiliarvermögens hinweg 11), und an andern läßt man ſich überhaupt eine gewiſſe Geldſumme dafür bezahlen 12), manchmal 5. von Hundert, wie im Darmſtädtiſchen und Weilburgiſchen.

1) *Ferd. Chr. Harpprecht* Diſſ. de jure mortuario in bonis defuncti hominis proprii domino eius competente. Tub. 1686. *Guden.* in Cod. diplom. Mogunt. T. V. p. 15. 23. *Ludolff* P. III. obſ. 273. Knorrens Rechtl. Anmerk. S. 353. Dreyers Nebenſt. S. 89. Einleit. S. 416. Eſtor Th. I. §. 430. Th. III. §. 430.

2) Jülich. u. Berg. Rechtsordn. S. 93. C. C. Calemb. C. V. p. 121. *Pufendorf* T. III. obſ. 28.

3) *Buder* Obſ. Jur. Publ. et feud. V. de praeſtatione Heergewettae domino directo facienda.

4) *Rittmeier* de Jure optimi Caballi. Eſtor Th. III. §. 430. S. 355. Müllers Preuß. Kriegsrecht S. 613.

5) *Boehmer* Inſtit. Jur. Canon. L. III. tit. 27. §. 2. 3. 4.

6) *Strube* de mortuario onere reali, Obſ. Jur. et Hiſt. Germ. p. 244. Eſtor Th. III. §. 432.

7) *Schottel* in Singul. Germ. Jur. C. II. §. 14. *Ludolff* P. III. obſ. 283. Cramer Wezl. Nebenſt. Th. II. S. 36. Buri S. 813. *Pottgieſer* de ſtatu ſerv. L. I. c. 4. §. 39.

8) Kaſſel Grebenordn. im Anh. S. 238.

9) Wicht in den Anmerk. übers Oſtfrieſ. Landr. S. 268.

10) *Pottgieſer* de ſtatu ſerv. L. II. c. 11. Eſtor Th. III. §. 431.

11) Ravenſp. E. O. C. 1. §. 19. Osnabrück. E. O. C. VI. §. 1. 2. 3. Palm von dem Leibeigenthumsrecht in Hoya C. V. §. 23.

12) *Schottel* c. II. §. 22. Kreitmayr S. 309.

1270.

Nachlaſſung der bäuerlichen Abgaben.

Es frägt ſich, kan ein Bauer bey außerordentlichen Unglücksfällen Nachlaß der Zinſe und Gülten begehren? denn vom Zeitpachte iſt hier gar nicht die Rede, als aus welchen Prinzipien Selchow 1) die Sache hat entſcheiden wollen. Man muß überall, ſowol bey ewigen unablöslichen, als bey ablöslichen Zinſen und Abgaben die Frage verneinend beantworten. Es haben dieſelbe zum wirklichen reinen Ertrage der Güter niemals ein Verhältnis. Daher der Bauer die Fehljahre mit den fruchtbaren vergüten, oder das Gut verlaſſen muß 2). Indeß hat die gelindere Praxis 3) doch in einigen Staaten 4) ſo viel gewirkt, daß man in außerordentlichen Fällen einen Nachlaß zugeſtehet, und wenn dieſes im Preußiſchen von den Kammern geſchieht, ſo müſſen die Gerichtsherrſchaften dem Beyſpiele folgen 5).

1) Elem. Jur. Germ. §. 361.

2) *Caſp. Manz.* vtrum debitor cenſuum et vſurarum a ſolutione excuſetur propter defectum redituum vel deuaſtationem bellicam. Ingolſt. 1658. *Seraph. Razzius* an defectus mediorum debitorem a cenſu excuſet. Ingolſt. 1658. *Ge. Fr. Albrecht* de mercedis remiſſione ob ſterilitatem aeſtimanda, vom Pachtnachlaſs. Gieſſ. 1779.

3) *Mevius* P. IX. deciſ. 44.

4) C. C. March. Nov. T. V. J. I. pag. 89. Jahrg. 4. p. 110. 307. Remiſſionsregl. wornach den Unterthanen in

in der Grafſchaft Mark die Remiſſiones bey ſich ereig- nenden Unglücksfällen ertheilt werden ſollen vom 22. Oct. 1774. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 947.

5) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 373.

II. Glied.

Bauerdienſte.

1271.

Gedoppelter Urſprung der Bauerdienſte.

Die Bauerdienſte 1) rühren ebenfalls, wie die Abgaben, entweder aus einer Perſönlichen oder Dinglichen Verpflichtung her 2). Man hat darüber im Preußiſchen beſondere Dienſtreglements 3).

1) J. L. Hauſchild Beyſchriften von Bauren und Frohnen. Dresden 1744. *I. A. Frommann* Diſſ. de operis Ruſt. von Frohndienſten. Tub. 1671. *Ge. Ad. Struve* de operis et ſeruitiis ruſticorum. Ien. 1656. *Caſp. Manz.* de ſeruitutibus perſonalibus et operis ſeruorum. Ingolſt. 1658. *Io. Volcm. Bechmann* de jure operarum. Ien. 1675. *Ge. Engelbrecht* de operis Ruſticorum. Helmſt. 1675. Chr. Ulr. Grupen von Dienſten und Beeden, Obſerv. p. 1005. *Aug. de Balthaſar* de ſeruitiis et operis Ruſticorum in Pomerania. Gryph. 1740.

2) *Io. Matth. le Brun* de operarum praeſtandarum tam in genere quam ruſticorum in ſpecie fundamentis. Arg. 1747.

3) von Tecklenburg in C. C. March. Nov. T. I. pag. 363. Lingen T. II. p. 77. vom Amte Zieſar T. III. pag. 473. von Oſt- und Weſtpreußen Tom. V. Jahrg. 3. p. 2471.

1272.

Landesherrliche Frohnen.

Die perſönliche Verpflichtung 1) bezieht ſich auf die Landesobrigkeit, oder auf die Gerichtsherrſchaft 2), oder entſpringt aus der Leibeigenſchaft. Erſtere ſind Schaarwerk, Vorſpann 3), Robwold, Frohndienſte, Unpflichten, Landfolge, Landwere, Landhude 4), Kriegsführen 5), Burgfeſten 6), Jagdfolge 7), Hoffolge 8), Feuerreuten, Botenlaufen, Wegmachen, Brückenbauen, Kordon ziehen, Streifen 9). Zu allen dieſen Dienſten, und in ſo fern ſie unmittelbar zum Beßten des gemeinen Weſens dienen, iſt der Bauer als Unterthan von der unterſten Klaſſe verpflichtet 10) Sie dürfen aber von Gerichtsherrſchaften nicht anders gefordert werden, als es das Herkommen mit ſich bringt 11).

1) B. F. Rud. Lauhn von den Frohndienſten der Teutſchen, ſo entweder auf der Perſon allein, oder dem vorhandenen Zugvieh zugleich haften, mithin als reel nicht anzuſehen ſind. Frankf. 1760.

2) *Io. Franc. Balthaſar* de operis ſubditorum. Salisb. 1656. *Io. And. Frommann* de ſubditorum maxime ruſticorum operis. Tub. 1671. *Franc. Tilem. Nolden* de operis ſubditorum et maxime ruſticorum. Gieſſ. 1691.

3) Oecon. for. T. V. §. 156. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 3 p. 2471. 2480.

4) *Amad. Eckholt* de jure ſequelae. Lipſ. 1668. *Ahasv. Fritſch* de jure luſtrationis et ſequelae. Nor. 1676. *Henr. Cocceji* de jure ſequelae. Heid. 1678. *Textor* de jure ſequelae.

5) *Pufendorf* T. III. obſ. 190.

6) Reichsabſch. von 1654. §. 180. Kaiſ. Wahlkapit. Art. 15. Struben Erläut. des R. A. v. 1654. §. 180. Th. IV. der Nebenſt. S. 458. Joh. Jak. Moſer Geſchichte des §. 180. des R. A. v. 1654. Th. V. der Nebenſtunden S. 727.

7) *Pet. Müller* de perſequutione luporum. Ien. 1679. *Grollmann* diſſ. 1. C. II. §. 3. Bilderbeck von der Regalität der Jagden C. II. Sect. IV. §. 3. Stiſſers Forſt- und Jagdhiſt. C. VII. p. 37. 340. Oec. for. §. 161.

8) *Strube* de Jur. Vill. C. V. §. 7. *Pet. Müller* de jure ord. Imp. facinoroſos ſequela praefectoria perſequendi.

9) Oecon. forenſ. T. V. §. 152. p. 155.

10) *Chr. Henr. de Berger* de jure ordinum Imp. territoriali circa operas ſubditorum. Ien. 1724. *Hert.* de ſuper. territ. §. 57. *Myler* de Stat. Imp. P. II. c. 72. *Breuning* an ruſticus, qui poſſidet fund. lib. obligetur ad operas aedilit.

11) *Strube* cit. l. C. V. §. 3. ſeqq. Oecon. for. T. V. §. 579. Weſtphal teutſch. Privatr. Th. I. Abh. 31. §. 4.

1273.

Gerichtsherrliche Frohnen.

Die gerichtsherrlichen Dienſte, die mit den landesherrlichen einerlei Urſprung haben, heutzutage aber denſelben nachſtehen müſſen, ſind ſeither häufig mit den gutsherrlichen und leibeigenſchaftlichen Frohnen, von welchen ſie doch ſehr weſentlich verſchieden ſind, vermiſcht worden, und haben zu verſchiedenen Irrlehren Gelegenheit gegeben 1).

1)

1) Gabke Baurenrecht Abſchn. XI. K. II. tit. 2. §. 329. Eſtor Th. III. §. 397.

1274.

Leibherrliche Frohnen.

Die aus der Leibeigenſchaft entſpringenden Dienſte ſind theils ganz perſönlich, theils werden ſie wegen dem Zugvieh und der Hofwehre geleiſtet. Sie heiſen Leibdienſte, Herrendienſte, und gebühren bloß der Leibherrſchaft.

1275.

Dingliche Leibdienſte.

Die dingliche Verpflichtung zu Bauerdienſten hat entweder einen freyen oder leibeigenſchaftlichen Güterbeſiz zum Grunde. Im leztern Falle müſſen alle Leibdienſte geleiſtet werden. Beiderlei Dienſte gehören niemals der Gerichtsherrſchaft, ſondern jedesmal der Gutsherrſchaft 1). Aber manchmal müſſen die unfreyen Gutsbauren neben jenen auch der Gerichtsherrſchaft Dienſte leiſten 2). Daher es geſchehen, daß hierbey einige Verwirrung entſtanden iſt 3).

1) *Strube* de jur. Vill. c. V. §. 14.

2) Cod. Max. Bav. p. 174. Urk. H. Wilh. u. Heinr. v. Braunſchw. v. 1428. Strube rechtl. Bedenken Th. I. S. 277. Th. II. S 527. *Pottgieſer* de ſtatu Serv. L. II. c. 6. §. 25. *Buder* de operis Burg. §. 21.

3) *Selchow* El. Jur. Germ. §. 349. Buri Erläut. S. 721. Repert. Jur. Priv. T. I. p. 507. §. 26. ſeqq.

1276.

Gattungen der Leibdienſte.

Es gibt mancherlei Arten der leibeigenſchaftlichen und gutsherrlichen Bauerdienſte, als Burgdienſte 1), Baudienſte, Baufrohnen 2). Sie heiſen auch Burgfeſten 3), und müſſen in der Mark, Magdeburg, Schleſien, Pommern, allen Edeleuten bey der Erbauung und Ausbeſſerung ihrer Gutsgebäude, jedoch unter richterlicher Ermäßigung, geleiſtet werden 4). An andern Orten macht man einen Unterſcheid zwiſchen Burgfeſten und Baudienſten, und verſteht unter den Erſtern nur das äußere Bauweſen an dem adelichen Schloße an den Mauren, und unter lezteren die innern Bauverbeſſerungen 5). Die übrigen Dienſte ſind Jagdfolge 6), Pflugdienſte, Fahrdienſte, Fußdienſte, Botenlaufen, Getreide ſchneiden, hauen, binden, harken, Baudeputat, Fiſchfuhren, Jagd- und Wildfuhren, Miſtbreiten, ſäen, Heu, Grummet, Oehmd machen, Pflanzen ſtecken, Dreſchen, Unkraut ausgäten, hacken, Frohngarn ſpinnen, Flachs dörren und bereiten 7), Hof- und Zentwachen 8) thun.

1) *Tabor* Deciſ. 18.

2) Repert. Jur. Priv. T. I p. 467. T. II. p. 1174. 1175. Thomaſius juriſt. Händel P. II. n. 9. p. 321.

3) Repert. Jur. Pr. T. I. p. 766. 767.

4) Oecon. forenſ. T. V. §. 142. pag. 147. §. 150. 151. S. 154. ff.

5) *Io. Iac. Reineccius* de odio operarum aedilitiarum immerito. Erf. 1730.

6) *Io. Aug. Reichardt* Diſſ. de operis Venaticis. Ien. 1770.

7) Tecklenburg. Dienſtregl. vom 7. Sept. 1752. in C. C. March. Nov. T. I. p. 363. ff.

8) Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1174. Tom. I. p. 505. §. 22.

1277.

Gemeſſene und ungemeſſene Dienſte.

Alle Dienſte ſind theils beſtimmt und gemeſſen, theils unbeſtimmt und ungemeſſen 1), nach dem Innhalte der Lagerbücher, Heiſchbücher, Dienſtregiſter, Erbregiſter, Bauerbriefe 2), und landesherrlichen Geſeze 3), oder auch nach dem Herkommen und Landsbrauche 4).

1) *Io. Phil. Streit* de operis ruſticorum determinatis et indeterminatis. Erf. 1709. *Io. Ge. Pertſch* de diuiſione operarum in determinatas et indeterminatas earumque exactione. Ien. 1731.

2) Siehe hierüber Eſtor Th. I. §. 404.

3) Car. M. Capit. L. V. c. 203. ap. *Bal.* T. I. pag. 886. Dipl. ap. *Leuckfeld* in II. adp. ad Ant. Poeld. p. 244. Sächſ. Altenb. L. O. P. II. c. II. tit. 15. Oberpfälz. L. O. v. 1606. tit. 5. §. 4 Oelsn. L. O. P. V. art. 11. 12. 14. Mecklenb. Verordn. v. 2. Jul. 1634. in *Ungnaden* Amoen. dipl. hiſt. jurid. P. XII. n. 12. p. 897.

4) Magdeb. Pol. Ordn. c. 32. Salzdal. Landt. Rezeß v. 1597. §. 1.

1278.

Polizeyrechtliche Einſchränkung der Ungemeſſenheit.

Dem Staate iſt an der Erhaltung und Vermehrung des Bauervolks, als der nüzlichſten Volksklaſſe,

von der ſowol die nothwendigſten Produkte geliefert, als der Staat vertheidiget wird, alles gelegen 1). Daher ſowol gemeſſene als ungemeſſene Dienſte nicht zur Unzeit und zu ihrem Nachtheile von den Bauren begehrt werden dürfen 2). Wenn ſie ganz unſtreitig ungemeſſen ſind, allein die Bauerſchaft allzuſehr drük-ken und an ihren nothwendigen Feldarbeiten verhindern, ſo kan ſie der Richter nach gewiſſen Vorſchriften 3) und nach der Billigkeit beſtimmen und ermäßigen 4), welches im Preußiſchen allen Juſtizkollegien und Kammern befohlen iſt 5), und haben deswegen die Gemeinheitskommiſſarien beſondere Aufträge 6).

1) Bielfeld Staatskunſt Th. I. S. 94. Juſti Grundſ. der Polizeywiß. Hptſt. VII. §. 123. Heumann Geiſt der Geſ. der Teutſch. C. 22. §. 1.

2) *Müller* in Pract. Civ. March. Reſol. 97. §. 49. *Mevius* P. XVIII. deciſ. 132.

3) Königl. Preuß. Kab. Ordre und Reſcripte vom 7. u. 8. Jul. 1774. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. IV. p. 336. 338. Oecon. for. T. V. §. 579. ff. *Mevius* P. XVIII. deciſ. 133. Altenb. Mandat v. 8. Jul. 1741. Altenb. L. O. P. II. c. 2. t. 15. Wolfenb. Dienſtregl. Art. 1.

4) Oeconom. for. Tom. V. pag. 8. 9. *Leyſer* Spec. 418. med. 3. Buri Erläut. S. 743. *Io. Frid. Hoekner* de operarum indeterminatarum determinatione. Lipſ. 1720.

5) C. C. March. T. VI. Abth. I. p. 90. 100. 472. Königl. Umlauf vom 23. Jun. 1774. C. C. March. Nov.

T. V.

T. V. Jahrg. 4. p. 335. 337. T. VI. p. 1842. 1847. C. J. Frid. L. I. P. II. tit. 17. §. 73. ſqq.

6) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p 969.

1279.

Zweifelsfrage über die Ueblichkeit der gemeſſenen oder ungemeſſenen Bauerdienſte.

In Anſehung der Gemeſſenheit oder Ungemeſſenheit herrſcht ſowol unter den Meinungen der Rechtsgelehrten 1), als bey den einzelen Länderverfaſſungen 2) eine große Ungleichheit. Daher man an jedem Ort, wo hierüber eine Rechtsfrage entſteht, zuerſt auf die Landesgeſeze und Verträge der Herrſchaften, hernach auf die Gewohnheit eines jeden Landes, und beſonders darauf zu ſehen hat, ob ſich der Rechtsfall in Ober= oder Niederteutſchland eräugnet hat. Wenn aber die Landesgewohnheit ungewiß iſt, ſo gibt man auf den Beſizſtand acht, und wenn auch dieſer zweifelhaft wird, ſo beruht die Sache entweder auf einer gütlichen Uebereinkunft, oder auf dem Ausſpruche des Richters.

1) *Mevius* P. IV. deciſ. 131. *Reinharth* ad *Chriſtin.* Vol. II. obſ. 33. *Leyſer* Spec. 416. med. 1. *Ludolff* P. I. obſ. 105.

2) Märk. Landtagsrev. von 1550. in *Scheplitz* Conſuet. Brand. P. IV. tit. 11. Magdeb. Pol. Ordn. c. 26. Stat. Steding. p. 119. Osnabrück. E. O. C. 3. §. 4. Neueſte Pommer. Geſ. S. 149. Hildesheim. Dienſtordn. §. 29. Altenb. L. O. P. II. c. 2. t. 15. Sächſ. L. O. P. II. c. 51. Würder Lr. §. 25. Hamb. Str. §. 80. Pfälz. L. O. tit. 7. §. 14. Jülich. P. O. S. 75.

S. 75. Dreyers Abh. Th. 1. S. 427. *Pufendorf* Tom. I. obſ. 121. §. 4.

1280.

Ungleiche Meinungen.

Nun frägt ſich, nach welchen Grundſäzen hat ſich dieſer zu richten, und welche Gattung hat die rechtliche Vermuthung für ſich? 1) Die Civiliſten 2) ſagen, die gemeſſenen Dienſte, weil der natürliche Zuſtand des Menſchen frey iſt, und Dienſte eine auſſerordentliche Beſchwerde ſind. Die Kameraliſten ſtimmen 3) ihnen bey, und behandeln das ganze Dienſtweſen wegen dem geringen Vortheile der Herrſchaft und der großen Zeitverſäumnis der Bauren, als eine verhaßte Sache. Aber nicht alſo die Germaniſten 4), die beweiſen, daß urſprünglich faſt alle Bauren leibeigen geweſen ſind, und folglich ungemeſſene Dienſte als ein Ueberbleibſel ihrer urſprünglichen Verfaſſung und als ein altes gutsherrliches Recht im Zweifelsfalle angenommen werden müſſen.

1) Selchow hat ſchon dieſe Frage §. 350. u. 383. entſchieden, aber nach ſeiner Art ohne Kenntnis der Sache. Beſſer handelt davon Repert. Jur. Priv. T. I. p. 496. 497.

2) *Lauterbach* in Colleg. Theor. Pract. Dig. *Richter* Deciſ. 98. n. 7. *Wernher* P. VIII. obſ. 333.

3) Weſtfeld über die Abſchaffung des Herrendienſts. Lemgo 1773. Ged. über die Abſtellung der Naturalfrohndienſte. Gött 1777. (Von Wiſſel) über die Abſtellung des Herrendienſts, Braunſchweig und Hildesheim 1771. Gedanken von den wirthſchaftl. Mißbräuchen des

Guts

Guts, der Dienſte und Frohnen, in den Leipziger Samml. Th. 12. S. 834. Erörterung des von vielen Landesunterthanen durch ſchlecht beobachtende Hofdienſte ſich muthwillig zuziehenden Ruins. Oekonom. Nachrichten Th. 9. S. 577.

4) Repert. Jur. Priv. v. Bauerdienſte p. 496. §. 5. ſq. u. p. 467. Oecon. for. T. V. §. 564. ſeqq. Weſtphal teutſch. Privatrecht Th. 1. Abh. 32. S. 337. ff. Joh. Jak. Reinhard in einem rechtl. Bed. bey Böhmer vom geſchickten Gebrauch der Akten S. 275. Eſtor Th. 1. §. 402.

1281.

Entſcheidungsgründe.

Nach meiner Meinung muß man unterſcheiden: 1. ob der Streit im Reiche oder in Niederteutſchland entſtanden, 2. ob von unfreyen Bauren, oder von Leibeigenen die Rede iſt, 3. ob die dienſtpflichtige Perſonen Ackersleute oder Hausgenoſſen ſind. Im erſten Falle, da die oberteutſche Leibeigenſchaft durchgehends gelinder iſt, und dort die Dienſte meiſt beſtimmt ſind, müſſen alſo auch die leztere vermuthet werden. Im zweiten Falle beruht die ganze Dienſtpflichtigkeit des unfreyen Bauren auf dem Kontrakte, und es iſt nicht wahrſcheinlich, daß er ſich zum Nachtheile ſeiner eigenen Wirthſchaft zu unbedingten Frohndienſten verbunden haben ſollte. Eben ſo wenig kan, den dritten Fall betreffend, bey Ackersleuten eine Verbindlichkeit zu ungemeſſenen Dienſten angenommen werden, weil dieſe nicht einmal in der älteſten Zeit dazu verpflichtet geweſen ſind, ſondern nach dem Zeugniſſe des Tacitus und

und Anderer nach Beſtellung ihres Ackerbaus haben für ſich thun und verrichten können, was ihnen beliebt hat 1). Wenn ſie alſo nachher zu mehreren Dienſten angehalten worden ſind, ſo iſt das eine Thatſache, die von dem, der ſie anführt, erwieſen werden muß. Folglich können die ungemeſſenen Dienſte nur bey den Unterthanen in Niederteutſchland, wenn ſie anders nicht halbiert ſind 2), und bey den Hausgenoſſen, Taglöhnern, Brinkſizern, Treſchgärtnern vermuthet werden. Allein auch hier leidet die Ungemeſſenheit ſelbſt wiederum ihre Einſchränkung 3). Nach der alten Verfaſſung wurden die Unterthanen zum Landbaue und zur Erhaltung gewiſſer Güter und Gebäude beſtimmt, und vermöge des Herkommens hatten ſie dieſe Güter nur in der zeither üblichen landwirthſchaftlichen Art zu beſtellen. Wenn folglich der Gutsherr neue und mehrere Güter ankauft, oder die alten auf eine ehemals unbekannte Art benuzt, daß er z. B. Tabacks- oder Maulbeerpflanzungen anlegt, ſo ſind die Unterthanen, ohngeachtet der Ungemeſſenheit ihrer Dienſtverpflichtung, doch dabey Dienſte zu thun nicht ſchuldig 4).

1) Heumann Geiſt der Geſeze der Teutſchen C. 13. §. 3.

2) Von Cramer Abh. von halbierten Unterthanen, und wie weit ſich bey ihnen die Wirkung der Präſumtion pro operis indeterm. Ruſt. erſtrecke. Wezl. Nebenſt. Th. X. S. 147

3) *L. 19. D. de operis libert.* Ita exigendae ſunt ab iis operae, vt his quoque diebus, quibus operas edat, ſatis

tis temporis ad quaeſtum faciendum, vnde ali poſſit, habeat.

4) Oecon. for. T. V. §. 579. Weſtphal teutſch. Priv. Recht Th. I. Abh. 31. S. 338. *Strube* de jur. Vill. C. V. §. 3. p. 175. ſqq. *Pufendorf* T. I. obſ. 121. p. 319. §. 6.

1282.

Gebräuchliche und ungebräuchliche Bauerdienſte.

Man kan die Bauerdienſte in gebräuchliche und ungebräuchliche eintheilen. Zur erſtern Gattung gehören ſolche, die ſchon mehrmals geleiſtet worden ſind, und zur leztern die, die jezo erſt neu eingeführt werden 1). Dieſes kan nur von den Landesherren und Gerichtsherren 2), niemals aber von den Leibherren und Gutsherren geſchehen, wofern dieſe nicht durch Verträge oder Herkommen dazu berechtiget ſind 3).

1) Gabke Dorf- und Baurenrecht §. 352. S. 187.

2) *Fritſch.* de ſtatu et jur. pag. C. VIII. §. 5. *Balthaſar* de oper. ſubdit. c. 11.

3) Osnabrück. E. O. C. 13. §. 1. 2. 3. Osnabr. Edikt vom 29. April 1690. ap. *Ludolff* p. 231. Ravenſp. Edikt v. 29. Nov. 1654. ibid. p. 289. Lipp. L. O. tit. 14. Liefl. L. O. S. 663. *Balthaſar* de ſerv. Ruſt. in Pomer. t. 8. §. 9. p. 147. *Kreitmayr* p. 305. Eſtor Th. I. §. 403. Weſtphal Th. I. S. 338.

1283.

Tag- und Nachtdienſte.

Nach der Tageszeit, an welcher ſie geleiſtet werden, zerfallen ſie in tägliche 1), davon die Handfrohnen

nen des Sommers von Morgen 4. oder 6. Uhr bis 6. oder 7. Uhr Abends, und des Winters von dem Tagesanbruche bis zur Dämmerung verrichtet werden 2), und in Nächtliche, die zuweilen des Nachts vorfallen, als Botenlaufen, Feuerreuten, Streifen 3).

1) *Pufendorf* T. I. obſ. 121. §. 2.

2) Heß. Kaß. Grebenordn. tit. 30. §. 13. S. 72. Gothaiſche L. O. P. II. c. 2. t. 15. S. 143. Iſenburg. Frohnordn. v. 1677. §. 17. Estor Th. I. §. 410. Th. III. §. 410.

3) Estor Th. III. §. 420. *Pufendorf* T. I. obſ. 221. §. III. pag. 318.

1284.

Ganze und getheilte Dienſte.

Die Bauerdienſte laſſen ſich auch füglich in ganze und getheilte Dienſte eintheilen. Dieſe Abtheilung bezieht ſich hauptſächlich auf die Spanndienſte, und entſpringt aus der Zertrennung der Bauergüter, die nach einigen Landesgeſezen erlaubt iſt 1).

1) Wolfenbütt. L. O. §. 29. Rep. Jur. Priv. T. I. p. 906. §. 24.

1285.

Gewöhnliche, ungewöhnliche Bauerdienſte.

Die Bauerdienſte ſind gewöhnlich und ordentlich, die werden zu gewiſſen beſtimmten Zeiten, bald jährlich, bald wöchentlich geleiſtet. Andere ſind ungewöhnlich und außerordentlich, die zu unbeſtimmten Zeiten und nur manchmal vorfallen 1), als Jagdfrohnen, Baufrohnen, Burgfeſten, Streifen, Kordonziehen. Die

Die Preußiſchen Unterthanen müſſen an den gewöhnlichen Hoftagen auch die wüſten obrigkeitlichen Hufen beſtellen 2). Sonſt werden die außerordentlichen ihnen an ihren ordentlichen Dienſttagen nicht abgeſchrieben 3).

1) Die Erklärung bey Gabke §. 352. S. 187. iſt unrichtig. Siehe Weſtphal teutſches Privatrecht Th. 1. Abh. 33. S. 353. ff.

2) Reſcript, daß die Unterthanen, die determinirte Dienſte leiſten, die contribuable Hufen, die eine Obrigkeit unterm Pflug hat, und man wüſte nennet, in ihren gewöhnlichen Hoftagen nicht zu beſtellen ſchuldig ſind, vom 21. Oct. 1754. C. C. March. Nov. T. I. p. 702.

3) Weſtphal a. a. O. S. 353. §. 2. 3. *Cramer* Obſerv. Tom. I. p. 128.

1286.

Handdienſte, Spanndienſte.

Nachdem ſie in Perſon geleiſtet werden, heiſen ſie Handdienſte, die ſich wieder in Manns- und Frauendienſte abtheilen 1); wenn man ſie aber mit Wagen und Pferden verſieht, Spanndienſte 2), die Fahrdienſte, Pflugdienſte, Eggedienſte. Dieſe haften theils auf dem Gute, theils auf dem Zugviehe, und müſſen daher oft nur mit ſo viel Vieh geleiſtet werden, als man Frohngut hat 3). Coſſathen leiſten in der Regel weniger Spanndienſte 4).

1) Gabke Baurenrecht §. 349. S. 185. §. 350. S. 186.

2) Edikt über den Vorſpann in Preußen v. 5. Sept. 1777. T. VI. C. Nov. p. 900.

3) Kaßel. Grebenordn. §. 8. S. 40. Estor Th. I. §. 409.

4) C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 1. p. 357.

1287.
Wirkliche und verſilberte Dienſte.

Man leiſtet die Bauerdienſte theils in der That 1), oder ſie werden mit Geld bezahlt 2). Die Bauren müſſen für das Betragen und die Tüchtigkeit ihres Geſindes haften, oder den Hofdienſt ſelbſt verrichten 3).

1) Phil. polit. Abh. von den Naturalfrohndienſten ꝛc. 1775. Wiegand ök. Betrachtungen über den Roboth. Wien 1776.

2) Kunde vom Surrogat der Hand- und Spanndienſte, 2. Preisſchriften. Kaſſel 1775.

3) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 471.

1288.
Kan die Verſilberung dem Bauren aufgedrungen werden?

Obſchon dieſes im Lehenrechte dem Vaſallen zugemuthet werden kan, und die Bauergüter ſeither den Lehen analog behandelt worden ſind, wie auch nach dem Urtheile der Kameraliſten 1) durch Bauerdienſte der Landbau nur erſchwert und ſchlecht beſtellt wird, ſo findet doch keine gewaltſame Verſilberung der Bauerdienſte auf Seiten der landſäßigen Herrſchaft ſtatt 2), weil hier der präſumtive bäuerliche Geldmangel vordringt, und ſchon längſt die weſentliche Verſchiedenheit zwiſchen Lehen und Bauergut erwieſen iſt 3). Ich

ſehe

ſehe auch keine Urſache, warum bey den Leibeigenen noch heutzutage eine Ausnahme gemacht werden kan 4). Mehrere Schwierigkeit hat der Fall, wenn die Herrſchaften die Dienſte nicht gebrauchen, oder die Bauren ſie gar nicht leiſten können 5).

1) Gedanken von den Naturalfrohndienſten und deren Verwandlung. Frankfurt am Main 1775. Von Aufhebung der Frohndienſte, in Beckmanns Beytr. Th. 1. S. 115. Schreiben eines Holſt. Gutsherrn, darinn die Aufhebung der Hofdienſte und ihrer Folgen aus 20jähriger Erfahrung beſchrieben. Hamburg 1775.

2) *Müller* in Reſolut. March. 99. §. 22. Buri Erläut. S. 745. ff. *Chr. Wack* Diſſ. de adaeratione operarum. Erf. 1678. *Melch. Dithm. Grollmann* Diſſ III. de operarum debitarum mutatione, cum praef. *Eſtoris*, Gieſſ. 1734. Diſſ. II. c. 4.

3) Oecon. for. T. V. §. 71. p. 67.

4) wie Benkendorf in Oecon. for. T. V. §. 432. p. 364. u. *Mevius* P. IV. Deciſ. 271. n. 4. thun.

5) Oecon. for. T. V. §. 434. 433.

1289.

Verſchiedenheit der Dienſtgelder.

Die Bezahlung der Dienſtgelder beruht entweder auf Verträgen 1), worinn die Verſilberung bald auf ewig, bald nur auf gewiſſe Zeit feſtgeſtellt iſt; oder ſie bleibt willkührlich 2).

1) *Ge. Ad. Struve* Diſſ. de operarum locatione et conductione. Ien. 1692.

2) Magdeb. Prozeßordn. c. 32. Wolf. Salzthal. Rezeß v. 1597. Art. 1. Wolfenbütt. Amtsordn. Art. 27. Dienſt⸗regl. Art. 4. 5. Calenb. Amtsordn. Art. 40. Cell. Amts⸗Ger. Ordn. von 1650. Art. 20. Hildesh. Landt. Abſch. v. 1652. Art. 12.

1290.

Kan eine urſprünglich willkührliche Bezahlung der Dienſtgelder verjährt werden?

Allerdings 1), wenn ſich dabey ein Herkommen gegründet hat, als welches in allen teutſchen Rechts⸗geſchäften eine geſezliche Kraft beſizt 2). Die gegen⸗ſeitigen römiſchen Pachtprinzipien finden hier keine An⸗wendung 3), da hierbey ſchlechterdings kein Pachtkon⸗trakt vorhanden iſt. Nur mit Einwilligung beider Theile kan der Naturaldienſt wieder eingeführt werden, und nicht von jedem Theile einſeitige, wie verſchiedene Rechtsgelehrten 4) behaupten.

1) Gabke Dorf⸗ und Baurenrecht, Abſchn. XI. K. II. tit. 3. §. 344. Eſtor Th. I. §. 407. C. C. March. T. VI. A. 3. p. 58. Kurſächſ. Landes⸗Conſtit. P. II. n. 4. Re-pert. Jur. Priv. T. I. p. 513. §. 47.

2) Meine Literatur des german. Rechts. Leipzig 1782. Abſch. V. §. 175. S. 125. ff.

3) wie in Oecon. for. T. V. §. 435. p. 366. aus Müllern behauptet werden will. Man ſehe dagegen Eſtor a. a. O. S. 170.

4) Cramer Wezl. Nebenſt. Th. XXXI. n. 8. Strube Bed. Th. IV. n. 17. *Pufendorf* T. II. obſ. 71. 224. Weſtphal teutſch. Privatr. Th. I. Anmerk. 8. S. 366. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1177. §. 2. 3. T. I. p. 515. §. 47.

§. 47. Bilderbeck im Neuverm. Dorf ; u. Landr. Th. I. Ref. 8. S. 288.

1291.

Art der Berechnung des Dienſtgelds.

Man ſchlägt die Dienſte nicht nach den Gütern, ſondern nach der Anzahl der Tage an 1). Dann ſieht man darauf, ob ſie in großer Entfernung verrichtet werden, viele Zehrung und Unkoſten erfordern, großer Abgang des Geſchirres dabey geſchieht, wie viel Vergütung an Brod, Bier, Moſt und Geld ihnen dafür gereicht wird 2).

1) Sim. Pet. Gaſſer Einl. zu den ökon. polit. u. Kameralwiſſenſchaften C. 12. §. 4. S. 229. C. C. March. T. II. Abth. 2. p. 175. 176. 178. 181. 184.

2) Im Reiche bekömmt jeder Leibeigener bey dem geringſten Dienſte 1. 2. 3. und mehrere Pfunde Brod und 1. 2. 3. Maaß Wein. Daher die Armen ihre Dienſtpflichtigkeit ſo wenig als eine Laſt betrachten, daß ſie vielmehr nach ihrer Dienſtzeit ſich ſehnen, und man hier gar nichts vom Dienſtgelde weiß.

1292.

Verjährung der Bauerdienſte.

Durch die Verjährung können Bauerdienſte erworben werden 1), aber auch verloren gehen 2). Doch im leztern Falle, da ſie eine res merae facultatis, müſſen ſie gefordert und verweigert worden ſeyn 3).

1) *Abr. Kæſtner* Progr. de operis Ruſticorum earumque per praeſcriptionem adquiſitione. Lipſ. 1735.

2) Eſtor Th. I. §. 404. Th. III. §. 404.

3) *Boehmer* in Conſult. et Reſp. T. III. P. I. Conſil. 42 n. 8. P. II. Conſil. 11. n. 25. *Wernher* Obſerv. For. P. III. obſ. 241. P. VI. obſ. 464. *Io. Theoph. Seger* de oblig. ruſticor. ad operas per praeſcr. adquir. vel toll.

1293.

Nachtheilige Rechtsgrundſäze.

Nicht nur aus Civilrechtsprinzipien, nach welchen die Bauerdienſte eine Einſchränkung der natürlichen Freyheit ſind, ſondern hauptſächlich aus Polizeygrundſäzen, weil durch dieſelbe der Ackerbau nothleidet 1), ſind ſie heutzutage, was auch einige Juriſten 2) vom Gegentheil behaupten, doch als eine ſchädliche Sache zu betrachten, und in Rechten auf eine nachtheilige Art zu behandeln. Daher der Landesherr verbieten kan, die Güter mit allzugroßen Dienſten auszuthun, oder neue Dienſte einzuführen. Niemand darf von alten Dienſten zum Nachtheile der Uebrigen befreyt 3), oder dieſelbe zum Schaden der Bauren andern überlaſſen werden 4). Die Polizeyobrigkeit hat zu dem Ende darauf zu ſehen, daß ordentliche und richtige Frohn- und Dienſtregiſter gehalten werden 5), und kein Misbrauch bey der Forderung geſchieht 6), ſondern dabey die gehörige Proportion beobachtet wird 7).

1) Von Wiſſel über die Abſtellung des Herrendienſts.

2) *Io. Ulr. de Cramer* de operis indeterminatis a ruſticis vt ſubditis, et poſſeſſoribus praediorum laſſiticorum, nec non ex tranſactione regulariter praeſtandis, in ſe non odioſis nec omnimodo reſtringendis. Tom. III. opuſcul. p. 591.

3)

3) *Riccius* in Spicil. Jur. Germ. §. 69.

4) *Pufendorf* Tom. II. obſ. 71. Deneckten Dorf- und Landrecht P. II. c. 4. §. 27. Gadke Baurenrecht §. 357. S. 190. Weſtphal Th. 1 S. 338.

5) Tecklenb. Dienſtregl. n. 1. in C. C. March. Nov. T. I. col. 364.

6) *Conr. Wilh. Daegener* Diſſert. de abuſibus, qui circa praeſtationes Ruſticorum plerumque occurrere ſolent. Lipſ. 1721. Eſtor Th. 1. §. 405. Preuß. Circulare an die Schleſ. Landräthe wegen bisheriger harter Behandlung der Unterthanen u. Auflegung unſtatthafter Dienſte und anderer Onerum von den Dominiis vom 31. Merz 1763. in der Samml. Schleſ. Ordn. B. 7. S. 219. Circulare wegen Abſtellung einiger bey dem herrſchaftlichen Dienſtzwang zeither übl. Misbräuche v. 17. Jenner 1766. a. a. O. B. 9. S. 3.

7) Weſtphal Th. 1. S. 339. Urthel n. 37.

1294.

Frohngerechtigkeit.

Indeß, da die Bauerdienſte ein nothwendiges Uebel des Staats einmal ſind, und zu den wolerworbnen Rechten einiger Landſaßen und Unterthanen gehören, ſo müſſen dieſe bey ihrem rechtmäßigen Eigenthume und erweislichem Beſize auf Anrufen geſchüzt werden, und können ſich zu dem Ende in Niederteutſchland eines gewiſſen Zwangsrechts bedienen.

1295.

Vom Dienſtzwange.

Nachdem wir den leibeigenſchaftlichen Dienſtzwang an ſeinem Orte erläutert haben, ſo kommen wir

hier zum bäuerlichen Dienſtzwange, womit es eine andere Beſchaffenheit hat. Er beſteht in dem herrſchaftlichen Rechte, die bäuerlichen Unterthanen mit Gewalt 1), doch nicht durch Geldſtrafen und Prügel 2), ſondern durch die Auspfändung 3), Anſchließung an den Dienſtpfahl 4) und Gefängnisſtrafe zur Ableiſtung der Dienſte anzuhalten 5). Wenn ſie aber ganz austreten, ſo hat das Beſazungsrecht gegen ſie ſtatt 6). Der Dienſtzwang iſt nicht immer mit der Erbgerichtsbarkeit verknüpft, ſondern kan auch von ſolchen Herrſchaften ausgeübt werden, die keine Gerichtsbarkeit beſizen 7).

1) Patent gegen die widerſpenſtigen Unterthanen vom 10. Jun. 1741. in der Schleſ. Samml. B. 1. S. 76. ff. Preuß. Circulare wegen des Ungehorſams und der Widerſezlichkeit der Unterthanen gegen ihre Herrſchaften, vom 14. Jenner 1772. in der Schleſ. Samml. B. XIII. n. 203. S. 145. ff. Schleſ. Ordn. wegen der entwichenen Unterthanen v. 1. Oct. 1652. in der Brachvogl. Samml. Th. 1. S. 144. ff.

2) C. C. March. Nov. T. VI. p. 897.

3) ibid. p. 893. 894. C. C. March. Cont. I. p. 147.

4) Tecklenb. Dienſtregl. n. 2. C. C. March. Nov. T. I. p. 365.

5) C. C. March. T. II. Abth. 1. pag. 460. Abth. 3. pag. 151. 153.

6) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 43. 56. Abth. 3. pag. 330. Cont. I. p. 148. C. C. March. Nov. pag. 894. 895. 896. Cod. Max. Bav. p. 89. *Kreitmayr* p. 312.

Mev.

Mev. von Abſ. der Bauren quaeſt. 3. n. 67. et Deciſ. P. III. dec. 8. *Schacher* de hom. gl. adſcr. Luſat. c. II. §. 16. Eſtor Th. III. §. 411.

7) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 24. Abth. 3. p. 15. 28. 42. 59. 60. 81. 114. 148. 178. 274. 275. 329. T. VI. Abth. 1. p. 219. 239. 245. Patent gegen die widerſpenſtigen Unterthanen vom 10. Jun. 1741. in der Schleſ. Samml. B. 1. S. 76. Dergl. Circul. v. 14. Jan. 1772. a. a. O. B. 12. S. 145. C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 338. Jahrg. 5. p. 367. Zell. Landt. Abſch. v. 1527. §. 12. P. O. c. 12. §. 2. Priv. Stat. Brem. gen. VIII. Sp. 3. Köln. Rezeß vom 26. Aug. 1577. Deciſ. Trib. Caſell. T. I. dec. 141. *Pufendorf* T. III. obſ. 61. *Strube* de jur. Vill. c. 7. §. 3.

1296.

Strafen der nachläßigen Frohnleiſtung.

Es ſind doch in einigen landesherrlichen Verordnungen 1) auf das Zuſpäteerſcheinen oder Außenbleiben mit der Frohne und dem Vorſpann gewiſſe herkommliche Geldſtrafen geſezt, wobey es denn ſein Verbleiben hat.

1) Heß. Kaß. Grebenordn. tit. 30. §. 20. S. 73.

1297.

Der Bauer muß ſich ſelbſt mit Geräthſchaften verſehen.

Der Bauer hat beym Frohnen ſich ſelbſt mit Geräthe und den Nothwendigkeiten zu verſehen 1), und der Schade und Abgang wird ihm nicht vergütet 2), und eben ſo wenig Futter und Mahl gereicht.

1) Magd. Pol. Ordn. C. XXXII. §. 6. Wolfenbüttel. Dienſtregl. §. 10.

2) *Berger* Oecon. Jur. L. I. t. 2. §. 8. n. 7. Eſtor Th. I. §. 415. *Engelbrecht* de op. ruſt. §. 78.

1298.

Verköſtigung.

Nach der Regel muß der Bauer die Dienſte ganz umſonſt leiſten 1). An verſchiedenen Orten 2) und hauptſächlich in Oberteutſchland 3) wird eine Vergütung an Geld, Brod, Bier, Wein, Haber, oder gar die Verköſtigung, wie in der Neumark 4) und in Niederſachſen die Pröven 5). Dieſe Mildthätigkeit rührt vom heil. Meinwerk, Biſchof von Paderborn, her 6).

1) *Pufendorf* T. I. obſ. 121. §. 15. *Strube* de jur. Vill. c. 5. p. 227.

2) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 100. 99. T. V. Abth. 1. p. 40. 51. Gothaiſche L. O. P. II. c. 2. t. 15. p. 143. Altenb. L. O. P. II. c. 2. t. 15. Stift Hildesheimiſche Dienſtordn. §. 29. Repert. Jur. Priv. T. I. p. 500. §. 17. 18. Eſtor Th. I. §. 417.

3) *Frommann* de op. ruſt. §. 44.

4) C. C. March. T. V. Abth. 3. pag. 330. 213. *Schepliz* Conſuet. March. Brand. P. IV. tit. 11. §. 1. 3. 4.

5) Eſtor Th. 3. §. 417.

6) *Vita S. Weinwerci c. 44.* Duram antiquae Seruitutis litonum juſtitiam per nouam paternae pietatis releuauit gratiam; conſtituens a villicis adminiculari iis in cibi potusque neceſſariis, quod antea non fiebat, tempore meſſis.

1299.

1299.

Dienſtfeyrung.

Die Bauren ſind an Sonn = und Feyertagen, desgleichen im ſechzigjährigen Alter, von Frohnen befreyt. Eben ſo verſchont man ſie einige Zeit, wenn ſie ſich neu anbauen, wenn ſie heirathen, oder die Weiber in dem Wochenbette liegen 1), oder bey gefährlichen Kriegsläuften 2). Bey den Bauerwittwen iſt in den landesherrlichen Geſezen beſtimmt, wie lange ſie noch dienen müſſen 3).

1) Stift Hildesheim. Dienſtordn. §. 11.

2) C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 99.

3) ibid. T. V. Abth. 3. p. 176. 217.

1300.

Vorzugsrecht der Dienſte beym Konkurſe.

In Anſehung des Vorzugsrechts beym Konkurſe gilt von den Dienſten 1) eben das, was oben bey den Abgaben bemerkt worden iſt.

1) Vergl. C. C. March. T. II. Abth. 2. p. 154.

1301.

Untrennbarkeit der Dienſte von den Gütern.

Die Dienſte, die zu gewiſſen Gütern gehören, dürfen nicht ohne dieſelbe einzeln verpachtet, noch ſollen im Preußiſchen die Lehengüter durch ihre Veräußerung verringert werden 1). Dienſte, die auf einer dinglichen Leibeigenſchaft beruhen, hat man beym Verluſte oder Untergange des Guts nicht weiter zu leiſten 2).

1)

1) C. C. March. T. II. Abth. 5. p. 73.

2) Niederlauſiz. Unterth. Ordn. tit. 7. §. 12. *Strube* de jur. Vill. C. V. §. 13.

1302.

Erleichterung der Bauerdienſte.

Zur Erleichterung der bäuerlichen Dienſtleiſtung haben des Königs in Preußen Maj. Vorſchläge gethan, daß die Arbeit auf eine gewiſſe Quantität, ohne ſie auf eine gewiſſe Art und Zeit einzuſchränken, z. B. auf eine gewiſſe Morgenzahl zur Umackerung und auf eine gewiſſe Anzahl Fuhren jeden Hofdienſttag zu leiſten, beſtimmt werden möchte 1). Es iſt zu dem Ende ein Reſcript ans Kammergericht erlaſſen worden 2).

1) Kabinetsordre vom 1. Jul. 1774. in C. C. March. Nov. T. V. Jahrg. 4. p. 335.

2) unterm 8. Jul. 1774. ibid. p. 338.

1303.

Art und Weiſe der Ableiſtung.

Die Dienſte werden theils nach dem Steuerfuße, theils nach der Anzahl der Perſonen, theils nach den Aeckern und Hufen, und theils nach dem Geſpanne umgelegt und angeſezt 1). In dieſem Falle müſſen oft mehrere zuſammenſpannen 2).

1) Heß. Kaßel. Grebenordn. tit 31. S. 75. Lüneb. L. O. P. IV. c. 5. 8.

2) Mecklenburg. Verordn. wegen der Hofdienſte zu Dömiz vom 2. Jul. 1634. in *Ungnaden* Amoen. dipl. hiſt. Jurid. P. XII. n. 12. p. 897.

1304.

Beſtrafung der misbrauchten Dienſtgerechtigkeit.

Wenn der Frohnherr ſeine Dienſtgerechtigkeit misbraucht, und die Unterthanen zu ungebräuchlichen Dienſten nöthiget, oder ſie mehrere thun läßt, als ihre Schuldigkeit iſt, ſo kan der landesherrliche Fiſkal gegen ihn aufgefordert, und er nach Befinden der Umſtände ſeiner Frohngerechtigkeit gar verluſtig erklärt werden 1).

1) *Berger* P. II. Reſp. 15. n. 2. Struve Erleut. rechtsübl. Wörter u. Redensarten S. 122.

VII. Abſaz.

Bäuerliche Vorrechte.

1305.

Grund der bäuerlichen Privilegien.

Theils wegen der Einfalt der Landleute 1), und theils weil ſie nicht in ſo zahlreicher geſellſchaftlicher Verbindung miteinander ſtehen 2), wie die Städtiſchen Einwohner, haben die Rechte den Bauren verſchiedene Privilegien zugeſtanden.

1) L. 16. §. vlt. D. de edendo.

2) *Carpzov* de praec. Ruſt. priv. c. 3. §. 3.

1306.

Rechtswirkungen der bäuerlichen Einfalt.

Aus der angenommenen Einfalt fließt, daß bey ihnen die Vermuthung des wucherlichen Kontrakts nicht anſchlägt 1), ſie bey einer geſezwidrigen Erkaufung

fung des Kaufſchillings nicht verluſtig werden 2), noch ihnen bey verabſäumter Entrichtung des Erbzinſes ohne vorherige ausdrückliche beym Kontrakte geſchehene Ankündigung dieſer Strafe das Zinsgut entzogen werden darf 3).

1) Deneken Dorf- und Landrecht P. I. c. 18. §. 105.

2) *Accurſ.* in L. quemadm. C. de agricol. et cenſit.

3) *Goebel* de jur. et jud. Ruſt. in Germ.

1307.

Einſchränkung der präſumtiven Rechtsunwiſſenheit der Bauren.

Die präſumtive Rechtsunwiſſenheit erſtreckt ſich weder auf die Naturgeſeze, noch auf die bekannten allgemeinen Verordnungen, ſondern bloß auf die beſondern Geſeze und Verfügungen 1).

2) Deneken Dorf- und Landr. P. I. c. 18. §. 106. 110. 111. 115.

1308.

Dienſtfeyrung zur Saat- und Erndtezeit.

Zur Saat- und Erndtezeit müſſen die Bauren mit allen außerordentlichen und langwierigen Dienſten verſchont werden 1).

1) L. 1. Cod. de agricol. et cenſit.

1309.

Verbotener Kauf der Feldfrüchte.

Niemand darf auf des Landmanns Feldfrüchte Geld vorſchießen, oder dieſelbe auf dem Halme an ſich han-

handeln. Ein dergleichen Kontrakt iſt als wucherlich ungültig 1).

1) L. Iul. de Annona. *Choppin.* de privil. Ruſt. L. II. c. 5. Deneken Dorf- und Landr. P. I. c. 20. §. 120.

1310.

Zufahrt über des Nachbars Feldgüter.

Der Nachbar muß dem Bauren den nothwendigen Zugang und die Zufahrt über ſeinen eigenen Acker geſtatten 1), wobey ihm bloß Entſchädigung geſchieht 2).

1) L. 14. D. quemadm. Seruit. amitt.

2) Deneken a. a. O. §. 125.

1311.

Befreyung von der Entrichtung des vom Feinde erpreßten Pachtes und der Zinſe.

Die in Kriegszeit von den Bauren durch den Feind erpreßte Entrichtung des Pachts und des Zinſes darf er nicht mehr an den Gutsherrn bezahlen 1).

1) L. 27. §. 2. D. de Legat. 3. L. 25. §. 4. Locati Cond. L. 20. Commun. div.

1312.

Vorrechte der bäuerlichen Kaufgelder.

An einigen Orten geht der Bauer wegen ſeinen rückſtändigen Kaufgeldern auch ohne Vorbehaltung allen andern Gläubigern im Konkurſe vor 1).

1) Magdeb. Prozeßordn. C. 56. §. 1. *Carpzov* de praec Ruſt. priv. c. 5. §. 13.

1313.

Vorrechte der bäuerlichen Hofwehre.

Der Verpächter eines Bauerguts hat ohne ausdrückliche Bedingung kein Pfandrecht an den aufs Gut gebrachten Geräthſchaften, Schiff und Geſchirr des Pächters 1). Ueberhaupt iſt beym Bauren dieſes nicht einmal unter der Generalhypothek begriffen, und darf darauf exequirt werden 2).

1) L. 4. 7. D. in quib. cauſ. pign.

2) L. 4. Cod. de execut. rei jud. Avth. Agricultores Cod. quae res pignori obligari poſſunt. *Stryk* in Vſu mod. D. de pign. §. 16. *Carpzov* de pr. Ruſt. priv. c. 5. §. 12.

1314.

Vorrecht des bäuerlichen Arbeitslohns.

Bey Bauersleuten hat die Verordnung des allgemeinen Rechts, daß der Arbeitslohn erſt nach verrichteter Arbeit, oder nach verfloſſener Zeit bezahlt werden muß 1), nicht ſtatt, ſondern ſie erhalten für das Schneiden, Hauen, Mähen, Einfahren, täglich ihren Verdienſt 2).

1) Vid. Gloſſ. ad L. 1. D. de migrando.

2) *Goebel* de jure et jud. Ruſtic. c. 7. §. 9. Deneken Dorf- u. Landr. P. I. c. 21. §. 134.

1315.

Teſtamentsprivilegien.

Bey ihren Teſtamenten ſind 5. Zeugen hinreichend, die ſie nicht einmal eigenhändig unterſchreiben müſſen 1). Nach dem kanoniſchen Recht ſind ſie ſchon

gültig

gültig, wenn ſie nur vor den Dorfgeiſtlichen und 2. Zeugen errichtet ſind 2).

1) L. fin. de teſtam. K. Maximilians Notariatsordn. von 1512. §. Und ſollen die Not.

2) C. 10. X. de teſtament. Deneke c. 22. §. 139.

1316.

Prozeßprivilegien.

In bäuerlichen Prozeſſen wird jede unförmliche Klagſchrift angenommen 1), dabey nicht ſehr genau auf die Zierlichkeit des Prozeſſes geſehen, und derſelbe in der Kürze ſummariſch abgemacht 2). Man hat ſie zur Erndtezeit und während den Feldarbeiten mit Vorladungen zu verſchonen 3). Bey ihnen findet auch nach der Kriegsbefeſtigung die Einrede der Inkompetenz des Richters ſtatt 4). Sie genießen das Wiederherſtellungsrecht 5), und können noch nach eröfnetem Zeugenverhöre neue Zeugen vorſchlagen 6).

1) L. vlt. Cod. de appellat. *Choppin* de priv. Ruſt. L. III. c. 1.

2) Gabke Baurenr. §. 463.

3) Deneke c. 24. §. 152.

4) *Goebel* cit. l. C. 7. §. 18.

5) L. 4. Cod. de Defenſ. Civit. Deneke §. 163.

6) Gabke §. 469.

XIV. Abtheilung.

Herrſchaften und Geſinde.

1317.

Einleitung.

Die Rechte und Verbindlichkeiten der Herrſchaften und des Geſindes beruhen auf dem Miethkontrakt 1), vermöge deſſen freye oder leibeigene Perſonen ihre Dienſte und Arbeiten an andere für einen beſtimmten Lohn und Unterhalt auf gewiſſe Zeit verdingen, und ſich ſo weit derſelben Bothmäßigkeit unterwerfen 2).

1) Entwurf des allgem. Preuß. Geſezb. Th. I. tit. V. Abſchn. I. §. 5. *Kemmerich* in Acceſſ. Inſtitut. L. I. Sect. II. tit. 5. §. 23. pag. 250.

2) Repert. Jur. Priv. Tom. II. pag. 1163. §. 4.

1318.

Recht, Geſinde zu miethen.

Wer berechtiget iſt, Verträge einzugehen, kan auch Geſinde miethen 1). Hieraus ergibt ſich alſo, in wie fern Kinder, die noch unter der väterlichen Gewalt ſich befinden, dergleichen annehmen können 2). Nach kanoniſchen Polizeygeſezen 3) ſollen die Juden keine Chriſten unter ihrem Geſinde haben.

1) Preuß. Geſezb. a. a. O. §. 6. S. 289.

2) ebendaſ. tit. II. §. 91. u. tit. V. Abſchn. I. §. 7.

3) C. 5. 6. 13. X. de Jud. Saracen. et cor. ſerv.

1319.

Ehliche Auswahl des Geſindes.

Bey ehlichen Geſellſchaften beruht die Annahme des Geſindes hauptſächlich auf dem Willen des Mannes, obſchon die Frau die Auswahl der weiblichen Domeſtiken hat 1).

1) Entwurf des allgem. Preuß. Geſezbuchs a. a. O. §. 8. 9. 10. *Kemmerich* §. 59.

I. Abſchnitt.

Geſinderecht.

1320.

Literatur.

Iac. Frid. Ludovici Diſſ. de jure et jurisprudentia domeſtica. Hal. 1703.

Io. Volckm. Beckmann Diſſ. de jure famulorum.

Io. Frid. Boeckelmann Diſſ. de jure famulorum.

Io. Theod. Scheffer Diſſ. de jure famulorum. Tub. 1730.

Sam. Stryk Diſſ. de jure domeſticorum.

F. Chr. Harpprecht de jure domeſticorum.

Ahasv. Fritſch famulus peccans.

1321.

Geſezliche Quellen.

Die Rechtsquellen beſtehen, außer den gemeinen Rechtstexten, theils aus eigenen Geſindeordnungen, als die kurſächſiſche Geſinde- und Tagelöhnerord-

ordnung von 1651. Erneuerte und geſchärfte kurſächſiſche Geſindeordnung von 1735. Sachſen-Gothaiſche Geſindeordnung. Nürnbergiſche Ordnung für Ehehalten und Dienſtbothen von 1741. Braunſchweigiſche Geſindeordnung vom 2. Oct. 1758. 1), Schwarzburgiſche Geſindeordnung 2), theils aus zerſtreuten Stellen in den Landes- und Polizeyordnungen, als in den Tyroliſchen 3), Baieriſchen 4), Oberpfälziſchen 5) und Kurſächſiſchen Landesordnungen von 1573., in der kurſächſiſchen Polizeyordnung von 1661., in der Zelliſchen Polizeyordnung 6), und in der Sammlung der Lüneburgiſchen Geſeze 7). Etwas weniges iſt auch ſchon davon in der Reichspolizeyordnung von 1577. enthalten 8).

1) in den Leipz. Samml. Th. XIV. S. 346.

2) Rudolſtadt 1749. 3) Blatt 22.

4) L. IV. tit. 12. 5) tit. 34. 6) C. 18.

7) C. C. Brunſw. Lun. P. III. p. 210. 8) tit. 25.

1322.

Preußiſche Rechtsquellen.

Wie gewöhnlich iſt die Preußiſche Geſezgebung auch hierinn am reichhaltigſten. Man findet eine Kurbrandenburg. Geſindeordn. für die Neumark v. 1685. 1). Eine Geſinde- Bauer- Hirten- und Schäferordnung für das platte Land der Mittel- und Altmark, Priegniz, Uckermark, Stolpe, Storkow und Beeskow vom

24. Auguſt 1722. 3). Eine dergleichen erneuerte Geſindeordnung vom 11. Hornung 1769. 4). Eine einzele Verordnung über den Geſindelohn im Bees- und Storkowiſchen Kreiſe vom 24. Merz 1723. 5). Ferner Neuverfaßte Geſindeordnung für die Städte und das platte Land in der Priegniz, vom 26. September 1751. 6). Geſindeordnung in der Mittel- Ucker- und Neumark, wie auch in dem Lande Ruppin vom 11. May 1620. 7). Neuverfaßte Geſindeordnung vor die Städte und das platte Land in der Altmark vom 14. Dezember 1735. 8). Neurevidirte Geſinde- Hirten- und Schäferordnung der Kurmark und inkorporirter Kreiſe vom 22. November 1651. 9). Neuverbeſſerte Geſindeordnung für die Reſidenzſtädte Berlin vom 2. Jenner 1746. 10). Geſindeordnung für das Herzogthum Vor- und Hinterpommern, ſowol in den Städten als auf dem platten Lande, vom 20. Auguſt 1766. 11). Erneuerte Geſindeordnung für die Städte und das platte Land in dem Fürſtenthum Halberſtadt und kombinirten Ländern vom 9. April 1765. 12). Reglement für das Dienſtweſen in der Grafſchaft Tecklenburg vom 7. Sept. 1752. 13). Reglement wegen des Dienſtweſens in der Grafſchaft Lingen vom 15. April 1756. 14). Geſindeordnung für die Städte und das platte Land des Fürſtenthums Minden und der Grafſchaften Ravenſperg, Tecklenburg und Lingen vom 16 Jun. 1753. 15). Geſindeordnung für die Cleviſche, Meurſiſche und Markiſche Städte vom 7. Auguſt 1753. 16). Dergleichen für das platte Land

 vom

vom 7. Jenner 1760. 17). Erneuertes und erweitertes Edikt und Geſindeordnung für das Königreich Preußen ſowol in den Städten als auf dem platten Lande vom 10. Nov. 1763. und 15. Merz 1767. 18). Der Fürſten und Stände von Schleſien Geſindeordnung von 1613 und 1652. 19). Erneurung und Erklärung der Schleſiſchen Geſindeordnung von 1653. 20). Verneuerte Schleſiſche Geſindeordnung von 1676. 21) Oberamtspatente darüber von 1677. und 1679. 22). Renovirte und erneuerte Geſindeordnung für das Herzogthum Schleſien vom 22. Jul. 1723. 23). Reglement für die Neuſtädtiſchen Stadtunterthanen vom 19. Jenner 1749. Dienſtreglement für die Stadt Reinerz vom 3. Dez. 1750., des Dorfs Zedliz vom 11. Dec. 1750, des Dorfs Baumgarten vom 12. Dez. ebend. Jahrs, der Dorfſchaften der Stadt Habelſchwerd vom 28. Jenner 1751., der Reichenbachiſchen Unterthanen zu Ernsdorf vom 9. Jul. 1751. 24), für die Stadt Neiſſe vom 16. Jun. 1753. 25), für Breslau vom 24. Aug. 1752. 26). Endlich befindet ſich noch verſchiedenes in der Magdeburgiſchen Polizeyordnung 27) und in dem Reglement für die Friedrichsſtadt zu Magdeburg 28).

1) C. C. March. T. V. Abth. 3 C. I p. 171. Deren Anhang und Erklärung vom 29. Jun. 1687. p. 214. Eine ältere vom 16. Jun. 1646 ſtehet p. 75.

3) cit. l. p. 267. Aeltere vom 21. Dec. 1681. p. 141. und ein Anhang vom 28. April 1683 p. 169.

4) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5335. vortreflich erläutert und bereichert in des Baron von Lamott Prakt.

Beytr.

Beytr. zur Kameralwiſſenſchaft Th. I. St. 14. S. 253. ff.

5) C. C. March. T. V. Abth. 3. c. 1. p. 299.

6) C. C. March. Nov. T. III. p. 1266.

7) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 11. 17.

8) ibid. T. V. Abth. 3. p. 303. beſtätiget in Corp. Nov. T. IV. p. 5374. §. 15. Aeltere Ordnungen ſind vorhanden von 1635. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 23. von 1641. pag. 35. von 1652. und 1653. T. VI. Abth. 1. pag. 413. 447.

9) cit. l. T. V. Abth. 3. p. 110. Aeltere vom 3. Decemb. 1644. p. 37. und vom 1. Sept. 1645. p. 55.

10) Contin. III. p. 43. Die ältern vom 2. Febr. 1684. T. V. Abth. 3. p. 169. vom 12. Febr. 1718. p 259.

11) C. C. March. Nov. T. IV. p. 521. Nähere Beſtimmung der Cognition in Geſindeſachen T. VI. p. 1353.

12) cit. l. T. III. p. 618. 13) ibid. T. I. p. 363.

14) Corp. Novi T. II. p. 78.

15) cit. l. T. I. p. 487. Anhang p. 599. die Sabbathsfeyer u. den Gottesdienſt betr. v. 22. Nov. 1753.

16) ibid. p. 541. 17) Tom. IV. p. 5091.

18) p. 798. ſeqq. Die Summarien davon p. 846. ſqq.

19) In den K. K. das Erzherzogthum Schleſien concernirende Privilegia, ſtatuta und Sanct. pragm. Breslau 1713 – 1730. Theil I. S. 110. u. 123.

20) ebendaſ. S. 160. 21) a. a. O. S. 178.

22) S. 202. u. 219. 23) ebendaſ. Th. V. S. 1593.

24) in der Samml. der Schleſ. Ordnungen B. III. S. 167.

25) a. a. O. S. 875. 26) S. 716.

27) C. 34. et in C. C. Magdeb. P. III. p. 213.

28) Abſchn. VI. Art. 1. ff. in T. IV. C. C. March. Nov. p. 6709

1323.

Benennungen.

Die Domeſtiken hieſen ehemals Gaſindi, Valeti, Hausgenoſſen, Ehehalten. Jezo heiſen ſie Bediente, Knechte, Mägde, Geſinde, die Dienerſchaft, Dienſtboten.

1324.

Eintheilung.

Sie theilen ſich in männliche und weibliche Dienerſchaft. Erſtere beſtehen aus Hausofficianten, Livreybedienten und Sklaven. Die Hausofficianten ſind Kammerdiener, Friſeurs, Haushofmeiſter, Hausſekretaires, Bereuter, Tafeldecker, Kanditors, Informatoren, Hauskeller, Verwalter. Zu den Livreybedienten gehören die Lakaien, Laufer, Kutſcher, Heiducken, Mohren, Thürhüther, Jäger, Reitknechte, Huſaren, Pagen, Köche, Jungen. Unter die weiblichen Bedienten werden gezehlt, die Frauenzimmerhofmeiſterinnen, Kammerjungfern, Kammerfrauen, Stubenmädchen, Hausmägde, Wäſcherinnen, Säugammen, Köchinnen, Nähterinnen, Hausjungfern, oder Wirthſchafterinnen, Kellerinnen. Dieſe Perſonen zuſammen begreifen die Städtiſche Dienerſchaft. Die ländlichen Hausbedienten ſind die Hausvögte, Meier oder Hofmeiſter, Bauerknechte, Taglöhner,

Gärt=

Gärtner, Dreſcher, Schäfer, Viehhirten, Viehjungen, Küchenmägde, Kühmägde, Großmägde, Spühlerinnen, Hausmädchen, Hühnermädchen 1).

1) Vergl. C. C. March. Cont. III. p. 45. C. C. March, Nov. T. IV. p. 5091.

1325.

Perſonen, die ſich vermiethen können.

Nur die, welche die freye Diſpoſition über ihre Perſonen haben, vermögen ſich als Bediente zu vermiethen. Kinder bedürfen die Einwilligung der Eltern, Minderjährige der Vormünder, Eheweiber ihrer Männer, die Unterthanen in Niederteutſchland der Gutsherrſchaft 1).

1) Preuß. Geſezb. §. 11. bis 15. S. 289.

1326.

Polizeyerforderniſſe zur Vermiethung.

Der bereits vermiethet geweſene Dienſtbote hat ſeinen Dienſtſchein, worinn allenfalls deſſen Vergehungen zu bemerken ſind 1), aufzuweiſen 2), der ihm von keiner Herrſchaft verweigert 3), ſo wie er auch nicht ohne denſelben angenommen werden darf 4). Dergleichen Geſindeabſchiede brauchen nicht geſtempelt zu ſeyn 5), jedoch werden in Preußen und Berlin für das gedruckte Exemplar 6) ſechs Pfennige an die Stadtkämmerey fürs Armenhaus entrichtet 7).

1) Reichspolizeyordn. von 1577. tit. 25. §. 1. C. C. March. Nov. T. IV. p. 806. Preuß. Geſezb. §. 135. S. 310.

2) Preuß. Geſezb. §. 16. S. 290. C. C. March. Tom. V. Abth. 3. p. 216. C. C. Magd. P. III. p. 215.

3) C. C. M. V. III. p. 216. Cont. III. p. 54 55. C. C. March. Nov. T. IV. p. 536. 805. 5093. Preußiſches Geſezb. §. 134.

4) Kurſächſ. Geſ. u Tagl. O. v. 1651. t. 5. §. 4. P. O. c. 5. §. 4. L. O. v. 1550. t. v. Geſindelohn. C. C. March. Nov. T. IV. p. 534. 803. Patent vom 17. Dec. 1695. C. C. March. T. V. Abth. 3. p 223. p. 170. 175. 269. Cont. III. p. 47. 59. C. C. Magd. P. II. p. 895. Brach⸗vogel. Samml. Schleſ. Priv. Stat. Th. V. St. 295. S. 1594. Korn. Sammml. Th. 3. S. 51.

5) Deſſen Innhalt Cont. III. p. 59.

6) Müllers Preuß. Stempelrecht S. 320. Vergl. C. C. M. Cont. III. p. 46.

7) C. C. March. Nov. T. IV. p. 807 §. 8. Schleſiſche Edikte wegen der Kundſchaften des Geſindes v. 25. Jul. 1747. v. 26. April 1748. Erläuterung v. 25. May. Cir⸗culare vom 29. Oct. u. 21. Dec. 1748. v. 13. Oct. 1749. v. 12. Jun. 1751. in der Schleſ. Sammml. B. III. u. IV. Geſindeordn. für Berlin tit. II. §. 3. in Contin. III. p. 62.

1327.

Geſindemäkler.

In großen Städten bedient man ſich bey der Annahme der Bedienten des Geſindemäklers, der hie⸗zu vom Magiſtrat 1) oder der Polizeyobrigkeit 2), an einigen Orten von dem beſondern Geſindeamte 3) be⸗ſtellt und beeidiget iſt 4), und für ſeine Bemühung den halben Betrag des Miethgeldes von der Herrſchaft

und

und dem Geſinde zuſammen bekömmt 5), übrigens die ihm vorgeſchriebenen Pflichten 6) genau zu beobachten hat.

1) C. C. March. Tom. V. Abth. 3. pag. 263. 306. C. C. March. Nov. T. IV. p. 831. 5376.

2) ibid. Cont. II. p. 66.

3) C. C. March. Cont. III. p. 61. ſeqq. Nikolai Beſchreibung von Berlin und Pozdam Th. I. S. 323. C. C. March. Nov. T. IV. p. 6769.

4) Preuß. Geſezb. §. 18 ff. C. C. March. Cont. III. p. 46. 47. 48.

5) Pr. Geſezb. §. 30. 31. S. 292. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 262. 305. Cont. III. p. 48. 49.

6) Mindiſche Geſindeordn. v. 16. Jul. 1759 §. 8. in C. C. March. Nov. T. I. p. 491.

1328.

Feyerlichkeit des geſchloſſenen Miethkontrakts.

Es bedarf zu Schließung des Miethkontrakts keines ſchriftlichen Aufſazes, ſondern das gegebene und angenommene Mieth- oder Haftgeld oder der Dienſtpfennig vertritt deſſen Stelle 1). Im Reiche muß das Haftgeld doppelt erſtattet werden, wenn der Dienſtbote nicht eintritt. Im Preußiſchen kan auf dieſen Fall, wenn dieſe ſich bey zweien zugleich verdingt hat, bloß das Miethgeld und das Mäcklerlohn zurückgefordert werden, und das neue Miethgeld verfällt an die Armenkaſſe 2).

1) Preuß.

1) Preuß Geſezb. §. 27. 28. Magdeb. Pol. Ordn. C. 34 §. 24. Kurſächſ. Pol. Ordn. v. 1661. C. 2. §. 2. Lufft Repert. Jur. Saxon. t. dienſtl. Leute n. 7. 8.

2) Preuß. Geſezbuch §. 35. 37. S. 293. wobey noch andere Strafen ſtatt finden. C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 13. 14. 26. 39. 40. 51. 78. 79. 112. 145. 174. 271. 313. Cont. III. p. 48.

1329.

Verordnung des Preußiſchen Geſinderechts.

Nach Preußiſchem Geſinderecht kan ſich nach einmal geſchloſſenem Miethkontrakt kein Theil durch Zurückgebung oder Verlaſſung des Miethgelds einſeitig von der Erfüllung los machen 1), ſondern die Herrſchaft verliert auf dieſen Fall einen vierteljährigen Geſindelohn nebſt Koſtgeld und Miethgeld, und das Geſinde wird durch obrigkeitliche Zwangsmittel zur Beobachtung angehalten 2).

1) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 264. 307. Brachvogel. Samml. Schleſ. Privil. Stat. u. Sanct. Th. IV. S. 1111.

2) Preuß. Geſezb. §. 54. ff. S. 295. 296.

1330.

Zurückforderung des Miethgelds.

Das Miethgeld kan nur in gewiſſen Fällen, wenn ſich das Geſinde den Dienſt anzutreten weigert, oder von der Antretung durch Zufall abgehalten iſt, oder wenn der Miethkontrakt von der Herrſchaft aufgehoben werden darf, wieder zurückgenommen werden 1).

1) a. a. O. §. 58. 60. 61.

1331.

Größe des Miethgelds.

Die Größe des Miethgelds iſt nach der Verſchiedenheit der Länder und Provinzen verſchiedentlich beſtimmt, und es hat dabey ſein Verbleiben 1). Sonſt hängt es vom Uebereinkomnis der Partheyen ab, oder beruht auf dem Herkommen.

1) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 264. 307. Cont. III. p. 49. tit. 3. §. 1. C. C. March. Nov. T. IV. p. 527. 886. 5095. 5098. 5371. 6710.

1332.

Strafe der doppelten Vermiethung.

Wenn der Dienſtbote ſich bey zwo Herrſchaften zugleich vermiethet hat, ſo muß er bey derjenigen einziehen, von welcher er zuerſt das Miethgeld angenommen hat 1). Nach der Märkiſchen Geſindeordnung vom 11. Hornung 1769. 2) ſoll er deswegen mit vierzehentägigem Gefängniſſe bey Waſſer und Brodt beſtraft werden, und muß indeß den Dienſt durch einen andern verſehen laſſen, oder täglich 4. Groſchen abgeben. Nach dem allgemeinen Preußiſchen Geſezbuche aber hat bloß die Beſtrafung ſtatt, die im vorigen §. bemerkt worden iſt. An andern Orten müſſen dergleichen Bediente einen andern an ihre Stelle annehmen, und die Koſten erſezen 3).

1) C. C. March. Cont. III. p. 48. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5345. Preuß. Geſezb. §. 34. S. 292. Schleſ. Geſindeordn. von 1676. C. 1. n. 2. Kurſächſ. Geſ. und

Tagl. Ordn. t. 2. §. 2. Pol. Ordn. C. 2. §. 2. Niederlauſ. L. O. tit. 4. §. 5.

2) tit. II. §. 2. in C. C. M. Nov. T. IV. p. 5345.

3) Schleſ. Geſ. Ordn. v. 1676. C. I. n. 2. u. c. 2. §. 10. c. 3. in der Brachvogl. Samml. Th. 1. S. 168. Kurſächſ. Geſ. u. Tagl. O. Th. 2. §. 1. 2. Pol. O. §. 2. Niederlauſ. L. O. §. 5. Preuß. Geſezb. §. 60. S. 296. Magd. P. O. §. 13 = 21. *Kemmerich* §. 61.

1333.

Geſindelohn.

Der durch Geſeze 1) beſtimmte Geſindelohn und das Koſtgeld dürfen nicht überſchritten werden 2), und folglich ſind alle entgegenſtehende Verabredungen unverbindlich 3). Bey männlichen Bedienten iſt die Livrey nach Ablauf der Dienſtjahre oder der beſtimmten Zeit ein Theil des Lohns 4). Es muß dem Geſinde jedesmal ein ſchriftlicher Lohnzettel zugeſtellt werden 5), in deſſen Ermanglung kan das Geſinde die Größe eidlich erhärten 6).

1) wovon ausführliche Verordnungen in Repertor. Corp. Conſtit. March. V. Geſindelohn p. 402. Ausnahme in theatr. Servit. tit. 21. §. 22. p. 1088.

2) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 20. 21. 42. 53.

3) Preuß. Geſezb. §. 38. 39. S. 293.

4) ebendaſ. §. 44. S. 294. *Kemmerich* §. 62.

5) C. C. March. Nov. T. IV. p. 811. an andern Orten iſt der Dingzettel nicht nothwendig. Rep. Jur. Priv. T. II. p. 1163. §. 4.

6) *Carpzov* P. I. conſt. 28. def. 34. 35. *Berlich* P. I. concl. 64. n. 69.

1334.

Vorzugsrecht des Liedlohns.

Dieſer ſogenannte Liedlohn genießt beym Gant und bey Konkurſen nach Preußiſchem Recht 1) den Vorzug, und wird für Lehenſchuld geachtet 2). Aus weiſen Polizeygrundſäzen iſt im Preußiſchen, in Pommern, in Lübeck ꝛc. 3) dieſes Vorzugsrecht nur auf den Ein- oder zweyjährigen Rückſtand eingeſchränkt worden.

1) *Lauterbach* in Coll Theor. pract. tit. de privil. Credit. §. 30. Tom. III. p. 380. *Pufendorf* Tom. I. obſ. 105. *Riccius* in Spicilegio Jur. Germ. p. 136. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1169. §. 21.

2) *Stryk* de oblig. feud. conſ. c. 1. n. 33.

3) Würtemberg. Landr. P. I. tit. 75. §. Wann der Schuld. Lüb. Recht L. III. t. 1. §. 11. Hamb. Stat. L. II. t. 5. § 5. Mühlhäuſ. Stat. P. III. tit. 80. Mainz. Lr. tit. 22. §. 3. Trier. Lr. t. 13. § 9. Hohenloh. Lr. S. 214. Sächſ. P. O. t. 42. §. 5. Jever. Erbed. §. 5. C. J. Frid. L. I. P. IV. t. 12. §. 42. p. 148. Preuß. Geſezb. §. 106. S. 302. C. C. March. T. II. Abth. 2. pag. 153. 154. *Mev.* ad Jus Lubec. art. 11. n. 59.

1335.

Dienſtantritt.

Zum Dienſtantritte ſind in den meiſten Ländern theils durch Geſeze und theils durch Herkommen gewiſſe Zeitpunkte beſtimmt, die das Geſinde nicht verſäumen darf 1). In den Preußiſchen Städten gilt der zweite Jenner, erſte April, erſte Heumonat und erſte Weinmonat, auf dem Lande aber bleibt es bey

den

den beſondern Landesverordnungen 2), oder es gilt der zweite Neujahrstag 3). Zu der gewöhnlichen Zeit hat das Geſinde ſich zu vermiethen 4).

1) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 145. 157. 173. 271. 274. 307. ferner pag. 13. 17. 26. 39. 57. 78. 111. 145. 173. 270. 271. C. C. Magd. P. III. p. 222.

2) T. V. Abth. 3. p. 243.

3) Preuß. Geſezb. §. 48. 49. 50. S. 294. C. March. Cont. III. p. 49.

4) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 222.

1336.

Dienſtzeit.

Man vermiethet ſeine Dienſte entweder auf beſtändig, oder auf eine gewiſſe Zeit. Hier iſt die Dauer der Dienſtzeit bey ermangelnder Beſtimmung in Städten ein Vierteljahr, aufm Lande ein Jahr 1). Sonſt wird in den Geſezen 2) auch genau die Miethsaufkündigungs = An = und Abzugszeit beſtimmt 3).

1) Entw. Preuß. Geſezbuchs §. 47. u. C. C. March. T. IV. Abth 5. p. 55. T. V. Abth. 3. p. 169. 264. 307. Berlin. Geſ. Ordn. tit. 3. §. 2. in Cont. III. p. 47. Verordnung wegen der Dienſtquartale vom 18. Jul 1757. in C. C. March. Nov. T. II. p. 263. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1163. §. 4.

2) C. C. March. Nov. T. IV. p. 524. 815. 5095. 5345. C. C. Magdeb. P. III. p. 223. Verordnung vom 31. May 1751. wie es zu Ende des Quartals mit der Abziehung des Geſindes zu halten, in C. C. M. Nov.

T I.

T. I. p. 241. Baier. Landr. tit. 33. Art. 4. Kurſächſ. Geſ. Ordn. tit. 2.

3) Theatr. Seruitut. tit. 21.

1337.

Dienſtpflichten.

Nicht nur das gemeine Geſinde, das nicht zu gewiſſen Geſchäften gemiethet iſt, ſondern ſelbſt auch im Nothfalle dieſes, muß ſich aller häuslichen Verrichtungen nach dem Willen der Herrſchaft in Perſon unterziehen 1), und hängt die Beſtimmung der Art und Ordnung vom Haupte der Familie ab 2). Jedoch kan es nicht genöthiget werden, jemand, der nicht zu der herrſchaftlichen Familie gehört, Dienſte zu thun, ausgenommen bey Handwerks- und Profeſſionsarbeiten 3).

1) *Kemmerich* §. 47. 48. *Leiſer* in jure Georg. L. II. C. V. §. 28. 29. 54. *Titius* in jur. priv. L. VI. c. 14. §. 5.

2) Pr. Geſezb. S. 296. §. 63. ff.

3) Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1163. §. 4.

1338.

Treue und geſchickte Dienſtverrichtung.

Das Geſinde iſt ſchuldig, getreu, fleißig und aufmerkſam ſeine Dienſte zu verſehen 1); fügt es der Herrſchaft aus Vorſaz, aus grobem Verſehen, oder durch offenbare Ungeſchicklichkeit Schaden zu, so muß es ihn erſezen, oder die Herrſchaft kan ſich deshalb an

ſeinen Lohn halten, oder es muß ihn durch unentgeltliche Dienſtleiſtung vergüten 2).

1) Berlin. Geſindeordn. von 1743. tit. IV. §. 2. 3. 6. 7.

2) Preuß. Geſezb. §. 70. ff. S. 297. 298. *Kemmerich* § 50. Repertor. Jur. Priv. T. II. p. 1171. §. 26. Theatr. Servitut. tit. 21. §. 33.

1339.
Weitere Obliegenheiten.

Es muß auch die Untreue ſeiner Nebenbedienten der Herrſchaft anzeigen, ſich allen ihren Anordnungen und Einrichtungen unterwerfen 1), darf ſich ohne Erlaubnis nicht entfernen 2), noch auf dem Lande mehr als zweymal des Jahrs die Märkte beſuchen 3).

1) Pr. Geſezb. §. 77. ff.

2) C. C. March. Nov. T. IV. p. 5351. Schleſ. ern. Geſ. O. c. 2. n. 9. Kurſächſ. Geſ. u. Tagl. Ordn. t. 1. §. 7. Pol. Ordn. t. 22. c. 1. §. 7.

3) Berlin. Geſindeordn. tit. IV. §. 1.

1340.
Beſtrafung der Dienſtbothen.

Sowol Befehle als Verweiſe der Herrſchaft muß es ehrerbietig annehmen 1), kan wegen verdienter Weiſe erhaltenen Scheltworten und geringen Züchtigungen oder Thätlichkeiten keine Genugthuung verlangen 2), und nur bey Lebensgefahr darf es ſich widerſezen, außerdem werden ſeine Vergehungen durch Gefängnis und auf andere öffentliche Art beſtraft 3).

1) C.

1) C. C. March. Tom. V. Abth. 3. p. 10. 157. 158. 265. 283. 301. 308. *Kemmerich* §. 49. *Pufendorf* de officio hom. et civ. c. 4. §. 2.

2) L. vn. Cod. de emend. ſerv. Kurſächſ. L. O. v. 1550. t. v. Geſ. Lohn. Jus Lub L. III. t. 8. art. 10. *Giſebert.* in Juſtini harmon. ad tit. de his, qui ſui &c. §. 117. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1170. §. 24.

3) Entw. des Preuß Geſezb. §. 82. ff. S. 299. C. C. March. T. I. Abth. 1. p. 144. T. V. Abth. 3. p. 267. Cont. III. p. 51. *Kemmerich* in Acceſſ. Inſtitut. L. I. Sect. II. t. 5. §. 37. 38.

1341.

Pflichten der Herrſchaften.

Die Herrſchaften haben zur beſtimmten Zeit dem Geſinde den bedungenen Lohn nebſt Kleidung, und die Koſt in gewöhnlichen Speiſen bis zur Sätigung zu reichen 1), und ihnen nicht mehrere und härtere Dienſte zuzumuthen, als es leiſten kan 2), dürfen ſie auch zu keinen unerlaubten Dienſten miethen und gebrauchen 3).

1) Reichspol. Ordn. v. 1577. tit. 25. §. 2. Berl. Geſ. O. tit. 6. §. 4. Cont. III. p. 49. C. C. March. Tom. V Abth. 3. p. 211. Magdeb. Pol. Ordn. §. 13. 21. Schleſ. ern. Geſ. Ordn. c. 2. §. 10. u. c. 3. Nied. Lauſ. O. Art. 4. Kurſächſ. L. O. v. 1550. tit. v. Geſindelohn Pol. O. tit. 23. c. 6. §. 1. Taxordn. v. 1623. Cl. 8. Geſ. u. Tagl. O. t. 6. §. 1.

2) C. C. March. Cont. III. p. 51. Preuß. Geſezbuch §. 87. 88. 89. S. 300.

3) C. C. March. T. V. Abth. 1. p. 21. 40. Preuß. Geſezb. §. 63. S. 296. Berlin. Geſindeordn. tit. V. §. 1. 2. 3. 4.

1342.

Herrſchaftliche Verpflegung.

Wenn das Geſinde in und wegen dem Dienſte krank wird, oder an ſeinen Sachen Schaden leidet, ſo muß die Herrſchaft es auf ihre Koſten kuriren und verpflegen laſſen, und ihm dieſen erſezen 1). Dahingegen ſie in andern Fällen ihm die Kur= und Verpflegungskoſten am Lohne abziehen darf, und nach geendigter Dienſtzeit dafür zu ſorgen gar nicht ſchuldig iſt, ſondern ſie hat auf Anzeige das weitere Unterkommen des kranken Dienſtboten der Obrigkeit zu überlaſſen 2).

1) Hamb. Str. P. II. tit. 9. Art. 8. Lüb. Recht L. III. tit. 8. Art. 11. Hadeler Landr. P. II. tit. 11. Bayer. Landr. tit. 33. Art. 7. Sächſ Landr. B. III. Art. 6. *Leiſer* Jus Georg. n. 41. Theatr. Servit. tit. 21. §. 9. p. 1053. *Stryk* de jure domeſt. C. IV. §. 11.

2) Preuß. Geſezb. §. 90 ff. L. 23. D. de R. I. L. 9. §. 3. L. 25. §. 6. L. 30. ƒ. Locati. L. 18. §. 2. Commod. *Mevius* ad Jus Lub. L. III. tit. 7. art. 11.

1343.

Genugthuung und Schadloshaltung.

Sowol an Geſundheit und Gliedern, als durch Beſchimpfung und üble Nachrede mishandelte Dienſtboten empfangen Genugthuung von der Obrigkeit 1). Die Herrſchaft haftet aber für den ohne ihren Geheiß von dem Geſinde verübten Unfug und zugefügten Schaden nur ſo weit der Dienſtlohn reichet 2).

1) Pr.

1) Pr. Geſezb. §. 97. 98. S. 301. *Leyſer* Specim. 14. med. 4. 5. p. 166. *Mevius* P. IV. Deciſ. 19.

2) Hadeler Landr. P. II. tit. 21. Baier. Landr. tit. 33. Art. 6.

1344.

Haben die Herrſchaften die vom Geſinde eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen?

Die Herrſchaften ſind nicht ſchuldig, für die ohne ihr Vorwiſſen von ihrem Geſinde in ihrem Namen aufgenommenen Gelder und Sachen zu ſtehen, und dieſelbe zu erſtatten, ausgenommen ſie hätten demſelben ſchriftliche Rechnungen, gewiſſe Büchelchen und Kerbſtöcke anvertraut, oder das Geborgte wäre in ihren Nuzen verwandt worden 1).

1) Berlin. Geſindeordn. tit. IV. §. 4. 5. Hamb. Str. P. II. tit. 9. Art. 7. Baier. Lr. tit. 33. Art. 6. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1172. §. 30.

1345.

Abſpänſtigmachung des Geſindes.

Auf das Abſpänſtigmachen des andern Dienſtboten ſind Strafen von 5. 10. 20. und mehreren Reichsthalern geſezt 1).

1) Reichspolizeyordn. v. 1577. tit. 25. §. 1. Berlin. Geſindeordn. tit. IX. §. 5.

1346.

Aufkündigung des Dienſts.

Der Dienſt muß binnen einer gewiſſen Zeit 1), bey ſtädtiſchem 6. Wochen, bey ländlichem Geſinde ein

Vierteljahr vorher aufgekündigt werden 2), außerdem wird er auf die geſezliche Zeit ſtillſchweigend verlängert angenommen 3), und darf Niemand eigenwillig aus dem Dienſt laufen 4). Es gibt jedoch im Preußiſchen Geſezbuche verſchiedene beſtimmte Fälle, wo entweder das Geſinde ohne vorherige Aufkündigung fortgeſchickt 5), oder von ihme auf gleiche Art der Dienſt verlaſſen werden 6), oder dieſes von beiden Theilen 7) nach vorheriger Aufkündigung jedoch vor Ablauf der beſtimmten Dienſtzeit geſchehen kan 8). Noch einige Fälle ſind vorhanden, da die Eltern des Dienſtboten denſelben in ihrer Wirthſchaft nicht entbehren können, oder er eine weite Reiſe nothwendig zu thun, oder ſich zu verheirathen Gelegenheit hat 9), da muß er ebenfalls nach Stellung eines andern tauglichen Subjekts und Abfindung mit demſelben entlaſſen werden 10).

1) Kurſächſ. L. O. v. 1482. §. Es ſoll Niemand. Geſ. und Tagl. O. t. 2. §. 3. P. O. c. 3. § 3. Schleſ. Ern. Geſ. O. c. 2. n. 7. Magdeb. Pol. Ordn. §. 25.

2) C. C. March. T. V. Abth. 3. p. 216. Cont. III. p. 54. 55 Kurſächſ. Geſ. u. Tagl. Ordn. v. 1651. tit 5. §. 4. Pol. Ordn. c. 5. §. 4. L. O. v. 1550. t. v. Geſindelohn u. Muthw. *Leiſer* in J. Georg. L. II. c. 5. §. 56. C. C. March. Nov. T. IV. in Repert.

3) C. C. March. Tom. V. Abth. 3. p. 27. 40. 58. 112. 146. 171. 274. Cont. III. p. 54. 55. Preuß. Geſezb. §. 108. bis 115. S. 303. Sächſ. Landr. B. I. Art. 22.

4) C. C. March. Cont. III. p. 51. 56.

5) Preuß. G. B. §. 115. S. 304.

6) ebend.

6) ebend. §. 116. S. 305. Erneuerte Schleſ. Geſ. O. c. 2. n. 7. Kurſächſ. Pol O. tit. 23. c. 3. §. 4. L. O. von 1543. t. v. den ungeh. Dienſtb. Niederlauſ. L. O. t. 4. §. 3. *Ludovici* de jure dom. c. 4. §. 7.

7) §. 117. 118. S. 306. des Entwurfs des Preuß. Geſezb.

8) Cirkulare wegen des Wegziehens des Geſindes u. Ertheilung der Kundſchaften, vom 25. Jul. 1747. in der Schleſ. Samml. Nachtr. Th. 2. Abth. 1. S. 217.

9) außer den oben §. 570. angeführten Stellen Berlin Geſindeordn. tit. VII. §. 10. Hamb. Str. P. II. tit. 9. Art. 4.

10) Preuß. Geſezb. §. 119. 120. S. 307.

1347.

Vertheilung des Lohns und Koſtgelds.

Lohn und Koſtgeld wird bey Sterbfällen des Dienſtboten nach Proportion der Zeit bis zum Krankenlager, bey der Herrſchaft aber auf den laufenden oder folgenden Monat oder Vierteljahr bezahlt, und vollſtändige Livrey, oder wenn nur ein halb Jahr verfloſſen, wenigſtens Rock, Huth und Weſte verabfolgt 1). Theils eben ſo und theils anders verhält es ſich in den übrigen Fällen des aufgehobenen Dienſtes 2).

1) Entw. des Preuß. Geſezb. §. 100. ff. S. 302. Hamb. Str. P. II. tit. 9. Art. 5. Lüb. Recht L. III. tit. 8. Art. 7. Sächſ. Landr. B. I. Art. 22. Gloſſe zum Sächſ. Weichbild Art 28. L. 10. Cod. Locati §. fin. Inſt. eod. Theatr. Serv. tit. 21. §. 13. p. 1056.

2) Preuß. Geſezb. §. 121. ff. S. 307. *Kemmerich* §. 40.

1348.

Verordnungen bey nicht ausgehaltener Dienſtzeit.

Will die Herrſchaft ohne geſezmäßige Urſache das Geſinde die bedingte Dienſtzeit über nicht weiter bey ſich behalten, ſo muß ſie ihm Lohn und Livrey auf die ganze übrige Dienſtzeit und die Koſt bis zum neuen Unterkommen reichen 1). Im ähnlichen Falle aber wird das Geſinde durch obrigkeitliche Zwangsmittel zur Fortſezung des Dienſts angehalten 2), oder muß allenfalls die verurſachten mehrern Koſten erſezen 3), oder noch ein Jahr weiter umſonſt dienen 4).

1) Sächſ. Landr. B. II. Art. 32. Hamb. Str. P. II. tit. 9. Art. 3. Baier. Lr. tit. 33. Art. 2. 5. Berlin. Geſindeordn. §. 9. Lüb. Recht L. III. tit. 8. Art. 5. 6. 9. L. 9. § 9. 10. L. 38. D. Locati L. 24. de condit. et demonſtr. L. 61. de R. I. Preuß. Geſezb. §. 127. 128. S. 308. 309. Rep. J. Priv. T. II. p. 1166.

2) *Kemmerich* in Acceſſ. Inſtit. cit. l. §. 37. 38. *Leiſer* Jus Georg. cit. l. n. 40.

3) C. C. March. T. I. Abtheil. 2. p. 144. T. V. Abth. 3. pag. 267. Preuß. Geſezb. §. 129. ff. Neumärk. Geſindeordn. von 1685. §. 6. Magd. Pol. Ordn. C. 34. §. 25. 26. Schleſ. verneuerte Geſ. Ordn. C. 2. n. 3. 4. 5. Kurſächſ. L. O. v. 1550. tit. von Geſindelohn. L. O. v. 1543. tit. von den ungehorſamen Dienſtboten. Geſ. u. Taglöhnerordn. t. 4. §. 1. P. O. von 1661. c. 4. §. 1. 2. Niederlauſ. L. O. t. 4. §. 1. Baier. Lr. tit. 33. Art. 5. Lüb. Recht L. III. tit. 8. Art. 9. Kurſächſ. Geſ. Ordn. tit. 3.

4) Magdeb. Pol. Ordn. a. a. O.

1349.

Verfaſſung des Abſchieds.

Das abziehende Geſinde kan ſich bey der Obrigkeit über den von der Herrſchaft unverſchuldeter Weiſe erhaltenen ſchlechten Abſchied beklagen, und es wird ihm von dieſer ein anderer ausgefertiget 1). Hat hingegen lüderliches Geſinde einen guten Abſchied erhalten, ſo muß deſſen ehmalige Herrſchaft der neuern den erfolgten Schaden vergüten 2).

1) Reichspolizeyordn. von 1577. tit. 25. §. 1. Pr. Geſezb. §. 136. 137. S. 310. C. C. March. T. V. Abth. 3. pag. 217. 267. 272. 281. 312. Cont. III. p. 48. 55. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5351. §. 10. Kurſächſ. Pol. Ord. c. 5. §. 3. Geſ. u. Tagl. O. t. 5. §. 3. L. O. v. 1550. cit. l. Schleſ. ern. Geſ. O. n. 7. *Kemmerich* §. 43.

2) Preuß. Geſezb. §. 138. 139. C. C. March. Tom. V. Abth. 3. pag 170. 260. 263. Cont. III. p. 59. Repert. Jur. Priv. T. II. p. 1162. §. 3.

1350.

Rückgabe der anvertrauten Sachen.

Das abziehende Geſinde muß der Herrſchaft das ihm zur Aufſicht, oder in Verwahrung, oder zum Gebrauche anvertraute Geräthe und Sachen wieder zurückſtellen 1), als wozu es bey angetretenem Dienſte von der Herrſchaft eidlich angehalten werden konnte 2).

1) Preuß. Geſezb. §. 132. S. 309. Verordn. v. 31. May 1751. in C. C. M. Nov. T. I. p. 242.

2) *Stryk* in not. ad *Lauterbach*. tit. de jurejur. p. 176.

1351.

Rechte der Hausofficianten.

Bey den Hausofficianten muß die Annahme durch einen ſchriftlichen Kontrakt geſchehen, und ſie ſind nur zu ſolchen Verrichtungen verbunden, wozu ſie ausdrücklich angenommen worden ſind. Andere häusliche Geſchäfte thun ſie nur im höchſten Nothfalle, wovon wiederum diejenigen ganz ausgenommen ſind, die zur Erziehung der Kinder beſtimmt worden. Dieſe können wegen Mishandlungen der Kinder entlaſſen werden, und alle Hausofficianten dürfen wegen grober Schmähungen und Scheltworte oder Thätlichkeiten ihre Entlaſſung fordern 1).

1) Preuß. Geſezb. §. 141. ff. S. 311. 312. 313.

1352.

Aufhebung der Sklaverey.

In dem teutſchen Reiche und in den Preußiſchen Staaten findet gar keine Sklaverey ſtatt. Daher ſobald Preußiſche Unterthanen auswärts gekaufte Sklaven in die Königliche Staaten bringen, ſo hört alle Sklaverey auf, und auch der Unterthan darf ſich nicht zur Sklaverey verpflichten. In jenem Fall kan der Sklave nur ſo lange als Geſinde im Dienſte behalten werden, bis er ſeinen Kaufſchilling abverdient hat, oder er darf einem Landgute als Leibeigener zugeſchlagen werden. Fremde, die ſich nur eine Zeitlang

im

im Staate verweilen, behalten die Rechte über ihre mitgebrachten Sklaven 1).

1) Preuß. Geſezb. §. 156. ff. S. 313. 314. 315.

1353.

Polizeyaufſicht über das Geſinde.

Die Polizey hat eine genaue Aufſicht auf das lüderliche und herrenloſe Geſinde zu tragen 1), daſſelbe nicht zu dulden 2) und müßig gehen zu laſſen 3). Daher es ohne obrigkeitliche Bewilligung 4) ſich nicht auf ſeine eigene Hand ſezen darf 5), ſondern die Obrigkeit hat für deren Unterkommen zu ſorgen, und es zum Dienſte zu nöthigen 6). Das entlaufene Geſinde wird beſtraft 7), und Niemand darf es in Dienſte nehmen 8), noch weniger iſt ihm erlaubt, aus dem Lande zu gehen 9). Die Hausdiebſtähle des Geſindes werden auf eine beſondere Art beſtraft 10).

1) Berlin. Geſindeordn von 1743. tit. VIII. §. 1. bis 6. C. C. March. T. II. Abth 3. p. 39. T. V. Abth. 3. p. 134. Abth. 5. p. 5. 21. 27. 31. 35. Avertiſſement der K. Polizeykommiſſion vom 22. May 1743. in Cont. II. p. 132.

2) ibid. T. II. Abth. 3. p. 42. T. V. Abth 1. p. 117. 298. Abth. 3. p. 233. 334. Cont. I. p. 132. C. C. March. Nov. T. IV. p. 799. 6709.

3) C. C. Magd. P. III. pag. 214. 273. C. C. March. T. V. Abth 2. p. 355. Schleſ. Geſ. O. v. 1623. p. 11: von 1652. p. 125. Magdeb. Pol. Ordn. C. 34. §. 1. 2. N. Lauſ. L. O. t. 4. §. 9.

4) Cont. II. p. 134. Contin. III. p. 58.

5) Brachvogel. Samml. Schleſ. Priv. Stat. u. Sanct. Th. V. S. 1594. C. C. March. Tom. V. Abth. 3. p. 301. Cont. III. p. 58. C. C. March. Nov. Tom. IV. p. 538. 5345. Magdeb. Pol. O. §. 23. Schleſ. ern. Geſ. O. n. 8. Kurſächſ. L. O. v. 1488 Wenn ein Geſ. Oberlauſ. Amtspatent v. 1649. §. Gleichergeſtalt.

6) Kurſächſ. Geſ. u. Tagl. O. von 1651. tit. 1. §. 1. 2. Pol. O. v. 1661. t. 23. c. 1. §. 1. 2. L. O. v. 1550. C. C. March. T. VI. Abth. 1. p. 482.

7) Tom. V. Abth. III. p. 14. 27. 40. 58. 79. 112. 146. 174. 267. 282. 310.

8) Tom. V. Abth. 3. p. 10. Brachvog. Sammlung Schleſ. Priv. Stat. Th. IV. S. 1110.

9) ibid. p. 139. 175. Vergl. p. 334. 168. 222. C. C. March. Nov. T. IV. p. 5353. §. 14.

10) Reſcr. v. 22. Jenner 1683. u. 23. Jenner 1684. C. C. March. T. II. Abth. 3. n. 12. 13. u. bey Grube P. 3. n. 355. Edikt v. 29. Okt. 1736. cit. T. C. M. n. 78. Magd. Pol. O. v. 1652. c. 44. Kurſächſ. Landes-Conſt. P. IV. Conſt. 41. §. vlt.

1354.

Beobachtung der Geſindeordnungen.

Die Geſindeordnungen müſſen jährlich der Gemeinde auf dem Lande von der Kanzel abgeleſen, und darüber ein Protokoll gehalten werden 1). Das Polizeykollegium und Geſindeamt hat über deren Beobachtung die genaueſte Aufſicht zu tragen 2), und die Uebertreter zu ſtrafen 3). Die Juſtizkollegien müſſen ſich in ihren Urtheln darnach achten 4). Selbſt das bey Officiers und Soldaten dienende Geſinde, wenn es

es nicht in Reihe und Gliedern ſtehet, gehört unter das Geſindeamt und den Polizeymagiſtrat 5), und muß hier von ſeiner Herrſchaft belangt werden. Man verfährt in Geſindeſachen ſummariſch, und geſtattet keine Appellation 6).

1) C. C. March. T. IV. Abth. II. p. 180. T. V. Abth. 3. p. 223. 282.

2) ibid. Cont. III. p. 58. Schleſ. Cirkulare vom 9ten Okt. 1767. wegen beſſerer Beobachtung der Geſindeordn. auf dem Lande, in der Schleſ. Samml. B. X. S. 101. n. 145.

3) C. C. M. Cont. III. p. 59. 60. 61. Samml. Schleſ. Edikte, Patente, Ordn. B. 6. S. 590. u. B. 8. S. 1. n. 1. Cirkul. v. 5. Jan. 1764.

4) C. C. March. Tom. VI. Abth. 1. p. 462.

5) Müllers Preuß. Kriegsrecht Th. 3. C. 2. S. 495. 496. 497.

6) Baier. Lr. tit. 33. Art. 9. 10.

Ver-

Verbeſſerungen.

S. 45. §. 37. Lin. 7. ſtatt vom 302. Tage bis zum 310. Tage muß es vermög der Verbeſſerung des Textes des Entwurfs des Preuß. Geſezbuchs heißen, vom 210ten bis zum 302ten Tage.

S. 379. §. 535. Lin. 6. wird die Behauptung, daß die franzöſiſche Koloniſten jezo einzele unabhängige Konſiſtorien hätten, weiter unten Band II. im kollegialiſchen Polizeyrechte abgeändert werden.

S. 606. gehört §. 926. bis 931. her, wodurch hernach § 925. mit §. 932. ff. in unmittelbare Verbindung kömmt, indem die Materie durch Verwechslung der Blätter im Abdrucke getrennt worden iſt.

Es iſt beynahe anzumerken überflüßig, daß das oft angeführte Preuß. Geſezbuch noch ein unpromulgirter Entwurf iſt.

S. 251. §. 321. Lin. 11. ſtatt erwerben, vererben.

Innhalt.

Erſtes Buch.

Seite

Allgemeines Polizeyrecht der Teutſchen. — 23.

I. Abſchnitt. Reichspolizeyrecht — 28.

II. Abſchnitt. Kreispolizeyrecht — 31.

III. Abſchnitt. Landſtaatspolizeyrecht. — 32.

Zweites Buch.

Perſönliches Polizeyrecht — — 37.

I. Hauptſtück. Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrer körperlichen Beſchaffenheit und ihren Gemüthseigenſchaften.

1. Abtheilung. Ungebohrne, Gebohrne, und Nachgebohrne — — 40.

I. Abſchnitt. Rechte der Menſchwerdung 41.

2. Abtheilung. Wohlgeſtaltete, ungeſtaltete, alte und kranke Perſonen — 54.

3. Abtheilung. Geſchlechter — 77.

II. Abſchnitt. Weiberrecht — 78.

4. Abtheilung. Unmündige, Minderjährige und großjährige Perſonen — — 95.

5. Ab-

Seite.

5. Abtheilung. Eltern und Kinder — 126.

III. Abſchnitt. Erziehungsrecht — 138.

IV. Abſchnitt. Schulpolizeyrecht — 146.

V. Abſchnitt. Lehrpolizeyrecht — 152.

VI. Abſchnitt. Vormundſchaftliches Polizeyrecht 158.

1. Glied. Obervormundſchaftsrecht — 163.

2. Glied. Gebohrne Vormünder — 176.

1. Abſaz. Elterliche Vormundſchaft — 177.

2. Abſaz. Eheliche Vormundſchaft — 192.

3. Abſaz. Weibliche Vormundſchaft — 199.

4. Abſaz. Pupillariſche Vormundſchaft 206.

5. Abſaz. Gattungen der Pupillariſchen Vormundſchaft — — 224.

3. Glied. Gekohrne Vormünder. — 231.

1. Abſaz. Teſtamentsvormundſchaft — 232.

2. Abſaz. Obrigkeitliche Vormundſchaft 234.

3. Abſaz. Ehrenvormundſchaft — 235.

4. Abſaz. Außerordentliche Vormundſchaftsgattungen — — 237.

4. Glied. Vormundſchaftsfähige Perſonen 245.

5. Glied. Vormundſchaftliche Erwerbungsarten — — — 250.

6. Glied.

Seite

6. Glied. Verluſt des Vormundſchafts- rechts — — 258.

II. Hauptſtück. Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrer bürgerlichen Achtung.

6. Abtheilung. Ehrliche, ehrloſe, ehrbare, rechtloſe und unehrbare Perſonen. 266.

I. Abſchnitt. Rechte des Scharfrichteramts und der Abdeckerey — 295.

III. Hauptſtück. Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrer geſellſchaftlichen Verbindung 308.

7. Abtheilung. Einzele und zuſammengeſezte Perſonen — — 308.

IV. Hauptſtück. Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrem Religionszuſtande — 317.

8. Abtheilung. Chriſten und Unchriſten — 317.

I. Abſchnitt. Kirchenpolizeyrecht — 317.

II. Abſchnitt. Judenrecht — 326.

1. Abſaz. Rechte der Schuz- und Schirm- juden — — 337.

2. Abſaz. Rechte der vergleiteten Ju- den — — 357.

3. Abſaz. Rechte der unvergleiteten Ju- den — — 358.

Seite

9. Abtheilung. Geiſtliche und Weltliche — 359.

V. Hauptſtück. Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrer Theilnehmung an der Staatsverfaſſung — — 363.

10. Abtheilung. Eingebohrne und Fremde 363.

I. Abſchnitt. Rechte der Eingebohrenſchaft — — 364.

11. Abtheilung. Unmittelbare und mittelbare Reichsbürger — — 367.

II. Abſchnitt. Einzöglingsrecht — 368.

III. Abſchnitt. Preußiſches Kolonierecht. 370.

IV. Abſchnitt. Gaſtrecht — 388.

V. Abſchnitt. Bevölkerungsrecht — 391.

VI. Abſchnitt. Fremdlingsrecht — 408.

1. Abſaz. Wildfangsrecht — 413.

2. Abſaz. Heimfallsrecht — 415.

3. Abſaz. Strandrecht — 420.

4. Abſaz. Abzugsrecht — 422.

5. Abſaz. Wiedervergeltungsrecht — 435.

VI. Hauptſtück. Polizeyrechte der Staatsbürger nach ihrer bürgerlichen Ordnung und Klaſſifikation — — 445.

12. Ab=

Seite

B. Abtheilung. Freye und Leibeigene — 449.

I. Abſchnitt. Adelsrecht — 454.

1. Abſaz. Rechte des hohen Adels — 459.

2. Abſaz. Rechte des niedern Adels — 462.

1. Glied. Rechte der unmittelbaren Reichs⸗ritterſchaft — — 463.

2. Glied. Rechte des mittelbaren Adels 471.

3. Abſaz. Vom alten Kriegsadel — 476.

1. Glied. Wappenrecht — 490.

4. Abſaz. Vom Dienſtadel — 507.

5. Abſaz. Erwerbung und Verluſt des Adel⸗ſtandes — — — 514.

6. Abſaz. Ahnenprobe. — 524.

7. Abſaz. Perſönlicher Adel — 531.

8. Abſaz. Geſchlechtsadel — 533.

1. Glied. Perſönliche Adelsrechte — 533.

2. Glied. Adeliche Befreyungen — 549.

3. Glied. Dingliche Adelsrechte — 550.

2. Abſchnitt. Soldatenrecht — 563.

3. Abſchnitt. Rechte des Civilſtands. — 574.

4. Abſchnitt. Stadt⸗ und Bürgerrecht 576

1. Abſaz. Aeltere Verfaſſung des Stadt⸗rechts — — 580.

Seite

2. Abſaz. Heutige Regimentsverfaſſung der Städte — — 586.

3. Abſaz. Stadtpolizeyrecht — 592.

4. Abſaz. Statutariſche Geſezgebung. — 601.

5. Abſaz. Verwaltung des Stadtvermögens — — 623.

6. Abſaz. Rechte der Stadtämter — 633.

7. Abſaz. Erwerbung des Bürgerrechts. 656.

8. Abſaz. Entſagung und Verluſt des Bürgerrechts — — 665.

9. Abſaz. Bürgerliche Obliegenheiten und Beſchwerden — — 668.

10. Abſaz. Rechte der Bürgerklaſſen 674.

11. Abſaz. Bürgerliche Nahrung — 683

VII. Hauptſtück. Polizeyrechte der Staatsbürger nach der Verſchiedenheit der Beſchäftigungen.

13. Abtheilung. Gelehrte, Kaufleute, Künſtler, Handwerker, Manufakturiſten, Fabrikanten, Brauer, Gaſtwirthe — 686.

5. Abſchnitt. Dorf- und Baurenrecht

1. Abſaz. Rechtsquellen — 691.

2. Abſaz. Dorfpolizeyrecht — 697.

Seite
3. Abſaz. Dorf- und Landobrigkeit — 707
4. Abſaz. Dörfliche Verfaſſung — 715.
5. Abſaz. Eintheilung der Bauren 723.
I. Abtheilung der Bauren nach ihren allgemeinen Obliegenheiten — 724.
1. Glied. Leibeigenſchaftsrecht 725.
1. Kapitel. Perſönliche Leibeigenſchaft 729.
2. Kapitel. Dingliche Leibeigenſchaft 734.
3. Kapitel. Erwerbung der Leibeigenſchaft 736.
4. Kapitel. Aufhebung und Verluſt der Leibeigenſchaft — — 740.
5. Kapitel. Rechte und Verbindlichkeiten der Leibeigenſchaft. — 748.
2. Glied. Pachtbauren — 761.
3. Glied. Freybauren — 765.
4. Glied. Reichsfreye Bauren 770.
II. Abtheilung der Bauren nach dem unterthanſchaftlichen Verhältniſſe — 771.
III. Abtheilung der Bauren nach der Größe und Beſchaffenheit ihrer Beſizungen 774.
IV. Abtheilung der Bauren nach den Pachtarten — — 776.
V. Abtheilung der Bauren nach der Beſchaffenheit ihrer Abgaben — 783.

VI. Ab-

Seite

VI. Abtheilung der Bäuren nach der Beſchaffenheit ihrer Dienſte — 784.

6. Abſaz. Bäuerliche Gutsrechte — 785.

7. Abſaz. Bäuerliche Obliegenheiten — 801.

1. Glied. Bäuerliche Abgaben — 802.

2. Glied. Bauerdienſte. — 820.

8. Abſaz. Bäuerliche Vorrechte — 845.

14. Abtheilung. Herrſchaften und Geſinde — 850.

I. Abſchnitt. Geſinderecht — 851.

Stammbaum

zu §. 795.

Ahnenzahl. Wappenſchilder.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Fischer, Friedrich Christoph Jonathan,

D. Friedr. Christoph Jonathan Fischer Professor des Staats- und Lehnrechts und Assessor der Juristen-Fakultät zu Halle Lehrbegrif sämtlicher Kameral- und Polizeyrechte Sowol von Teutschland überhaupt als insbesondere von den Preußischen Staaten
Bd.: Erster Band

Frankfurt an der Oder 1785

J.germ. 58-1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551092-6
VD18 8034478X-001